



30. Juni: Schwule und Lesben - auf nach
Bremen, Stuttgart und Köln



Arbeiterkampf

Jg. 9 Nr. 156 25.6.79 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-

BUNDESTAGSWAHL APPELL ZUR EINHEIT DER BUNTEN UND GRÜNEN

Das erfreulich gute Abschneiden der „Grünen“ bei den Euro-Wahlen von 3,2 %, in einzelnen Regionen von mehr als 10 % zeigt, daß viele Menschen eine Alternative zu den etablierten Parteien wünschen. Das Ergebnis zeigt auch, daß die 5 %-Hürde genommen werden kann, wenn eine Alternative kandidiert. Unser Wahlkampf zu den Euro-Wahlen war deshalb besonders erfolgreich, weil wir über die ökologischen Fragen hinaus alle undemokratischen Entwicklungen in der BRD (z.B. Berufsverbote) kritisiert haben. Erstmals haben sich im größeren Umfang demokratische Persönlichkeiten an unserem Wahlkampf beteiligt, die sozialistische, radikal-demokratische und feministische Traditionen vertreten (Böll, Dutschke, Flechtheim, Petra Kelly). Wenn wir es schaffen, diese Kräfte zu halten und darüber hinaus auch noch alle grünen, bunten und alternativen Listen, die bei den Europawahlen noch zögerten, dann ist die Chance, eine ökologisch-demokratische Opposition zu bilden, in greifbare Nähe gerückt. Wir rufen alle Interessierten auf, kommt zahlreich zum Treffen und offenen Dialog der Alternativen, Bunten und Grünen Listen nach Vlotho (30.6. bis 1.7.) und laßt eure Unvereinbarkeitsbeschlüsse oder Rechthaberei zu Hause. Gleichzeitig fordern wir alle Leute, die fortschrittlichen Medien und Alternativpresse, auf, über die Programme der Bunten und Alternativen Listen zu diskutieren und zu überlegen, ob nicht unser Einzug in den Bundestag die richtige Antwort auf das Atomprogramm, den Abbau demokratischer Rechte und die Kanzlerkandidatur von Strauß ist.

Unterzeichner:

Helmut Ostermeier
Petra Kelly
Mona Boenigk
Eva Oistorp

(Kandidat der Grünen und Vorstand der Bunten Liste in Bielefeld)
(Kandidatin der Grünen)
(Vorstand der Grünen und Bunte Liste Bielefeld)
(Kandidatin der Grünen)

Analysen, Kurzberichte, Interviews und Diskussionsbeiträge zum Thema Euro- und Bundestagswahlen findet ihr auf den Seiten 11 bis 15.

Lebensgefahr für Irmgard Möller und andere politische Gefangene

„Als Verteidiger von Irmgard Möller weise ich die Öffentlichkeit und die Verantwortlichen mit Nachdruck darauf hin:

Aufgrund meines eigenen Eindrucks während meines heutigen Besuchs, nach ihren eigenen Schilderungen und aufgrund der Tatsache, daß es der Arzt Dr. Becker von der Anstalt Hohenasperg für notwendig hält, sie jetzt täglich in Augenschein zu nehmen, muß ihr Zustand als so ernst bezeichnet werden, daß - wie sie selber sagt - ihr Tod keine Frage mehr von Wochen, sondern nur noch von Tagen ist.

Die Situation des Hungerstreiks insgesamt ist außerdem dadurch gekennzeichnet, daß auch bei anderen politischen Gefangenen, die im Hungerstreik stehen - wie z.B. Siegfried Haag, Angelika Speitel und der im Durststreik befindlichen Frauen im Turm (Berlin) - Lebensgefahr besteht.

Die verantwortlichen Stellen weigern sich nach wie vor, die von ihnen gesetzte Ursache für den lebens-

bedrohlichen Zustand von Irmgard Möller - nämlich die zerstörerischen Haftbedingungen - auch nur in Ansätzen zu verändern. Sie wissen spätestens durch die ärztlichen Gutachten von Dr. Naevé und Dr. Stoewand (1975) und durch die Feststellung von Dr. Henck (1978), daß die von ihnen zu verantwortenden Haftbedingungen schwerste physische und psychische Schäden bewirken. Jetzt zeigt das Verhalten der Verantwortlichen an, daß eher der Tod von Irmgard Möller in Kauf genommen wird, als Haftbedingungen zu schaffen, die es ihr ermöglichen, als politischer Mensch zu überleben - nämlich die Bildung von Gruppen von mindestens 15 politischen Gefangenen.“

Im weiteren schildert RA Fromman die vielfältigen Versuche von Anwälten, Verwandten, den Gefangenen selbst und von Amnesty International, eine sofortige Veränderung der Haftbedingungen zu erreichen.

Fortsetzung auf Seite 2

USA planen „Krisenarmee“ gegen die 3. Welt

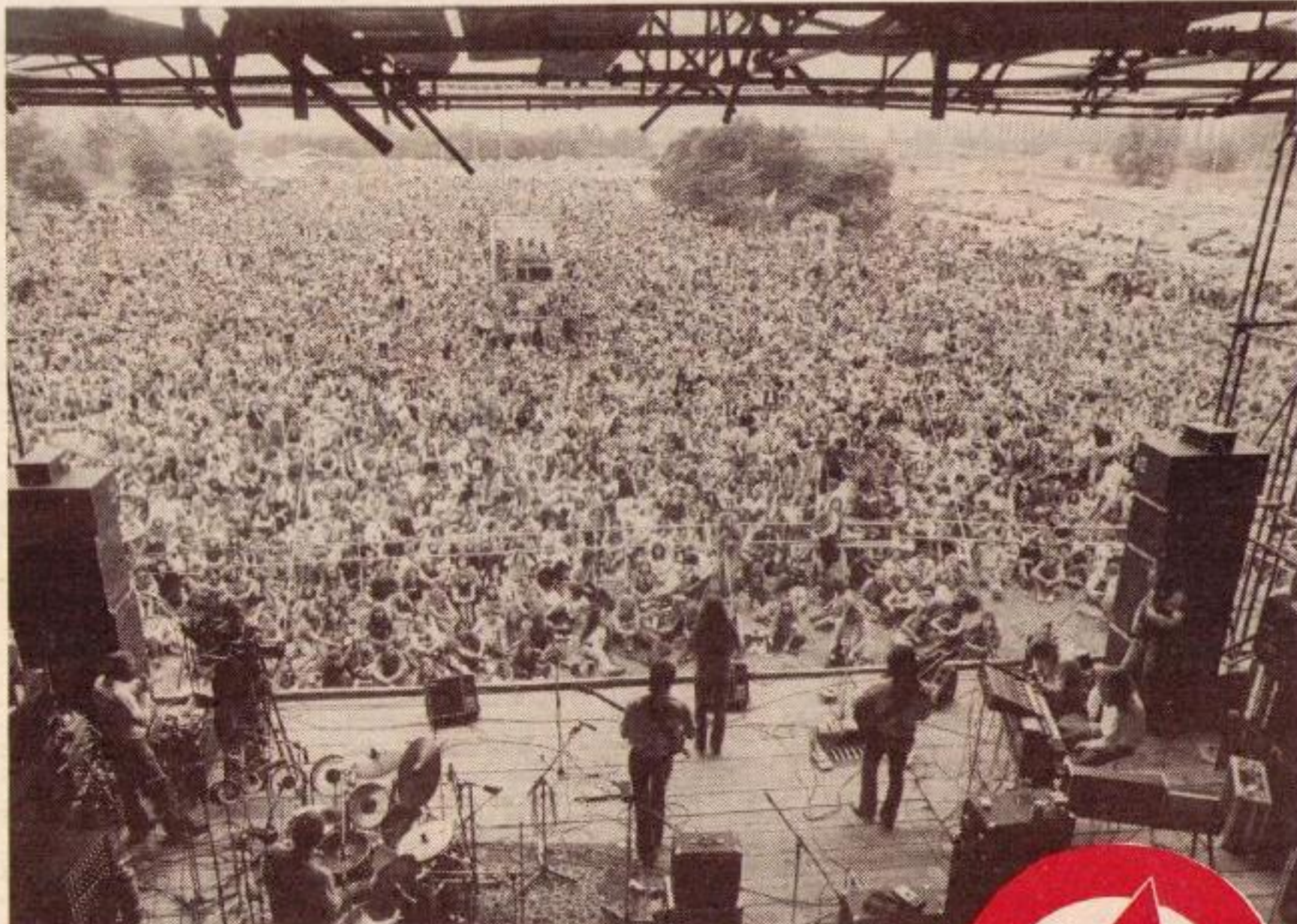
Den Plan einer „Krisenarmee“ der USA gab der neue NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General B. Rogers, am 21. Juni bekannt. Die „Krisenarmee“ soll aus „Spezialeinheiten“ in einer Gesamtstärke von 110.000 Mann (Kampfstärke) bestehen. Als eine mögliche Aufgabe dieser Truppen wird die „Sicherung der Öl-Route am Persischen Golf“ genannt. Die Truppen sollen aber auch in „anderen Krisengebieten“ der gesamten Welt, außerhalb des NATO-Bereichs, „eingesetzt“ werden können. Es handelt sich eindeutig und unverhüllt um die Aufstellung einer jederzeit und überall einsatzbereiten Aggressionsarmee. Daß es um nichts anderes als offene Aggression geht, ergibt sich schon daraus, daß sämtliche in Frage kommenden Staaten des Nahen Ostens sich gegen Interventionen absichten der USA ausgesprochen haben. So sollen die geplanten „Spezialeinheiten“ denn auch in der Lage sein, mindestens 60 Tage ohne die geringste Unterstützung (Nachschub) aus dem jeweiligen Einsatz-Land zu „operieren“.

Die öffentliche Erörterung solcher Pläne macht deutlich, daß der US-Imperialismus inzwischen die Phase der moralischen Defensive und der relativen „Zurückhaltung“ überwunden hat, in die er weltweit durch seinen Vietnam-Krieg geraten war. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Tatsache, daß China (als kommende dritte „Supermacht“) eine weltweite Interventionspolitik der USA nicht nur unterstützen würde, sondern in letzter Zeit sogar ausdrücklich fordert. Natürlich immer mit Hinweis, der Expansion der Sowjetunion überall entgegenzutreten zu müssen.

Schon während der inszenierten „Energie-Krise“ vor ein paar Jahren hatten die Imperialisten (nicht nur die der USA!) erörtert, wie sie „ihre“ Rohstoffquellen im „Krisenfall“ militärisch gegen die Roh-

stoff-Länder „schützen“ könnten. Mit Bedauern wurde damals festgestellt, daß dem Imperialismus dazu noch die nötigen militärischen Instrumente fehlten. Aktualisiert wurden diese Erörterungen durch die Entwicklung im Iran, die eine traditionelle „Einflußzone“ des Imperialismus zu gefährden schien. Der Freiheitskampf Nikaraguas gegen die Somoza-Diktatur gab den Erörterungen neuen Auftrieb: der US-Außenminister Vance verlangte von den Staaten des US-dominierten lateinamerikanischen Paktes OAS die Entsendung einer „Friedenstruppe“ nach Nikaragua, als internationaler Deckmantel für eine Intervention der USA. Die Mehrheit der OAS-Staaten lehnte vorerst ab. Die jetzt von General Rogers bekanntgegebenen Pläne resultieren also keineswegs aus irgendwelchen allgemeinen, unbestimmten Überlegungen über die Zukunft, sondern sind eine Reaktion auf sehr konkrete internationale Vorgänge, bei denen der Imperialismus um seine „Einflußsphären“, Rohstoffgebiete, Transportwege usw. bangt.

Die angekündigte Aufstellung der „Krisenarmee“ berührt sich inhaltlich mit den Plänen westeuropäischer Politiker und Militärs, den „Aktionsbereich der NATO wesentlich auszuweiten, beispielsweise auf den Südatlantik und Südafrika. Es liegt auf der Hand, daß die EG-Imperialisten offen oder halb offen die Pläne des US-Imperialismus unterstützen, weil diese auch ihren eigenen Aktionsradius erweitern. Ob, wann und wie hieraus eine direkte Beteiligung der westeuropäischen NATO-Staaten an der US-„Krisenarmee“ wird, bleibt vorerst offen. Auf jeden Fall wird Europa eine wichtige Rolle für den Nachschub kommandierender „Einsätze“ der „Krisenarmee“ spielen und allein dadurch schon direkt in deren Aggressionen einbezogen werden. Der Anstrich der NATO als Verteidigungspakt erweist sich dadurch wieder einmal als billiger Lack.



Rund 60.000 Antifaschisten und Rockfans waren bei ROCK GEGEN RECHTS in Frankfurt dabei

Ein schöner Sieg: Rock gegen Rechts vertreibt Nazis

Verhinderung des NPD-„Deutschlandtreffens“ und anschließend ein Rock gegen Rechts-Freudenfest - von diesem Frankfurter Wochenende am 16./17. Juni wird (nicht nur) die Linke noch lange schwärmen. Der Erfolg war möglich durch die breiteste antifaschistische Aktionseinheit, die es seit Jahren in der BRD gegeben hat, und zu der sich schließlich auch der DGB Frankfurt gesellte. Außer der DKP und den an China orientierten Organisationen waren praktisch alle demokratischen Kräfte mit von der Partie (Foto: Moskito).

siehe Seite 6



Fortsetzung von Seite 1

— RA Fromman hat persönlich beim Justizministerium in Baden-Württemberg vorgesprochen. A.I. hat sich in einem Telex an das baden-württembergische Justizministerium für Irmgard Möller eingesetzt. Bisher gibt es nicht einmal eine Antwort.

— Der von RA Fromman gestellte Verlegungsantrag von I. Möller (nach Westberlin, Hamburg oder Köln) wurden von dem zuständigen Hafttrichter Bähr damit beantwortet, daß I. Möller erst einmal ihre Einstellung ändern müsse.

— Justizsenator Meyer aus Westberlin teilte RA Thiem mit, daß eine Verlegung von I. Möller nach Westberlin nicht in Betracht käme.

— Trotz Intervention von A.I. bei der Bundesregierung (Übergabe eines Memorandums und laufende Verhandlungen) hat die Bundesregierung bisher nicht einmal mit den Verteidigern Kontakt aufgenommen.

— Trotz des Durststreichs der in Westberlin (im Turm/Moabit) gefangenen vier Frauen, die damit die Verlegung von I. Möller erreichen wollen, trotz Eingaben, Veranstaltungen, Protesten von nationalen und internationalen Persönlichkeiten und Organisationen, ignorieren die Verantwortlichen den Ernst der Situation.

— Trotz zahlreicher Presseerklärungen der Anwälte gibt es so gut wie keine Resonanz in der bürgerlichen Presse, dafür aber eine breit angelegte Propagierungskampagne für die Hochsicherheitstrakte.

„Die Hochsicherheitstrakte bedeuten die Kretinisierung der Gefangenen, d.h. ihren langsamen Tod“.

In der Presseerklärung heißt es weiter:

„Die Meinung, die den Verteidigern entgegengestellt wird, man werde nicht sich erpressen lassen durch den Hungerstreik, überzeugt nicht.“

— Irmgard Möller ist seit sieben Jahren Untersuchungshaft gezwungen worden, fast ununterbrochen gesundheitlich schwer schädigende Haftbedingungen zu ertragen. Wer die Geduld von Inhaftierten auf eine solche Weise strapaziert, hat kein Recht bei Widerstand gegen die Gesundheitszerstörung von Erpressung zu reden (...)

Irmgard Möller ist die letzte Überlebende der Todesnacht vom 18.10.1977 in Stammheim. Das Urteil des Landgerichts Heidelberg auf lebenslange Freiheitsstrafe, - das übrigens bis heute Irmgard Möller, die bei der Verurteilung nicht anwesend war, durch das Gericht nicht einmal zur Kenntnis gebracht worden ist, - verhindert, daß sie selbst in Freiheit mit den Informationen, die ihr jetzt durch die Zensur vorenthalten werden - wie sie selbst erklärt hat - Mordanschlag aufklärt, bzw. die Hintergründe untersucht. Es muß vor der Öffentlichkeit die Frage gestellt werden: Wer hat ein Interesse am Tod von Irmgard Möller? (...)

Ich appelliere auf diesem Wege an alle Verantwortlichen, solange es noch nicht zu spät ist, das Notwendige zu tun, das heißt, die zerstörerischen Haftbedingungen zu beseitigen.“

Presseerklärung von
Rechtsanwalt Frommann,
Verteidiger von Irmgard Möller.

Mordanschlag aufklärt, bzw. die Hintergründe untersucht. Es muß vor der Öffentlichkeit die Frage gestellt werden: Wer hat ein Interesse am Tod von Irmgard Möller? (...)

Ich appelliere auf diesem Wege an alle Verantwortlichen, solange es noch nicht zu spät ist, das Notwendige zu tun, das heißt, die zerstörerischen Haftbedingungen zu beseitigen.“

Presseerklärung von
Rechtsanwalt Frommann,
Verteidiger von Irmgard Möller

Telegramm an Späth

Wie uns Rechtsanwalt Frommann mitteilt, befindet sich Irmgard Möller in akuter Lebensgefahr. Deshalb fordern wir sofortige Haftverschonung für Irmgard Möller und Verlegung in ein ziviles Krankenhaus unter Aufsicht von Ärzten ihres Vertrauens. Wir fordern sofortige Aufhebung der Isolationshaft für alle von der Isolation betroffenen Gefangenen.

Hannover, 23.6.79

Unterzeichner:

AstA Uni Hannover; KB/Hannover; Jusos Unterbezirk Hannover-Stadt; Naturfreunde Jugend Hannover; Falken Oberschüler/Bezirk Hannover; SAG/H; KHG/H; BI Oststadt-List gegen Atomlagen; UJZ Kornstraße; Frauenzentrum H; Buchladen Rehbockstr.; Frauenbuchladen kneipe La Lotta; Lindener unabhängige Initiative; Basisgruppe Hammer/Hildesheim; Grohnde-Gruppe Hildesheim; Grohnde-Gruppe Hannover; Offizien Druckerei; FASTA PH; Medienladen H; TAZ Redaktion H; ESG H; Redaktion Paraphantenkötzer; Cafe Nix-Homosexuelle Aktion H; Unterrock-Frauenrockband; GIM H; Ehemalige GLU-Frauengruppe H; Ermittlungsausschuß H; Mitarbeiter im Raschplatzpavillon; Frauen gegen Repression; Aktionsgemeinschaft Kirche in der Gesellschaft; CISNU H; Fachschaftsrat Maschinenbau Uni H; Kaltwasserfront; Appello-Band; Crazy Marchin Band; ASTAT (Musikgruppen); Wolfgang Voegel (akademischer Rat, Jur. Fak. H); Dorothee Eichmann (wiss. Ang. Jur. Fak. H); Brigitte Schmidmann-Schulz (wiss. Ang. Jur. Fak. H); Jürgen Floerke.

Gegen die militärische Intervention für ein freies Nicaragua

Jetzt, wo der Vormarsch der FSLN und der Sturz Somozas kaum noch aufzuhalten sind, hat der US-Imperialismus Farbe bekannt: Auf der Sondersitzung der OAS (Organisation Lateinamerikanischer Staaten) am 21.6. forderte US-Außenminister Vance die Bildung einer „Übergangsregierung der nationalen Versöhnung“, und die Entsendung einer „OAS-Friedenstruppe“ nach Nicaragua. Die Aufgabe dieser „Friedenstruppe“ wird ganz unverhüllt genannt: Es gebe Beweise, daß Kuba und andere Staaten in den Bürgerkrieg in Nicaragua verwickelt seien, eine Bastion Fidel Castros auf dem lateinamerikanischen Kontinent könne eine „Domino-Wirkung“ auf andere Staaten haben. Es gelte, einen internationalen Streitfall zu verhindern, damit eine friedliche Lösung nicht noch schwieriger werde.

Die „friedliche Lösung“, die die Menschenrechtspolitiker in Washington anstreben, ist eine sogenannte

„gemäßigte“, d.h. rechtsbürgerliche und von den USA kontrollierbare Regierung. Dabei ist es dem US-Imperialismus seit 1 1/2 Jahren nicht gelungen, diese Alternative zu Somoza aufzubauen und durchzusetzen, das soll jetzt, angesichts des bevorstehenden Sieges der FSLN, mit militärischen Mitteln erreicht werden.

Allerdings hat (bis Redaktionsschluß) die Mehrheit der OAS-Staaten – wenn auch aus sicher unterschiedlichen Motiven – die militärische Intervention einer OAS-Truppe abgelehnt. (Den Militärdiktaturen wie Brasilien und Chile dürfte es dabei weniger um den Sturz Somozas gehen, als vielmehr zu verhindern, daß ein neuer Präzedenzfall für direkte militärische Einmischung in innere Angelegenheiten geschaffen wird.) Mexiko hat erneut zum Abbruch aller Beziehungen zu Somoza aufgefordert, Panama hat zur Anerkennung der provisorischen Regierung aufgerufen, eine Delegation

aus Venezuela führte in Kuba (!) Gespräche über Möglichkeiten zur Beilegung des Konflikts, d.h. der US-Imperialismus kann seinen Interventionsplan nicht widerstandslos durchsetzen. Ein militärischer Alleingang der USA würde den letzten Rest an Glaubwürdigkeit der auf Menschenrechte orientierten Lateinamerika-Politik kosten.

Für das nicaraguanische Volk gibt es die „friedliche Lösung“ des US-Außenministers sowieso seit Monaten nicht mehr:

Die „friedliche Lösung“, das sind Tausende von Toten, zerbombte und völlig zerstörte Städte, Zehntausende von Flüchtlingen, Obdachlosigkeit und Hungersnot, Hunderte von Jugendlichen, die die Nationalgarde umgebracht hat, nur weil sie jung sind und damit unter Guerilla-Verdacht stehen. Gleichzeitig ist es der FSLN praktisch in einem knappen Jahr gelungen, sich breit und stabil in den Massen zu veran-

kern, eine enorme militärische Stärke und internationale Anerkennung zu erringen. Dies eröffnet die Chance, eine Lösung des „Somozismo ohne Somoza“ zurückzuweisen, eine demokratische und blockfreie Regierung durchzusetzen, die dem nicaraguanischen Volk zum ersten Mal seit Jahrzehnten Selbstbestimmungsrecht und demokratische Freiheiten garantieren könnte. Dafür sind alle Anstrengungen in der internationalen Solidarität zu unternehmen.

Umso widerlicher ist die Stellungnahme in der Roten Fahne (21.6.79), die bereits die Gefahr des sowjetischen Hegemonismus wittert, der „den schwindenden US-Einfluß in Mittelamerika als Sprungbrett kubanischer Vorstöße“ benutzen könnte.

Schluß mit dem Völkermord in Nicaragua! Keine militärische Intervention! Anerkennung der Provisorischen Regierung durch die BRD! Lateinamerikakommission

Internationales Tribunal über die britische Präsenz in Irland

Am 7./8. Juli soll in London das Abschlußhearing des Internationalen Tribunals über die britische Präsenz in Irland stattfinden. Die Vorermittlungen am 27./28. Januar 1979 mußten von London kurzfristig nach Paris verlegt werden, da die britische Regierung mehrfach durch willkürliche Anwendung des sogenannten Anti-Terrorgesetzes Ausländern Schwierigkeiten gemacht hatte, die für ihre kritische Einstellung bezüglich der britischen Irlandpolitik bekannt waren. Mit diesem Risiko wollte das Planungskomitee die ausländischen Gäste und Richter nicht belasten.

Die Veranstalter hoffen jedoch, daß das Hearing im Juli in London stattfinden kann. Wir drucken nachfolgend den Aufruf ab, mit dem vom Tribunal in Großbritannien schwerpunktmäßig in Gewerkschaftskreisen mobilisiert wird.

„Lieber Kollege/Kollegin!

Im Januar 1979 fanden in Paris die Voruntersuchungen für das Tribunal unter Vorsitz eines Richterkollegiums statt, dem Ron Knowles, Herausgeber der Zeitung der Journalistengewerkschaft „The Journalist“, Richter Etienne Bloch, ehemaliger Präsident der französischen Syndicat du Magistature, und Phil Flynn,

stellvertretender Generalsekretär der Irish Local Government Association and Public Services Union (Gewerkschaft im öffentlichen Dienst – AK) angehörten. Die Gründungserklärung des Planungsausschusses für das Tribunal wurde im Januar 1978 im Unterhaus aufgesetzt und läßt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen:

„Die Ausübung der militärischen, gerichtlichen und politischen Kontrolle in den sechs Grafschaften im Norden Irlands durch Großbritannien hat beunruhigende Auswirkungen auf die Bürger- und Menschenrechte in Großbritannien wie Irland. Wir sind der Auffassung, daß die bisher zugängliche Information eine öffentliche Untersuchung vieler Aspekte der britischen Anwesenheit und ihrer Rückwirkungen nicht nur ratsam, sondern notwendig macht.“ (...)

Sie ist auch notwendig wegen des offensichtlichen Fehlens jeder Bereitschaft seitens der verantwortlichen Stellen, sich mit Vorwürfen des Machtmissbrauchs zu beschäftigen.“

Die Jury hatte bei der Vorermittlung die Aufgabe, zu prüfen, ob das ihr vorgelegte Material ausreichend sei, eine volle Untersuchung zu rechtfertigen. Nach Betrachtung des Beweismaterials beschlossen die Richter:

„Nach dem vorliegenden Material zögern wir nicht festzustellen, daß die Anwesenheit Großbritanniens in Irland zu ernststen und beunruhigenden Fragen Anlaß gibt. Wir halten es für grundlegend für das ganze Problem der britischen Präsenz in Irland, darüber nachzudenken, ob denn wirklich die britische Anwesenheit aufrechterhalten werden kann, ohne Verstöße gegen die Charta der Menschenrechte.“

Wir befinden daher, daß das Tribunal hinreichendes Material für eine eingehende Untersuchung der britischen Präsenz in Irland gefunden hat, und halten eine volle Anhörung im Juli für wichtig. (...)

Die britische Regierung wurde aufgefordert zu erscheinen, um sich wegen der zur Last gelegten Verstöße gegen die Menschenrechtscharta in Nordirland zu verteidigen.

Die Unterzeichner rufen daher die britische Arbeiterbewegung auf, eine möglichst große und repräsentative Zahl von Delegierten zu stellen, die von Gewerkschaften oder anderen Organisationen der Arbeiterbewegung gewählt werden und dem Abschlußhearing als Jury zur Verfügung stehen. Dieses soll am 7./8. Juli in der Conway Hall in London stattfinden.“

Robert Havemann verurteilt 9 Schriftsteller aus Berufsverband ausgeschlossen

Der sozialistische DDR-Schriftsteller, Robert Havemann, ist vom Kreisgericht Fürstenwalde zu einer Geldstrafe von 10.000 DM verurteilt worden. Damit bestätigte das Gericht einen Strafbefehl in dieser Höhe, der gegen Havemann Ende Mai ergangen war. Havemann erklärte zu seinem Urteil:

„Es sei behauptet worden, er habe Devisenwerte im Westen für sich behalten. Der wirkliche Grund sei aber darin zu sehen, weil ich sage, was ich denke“ („FR“, 21.6.).

Der Prozeß selbst ist – auch wenn man nur die Hälfte der Berichterstattung der bürgerlichen Medien als wahr anerkennt – genauso polizeilich geführt worden, wie Havemann seit zweieinhalb Jahren vom DDR-Regime behandelt wird. Seit Ende November 1976 ist „sein Aufenthalt auf sein Grundstück in Grünheide beschränkt“. Grund? Er habe durch eine Stellungnahme zur Ausbürgerung seines Freundes Biermann „die Sicherheit und Ordnung der DDR gefährdet“, hieß es damals. Seine Literatur wurde verboten, sein Anwalt, der Altkommunist und Spanien-Kämpfer Götz Berger, durch Minister-Erlaß fristlos aus dem Anwaltskollegium ausgeschlossen. Schließlich wurde nach dem Vorbild der Sippenhaft der Hausarrest auch noch auf seine Frau und seine sechsjährige Tochter ausgedehnt. Und um den Regimekritiker mundtot zu machen, beschlagnahmte man bei einer Hausdurchsuchung seine Schreibmaschine, Fotoapparate, Tonbandgerät, seine in Arbeit befindlichen Manuskripte, 190 Zeitschriften und 177 Bücher, „zum größten Teil moderne marxistische Literatur“ („FR“, 22.6.). Für den Prozeß hatte Robert Havemann einen Anwalt aus dem Ausland gewählt, um nicht DDR-Kollegen zu gefährden. Diesem Anwalt, der Mitglied der spanischen PSOE ist, wurde keine Aufenthaltsgenehmigung für den Gerichtsort erteilt.

In den Gerichtssaal wurden nur zwölf „Zuhörer“ gelassen. Mit den fast 100 Menschen, die vor dem Ge-

richt den Verlauf erfahren wollten, durfte Havemann nicht sprechen und schließlich wurden im Umkreis um das Gerichtsgebäude Personalien kontrolliert, was sich „Fahndungskontrolle“ nannte. Einige Jugendliche wurden festgenommen.

Doch Havemann, der zu seiner eigenen Position erklärt, „daß die DDR der bessere deutsche Staat ist“ (Interview mit der „Tageszeitung“), läßt sich nach wie vor durch diese Unterdrückungsmaßnahmen nicht von seiner Kritik an der SED/DDR abbringen.

Nach seiner Verurteilung unterbreitete er in einem Offenen Brief SED-Politbüromitglied Kurt Hager Vorschläge „zur Vorbereitung des 30. Jahrestages unserer Republik.“ Havemann fordert darin eine „öffentliche Auseinandersetzung ohne jede Diskriminierung“ mit den Kritikern des Regimes in den Publikationen der DDR. Dabei erinnert er an den prinzipiellen, aber „ohne persönliche Feindschaft geführten Meinungsstreit“ zwischen R. Luxemburg und Lenin. Er fordert, Rudolf Bahro und alle nach Paragraph 106 („staatsfeindliche Hetze“) verurteilten Gefangenen freizulassen.

Statt offenem Meinungskampf und Liberalisierung setzen die DDR-Behörden mit immer neuen Unterdrückungsmaßnahmen ihren Rechtskurs fort: Jüngstes Beispiel ist der Ausschuß von neun Schriftstellern aus ihrem Verband (im einzelnen: Kurt Bartsch, Stefan Heym, Klaus Poche, Klaus Schlesinger, Karl Heinz Jakobs, Dieter Schubart, Adolf Endler, Joachim Seyppel und Rolf Schneider). Die Autoren, denen noch im Taschenlexikon „Schriftsteller der DDR“ durchweg politische und literarische Qualitäten attestiert worden sind („FR“, 11.6.), sind jetzt in Ungnade gefallen, weil sie angeblich

„vom Ausland her gegen unseren sozialistischen Staat, die DDR, die Kulturpolitik von Partei und Regierung und gegen die sozialistische Rechtsordnung in verleumderischer Weise“

aufgetreten sind.

Das Skandalurteil gegen Robert Havemann sowie die bösen Repressalien gegen die demokratischen

Schriftsteller sind für uns zusätzlicher Anlaß, zur Beteiligung an der Bahro-Solidaritätsaktion am 30.6./1.7. in Marburg aufzurufen.

MARBURG
Sonntag, 30. Juni 1979

Robert Havemann verurteilt 9 Schriftsteller aus Berufsverband ausgeschlossen

Der sozialistische DDR-Schriftsteller, Robert Havemann, ist vom Kreisgericht Fürstenwalde zu einer Geldstrafe von 10.000 DM verurteilt worden. Damit bestätigte das Gericht einen Strafbefehl in dieser Höhe, der gegen Havemann Ende Mai ergangen war. Havemann erklärte zu seinem Urteil:

„Es sei behauptet worden, er habe Devisenwerte im Westen für sich behalten. Der wirkliche Grund sei aber darin zu sehen, weil ich sage, was ich denke“ („FR“, 21.6.).

Der Prozeß selbst ist – auch wenn man nur die Hälfte der Berichterstattung der bürgerlichen Medien als wahr anerkennt – genauso polizeilich geführt worden, wie Havemann seit zweieinhalb Jahren vom DDR-Regime behandelt wird. Seit Ende November 1976 ist „sein Aufenthalt auf sein Grundstück in Grünheide beschränkt“. Grund? Er habe durch eine Stellungnahme zur Ausbürgerung seines Freundes Biermann „die Sicherheit und Ordnung der DDR gefährdet“, hieß es damals. Seine Literatur wurde verboten, sein Anwalt, der Altkommunist und Spanien-Kämpfer Götz Berger, durch Minister-Erlaß fristlos aus dem Anwaltskollegium ausgeschlossen. Schließlich wurde nach dem Vorbild der Sippenhaft der Hausarrest auch noch auf seine Frau und seine sechsjährige Tochter ausgedehnt. Und um den Regimekritiker mundtot zu machen, beschlagnahmte man bei einer Hausdurchsuchung seine Schreibmaschine, Fotoapparate, Tonbandgerät, seine in Arbeit befindlichen Manuskripte, 190 Zeitschriften und 177 Bücher, „zum größten Teil moderne marxistische Literatur“ („FR“, 22.6.). Für den Prozeß hatte Robert Havemann einen Anwalt aus dem Ausland gewählt, um nicht DDR-Kollegen zu gefährden. Diesem Anwalt, der Mitglied der spanischen PSOE ist, wurde keine Aufenthaltsgenehmigung für den Gerichtsort erteilt.

In den Gerichtssaal wurden nur zwölf „Zuhörer“ gelassen. Mit den fast 100 Menschen, die vor dem Ge-

aufgetreten sind.

Das Skandalurteil gegen Robert Havemann sowie die bösen Repressalien gegen die demokratischen

Schriftsteller sind für uns zusätzlicher Anlaß, zur Beteiligung an der Bahro-Solidaritätsaktion am 30.6./1.7. in Marburg aufzurufen.

MARBURG
Sonntag, 30. Juni 1979
11.00 Uhr Demonstration
Ab Hörsaalgebäude Biegenstraße

13.00 Uhr Abschlußkundgebung
(Biegenstraße)

Sprecher: Jacob Moneta, I.-Ch. Björklund

Sonntag, 1. Juli 1979
10.00 Uhr, Verschiedene Diskussionsforen

u.a.: Formen und Inhalte der Solidarität mit der osteuropäischen Opposition

Sozialismus und Kulturrevolution

12.00 Uhr Kulturveranstaltung

mit Walter Mossman, Gruppe Saitenwind
Jürgen Fuchs (Schriftsteller, ehem. DDR), Michael Sallmann (Liedermacher, ehem. DDR),
Jörg Müller (Schriftsteller, ehem. DDR), Gruppe Pannach-Künert (ehem. DDR)

17.00 Uhr Podiumsdiskussion zum Thema

Sozialistische Opposition im „realen Sozialismus“

Auf dem Podium:
Zagorka Golubovics (Belgrad, Praxis-Schule)
Jean Elleinstein (KPF, Paris)

Gerd Petersen (Vors. der Linksoz. Volkspartei Dänemarks, ehem. KP Dänemark)
Ilka-Christian Björklund (Helsinki, Reichstagsabgeordneter d. Volksdemokr. Kommunisten)
Wolf Dieter Narr (Berlin, Deutscher Beirat III. Russell Tribunal)

E. A. Rauter (Schriftsteller, München)
Bernd Rabe (Berlin)
Bahro-Komitee Marburg
Eingeladen: Vertreter des Parteivorstandes der DKP sowie der „Marburger Schule“

SALT II unterschrieben: Eine neue Runde im Wettrüsten kann beginnen!

Nach siebenjährigen Verhandlungen unterzeichneten am vergangenen Wochenende US-Präsident Carter und KPdSU-Generalsekretär Breschnew den zweiten Vertrag zur "Begrenzung" der strategischen Rüstung

(SALT II) in einer feierlichen Zeremonie in Wien. Von beiden Seiten wurde dieses Vertragswerk als großartiger "Beitrag zum Frieden" gefeiert. Als einzige reale Einschränkung verlangt das Abkommen von der SU

die Verschrottung von 300 Trägerwaffen bis 1981, ansonsten wird das Abkommen erneut eine Runde des Wettrüstens von bisher unbekanntem Ausmaß einleiten. Schon SALT I brachte die Verdoppelung der Zahl der US-Sprengköpfe von 6500 auf 11000 und die der SU auf 4500. 1985 beim Auslauf von SALT II können die US-Militärs bereits 20 000 Atomsprengköpfe in ihren Silos lagern. Schon jetzt besitzen die US-Militärs für jede größere SU-Stadt 34 strategische Atomwaffen bzw. die SU umgekehrt 26.

300 Trägerwaffen reichen aus, um sofort 100 Mio. Menschen zu vernichten und eine weitaus größere Zahl einem schrecklichen Dahinsiechen preiszugeben bzw. ganze Landstriche unbewohnbar zu machen. Zynisch behaupten die „Supermächte“, daß solche Verträge den Frieden „sicherer“ machen würden, daß ihre atomare Rüstung der Verhinderung eines Atomkrieges diene. Das, was nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki einen Atomkrieg verhindert hat, ist einzig und allein das bestehende Kräfteverhältnis in der Welt. Kriegerische Abenteuer wurden von den Großmächten dennoch überall dort unternommen, wo ihnen

das möglich erscheint (siehe die Aggressionen der USA gegen Indochina, Korea etc. und die Interventionen der SU in der CSSR und Eritrea).

Als er das SALT I Abkommen unterschrieb, verkündete Nixon: "Keine Macht auf Erden ist heute stärker als die Vereinigten Staaten von Amerika. Keine wird in Zukunft stärker sein als die Vereinigten Staaten von Amerika. Etwas anderes wird für die Vereinigten Staaten niemals akzeptabel sein".

Auch jetzt ist in den USA eine Diskussion im Gange, ihre Überlegenheit weiter zu erhöhen. Die Befürworter in der US-Regierung priesen zwar SALT II als "Sieg der Amerikaner", zwar gab Präsident Carter den Bau des neuen MX-Raketen Systems bekannt, das durch mobile Abschubrampen unverwundbar sein soll. 40 Mrd. DM soll dieses System kosten, um 10% wurde der Militärbudget dafür aufgestockt. Doch damit nicht genug: Große Teile des amerikanischen Senats fordern die Ablehnung dieses Abkommens. Unter der demagogischen Formel, dieses Abkommen ermögliche die atomare Überlegenheit der SU, werden neue Rüstungsprogramme



gefordert. Dies obwohl das neue SALT II-Abkommen die Entwicklung eines einzigen Waffensystems auch nur einschränkt. So wird schon an Land- und seegestützten Cruise Missiles gearbeitet, sowie auch an einem Laser-Abwehrsystem für Interkontinental-Raketen, das schon Milliarden verschlungen hat. Die SU unternimmt gleichfalls alle erdenklichen Anstrengungen, um in diesem Wettlauf nicht noch weiter ins Hintertreffen zu geraten.

Dieser Rüstungswettlauf verschlingt nicht nur Milliarden-Summen auf Kosten der werktätigen Bevölkerung, sondern bildet ebenso die Grundlage für die weltweite Großmachtpolitik sowie die ständige Erhöhung der Kriegsgefahr. Das SALT II-Abkommen ist ein begleitendes Vernebelungsmanöver dieser "Supermächte", die sich weltweit als "Friedenswächter" aufspielen.

SALT II Höchststärken		Gegenwärtige Umfänge		Voraussichtliche Umfänge 1985 mit SALT II-Vertrag		Vermutete Umfänge 1985 ohne SALT II-Vertrag	
		USA	UdSSR	USA	UdSSR	USA	UdSSR
1. Interkontinental-Raketen (ICBM) mit mehreren Sprengköpfen	höchstens 820	550	300	464	820	465	1300
2. U-Boot-Fernraketen (SLBM) mit mehreren Sprengköpfen	höchstens 1200	496	96	736	352	768	500
3. Bomber mit Cruise Missiles (ALCM)	höchstens 1320	0	0	120	0	120	0
4. Land- oder seegestützte Fernraketen	1 bis 6	landgestützt 504 seegestützt 160	landgestützt 950 seegestützt 848	landgestützt 504 seegestützt 0	landgestützt 360 seegestützt 624	landgestützt 504 seegestützt 0	landgestützt 100 seegestützt 600
5. Interkontinental-Bomber ohne Cruise Missiles	höchstens 2250	348	150	225	90	250	200
Summe:		2058	2344	2049	2246	2107	2700

Quelle: The Washington Post
FAZ-Graphic Bureau

Verjährungsdebatte vor dem Abschluß: Gezielte Verwirrung, statt Nazi-Verfolgung!

Nach letzten Meldungen wird der Bundestag in einer Sondersitzung am 30. Juni oder 2. Juli endgültig über die Frage der Verjährung von NS-Verbrechen entscheiden. Nachdem die verschiedenen Vorschläge aus SPD- bzw. CDU-Reihen gut zwei Monate im Rechtsausschuß des Bundestages schmorten, soll nun die Entscheidung in die Debatte durchgezogen werden. Der Rechtsausschuß brachte in dieser Zeit nichts anderes zustande, als bekannt zu geben, daß er dem Bundestag keinen Beschluß vorlegen wird. Um der einfachen und klaren Lösung des Problems aus dem Wege zu gehen, nämlich der Unterzeichnung der UNO-Resolution über die Nichtverjährung von NS-Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die BRD, scheuten bürgerliche Politiker und Juristen weder Zeit, Mühe noch Aufwand, um zu den bereits vorhandenen noch weitere abwegige Vorschläge hinzuzufügen.

Der Erhard-Vorschlag

So brachte Benno Erhard, der innen- und rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU, praktisch in letzter Minute den Vorschlag ein, die Verjährungsfrist für Mord zwar aufzuheben, gleichzeitig aber den Gerichten die Möglichkeit zu geben, unter bestimmten Voraussetzungen von der Strafverfolgung abzusehen („SZ“, 15.6.79). Danach soll die Staatsanwaltschaft nicht mehr gezwungen sein, einen Beschuldigten anzuklagen, wenn er „bei Begehung der Tat in untergeordneter Stellung Anweisungen oder Befehle von Vorgesetzten befolgt (hat) und seine Schuld im Hinblick auf seine beschränkte Entscheidungsfähigkeit erheblich gemindert (ist)“. Anklage sollte nach dem Vorschlag Erhards nur erhoben werden, wenn die Schuld des Täters besonders schwer ist. Keine Anklage soll erhoben werden, wenn die Strafverfolgung nicht unterbrochen war und das seitherige Verhalten des Beschuldigten mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarten läßt, daß er keine Straftaten mehr begehen wird“ (ebenda).

Da so gut wie alle Nazi-Verbrecher heute als Gehilfen eingestuft werden, würde nach diesen Kriterien keine einzige Anklage mehr erhoben werden. Damit bliebe bei diesem Vorschlag allein die Aufhebung der Verjährung für „normalen“ Mord übrig. Pervers! Das bedeutet, daß Erhard mit seinem Vorschlag praktisch auch noch den kleinen „Schönheitsfehler“ an Wehners Vorschlag der generellen Aufhebung der Verjährung von Mord wegrationalisiert: Bei seiner „Lösung“ der Verjährung ist sicherge-

stellt, daß auf keinen Fall Nazis erfaßt werden.

Der Mertes-Vorschlag

Den bisher lächerlichsten Vorschlag lieferte wohl der CDU-Bundestagsabgeordnete Mertes. Er wirbt für die Beibehaltung der Verjährungsfrist von Mord nach 30 Jahren. Gleichzeitig sollen Personen mit einem Freiheitsentzug von bis zu drei Jahren bestraft werden, die sich einer Tat rüh-

men, deretwegen bereits ein Urteil ergangen ist. D.h. nicht verurteilte Nazi-Mörder könnten sich ihrer Morde rühmen, da ja kein Urteil ergangen ist. Rechtsausschmittglieder stellten dazu fest, daß sich diejenigen, die eine Aufhebung der Verjährung bei Mord anstreben, damit nicht zufrieden geben würden (nach „Rheinische Post“, 10.5.79).

Da der Maihofer-Vorschlag also im Kern für einen Teil der NS-Verbrechen, nämlich Völkermord, die Verjährung aufheben will, wird er be-

Folgende Staaten sind der UNO-Konvention über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit beigetreten bzw. haben sie ratifiziert:

Staat	Datum des Beitritts oder der Ratifizierung
1) Albanien	19.05.1971
2) Bielorussische SSR	08.05.1969
3) Bulgarien	21.05.1969
4) Deutsche Demokratische Republik	27.03.1973
5) Guinea	07.06.1971
6) Indien	12.01.1971
7) Jugoslawien	09.09.1970
8) Kamerun	06.10.1972
9) Kenia	01.05.1972
10) Kuba	13.09.1972
11) Mongolei	21.05.1969
12) Nigeria	01.09.1979
13) Polen	14.02.1969
14) Philippinen	15.05.1973
15) Rumänien	15.09.1969
16) Rwanda	16.04.1970
17) Sowjetunion	22.04.1969
18) Tschechoslowakei	13.08.1970
19) Tunesien	15.06.1972
20) Ukrainische SSR	19.06.1969
21) Ungarn	24.06.1969

sonders von Justizminister Vogel angegriffen, der wie Wehner die Aufhebung der Verjährung für Mord generell fordert und gegen jedes „Sonderrecht“ für NS-Verbrechen spricht. Demagogisch kritisiert er Maihofers Vorschlag als „zu eng“. Nicht berücksichtigt würden bei Maihofers Gesetzentwurf: a.) die Zerstörung ganzer Dörfer unter gleichzeitiger Ermordung der Frauen und Kinder, etwa im Rahmen der Partisanenbekämpfung. b.) Ermordung arbeitsunfähiger und kranker Häftlinge sowie Kriegsgefangener, die als Arbeitsfähige nicht getötet worden wären. c.) Die Euthanasie Geisteskranker. d.) Morde an einzelnen politischen und sonstigen Häftlingen, ohne daß eine systematische Vernichtung bestimmter Gruppen (zum Beispiel Geistlicher) beabsichtigt war“ („FAZ“, 11.5.79). Dieses stimmt zwar alles, Vogel selbst ist aber gar nicht bestrebt, diese Lücke im Maihofer-Vorschlag auszufüllen. Es könnte möglich sein, daß durch

Der Maihofer-Vorschlag

Vorwiegend in der Diskussion der letzten Wochen war der Vorschlag des FDP-Abgeordneten Werner Maihofer, der den auch jetzt schon nicht der Verjährung unterworfenen Tatbestand des Völkermordes (§ 220 a StGB) auf NS-Täter übertragen will. Danach soll es auch strafbar sein, wenn in der Absicht getötet wurde, „eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören“ („FR“, 14.5.79). Dieser Vorschlag macht noch einmal deutlich,

daß die Bundesrepublik die Völkermordverbrechen der Faschisten bis heute für nicht verfolgungswürdig hält. Dies mit der hinterhältigen Begründung, daß dieses Delikt erst 1955 ins Strafbuch eingefügt wurde und NS-Täter wegen des Rückwirkungsverbots aus Art. 103 II GG danach nicht bestraft werden können.

Die Realität der Verfolgung von NS-Verbrechen

In der BRD laufen unseres Wissens derzeit 15 NS-Prozesse: in Hamburg, Hildesheim, München, Limburg, Stade, Stuttgart, Bochum, Bielefeld, Köln, Düsseldorf, Frankfurt, Aschaffenburg. Bei den angeklagten Verbrechen handelt es sich zur Hälfte um die Ermordung der jüdischen Bevölkerung verschiedener Orte in osteuropäischen Ländern, vor allem Polen, zur anderen Hälfte um Massenmord im KZ Majdanek, im Auschwitz-Nebenlager Lagischa und der Janunagrube, im KZ Gassen bei Cottbus sowie in einem Nebenlager des KZ Groß-Rosen. Angeklagt sind ehemalige Angehörige der SS, der Waffen-SS, Angehörige der KZ-Kommandantur, ein Gebietskommissar, eine Sekretärin, ein Betriebsleiter der Hasag-Werke in Tschernochau (Polen), ein Hilfsgendarm in „Losice“ finden sich noch drei Frauen, nachdem drei im Majdanek-Prozess gerade freigesprochen wurden. Im letzten dreiviertel Jahr standen in 18 NS-Prozessen insgesamt 42 Angeklagte vor Gericht. Bis heute gab es bei diesen Prozessen acht Freisprüche, eine Einstellung wegen „Verhandlungsunfähigkeit“, und sage und schreibe eine Verurteilung. Der 72-jährige Friedrich Schwend wurde in München wegen Beihilfe zum Totschlag zu 2 Jahren mit Bewährung verurteilt. In den Knast muß also auch dieser Naziverbrecher nicht.

Diese Art von Vergangenheitsbewältigung nimmt bereits eine Verjährung voraus. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß vor Beendigung der Verjährungsdebatte im Bundestag im Düsseldorfer Majdanek-Verfahren vier der restlichen Angeklagten wegen Fluchtgefahr in Haft genommen wurden.

- Darum:
- NS-Verbrecher in den Knast!
 - Schluß mit der Verschleppung von NS-Prozessen; Entlassung der dafür verantwortlichen Richter; Ausschuß neonazistischer Rechtsanwälte aus NS-Prozessen!
 - Unterzeichnung der UNO-Konvention über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Bundesregierung - Gegen die generelle Aufhebung der Verjährung für Mord!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Proteststimmen gegen die Verjährung von NS-Verbrechen

Nach Angaben der Zentralstelle zur Verfolgung von Nazi-Verbrechen in Ludwigsburg gerät die Prüfung von Belastungsmaterial über NS-Verbrechen unter Zeitdruck. Es könnte nicht mehr in allen Fällen durch den Beginn amtlicher Ermittlungen die Verjährung unterbrochen werden, um die weitere Verfolgung dieser Taten abzusichern („Tagesspiegel“, 1.6.79).

In den USA haben das Repräsentantenhaus und der US-Senat eine unbegrenzte Verfolgung von NS-Verbrechen gefordert.

Der parlamentarische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Großbritannien, Richard Luce, erklärte, daß die Regierung der Auffassung sei, „daß es für die gerichtliche Verfolgung von Personen, die im Zweiten Weltkrieg Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, keinerlei Einschränkung geben darf“ („UZ“, 25.5.79).

Gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen hat sich in Narbonne der französische Nationalkongreß der in das Konzentrationslager Dachau Deportierten ausgesprochen („Tagesspiegel“, 22.5.79).

Für die Aufhebung der Verjährung von NS-Verbrechen sprachen sich außerdem aus:

- Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ) (nach „jpd“, 25.5.79)
- Der Westberliner evangelische Theologieprofessor Friedrich Wilhelm Marquardt vor dem Kirchentag in Nürnberg am 15.6.79.

Fahndung paradox — oder Polizeistaats-Wirklichkeit BRD 1979?

Elisabeth v. Dyck wurde in ihrer Wohnung erschossen. Rolf Heißler wurde in seiner Wohnung aus Versehen nicht erschossen. In beiden Fällen hatten sich Agenten der BKA/T – Sonder-Terror-Kommandos nach ausführlicher „Observation“ der Wohnung auf die Lauer gelegt und eine Falle gestellt. Nach einer Enthüllung der „taz“ vom 13.6.79 verfügt das BKA/T zur Auffindung sog. „konspirativer Wohnungen“ über ein Spezial-Fahndungsprogramm, das sog. „Annoncenprogramm“.

Ein Dementi, geschweige denn ein glaubhaftes, seitens des „liberalisierten Sicherheitsapparates“ liegt bisher nicht vor. Gegenüber der „taz“ teilte das BKA auf Nachfrage lediglich mit, man möge bitte das Original des Fahndungsprogramms ans BKA/T einschicken, damit geprüft werden könne, ob es echt ist.....

(siehe nebenstehende Abschrift sowie das Faksimile des Ablaufschemas)

Wie hat frau/man sich diesen Vorgang vorzustellen?

Am 24.2. hatte es z. B. für den Raum Frankfurt einen „Tip“ auf eine „konspirative Wohnung“ („KW“) gegeben. Daraufhin durchforstete eine Arbeitsgruppe von Agenten des BKA/T alle Tageszeitungen des Raums Frankfurt/Darmstadt bis zum 7.3. — an diesem Tag fand in Darmstadt ein Banküberfall statt, dessen Täter die BKA-Agenten in der „Terror-Szene“ vermuteten. Durch Aussieben von Chiffre-Angeboten, Wohnungen mit mehr als drei Zimmern, von Wohnungen, die nicht vermietet werden konnten, und solchen, in die Familien mit Kindern eingezogen waren, wurde der Kreis möglicher Terroristen eingeschränkt. Der restliche Personenkreis der in Frage kommenden neuen Mieter stand von nun an unter Terrorismus-Verdacht, denn: „Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß in der Wohnung des privaten Anbieters bereits terroristische Gewalttäter wohnen“. Daher mußte die weitere Recherche verdeckt durchgeführt werden. Über Befragungen des Fernmeldeamtes, des Einwoh-

nermeldeamtes (EMA), der Elektrizitätsgesellschaften, des Grundbuchamtes der Gemeindeverwaltungen, der Postämter, von Bankinstituten, von Firmen der Privatwirtschaft, von Hausmeistern, Briefträgern und Nachbarn sieben die Fahndungsgruppen des BKA u n verdächtig gewordene Personen aus. BKA-Kollegen der Abteilung KT unterstützten die Fahndung durch computergestützten Handschriftenvergleich etwaiger von Mietern handschriftlich ausgefüllter Meldezettel, Bankformulare etc. Computerbänder, auf denen die Namen der so „verdächtig“ Gewordenen in Hessens Metropole gespeichert sind, halfen im übrigen beim Vergleich mit dem Einwohnerbestand der Meldeämter, denn „die Daten beim Einwohnermeldeamt sollen aus arbeitstechnischen Gründen in einem Arbeitsgang überprüft werden“. Schließlich wird der Personenkreis durch Systemabfragen in INPOL, PIOS und NAPOLIS abgeklärt. (Bisher war ein System „NAPOLIS“ nicht bekannt. Sollte dies die interne Abkürzung für einen festen illegalen Verbund zwischen dem Computersystem der drei Geheimdienste (NADIS) mit dem Hessischen Polizei-Informationssystem (HEPOLIS) sein?)

Es besteht wohl kaum Zweifel, daß auf diese Weise Rolf Heißler und vorher auch Elisabeth v. Dyck „abgeklärt“ wurden. Unter dem Mogadischu-Innenminister Werner Maihofer hieß derselbe Vorgang: „ausgeschaltet“. Weniger humanistisch gebildete Menschen nennen das Ende solcher Fahndung schlicht: Liquidation.

Von der GeStapo gelernt

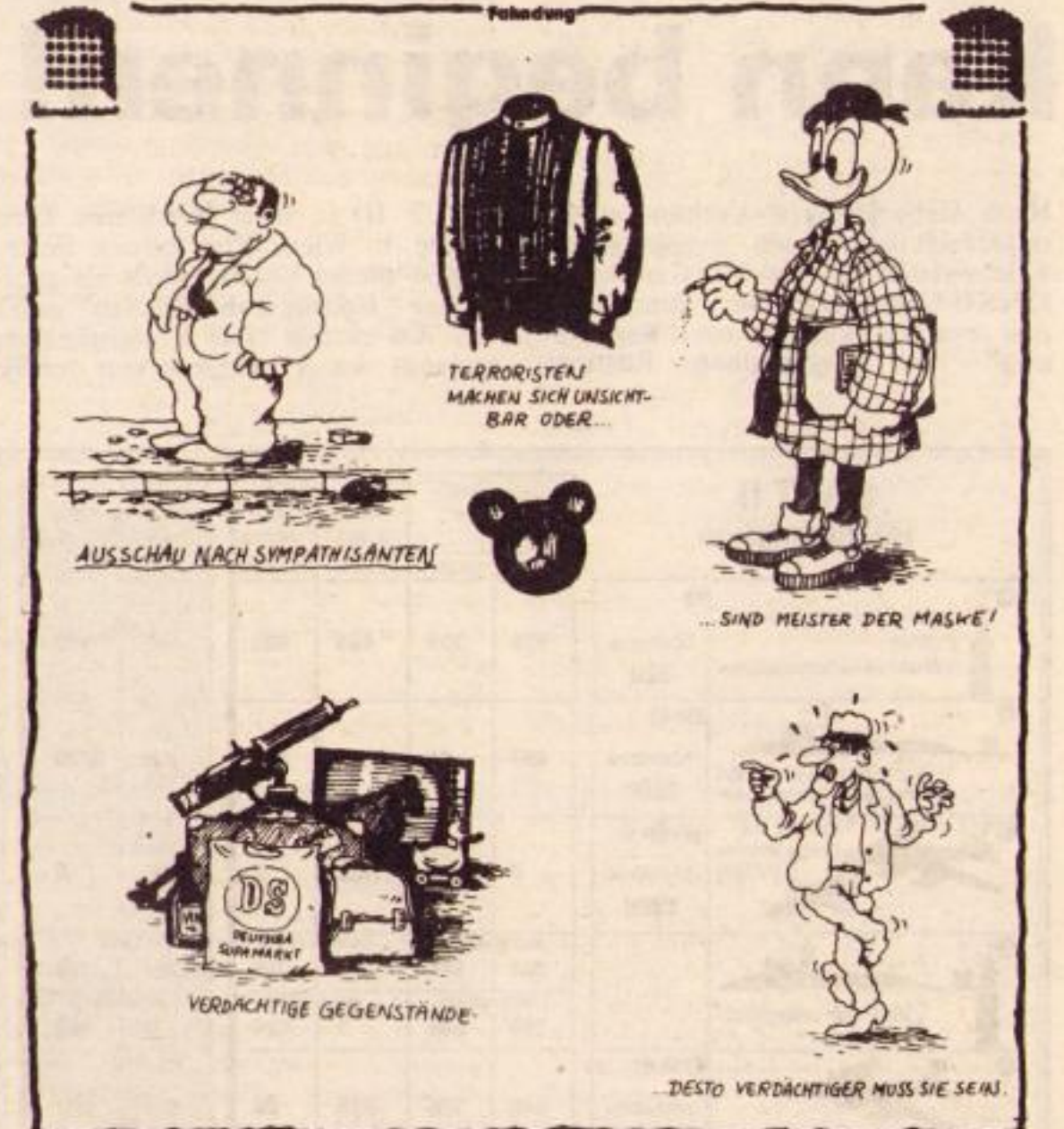
In den Lehrbüchern für Rasterfahndung beim BKA könnte folgendes Zitat zu finden sein: Die Polizei muß sich zur Aufgabe machen, „diese Staatsfeinde aufzuspüren, sie zu überwachen und im richtigen Augenblick u n s c h ä d l i c h z u m a c h e n“, wobei sie „sich zur Vorbereitung dieser Abwehr die erforderlichen Informations- und Überwachungsmöglichkeiten schafft“ und „unabhängig von jeder Bindung i. e. d. e. s. zur Errei-

chung des notwendigen Zweckes geeignete Mittel“ anwendet.

Dieses Zitat bezieht sich aber auf die GeStapo und entstammt einem Aufsatz des Regierungsdirektors im GeStapoamt Berlin, Werner Best (abgedruckt in: Deutsches Recht, 1936, S. 125). Es trifft aber auf den Sachverhalt der Fahndungsmethoden der bundesrepublikanischen Vollzugs Polizei mit ihren qualitativ wesentlich verbesserten technischen Möglichkeiten maßgeschneidert zu.

Trotz der Verschärfung von Strafverfolgungsgesetzen und der polizeilichen „Gefahrenabwehrgesetze“ der Länder ist allein schon das hier geschilderte Fahndungssystem glatter Rechtsbruch. Eine Rechtsgrundlage für die Erstellung derartiger Fahndungsraster gibt es weder aus Gründen der „Strafverfolgung“ noch der „Gefahrenabwehr“. Im Gegenteil v e r b i e t e t z. B. das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) die Weitergabe von personenbezogenen Informationen aus Dateien der Post, der Unternehmen etc. an andere Stellen. Selbst nach dem nicht zustande gekommenen „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz des Bundes und der Länder“ (ME) wäre eine Rechtsgrundlage für derartige Fahndungsraster noch nicht gegeben.

Mit unverschämter Offenheit wird diese Tatsache in der polizeilichen Fachliteratur auch zugegeben und diskutiert. Regierungsdirektor Riegel, Bundesinnenministerium, in „Zeitschrift für Rechtspolitik“ 1978, S. 14 ff: „Einer Rechtsgrundlage (für die Befragung und Informationsspeicherung) aber bedarf es, da es sich bei der entsprechenden Tätigkeit um Maßnahmen mit Eingriffscharakter handelt, denn die gewonnenen Daten werden gesammelt und ausgewertet. Unabhängig von der Frage der Rechtsgrundlage im Rahmen der Strafverfolgung dürfte für die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten, für die ja das Polizeirecht eingreift, die bisher allein in Betracht kommende Generalklausel des § 8 Abs. 1 ME nicht ausreichen, da diese



eine bestehende Gefahr im Einzelfall voraussetzt. Das aber wird sehr oft nicht der Fall sein, wenn es darum geht herauszufinden, ob von bestimmten Personen eine Gefahr droht. Deshalb sollte man eine spezielle Rechtsgrundlage schaffen, die keine konkrete Gefahr voraussetzt“.

Auch die „Harmonisierungskommission der Innenministerkonferenz“ äußerte sich offiziell (im Abschlußbericht zum ME): „Die Generalklausel des § 1 Abs. 1 ME reicht als Rechtsgrundlage in der Regel nicht aus, da meist eine konkrete Gefahr nicht behauptet werden kann. Das eigentliche Problem liegt bei der Speicherung unserer Auswertung der im Rahmen der beobachtenden Fahndung gewonnenen Erkenntnisse. Eine eindeutige Rechtsgrundlage ist dringend erforderlich, zumal die Gefahr besteht, daß eventuelle mangels rechtmäßiger Gewinnung der Erkenntnisse die daraufhin gespeicherten Daten gelöscht werden müssen“.

Was die „Gefahr“ anbelangt, von der hier gesprochen wird, werden wir ja sehen, wie auf die Enthüllung des „Annoncenprogramms“ reagiert wird ...

Generell zeigt die Existenz dieses Programms und die dementsprechende Praxis, daß selbst die selbstverordnete rechtsstaatlichen Prinzipien in der BRD glatt auf den Kopf gestellt werden: Verfolgt wird nicht eine bestimmte Person, die sich „verdächtig“ gemacht hat und die die „Sicherheitsorgane“ mit Hilfe der Justiz „überführen“ wollen — verdächtig ist heute erst einmal jede/r.

Erst die weitere Fahndung grenzt Schritt für Schritt den Kreis der Unverdächtigen aus. So kann bei Gelegenheit jede/r einmal das Objekt einer solchen polizeilichen „Abklärung“ werden.

Antifakommission
KB/Hannover-Hamburg

TE 33-2
Az.: 170042/77
Sput.: 4.099

Betreff:
Fahndungsprogramm „ANNONCEN“
hier: Vorgehensweise

Wiesbaden, den 19.03.79
HR 2156

5.2. Ist nicht erkennbar, ob die eigene oder eine andere Wohnung vermietet werden sollte, sind weitere Ermittlungen gem. Ziff. 6 anzusetzen.

6. Liegt kein Fernsprechan- oder Wechsel der zu vermietenden Wohnung vor, ist der Wohnungsanbieter abzuklären. Folgende Möglichkeiten kommen in Betracht:

1. Der Vermieter hat einen Nachmieter für seine eigene Wohnung.
2. Der Vermieter konnte seine Wohnung nicht vermieten und wohnt selbst noch darin.
3. Der Vermieter mietet eine Zweit- oder Drittwohnung.
4. Der Vermieter überließ für eine bestimmte Zeit seine Wohnung, ohne seinen Wohnsitz aufzugeben.

Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß in der Wohnung des privaten Anbieters bereits terroristische Gewalttäter wohnen. Bevor der Briefträger, der Hausmeister oder der Nachbar befragt werden, sollten alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Zunächst wird beim zuständigen Einwohnermeldeamt (EMA) erfragt, ob und wohnen die betreffende Person sich abmeldete. Bei negativem Ergebnis kann evtl. über einen Energielieferanten (z.B. Stromwerke) ermittelt werden, ob dort eine Änderung des Abrechnens oder der Zahlungsmodalitäten registriert ist. Trifft dies zu, können handschriftliche Aufzeichnungen beim BKA, Abt. KT, mit einliegenden Handschriftenmaterial verglichen werden. Ist keine Änderung ersichtlich, können über Einzahlungen das Bankstatut und der Arbeitgeber ermittelt werden. Weitere Möglichkeiten der Abklärung sind Überprüfungen beim Grundbuchamt. (Eigentümer des betr. Gebäudes) bei der Gemeindeverwaltung und -kasse, ggf. kann bei den Postämtern ermittelt werden, ob ein Nachsendeauftrag gestellt wurde. Im negativen Falle wird es unumgänglich, Personen des Umfeldes wie Briefträger, Hausmeister oder Nachbarn mit der gebührenden Vorsicht zu befragen. Es ist erst dann an Personen wie Briefträger, Hausmeister, Nachbarn oder vergleichbaren Personen heranzutreten, wenn die bisherige Abklärung und die Ermittlungen bei den Behörden die Wohnverhältnisse nicht klären konnten.

7. Erst wenn eindeutig feststeht, wer der Wohnungsanbieter ist, wird dieser befragt.

8. Beim Wohnungsanbieter/Vermieter sind gem. der DIN-A5-Karten Daten zu erheben. Die Karten werden dann zur Koordinierungsstelle (Vorgehen gem. Ziffer 4) gebracht.

9. Die Annonce gilt als abgeklärt, wenn feststeht, daß der Vermieter seine Wohnung nicht vermieten konnte (Phase 1) oder der neue Mieter politisch gemeldet ist (Phase 2).

10. Die Koordinierungsstelle bewertet und sortiert die von den Ermittlungsgruppen erstellten DIN-A5-Karten nach räumlichem Einwohnermeldeamt und Familiennamen des mutmaßlichen Mieters.

11. Die Daten beim Einwohnermeldeamt sollen aus arbeitstechnischen Gründen in einem Arbeitsgang überprüft werden. Beim zuständigen EMA wird überprüft, ob die von den Ermittlungsgruppen als Mieter ermittelten Personen amtlich gemeldet sind. Trifft dies zu, so ist gem. Ziff. 9 die Annonce abgeklärt, da davon ausgegangen wird, daß sich Terroristen nicht amtlich anmelden.

12. Wenn die Personen nicht amtlich gemeldet sind, wird sie bürokratisch abgeklärt. Dies geschieht sowohl durch Systemabfragen (INPOL, PIOS, NAPOLIS) und durch Anfragen an andere Dienststellen.

13. Bei den bis jetzt ungeklärten Fällen erhöht sich der Verdacht auf eine KW. Deshalb ist von der Einsatzleitung zu bestimmen, wann, wo und wie abgeklärt wird.

Klink KOR

TE 33-2
Az.: 170042/77
Sput.: 4.099

Betreff:
Fahndungsprogramm „ANNONCEN“
hier: Vorgehensweise

Wiesbaden, den 19.03.79
HR 2156

5.2. Ist nicht erkennbar, ob die eigene oder eine andere Wohnung vermietet werden sollte, sind weitere Ermittlungen gem. Ziff. 6 anzusetzen.

6. Liegt kein Fernsprechan- oder Wechsel der zu vermietenden Wohnung vor, ist der Wohnungsanbieter abzuklären. Folgende Möglichkeiten kommen in Betracht:

1. Der Vermieter hat einen Nachmieter für seine eigene Wohnung.
2. Der Vermieter konnte seine Wohnung nicht vermieten und wohnt selbst noch darin.
3. Der Vermieter mietet eine Zweit- oder Drittwohnung.
4. Der Vermieter überließ für eine bestimmte Zeit seine Wohnung, ohne seinen Wohnsitz aufzugeben.

Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß in der Wohnung des privaten Anbieters bereits terroristische Gewalttäter wohnen. Bevor der Briefträger, der Hausmeister oder der Nachbar befragt werden, sollten alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Zunächst wird beim zuständigen Einwohnermeldeamt (EMA) erfragt, ob und wohnen die betreffende Person sich abmeldete. Bei negativem Ergebnis kann evtl. über einen Energielieferanten (z.B. Stromwerke) ermittelt werden, ob dort eine Änderung des Abrechnens oder der Zahlungsmodalitäten registriert ist. Trifft dies zu, können handschriftliche Aufzeichnungen beim BKA, Abt. KT, mit einliegenden Handschriftenmaterial verglichen werden. Ist keine Änderung ersichtlich, können über Einzahlungen das Bankstatut und der Arbeitgeber ermittelt werden. Weitere Möglichkeiten der Abklärung sind Überprüfungen beim Grundbuchamt. (Eigentümer des betr. Gebäudes) bei der Gemeindeverwaltung und -kasse, ggf. kann bei den Postämtern ermittelt werden, ob ein Nachsendeauftrag gestellt wurde. Im negativen Falle wird es unumgänglich, Personen des Umfeldes wie Briefträger, Hausmeister oder Nachbarn mit der gebührenden Vorsicht zu befragen. Es ist erst dann an Personen wie Briefträger, Hausmeister, Nachbarn oder vergleichbaren Personen heranzutreten, wenn die bisherige Abklärung und die Ermittlungen bei den Behörden die Wohnverhältnisse nicht klären konnten.

7. Erst wenn eindeutig feststeht, wer der Wohnungsanbieter ist, wird dieser befragt.

8. Beim Wohnungsanbieter/Vermieter sind gem. der DIN-A5-Karten Daten zu erheben. Die Karten werden dann zur Koordinierungsstelle (Vorgehen gem. Ziffer 4) gebracht.

9. Die Annonce gilt als abgeklärt, wenn feststeht, daß der Vermieter seine Wohnung nicht vermieten konnte (Phase 1) oder der neue Mieter politisch gemeldet ist (Phase 2).

10. Die Koordinierungsstelle bewertet und sortiert die von den Ermittlungsgruppen erstellten DIN-A5-Karten nach räumlichem Einwohnermeldeamt und Familiennamen des mutmaßlichen Mieters.

11. Die Daten beim Einwohnermeldeamt sollen aus arbeitstechnischen Gründen in einem Arbeitsgang überprüft werden. Beim zuständigen EMA wird überprüft, ob die von den Ermittlungsgruppen als Mieter ermittelten Personen amtlich gemeldet sind. Trifft dies zu, so ist gem. Ziff. 9 die Annonce abgeklärt, da davon ausgegangen wird, daß sich Terroristen nicht amtlich anmelden.

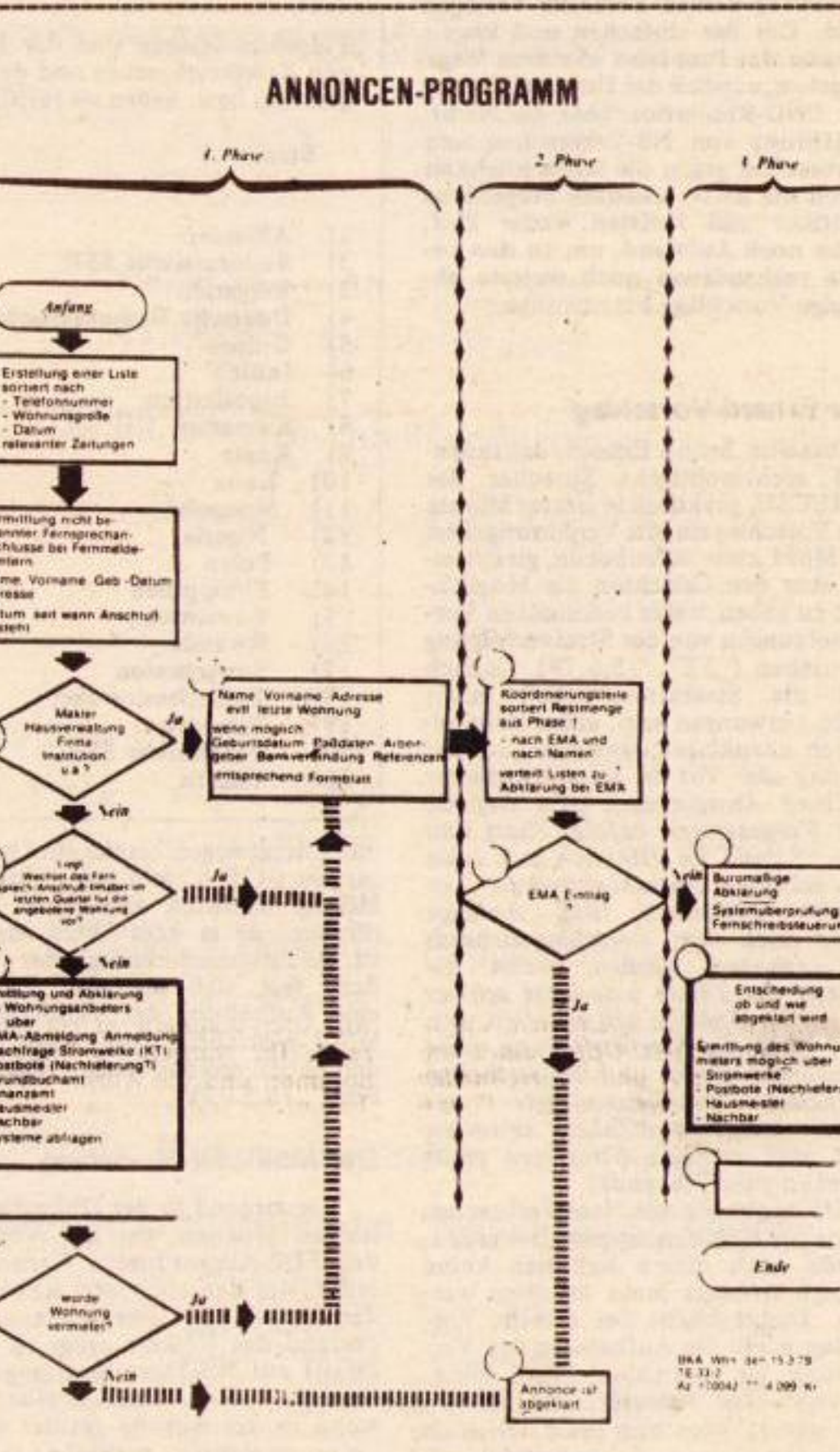
12. Wenn die Personen nicht amtlich gemeldet sind, wird sie bürokratisch abgeklärt. Dies geschieht sowohl durch Systemabfragen (INPOL, PIOS, NAPOLIS) und durch Anfragen an andere Dienststellen.

13. Bei den bis jetzt ungeklärten Fällen erhöht sich der Verdacht auf eine KW. Deshalb ist von der Einsatzleitung zu bestimmen, wann, wo und wie abgeklärt wird.

Klink KOR

derlich, zumal die Gefahr besteht, daß eventuelle mangels rechtmäßiger Gewinnung der Erkenntnisse die daraufhin gespeicherten Daten gelöscht werden müssen“.

Antifakommission
KB/Hannover-Hamburg



Elisabeth von Dyck, Rolf Heißler: Neue Proteste gegen Todesschuß-Praktiken

Unter dem Eindruck der Beinahe-Erschießung Rolf Heißlers hat sich der Protest gegen die tödliche Fahndungspraxis der westdeutschen Verfolgungsbehörden in Wort und Tat weiter verbreitert. Wir dokumentieren im folgenden, was es - unseres Wissens - in den letzten 14 Tagen neues dazu gibt.

Der Verteidiger Rolf Heißlers, Rainer Koch, hat eine Presseerklärung herausgegeben, die noch einmal die „Verhaftung“ in Frankfurt nach Rolf Heißlers eigenen Angaben schildert:

„Am 9.6.79 kurz nach 8 Uhr morgens kehrte Herr Heißler in die Wohnung Textorstr. 79 in Frankfurt/M zurück. Dabei hatte er eine Reisetasche, in der sich Brötchen und sechs Tageszeitungen befanden. Vor dem Haus angelangt, öffnete er den außen am Haus angebrachten Briefkasten, aus dem er einen Briefumschlag entnahm, in dem sich der Zimmertürschlüssel befand (dieser war also nicht, wie teilweise behauptet wurde, mit einem Magnet im Briefkasten befestigt). Vor seinem Zimmer im Erdgeschoß angelangt, öffnete er das Kuvert, entnahm den Zimmerschlüssel und öffnete die Tür, die nach innen in das Zimmer aufging. Im gleichen Augenblick sah er einen Schatten, woraufhin er reflexartig einen Schritt zur Seite oder nach hinten (an die genaue Richtung konnte er sich nicht erinnern) machte. Im selben Moment schoß einer der sich im Zimmer befindlichen Polizeibeamten gezielt auf den Kopf von Herrn Heißler. Nurch durch dessen Reflexbewegung ging der Schuß nicht zwischen die Augen, was absolut tödlich gewesen wäre, sondern direkt rechts neben dem rechten Auge in den Kopf, wo das Projektil im Schläfenmuskel steckenblieb.

Herr Heißler griff weder zur Waffe, noch versuchte er dieses! Vielmehr befand sich sein Revolver noch in dem Holster im Hosensack, als Herr Heißler bereits durch die Wucht des Schusses zu Boden stürzte. Er starb an, bei der körperlichen Durchsuchung durch die Polizeibeamten, wurde ihm die Waffe abgenommen!

Alleine diese Tatsache sowie die Tatsache, daß die in der Wohnung befindlichen Polizeibeamten durch die gegenüber in der Fahrschule Zilch postierten Kollegen von dem Kommen seines Mandanten informiert worden sein müssen, sei also durchaus nicht überraschend von dessen Erscheinen gewesen sein können, sowie die Tatsache, daß gezielt auf den Kopf meines Mandanten geschossen wurde, legt die Vermutung nahe, daß seitens der Polizei bewußt der Tod meines Mandanten in Kauf genommen wurde.“

Ebenfalls mit einer Presseerklärung gegen die Beinahe-Erschießung Rolf Heißlers haben sieben niedersächsische Asten Stellung bezogen, die damit auch ihre Unterstützung für den Protest gegen die Erschießung Elisabeth von Dycks bekundeten (siehe Kasten). „Die Tatsache, daß Rolf Heißler durch die Erschießung Elisabeth von Dycks bekundeten (siehe Kasten). „Die Tatsache, daß Rolf

Heißler noch lebt, muß von der Warte der polizeilichen Sonderkommandos aus gesehen, eher als Unfall, denn als glückliche Fügung erscheinen“, schreiben die Studenten.

Am 18.6. besetzten 20 Menschen die juristische Fakultät der Uni Hannover, darunter Mitglieder einer Bürgerinitiative aus dem Stadtteil Linden, wo auch eine Schwester der Erschossenen lebt. Diese Besetzung, deren Gegenstand der laufende Hungerstreik der mehr als 70 Gefangenen und Schüsse der Sonderkommandos sind, wurde in ihrem Verlauf — immerhin! — vom Dekan genehmigt. In einem Flugblatt zu dieser Aktion: „Wir sind nicht länger bereit, die Eskalation der Menschenvernichtung und Lügenpropaganda wort- und tatenlos hinzunehmen. Deshalb wollen wir hier in der juristischen Fakultät zumindestens für kurze Zeit ein Zentrum für Information und Kommunikation schaffen, um damit auch gegen den Versuch der Besetzung unserer Köpfe durch den Staatsschutz anzukämpfen.“

In einem Flugblatt des hannoveraner Uni-ASTA aus Anlaß des dritten Todestages von Ulrike Meinhof heißt es: „Fast auf den Tag drei Jahre nach dem Tod von Ulrike Meinhof wurde in Nürnberg Elisabeth von Dyck als angebliches RAF-Mitglied von hinten erschossen. In Notwehr. Im Oktober des vergangenen Jahres mußten in Linden die Schwester der Getöteten und ihre Bekannten ... dasselbe Schicksal befürchten. Polizei stürmte die Wohnung in Erwartung einer terroristischen Geburtstagsfeier.“ Das Flugblatt schließt: „... in Sorge um das Leben (nicht nur) von Studenten“.

In einer „gemeinsamen Erklärung anläßlich des Todes von Elisabeth von Dyck“ heißt es in einem ebenfalls in Hannover verbreiteten Flugblatt: „Jemandem aufzulauern und ihn von hinten erschießen: Das ist für gewöhnlich Mord ... Elisabeth von Dyck wurde von Vertretern derselben Staatsgewalt erschossen, die uns bedroht und verfolgt. Wir sind noch nicht erschossen worden. Aber wo immer mehr Menschen Angst haben müssen, durch existenzgefährdende Strafverfolgung oder direkte Verfolgung oder direkte Vernichtung bedroht zu sein, wenn sie in das staatliche Feindbild passen — als Linke, als Atomgegner, als Kritiker von Todesschüssen oder einfach als Nicht-Kontrollierbare —, da tritt die Ordnung der Kaserne und die Ruhe des Friedhofs ein ...“

Unterschieden ist diese Erklärung von: ASTA Uni Hannover, FASIA des FB Erziehungswissenschaften (ehem. PH), Frauenzentrum Hannover, Frauenhaus Initiative, Frauenkneipe „La Lotta“, Frauen-Musikgruppe „Auf Achse“, Internationalismus Buchladen, Buchladen Rehbockstr., Frauenbuchladen „annabec“, die tageszeitung „Regionalredaktion Hannover“, Frauen-Ökologiegruppe, Frauenbuchladen „annabec“, die tageszeitung „Regionalredaktion Hannover“, Frauen-Ökologiegruppe,

Großde-Gruppe, Tee-Ecken-Kollektiv, Ermittlungsausschuß der BIs gegen Atomanlagen, Kollegen der „Offizin“-Druck, Frauen gegen Atomkraftwerke, einige Mitarbeiter des „pavillon“ am Raschplatz, Unabhängiges Jugendzentrum Kornstr., Anti-Atom-Plenum in der Kornstraße, Mitarbeiter des Medienladens Hannover, Lindener Unabhängige Initiative.

In Bremerhaven unterzeichneten ca. 50 Leute einen Text zwecks Veröffentlichung in der Lokalpresse, in dem einige kritische Fragen zur Erschießung Elisabeth von Dycks gestellt werden. „Uns drängt sich der Eindruck auf, daß die Polizeibeamten nicht in Notwehr gehandelt haben. Wir befürchten, daß die Staatsorgane eine Strategie des ‚kurzen Prozesses‘ verfolgen, durch welche die Ungelegenheiten eines regulären Prozesses vermieden werden sollen.“

Als weiteres Indiz für eine Verbreiterung des Protestes kann die Tatsache angesehen werden, daß nunmehr auch das linkssozialdemokratische PDI die Erklärung der Eltern Elisabeths vom 8.5. in der Nr. vom 15.6. im vollen Wortlaut veröffentlichte. Fast zeitgleich fand diese Erklärung auch Erwähnung in einer Meldung der „Frankfurter Rundschau“ (vom 16.6.).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die Reihe der Unterzeichner der Protesterklärung gegen die Erschießung Elisabeth von Dycks (vgl. AK 154 u. 155) hat sich um folgende Namen verlängert: Steve B. Peinemann, Hamburg; Martin Peinemann, Hamburg; Cardabela-Buchladenkollektiv, Mainz (die Unterschriften liegen uns vor)

Lars Hennings, Krefeld
ASTA Uni Göttingen
ASTA Uni Hannover
ASTA Uni Osnabrück
ASTA Fachhochschule Braunschweig-Wolfenbüttel
ASTA Fachhochschule Elektrotechnik und Maschinenbau Hannover
ASTA Evangelische Fachhochschule Hannover
ASTA Katholische Fachhochschule Norddeutschland, Abt. Osnabrück
ASTA Tierärztliche Hochschule Hannover
ASTA Fachbereich Erziehungswissenschaften (ehem. PH) Hannover
ASTA Fachhochschule Wilhelms-haven
Klaus Andrews, Uetersen
Uwe Hamann, Tornesch
Harald Niehus, Neuendorf
Gerald Sagorski, Hamburg
Tamara Hamann, Hamburg
Jörn Strüfing, Hamburg
Barbara Jahn, Quickborn
Fritz Schwatlo, Quickborn

Barbara Jahn, Quickborn
Fritz Schwatlo, Quickborn

„Einige schlaflose Nächte hat mich dieser Bericht gekostet“ (Dänemark, Zum Tod von Ulrike Meinhof)

Der Bericht der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Todesumstände Ulrike Meinhofs erschien vor kurzem in dänischer Sprache als Buch. In der großen dänischen Tageszeitung „Politiken“ vom 9. Juni schreibt Claes Kastholm Hansen zu diesem Bericht in einem sehr bemerkenswerten ausführlichen Kommentar: „Es war eine von Hitlers merkwürdig scharfen Beobachtungen, daß die Staatsmacht oder eine öffentliche Persönlichkeit mit heiler Haut von einer großen Lüge, einem großen Verbrechen davonkommen kann, weil einfache, rechtschaffene Menschen nicht Fantasie genug haben, die ungeheuerliche Gemeinheit sich wirklich vorzustellen. ... Wenn viele Deutsche und die meisten Dänen, die in den Dreißigern erwachsen waren, erklären, daß sie nicht gewußt und nicht geglaubt haben, daß die Nazi-Massenvernichtungslager Wirklichkeit waren, dann ist das sicherlich richtig. Nicht, weil es an Informationen mangelte, sondern weil man einfach nicht glauben konnte, daß es wirklich so war. Dieses Muster wiederholt sich in der Reaktion der Amerikaner auf das Massaker von My Lai in Vietnam.“

Nach diesen einleitenden Überlegungen, einige Gedanken über das Verhältnis vieler Menschen zur Staatsmacht („Widerspiegelung der Elternautorität), einer Verurteilung der RAF-Aktionen und einer Beschreibung des Ausbaus des staatlichen Machtapparats in der BRD im Gefolge der RAF-Politik schreibt Claes Kastholm-Hansen weiter: „Natürlich waren es Leute von der Radikalen Linken, die behaupteten, die Selbstmorde in Stammheim waren verdeckter Mord ... Aber ich glaube, die meisten Menschen reagierten wie ich: diesen Gedanken zurückzuweisen. ... [Denn schließlich] Wer von uns hätte wohl Fantasie genug, sich vorzustellen, ja glauben zu können, daß ein großer moderner Staat seine eigenen Gefangenen meuchlings ermorden würde?“

Im folgenden gibt Claes Kastholm Hansen wesentliche Aussagen des Untersuchungsberichts wieder. Er kommt aufgrund der dort aufgezeigten Ungeheimheiten in der staatlichen Selbstmordversion zu den folgenden abschließenden Überlegungen, die wir hier leicht gekürzt wiedergeben: „Die Kommission ist der Ansicht: Es ist absolut möglich, daß Ulrike Meinhofs Tod seinen Platz in einer vom Geheimdienst entwickelten Strategie zur Bekämpfung der RAF hat.“

Und das ist meine Meinung: Wenn die Kommission Recht hat in ihrer Annahme, was können dann die Absichten und Motive der Täter gewesen sein? Im Apparat des deutschen Staates gibt es eine Rädelsführerphilosophie. Sie geht davon aus, wenn man die Bandenführer unschädlich macht, dann hat man das Problem gelöst.

Diese Philosophie hat große Teile der Öffentlichkeit hinter sich. Nach Ulrike Meinhofs Tod konnte man somit in den deutschen Zeitungen Annoncen von Privatleuten lesen, die Ulrike Meinhof dafür „dankten“, daß sie sich selbst aus dem Weg geschafft hatte. Ich habe keine endgültige Antwort auf dieses „politische Kriminalrätsel“.

[...] Aber jeder Leser des Berichts (nach Ansicht Claes Kastholm-Hansens ist er an vielen Stellen zu tendenziös, Anm.) muß gründlich seine Aussagen gegeneinander abwägen. Alle, die sich für das Schicksal der Demokratie interessieren, sollten diesen

POLITIKEN

KRONIKKEN
96. August, Nummer 202. Längs über beide Seiten 1,20 kr.
Tf. 101 11 05 11 August 1979. Östergötting 101 11 00 00 med. bud. 14 10

KRONIKKEN Mord eller selv- mord

Der er udkommet en rapport på dansk, som har givet mig et par sovnløse nætter, skriver Claes Kastholm Hansen i dagens kronik. Rapporten søger at belyse omstændighederne omkring en 41-årig vesttysk kvindes død i maj 1976. Hun hed Ulrike Meinhof. Var det selvmord ved hængning — som den officielle erklæring lyder — eller overlæg, mord fra statsmagts side? Kronikken

Bericht studieren. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob sich in einem großen demokratischen Nachbarstaat Gruppen oder Institutionen innerhalb des Staatsapparates finden, die — möglicherweise ungehindert von der Allgemeinheit — ihre eigene Politik machen.“

„Und sofort war es Selbstmord“, das ist der dänische Titel des Untersuchungsberichts. In der internationalen Kommission haben u.a. zwei dänische Professoren und ein Journalist der Zeitung „Politiken“ mitgearbeitet.

Dänemark-Kommission

Anzeige dann hat man das Problem gelöst. Dänemark-Kommission

Anzeige



Weitere kritische Stellungnahmen zur Erschießung E.v.Dycks

In einem Offenen Brief hat die Katholische Hochschulgemeinde Würzburg den Leiter des Bundeskriminalamtes (BKA) Karl Herold aufgefordert, „die betreffenden Polizisten und den Leiter der Aktion (bei der Erschießung Elisabeth v. Dycks, d.V.) wegen des Verdachts der fahrlässigen Handlungsweise vom Dienst zu suspendieren und ein Ermittlungsverfahren einzuleiten“. In der Stellungnahme wird weiterhin darauf hingewiesen, daß sich in letzter Zeit die Fälle häuften, bei denen Personen bei der Festnahme „niedergestreckt“ würden. Ungeachtet dessen, daß sie die Taten E. v. Dycks nicht billige und auch die Gefahr für die Polizeibeamten nicht geringschätze, ergreife die Katholische Hochschulgemeinde dennoch „aus christlicher Verantwortung heraus Partei für alle Menschen, die in der Vergangenheit Opfer eines ungerechtfertigten und vorschnellen Schußwaffeneinsatzes der Polizei wurden oder in Zukunft noch werden.“

Diese, angesichts der Verhältnisse in der Katholischen Kirche, mutige Stellungnahme gegen die zunehmende Todesschußpraxis der westdeutschen Polizei wird ergänzt in einem Leserbrief eines Jungsozialisten in der Lokalpresse. W.K. stellt darin die „bohrende Frage“ ob, „wenn der Einsatz wirklich seit Tagen geplant war, und wenn die Polizei die Frau bereits im Haus erwartete (...), hier wirklich geschossen werden mußte“ („Mainpost“, 17.5.

79). Auch W.K. wendet sich dagegen, daß durch eine solche Praxis die „heimliche Todesstrafe“ eingeführt wird: „Die Todesstrafe ist abgeschafft. Niemand sollte daran rütteln, auch nicht auf kaltem (!) Wege“ (ebda).

Wir sollten uns in Zukunft verstärkt darum bemühen, auch ge-

Frankreich: Faschisten foltern OCT-Genossin

Gut ein Jahr nach der Folterung der westdeutschen Genossin Heidi durch Pariser Bullen ist in Caen (Normandie) erneut eine linke Frau in bestialischer Weise gequält worden. Am Abend des 25. Mai wurde Annick Cahpeliere an einer Bushaltestelle von drei Männern in ein Auto gezerrt. Ihr wurden die Brille weggenommen und die Augen verbunden. Zuerst befürchtete sie eine Vergewaltigung. Als sie jedoch als „dreckige Rote“, die „vernichtet“ und „gezeichnet“ werden müsse, beschimpft wurde, war klar, daß es sich auch um einen politischen Angriff auf eine linke Frau handelte.

Die Faschisten warfen Annick auf ein Feld und zogen sie aus. Mit Rasierklingen schnitten ihr diese Bestien ein Hakenkreuz und das Zeichen der italienischen Faschisten direkt auf die Brust und den Bauch. Anschließend warfen sie sie auf die Straße.

Trotz großen Blutverlust bestand

zielt solche kritischen Stimmen gegen die „kalte Todesstrafe“ aus dem liberalen und bürgerlichen Lager zu „organisieren“, denn die Basis dieses Protestes ist weit breiter, als diese spontanen Stellungnahmen vermuten lassen.

KB-Sympathisanten Würzburg

glücklicherweise keine Lebensgefahr für Annick. Nach Protesten der Gewerkschaften CGT und CFDT, sowie von PS, PC, der Liga für Menschenrechte und der extremen Linken fand am 31.5. in Caen eine Demonstration mit 1.500 Teilnehmern statt.

Annick hat inzwischen Anzeige erstattet und mußte bei den ersten Vernehmungen dieselben bitteren Erfahrungen wie Heidi machen. Die Bullen besaßen die Frechheit, von einer „angenommenen Aggression“ zu reden und sie zu fragen, ob sie sich die Verletzungen nicht selber beigebracht habe.

Annick ist in Caen seit Jahren als Linke bekannt. Bei den letzten Kommunalwahlen kandidierte sie auf Platz 1 der gemeinsamen Liste von OCT und LCR. Dies und die Tatsache, daß ihr faschistische Symbole in die Haut geschnitten wurden, lassen keinen Zweifel am politischen Charakter der Täter.

Frankreich-Kommission

Ein schöner Sieg: Rock gegen Rechts vertreibt Nazis

16./17. Juni, Frankfurt. Nach einer Serie sog. "Deutschlandtreffen" der NPD ist es in diesem Jahr zum ersten Mal gelungen, diese zentrale Kundgebung der Faschisten in Frankfurt zu verhindern. Ca. 40 000 Antifaschisten erzwangen auf den Straßen Frankfurts ein Verbot des NPD-Aufmarsches und durchbrachen damit das gleichzeitig verhängte Demonstrationsverbot gegen den DGB und das Aktionsbündnis Rock gegen rechts in der Innenstadt. Ca. 60 000 nahmen anschließend an einem mitreißenden Rock-Konzert teil, das unüberhörbar den Anspruch einer neuen antifaschistischen Massenbewegung verkündete. Es war ein echtes Erfolgserlebnis für die sonst nicht gerade mit Erfolgen übersäte westdeutsche Linke. Es war ein Wochenende voller Höhepunkte, von denen aktive Antifaschisten in der BRD noch vor kurzem kaum zu träumen gewagt hätten.

Wie verabredet trafen am Vormittag des 16. Juni tausende von Demonstranten aus der ganzen BRD, hauptsächlich aber aus Frankfurt und Umgebung, an fünf Plätzen – etwas außerhalb der Frankfurter Innenstadt – ein. Ihrem eigentlich selbstverständlichen Anliegen, gegen den Neofaschismus zu demonstrieren, stand eine waffenstarrende Polizeistreitmacht entgegen. Frankfurt bot, wie von Polizeipräsident Müller (SPD) drohend angekündigt, "das Bild einer belagerten Stadt". 5 000 Bereitschaftspolizisten und 3 000 Bundesgrenzschützer bildeten das größte Polizeiaufgebot, das jemals in Frankfurt zusammengezogen worden ist. Die geballte Staatsmacht galt indes nicht nur den "Extremisten von rechts und links", wie es im Polizeideutsch heißt, sondern auch dem DGB, dessen Kundgebung auf dem Römerberg OB Wallmann (CDU) in der Nacht zuvor ebenfalls verboten hatte. Erstmals in der Nachkriegszeit war in Frankfurt eine gewerkschaftliche Veranstaltung verboten worden.

Wallmanns Kahlschlag verfehlte jedoch seine Wirkung auf die Betroffenen. Das Aktionsbündnis Rock gegen rechts deklarierte seinen verbotenen Sternmarsch als „Spaziergang“, und der DGB beschloß, gerichtlich die Aufhebung des Verbots zu versuchen, auf alle Fälle aber alle Vorbereitungen weiter laufen zu lassen. Ziel des Sternmarsches und Ort der DGB-Kundgebung sollte weiterhin der Römer bleiben; dort sollte auch versucht werden, das ebenfalls verbotene Liedermacher-Programm von Rock gegen rechts gemeinsam durchzuführen. Für den Fall, daß der Römer gesperrt sein sollte, wurde verabredet, sich auf den jeweils nächstgelegenen Plätzen in der Innenstadt zu treffen. Eine Konfrontation mit der Polizei sollte vermieden werden; bei Absperrungen frontation mit der Polizei sollte vermieden werden; bei Absperrungen sollten Verhandlungen aufgenommen oder Umgehungen durchgeführt werden. Diese Beschlüsse wurden in der Nacht vom Freitag auf Samstag in Frankfurt gefällt. Auf der Orderversammlung des Aktionsbündnisses, die in aller Frühe gemeinsam mit den Vertrauensleuten der auswärtigen Demonstranten stattfand, wurden sie mit Beifall begrüßt. Noch am Vormittag wurden die DGB-Beschlüsse von



Das Linksradikale Blasorchester an der Spitze des Bockenheimer Demozuges (Moskito)

einer a.o. Kreisvorstandssitzung einstimmig bestätigt. Dies alles muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Mehrheit der beteiligten Gruppierungen noch nie zuvor eine verbotene Demonstration durchgeführt hat.

Während die Anwälte sowohl des DGB als auch der NPD das Verwaltungsgericht bemühten, begannen die Antifaschisten – teils in kleineren Gruppen, teils in schnell anwachsenden Demonstrationen – in die Innenstadt zu marschieren. So zog zunächst vom Friedberger Platz im Frankfurter Nordend eine Demo in die Freßgass' (Fußgängerzone in der Innenstadt). Die Polizei begnügte sich mit Lautsprecherdurchsagen, daß die Versammlung verboten sei, und man zum Rebstockgelände ziehen solle (dieses Gelände, auf dem am Abend das open air festival beginnen sollte, war als einziger Versammlungsplatz "erlaubt"). Auch in Sachsenhausen, dem Stadtteil südlich des Mains, den die Verwaltungsrichter ursprünglich der NPD zugesprochen hatten, sammelten sich Antifaschisten, die dann in kleineren Gruppen zur Freßgass' zogen. Eine größere Demonstration kam hier aus Angst vor einem Eingreifen der Polizei jedoch nicht zustande. Mit einiger Verspätung vereinigten sich auch die Spontis, die vom Uni-Campus aus losgezogen waren, mit den Leuten in der Freßgass'. Sie hatten erst eine Polizeisperre in der Bockenheimer Landstraße umgehen müssen. Die größte Verzögerung entstand bei demjenigen Zug, der vom Rebstockgelände aus in die Innenstadt aufgebrochen war und hauptsächlich aus auswärtigen De-

monstranten ("Nordzug") bestand. Diese Demo saß in der Mainzer Landstraße vor einer Polizeisperre fest, da hier Umgehungen nicht möglich waren.

Zwar war bis dahin alles glücklich verlaufen. Es war klar, daß die Antifaschisten gewaltig an der Zahl waren und daß sie sich von der polizeistaatlichen Einschüchterung nicht beirren oder provozieren ließen. Dennoch war der weitere Verlauf im Ungewissen. Die Verwaltungsrichter zögerten ihre Entscheidung Stunde um Stunde hinaus; die Faschisten hatten sich derweil abrufbereit auf Autobahnraststätten rund um Frankfurt gesammelt, und die Polizei war zweifellos dazu in der Lage, jeden Moment eine fürchterliche Straßenschlacht vom Zaun zu brechen. In dieser Situation beschloß der verfügbare Teil der Demonstrationsleitung, von der Freßgass' zum Campus zurückzumarschieren und dort auf die Entscheidung der Verwaltungsrichter zu warten, da ihnen das Risiko eines gewaltsamen Zusammenstoßes mit der Polizei in der Innenstadt zu groß erschien. Diese Entscheidung, die natürlich vor allem von den Jusos und Falken forciert worden war, ist später auf Kritik gestoßen. Sie muß "früher" getroffen worden sein, "ist später auf Kritik gestoßen. Sie muß einerseits verständlich erscheinen angesichts der Erfahrungen mit der Polizeibrutalität am 17. Juni des Vorjahres. Andererseits wurde durch diese Entscheidung ohne unmittelbaren Zwang eine Position in der Innenstadt geräumt, die für das Durchbrechen des Demonstrationsverbots wichtig gewesen war. Ein riesiger Demonstrationzug von vielleicht 20 000 Menschen brach

nach einer Schleife durch die Innenstadt in Richtung Campus auf. Erheblich weniger kamen allerdings tatsächlich an der Universität an; viele Gruppen setzten sich einzeln während des Marsches ab und verharren irgendwo in der Innenstadt.

Wenig Beachtung fanden derweil die rund 2000 Leute, die in der Mainzer Landstraße feststeckten und von alledem praktisch nichts mitbekamen. Aber es machte sich bezahlt, daß dieser Zug beisammen blieb. Die Polizeisperre wurde nämlich überraschend geräumt, vielleicht weil man den Demonstranten freien Abzug zum Campus gewähren wollte. Diese aber marschierten weiter auf der ursprünglich vorgesehenen Route in die Innenstadt und zwar zunächst zum DGB-Haus. Hier konnte man vor polizeilichen Angriffen einigermaßen sicher sein und gleichzeitig versuchen, mit dem DGB zu Absprachen über das weitere Vorgehen zu kommen. Das DGB-Haus war auf dieser Route gewissermaßen "die letzte Etappe" vor dem Römerberg: Man war also "vor Ort". Hier entwickelte sich eine lange Debatte, ob man auf den Richterspruch warten, oder

weiter zum Römer marschieren sollte. Die Frankfurter KB-Genossen, die gemeinsam mit Hamburger Bunte Liste-Leuten diesen Zug leiteten, schlugen vor, erst die Leute vom Campus zurückzuholen, da von DGB-Kollegen am Römer davor gewarnt worden war, dorthin zu kommen. Währenddessen fanden sich immer mehr Leute vor dem DGB-Haus ein, darunter auch zahlreiche Gewerkschaftler aus den allmählich eintreffenden DGB-Bussen. Schließlich wurde demokratisch abgestimmt, und eine eindeutige Mehrheit war dafür, weiterzugehen, aber wie bisher jede Konfrontation mit der Polizei zu vermeiden und vor der nächsten Sperre haltzumachen. Dieser Beschluß wurde von allen respektiert. Mitten in den Abmarsch gegen 16.30 Uhr platzte die Nachricht, daß das Verwaltungsgericht das Verbot des NPD-"Deutschlandtreffens" nun doch bestätigt habe. Über den Einspruch des DGB sollte allerdings erst danach verhandelt werden. Die NPD rief sofort die 2. Instanz, den Verwaltungsgerichtshof in Kassel, an. Dennoch war die Entscheidung gefallen. Aus allen Ecken und Winkeln der Innenstadt strömten der Demonstration Menschen zu, darunter beileibe nicht nur "junge Leute". Vom Campus aus wurde daraufhin wieder zurückmarschiert. Die Stadt gehörte den Antifaschisten. Alles fand sich am Paulsplatz ein, unmittelbar vor dem Römer.

Dicht an dicht gedrängt standen dort zigtausende, bis die Polizei den Paulsplatz vollständig räumte und sich auf die Sperrung des Römerbergs beschränkte – dies allerdings mit Hilfe des martialisch auftretenden BGS. Die Nachricht traf ein, daß sich die NPD in die bayrische Kleinstadt Alzenau zurückgezogen habe: Das "Deutschlandtreffen" war verhindert. Dennoch besaßen die Richter die Frechheit, Wallmanns Kundgebungsverbot für den DGB in der Innenstadt aufrechtzuerhalten – ein Beschluß, der freilich auf dem Papier stehen blieb, da die Massen das Demonstrationsverbot längst aufgehoben hatten. Unter großem Beifall forderten auf dem Paulsplatz ein Sprecher des Aktionsbündnisses Rock gegen rechts und der hessische GEW-Vorsitzende Hamischfeger den Rücktritt Wallmanns. Schließlich stieß der Demonstrationzug des DGB zu den am Paulsplatz Versammelten und in größter Geschlossenheit brach man zum Rebstockgelände auf. Denn das Aktionsbündnis hatte den DGB – falls alle Stricke reißen sollten – eingeladen, seine Kundgebung vor dem Beginn des Rock-Festivals dort abzuhalten.





Kundgebung auf dem Paulsplatz



Abspernung des Römerbergs durch den BGS (Moskito)

Stoppt Wallmann!

Viel stärker als in den Vorjahren hat der diesjährige 17. Juni klargemacht, was die CDU mit den Faschisten verbindet, und warum sie ein Interesse am Stattfinden des NPD-„Deutschlandtreffens“ hat. OB Wallmann ließ die Maske des Biedermanns fallen, um besonders mit seinen Angriffen gegen den DGB zu dokumentieren, wie sich die Strauß-Dregger-Fraktion die Faschisierung vorstellt.

Nachweislich hatte Wallmann sein erstes Verbot gegen das NPD-Treffen just mit solchen Argumenten begründet, von denen er genau wußte, daß sie vom Verwaltungsgericht nicht akzeptiert werden würden. Die Durchführung dieses Verbotes war also niemals wirklich beabsichtigt gewesen. Wallmann ging es lediglich darum, nach außen eine weiße Weste vorzutäuschen und die Verantwortung auf die Richter zu schieben, die dieses Spiel auch bereitwillig mitspielten. Auch seine zweite Verbotserklärung in der Nacht vom 15.6. war keineswegs eine „antifaschistische Tat“, waren doch davon auch der DGB und Rock gegen Rechts betroffen. Daß das „Deutschlandtreffen“ schließlich doch nicht stattfinden konnte, war einzig und allein das Verdienst der antifaschistischen Massendemonstration in Frankfurt. Ausschlaggebend für die Aufrechterhaltung der Verbotsverfügung gegen die NPD durch das Verwaltungsgericht waren nämlich ausschließlich polizeiliche Lageberichte aus der Innenstadt, mit denen die Richter ständig auf dem laufenden gehalten wurden. Offenbar haben sie ihre Entscheidung deshalb

Nachdem sie den DGB Frankfurt zunächst angegriffen hatte, weil dieser sich in ein Bündnis mit „Linksextremen, Schwulen und Musikgruppen“ begeben habe, ging Wallmann als erster Oberbürgermeister einer westdeutschen Großstadt so weit, ein Verbot gegen eine DGB-Veranstaltung auszusprechen. Nach dem 17.6. wurde die Hetze von rechts außen noch verschärft. Die „FAZ“ (18.6.) schrieb in einem Kommentar, Rock gegen Rechts habe „Typen“ mobilisiert, die „vor Schmutz starrten“, und „der politische Abschaum“ sei darunter gewesen. Die CDU warf dem DGB vor, er mache gemeinsame Sache mit den „Linksfaschisten“. Wiederum die „FAZ“ drückte ihre Hoffnung aus, daß der DGB-Bundesvorstand gegen seine Frankfurter Untergliederung einschreiten werde usw.. Dies kann man eigentlich nur so interpretieren, daß sich die Sympathisanten der NPD im Establishment jetzt durch ihre Wut über den Verlauf dieses Wochenendes verraten.

Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, daß das Verbot der DGB-Kundgebung beileibe kein Alleingang der CDU war. Die zuständigen Herren von SPD (Müller, Frankfurter Polizeipräsident) und FDP (Gries, Innenminister des Landes Hessen) leiteten nicht nur gemeinsam mit Wallmann den Polizeieinsatz; sie rechtfertigten beide auch uneingeschränkt die Verbote gegen die antifaschistischen Veranstaltungen, also a u c h gegen den DGB. Gerade Müller war unverschämte genug, es als „juristische Schizophrenie“ (!) zu be-

Abend des 15.6. hetzte er in unglaublicher Weise gegen die antifaschistischen Demonstranten, unter denen sich nach „polizeilichen Erkenntnissen“ dem Terrorismus zuneigende Gruppen befinden würden (sinngemäß; er verwandte jedenfalls Formulierungen, die weitaus schärfer als der Begriff „Sympathisanten“ waren).

Ein „Dankeschön für die Zurückhaltung der Polizei“, wie es von einigen Sozialdemokraten ausgesprochen worden ist (nicht vom Aktionsbündnis insgesamt, wie die „FR“ am 18.6. falsch meldete), war also in keinsten Weise angebracht und (im günstigsten Fall) äußerst leichtfertig. Im übrigen bedankt man sich nicht bei denjenigen, die einem im Jahr zuvor die Köpfe blutig geschlagen haben, dafür, daß sie dies an diesem 17. Juni nicht getan haben...

Die SPD hat sich anfangs mächtig über Wallmanns Verbotsverfügung gegen den DGB aufgeregt, dabei aber tunlichst übersehen, daß Müller und Gries daran beteiligt waren. Inzwischen haben sich diese Gemüter auch sehr rasch wieder abgekühlt und fordern jetzt wie die FDP ein „klärendes Gespräch zwischen den demokratischen Parteien“. Wallmann werde die Quittung beim nächsten Wahltag erhalten.

Mit solchen lauwarmen Erklärungen läßt die SPD den DGB, der nach wie vor den Rücktritt Wallmanns fordert, de facto im Regen stehen. Anders sieht es im gewerkschaftlichen Bereich aus. So haben die ÖTV-Vertrauensleute der bei der Stadt be-

stehenden Gruppen (sinngemäß; er verwandte jedenfalls Formulierungen, die weitaus schärfer als der Begriff „Sympathisanten“ waren).

Ein „Dankeschön für die Zurückhaltung der Polizei“, wie es von einigen Sozialdemokraten ausgesprochen worden ist (nicht vom Aktionsbündnis insgesamt, wie die „FR“ am 18.6. falsch meldete), war also in keinsten Weise angebracht und (im günstigsten Fall) äußerst leichtfertig. Im übrigen bedankt man sich nicht bei denjenigen, die einem im Jahr zuvor die Köpfe blutig geschlagen haben, dafür, daß sie dies an diesem 17. Juni nicht getan haben...

Die SPD hat sich anfangs mächtig über Wallmanns Verbotsverfügung gegen den DGB aufgeregt, dabei aber tunlichst übersehen, daß Müller und Gries daran beteiligt waren. Inzwischen haben sich diese Gemüter auch sehr rasch wieder abgekühlt und fordern jetzt wie die FDP ein „klärendes Gespräch zwischen den demokratischen Parteien“. Wallmann werde die Quittung beim nächsten Wahltag erhalten.



Durchbruch für die Aktionseinheit

staltung um zwei Stunden vorzulegen, um Walter Mossmann, Kunert und Pannach und Lerryn ihren Auf-



Durchbruch für die Aktionseinheit

staltung um zwei Stunden vorzulegen, um Walter Mossmann, Kunert und Pannach und Lerryn ihren Auf-

ließ die Maske des Biedermanns fallen, um besonders mit seinen Angriffen gegen den DGB zu dokumentieren, wie sich die Strauß-Dregger-Fraktion die Faschisierung vorstellt.

Nachweislich hatte Wallmann sein erstes Verbot gegen das NPD-Treffen just mit solchen Argumenten begründet, von denen er genau wußte, daß sie vom Verwaltungsgericht nicht akzeptiert werden würden. Die Durchführung dieses Verbotes war also niemals wirklich beabsichtigt gewesen. Wallmann ging es lediglich darum, nach außen eine weiße Weste vorzutäuschen und die Verantwortung auf die Richter zu schieben, die dieses Spiel auch bereitwillig mitspielten. Auch seine zweite Verbotserklärung in der Nacht vom 15.6. war keineswegs eine „antifaschistische Tat“, waren doch davon auch der DGB und Rock gegen Rechts betroffen. Daß das „Deutschlandtreffen“ schließlich doch nicht stattfinden konnte, war einzig und allein das Verdienst der antifaschistischen Massendemonstration in Frankfurt. Ausschlaggebend für die Aufrechterhaltung der Verbotsverfügung gegen die NPD durch das Verwaltungsgericht waren nämlich ausschließlich polizeiliche Lageberichte aus der Innenstadt, mit denen die Richter ständig auf dem laufenden gehalten wurden. Offenbar haben sie ihre Entscheidung deshalb

Nachdem sie den DGB Frankfurt zunächst angegriffen hatte, weil dieser sich in ein Bündnis mit „Linksextremen, Schwulen und Musikgruppen“ begeben habe, ging Wallmann als erster Oberbürgermeister einer westdeutschen Großstadt so weit, ein Verbot gegen eine DGB-Veranstaltung auszusprechen. Nach dem 17.6. wurde die Hetze von rechts außen noch verschärft. Die „FAZ“ (18.6.) schrieb in einem Kommentar, Rock gegen Rechts habe „Typen“ mobilisiert, die „vor Schmutz starrten“, und „der politische Abschaum“ sei darunter gewesen. Die CDU warf dem DGB vor, er mache gemeinsame Sache mit den „Linksfaschisten“. Wiederum die „FAZ“ drückte ihre Hoffnung aus, daß der DGB-Bundesvorstand gegen seine Frankfurter Untergliederung einschreiten werde usw.. Dies kann man eigentlich nur so interpretieren, daß sich die Sympathisanten der NPD im Establishment jetzt durch ihre Wut über den Verlauf dieses Wochenendes verraten.

Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, daß das Verbot der DGB-Kundgebung beileibe kein Alleingang der CDU war. Die zuständigen Herren von SPD (Müller, Frankfurter Polizeipräsident) und FDP (Gries, Innenminister des Landes Hessen) leiteten nicht nur gemeinsam mit Wallmann den Polizeieinsatz; sie rechtfertigten beide auch uneingeschränkt die Verbote gegen die antifaschistischen Veranstaltungen, also a u c h gegen den DGB. Gerade Müller war unverschämte genug, es als „juristische Schizophrenie“ (!) zu be-

Kommen nach den „neuen Philosophen“ jetzt die „neuen Antifaschisten“?

Der 17. Juni ist vorbei. Es ist die Stunde der „Politiker“. Seitenweise füllen sie nun die Tageszeitungen, um je nachdem ihre „Befriedigung“ oder „Empörung“ dem Volke kundzutun. ROCK GEGEN RECHTS ist schnell in den Hintergrund gerutscht; dafür haben jetzt alle diejenigen das Wort, die vorher den Mund nicht aufbekommen haben: Rudi Arndt, Carsten Voigt, Heidemarie Wieczorek-Zeul usw. Und natürlich auch Cohn-Bendit, der immerhin rechtzeitig vor dem heißen Wochenende nach Frankfurt zurückkehrte: „Für mich ist die Tatsache, daß die NPD nicht demonstriert hat, kein Erfolg ... Das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sollte uneingeschränkt gelten, so unangenehm es im einzelnen auch ist“ („TAZ“, 21.6.79). Es hört sich zwar an wie Wallmann und seine Verwaltungsrichter, scheint aber wirklich von Dany zu sein, wie die ansonsten „antistaatliche“ Tendenz des Artikels zeigt. Schon am Vorabend des Geschehens hatte „Humanist“ Cohn-Bendit auf einem AStA-teach in (15.6.) „Freiheit für Rudolf Hess“ proklamiert. Unangenehm? Aber das ist nur eine von den tausend Blüten des „neuen Antifaschismus“, wie er zur Zeit durch einen Teil der Alternativpresse geistert.

So erfährt man etwa aus dem „Diskus“ (Frankfurter Studentenzeitung, Ausgabe v. 15.4.79), daß der „junge Nationalsozialist sich implizit gegen den bürokratischen, moralischen, Ge- und Verbote erteilenden Antifaschismus der Institutionen wendet“. „Eine neue Qualität des Jung-Nazismus besteht also darin, daß er gegen den oberlehrerhaften Umgang mit dem Alt-Faschismus protestiert. Dieses kritische Potential (!), das sich gegen die unvermittelten Zwänge des Bündnisses Bürokraten und Meinungsindustrie wendet, findet Organisationsformen zur Zeit wohl eher ‚rechts‘ als ‚links‘“. Ähnlich entdeckt das Frankfurter ASTA-Info (3/79) „antiautoritäre und sozialrebellenhafte Momente, die auch innerhalb der faschistischen Gruppen anzutreffen sind“. Übrigens: Diese erstaunliche Sensibilität gegenüber den Neofaschisten steht in recht deutlichem Gegensatz zu der Tonart, mit der dieselbe Szene in einschlägig bekannten Auseinandersetzungen gegen l i n k s geschossen hat: „ML-Fratzen“, „KB-Bullen“ u.ä.

geschossen hat: „Mil-fraizen“, „Ad-Bullen“ u.ä.

Aber zur Sache: Neonazismus und Antiautoritarismus in einen Topf zu werfen, heißt, daß man weder vom einen noch vom anderen etwas kapiert hat. Fangen wir einmal bei dem Hirngespinnst „staatlich verordneter Antifaschismus“ an. Man denkt gleich an die so überaus zahlreichen Berufsverbote gegen Faschisten im Schuldienst, in Verwaltung, Justiz, Bundeswehr usw. Man denkt an die permanenten Knüppelinsätze der Polizei gegen Faschistenaufmärsche, an die ständigen Hausdurchsuchungen in Nazi-Wohnungen, an die Zensur „nationaler Literatur“ und daran, daß die DDR nicht mehr Ostzone genannt werden darf...

Carstens ist ja auch so ein „staatslich verordneter Antifaschist“, und Strauß würde im Falle einer Ablösung von Schmidt die deutsche Politik sicher noch „antifaschistischer“ machen.— Wer in diesem Land solche Einschätzungen vertritt, der muß schon selbst die Welt aus der Bildzeitungs-Perspektive betrachten.

Fortsetzung von Seite 9

schon der Höhepunkt an Geschmacklosigkeit, den man sich vorstellen konnte. Diese Linken identifizieren sich immer noch und trotz allem irgendwo mit diesem Staat („wir sind nicht schlechter als Israel“). Es gehört schon eine Portion Dreistigkeit dazu, einer deutschen Jüdin vorzuwerfen, daß es einen Begin gibt bzw. daß es auch imperialistische Juden gibt. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, als wären manche BRD-Linken direkt froh darüber, daß es unter den Juden auch Schweine gibt, um Kritiken am Modell Deutschland und an der Fälschisierung mit dem Hinweis darauf abzublocken. Die Heftigkeit der Reaktionen — so beschämend, makaber und befremdend sie waren — zeigt aber auch: Diese Diskussion muß dringend weitergeführt werden und zwar nicht als jüdisches Problem, auch nicht als deutsch-jüdisches Problem, sondern als „r e i n“-deutsches Problem. Auch im ARBEITERKAMPF!

Eine Frankfurter KB-Genossin

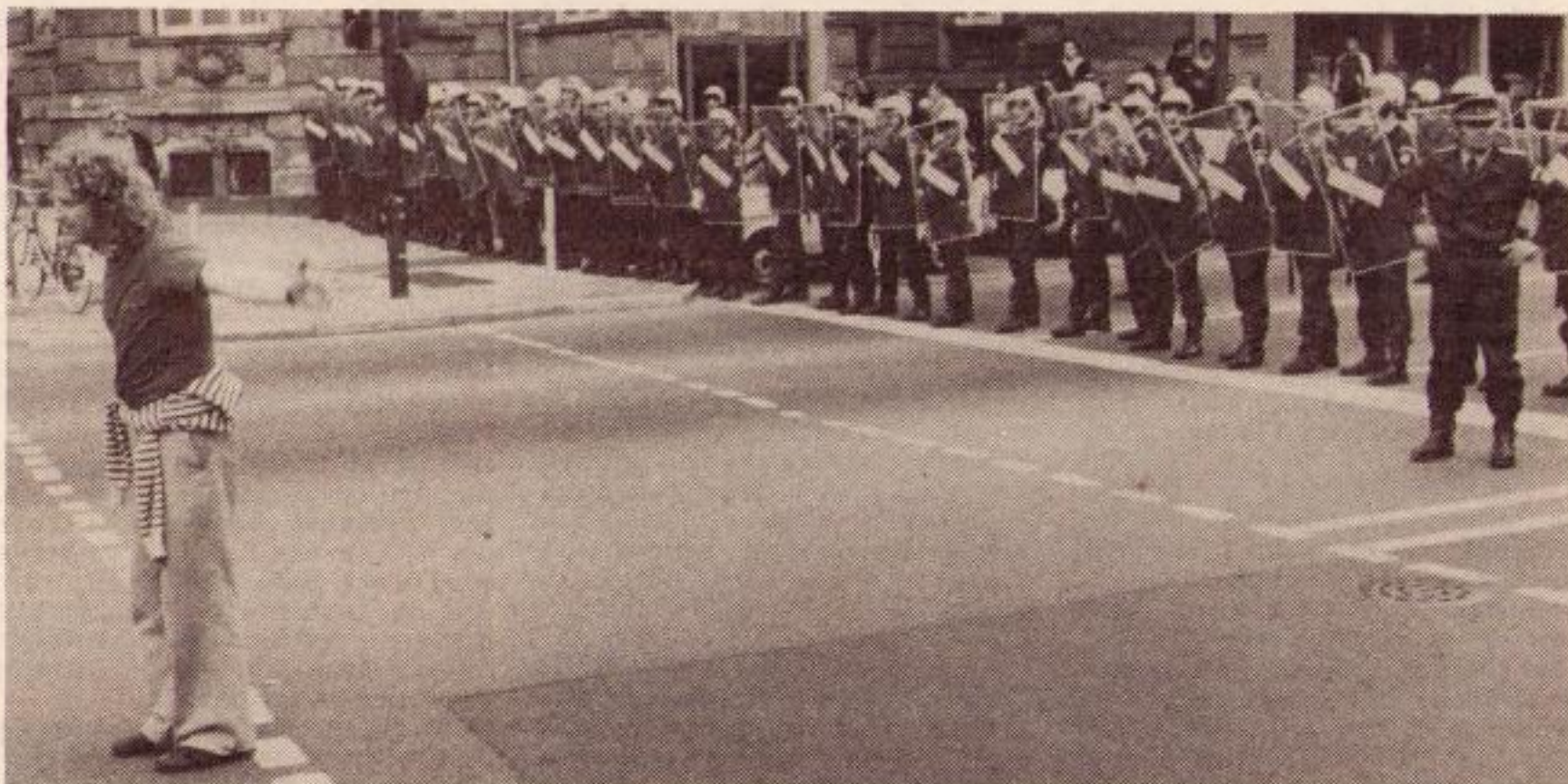
Eine „Rebellion“ gegen einen „staatlich verordneten Antifaschismus“ entbehrt schon deshalb jeder Grundlage, weil es einen institutionellen Antifaschismus in der BRD fast kaum gibt, wohl aber eine staatlich verordnete Unterdrückung des Antifaschismus. Die Geschichte der NPD-„Deutschlandtreffen“ in Frankfurt ist das beste Beispiel dafür. Trotz aller Verbotsverfügungen Wallmanns gegen die NPD können wir doch inzwischen beweisen, daß der Frankfurter OB in Wirklichkeit ein Interesse am Stattfinden des „Deutschlandtreffens“ hatte, und daß die Verhinderung der Nazi-Kundgebung in diesem wie im letzten Jahr ausschließlich auf der Straße und gegen diesen Staat durchgesetzt worden ist. Umgekehrt haben die Antifaschisten im letzten Jahr dafür blutige Köpfe beschert bekommen und in diesem Jahr eine Einschränkung des Demonstrationsrechts, wie sie zuvor nicht für möglich gehalten worden ist.

Ist es denn tatsächlich „verges- sen“, daß dieser Staat in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus auf der Seite desselben steht? Muß man tatsächlich an die Majdanek-Freisprüche, an den Polizeischutz für die NPD bei jeder sich bietenden Gelegenheit, an die höchststrichterliche Bestätigung, daß die NPD „verfas- sungskonform“ sei, an die mit der NPD artverwandten Parolen von Strauß, Albrecht, v. Habsburg usw. erinnern?

Für uns gilt immer noch das, was Anfang der 60iger Jahre der „Guardian“ treffend beschrieb, und was übrigens Ausgangspunkt der antiautoritären Bewegung war (und bleibt):

„Das Wegräumen von Altzins würde einige Bundesministerien fast völlig ihrer hohen Beamten berauben. Das Außenministerium würde alle seine Sachverständigen verlieren. Der diplomatische und konsularische Dienst würden untergraben werden, ebenso der Polizeiapparat, die juristischen und erziehungswissenschaftlichen Institutionen und die Gemeindeverwaltungen“ (zit. nach van Amerongen: „Deutschland und seine Juden“; Reents-Verlag 1979). Nicht zu vergessen die Bundeswehr und und und... Die SPD hat daran nichts geändert und sie will und wird daran nichts ändern, denn es ist ja ihr Staat, mit dem sie sich identifiziert und den sie so und nicht anders mit Staat, mit dem sie sich identifiziert und den sie so und nicht anders mit aus der Taufe gehoben hat. Mit diesem Tatbestand — die Kontinuität des deutschen Staatswesens und der Nazifizierung darin — hat sich bisher noch jede Protestbewegung in der BRD beschäftigt. Diesen Tatbestand zu leugnen, war bisher stets die Sache der Verteidiger dieses Systems gewesen, die damit aus verständlichen Gründen der Protestbewegung die Schärfe entziehen wollten.

Aber nehmen wir ein anderes Beispiel, das immer wieder dafür erhalten muß, um die „antiautoritären Momente“ der jugendlichen Neonazis zu beweisen. Da ist die Rede von den linken Lehrern, die auf ihrem „Langen Marsch“ im Schuldienst gelandet sind und im Unterricht einen „Antifaschismus von oben“ praktizieren würden. Fragen wir an dieser Stelle nicht danach, wieviele von den alten APO-Kämpfern heute — angesichts von Berufsverboten gegen Antifaschisten — noch den Mut dazu haben. Nehmen wir einmal an, es gäbe Schulen, wo das so ist. Deswegen können wir in neonazistischer Hetze noch lange nichts „Antiautoritäres“ erblicken, nicht mal im Ansatz. Die Faschisten — und gerade auch die jugendlichen darunter — fordern doch die „starke Hand“ anstelle des „schlappen“ linken Lehrers, Ordnung und Disziplin anstelle des „Chaos“, eine Autorität, der man „bedingungslos folgt“, anstelle des Liberalismus, das klare „Bekenntnis zu Deutschland“ anstelle des bedrückenden Eingeständnisses der Kriegsschuld usw. Faschismus war immer der autoritärste Lösungsversuch der Krise, und das gilt in vollem Ausmaß für die jugendlichen Nazi-Banden, denen ja sogar die NPD noch zu „lasch“ ist, bei denen das „Führerprinzip“ schärfstens durchgezogen wird, wo männlicher Chauvinismus auf die Spitze getrieben wird, und wo es von militärischer Disziplin nur so strotzt. Wo sind denn da „sozialrebellenhafte Momente“, wenn heute wie damals die Nazipropaganda zu 99% aus Hetze gegen Juden bzw. Ausländer, Kommunisten, Schwule, Frauen-Emanzipation usw. besteht? Und vor allem: Wo ist da die „neue Qualität“ dieses „kritischen Potentials“? Seit wann gilt innerhalb der Sponti-Szene antisemitische Hetze, wie sie z.B. von



Schönborn und seinen Freunden betrieben wird, oder das Schmieren von Hakenkreuzen als „Element einer antibürokratischen Rebellion“? Wer sich zu solchen Verrücktheiten versteigt, der ist — mag er auch sonst noch so „linksradikal“ tönen — kein Deut weniger rechts im Kopf als jener berüchtigte Frankfurter Schöffengerichtspräsident Kunisch, der Herrn Schönborn freisprach, weil dessen Äußerung „Kein einziger Jude ist unter Hitler je vergast worden“ im Bereich der Meinungsfreiheit liege. Er kann sich Cohn-Bendits Beifall gewiß sein, denn dies ist genau die „Meinungsfreiheit“, zu der sich auch C.-B. bekennt.

Wie immer werden solche Thesen im Gewand des Edelradikalismus serviert. Verbotsforderungen gegen den Faschismus seien Forderungen nach „mehr Staat“ (und entsprechend „weniger Freiheit“), während es doch um „weniger Staat“ (bzw. „mehr Freiheit“) gehe. Seltsam, daß Leute, die sich zum Anarchismus bekennen, so wenig von Freiheit verstehen. Denn diese „Freiheiten“ haben wir ja bereits, und sie werden vom Staat peinlichst geschützt: Die „Freiheit“ rechtsradikaler Propaganda, die „Freiheit“ der Lüge, der Geschichtsfälschung, der Hetze gegen Minderheiten usw. All diese „Freiheiten“ durch Unfreiheiten zu ersetzen (was — igit — unser erklärtes Ziel ist), ist

ein Kampf gegen diesen Staat, hat also seine Schwächung, ja Zerschlagung zur Voraussetzung. Sich zu all diesen „Freiheiten“ zu bekennen, bedeutet, mit diesem Staat einverstanden zu sein, ihn zu stärken und zu verteidigen. W e n stärkt denn die Forderung nach Verjährung von Naziverbrechen, wie sie im „Diskus“ ebenfalls (wohl als typische Forderung nach „mehr Freiheit“) erhoben wird?! Im übrigen haben wir noch nicht vergessen, daß diese Leute zum Teil dieselben sind, die nach den Stammeimer Todesfällen die S c h n e l l s t e n waren, die den Staat von jedem Verdacht reinwuschen und die Selbstmord-These als glaubwürdig hinstellten. So weit geht's mit der „Staatsfeindlichkeit“ nun doch nicht.

Dieser „neue Antifaschismus“ und das damit verknüpfte Gesprächsangebot an den Neonazismus (denn nicht um einzelne irreführende Jugendliche geht es ja, sondern die Strömung insgesamt wird mit so attraktiven Attributen wie „antiautoritär“ versehen) sind zweifellos die bitterste und deprimierendste Pille, die die Spontiszene bisher hervorgebracht hat. Sie ist umso bitterer, als man aus den o.g. Thesen herauslesen muß, daß ihre Verfasser nicht nur Verständnis für den Neonazismus zeigen, sondern selber ganz starke Probleme mit

dem Antifaschismus haben. Wenn z.B. die „Rebellion gegen den moralischen Antifaschismus“ als „antiautoritär“ verstanden wird, so möchte doch der Verfasser selbst im Grunde genommen „endlich in Ruhe gelassen werden von den 6 Millionen toten Juden“ (vgl. auch den Artikel „Jude in Deutschland“).

So weit ist es schon ... und doch ist es noch nicht „so weit“. Denn natürlich haben Zigarettausende am 16. Juni in Frankfurt das schließlich doch erkämpfte Verbot des „Deutschlandtreffens“ als ihren Sieg gefeiert, und keiner von den Demonstranten hatte in diesem Moment die Scheiße im Kopf, die Cohn-Bendit eine halbe Woche später in der „Tageszeitung“ servierte. Aber es wird schon sehr dringend, daß in „TAZ“, „ID“, „Pflasterstrand“ u.a. endlich mal eine klare Gegenposition bezogen wird. Wir dachten immer, der Antifaschismus wäre eigentlich der Grundkonsens, das A und O für die Linke gerade in diesem Land. Wenn das einmal nicht mehr so sein sollte, wenn der Kampf gegen das alte, aber neubelebte braune Übel nicht mehr klar sein sollte — sowohl im Kopf als auch im Herzen bzw. in der „Moral“ — dann wäre dies das Aus für die westdeutsche Linke.

KB / Gruppe Frankfurt



Wir haben die „Nase voll vom kleineren Übel“

16 Kölner SPD'ler erklären ihren Austritt

Im folgenden drucken wir ein Interview mit Wera Karnischky ab, die als eine von 16 ausgetretenen SPD-Mitgliedern sich für dieses Interview zur Verfügung stellte. Einige der Ausgetretenen arbeiten in der Bunten Liste Köln mit, viele haben schon zu ihrer SPD-Zeit in Bürgerinitiativen mitgearbeitet und unter anderem deswegen mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt.

1. Wie hat Eure Arbeit in der SPD ausgesehen — Welche Grenzen wurden Euch dabei gesetzt?

Bevor ich diese und weitere Fragen beantworte, möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich nur meine Meinung und meine Eindrücke schil-

Wurde von SPD-Mitgliedern öffentliche Kritik am Vorstand des Ortsvereins geübt, wurde mit einem Parteiordnungsverfahren (PO) gedroht bzw. dieses eingeleitet. Kritikfähigkeit gehört sicherlich nicht zu den Eigenschaften, die einige OV-Vorstandsmitglieder von den Mitgliedern erwarten. Um wirklich fortschrittliche Politik in der SPD zu vertreten und vor allem zu verwirklichen, kann dies nur dann geschehen, wenn der Grundsatz der innerparteilichen Demokratie verwirklicht wird. Da ich daran jedoch nicht mehr glaube und meine politischen Vorstellungen von denen der SPD-Verantwortlichen in allen wesentlichen Punkten abweichen, mußte ich für mich persönlich die Konsequenz aus dieser Erkenntnis ziehen.

den „durchgepeitscht“, wobei dann die Linken meist zurückstecken.

Ich meine, wenn Helmut Schmidt, der beste CDU-Kanzler, den die SPD je hatte, in seinem Plädoyer für die Kernkraft die Gefahr eines Krieges heraufbeschwört, mußte jedem Sozialisten in der SPD klar werden, was für eine Politik er persönlich durch seine SPD-Mitgliedschaft zu verantworten hat.

3. Wenn es noch viele andere fortschrittliche Kräfte in der SPD gibt, die dort glauben, ihre Vorstellungen von einer linken Politik zu verwirklichen, die in der SPD sind (oder noch sind), weil sie diese Partei für das „kleinere Übel“ halten, welche Umstände könnten diese Menschen daran hindern, den von Dir und anderen ehemaligen SPD-Mitgliedern vorexerzierten Schritt praktisch nachzuvollziehen?

Das ist relativ einfach zu beantworten: Sie sehen offensichtlich keine Perspektive und möchten nicht im politisch luftleeren Raum stehen. Man muß sich dabei in Erinnerung rufen, daß es gerade in der SPD eine Vielzahl äußerst engagierter und fortschrittlicher Menschen gibt, die, zum Teil aus der APO kommend, den Marsch durch die Institutionen antreten und gesellschaftliche Veränderungen erreichen wollten. Nachdem inzwischen ca. zehn Jahre vergangen sind, muß man ganz nüchtern feststellen, daß dieser Marsch in einer Sackgasse endete. Das wiederum bedeutet jedoch, daß man wiederum dort angelangt ist, wo man bereits vor zehn Jahren schon war. Daß viele engagierte Linke sich dennoch nicht zum Austritt aus der SPD entschließen können, liegt sicherlich u.a. daran, daß sie einerseits weiterhin politisch aktiv sein wollen, andererseits jedoch keine sozialistische Alternative sehen. Also nimmt man weiterhin das „kleinere Übel“ in Kauf. Sozialistische Politik innerhalb der SPD zu verwirklichen, ist jedoch eine Illusion, aber auch Illusionen können schön sein. Nicht zu unterschätzen sind auch die starken sozialen, sprich persönlichen Verbindungen gerade innerhalb der SPD-Linken, so daß aus einem m.E. falsch verstandenen Solidaritätsgefühl zu dem durch einen Austritt dann geschwächten linken Flügel, eben dieser letzte konsequente Schritt — nämlich der Austritt — ausbleibt. Eine Perspektive könnte sicherlich die Arbeit in Basis-Initiativen sein. Für die Linken, die sich nicht auf die außerparlamentarische Arbeit beschränken wollen, kommt jedoch auch diese Möglichkeit wiederum nicht in Betracht. Insofern sehe ich persönlich in der „Bunten Liste“ auch diese Möglichkeit wiederum nicht in Betracht. Insofern sehe ich persönlich in der „Bunten Liste/Wehrt Euch“ eine Alternative, die sowohl außerparlamentarische als auch die parlamentarische Arbeitsmöglichkeit berücksichtigt.

4. Wie schon im Vorspann erwähnt, habt Ihr noch während Eurer SPD-Zeit zumindest teilweise in einer Bürgerinitiative gegen eine Stadtautobahn in Köln-Porz mitgearbeitet — diese Arbeit hat auch erhebliche Reibungspunkte mit der SPD-Führung in Köln mit sich gebracht. Wie sahen diese Reibungspunkte aus, welche Bedeutung hatten sie für das Parteiordnungsverfahren gegen eines der ausgetretenen SPD-Mitglieder und welche Bedeutung für Euren Austritt?

Einige der Ausgetretenen waren nicht nur in der Bürgerinitiative Stadtautobahngegner, sondern auch noch in einer Mieterinitiative tätig, die sich beide erbittert gegen den Bau einer als „Sammelschiene“ getarnten Stadtautobahn einsetzten. Geplant war eine vier- bis sechsspürige Straße mitten durch den Köln-Porzer Ortskern, die eine brutale Schneise durch die City schlagen würde.

Die Umweltbelastungen würden dadurch ins Unerträgliche steigen, ganze Wohngebiete würden systematisch zerstört und verslumpt, weil die Besserverdienenden „ins Grüne“ flüchten würden. Zurück bliebe eine sozial schwache Minderheit. Dieses erkannte auch der damals linke SPD-Ortsvereinsvorstand Köln-Porz und legte ein kommunalpolitisches Arbeitspapier vor, das erstmals klar auf den Verlauf der geplanten Stadtautobahn hinwies. Die SPD-Mitgliederversammlung lehnte dann auch mit überwältigender Mehrheit diese Pläne ab. Die SPD-Bezirksvertretung sprach sich jedoch — trotz Kenntnis des Mitgliederbeschlusses —

für die Sammel-schiene aus. Zur gleichen Zeit teilte die Mieterinitiative in einer Presseerklärung mit, daß sie alles daran setzen würde, den Bau dieses „Monstrums Sammel-schiene“ zu verhindern und nannte auch die Verantwortlichen beim Namen, nämlich:

— den Rat der Stadt Köln, deren Mitglieder mit Sicherheit nicht in den Häusern wohnen, vor denen in Zukunft und zum Teil heute schon der Verkehr entlang rast,

— die Verwaltung der Stadt Köln, die Grundstücke „zur Arrondierung“ aufkaufte, um die Bürger vor vollendeten Tatsachen zu stellen und anschließend mit den „Sachzwängen“ argumentieren zu können,

— und schließlich alle die, die eine Wirtschaft unterstützen, die sich nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung, sondern primär am Profit orientiert und deren Entwicklung deshalb nur schwer in eine sinnvolle Bahn gelenkt werden kann.

Weiterhin rief die Mieterinitiative, deren Vorsitzender auch stellvertretender SPD-Ortsvereinsvorsitzender war, die Porzer Bürger öffentlich zur Gründung einer Bürgerinitiative gegen die geplante Stadtautobahn auf. Darauf gründete sich die Bürgerinitiative Stadtautobahngegner Porz, die Gespräche mit Mandats- und Funktions-trägern der Partei und der Kölner Verwaltung suchte. Sehr schnell mußte sie doch erkennen, daß ihr eine Ablehnungsfront aus allen Parteien und der Verwaltung gegenüber stand. Die Stadtautobahngegner gingen nun offensiv in die Öffentlichkeit, mit dem Ergebnis, daß sich ca. 700 Bürger dieser Bürgerinitiative anschlossen. Nachdem Bürgerinitiative und Mieterinitiative den Bürgern klargemacht hatten, was hier geplant war, und insofern einen Meinungsbildungsprozeß gegen die Sammel-schiene in Gang gebracht hatten, eröffnete man die „Treibjagd“ auf die Sammel-schienegegner. Man versuchte, die Bürger durch fast täglich neue Vorschläge über Verlauf und Konzept der Sammel-schiene zu verwirren: mal sechs-, mal vier-, mal zweispüriger Ausbau, mal mit und mal ohne Tunnel. Da „Sammel-schiene“ inzwischen ein Reizwort wurde, versuchte man nun von Seiten der SPD-Führung die Bürger durch ständig neue Wortschöpfungen wie „Umgehungs- und Entlastungsstraße“, „Innerstädtische Erschließungsstraße“, „Verlängerte Mühlenstraße“, „Innerstädtische Hauptverkehrsstraße“, „vierspüriges Einbahnstraßensystem“ zu verunsichern. Dafür, daß dieses nicht gelang, sorgten u.a. auch einige der in den Initiativen tätige ehemalige SPD-Mitglieder. Es fand eine öffentliche SPD-Veranstaltung zum Thema „Sammel-schiene“ statt, in der sich der SPD-Ortsverein Köln 39, die Bürgerinitiative Stadtautobahngegner Porz und die Mieterinitiative solidarisierten. Das nahm der Köln-Porzer Fraktionschef in der SPD-Bezirksvertretung und der Porzer SPD-Stadtbezirksvorsitzender zum Anlaß, auf einer Pressekonferenz zu erklären, „daß sie nicht gerade glücklich seien, daß Ortsvereine der SPD ihre unterschiedlichen Standpunkte in die Öffentlichkeit getragen hätten. Auch in der Unterstützung einer gegen den Bau der Sammel-schiene gerichteten Bürgerinitiative sähe man keine sachdienliche Aktion“ („Kölner Rundschau“ vom 4.2.78).

Weiterhin führte der SPD-Fraktionschef aus, „sowas kann man nicht als kooperativ bezeichnen“, „außerdem sehe es nicht gut aus, wenn sich ein Ortsverein hinter eine Bürgerinitiative stelle oder an deren Gründung sogar beteiligt sei“ und weiter „die Partei sei schließlich selbst eine Bürgerinitiative“ („Kölner Stadtanzeiger“ vom 4.2.78).

Wenn sich dann auch noch ein SPD-Ratsmitglied fragt, „wie denn (Anmerkung von mir: bei einer Tunnel-führung der Sammel-schiene) die City-Geschäfte leben sollten, wenn die Autos unter der Erde an diesen vorbeirauschen“ („Kölnische Rundschau“ vom 3.11.78), zeigte er unverhüllt auf, wessen Interessen hier vertreten werden. Als sich gar die FDP in der Köln-Porzer Bezirksvertretung zu-mindest für eine menschenfreundliche Lösung, nämlich den Bau eines Tunnels, einsetzte, „schmetterten alle CDU- und SPD-Bezirksvertreter — oft ohne überhaupt die Pläne zu kennen — johlend, lachend und feixend die Vorschläge ab. Dabei rutschte das Niveau der Bezirksarbeit zeitweilig

noch unter das eines Kasperle-Theaters“ („Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 4./5.11.78). Dem ist von mir auch nichts mehr hinzuzufügen.

Bürgerinitiative, Mieterinitiative, SPD-Mitglieder und andere betroffene Bürger meldeten sich nun in der Lokalpresse zu Wort und verliehen so ihrer Empörung über diese bürgerferne Politik Ausdruck. Als der linke Ortsvereinsvorstand auch noch eine eigene Zeitung „Die Zwiebel“ herausgab, die sich kritisch mit der Sammel-schiene auseinandersetzte, war die Folge, daß dieser Vorstand von einer rechten Fronde „gekippt“ wurde. Bürgerinitiativenarbeit und SPD-Mitgliedschaft vertragen sich eben nicht. Der Sprecher der Mieterinitiative und andere Engagierte ließen sich jedoch dadurch in ihrem Kampf gegen die Sammel-schiene nicht einschüchtern und wiesen in Presseerklärungen und Leserbriefen immer wieder auf die bürgerferne Praxis der Mandats- und Funktionsträger der SPD/CDU-Koalition hin. Nun mußte seitens der SPD ein Exempel gegen die Aufmüpfen statuiert werden. Gegen Bürgerinitiative und Mieterinitiative konnte man nicht vorgehen, da diese sich nicht als SPD-Ableger betrachten, also nahm man sich den Vorsitzenden der Mieterinitiative aufs Korn und beschloß auf einer SPD-Vorstandssitzung, ein Partei-Ordnungsverfahren einzuleiten. Ob es tatsächlich jemals eingeleitet worden ist, wurde dem Betroffenen — entgegen der SPD-Schiedsordnung — nie mitgeteilt, er konnte es durch die öffentliche Presse anläßlich seines Austritts aus der SPD erfahren. Solche Disziplinierungsmaßnahmen gegen innerparteiliche Kritiker sind geradezu symptomatisch dafür, wie die SPD-Vorstände gegen bürgernah arbeitende Mitglieder vorgehen, d.h. zwischen SPD- und Bürgerinitiativenarbeit gibt es einen eklatanten Widerspruch. SPD-Vorstandspolitik und gleichzeitig Bürgerinteressen zu vertreten, scheinen mir, zumindest häufig, miteinander unvereinbar. Insgesamt zeigte sich in der SPD die Tendenz, sich nicht mehr durch politische Argumentation und Diskussion auseinanderzusetzen, als vielmehr innerparteiliche Kritiker durch administrative Maßnahmen „mundtot zu machen“. Für meinen Austritt — und sicherlich auch für die Mehrzahl der übrigen Ausgetretenen — waren die lokalen Auseinandersetzungen zwar mitentscheidend insofern, als sie Tendenzen in der Gesamt-SPD aufzeigten, jedoch letztlich nur von sekundärer Bedeutung. Ausschlaggebend war vielmehr die gesamte SPD-Politik, die ein Klima der Angst und des Duckmäusertums erzeugt und an den Bedürfnissen der Bürger vorbeizieht. Man konnte die SPD-Politik, die ein Klima der Angst und des Duckmäusertums erzeugt und an den Bedürfnissen der Bürger vorbeizieht. Von sozialistischer Politik ist nicht einmal im Ansatz etwas zu merken. Insofern ist auch die Pseudoauseinandersetzung um „Freiheit oder Sozialismus“ nur ein Scheingefecht zweier sich immer mehr annähernder Parteien, die weder das eine noch das andere verwirklichen wollen.

5. Wie stellst Du Dir die weitere Zusammenarbeit mit den Linken in der SPD vor? Welche Ansatzpunkte könntest Du jetzt nennen? Welche Maßnahmen könnte es von Seiten der SPD-Führung geben, diese Zusammenarbeit zu verhindern?

Ansatzpunkte für die weitere Zusammenarbeit sehe ich in der praktischen Arbeit in der „Bunten Liste“ und demokratischen Basisinitiativen jeglicher Art, da es hier ein Höchstmaß an Gemeinsamkeiten gibt. Weiterhin sehe ich die Möglichkeit von Aktionsgemeinschaften zu bestimmten Themen. Im Grunde genommen praktizieren wir dieses jedoch bereits in der „Bunten Liste/Wehrt Euch“ Köln, in der SPD-Mitglieder aktiv mitarbeiten und umgekehrt wiederum „Bunte Liste“-Mitglieder in Bürgerinitiativen tätig sind. Ich meine auch, daß diese Zusammenarbeit verstärkt werden sollte, da ich der festen Überzeugung bin, daß die Ziele der fortschrittlichen Kräfte in der SPD mit denen der „Bunten Liste“ weitestgehend übereinstimmen. Eine solche Zusammenarbeit zu verhindern, ist Sinn des Unvereinbarkeitsbeschlusses, der dann ja auch konsequent in Form des Partei-Ordnungsverfahrens angewendet wird. Administrative Maßnahmen sollen eben die fehlenden Argumente ersetzen. Ein weiteres Problem in der Zu-

Fortsetzung auf Seite 11

An die
Vorstände der
SPD-Ortsvereine Köln 21, 36, 39, 40

Offener Brief

Die Unterzeichner dieses Schreibens erklären hiermit ihren Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus folgenden Gründen:

Als wir in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eintraten, waren wir der Meinung, daß gerade sie die politische Heimat für kritische und engagierte Bürger darstellen würde. Die politische Praxis hat uns jedoch eines Besseren belehrt. Statt bürgernahe Praxis zu praktizieren mit dem Ziel, diese Gesellschaft demokratisch zu verändern, ist unter der SPD-Regierung ein politisches Klima der Angst und des Mißtrauens entstanden. Die SPD hat sich immer mehr zu einer reinen Funktions-Partei entwickelt, die über die Köpfe der Bürger — also der viel zitierten Basis — entscheidet. Kritischen Parteimitgliedern, die sich für den Sozialismus einsetzen, wird mit Parteiordnungsverfahren geantwortet, innerparteiliche Demokratie hat für „Linke“ in dieser Partei keine Gültigkeit mehr. Im Gegenteil, man nähert sich immer mehr der CDU.

Das politische Klima in diesem Staate ist durch die SPD hoffnungslos vergiftet, Angst hat sich breit gemacht, das Duckmäusertum regiert. Der systematische Abbau demokratischer Rechte und die damit verbundene Aushöhlung des Grundgesetzes zeigt ihre Folgen

- in der täglichen Berufsverbotepraxis gegen politisch Andersdenkende
- in der Mißachtung von Hunderttausenden von AKW-Gegnern, wobei selbst nach der Katastrophe von Harrisburg nur beschönigende Kommentare von Seiten der Bundesregierung folgten
- in einer menschen- und städtezerstörenden „Sanierungspolitik“ durch Abriß ganzer gewachsener Stadtviertel und immer neuem Bau von Autobahnen und Straßen
- in der Einrichtung einer Jugendpolizei, die jegliche Arbeit von Sozialpädagogen zunichte macht
- indem das elementare Recht auf Arbeit und Ausbildung mit Füßen getreten wird und Arbeitsplätze und Lehrstellen zu Hunderttausenden fehlen. Und trotzdem werden die Ausbildungsabgaben von den Unternehmen nicht erhoben
- im Erlaß des „Juso-Maulkorbes“, wonach Jusos ihre Stellungnahmen vor Veröffentlichung genehmigen lassen müssen (Zensur)
- in der Bespitzelung des Bürgers bis zu den Schulkindern durch den Verfassungsschutz
- in der Bespitzelung des Bürgers bis zu den Schulkindern durch den Verfassungsschutz
- in der ständigen Verschlechterung der sozialen und materiellen Situation der Familie
- in der Gründung von Tausenden von Bürgerinitiativen, die sich von den parlamentarischen Parteien nicht mehr vertreten fühlen
- und, und, und ...

Wir können und wollen eine solche Politik nicht mehr mitverantworten; wir haben die „Nase voll vom kleineren Übel“.

16 ausgetretene SPD-Mitglieder

dern kann, da ich nicht legitimiert bin, für „die ehemaligen SPD-Mitglieder“ zu sprechen.

Zurück zu Eurer Frage: Wir waren eigentlich immer bemüht, konkrete, den Bürger unmittelbar berührende Sachthemen aufzugreifen und zu versuchen, Mehrheiten dafür zu gewinnen. Angesichts der Polarisierung in der SPD zwischen Linken und Rechten, fielen jedoch häufig Block-Entscheidungen, wobei das Sachthema viel zu oft in den Hintergrund trat. Das bedeutete u.a., daß Anträge von SPD-Linken kaum eine Chance auf Realisierung hatten. Im letzten Jahr kann ich mich z.B. an keine Abstimmung erinnern, in dem ein Vorstands-Antrag nicht durchgekommen wäre, nicht etwa weil diese so gut waren, sondern weil sie von einem rechten Ortsvereinsvorstand gestellt wurden. Daraus mußte ich den Schluß ziehen, daß wir als „linkes Feigenblatt“ lediglich eine Alibifunktion auszufüllen hatten. Sozialistische Politik in der SPD zu verwirklichen, ist m.E. unmöglich. Durch den Juso-Maulkorb, der Veröffentlichungen der Jusos ohne Genehmigung des jeweils zuständigen Vorstandes verhinderte, wurde eine Zensur eingeführt, die eine eigenständige Juso-Öffentlichkeitsarbeit völlig verhindern konnte.

2. Welche Erfahrungen hast Du in der Diskussion mit linken, fortschrittlichen Kräften in der SPD gemacht — ist ihre Haltung zur SPD vergleichbar mit der, die Ihr in Eurer Austrittserklärung als ursprünglichen Grund für Eure Mitarbeit bekundet habt?

Nach meinen Erfahrungen muß ich die letzte Frage mit einem eindeutigen „Ja“ beantworten. Die AKW-Diskussion, die Verfassungsschutzaffären, die Horror-Vision der sog. „Sanierungspolitik“, der systematische Abbau demokratischer Rechte berührt gerade die engagierte Linke in der SPD z.T. unmittelbar. Insofern teilt sicherlich eine große Anzahl unseren Standpunkt, läßt jedoch leider die m.E. erforderliche Konsequenz vermissen. So werden auch in der SPD-Basis äußerst fortschrittliche und kritische Diskussionen geführt, doch erfüllen auch diese nur eine Alibifunktion für die sog. Integrationskraft der SPD, was immer das auch sein mag. Entscheidend ist doch, ob diesen Diskussionen auch die sichtbaren Abstimmungsergebnisse folgen. Daß dies nicht der Fall ist, war für jedermann bei den Abstimmungen im Bundestag sichtbar und geschieht in den Ortsvereinen tagtäglich; Vorstands- oder Kabinettsbeschlüsse wer-

Fortsetzung von Seite 11

sammenarbeit zwischen SPD-Linken und „Bunte Liste“ ergibt sich aus der Berührung mit Kommunisten. Sicherlich gibt es ideologische Unterschiede zwischen linken SPD-Mitgliedern und Kommunisten, dessen ungeachtet sollte jedoch trotzdem eine sachliche Zusammenarbeit möglich sein. Durch Abgrenzungs- und Unvereinbarkeitsbeschlüsse entlarvt sich jedoch die SPD-Führung selbst, so daß uns „Bunte-Liste“-Mitgliedern die Argumente sozusagen „frei Haus“ geliefert werden.

6. Eben erwähntest Du die „fehlende Perspektive“ bei vielen Linken in der SPD, die sie daran hindert, aus der SPD auszutreten. Welche Möglichkeiten siehst Du nach Deinem Austritt, weiterhin eine linke Politik zu machen? Welche Bedeutung hat dabei für Dich die „Bunte Liste“ Köln, die sich ja kürzlich gegründet hat?

Ich habe diese Frage für mich insofern bereits beantwortet (und ein Teil der übrigen Ausgetretenen ebenfalls), als ich die „Bunte Liste/Wehrt Euch“ Köln unterstütze. Um linke Politik sowohl im außerparlamentarischen als auch parlamentarischen Raum zu machen, gibt es noch keine für mich sichtbare Möglichkeit, diesen Anspruch anderweitig in die Praxis umzusetzen.

7. In einem früheren ARBEITER-KAMPF haben wir gesagt, daß die neu entstandenen Bunten, Grünen und alternativen Listen ein Ansatz sind, der die Bildung einer sozialistischen Partei in der BRD als Alternative zu den bislang existierenden Parteien näher ins Blickfeld rückt. Entspricht diese Einschätzung Deinen Vorstellungen von einer langfristigen linken Perspektive außerhalb der SPD? Wie siehst Du die Chancen mit solchen Vorstellungen in die SPD hineinzuwirken, um dort noch größere Abspaltungen zu erzielen? Wird innerhalb der SPD-Linken eine Diskussion um eine sozialistische Partei geführt? Wenn ja, mit welcher Stoßrichtung und wie konkret sind die entwickelten Vorstellungen?

Die „Bunte Liste/Wehrt Euch“ sehe ich in der Tat als langfristige Perspektive außerhalb der SPD an. Ich meine, hier wird nicht soviel von Basisarbeit und Demokratie gesprochen, sondern es wird einfach praktiziert. So wird zum Beispiel von den „Bunte-Liste“-Mitgliedern nicht einfach eine Plattform erstellt, sondern diese wird vielmehr in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Bürgerinitiativen und anderen engagierten Bürgern gemeinsam erarbeitet.

Es wurde und wird innerhalb der SPD die Diskussion um eine sozialistische Partei geführt, die letztlich jedoch nichts bringt. Jeder wartet darauf, daß die Sache in die Hand genommen wird, „die sozialistische Partei“ plötzlich da ist und möglichst mit mindestens 10 % in den Parlamenten vertreten ist. Das sind m.E. Illusionen, denn jeder wartet ab und keiner handelt. Das heißt, die Diskussionen sind mehr theoretischer Natur, sionien sind mehr theoretischer Natur, Folgerungen aus den gewonnenen Erkenntnissen werden m.E. nicht gezogen. Das ganze erinnert mich an „konkret“, in der Gremilita jahrelang gegen die SPD-Politik wettete, sich drei Monate vor den Wahlen jedoch wieder für „das kleinere Übel SPD“ ausspricht.

Der Austritt der 16 SPD-Mitglieder hat sicherlich einen „Aufruhr“ in der Kölner SPD bewirkt. Sinn meines öffentlichen Austrittes war es, eine Signal- und Sogwirkung zu erzielen, die bereits jetzt stattgefunden hat. Weitere SPD-Mitglieder aus anderen Kölner Bereichen haben inzwischen ihren Austritt erklärt, andere ihre Absicht dazu bekundet. Es ist ganz offensichtlich ein Nachdenkungsprozeß in der SPD in Gang gekommen, in dem auch Rechte ihre Positionen überprüfen müssen. Der Massenaustritt bleibt sicherlich nicht ohne weitere Folgen.

Um weiterhin in die SPD hineinzuwirken, sollten öffentliche Diskussionsveranstaltungen der „Bunten Liste“ mit der SPD stattfinden, in denen z.B. „der sozialistische Weg“ diskutiert werden sollte, um so auch die inzwischen fast nicht mehr existierenden Theoriediskussionen weiterzuführen. Ich glaube, daß in solchen Diskussionsveranstaltungen manchem SPD-Mitglied klar würde, daß seine Vorstellungen besser in der „Bunten Liste“ als in der SPD zu verwirklichen sind.

Ich rufe daher alle SPD-Mitglieder auf, die sich bislang trotz großer Bedenken für das „kleinere Übel“ entschieden haben, auch aktiv in der „Bunten Liste/Wehrt Euch“ Köln mitzuarbeiten, um so sozialistische Politik auch in die Praxis umzusetzen.

Wir danken Dir für das Interview!

Köln, 7.6.79

Bundestagswahldebatte:

Für die Einheit der Bunten und Grünen

Auf einer Arbeitskonferenz des KB am 2. und 3. Juni wurden erstmals die Überlegungen unserer Organisation zu den Bundestagswahlen erörtert. Beschlossen wurde, diese Debatte im ARBEITER-KAMPF öffentlich zu führen.

Der vorliegende Beitrag enthält bei weitem nicht alle Aspekte der Debatte der Arbeitskonferenz; auch nicht des Einleitungsreferats, das die Verfasser ausgearbeitet hatten. Wir beschränken uns hier weitgehend auf den Punkt, die Notwendigkeit herauszuarbeiten, die Einigungsbemühungen zwischen Bunten und Grünen zu intensivieren. Die Realisierung einer gemeinsamen Kandidatur erscheint uns als Schlüsselfrage eines erfolgreichen Eingreifens zur Bundestagswahl.

Insgesamt haben sich die Möglichkeiten einer Einheit zur Bundestagswahl etwas verbessert:

Der Wahlkampf der Grünen zur Euro-Wahl war fortschrittlicher ausgerichtet als alle bisherigen Wahlkämpfe dieser Gruppierung. Prominente Radikaldemokraten und Linke unterstützen die Grünen oder sind ihnen beigetreten. Sie könnten ein Bindeglied zu den Bunten darstellen und tun dies z.T. auch schon (Bielefeld!)

Gleichzeitig mehren sich die Stimmen bei den Grünen, die einen Zusammenschluß mit den Bunten anstreben; diese Tendenz wird von AUD-Kreisen getragen, reicht aber bis in die GAZ. Diese positiven Ansätze aufzugreifen und von sich aus Initiativen zur Zusammenarbeit und Einheit zu ergreifen, halten wir gegenwärtig für eine zentrale Aufgabe aller Bunten, d.h. natürlich auch unserer Genossen.

Die Parteienlandschaft in der BRD verändert sich. Die jahrzehntelange gültige Grundstruktur mit CDU/CSU auf der einen Seite des bürgerlichen Parteienspektrums, der SPD auf der anderen Seite und der FDP als Zünglein an der Waage, beginnt sich aufzulösen. Zwei Kräfte mit völlig unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen arbeiten an dieser Entwicklung. Auf der einen Seite wollen CDU und große Teile der CDU die Parteienlandschaft von rechts verändern. Ihr Nahziel ist es, mit einer veränderten Parteienformation die SPD/FDP-Regierung in Bonn zu stürzen. Die Stichworte dieser Strategie lauten: Trennung zwischen CDU und CSU, Aufbau von Hilfsparteien und Hilstruppen, die in der Mitte des Wählerspektrums SPD- und FDP-Potential an sich ziehen. Dahinter steht aber auch der Versuch, um die CSU eine starke Partei der äußersten Reaktion im bürgerlichen Lager durchzusetzen, sozusagen eine Harzburger Front auf Parteiebene. Auf der anderen Seite ist die alternative Wahlbewegung aus grünen und bunten Listen in der BRD zum Faktor geworden. Die 3,2 % der „Grünen“ bei den Wahlen zum EG-Parlament haben dies noch einmal deutlich unterstrichen. Die Kräfte dieses Lagers reichen ideologisch von einer kleinbürgerlichen Kritik der Umweltschutzmisere im Kapitalismus bis zu antikapitalistischen und revolutionären Kräften. Ein wesentliches Problem für diese Strömungen ist, ob sie die Anfangserfolge der grünen und bunten Wahlbewegung bis zu dem

Punkt ausbauen und festigen können, daß die 5 %-Hürde übersprungen werden kann. Nur so werden alternative Listen sich unter den Bedingungen des Parteiensystems in der BRD halten und weiterentwickeln können.

Im komplexen Zusammenhang der gesamten Bundestags-Wahldiskussion halten wir dies heute für die Schlüsselfrage. Der Schlüssel zur Lösung dieser Frage liegt für uns in der Herstellung einer glaubwürdigen, gemeinsamen Wahlliste aus grünen und bunten Listen zu den Bundestagswahlen. Alle anderen Probleme hängen sehr stark davon ab. Die Frage zusätzlicher Kräfte, die gewonnen werden müssen, um eine fortschrittliche Wahlliste aufzubauen, hängt davon ab, ob die Kräfte der heutigen grünen/bunten Wahlbewegung gegeneinander oder miteinander arbeiten. Die Frage der Überwindung der Anbindung erheblicher, zahlenmäßig wohl der größten Teile des fortschrittlichen Protestpotentials an eine Wahlscheidung für SPD oder FDP, hängt davon ab, ob die Wahlbewegung einen attraktiven Gegenpol schafft. Keine der verschiedenen Strömungen in der Wahlbewegung vermag dies gegenwärtig allein zu schaffen. Erst die Zusammenfassung der grünen und bunten Gruppen kann heute so einen Gegenpol herausbilden.

Schließlich hängt Erfolg und Mißerfolg der rechten Strategie zur Veränderung der Parteienlandschaft ebenfalls davon ab, ob diese Entwicklung sich einseitig nur als Verschiebung der Gewichte nach rechts niederschlägt,

oder ob die Wahlbewegung so gezielt und nüchtern wie das die Rechtsparteien betreiben, ihrerseits ein kräftiges fortschrittliches Gegengewicht schaffen. Wird die Wahlbewegung dieser Verantwortung gerecht werden? Wie sehen genau die Bedingungen für eine einheitliche Kandidatur der Grünen und Bunten aus? Welche Lehren können wir aus der kurzen Geschichte der grünen und bunten Listen ziehen? Was lehren uns vor allem die vergangenen Wahlkämpfe? Diese Fragen müssen jetzt beantwortet werden.

Bilanz der Wahlerfahrungen

Nach den vielversprechenden Erfolgen der Grünen und Bunten in Niedersachsen und Hamburg schien der Einzug einer alternativen Liste ins Parlament schon bei den Hessenwahlen möglich zu sein. Gab es in Hessen nicht eine starke BI- und Basisbewegung? Würde das Handicap der mangelnden Bekanntheit, daß in Hamburg und Niedersachsen Bunte Liste und GLU noch zu schaffen gemacht hatte, für Hessen nicht wegfallen, wo selbst in der bürgerlichen Presse Chancen und Möglichkeiten der alternativen Listen ausführlich diskutiert wurden? Zwei Faktoren, die sich miteinander verbanden, führten in Hessen dann zu den bekannten mageren Ergebnissen. Der erste Faktor war die Spaltungspolitik der GAZ, die in Hessen eine einheitliche Kandidatur der grünen und bunten Kräfte verhinderte. Der zweite Faktor war das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und SPD/FDP. In Hessen griff die rechtsaußen steuernde Dregger-CDU eine SPD/FDP-Koalition an, die selbst im SPD/FDP-Spektrum auf dem rechten Flügel steht. In Hessen wurde der Wahlkampf stark personalisiert auf die Alternative Börner oder Dregger zugeschnitten. Die FDP schien akut gefährdet und konnte in der Polarisierungssituation sich nur mit dem Argument, Mehrheitsbeschaffer für die SPD zu sein, halten. Schließlich sollte ein Sieg der CDU in Hessen das Signal für den Sturz von SPD und FDP in Bonn sein. In dieser Konstellation gelang es der SPD, sich als Partei des kleineren Übels noch einmal bei fortschrittlichen Wählerschichten durchzusetzen, die in ihrer politischen Grundhaltung schon auf Distanz zur SPD gegangen waren. Die FDP wiederum profitierte vom Leihstimmen-Effekt aus dem SPD-Lager, um überhaupt über die 5 % zu kommen. Eine Kombination aus Kopf-an-Kopf-Rennen, kleineres Übel bzw. Leihstimmen-Effekt und die Unglaublichkeit einer chancenreichen grünen Kandidatur aufgrund der Spaltung, verhinderten in Hessen einen Erfolg der alternativen Wahlbewegung.

Die Lehre aus dem Hessenwahlkampf ist einfach. Erstens: Erfolge

für alternative Listen sind in Kopf-an-Kopf- und Polarisierungssituationen nur sehr schwer zu erzielen. Zweitens: Eine Aufspaltung des Potentials von Grünen und Bunten in konkurrierenden Listen machen Erfolge weitestgehend unmöglich. Unserer Meinung nach wird es bei der Bundestagswahl ein Kopf-an-Kopf-Rennen geben. Wir halten auch einen Wahlsieg von CDU/CSU für möglich.

Können CDU und CSU gewinnen?

Auf den ersten Blick erscheint ein Wahlerfolg der Koalitionsparteien viel wahrscheinlicher als ein Sieg von CDU und CSU. Haben CDU und CSU nicht bei den vergangenen Landtagswahlen im Schnitt nur Verluste einstecken müssen? Ist die politische Großwetterlage nicht insgesamt ruhig und reicht die Zustimmung für die Politik der Schmidt/Genscher-Regierung nicht bis weit in das Lager der Unionswähler hinein? Bei den kommenden Bundestagswahlen werden zudem ca. 6 Millionen Jungwähler wahlberechtigt sein, davon über 3 Millionen Erstwähler. Gerade unter diesen Wählergruppen ist die Resonanz von CDU und CSU auf einen in ihrer Geschichte nie dagewesenen Tiefpunkt gesunken. In der CDU-Hochburg Rheinland-Pfalz verlor die CDU bei den bis zu 35jährigen 6,8 % bei den männlichen und 18,1 % bei den weiblichen Jungwählern. Bei den Hamburger Wahlen holte die Bunte Liste die CDU sogar in der Gruppe der Erstwähler ein. Ein ähnliches Bild in Niedersachsen, Hessen, West-Berlin und Schleswig-Holstein. Selbst in Bayern fiel die CSU bei den Jungwählern im Vergleich zum Gesamtergebnis deutlich ab.

Tatsächlich wäre bei der Weiterführung der bisherigen CDU-Strategie, wie sie von Kohl repräsentiert wurde, ein Wahlsieg der Regierungskoalition wahrscheinlich gewesen. Kohls Konzept bot relativ geringe Möglichkeiten, der FDP als Bundestagspartei den Garau zu machen. Alle neueren strategischen und persönlichen Diskussionen von CDU und CSU kreisen darum um die Frage, die FDP aus dem Bundestag zu drängen.

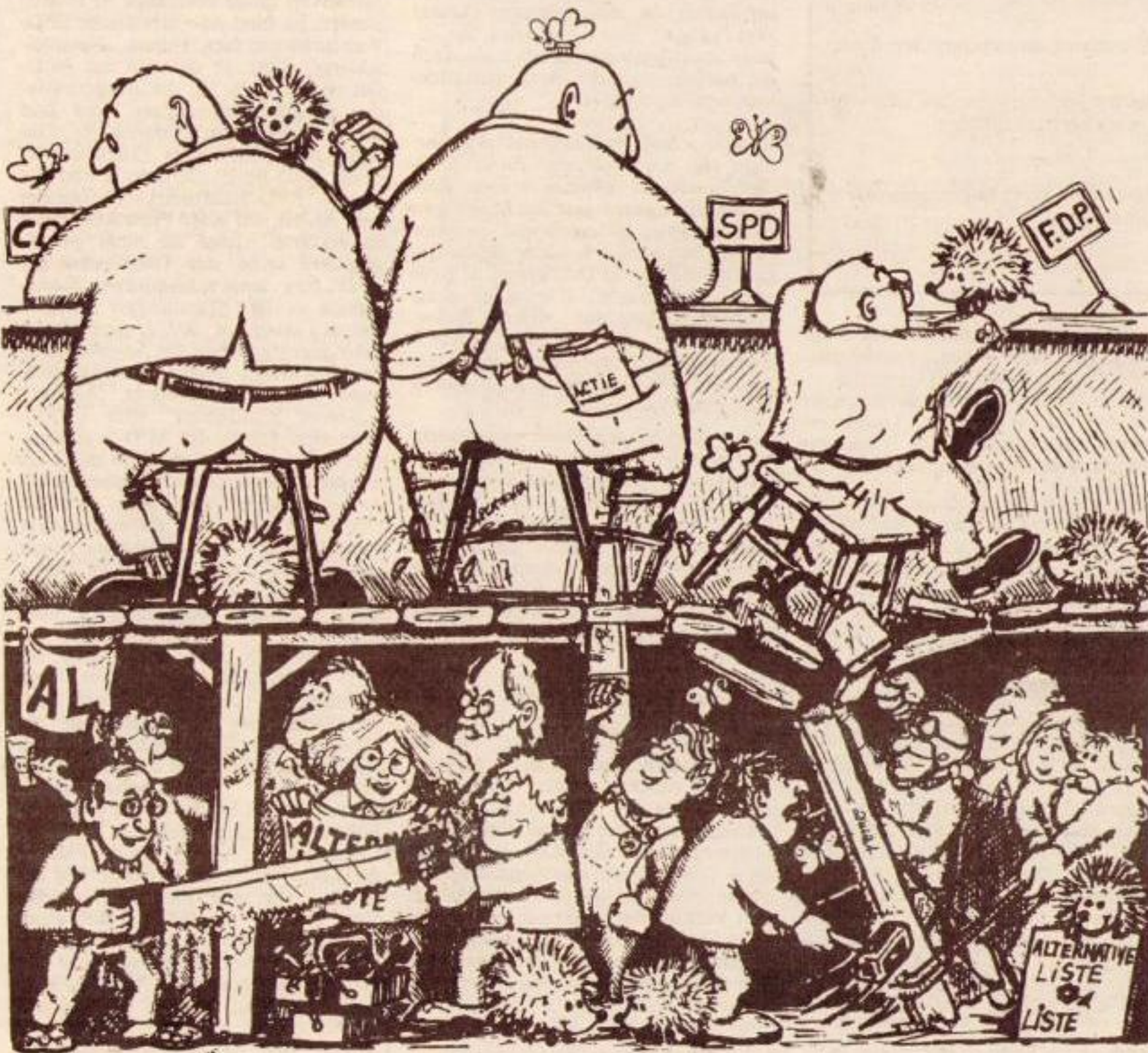
Tatsächlich ist die FDP in den letzten zwei Jahren deutlich geschwächt worden. Ihr sogenannter Stammwähleranteil wird übereinstimmend mit 5 % und weniger angegeben. In Niedersachsen und Hamburg ist sie unter 5 % gerutscht. In Schleswig-Holstein hat sie bei der deutlichen Polarisierung zwischen CDU und SPD mit 5,8 % es gerade noch geschafft. Nur in Bayern und Rheinland-Pfalz, wo ein Regierungswechsel völlig ausgeschlossen war, hat sie aus dem CDU-Lager rechte Stimmen gewonnen und zugenommen. Selbst in Hessen, wo zugenommen. Selbst in Hessen, wo die FDP deutlich mit Leihstimmen aus dem SPD-Lager aufgepöppelt wurde, hat sie reichlich Verluste hinnehmen müssen.

CDU/CSU: In welcher Schlachtordnung?

Aus den verschiedenartigsten Überlegungen bei CDU und CSU schält sich unserer Meinung nach eine Konstellation des „getrennt marschieren — vereint schlagen“ heraus. Die Debatte um eine Kanzlerkandidatur Strauß parallel zu einer Kanzlerkandidatur Albrecht ist davon der sichtbarste Ausdruck.

In dieser Konzeption treten CDU und CSU bundesweit getrennt, mit eigenem Programm, Kandidaten und Wahlkampfstrategie an. Die CSU würde in dieser Konstellation die Rolle der scharf rechts operierenden Polarisierungskraft übernehmen. Sie würde mit einer gesteigerten „Freiheit statt Sozialismus“-Konzeption das gesamte reaktionäre Potential in der BRD offensiv mobilisieren.

Die CDU könnte sich demgegenüber mehr auf die bürgerliche Mitte hin ausrichten und versuchen, dort vom rechten Flügel der SPD und von der FDP mit gemäßigten Tönen Wechselwähler zu fangen. Beide Vorgehensweisen zusammen können die FDP in arge Bedrängnis bringen. Die Ausrichtung der CDU auf die politische Mitte wäre direkte Konkurrenz um Wählerstimmen. Die CSU-Ausrichtung würde die Hauptachse des Wahlkampfes auf ein Duell Schmidt gegen Strauß festlegen, was Schmidt seinerseits bekanntlich gern aufgreift, um mit einem „kleineren-Übel“-Wahlkampf für die SPD Mobilisie-



Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 12

runskraft zu schaffen. Die FDP fiele bei einer derartigen Konstellation an den Rand des Wählerinteresses.

Diese Konzeption könnte durch den Aufbau der Bürgerpartei (BP) noch um ein weiteres Gefahrenmoment für die FDP erweitert werden. Programm und Vorgehen der BP sind auf Mittelstandswähler bzw. Wähler der Mitte ausgerichtet. Damit auch ein erwartetes Ergebnis unter 5 % der BP für den CDU/CSU-Block zum Tragen kommt, sollen der BP entweder drei sichere Direktmandate von CDU oder CSU zugeschanzt werden (bei drei gewonnenen Direktmandaten entfällt die 5 %-Klausel), oder wollen CSU und BP eine Listenverbindung eingehen. Die FDP wird so von zwei Seiten (BP, CDU) direkt angegriffen, während die Hauptfrontlinie des Wahlkampfes insgesamt zwischen der Polarisierungspolitik der CSU und der Mobilisierung der SPD für das „kleinere Übel“ insgesamt die Entfaltung eines mobilisierenden FDP-Wahlkampfes hemmen kann.

Wir halten diese Lösung für den wahrscheinlichsten Weg, den CDU und CSU einschlagen werden. Der öffentliche Streit zwischen CDU und CSU um die Kanzlerkandidatur spricht sogar für diese Lösung. Immerhin kann eine Parteienrennung und wahlstrategisch ein Zangenangriff von zwei Parteien, die seit Bestehen der BRD als fester Block und im Bundestag als eine Fraktion aufgetreten sind, den Wählern nur glaubhaft gemacht werden, wenn zuvor beide Seiten ein gewisses Maß an gegenseitiger Distanz nach außen vorgekehrt haben. Albrecht hatte schon Anfang Mai in einem Interview mit dem „Westfalenblatt“ verkündet: „Er halte es für möglich, daß die Unionsparteien 1980 den Bundestagswahlkampf mit zwei Spitzenkandidaten bestreiten werden. Dies sei letztlich eine Frage des Selbstverständnisses der CSU. In dem Maße, wie sie ihre Eigenständigkeit betone, komme sie auch zu einem eigenen Spitzenkandidaten“ („Welt“, 8.5.79).

CSU-Generalsekretär Stoiber hielt auf eine entsprechende Frage der „Welt“ nach zwei Kanzlerkandidaten eine solche Lösung für nicht optimal, aber denkbar („Welt“, 30.5.79). Die CSU will allerdings lieber eine Kanzlerkandidatur von Strauß für beide Unionsparteien, ergänzt durch die BP-Kandidatur durchsetzen. Im Kalkül von Strauß besteht die Hauptseite der rechten Wahlkampfführung in der scharfen Polarisierung. Nach CSU-Auffassung kann auch so eine Mehrheit gewonnen werden. Demgegenüber verweisen maßgebliche CDU-Führer auf die Gefahren einer Strauß-Kandidatur, die in der Gegenmobilisierung der SPD bewirkt werden könnte. Eine SPD-Kandidatur, die in der Gegenmobilisierung der SPD bzw. aller Anti-Strauß-Kräfte liegen. Aus diesen Gründen glauben wir, daß die erste Lösung sich wahrscheinlich durchsetzen wird.

In beiden Fällen könnte die FDP zerrieben werden. In beiden Fällen wären Strauß und seine Konzeption die beherrschenden Kräfte der reaktionären Wahlkampfführung.

Ein Wahlsieg von CDU/CSU ist eine große Gefahr

Wir haben dargestellt, daß ein CDU/CSU-Wahlsieg möglich ist. Wir ziehen daraus die Schlußfolgerung, daß unter diesen Bedingungen eine alternative Kandidatur große Anstrengungen unternehmen muß, ein einheitliches Wahlbündnis auf die Beine zu stellen. Wir ziehen daraus zudem den Schluß, daß eine alternative Kandidatur, die nicht chancenreich ist, sich in die Gefahr begibt, zum indirekten Wahlhelfer für CDU und CSU zu werden.

Ein Wahlsieg von CDU und CSU hätte für die BRD tiefgreifende Konsequenzen. Zum einen würde ein Wahlsieg der Unionsparteien die politischen Hauptparteien des Großkapitals an die Regierung bringen. Erklärtes Ziel des Großkapitals ist es, mit der scheindemokratischen Legitimation der Wählermehrheit im Rücken, den Reaktionskurs des BRD-Imperialismus nach innen und außen zu forcieren. Vor diesem Hintergrund ist eine Feststellung, daß alle bürgerlichen Parteien, gleich ob CDU/CSU, FDP oder SPD Jacke wie Hose Herrschaftsinstrumente der Bourgeoisie sind, unkonkret und inhaltsleer.

Der Inhalt eines Regierungswechsels läßt sich mit mehr Aufrüstung und Militarisierung für eine imperialistische Großmachtspolitik, verschärfte Abbau demokratischer Rechte bis hin zu Verbot und Kriminalisierung sozialistischer und kommunistischer Organisationen und gesteigerter Unterdrückung aller oppositioneller Kräfte bis hinein in das Lager reformistischer und kleinbürgerlicher demokratischer Strömungen klar umreißen. Eine Forcierung des Atomprogramms, vollständige Beseitigung der jetzigen Abtreibungspraxis (§ 218-Regelung),

drastische Verschlechterungen im Sozialbereich auf der einen Seite und größere staatliche Unterstützung für die Wirtschaftsinteressen des Großkapitals auf der anderen Seite, stehen ebenfalls auf dem Programmschild. Auf politisch-ideologischem Gebiet geht es der Bourgeoisie um eine forcierte Ausrichtung auf großmachtpolitische und militaristische Inhalte, um die Erzeugung von Haß und Aggressivität gegen Völker der Dritten Welt, sozialistische Staaten und Länder im Einflußbereich der SU. Es geht ihr um ein Klima des militanten Antikommunismus und der Diskriminierung von Minderheiten und Andersdenkenden. Auf diesem Nährboden soll die Pflanze der offen faschistischen Reaktion kräftig ins Kraut schießen.

Der Einwand, daß der bislang erreichte Zustand reaktionärer Entwicklung mit einer SPD/FDP-Regierung in Bonn durchgesetzt wurde, kennzeichnet zwar die reaktionäre Politik von SPD und FDP, nicht aber das Ziel der Bourgeoisie mit einem Wahlsieg ihrer Rechtsparteien, diese Entwicklung noch zu beschleunigen. Es ist zudem kein Einwand gegen die Feststellung, daß ein Wahlerfolg der extremen Rechtsparteien im bürgerlichen Parteienspektrum der Bourgeoisie forcierte Reaktionspolitik erleichtert und die Gegenkräfte der sozialistischen und demokratischen Opposition in der BRD zumindest vorübergehend zurückwerfen kann.

Aus diesen Gründen geht es nicht nur um eine einheitliche Kandidatur, sondern um ein Wahlkampfkonzept, daß die Frontstellung zu Strauß, CDU/CSU und ihren reaktionären Plänen ins Zentrum der eigenen Politik rückt.

Die Gefahr eines Regierungsantritts durch eine CDU/CSU/BPA-Koalition erfordert eine geschlossene Gegenmobilisierung aller fortschrittlichen und kritisch eingestellten Kräfte. Das fortschrittliche Lager muß die Gefahr und Herausforderung einer Verschärfung reaktionärer Politik durch einen Wahlsieg der äußersten Rechtsparteien mit einem antireaktionären Wahlkampf beantworten, der inhaltlich alle wesentlichen Forderungen des demokratischen Lagers zu einer einheitlichen Frontstellung gegen Rechts zusammenbringt.

Die Grundüberlegung ist, daß die Veränderung des bürgerlichen Parteiensystems von Rechts, der drohende Wahlsieg von CDU/CSU, nur durch eine Parteienveränderung von links bekämpft werden kann. Konkret kann eine CDU/CSU-Regierungsübernahme am ehesten dann verhindert werden, wenn eine das demokratische und kritische Potential zusammenfassende Liste in den Bundestag einzieht.

Kein kleineres Übel wählen

Kein kleineres Übel wählen

In den mehr als zehn Jahren ihrer Regierungsverantwortung in Bonn haben SPD und FDP die reaktionäre Entwicklung vollständig mitgetragen und tragen für alle Regierungsakte die volle Verantwortung. In diesen Jahren, vor allem in der Endphase der APO und der Studentenbewegung haben immer wieder große Teile des fortschrittlichen Lagers Hoffnungen auf demokratische Reformen durch die SPD gesetzt. Sie haben zumindest erwartet, daß die SPD und ihre Regierungspolitik weitere reaktionäre Entwicklungen aufhalten würde.

Wenn heute Strauß wieder an die Regierungstore pocht, dann ist dies auch Ergebnis der SPD/FDP-Politik, die reaktionäre Politik getragen, noch reaktionärere Politik damit genährt und nach links alles unternommen hat, um fortschrittliche Positionen zu schwächen und zu unterdrücken. Diese SPD ist nicht wählbar, ebenso wenig die FDP.

Wer sich heute für die Wahl eines kleineren Übels erwärmt, weil er Strauß und Co. für noch größere Übeltäter hält, liefert sich der irrationalen Hoffnung aus, damit einen Schritt gegen Rechts getan zu haben. Von dem, was die SPD mit seiner Stimme und seiner Hoffnung macht, erreicht er das glatte Gegenteil seiner Erwartungen.

Heute haben demokratische Protestbewegungen einen erheblichen Umfang erreicht. Es sollte genügen, an die Aktionen der AKW-Gegner, den Protest gegen die Berufsverbote und antifaschistische Aktionen in vielen Orten zu erinnern. Von der Zahl der Menschen, die sich an solchen Aktionen beteiligen, und der noch größeren Zahl, die mit solchen Aktionen sympathisieren, wäre die 5-%-Hürde für eine Partei, die demokratische Politik vertritt, kein Problem. Die Hauptfrage ist, ob die fortschrittlichen Kräfte auch die nötige politische Einsicht aufbringen, sich von der Ideologie des kleineren Übels zu lösen. Auch in dieser Frage besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem gemeinsamen Vorgehen von Grünen und Buntten und der Gewinnung des

fortschrittlichen Potentials, das bislang SPD oder FDP als kleineres Übel gewählt hat.

Diejenigen, die eine Einheit der Buntten und Grünen zur Bundestagswahl verhindern, erleichtern der SPD die Aufrechterhaltung des Einflusses auf einen Großteil der fortschrittlichen Menschen in Westdeutschland. Gleiches gilt natürlich auch für all diejenigen Linken, die sich der Aufgabe, eine alternative Wahlbewegung aufzubauen, nicht stellen wollen.

Es geht um sehr viel

Wir glauben, daß die fortschrittlichen Kräfte in der BRD der Herausforderung der kommenden Bundestagswahl erfolgreich begegnen können. Der erste Meilenstein auf diesem Weg muß die Herstellung der Einheit der Wahlbewegung unter dem Dach einer gemeinsamen Kandidatur zu den Bundestagswahlen sein. Welche konkrete organisatorische Form dies annehmen kann, sollte unter dem Blickwinkel einer gleichberechtigten Beteiligung möglichst aller aktiven grünen und buntten Kräfte diskutiert werden. Dazu gehört als zweiter Schritt der Beginn einer öffentlichen Debatte mit dem linkssozialdemokratischen Lager, d.h. ausdrücklich auch mit Teilen, die heute noch eine SPD-Wahl für richtig halten. Diese scharfe Kontroverse um das richtige Wahlverhalten darf allerdings den gemeinsamen Kampf gegen Strauß und Co. nicht verhindern.

Die Wahlkämpfe, die vor der Bundestagswahl liegen, sind wichtige Zwischenschritte. Jeder Erfolg bei Landtagswahlen wird dem Gedanken einer fortschrittlichen Wahlalternative aus Grünen und Buntten weiteren Auftrieb geben. Mißerfolge, vor allem als Ergebnis von Spaltungspolitik, werden unsere Chancen vermindern. Dieser Verantwortung sollten sich vor allem die Kräfte in den grünen Listen bewußt werden, die aus Furcht vor der Zusammenarbeit mit linken Gruppen in ihren Organisationen eine Politik der Unvereinbarkeitsbeschlüsse betrieben haben.

Der Bundestagswahlkampf bietet der Linken und allen demokratischen Kräften eine riesengroße Chance. Ein Erfolg einer fortschrittlichen Wahlalternative kann nicht nur der entscheidende Beitrag sein, eine extreme Rechtsregierung zu verhindern und die von der CDU/CSU inszenierte reaktionäre Welle zu stoppen. Ein Erfolg einer alternativen Wahlliste wird die politische Landschaft in der BRD grundlegend wandeln können. Es würde sich ein fortschrittlicher Pol links von der SPD herausbilden, der eine wesentliche Säule des Herrschaftsgefüges in der BRD angreift, die Säule eines festgefügt, umfassend unter bürgerlicher Vorherrschaft stehenden Parteiensystems. Die Langzeitwirkung auf alle fortschrittlichen Kräfte, die heute noch in der SPD bzw. an die SPD gebunden sind, läßt sich gar nicht hoch genug einschätzen. Wir denken hierbei besonders an das kämpferische Potential in der Arbeiterklasse und ihren gewerkschaftlichen Organisationen, das sich in der Parteifrage solange nicht weg von der SPD bewegen wird, solange keine reale Alternative auf dem Parteisektor existiert.

Ende Juni findet in Vlotho das nächste bundesweite Treffen der Koordinierungsausschüsse des Umweltschutzes statt. An diesem Treffen werden alle größeren Buntten und Grünen Listen teilnehmen und hoffentlich auch die große Anzahl kommunaler und örtlicher Wahlinitiativen, die in den letzten Monaten entstanden sind. Auf der Tagesordnung steht hauptsächlich die Frage: Wie geht's weiter mit der Wahlbewegung.

Von Seiten der „Grünen“ gibt es einige positive Entwicklungen. So hat sich die AUD in internen Beratungen der „Grünen“ für eine Einheit mit den Buntten stark gemacht. In Bielefeld sind namhafte Kandidaten der „Grünen“ in die dortige Bunte Liste zu den Kommunalwahlen integriert. Die GAZ hat ausdrücklich auf eine eigene Kandidatur in Bielefeld verzichtet. In der GAZ kursiert auch ein Papier, daß als Fazit der bisherigen Wahlerfahrungen die Einheit mit den Buntten fordert und ausdrücklich vorschlägt, daß sich die Grünen der Frauen-, Friedens- und Menschenrechtsbewegung öffnen.

Auf der anderen Seite bleibt in Bremen der Zustand bestehen, daß eine grüne und eine alternative Liste getrennt existieren und die Grünen alle Einigungsbemühungen sabotieren.

Welche Linie bei den Grünen siegt, ist also noch nicht absehbar. Ein entschiedener Kurs aller Buntten auf eine gleichberechtigte Einheit trägt dieser Situation am besten Rechnung. Kompromißbereitschaft in inhaltlichen Fragen muß auf beiden Seiten vorhanden sein!

La. und Rai., Mitglieder des ZRK

„Nur in der Gemeinsamkeit besteht Aussicht auf Erfolg“
Internes Schreiben
des 2. GAZ-Vorsitzenden, Bueb

8671 Selbitz, 30.5.1979

Liebe Freunde,

unmittelbar nach der Europa-Wahl werden wir uns mit der gemeinsamen Zukunft der GRÜNEN und der alternativen Bewegung zu beschäftigen haben.

Diese Vereinigung muß sorgfältig vorbereitet werden. Ich möchte Ihnen deshalb schon jetzt meinen Vorschlag zur Diskussion stellen. Von der künftigen Organisationsform einer alternativen Partei wird es abhängen, ob es gelingt, die übrige Alternative, die sich vor allem in der Friedensbewegung, der Frauen- und Menschenrechtsbewegung und in den Anti-AKW-Initiativen organisiert hat, in die Ökologiebewegung als gleichberechtigte Partner zu integrieren.

Zur Europa-Wahl ist dies mit der Nominierung einzelner Repräsentanten aus diesen Gruppen zum Teil gelungen, hat aber noch nicht den erhofften Erfolg gebracht. Das Wahlergebnis am 10. Juni wird deshalb noch nicht zufriedenstellend sein. Nach wie vor steht man uns reserviert gegenüber. Viele uns nahestehende Wähler trauen uns nicht zu, eine zukünftige Partei so offen zu gestalten, daß sie auch wirklich eine Alternative darstellt; nicht wie die etablierten Parteien in eingefahrenen Bahnen erstarrt.

Diese Bedenken sind auch durchaus berechtigt, wenn man die Art und Weise der Gründung und Führung der „GRÜNEN PARTEIEN“ betrachtet. Die Fehler dürfen wir uns nicht mehr leisten.

Zunächst einen kurzen Rückblick auf die bekannten Wahlergebnisse der GRÜNEN, BUNTEN und ALTERNATIVEN:

GLU Niedersachsen	3,9 %
Bunte Liste Hamburg	3,5 %
GLU Hamburg	1,0 %
GL Hessen	1,1 %
GAZ "	0,9 %
Die GRÜNEN Bayern	1,8 %
Die Alternativen Berlin	3,7 %
GL Schleswig-Holstein	2,4 %

Aus diesen Zahlen sind zunächst 3 Ergebnisse bemerkenswert: GLU NS 3,9 %, BLH 3,5 % und ALB 3,7 %. Sie unterscheiden sich dadurch, daß eines in einem Flächenstaat, die beiden anderen in typischen Stadtstaaten erzielt wurden. Alle 3 Ergebnisse wurden aber mit starker Unterstützung der BIs erzielt, wobei der Akzent in Niedersachsen mehr auf GRÜN lag, bei der BL und AL mehr auf BUNT.

Unterschiedlich dagegen die Parteistruktur. Die GLU ist eine formierte Partei, während es sich bei den beiden anderen um lose Wählergruppen handelt. Der Wahlkampf wurde bei der GLU NS mehr mit einem grünen/bürgerlichen Programm geführt, während bei den BUNTEN und ALTERNATIVEN dezidiert die einzelnen Gruppen zu Worte kamen und damit eine größere Bandbreite zu verzeichnen war. Anzumerken ist noch, daß die eher konservative GLU Hamburg mit 1,0 % gegen die BLH keine Chance hatte. Dies sollte uns zu denken geben.

Diese Fakten lassen den Schluß zu, daß der Wahlkampf in Großstädten programmatisch und organisatorisch mit anderen Kandidaten und Argumenten geführt werden muß, als auf dem flachen Land. Wenn wir Erfolg haben wollen, ist aber darauf zu achten, daß der Wahlkampf von möglichst vielen alternativen Gruppen und BIs unterstützt wird. Für eine zukünftige Partei bedeutet das aber eine andere Organisation und eine andere Programmstruktur.

Die zukünftige Partei bedeutet das aber eine andere Organisation und eine andere Programmstruktur.

Daß die Erfolge der GLU NS und der BLH in Hessen nicht fortgesetzt werden konnten, lag an der überstürzten Gründung der GAZ und ihrem chaotischen Taktieren in Hessen, an den Querelen zwischen GLH, GLU und GAZ, sowie an dem Auftreten von Cohn-Bendit im Fernsehen. Durch das getrennte Auftreten von GLH und GAZ war dann der letzte Rest an Vertrauen in die grüne/alternative Sache beim Bürger verloren. Dieser Vertrauensverlust konnte 8 Tage später in Bayern nicht gestoppt werden, obwohl eine gemeinsame Liste zustande kam. Es gelang aber auch hier nicht, die Basis wesentlich mit BIs und alternativen Gruppen zu verbreitern.

Daß die GL SH „nur“ auf 2,4 % kam, hat m.E. vor allem 2 Gründe:

1. Polarisierung von CDU und SPD, die auch der FDP zu schaffen machte. Dennoch wird dadurch das Ergebnis nicht vollständig erklärt. Auch die GLU NS und die Alternativen in Berlin hatten dieses Problem, wenn auch in abgeschwächter Form.
2. In Schleswig-Holstein hat sich vor allem negativ ausgewirkt, daß man zu sehr auf das grüne/bürgerliche Lager gesetzt hat und nicht instande war, die Alternativen/Buntten und die BIs zu integrieren, z.T. aus Angst vor vielen Kommunisten.

Daraus ergibt sich für mich:

1. Weder Grüne, Bunte oder Alternative werden allein das Ziel erreichen, auf Dauer ein nennenswerter Faktor in der Politik zu werden. Nur in der Gemeinsamkeit besteht Aussicht auf Erfolg. Dies bedeutet aber, daß die unterschiedlichen Motive des jeweiligen Engagements von den anderen anerkannt und toleriert werden müssen.
2. Jede Gruppe muß erkennen, daß sie nur ein Teil der alternativen Bewegung ist und die anderen nicht majorisieren kann. Erst miteinander stellen sie eine Alternative dar.
3. Dies bedeutet, daß in einem Parteien-Bündnis der Gruppen die Grünen, die Frauen- und die Friedensbewegung oder die Bürgerrechtler usw. ihre Vorstellungen einbringen.
4. Das setzt natürlich voraus, daß man sich im Grundkonsens einig sein muß. Hier bieten sich die Begriffe ökologisch, sozial, gewaltfrei und basisdemokratisch an. Welche Prioritäten aber die einzelnen Gruppen innerhalb der Partei diesen Begriffen zuerkennen und wir Sie nach draußen vertreten, ist allein ihre Sache. Ein solches Gruppen-Bündnis bedingt natürlich eine andere Programmstruktur. In einem solchen Programm würden die einzelnen Gruppen mit ihrem besonderen Anliegen zu Worte kommen. Kontrovers erkämpfte Mehrheitsbeschlüsse, in denen sich keiner mehr wiedererkennt, würden verfallen.
5. Der Vorstand müßte aus Vertretern dieser Gruppen gebildet werden, nach einem rotierenden System. Einen Vorsitzenden sollte es nicht mehr geben, dieser wäre durch einen Sprecher zu ersetzen, der jedes Jahr wechselt.

B./Bundesvorstand der Grünen
" der GAZ

Erfolge der Grünen bei der Eurowahl — Jetzt muß die grüne/bunte Einheit kommen!

Mit 3,2% der abgegebenen Stimmen sind die »Grünen« die eigentlichen Gewinner der Wahlen zum EG-Parlament. Ein besonders gutes Ergebnis im Ländermaßstab erreichten sie in Bremen und Baden-Württemberg. Dort kamen sie auf jeweils 4,5% und damit zentimeternahe an die 5%-Grenze heran. In Bremen finden noch in diesem Herbst Senatswahlen statt. In Baden-Württemberg stehen im Herbst Kommunalwahlen und im nächsten Frühjahr Landtagswahlen große Möglichkeiten für weitere Wahlerfolge. Wenn in diesen Bundesländern eine einheitliche Kandidatur des grünen und bunten Spektrums zustande kommt, dann wäre die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Wahlkampf und die Überwindung der 5%-Hürde geschaffen. In beiden Bundesländern verfügen CDU bzw. SPD über solide Mehrheiten und werden sie auch bei größeren Verlusten halten können. Das Hochspielen eines Kopf-an-Kopf-Rennens, mit dem die SPD ihre »kleineres-Übel«-Propaganda untermauert, kann hier gar nicht die gleiche Rolle spielen, wie z.B. bei den Wahlen in Hessen oder Schleswig-Holstein.

Das Ergebnis der »Grünen« wäre insgesamt noch besser ausgefallen, wenn sie von Anfang an ihre Kandidatur deutlicher auf das fortschrittliche Protestpotential abgerichtet hätten. So dominierte zu Beginn des Wahlkampfes das von der GAZ geschnittene Bild einer strikt ökologischen Partei mit einem stark konservativen Zuschnitt. Erst im Verlauf des Wahlkampfes verlor diese Richtung an Einfluß und die »Grünen« öffneten sich in ihrem Wahlkampf nach links, für viele erst einmal ein überraschende Wende.

Wir selbst haben die Wahlchancen der »Grünen« für geringer eingeschätzt. Die Wahlen zum EG-Parlament — ansonsten bedeutungslos — stellten offensichtlich für viele Wähler eine gute Chance dar, den etablierten Parteien einen Denkzettel zu verpassen. Eine gute Chance dar, den etablierten Parteien einen Denkzettel zu verpassen.

Insgesamt haben die Eurowahlen die jetzt schon beachtliche Stärke des Protestpotentials, wie auch seine weiteren Möglichkeiten auch für einen bundesweiten Wahlkampf, unter Beweis gestellt. Aber ebenso dürfte deutlich geworden sein, daß nur zusätzliche Anstrengungen der grünen und bunten Listen und Wahlinitiativen um eine gemeinsame Kandidatur und die Gewinnung weiterer Kräfte den entscheidenden Durchbruch zu schaffen vermag.

Diese Einschätzung wird durch eine genauere Untersuchung des Wahlergebnisses der »Grünen« voll- auf bestätigt. In Bremen haben die »Grünen« in den Stadtbezirken mit entwickelter BI- und Basisbewegung und einer relativ starken Linken überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Sie haben sich hier vor allem auf ein fortschrittliches Potential stützen können. In Hamburg folgt die Stimmenverteilung der »Grünen« in etwa der Stimmen- und Stärkeverteilung der Bunten Liste bei den Bürgerschaftswahlen. Die »Grünen« haben hier indirekt von der politischen Vorarbeit der Bunten Liste profitiert. Trotzdem fällt das Absolutergebnis der »Grünen« hinter das Absolutergebnis der BL zurück. Die »Grünen« bekamen in Hamburg ca. 29.000 Stimmen erreicht. Die BL hatte 33.000 Stimmen erreicht. Vom Potential der »Grünen« her gesehen müssen die 10.000 Stimmen der GLU in Hamburg noch hinzugerechnet werden. Dies gibt von der Absolutzahl her ein beachtliches Defizit von 15.000 Stimmen für die »Grünen«. In Niedersachsen zeigte sich eine ähnliche Entwicklung. 160.000 Wähler hatten dort bei den Landtagswahlen GLU gewählt, gegenüber 133.000 Stimmen bei den Eurowahlen. In Bayern erreichten die »Grünen« bei den Landtagswahlen 209.000 Stimmen, bei den Eurowahlen waren es 130.000. Auch in Hessen und Schleswig-Holstein blieben die Absolutzahlen der Eurowahl, wenn auch nur um wenige Tausend, hinter den Absolutzahlen der Landtagswahlen zurück. Vor allem bei Hessen muß aber berücksichtigt werden, daß dort die Gefahr der Regierungsübernahme durch Dregger sowie die Spaltung der »Grünen« durch GAZ und GLU viele potentielle Wähler einer alternativen Liste doch noch in die Arme von SPD und FDP getrieben hatte.

Das Sinken der Absolutzahlen kann nicht nur mit der gesunkenen Wahlbeteiligung erklärt werden. Dort wo schon grüne oder bunte Listen kandidiert hatten, zeigt sich, daß die Stimmabgabe auch erheblich vom bisherigen Auftreten der Listen geprägt war. Weder konnten die »Grünen« die Wahlstimmen alternativer und bunter Listen irgendwo erreichen, noch dort größere Erfolge erzielen, wo bisher Spaltungen von seiten der »Grünen« stattgefunden hatten. In Niedersachsen hatte die GLU bei den Landtagswahlen speziell besondere Erfolge erreicht, weil man sie an profilierter Stelle im Kampf gegen die WAA in Gorleben wahrte.

Ein anderer Trend läßt sich in Baden-Württemberg erkennen. Dort waren die Basisgruppen und ihnen verwandte linke Gruppen außerhalb der Hochschulen am Wahlkampf der »Grünen« beteiligt. In Tübingen schafften die »Grünen« mit 12% deshalb ihr städtisches Rekordergebnis. Es folgt Freiburg mit 10,3%. In Südbaden kommt hinzu, daß dort die seit Wyl starke Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung den Boden für eine Protestwahl gegen die etablierten Parteien bereitet hatte.

An der Spitze der südbadischen Ergebnisse liegen nach Freiburg die Kreise Breisgau-Hochschwarzwald mit 7,7%, der Kreis Emmendingen, wo Wyl liegt, mit 7,5%, der Kreis Lörrach mit 7,1% und der Kreis Waldshut mit knapp 6%. In diesen Kreisen sind die Ergebnisse besonders in den Gemeinden stark, die unmittelbar an geplante AKWs und andere umweltzerstörende Industrien angrenzen. In den Kaiserstuhlgemeinden kamen die »Grünen« teilweise auf 10% und in der Gemeinde Sasbach sogar auf 27%. Interessant ist auch ein Ergebnis aus der Grenzgemeinde Dogern im Kreis Waldshut. Dort erzielten die »Grünen« 10%. Gegenüber Dogern liegt auf der schweizerischen Seite des Rheins das AKW Leibstadt.

Etwas schwächere Ergebnisse hatten die »Grünen« nur im Schwarzwald-Baar-Kreis mit 4,3% und im Ortenaukreis mit 4,1%. Diese Kreise ten die »Grünen« nur im Schwarzwald-Baar-Kreis mit 4,3% und im Ortenaukreis mit 4,1%. Diese Kreise liegen von den Konfliktzentren des Umweltschutzes in Südbaden aber auch schon etwas weiter entfernt. In Südbaden haben die »Grünen« SPD und FDP gleichermaßen Stimmen weggenommen, die bislang von den Proteststimmen gegen das geplante AKW profitiert hatten. Die Tendenz grüner Gewinne in ländlichen und kleinstädtischen Regionen mit akuten politischen Auseinandersetzungen um Umweltfragen, läßt sich in kleinerem Umfang auch in anderen Bundesländern zeigen. Die Ergebnisse zur Eurowahl bestätigen hier die Erfahrungen vergangener Landtagswahlen.

Die Masse der Stimmen für die »Grünen« stammt aber aus den Großstädten. In einer ganzen Reihe von Großstädten kamen sie auf 4% und mehr. So erzielten sie in Münster 5,5%, in Darmstadt 4,9%, in Frankfurt 4,2%, in Nürnberg 4,1%, in Erlangen 4,6%, in München 4,0%, im Landkreis München 4,1%, in Stuttgart 4,0% etc. Leider können wir nur eine unvollständige Ergebnisliste präsentieren, weil bislang keine Zeitung die vollständigen Wahlergebnisse gebracht hat. Eine Ausnahme dieses Trends zu Hochburgen in den Städten

bilden unseres Wissens nur etliche Städte im Ruhrgebiet, wo die Stimmenergebnisse der »Grünen« deutlich hinter den Ergebnissen aus anderen städtischen Zentren zurückfallen.

Eine vorliegende vollständige Übersicht aus Hessen und Bayern (FR und SZ vom 12.6.) zeigt aber besonders in den ländlichen CSU-Hochburgen in Bayern sehr schwache Ergebnisse für die »Grünen«. Negativrekord hält der Landkreis Bamberg mit 1,4% für die »Grünen«. Die CSU kam hier auf 74%. Ebenfalls nur 1,4% gab es im Landkreis Coburg. Hier liegen CSU (49,8%) und SPD (44%) dicht beieinander. In Hessen hatten die »Grünen« ihr schwächstes Ergebnis im Landkreis Fulda mit 1,8%. Dies ist mit 69,3% eine der hessischen Hochburgen der CDU. Aber auch in der nordhessischen SPD-Hochburg Schwalm-Eder-Kreis (SPD 53,8%) kamen die »Grünen« nur auf 2,3%. Diese Zahlen zeigen, daß in einer Reihe ländlicher-kleinstädtischer Regionen, in denen eine der großen bürgerlichen Parteien eine beherrschende Stellung einnimmt, grüne bzw. alternative Listen noch nicht Fuß gefaßt haben.

Insgesamt zeigt die Stimmabgabe für die »Grünen« in allen Bundesländern ein deutliches Stadt-Land-Gefälle. Ausnahmen bilden nur die kleinstädtisch-ländlichen Bereiche mit Auseinandersetzungspunkten um AKWs, Autobahntrassen, umweltzerstörenden Industriekomplexen etc.. Herausragend ist hier sicher Gorleben bzw. der Kreis Lüneburg-Dannenberg. Dort erreichten die »Grünen« 14%. Ein gewisser Enttäuschungsprozeß kritischer Wähler ist aber auch hier zu verzeichnen. Die GLU erzielte bei den Niedersachsenwahlen hier nämlich schon 17%. Die städtischen Stimmen, die vorwiegend aus dem linken Lager stammen, waren das Hauptreservoir für den Wahlerfolg der »Grünen«.

Zwischen den bürgerlichen Parteien herrschte bei der Auswertung des Wahlergebnisses Übereinstimmung darüber, daß die Eurowahlen keine direkten Rückschlüsse auf Bundestagswahlen zulassen. Die niedrige Wahlbeteiligung ging hauptsächlich zu Lasten der SPD (40,8%). Die CDU/CSU erhielt 49,2% und die FDP 6,0%. In Rheinland-Pfalz, wo bedingt durch die gleichzeitig stattfindende Kommunalwahl 77,9% Wahlbeteiligung bei den Eurowahlen erreicht wurden, hielten sich SPD und CDU-Verluste mit 0,6 bzw. 0,7% verglichen mit der Bundestagswahl die Waage. Die FDP verlor hier 1,2%, also auch etwas weniger als im Bundesdurchschnitt (1,9%). Im Saarland gingen parallel zu den Kommunalwahlen sogar 83,1% zur Wahl. Dort verlor die SPD 2%, die CDU hielt sich exakt und die FDP verlor 0,9%. Allerdings hatte die SPD bei den vorhergehenden Bundestagswahlen im Saargebiet ein herausragend gutes Ergebnis erzielt. Die Ergebnisse lassen den Schluß zu, daß bei einer hohen Wahlbeteiligung die SPD-Verluste geringer ausgefallen wären. Für die FDP signalisiert das Eurowahlergebnis allerdings eine Fortführung des Trends des Verlustes ihrer Stammwählerschaft. Im Bundesdurchschnitt kann die FDP nur noch mit großen Anstrengungen und der Mobilisierung von Leihstimmen aus dem SPD-Bereich über die 5%-Hürde kommen.

AUD zum Ausgang der Eurowahlen

Aus dem Kreis der »Grünen« hat bislang nur die AUD in einem Leitartikel von August Hausleiter in ihrer Zeitung die »Unabhängigen« eine Wahleinschätzung vorgenommen und publiziert. Auffällig ist der optimistische Grundton, mit dem Hausleiter das Ergebnis einschätzt. Er meint, das Wahlergebnis bedeutet: „... Die Grünen setzen sich rascher als viele von ihnen selbst erwarteten, gegen das Bonner Kartell der alten Industrie- und Atomparteien durch.“ Hausleiter sieht allerdings realistisch, daß bis zu einem gewissen Grade „... ihnen natürlich die Tatsache zu Hilfe kam, daß die bei anderen Wahlen so künstlich hochgespielte Polarisierung zwischen Schein-Alternativen bei den Europawahlen wegfie.“ Als weiteres Hemmnis nennt er die 5%-Klausel und die Tatsache, daß es unter dem grünen Wahlpotential Wähler gab, „... die nicht erkannten,

daß die Wahldemonstration am 10. Juni genauso für unsere Zukunft wichtig war, wie ein Massen-Aufmarsch vor Kalkar oder vor Grohnde.“

Für Hausleiter hat die Idee der Grünen „... zuerst in den Großstädten und in den Gebieten mit besonderen ökologischen Problemen oder mit besonders guter grüner Organisation durchgeschlagen.“ Hausleiter meint, daß von diesem Ergebnis her es gelingen müßte, „... im Herbst 1980 den Sprung über die Fünfprozentklausel (zu schaffen), wenn es bei einem gemeinsamen Auftreten aller grünen und alternativen Kräfte in der Bundesrepublik bleibt und wenn diese neue politische Generation in ihrer lockeren und mitreißenden Form im ganzen Lande eine hinreichende Organisation aufbaut.“ (alle Angaben nach die »Unabhängigen«, 16.6.79)

Europa-Wahl: Eine Wahl gegen die EG

Die ersten Wahlen zu einem (kompetenzlosen) „Europäischen Parlament“ sind vorbei. Auch vorbei sein dürften die kühnsten Träume der EG-Befürworter, die sich ein machtvolleres Votum für die imperialistische Integration Europas erhofft hatten.

Die Wahlbeteiligung blieb in allen Ländern weit unter dem bei nationalen Wahlen üblichen Prozentsatz; selbst in Belgien, Luxemburg und Italien, wo Wahlpflicht herrscht (Nichtwähler erhalten einen Vermerk in den Personalpapieren), wurde das übliche Ergebnis nicht erreicht. Darüberhinaus erzielten erklärte EG-Gegner (in Dänemark), die revolutionäre Linke (in Frankreich und Italien) sowie die Grünen und weitere fortschrittliche Kandidaten überall wo sie kandidierten gute Ergebnisse.

Nun findet man in den ersten Wahlanalysen aber kaum Hinweise auf die Erfolge der fortschrittlichen Gruppierungen, sondern es wird allenthalben von einem deutlichen Signal zugunsten der europäischen Christdemokratie gesprochen, was mit den meist geringfügigen Gewinnen dieser Parteien im Vergleich zu den letzten nationalen Wahlen begründet wird. Doch spiegeln diese „Analysen“ wohl eher die Wünsche ihrer Urheber als die Realität wieder, zumal in diesem Zusammenhang auf den nötigen Hinweis auf die niedrige Wahlbeteiligung verzichtet wird. Gerade darin liegt aber der „Rechtsruck“ begründet: das Wählerpotential der Rechten ist naturgemäß leichter für eine solche Wahl zu mobilisieren als das der Sozialdemokraten, die — vor allem die britische Labour Party — sonst einen überdurchschnittlich hohen Anteil von EG-Gegnern oder -Zweiflern hinter sich bringen können, die dieses Mal wohl in erheblichem Umfang zu Hause geblieben sind.

Von daher sollte das Wahlergebnis weniger als Hinweis auf einen „Rechtsruck“ als vielmehr auf einen sehr hohen Anteil von gegenüber der EG skeptischen Wählern gewertet werden.

Im Folgenden wollen wir einige der Ergebnisse kurz kommentieren.

Italien

Hier gab es mit 85,5% (Parlaments-

Italien

Hier gab es mit 85,5% (Parlamentswahlen eine Woche vorher mit 89,9%) die höchste Wahlbeteiligung aller EG-Länder. Bei geringen Verlusten der Christdemokratie (36,5%; Parl. Wahlen 38,3%) und der PCI (29,6% gegen 30,4%) gab es ansonsten nur geringfügige Verschiebungen der Parteienlandschaft. Auffällig ist vor allem, daß sich der bereits bei den Parlamentswahlen abzeichnende Trend zugunsten der Linken und Radikaldemokraten (Partido Radikale; zur Charakterisierung siehe AK 155) fortsetzte. Die PR konnte sich um weitere 0,3% auf 3,7% steigern. Die revolutionäre Linke blieb mit 1,8% zwar hinter dem Ergebnis der Parlamentswahlen zurück (Eurowahl: NSU 1,1%; DP 0,7%; — Parlamentswahlen: NSU 0,8%; PduP 1,4%), schnitt aber immer noch besser ab als die unter dem Namen DP angetretene linke Einheitskandidatur bei den Parlamentswahlen 1976, die damals 1,5% erhielt. Insgesamt läßt sich feststellen, daß die PCI weiterhin für ihren Kurs der Anbiederung an die DC Verluste hinnehmen mußte, die sich v.a. zugunsten der Partido Radikale niederschlugen.

Frankreich

Für die französische Bourgeoisie besteht nach dem Ausgang der Europawahl kein Grund zur Freude. Daran ist auch in Frankreich in erster Linie die mager Wahlbeteiligung schuld. Trotz der auch aus der BRD bekannten Motivationskämpfe um das Wählerkreuz gingen in Frankreich nur ganze 60,8% der Wahlberechtigten zur Urne. Von „Europabegeristerung“ keine Spur. Dies wird noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß die einzige bürgerliche Liste, die mit direkten Forderungen nach Ausweitung der europäischen Integration und mehr Kompetenzen für die EG-Instan-

Belgien

Belgien

Das Ergebnis ist nicht interpretierbar ohne Differenzierung zwischen dem flämischen und dem wallonischen Landesteil. Die einzige Gemeinsamkeit besteht in dem gleichmäßig hohen Anteil von ungültigen Stimmen und Nichtwählern von zusammen 20 % — eine für ein Land mit Wahlpflicht extrem hohe Rate, die wohl einiges über die Haltung der Bevölkerung zu diesen Wahlen aussagt.

In Flandern haben die Regierungsparteien Stimmen gewinnen können, voran die CVP mit dem „großen Europäer“ Tindemans an der Spitze, die mit 48 % kurz vor der absoluten Mehrheit liegt. Die Sozialdemokraten gewannen geringfügig, Nationalisten und Liberale verloren kräftig an die CVP. Die Revisionisten konnten ihren Aufschwung von den letzten Parlamentswahlen nicht fortsetzen, sie gingen um 0,8 % zurück. RAL (Trotzkisten) und Amada (Vaterländer) hielten sich; Proteststimmen in größerem Umfang konnten allein die Grünen („Agalev“ — sinngemäß etwa: alternatives Leben) auf sich ziehen. Sie kamen auf 2,3%.

In der Wallonie erlitten die Regierungsparteien empfindliche Einbußen. Auch die PCB verlor um 0,7 %. Als Sieger der Wahl können die kleinen, oppositionellen Parteien und Listen bezeichnet werden: die Grünen kamen mit ihrer Liste „Ecolo“ (Europa-Ecologie) auf 5,1 %, die Liste der „Neuen Linken“, E-Non, konnte aus dem Stand 1,1 % erzielen. Auch das „Rassemblement Wallon“, schwankend zwischen nationalistisch gefärbter Politik und Orientierung auf Basisaktivitäten ähnlich der Radikalen Partei in Italien, konnte sich erheblich verbessern. Dieses Ergebnis in der Wallonie geht auf einen weit verbreiteten Protest gegen die Politik der Regierung, speziell ihrer Krisenpolitik und ihrer Verschleppung föderalisti-

Euro-Wahl Belgien

Wahlergebnisse der Linken und Grünen

	Wallonie	Flandern	Gesamt	Veränderung gegenüber Dez 78 (Parlamentswahl)
KPB/PCB	5,1	1,2	2,7	- 0,7
Amada (Vaterländer)	0,4	1,1	0,8	+ 0
RAL/LRT (Trotzkisten)	0,3	0,3	0,3	+ 0,1
E-Non	1,1	—	—	—
Ecolo/Agalev	5,1	2,3	3,4	+ 2,6

scher Reformen, zurück. Die „Pour“ spricht in diesem Zusammenhang davon, daß „einige bedeutende Teile der Arbeiterschaft und der Jugend sich in einem Ablösungsprozeß von den traditionellen politischen Gruppen befinden“ (11.6.79).

Die Grünen (Agalev/Egolo) waren schon zur letzten Parlamentswahl angetreten, konnten damals aber im Vergleich zu ihren jetzigen Ergebnissen nur bescheidene Erfolge erringen. Sie stützten sich auf traditionelle Umweltschutzorganisationen, v.a. die Amis de la Terre. Eine Gruppe der Amis de la Terre in Huy hat sich schon vor einiger Zeit selbständig gemacht und stärker mit Linken zusammengearbeitet, diese Gruppe beteiligte sich mit einem Kandidaten an der Liste E-Non. An eine mögliche gemeinsame Kandidatur von E-Non und den Grünen war von Beginn der Diskussion an nicht gedacht worden. Während die Grünen an E-Non die „fehlende Wachstumskritik“ kritisierten und auf einer „ökologischen Gesamtperspektive“ bestanden, betonte die PLS (Hauptträger der Liste E-Non) vorhandene reaktionäre Standpunkte bei Vertretern dieser Grünen und bezeichnete das Gesamtprogramm — bei Existenz von Berührungspunkten — als insgesamt „in die Sackgasse führend“.

Die vaterländische Amada hatte versucht, eine „antihemonistische Bündnisliste“ aufzubauen und dabei besonders auf die PLS orientiert. Nachdem dieser Versuch in die Hose ging, entschloß sie sich zur „Parteilichkeitskandidatur“ und machte einen aufwendigen (eigener Piratensender) und inhaltlich stark vaterländisch ausgerichteten Wahlkampf „für die europäische Einigung und die Stärkung der europäischen Verteidigungsbereitschaft“. Es gelang ihr trotzdem, ihr Stimmpotential zu halten.

Die Trotzlisten (RAL/LRT) konnten sich minimal verbessern, bleiben aber weiter mit 0,3 % auch im Rahmen der Linken und Protestparteien relativ unbedeutend. Auch die LRT hatte erfolglos versucht, mit der PLS ins Geschäft zu kommen.

Die Revisionisten verloren etwa 0,7 LRT hatte erfolglos versucht, mit der PLS ins Geschäft zu kommen.

Die Revisionisten verloren etwa 0,7 %, bleiben aber, v.a. in der Wallonie mit 5,1 % ein Faktor innerhalb der Linken.

Die Liste E-Non, gebildet auf der Basis der „Turner Plattform“ von der PLS, verschiedenen lokalen sozialistischen Zirkeln und den Amis de la Terre aus Huy (daneben gab es einige Unterstützer in Flandern, wo aber nicht kandidiert wurde), konnte ein gutes Ergebnis erzielen, mit Spitzen bis an die 3 % in Orten, wo eine lokale Verankerung schon vorhanden war.

Niederlande

Mit 58 % (= 5,7 Mio.) lag die Wahlbeteiligung in den Niederlanden zu den Europawahlen 30% unter der zu den letzten Parlamentswahlen (1977) und war die überhaupt niedrigste Wahlbeteiligung seit Abschaffung der Wahlpflicht 1970. Vor allem Jugendliche (Wähler unter 35 Jahren), die Bewohner großer Städte und Werktätige blieben zu Hause. Dies führte zu Verlusten bei den Sozialdemokraten während die Ergebnisse für die kleineren linken Parteien im Vergleich zu den Ergebnissen der Parlamentswahlen in etwa gleich blieben. Allerdings hatten die kleineren Parteien diesmal von vornherein keine Chance, einen Sitz im Europaparlament zu erhalten, da speziell für diese Wahlen eine 4%-Klausel geschaffen worden war (bei allen anderen Wahlen reichten sonst rund 1 % für ein oder zwei Sitze in Gemeinderat, Parlament, etc. aus).

Die an der Regierung beteiligten Christdemokraten (CDA) erzielten 35,6 % (bei den Parlamentswahlen 1977: 31,8 %), die „oppositionellen“ Sozialdemokraten (PvdA) 30,3 % (1977: 33,8 %), die ebenfalls an der Regierung beteiligten Rechtsliberalen (VVD) 16,4 % (17,9%), die Liberalen (Demokraten) 6,6 % (9 % (5 %)). Von den insgesamt 26 Sitzen für die Niederlande im Europaparlament entfallen damit auf die Christdemokraten 10, die Sozialdemokraten 9, die Rechtsliberalen 4 und die Liberalen 2 Sitze.

Die kleineren linken Parteien wie auch die christlichen Sektenparteien blieben sämtlich unter der 4%-Grenze. Die revisionistische KP (CPN) erzielte 1,8 % (bei den Parlamentswahlen 1977: 1,7 %), die Pazifisten-Sozialisten (PSP) 1,7 % (0,9 %) und die radikal-politische Partei (PPR) 1,6 % (1,6 %).

Grüne Listen oder Milieugruppierungen beteiligten sich nicht an den Wahlen, da die Forderungen solcher Gruppierungen größtenteils von Pazifisten-Sozialisten und radikalpolitischen Parteien vertreten werden.

Ebenso beteiligten sich die revolutionären Gruppierungen nicht an der Europa-Wahl. Die niederländische



Aus der niederländischen links-unabhängigen Wochenzeitung „De Nieuwe Linie“ vom 30.5.79. Zur näheren Erläuterung: Links der „friedlichere“ niederländische Handelsimperialist, rechts der ... aber das ist ja eh klar!

Sektion der „IV. Internationale“, der Internationale Kommunistenbund, bekundete zwar sein grundsätzliches Einverständnis mit der Entscheidung der „IV. Internationale“, an den Wahlen teilzunehmen, sah sich aber selbst aus finanziellen Gründen nicht zur Kandidatur in der Lage.

Von den 2,5 Mio., die im Vergleich zu den Parlamentswahlen 1977 nicht an die Wahlen gingen, waren fast 1,1 Mio. jünger als 35 Jahre. Dies war die Wählerschicht, die 1977 den Sozialdemokraten zu einem erheblichen Stimmenzuwachs verholfen hatte und die auch zum ausschlaggebenden Teil die Wählerschaft der kleineren linken Parteien stellt.

Auch die Arbeiterschaft hat sich in relevantem Maße nicht an den Wahlen beteiligt. In Arbeitervierteln Den Haags, Amsterdams und Utrechts beteiligten sich nur 47 % der Wähler, was relevantem Maße nicht an den Wahlen beteiligt. In Arbeitervierteln Den Haags, Amsterdams und Utrechts zum Beispiel betrug die Wahlbeteiligung 23,3 %, in Vierteln der gleichen Städte, wo vorzugsweise Rechtsliberalen (VVD) gewählt wurden, bis zu 72,7 %.

Dänemark

In Dänemark wurden die Europawahlen zu einem Riesenerfolg für die EG-Gegner und Linken und zu einem Reifall für die regierende Sozialdemokratie.

Die Wahlbeteiligung war mit 47 % die niedrigste seit dem I. Weltkrieg.

Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten: 3 Mandate; Konservative: 2 Mandate; SF („Eurokommunisten“): 1 Mandat; Anti-EG-Liste: 4 Mandate; Venstre (ebenfalls Regierungspartei): 3 Mandate; „Fortschrittspartei“ (Glistrup): 1 Mandat.

Hinzu kommt noch das grönländische Mandat, das ebenfalls auf die EG-Gegner entfiel.

Verglichen mit der letzten Folketingswahl haben die Sozialdemokraten 71 % ihrer Wählerstimmen verloren!

Insgesamt erhielt das Bündnis der EG-Gegner („Volksbewegung gegen die EG“, Venstre Sozialisten, Retsforbundet, Socialistisk Folkeparti) 32,6 % der abgegebenen Stimmen. In fast einem Drittel aller Wahlkreise wurden die meisten Stimmen von den EG-Gegnern erreicht.

Vor allem in Kopenhagen erzielte das Bündnis mit 51,1 % (!) ein hervorragendes Ergebnis. Gleichzeitig sind die 1,7 % (30.000) ungültig gemachten Stimmzettel als Protest gegen die EG zu werten.

Regierungschef Anker Jørgensen wertete das Wahlergebnis ebenfalls — es ist ja auch nicht zu übersehen — als deutlichen Protest gegen die EG im allgemeinen und die sozialdemokratische Regierungspolitik im besonderen, erklärte aber gleichzeitig, „daß das enttäuschende Ergebnis keinen Einfluß auf die EG-Politik der Sozialdemokraten (haben wird)“ („Politiken“, II.6.).

Die „Volksbewegung“, die eine Volksabstimmung über den Austritt Dänemarks aus der EG verlangt, forderte zur Wahlbeteiligung auf, um mit der Stimmabgabe für die Anti-EG-Liste deutlich die Breite des Protestes gegen die EG zu manifestieren.

Die „Volksbewegung“, die sich noch vor dem EG-Beitritt 1973 gegründet hatte, ist eine Massenbewegung, in der neben Unorganisierten Mitglieder der DäKP, der Euros, aber auch der Sozialdemokratie und anderer bürgerlicher Parteien arbeiten. In den Monaten vor der Wahl hatte es erhebliche Auseinandersetzungen gegeben, da die sozialdemokratische Führung ultimativ von ihren Mitglie-

dern gefordert hatte, nicht auf der Anti-EG-Liste zu kandidieren und auch sonst keine Unterstützung für die „Volksbewegung“ zu leisten. Mehrere sozialdemokratische Kandidaten wurden deshalb aus der Partei ausgeschlossen bzw. traten von selbst aus, um uneingeschränkt für die „Volksbewegung“ arbeiten zu können. Mit dem Wahlergebnis hat nun die Sozialdemokratie auch für diese repressive Politik eine Quittung erhalten.

Auf Grönland, das trotz eindeutigen Votum gegen einen EG-Beitritt in die EG gezwungen wurde, stellten sich zwei Parteien für das eine (!) Mandat zur Wahl. Die „prodnische“ Partei Atassut, EG-Befürworter, erhielt 44 % der Stimmen. Die Anti-EG-Partei Siumut erhielt mit 53 % der Stimmen das Mandat.

An der Wahl beteiligten sich nur 33 % der Wahlberechtigten. Unter der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein gab die SSW-Jugend ein paar Tage vor der Wahl ein Flugblatt heraus, in dem zum Wahlboykott aufgerufen wurde. Am 8.6. überreichte die SSW-Jugend dann jedoch einem Vertreter der Anti-EG-Liste symbolisch über 100 Stimmkarten.

Von Seiten der dänischen Zentrumsdemokraten wurden die Jugendlichen darauf „hingewiesen“, daß sie Staatsbürger der BRD seien: „Diese unkluge antieuropäische Demonstration führt zu einer unerwünschten Polarisierung von Dänen und Deutschen im Grenzgebiet.“ („Flensborg Avis“, II.6.). Die SSW-Jugend protestierte: „Wir hoffen nicht, daß wir in Zukunft um Erlaubnis fragen müssen, um nach den Erfahrungen, die wir in deutscher Umgebung machen, handeln zu dürfen.“ („Flensborg Avis“, II.6.).

Von Seiten der dänischen Zentrumsdemokraten wurden die Jugendlichen darauf „hingewiesen“, daß sie Staatsbürger der BRD seien: „Diese unkluge antieuropäische Demonstration führt zu einer unerwünschten Polarisierung von Dänen und Deutschen im Grenzgebiet.“ („Flensborg Avis“, II.6.). Die SSW-Jugend protestierte: „Wir hoffen nicht, daß wir in Zukunft um Erlaubnis fragen müssen, um nach den Erfahrungen, die wir in deutscher Umgebung machen, handeln zu dürfen.“ („Flensborg Avis“, II.6.).

Anzeige

Bunte Liste Zeitung



Aus dem Inhalt:

Kinder

Steve B. Peinemann über Afa-Altona: Geisterfahrt durch den Behörden-Dschungel

Umwelt akut

Chemiemüll-Fabrik demnächst in Billwerder

Anti-AKW

Kirchenleitung schießt gegen St.-Petri-Pastoren

Stadtplanung

Abriß und kein Ende — Noch mehr neue Straßen

Extra

Vier Seiten Theater Interview mit Iwan Nagel

EG-Wahlen in Großbritannien: Breite Wahlenthaltung

Die Wahlen zum EG-Parlament lockten in Großbritannien nur 32 % der Wähler zu den Wahlurnen. Damit weist Großbritannien mit Abstand die niedrigste Wahlbeteiligung im gesamten EG-Bereich auf (zum Vergleich: Frankreich 60,8 %, BRD 65,9 %). Gegenüber den jüngsten Wahlen zum Unterhaus (Wahlbeteiligung 76 %) konnten die Konservativen ihren Stimmanteil von 43,9 % auf 50,6 % weiter vergrößern. Wenn man berücksichtigt, daß die Wahlbeteiligung insgesamt nur bei 32 % lag, macht das Ergebnis der Konservativen, das nur verhältnismäßig wenig über ihrem Prozentsatz bei den Unterhauswahlen liegt, deutlich, daß nicht einmal die Konservativen in der Lage waren, die Hälfte ihrer Wähler zu mobilisieren.

Die Labour Party ging von 36,7 % bei den Unterhauswahlen auf 33,0 % zurück. Die Liberalen hielten ihren Stimmenanteil mit rund 13 %. Die Schottischen Nationalisten gewannen den Wahlkreis „Highlands and Islands“ für sich und stellen einen Abgeordneten für Straßburg. Das höchst undemokratische Wahlsystem in Großbritannien (nur der Kandidat mit den meisten Stimmen erhält das Mandat für den jeweiligen Wahlkreis, der Stimmenanteil auf nationaler Ebene zählt nicht) verhalf den Konservativen zu 60 (!) der insgesamt 81 Sitze, Labour zu 17, während die Liberalen leer ausgingen.

Regierungssprecher in London versuchten natürlich, den Trend zu den Konservativen damit zu erklären, daß die Mehrheit der Wähler mit der neuen Politik der Konservativen (u. a. Einschränkung des sozialen Wohnungsbau, Ausbau des Privatschulwesens, Verschärfung der Einwanderungsgesetze, siehe AK 154) übereinstimme („Frankfurter Rundschau“, 12.6.). Dieser offiziellen Version stehen die Fakten entgegen: 68 % der Wähler blieben den Wahlen fern und nur 16 % (!) der wahlfähigen Bevölkerung gaben den Konservativen ihre Stimme.

Das magere Abschneiden der Labour Party gab der bürgerlichen Presse Anlaß zu vielfältigen Spekulationen über die Ursachen des Mißerfolgs: So sieht die „Zeit“ vom 15.6. die Niederlage als „Quittung für die destruktive Europapolitik“ des linken Labour-Flügels gegen Ex-Premierminister Callaghan. Doch resultierte die Labour-Niederlage nicht aus einem allgemeinen Schwenk hin zu den Konservativen, sondern aus der massenhaften Wahlenthaltung der Labour-Stammwähler: Gerade in den Labour-Hochburgen, den Industriestädten mit ihrem hohen Arbeitslosenanteil, lag die Wahlbeteiligung extrem niedrig, z. B. Liverpool 23,7 %, Midlands West 27,3 %, Yorkshire 27 %, Nordost London 20,8 %.

Das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die britische EG-Politik fand neben der Wahlenthaltung auch seinen Ausdruck in den Auseinandersetzungen des linken Anti-Europa-Flügels der Labour Party mit der rechten, proeuropäischen Parteiführung. In der Tat: Der Beitritt Großbritanniens zur EG 1975 brachte der Mehrheit der Bevölkerung entscheidende materielle Nachteile, wie eine Senkung des Reallohnes und hohe Arbeitslosenzahlen. 1976 gewährte der Internationale Währungsfonds (IWF) der britischen Regierung einen Kredit in Höhe von 3,9 Milliarden Dollar zur „Sanierung“ der britischen Wirt-

schaft, d. h. zur Steigerung der Profiterwartungen der britischen Kapitalisten als auch der ausländischen Investoren in Großbritannien (s. AK 83). Bedingung für die Gewährung dieser Finanzspritze waren zum einen Kürzungen der öffentlichen Ausgaben (Staatlicher Wohnungsbau, Sozialleistungen, Subventionierung der Grundnahrungsmittel u. a.), Senkung der Realeinkommen der arbeitenden Bevölkerung und zum anderen eine drastische Verminderung der Streikaktivitäten der Gewerkschaften (siehe AK 91). Die Niederlage der Regierung Heath in der Auseinandersetzung mit den streikenden Bergarbeitern 1974, die mit dem Rücktritt der Tory-Regierung endete, zeigte deutlich, daß die Konservativen nicht in der Lage waren, Lohnsenkungen und umfangreiche Beschneidungen der Rechte der Gewerkschaften durchzusetzen. Die nachfolgende Labour-Regierung war aufgrund ihrer engen Beziehungen zu den Gewerkschaftsspitzen hingegen eher in der Lage, die britische Arbeiterklasse „EG-reif“ zu machen: Die Gewerkschaftsführer stimmten 1975 einem Sozialvertrag mit der Labour-Regierung zu, zum Teil gegen den ausdrücklichen Auftrag der Gewerkschaftsbasis, mit dem versucht wurde, die Kampfkraft der britischen Arbeiter durch Lohnleitlinien, Friedenspflicht und langfristige Tarifverträge zu brechen (siehe AK 91). Die massenhafte Wahlenthaltung großer Teile der Bevölkerung steht für die Ablehnung der britischen EG-Politik. Es bleibt zu hoffen, daß die britischen Arbeiter dem Modell einer „EG-gemäßen“, reibungslos (für die Kapitalisten) funktionierenden Wirtschaft noch einiges entgegensetzen.

Großbritannien-Kommission



„Arthur Egbert Miller für die Konservative Partei: Zwei Stimmen! Ich erkläre hiermit Arthur Egbert Miller zum ordnungsgemäß gewählten Vertreter seines Wahlkreises im europäischen Parlament.“

Kommunale Wahlerfolge in Rheinland-Pfalz

Bei den Kreistags- und Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz haben in zwei Orten bzw. Kreisen alternative/grüne Listen kandidiert.

In der Stadt Trier kandidierte eine alternative Liste unter dem Titel einer Wählergemeinschaft. Sie bekam 858 Stimmen, d.h. 1,7%. Die Genossen der Liste schätzten dies Ergebnis, obwohl sie damit keinen Sitz erringen konnten, nicht als Niederlage ein. Zum einen haben sie in einigen Stadtbezirken, wo sie hauptsächlich mit Stadtplanungsfragen in den Wahlkampf eingestiegen sind, bis zu 5% bekommen. Zum anderen führen sie die erheblich schlechteren Ergebnisse in anderen Bezirken auf die mangelnde Bekanntheit ihrer Liste, die praktisch erst seit 2 Monaten arbeitet und auch auf die Verteufelungskampagne in der Lokalpresse zurück. Dort wurde die alternative Liste als „Brutstätte von Chaoten und Grüpplern“ angegriffen. Die alternative Liste in Trier will auf jeden Fall weitermachen. Im Zentrum ihrer Politik bleiben vorerst Stadtplanungsfragen und der Kampf gegen das AKW Cattenom auf der französi-

sehen Seite der Mosel. Erheblich besser hat hingegen die Grüne Liste Südpfalz abgeschnitten. Sie hatte für den Kreistag des Landkreises Germersheim kandidiert. Im Landkreis bekam sie glatte 6% und zog mit einem Abgeordneten und einer Abgeordneten in den Kreistag ein. Ebenfalls 2 Sitze erkämpfte sie sich im Gemeinderat der Stadt Wörth. Dort hatte sie sogar 7% bekommen. Außerdem zog die Grüne Liste in die Gemeinderäte einiger kleinerer Ortschaften ein.

Der Wahlkampf der grünen Liste hatte sich vor allem durch sehr konkrete Enthüllungsarbeit und eine Wahlkampfstrategie auf der Straße ausgezeichnet. Der Spitzenkandidat der Liste, gleichzeitig GEW-Kreisvorsitzender, gibt an, im Wahlkampf mit mindestens 3000 Wählern auf der Straße, in Wahl- und Bürgerversammlungen etc. diskutiert zu haben. Erfreulich ist auch die politische Offenheit der grünen Liste. So bestehen regelmäßige Kontakte und Diskussionen mit den Gruppen, die in Rheinland-Pfalz für eine Bunte Liste eintreten.



Nachrichten vom Widerstand

Brokdorf-Prozeß: Freispruch!

Am 19. Juni ging die Prozeß-Farce in Itzehoe gegen Jens Scheer und Ulli Lenz mit den fälligen Freisprüchen für beide zuende. Wie berichtet, waren sie angeklagt worden, am 13. November 1976 zum Sturm auf den Bauplatz in Brokdorf aufgerufen zu haben.

Wie bereits vermutet wurde, entpuppte sich der Hauptbelastungszeuge Holger Langhagen nicht nur als einfacher Polizeispitzel, sondern als Mitarbeiter des Staatsschutzes in Kiel („MoPo“, 20.6.79).

Trotz Präparierung durch den früheren Brokdorf-Ankläger, Staatsanwalt (heute Rechtsanwalt) Triskatis, der ihm illegalerweise vor der Verhandlung seine Vernehmungsp-

tokolle zugeschlachtet hatte, verwickelte sich Langhagen in starke Widersprüche. In seinem Plädoyer äußerte sich der Staatsanwalt denn auch betroffen „über die Diskrepanz zwischen Ermittlungsergebnis und Hauptverhandlung“. Die Anklage war zusammengebrochen!

Ein Nachspiel wird dieser Prozeß allerdings noch haben, und zwar für den Ex-Staatsanwalt Triskatis: Die Anwälte von Jens und Ulli stellten Strafanzeige gegen ihn wegen der unerlaubten Präparierung. Mal abwarten, ob dieser Fall von der Justiz mit ebensolchem Aufwand behandelt wird, den wir in AKW-Prozessen gewohnt sind.

AKW-Nein-Kommission

Gegen den Atomstaat

„Der Atomstaat, der seinen Anfang nahm, als die Stoltenberg-Regierung vor Brokdorf Tiefflieger-Angriffe mit Tränengasbomben gegen feindliche Demonstranten anordnete, kann eines in seinem totalen Kampf nicht brauchen: objektive Zeugen. Und das sind die Pressefotografen mit ihrer Kamera.“ Das ist die Einleitung für den von Günter Zint herausgegebenen Bildband „Gegen den Atomstaat“ im Verlag 2001. Günter Zint ist ein solcher Pressefotograf mit seiner Kamera. Mit dieser ist er objektiv, aber er selbst hält sich beileibe nicht raus. „Bevor Zint fotografiert, sich auf die Technik seiner Fotoausrüstung verläßt, nimmt er selbst am politischen Geschehen teil, ob das nun in einer Kinderladen-, Stadtteil- oder Mieterinitiative ist, oder wenn er sein Engagement im Kampf der Atomkraftgegner durch seine Arbeit dokumentiert.“ (Günter Wallraff)

Und sehr viele der sehr wichtigen dokumentarischen Fotos über den Kampf der Anti-AKW-Bewegung kommen von Günter Zint (der AK hat davon viele veröffentlicht).

In diesem Buch dokumentiert Zint mit 300 Bildern den Kampf der Anti-AKW-Bewegung von Brokdorf, Grohnde, Malville, Kalkar, Almelo, Gorleben bis hin zur Brunsbüttel-Demo am 21.4.79. Für jeden AKW-Gegner, der dabei gewesen ist, ist das eine Erinnerung in dem Sinne, daß unsere Erinnerungen, zu Erfahrungen verarbeitet, wertvolle Hilfe für den anstehenden Kampf darstellen. Viele Fotos haben z.B. auch mich dazu gezwungen, Er-

fahrungen wie z.B. in Grohnde und Malville unter dem Eindruck der Hannover-Demo nicht einfach abzuhaaken, der Atomstaat BRD hat viele Gesichter.

Dieser Bildband, in der Billigreihe von 2001 für 2,90 DM erhältlich, wird auch Leute erreichen, die nicht dabei gewesen sind, wird auch für diese AKW-Gegner Erfahrungen vermitteln. Allerdings kann ich mich dem verkürzten Vorwort von Günter nicht anschließen, wo er empfiehlt, lieber mehr Bilder als Worte zu machen. „Bilder sind nicht so interpretierbar und dehnbar wie Worte.“ Ich habe zu oft erlebt, daß Bildern eine Unterschrift verpaßt worden ist und damit die Aussage des Bildes total verdreht worden ist (so z.B. eine Dokumentation der Preussen-Elektra zu Grohnde). Ich selbst mache vielseitig Fotos für linke Zeitungen (besonders AK), Dokumentationen, Wandzeitungen von BI's etc., und habe die Erfahrung gemacht, daß man zu den Fotos auch Worte zufügen muß, damit sie ihre Wirkung erlangen und eben nicht interpretierbar werden. In dem vorliegenden Bildband wird das erreicht durch die Menge der Bilder, sie bilden einen Zusammenhang, kein Bild steht allein da und ist nur für sich zu interpretieren. Wenige Sätze stellen den Zusammenhang zwischen Bilderblöcken (zumeist zeitlich geordnet) her.

Aber man kann ja nicht immer eine solch ausführliche Dokumentation zusammenstellen.

her.

Aber man kann ja nicht immer eine solch ausführliche Dokumentation zusammenstellen.

Prozeß gegen Joachim

In dem Prozeß gegen Joachim Gurr vor dem Amtsgericht in Hamburg, in dem ihm die Anklage Rädelsführerschaft, schweren Landesfriedensbruch und Körperverletzung vorwirft, sind bis jetzt vier Termine gelaufen.

Dabei haben drei Polizeizeugen Joachim mit ihren Aussagen schwer belastet. Die beiden Polizeizeugen Morach und Wagner haben vor Gericht zugegeben, daß sie beim Zeugenberater der Hamburger Polizei waren und auch vorher Einblick in ihre vor zwei Jahren aufgenommenen Zeugenprotokolle hatten. Es versteht sich dabei wie fast von selbst, daß sie dadurch ziemlich sicher ihre Aussagen ohne Widersprüche machten.

Fünf Bahnpolizisten dagegen konnten sich an die damaligen Vorgänge nicht mehr erinnern. Sie wußten nur noch, daß sie von Demonstranten geschlagen worden seien.

Bei allen Terminen waren die Zuschauerbänke von AKW-Gegnern besetzt. Beim vierten Tag waren ca. 70 AKW-Gegner erschienen. Das Gericht lehnte in gewohnter Manier den Antrag auf einen größeren Raum ab. Dabei kam es verständlicherweise zu Unruhen unter den Zuschauern. Darauf hin wollte der Richter dann den Raum räumen lassen. Joachim erklärte dazu, daß, wenn keine Öffentlichkeit zugelassen ist, er auch mitgehen würde.

Der nächste Termin findet am 25. Juni um 12.30 im Strafjustizgebäude statt. Danach wird voraussichtlich noch ein Termin mit den Plädoyers stattfinden.

Ein Genosse aus Wilhelmsburg

Besonders interessant an dem Buch finde ich im Anhang eine kurze Schilderung der Arbeitsbedingungen von Pressefotografen gegenüber der Polizei anhand von Erfahrungen Hamburger Pressefotografen, besonders während der Anti-Schah-Demos im letzten Dezember.

In diesem Sinne freue ich mich schon sehr auf ein von Günter Zint für den Herbst angekündigtes Buch mit mehr Textinformationen.

Günter Zint's „Gegen den Atomstaat“, dieses Buch sollte auf jeden Büchertisch einer AKW-BI gehören (wenn 2001 da nicht querschneit).

Ho. aus Hannover

staat, dieses Buch sollte auf jeden Büchertisch einer AKW-BI gehören (wenn 2001 da nicht querschneit).

Ho. aus Hannover

aus dem Inhalt:

- Berichte über die zunehmende Präsenz von BGS und Polizei
- Polizeiprovokationen gegen den „Platz“
- Widerstand gegen die Bohrungen
- „Versuchs“-WAA in Gorleben?
- Urlaub in Lüchow-Dannenberg

Herausgegeben von der WAA-Gruppe Lüneburg. Preis DM 1,-
Bestellungen an Marion Hinz, Kirchweg 6, 3119 Eitzen I

Über 20.000 in Doel



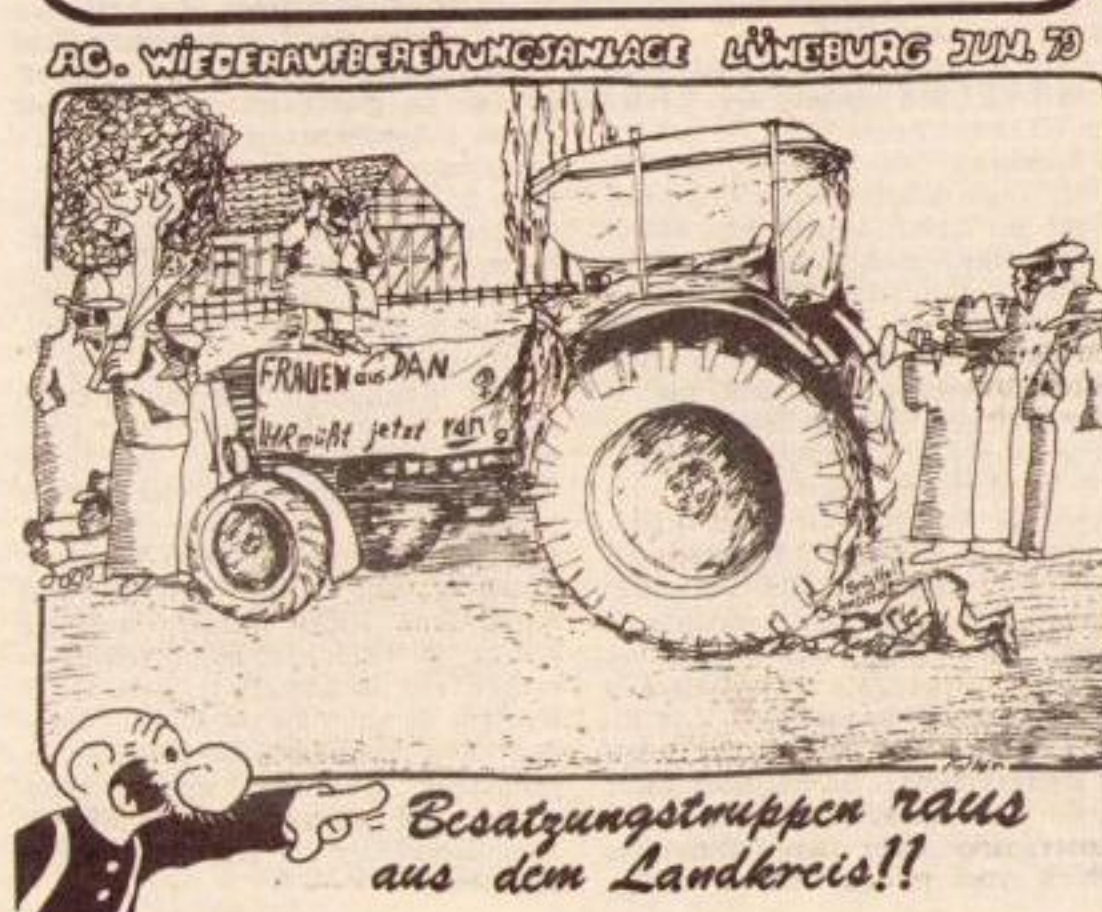
Im Rahmen der internationalen Pfingstaktionen fand in Doel, nahe Antwerpen, die bisher größte Anti-AKW-Demonstration in Belgien statt (im letzten AK war diese Demonstration fälschlicherweise an die niederländische Grenze verlegt und holländischen AKW-Gegnern zugeschrieben worden). Über 20.000 Menschen, darunter etwa 5.000 Teilnehmer aus den Niederlanden, waren dem Aufruf der „Verenigden Aktiegroepen Kernstop-VAKS“, verschiedener anderer Ökologie-Gruppen sowie linker Organisationen gefolgt und bildeten einen kilometerlangen Demonstrationszug zum Dörfchen Doel, dem Standort von 2 laufenden und 2 im Bau befindlichen AKW's. Der Zug führte allerdings nicht bis ans AKW-Gelände, die Demonstrationsleitung wollte „keine Konfrontation mit der Polizei, um

nicht in die extremistische Ecke gedrängt zu werden“ („BPA“, 8.6.79). Diese bedenkliche Argumentation sollte allerdings der Freude über die erste große antinukleare Massenmobilisierung in Belgien, die zudem zum ersten Mal ihren Widerstandswillen durch die Wahl des Demonstrationsortes am AKW-Standort selbst manifestierte, nicht weiter trüben.

Die Polizei hielt sich diskret im Hintergrund. Die Regierung hatte allerdings schon 3 Wochen vorher ihre Haltung klargemacht: im Zuge ausgedehnter Bürgerkriegsübungen im Zusammenhang mit angeblich bevorstehenden Befreiungsaktionen zugunsten zweier in Brüssel inhaftierter Palästinenser waren u.a. auch die AKW's in Doel, Tihange und der Versuchsreaktor in Mol von regulären Truppeneinheiten besetzt worden („Amada“, 13.5.79)!



Anzeige



Für die Stilllegung des Atomkraftwerks Stade

Wir, die unterzeichneten Kläger, Wissenschaftler und Juristen in der Prozeßgruppe gegen das AKW Brokdorf, fordern die sofortige Stilllegung des AKW Stade. Durch seine Lage allein stellt es schon eine Bedrohung für den gesamten Elberaum dar, denn bei jeder Windrichtung wären im Falle eines Unfalles weite Landstriche betroffen. Die Katastrophe von Harrisburg hat, leider, das bestätigt, was wir schon seit Jahren vorausgesagt haben und von den Wissenschaftlern der Atomindustrie als unwissenschaftliche Panikmache bezeichnet wurde:

Ein katastrophaler Unfall ist in jedem AKW jederzeit möglich. Der einzige Schutz für die Bevölkerung ist, keine AKW's zu betreiben. Die Lage im AKW Stade stellt sich uns als besonders bedrohlich dar, da (aufgrund der langen Betriebszeit) die Versprödung des Reaktordruckbehälters weit fortgeschritten ist und ein Bersten des Behälters, der schlimmste denkbare Unfall, zunehmend wahrscheinlicher wird. In der Millionenstadt Hamburg, die in Hauptwindrichtung liegt, würde bei ent-

sprechenden Wetterbedingungen kaum jemand überleben, denn eine Evakuierung ist kaum möglich und auch nicht vorgesehen. Die radioaktive Wolke hätte selbst in Berlin noch verheerende Folgen. Deshalb ist die Stilllegung dieses AKW's eine vordringliche Forderung zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung im norddeutschen Raum.

Erwin Ahmling, Schiffbaumeister, Brokdorf, Kläger
Rudolf Boiten, Landwirt, Wewelsfleth, Kläger
Werner Götsche, Landwirt, Wewelsfleth, Kläger
Hans Jürgen Harder, Landwirt, Wewelsfleth, Kläger
Rolf Hellerich, Landwirt, Wewelsfleth, Kläger
Monica Paulsen, Lehrerin, Brokdorf, Klägerin
Werner Molkentin, Bau-Ingenieur, Borsfleth, Kläger
Albert Reimers, Landwirt, Wewelsfleth, Kläger

Heinrich Voß, Landwirt, Wewelsfleth, Kläger
Winfried Günnemann, Rechtsanwalt, Hamburg
Dr. Fritz Storim, Dipl. Physiker, Hamburg
Juan Bergmann, Physikstudent, Hamburg
Gerhard Sattler, Biologiestudent, Hamburg
Dr. Karsten Hinrichsen, Hamburg

Klaus Bätjer, Dipl. Physiker, Bremen
Rosemarie Rübsamen, Dipl. Physikerin, Hamburg
Burkhard Conrad, Dipl. Physiker, Hamburg
Dr. Alf Hamann, Dipl. Biologe, Hamburg
Dr. Henning Wriedt, Dipl. Physiker, Hamburg
Helmut Häuser, Dipl. Ingenieur, Hamburg
Paul Groß-Wiesmann, Dipl. Physiker, Hamburg

Kontakt: Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU Hamburg
c/o Laden Lutterothstraße 33
2000 Hamburg 19
Tel. 040 / 40 27 82

Polizeiterror im Landkreis Lüchow-Dannenberg

Wer Polizeistaat erleben will, sollte mal eine Spazierfahrt nach Lüchow-Dannenberg unternehmen.

Dort bereiten sich seit dem „Nein“ der Landesregierung zur WAA Polizei und BGS besonders intensiv auf die Tiefbohrung vor: „Verdächtige“ PKW's werden verfolgt und gestoppt, ohne Angabe von Gründen werden die Personalien verlangt. PKW's mit Aufkleber werden systematisch registriert.

In einem Leserbrief berichtet eine Gorbener Bürgerin, daß sie wegen ihres Aufklebers „Energie sparen - ja bitte“ ständigen „Belegschaftsschutz“ durch ein BGS-Fahrzeug erhielt. Sogar der Bürgermeister von Trebel wurde bis auf seinen Hof von BGS-Beamten verfolgt, mit der unverschämten Begründung, er habe eine Straße benutzt, die sich auf DWK-eigenem Gebiet befindet.

Vom BGS fotografiert wurden Urlauberfamilien, die in den „Trebel-Bauernstuben“ (einem Atomgegnertreffpunkt) ihr Mittagessen nahmen (EJZ v. 2.6.79), sowie Kirchenbesucher (!) von Trebel. Sogar die Schützenfeste werden durch Daueranwesenheit des BGS „geschützt“.

Beliebtes Observationsmittel ist auch das 1 m lange Richtmikrophon, mit dem sich Gespräche in einem Umkreis von 300 m belauschen lassen. Ein Teilnehmer des Treffens kritischer Wissenschaftler berichtet in der Zeitung „Gorleben Aktuell“: „Die Tagung kritischer Wissenschaftler fand am 26./27. 5. in den Trebel-Bauernstuben statt. Während der Gespräche fuhrn BGS-Fahrzeuge im Abstand von wenigen Minuten am Tagungsort mit geringer Geschwindigkeit vorbei. Als wir zur Kühlung des Tagungsraumes die Türen offenließen, baute sich in ca. 100 m Entfernung ein BGS-Fahrzeug auf, um mit einem Richtmikrophon in Richtung Tagungsraum hineinzulauschen. Als wir auf sie zukamen, um diese Praktiken zu unterbinden, verschwanden sie. Als wir am Sonntag einige Bauernhöfe, die am Sonntag einige Bauernhöfe besichtigten, wurden prompt die Kennzeichen unserer PKW's gefilmt. Sogar das Innere unserer Autos wurde mit Videokamera aufgenommen.“

Weiter heißt es in „Gorleben Aktuell“: „Die Aktivisten im Landkreis scheinen einer Art Dauerüberwachung zu unterliegen, keiner bleibt unregistriert. Eine aktive Bäuerin erlebte, daß in einem Bewässerungsgraben die grünen Männchen im 2-Meter-Abstand hockten. Während sie mit einer anderen BI-Aktivistin Rüben hackt, fahren betont langsam BGS-Wagen die Straße entlang, sie filmen mit Videokamera und belauschen mit Richtmikrophon, ob und woher sich die Frauen während der Arbeit unterhalten. (Bericht einer Betroffenen v. 9.6.).“

Die Überwachungspraxis geht so weit, daß die Polizei Bescheid weiß, von welchem Bauernhaus aus das erste Telefonat für die Bauernblockade geführt wurde und welches BI-Mitglied zuvor dieses Haus betreten hat. (Bericht von einer Polizeivernehmung.)

Provokationen gegen den „Platz“

Beim „Platz“, dem Pachtgelände der BI mit Anpflanzungen, Kinderspiel-

platz etc. beschränken sich die Bullenaktivitäten nicht darauf, die KFZ-Kennzeichen aller Besucher aufzuschreiben, mit Videokamera Aufnahmen zu machen, im 3 Minutenabstand den Platz zu umkreisen oder Spitzel in PKW's mit Anti-AKW-Aufklebern zu postieren, die „unauffällig“ Funkmeldungen weitergeben.

Nur fünf Tage nach der Albrecht-Entscheidung wurde nachts von BGS und Polizei ein Schlagbaum demonstriert und per Motorsäge zerstört. Mitglieder der Platz-Gruppe werden mit Rempelen an Aufbauarbeiten gehindert oder mit „Dauerverhören“ genervt. Einen für die Platz-Erhaltung notwendigen Schlagbaum entfernten die Bullen wiederholt und warfen ihn in die frischen Anpflanzungen.

Bei all diesen Provokationen auf Privatgelände wußten die Bullen, daß es sich um illegale Übergriffe handelt. Nach einer Anzeigen-Kampagne der „Platz“-Gruppe gab der Polizeisprekter in der Lokalpresse bekannt, „unverzüglich im internen Bereich Ermittlungen aufzunehmen“ zu haben, „um die Fälle schonungslos aufzudecken“, wobei die Polizeiführung offenhielt, ob vielleicht „das Handeln der Beamten rechtmäßig war“ (EJZ, 6.6.). (Vielleicht sollen sie jetzt eine Beförderung bekommen?) Doch nach wie vor werden Zerstörungen auf dem Platz vorgenommen: in der Nacht vom 16./17.6. wurden Stahlgewinde der Windräder zerstört, Schilder zerstört und eine Informations-tafel zerschlagen.

„10 % Gewalttäter“

Während bislang Bullen und BGS den Landkreis gegen auswärtige „Chaoten“ schützen sollen, sind nun laut Analyse des Landes-Wissenschaftsministers Pestel „selbst unter der eingesessenen Bevölkerung nach Umfragen mindestens 10 Prozent zu Gewalttätigkeiten bereit.“ (Saarbrücker Zeitung v. 15.5.). Überhaupt entdeckte die CDU den „Feind“ in Teilen der Bevölkerung. In einer offiziellen Stellungnahme wirft die CDU den 700 Bürgern, die an der turbulenten öffentlichen Kreistagssitzung teilgenommen hatten, vor, daß sie „durch eine gewalttätige Stimmungslage (...) Gewalt praktizieren und damit gewählte Kreistagsabgeordnete in einer menschlich verletzenden und verunglimpfenden Art unter Druck setzen.“ Darüberhinaus hätten die 700 Teilnehmer, die Strafbefehle der Nötigung, des Hausfriedensbruchs und der Urkundenfälschung erfüllt, weil sie auch „uneingeladen“ die Veranstaltung besucht hätten und vereinzelt gefälschte Eintrittskarten aufgetaucht seien.

„Bürgerdialog“ - im neuen Gewand

Der provokative Kurs der CDU gegen die „Gewalttäter“ im Landkreis ist begleitet von Albrechts Absicht, dem Gros der Bevölkerung einzureden, „daß die WAA-Frage zunächst für Jahrzehnte vom Tisch sei. Von diesem Klärungsprozeß hänge es ab, wie rasch dann die beantragten

Tiefbohrungen genehmigt werden könnten“, so Albrecht lt. FAZ v. 21.5.

Die Propaganda der Landesregierung baut darauf auf, daß mit dem „Nein“ zur WAA die „eigentliche Ursache der Ängste und Befürchtungen“ vom Tisch sei. Demgegenüber könne die Lüchow-Dannenger Bevölkerung die Probebohrungen „sachlich und kritisch begleiten“, da dies „ein überschaubarer und rational voll zu erfassender Vorgang“ sei, (so der CDU-MdB Schröder in der EJZ v. 6.6.79.)

CDU-MdL Grill erklärte am 20.6. im NDR, wie sich seinen Wünschen nach die Albrecht-Entscheidung auf die Stimmung im Landkreis ausgewirkt habe:

- a) die „gespannte Stimmung“ habe sich inzwischen „entspannt“,
- b) der Protest gegen die WAA basiere nicht nur auf grundsätzlicher Gegnerschaft zu AKW's, was es auszunutzen gelte;
- c) es gäbe jetzt „mehr Bereitschaft zur sachlichen und nüchternen Diskussion“, es ginge ihm gar nicht um Zustimmung, sondern erstmal nur um mehr „Verständnis“ bei der Bevölkerung.

Diese Aussagen zeigen, daß der berüchtigte „Bürgerdialog“ auf anderer Ebene probiert werden soll.

Kein Wunder also, daß Lüchow-Dannenger Landwirte wieder nach Bonn gekarrt werden, um die „veränderte Problematik“ des „Gorleben-Projektes“ zu diskutieren. (EJZ v. 11.6.)

Albrecht bemüht sich ebenfalls um weitere Gespräche mit den Landfrauenverbänden (ein Gespräch fand „in privater Atmosphäre“ am 3.5. bei ihm zuhause statt), ebenso möchte er mit einer Delegation des Ärztevereins sprechen, was dieser bisher jedoch als „sinnlos“ abgelehnt hat.

Die CDU hat dicke Vertrauensverluste zu verzeichnen. Bei den Eurowahlen rutschte sie im Landkreis mit 49,96 % erstmals seit Bestehen der BRD unter die 50% Grenze (78: 52,8 %), SPD und FDP (sie spielen sich im Landkreis als Atomgegner auf und fordern gleichzeitig den Beginn der Tiefbohrungen nicht nur in Lüchow-Dannenberg) gewannen insgesamt 7 % dazu, während die „Grünen“ von 17,8 auf 14,4 % absackten. (Alle Vergleichszahlen beziehen sich auf die Landtagswahl 1978)

Es muß natürlich berücksichtigt werden, daß die Wahlbeteiligung um 12 % und 67,3 % gesunken ist. Kurz nach den Wahlen wurde am 13.6. sehr zügig und bei nur 4 Gegenstimmen im Kreistag eine Resolution verabschiedet, die die Unverzichtbarkeit der AKW's hervorhebt und „Bohrungen bei Gorleben“ (gemeint sind Tiefbohrungen) begrüßt. „Insbesondere durch den angekündigten Widerstand der Kernkraftgegner“ könne dem Landkreis jedoch Schaden widerfahren, was eine „besondere Förderung“ nötig mache. (EJZ v. 14.6.1979.)

Es darf natürlich nicht vergessen werden, daß über 20.000 (d.h. 50 % der Kreisbewohner) per Unterschrift jegliche Atomanlage im Landkreis abgelehnt haben.

Ein Genosse aus Lüneburg

Ein Bohrloch verstopft!

Mehreren Teilnehmern eines „Autonomen“-Treffens in Trebel (19./20. Mai) gelang es in einer mehrstündigen Aktion die Bohrstelle „Berthold“ der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt mit Schrott, Holzstangen, Eisenstangen von Verkehrsschildern, Steinen und Kies zuzuschütten.

Dieses Bohrloch wurde sorgfältig verschlossen, um es später für Pegelmessungen während des geplanten Absenkens des Grundwasserspiegels neu nutzen zu können. „Berthold“ ist nunmehr „für einige Zeit unbrauchbar“, so der Lüneburger Polizeisprecher.

Weitere Bohrlöcher konnten nicht unschädlich gemacht werden, da plötzlich ein BGS-Wagen auftauchte. Dennoch sind noch einige weiße Markierungen für die Landvermessung entfernt worden - ebenfalls eine Aktion im Sinne des Landschaftsschutzes. Die Bezirksregierung Lüneburg beantwortete diese Aktion mit

der dämlichen Erklärung, „daß vornehmlich die hydrogeologischen Bohrungen als Nebeneffekt dem Brandschutz dienen, da sie neue Löscherquellen erschließen.“ (EJZ v. 30.5.)

Außerdem wurde die Präsenz von Polizei und BGS verstärkt. Leider distanzierte sich darauf hin die Vorsitzende der BI Lüchow-Dannenberg namens der BI gegenüber der Presse „ausdrücklich von den Aktionen der autonomen AKW-Gegner“ (EJZ v. 30.5.1979).

Auf dem Trebeler Tiefbohrungstreffen am 9.6. stellte sich heraus, daß die Distanzierung ohne Rücksprache mit der BI, ja sogar ohne genaue Kenntnis des Vorfalls erfolgt ist.

Nahezu alle anwesenden BI-Mitglieder wandten sich am 9.6. gegen die Distanzierung ihrer Vorsitzenden. Einige hatten an der Bohrlochaktion selbst teilgenommen, andere bedauerten, davon nichts erfahren zu ha-

ben.

Nur drei von ca. 20 anwesenden BI-Mitgliedern kritisierten die Bohrlochaktion mit dem Hinweis, daß sie von der ansässigen Bevölkerung nicht getragen würde und daß die Akteure wieder nach Hause fahren könnten, während die Folgen (z.B. stärkere Polizeipräsenz) von der Kreisbevölkerung getragen werden müßten.

Als Resümee dieser Diskussion gab J. Janning (BI-Sprecher) bekannt, daß im Fall künftiger Anti-WAA-Aktionen, die die BI nicht öffentlich tragen kann, auf eine Stellungnahme ganz verzichtet werden soll.

Nachdem sich bereits zwei der sechs Ortsguppen der BI gegen die Distanzierung ausgesprochen haben, soll auch in den übrigen Ortsguppen eine Diskussion über diese Frage stattfinden, um bei abweichender Mehrheitsmeinung die Stellungnahme der BI-Vorsitzenden öffentlich zu revidieren.

Ein Genosse aus Lüneburg



22 Millionen Mark für Seveso-Schäden

Hatte der Konzern Hoffmann-La Roche für die in Seveso entstandenen Schäden als „erste Geste“ einen Hilfsfond von 30 Millionen Franken zur Verfügung gestellt, hat sich nun der Multi-Konzern für die Bereitstellung von weiteren 20 Millionen Franken (22 Millionen Mark) bereitgefunden. Mit dieser Summe sollen lediglich die Verluste an landwirtschaftlichen Erträgen sowie verseuchten Mobiliar und Betriebseinrichtungen gezahlt werden.

Bisher hat kein einziger der Seveso-Opfer eine „direkte Entschädigung“ erhalten. Mit der Begründung, daß bei der Untersuchung von 2000 Kindern aus dem betroffenen Gebiet keine Schädigungen festgestellt worden sind, weist das Unternehmen die Schuldfrage von sich.

Lediglich „gewisse psychische Schäden“ hätten die Kinder davongetragen, erklärte Pressesprecher Hans Fehr und gab die Schuld hierfür den Fotoreportern aus aller Welt: „Wenn die Kleinen heute einen Fotoreporter sehen, beginnen sie zu weinen“ („FR“, 12.6.).

In ähnlich zynischer Weise hatte der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende Adolf Jann Anfang des Jahres eine direkte Entschädigung der Opfer abgelehnt. „Wir haben nicht die Absicht, die Schulden der ganzen Lombardei zu bezahlen. Es ist ja bekannt,

daß die dort beim Ausschöpfen von Geldquellen keine großen Hemmungen haben. Es gab in Seveso keine Toten, keine Dauerschädigten und keine Schwangerschaftsfolgen. Wir wollen, daß unser Geld in die Hände allfälliger Geschädigter gelangt, und wo wir hinzahlen, ist unsere Angelegenheit.“ (ebenda)

Hinter diesem Gezappel, keine Entschädigungen an die Opfer zu zahlen, steht die Tatsache, daß sich die Versicherungen u.a. die „Helvetia Feuer St. Gallen“ bisher geweigert haben, für die Schäden als Versicherer der Hoffmann-La Roche aufzukommen. Die bisher zur Verfügung gestellte Summe ist nur ein Teilbetrag dessen, was die Stadtverwaltung von Seveso gefordert hat.

Sie hatte Anfang des Jahres eine Schadensersatzforderung von 121 Milliarden Lire (knapp 290 Millionen Mark) an den Multi gestellt. Zwar hat der neue Aufsichtsratsvorsitzende der La Roche, Fritz Gerber, erklärt, „keine juristischen Spiele“ mit den zu erwartenden Schadensersatzforderungen zu betreiben, sondern „konstruktive Lösungen“ anzustreben. Gleichzeitig stellte er jedoch fest, daß der Schaden eine „dreistellige Millionensumme“ nicht überschreiten „dürfte“. Bisher hat er sein zynisches Wort halten können.

Baskenland:

Bombe gegen AKW und Panik bei spanischer Polizei

Am 13.6. explodierte im weitgehend fertiggestellten AKW von Lemoniz (Baskenland) eine Bombe von relativ geringer Sprengkraft. Trotzdem kam ein Arbeiter, der sich in unmittelbarer Nähe aufhielt, dabei ums Leben.

Für den Anschlag auf das AKW erklärte sich der militärische ETA-Flügel verantwortlich (ETA/m). In einem Kommuniqué erklärte ETA/m, daß der Tod des Arbeiters durch unvorhersehbare Umstände zustande kam: telefonische Warnungen waren rechtzeitig durchgegeben worden und die Werksleitung hatte die Arbeiter auch durch Sirenen zum Verlassen des Werks veranlaßt.

In dem Kommuniqué wird weiter erklärt, daß der Anschlag sich gegen das Atomprogramm richtet, das im Baskenland gegen den Willen des Volkes durchgesetzt werden soll. Nach Meinung der AKW-Betreiberin Iberduero, muß das ETA-Kommando zur Belegschaft des Werkes gehören, da die beiden Männer während der Aktion verumtumt waren, das Gelände jedoch unverkleidet wieder verlassen hatten...

Bereits am 18.3. vergangenen Jahres waren bei einer erheblich stärkeren Explosion einer Dynamitladung zwei Arbeiter von Lemoniz ums Leben gekommen, weil die Werksleitung die Bombendrohung nicht ernst genommen und nicht evakuiert hatte.

Die Arbeiter des AKW's haben den Tod ihres Kollegen als eine „Aggression gegen die Arbeiterklasse“ verurteilt (El Pais, 15.6.79), aber gleichzeitig auf einer Vollversammlung der ganzen Belegschaft erklärt, daß sie in den Streik treten werden, bis eine allgemeine Debatte über die Atomenergie im Baskenland veranstaltet wird und ein Referendum zu dieser Frage stattfindet. Ihre persönliche Sicherheit könne nur durch politische Entscheidungen in Sachen Atomenergie gewährleistet werden.

Inzwischen haben sich auch die beiden Kommunalparlamente von Lemoniz und Munguia, von denen vor den letzten Kommunalwahlen der Bau des AKW's erlaubt worden war, für einen Baustop ausgesprochen (diese Rathäuser sind nach den Kommunalwahlen von reformistischen und

linken baskischen Parteien besetzt worden). Damit ist dem AKW von Lemoniz die einzige offizielle Baugenehmigung, über die die Betreiberin Iberduero verfügte, entzogen worden.

Für erhebliche Unruhe unter den spanischen Polizei- und Grenzbeamten im Baskenland sorgte in der letzten Woche die Ankündigung des politisch-militärischen ETA-Flügels, wieder zum bewaffneten Kampf überzugehen, wenn das Autonomiestatut, wie es vom baskischen Generalrat beschlossen wurde, im spanischen Parlament beschnitten würde. In dem „Statut von Guernica“ wird die Ersetzung der spanischen Sicherheitskräfte durch eigene baskische Polizeiorgane festgelegt.

ETA/m drohte in ihrem Kommuniqué: „Also fordern wir den sofortigen Rücktritt bzw. Verlassen des nationalen Gebietes aller Verantwortlichen und Beamten des spanischen Staates. In diesem Sinne verurteilen wir von jetzt an alle Regierungsverantwortlichen oder Beamte des spanischen Staates in Euskadi zum Tode, unabhängig von ihrer Stellung und unabhängig davon, auf welchem Gebiet sie ihre Funktionen ausüben“ (El Pais, 14.6.79).

ETA/pm hatte über einen längeren Zeitraum Aktionen dieser Art aus politischen Erwägungen abgelehnt. Diese Ankündigung, die im Baskenland offenbar sehr ernst genommen wird, zumal sie gleich von sieben Bombenanschlägen gegen öffentliche Einrichtungen in San Sebastian begleitet war, zeigt, daß auch die Teile der baskischen Linken, die einige Jahre lang auf tatsächliche politische Reformen gesetzt hatten, keinen anderen Ausweg als den bewaffneten Kampf mehr sehen.

Bei den Grenzbeamten in Irun löste die Ankündigung von ETA/pm eine wahre Panik aus. Sie beschlossen am 15.6. in einen unbefristeten Streik zu treten, um ihre Ablösung aus Euskadi durchzusetzen. Aus Madrid kamen gleich Androhungen von Bestrafungen, falls die Grenzbeamten einfach ihre Posten verlassen würden.

Spanische Bullen raus aus Euskadi!

Spanien-Kommission

Krebs am Arbeitsplatz

„Bei einer routinemäßigen Röntgenuntersuchung stellte der Werksarzt bei einem 46-jährigen Chemiarbeiter eine Geschwulst fest, die sich als bösartiger Tumor herausstellte. Trotz sofortiger Entfernung des betroffenen Lungenflügels starb der Patient acht Jahre später an Lungenkrebs. Auf der Suche nach den Ursachen der Krebserkrankung konnte der Chemiewerker seinen Ärzten eine ganze Liste chemischer Stoffe ausführen, mit denen er während seines über 25-jährigen Berufslebens in Berührung gekommen war. Und es waren Substanzen der allerersten Giftgarnitur darunter, unter anderem „eine Vielzahl krebserregender Substanzen“, so Professor Woiwotz von der Universität Gießen in seiner Eröffnungsrede anlässlich der diesjährigen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin in Münster („Welt“, 4.5.79).

gutachten, April 78, Drucksache 8/1938, S. 46).
Einer der Gründe für die ständig steigende Krebsrate im Arbeitsleben gibt der Würzburger Toxikologe Professor Henschler, Vorsitzender der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), die jährlich die MAK-Wertlisten (MAK = maximale zulässige Arbeitsplatzkonzentration) erarbeitet, folgendermaßen an: „Fast alle krebserregenden Stoffe können beim Tierversuch erkannt werden, aber meist werden vor ihrer Einführung ins Arbeitsleben keine Tierversuche durchgeführt“ („Umschau“, Ztg. der IG Chemie, Sept. 1977).
Selbst wenn das neue Chemikaliengesetz in diesem Jahr in Kraft treten soll, werden die Probleme nicht weniger werden. Allein die Prüfung der jährlich 500 neu auf den Arbeitsmarkt gebrachten Chemikalien findet nur in

DFG-Senatskommission auch bei „zusätzlichen Schutzmaßnahmen“ nicht über den Weg, so daß bei krebserregenden Substanzen wie z.B. Asbest (s.a. AK 155) mit Technischen Richtkonzentrationen (TRK-Werten) gearbeitet wird. Auch „bei Einhaltung der TRK-Werte“, so die Kommission, sei „das Risiko einer Beeinträchtigung der Gesundheit nicht völlig auszuschließen.“ Hieraus wird nicht etwa ein Verbot solcher Krebserreger in Erwägung gezogen, sondern das Heil in den „fortgesetzten Verbesserungen der technischen Gegebenheiten und der technischen Schutzmaßnahmen“ gesucht.
Wie verheerend sich solche Richtlinien anstelle von gesetzlichen Regelungen (MAK-Werte) auswirken, zeigt auch die Tatsache, daß der Beruf Chemiker zu den am stärksten krebgefährdeten Arbeitsplätzen zu rechnen ist. In Forschungslaboratorien, in denen nur Richtlinien gelten, wird nicht selten in Krebserregern „gebadet“.

Diese zentrale Marktwirtschaft stellt eine Gefährdung von Millionen von Arbeitern dar, weil die Kapitalisten natürlich an „wirtschaftlichen Werten“ interessiert sind, wie auch der PVC-Skandal gezeigt hat. Nachdem die vermehrten Leberkrebsfälle nicht mehr dem Alkohol- und Zigarettenkonsum (hier ist der Synergismus bis ins Detail erforscht) zugeschrieben waren, wurde der MAK-Wert um das 100-fache (!) gesenkt und der Schadstoff Vinylchlorid wurde in die Krebsliste aufgenommen.

Vertuschen bis zum bitteren Ende

Selbst die Ächtung eines Schadstoffes garantiert nicht Verzicht solcher Substanzen. Im Gegenteil, ruchbar gewordene Stoffe werden kurzerhand kodiert.

So z.B. BHT, ein Stoff, der im Walzwerk dem Öl zugesetzt wird, damit es länger verwendet werden kann. Das Vergiftungsregister kommt zu dem Schluß, daß bei BHT (2,6 Di-tertiär-butyl-4-methyl-phenol), keine toxischen Wirkungen bekannt seien. Unter dem richtigen Namen wird dem Stoff eine hohe Giftigkeit beigegeben, nicht Verzicht solcher Substanzen. Im Gegenteil, ruchbar gewordene Stoffe werden kurzerhand kodiert.

So z.B. BHT, ein Stoff, der im Walzwerk dem Öl zugesetzt wird, damit es länger verwendet werden kann. Das Vergiftungsregister kommt zu dem Schluß, daß bei BHT (2,6 Di-tertiär-butyl-4-methyl-phenol), keine toxischen Wirkungen bekannt seien. Unter dem richtigen Namen wird dem Stoff eine hohe Giftigkeit beigegeben, nicht Verzicht solcher Substanzen. Im Gegenteil, ruchbar gewordene Stoffe werden kurzerhand kodiert.

Erst kürzlich konnte die IG Chemie die in der Industrie gängige Praxis um einen Fall anreichern: In einer Papierindustrie war Pentachlorphenol – mit dem Seveso-Gift verwandt – kodiert als keimtötendes Mittel für Altpapier verwendet worden.

Und wenn alle Stricke reißen, wird der Einsatz solcher Substanzen ins Ausland verlagert. Der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsverbandes ICF, Charles Levinson, mußte alle Mitgliedsgewerkschaften darauf hinweisen, daß der Kodak-Konzern eine nachweislich krebserzeugende Substanz „Dimethylsulfat“ durch Codeangaben verschlüsselt, um die Arbeiter in Sicherheit zu wiegen (Charles Levinson, „PVC zum Beispiel“, robor aktuell, 1974, s. Vorwort). Mildred Scheels Meinung nach könnten 80.000 Bundesbürger jährlich gerettet werden, ja, wenn sie die Krebsvorsorge beachten würden. „Zigaretten und Alkohol in Verbindung miteinander, sowie einseitig fette und vitaminarme Ernährung und zu kaltes oder zu heißes Essen würden das Krebsrisiko eindeutig erhöhen“, erklärte sie auf dem diesjährigen Internationalen Workshop zur primären Krebsvorbeugung in New York. Wer's glaubt, ... („Süddeutsche Zeitung“, 12.6.79).

Aufruf:

Bei der derzeitigen schwammigen Gesetzeslage (MAK-Wertliste, Arbeitsstättenverordnung, Betriebsverfassungsgesetz) sind bessere Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz u.a. durch Betriebsvereinbarungen durchsetzbar. Dies stößt nicht selten dort an seine Grenzen, wo die Demagogie „Umweltschutz vernichtet Arbeitsplätze“ seitens der Kapitalisten und – der SPD-Betriebsräte – einsetzt. Mit dieser Artikelfolge wollen wir eine Diskussion einleiten, um eine bestmögliche und einheitliche Vorgehensweise im Kampf gegen den Krebs am Arbeitsplatz zu entwickeln bzw. herauszufinden, auf welche Schwierigkeiten dies stößt.

Hierzu ist es jedoch erforderlich, daß Materialien (bereits abgeschlossene Betriebsvereinbarungen, Schutzvorschriften etc.) und Leserbriefe zahlreich bei uns eingehen.

AKW-Nein-Kommission

HCH-Skandal in Hamburg: Boehringer muß zur Rechenschaft gezogen werden!

Was noch vor ein paar Monaten als Milchskandal in Hamburg Vierlanden bekannt wurde, nimmt immer größere Ausmaße an. Kaufte Boehringer vor kurzem noch stillschweigend die gesamte Porreeernte (20 Tonnen) auf, um sie zu vernichten, will das Werk sich nun bei Bekanntheitsgraden immer weiterer Verseuchungen aus der Verantwortung schleichen.

In der Umgebung des berüchtigten HCH-Produzenten wurden im Boden erhöhte Werte gefunden, wonach 14 Gemüsebauern der Umgebung der Verkauf ihrer Produkte verboten wurde. Dies verwundert mittlerweile keineswegs, nachdem bekanntgeworden ist, daß täglich 10 Kilogramm HCH aus dem Schornstein auf die Umgebung niederrieselt. Betriebsleiter Krum hält diese Zahl für „realistisch“ und gibt auch unumwunden zu, daß der Boden in Vierlanden derart verseucht ist, daß er auf Jahre nicht für Gemüseanbau genutzt werden kann. „Ich könnte mir allerdings eine Umstellung auf Blumen vorstellen“, so Krum in der Bergedorfer Zeitung vom 14.6. Doch das Makabre in der Situation besteht darüber hinaus darin, daß Boehringer mit 10 Kilogramm pro Tag nur ein Viertel der zugelassenen Höchstmenge abgibt.

Nachdem die Behörden lange genug nach den ersten Messungen von HCH in der Milch Zeit verstreichen ließ, mal direkt am Schornstein des Werkes zu messen, wird es wahrscheinlich noch Monate dauern, bis die in der Umgebung wohnende Bevölkerung, die Gemüsebauern und vor allem die Arbeiter von Boehringer untersucht werden.

Bisher lehnt die Firmenleitung die Untersuchung von Beschäftigten mit der Begründung ab, daß sie „eine Panik unter der Belegschaft befürchteten“ (GP, 6/79)!

Um das Ausmaß einer Vergiftung des Körpers mit HCH festzustellen, müssen Proben aus dem Fettgewebe entnommen werden. Bisher zieht sich der Werksarzt hinsichtlich solcher gezielten Untersuchungen auf HCH mit der Begründung aus der Affäre, daß dazu die Zustimmung der Arbeiter(innen) notwendig sei (ebenda). Womit er natürlich sagen will, daß diese gar nicht wollen! Tatsache ist aber, daß diese Untersuchungen auf HCH eine der ersten Forderungen des Betriebsrates war (GP 6/79).

Mittlerweile hat die Bezirksversammlung von Bergedorf einen merkwürdigen Vorschlag zur „Lösung“ des HCH-Problems gemacht. Statt ein sofortiges Verbot der HCH-Produktion bei Boehringer auszusprechen und die Gemüsebauern und Kleingärtner in vollem Umfang zu entschädigen, schlägt sie vor: „Die jetzigen Gemüsebauflächen und Kleingärten in Gewerbeflächen umzuwandeln, wenn sicher ist, daß dieses Gebiet durch HCH-Verseuchung längerfristig für Gemüseanbau nicht genutzt werden kann.“ (HA 16.6.79)

So soll Boehringer weiter die Gegend vergiften, aber es sollen keine Bauern mehr da sein, durch die es Ärger geben könnte.

Doch läßt sich aus dem Vorbild der Firma Merck in Hessen noch Schlimmeres erahnen. Unter Umständen plant sogar Boehringer selbst, daß diese Gewerbeflächen aufzukaufen oder der Hamburger Senat kann endlich das von der Bevölkerung bekämpfte Projekt einer Güterumgehungsbahn in diesem Gebiet durchsetzen.

AKW-Nein-Kommission

Zeltlager soll das Wasserkraftwerk in Nordnorwegen verhindern!

Die Urbevölkerung Norwegens, die Samen, werden wie die Indianer in den USA als Minorität gesehen und entsprechend behandelt. Es waren norwegische Siedler, die den Samen das Land raubten.

Um 1300 reichte der norwegische

Finnmarkvidda bestimmen soll. Der Ausbau muß verhindert werden! Verschiedene Aktionsformen sind angekündigt und die Volksaktion gegen den Bau des Alta-Kautekeine-Wasserkraftwerkes wird u.a. Zeltlager im

Zeltlager soll das Wasserkraftwerk in Nordnorwegen verhindern!

Die Urbevölkerung Norwegens, die Samen, werden wie die Indianer in den USA als Minorität gesehen und entsprechend behandelt. Es waren norwegische Siedler, die den Samen das Land raubten.

Um 1300 reichte der norwegische Staatsverband nicht weiter als bis Malangen. Das Land, das nördlich daran grenzte, das Samenland, wurde oft von norwegischen Heerscharen heimgesucht, man konnte dort reiche Beute machen. Als um 1600 bekannt wurde, daß es in den Bergen des Samenlandes reiche Mineralvorkommen gebe, setzte ein Rush der Siedler ein. Sie ließen sich längs der Küste nieder und vertrieben die samische Urbevölkerung. Damit nicht genug, in der folgenden Zeit wurde versucht, die Kultur der Samen zu zerstören, um sie in den norwegischen Staatsverband integrieren zu können. Z.B. wurde die Volksmusik der Samen, das Joiken, bis in dieses Jahrhundert hinein verboten, Zuwiderhandlungen wurden mit dem Tode bestraft. Die konsequente Fortführung der kulturellen Zerstörung war gleichzeitig verbunden mit dem allmählichen Entzug der Lebensgrundlage der Samen. Durch den Bau riesiger Wasserkraftwerke wurde der Siedlungsraum immer weiter eingegrenzt. Würde das geplante Wasserkraftwerk in Alta-Kautekeino gebaut, es soll direkt im Kerngebiet der Samen entstehen, hätte das katastrophale Folgen für die samische Bevölkerung (s. hierzu auch AK 147).

Dieser Bau muß verhindert werden! Die örtliche Volksaktion ruft zur Teilnahme an einem Zeltlager auf, mit dem Ziel, den Baubeginn zu verhindern. Das Aufrufblatt der lokalen Abteilung der Volksaktion, in Tromsø, wollen wir im Folgenden wiedergeben:
SOMMERLAGER – EINE SCHULE IM KAMPF FÜR DIE UMWELT
Auf zum Kampf gegen das Wasserkraftwerk in Alta-Kautekeino!
– der Beschluß des Stortings ist ein Übergriff auf die ortsansässige Bevölkerung,
– die Rentierhaltung ist betroffen,
– der Lachsbestand wird ausgerottet und viele Arbeitsplätze gehen dadurch verloren,
– Nord-Europas größter Canyon wird eingedämmt,
– größte Fehler während der Projektprüfung,
– der Ausbau ergibt geringe Energie und wird sehr teuer,
– eine klare Mehrheit in der Kommunalverwaltung und der örtlichen Bevölkerung ist gegen den Ausbau und für eine erneute Behandlung im Storting,
– die Frage bleibt, wer über die

Finnmarkvidda bestimmen soll. Der Ausbau muß verhindert werden! Verschiedene Aktionsformen sind angekündigt und die Volksaktion gegen den Bau des Alta-Kautekeine-Wasserkraftwerkes wird u.a. Zeltlager im Gebiet des geplanten Werkes arrangieren. Dafür brauchen wir auswärtige Hilfe.

„Ihr seid willkommen. Wir brauchen eure Hilfe. Es waren auswärtige Leute, den den Bau verfügt haben und es ist gut, wenn uns auswärtige Leute helfen, diesen Beschluß rückgängig zu machen“ (Kato Johansen, Volksaktion).

EINE SCHULE IM UMWELT-KAMPF!

Das Zeltlager liegt im Tverrelv-Tal. Von hier aus soll der Weg zum Gebiet des Dammes führen. Ohne diesen Weg können die Damm- und Tunnelarbeiten nicht beginnen. Die entscheidenden Kraftproben werden also im Tverrelv-Tal stattfinden. Freie Tage werden zur Schulung für Natur- und Umweltfragen benutzt. Aus dem Programm:
– Alta-Kautekeine-Bau
– Energie
– Tag der Arbeitsgruppe
– Ölbohrungen nördlich vom 62. Breitengrad
– Atomkraft in Norwegen?
– Ausflug zum Dammbereich im Sautso-Canyon
– Organisation des Lagers

Ansonsten bietet die Gegend reiche Ausflugs- und Angelmöglichkeiten. NIMM FREUNDINNEN, FREUNDE UND FAMILIE MIT UND MACH SOMMERFERIEN IN ALTA! Reisemöglichkeiten: Schiff, Zug, Bus und Gemeinschaftsreisen. Nähere Auskünfte sind zu erhalten bei s.n.m.-Tromsø Folkeaksjonen-teltleirgrupp

Boks 924
9001 Tromsø c/o Einar Wisloff
9510 Elvebakken
Norwegen

Folkeaksjonen-teltleirgrupp
Gronland 26
Oslo 1
tel.: 00472/195905

Wer vor der Reise Informationen haben will, hier eine kleine Literatursammlung
Pogrom-Sonderheft
über die Konferenz der Weltbevölkerung in Kiruna 1977
(Gesellschaft für bedrohte Völker)

„Same-Kulturen“, deutsche Ausgabe erhältlich, Autoren sind Ornluf Voren und Ernst Manker

Skandinavien-Kommission

Die Entwicklung der Krebssterblichkeit in der Bundesrepublik

JAH	Einw	Kr. Tote	KSt	JAH	Einw	Kr. Tote	KSt
1949	50	86 675		1964	58,588	123 773	211
1950	50,336	86 574	172	1965	59,297	127 310	215
1951	50,726	89 549	176	1966	59,793	129 770	217
1952	51,052	92 161	180	1967	59,949	129 935	217
1953	51,640	92 680	179	1968	60,463	133 577	221
1954	52,127	94 725	182	1969	61,195	134 084	219
1955	52,698	97 273	186	1970	61,001	134 301	220
1956	53,319	101 055	191	1971	61,503	136 918	223
1957	53,994	105 033	194	1972	61,809	135 722	220
1958	54,606	105 099	193	1973	62,101	138 236	223
1959	55,123	108 686	197	1974	61,992	139 983	226
1960	55,785	112 005	201	1975	61,645	143 325	232
1961	56,589	114 012	202	1976	61,577	143 392	233
1962	57,247	116 867	204	1977	61,418	143 864	234
1963	57,865	120 751	209	1978	61,282	145 404	237

Erläuterungen:

Die zweite Kolonne enthält die Einwohnerzahlen in Millionen. Die Angaben beziehen sich auf die Wohnbevölkerung im Bundesgebiet (Gebietsstand 31.12.1977) und schließen Westberlin ein, sowie für die Jahre 1950 bis 1955 das Saargebiet. Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stand und Entwicklung der Bevölkerung, Fachserie 1, Reihe 1.1 - Verlag: W. Kohlhammer GmbH Stuttgart und Mainz.

Die dritte Kolonne enthält die Krebstoten. Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Todesursachen, Fachserie 12, Reihe 4 - Verlag: W. Kohlhammer GmbH.

Die vierte Kolonne (KSt) enthält die Krebssterblichkeit für 100 000 Einwohner. Die Angaben in dieser Kolonne erhält man dadurch, daß man die Anzahl der Krebstoten (3. Kolonne) durch die Einwohnerzahl (2. Kolonne) dividiert und das Ergebnis mit 100 000 multipliziert.

Erläuterungen:

Die zweite Kolonne enthält die Einwohnerzahlen in Millionen. Die Angaben beziehen sich auf die Wohnbevölkerung im Bundesgebiet (Gebietsstand 31.12.1977) und schließen Westberlin ein, sowie für die Jahre 1950 bis 1955 das Saargebiet. Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stand und Entwicklung der Bevölkerung, Fachserie 1, Reihe 1.1 - Verlag: W. Kohlhammer GmbH Stuttgart und Mainz.

Die dritte Kolonne enthält die Krebstoten. Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Todesursachen, Fachserie 12, Reihe 4 - Verlag: W. Kohlhammer GmbH.

Die vierte Kolonne (KSt) enthält die Krebssterblichkeit für 100 000 Einwohner. Die Angaben in dieser Kolonne erhält man dadurch, daß man die Anzahl der Krebstoten (3. Kolonne) durch die Einwohnerzahl (2. Kolonne) dividiert und das Ergebnis mit 100 000 multipliziert.

Nach Berechnungen bei der „Jahrestagung Arbeitssicherheit 78“ werden in der Bundesrepublik etwa 1,2 Mio. Menschen an „beruflich“ bedingtem Krebs erkranken, und der Internationale Krebskongreß in Buenos Aires kam zu dem Schluß, daß 90 % aller Krebsarten auf die Produktion chemischer Gifte zurückzuführen ist.

Der amerikanische Arbeitsminister Califano äußerte die Befürchtung, daß „innerhalb der nächsten 30 Jahre 20 Prozent aller Neuerkrankungen durch krebserzeugende Substanzen ausgelöst werden, denen der Mensch in der Berufswelt ausgesetzt ist“ („Gewerkschaftspost“, 11/78, siehe auch AK 143).

Waren 1958 ganze drei Arbeitsstoffe als krebserregend eingestuft worden, wurden 1970 neun als krebserzeugend anerkannt; 1975 standen 26 Stoffe auf der Liste, 1976 waren es 40 und ein Jahr später hatte die Krebsliste bereits 46 erreicht. Etwa die gleiche Anzahl von Giftstoffen steht derzeit im Verdacht, krebserregend zu sein. Kein Wunder, daß Krebs als kommende Volksseuche Zukunft hat. Auch die Krebssterblichkeitsliste vom Statistischen Bundesamt zeigt auf, daß sich die Zahl der Krebstoten in den letzten 30 Jahren fast verdoppelt hat (s. Tabelle). Damit es niemand merkt, werden beim Chemiekonzern Bayer AG 150 Arbeiter im Alter über 45 Jahren zur Verarbeitung bestimmter Chromsubstanzen eingesetzt, in der Hoffnung, daß der Krebs wegen seiner Latenzzeit nicht vor dem Rentenalter ausbricht. Und das IG-Metall-Vorstandsmitglied Heinz Partikel fühlte sich angesichts des Vorschlages des Hoechst-Betriebsarztes Loskant, diese längst gängige Praxis auszudehnen, an die Nazizeit erinnert: „Wer so argumentiert, der selektiert menschliches Leben“ („Wirtschaftswoche“, 2.9.77).

Warum steigt die Krebsrate?

Selbst die kurzfristige Berührung von krebserregenden Stoffen bleibt in der Regel nicht ohne Folgen.

Im Umweltgutachten der Bundesregierung vom April '78 findet sich folgendes Beispiel: „Die Behandlung schwangerer Frauen mit Diäthylstilböstrol führte bei deren weiblichen Nachkommen im Alter von 15 bis 23 Jahren zu Scheidenkrebs“ (Umwelt-

Ausnahmefällen statt. Von einer Überprüfung der derzeit 60.000 bereits im Handel befindlichen Stoffe ganz zu schweigen. Im Umweltgutachten der Bundesregierung liest sich das so: „Den aufwendigen experimentellen Untersuchungen sind sowohl von der finanziellen Seite als auch wegen der nötigen speziellen Erfahrungen enge Grenzen gesetzt: In der Bundesrepublik dürfte es nicht mehr als 5 Institutionen geben [einschließlich industrieller Toxikologie-Abteilungen], die regelmäßige Carcinogenese-Versuche durchführen“ (Hervorhebung v. Verfasser, Umweltgutachten s.o., S. 46).

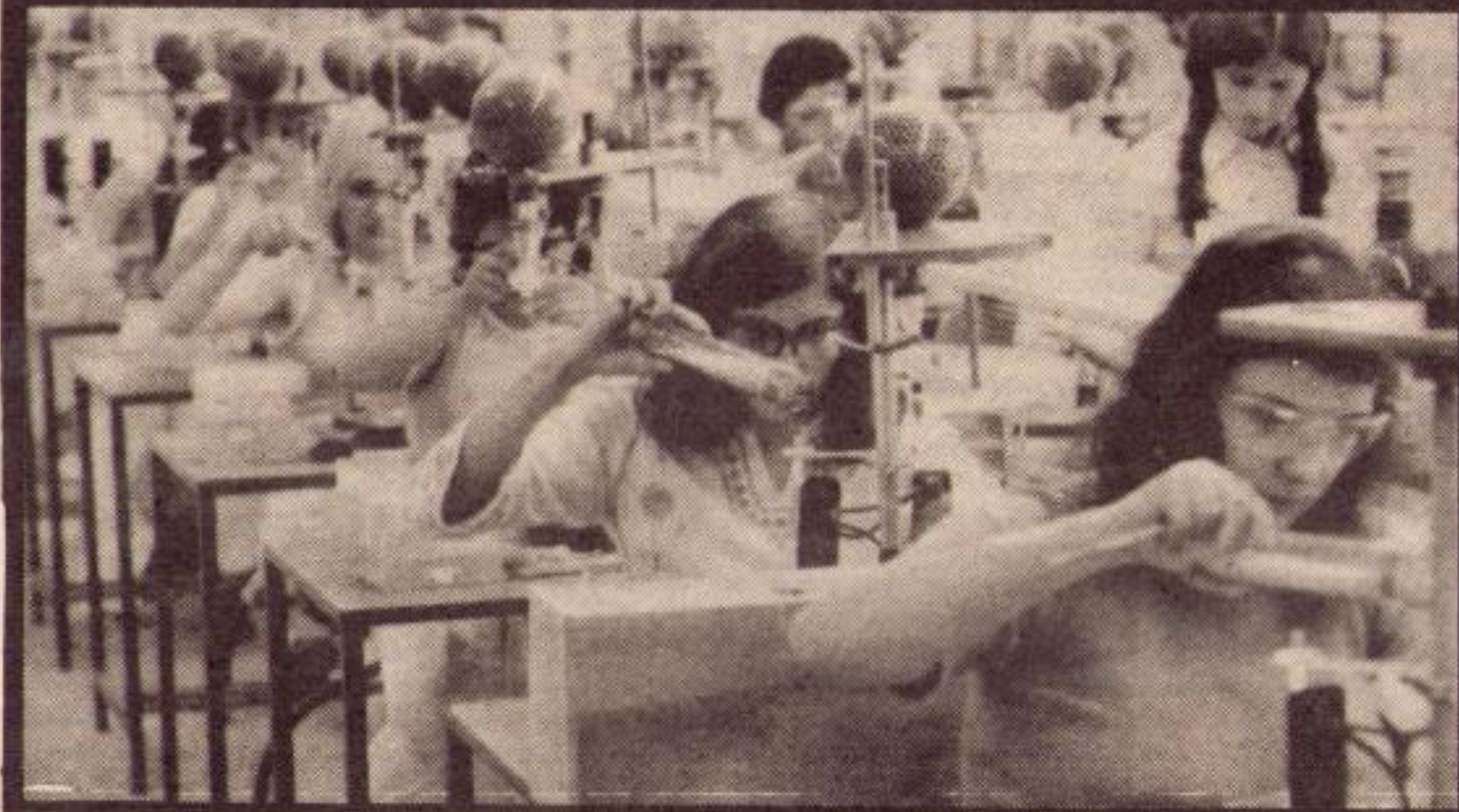
Neben der Erforschung wirken die Kapitalisten auch an den gesetzlichen Regelungen direkt mit. So besteht die 39-köpfige „Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe“, die der DFG untergeordnet ist, fast zur Hälfte aus Vertretern der Wirtschaft. Allein 14 Vertreter stellen die Chemiekonzerne Merck, Bayer, BASF und Hoechst.

Hier werden die MAK-Werte festgelegt, „... die nach dem gegenwärtigen Stand der Kenntnis (und die liegt von der Herstellung über die Erforschung zur gesetzlichen Regelung fast ausschließlich in der Hand der Kapitalisten) auch bei wiederholter und langfristiger, in der Regel täglich 8-stündiger Einwirkung [des Gas, Dampf- oder Schwebstoffes], jedoch bei Einhaltung einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit bis zu 45 Stunden im allgemeinen die Gesundheit der Beschäftigten nicht beeinträchtigt und diese nicht unangemessen belastigt“ („Mitteilungen der DFG“, Nr. XIII, S. 5).

Daß diese von der Wirtschaft mitarbeiteten MAK-Werte nicht als absolut anzusehen sind, zeigen die ständig ansteigenden Berufskrankheiten, die mittlerweile auf die 40.000 pro Jahr zugehen, obwohl es schwierig ist, eine Berufskrankheit attestiert zu bekommen. Ein weiterer Pferdefuß bei der Berechnung der MAK-Werte, die in der BRD durchweg eine Zehnerpotenz höher liegen als z.B. in der Sowjetunion oder Schweden, ist die Tatsache, daß diese Werte nur für „reine“ Stoffe ermittelt werden. Über die synergistische (zusammenwirkende) Auswirkung verschiedener Schadstoffe ist bisher nur in Ansätzen geforscht worden.

Aber selbst diesen Werten traut die

Betrieb und Gewerkschaft



Jusos im Auftrag der SPD- und DGB-Oberen gegen die Positionen von DKP/SDAJ

In ARBEITERKAMPF Nr. 154 haben wir über Ziele und Methoden einer SPD-Kampagne gegen eine angebliche Unterwanderung der Gewerkschaften, speziell der Gewerkschaftsjugend, durch die DKP/SDAJ berichtet. Eingeleitet von DGB-Führern, unterstützt von den „Linken“ im SPD-Parteivorstand, wird diese Kampagne mit rechten Breitseiten seitens der bürgerlichen Presse, der Unternehmerverbände sowie rechtssozialdemokratischer Gewerkschaftsspitzen (insbesondere aus der IG Bergbau) betrieben. Mittlerweile wird das Ausmaß eines konzentrierten antikommunistischen Angriffs auf Positionen der DKP immer offensichtlicher. Linkssozialdemokratische Gewerkschafter und insbesondere die Jusos werden dabei als „nützliche Idioten“ zur „linken“ Abtarnung dieser Angriffe von rechts eingesetzt. Wir haben dies bereits am Beispiel des „Oberurseler Papiers“ zur Kritik an der DKP-Gewerkschaftsstrategie im vorletzten AK nachgewiesen.

Jusos sollen Vertrauen in die SPD wiederherstellen

Jusos sollen Vertrauen in die SPD wiederherstellen

Am Beispiel des Junker/Scherf-Papiers zur Strategie der SPD haben wir im AK 154 über die Bemühungen der SPD berichtet, verlorengegangenes Vertrauen bei den Gewerkschaften und in der Jugend zurückzugewinnen. Eine besondere Rolle spielen dabei die Jusos. Zunächst setzte die SPD-Führung auf massiven Druck, um die Jusos gefügig zu machen. Höhepunkt war der Ausschluss des zum Vorsitzenden gewählten Benneter 1977 (Benneter gehörte dem Stamokap-Flügel der Jusos an).

Es folgte eine Phase, die Jusos am kurzen Zügel zu halten, ihre Führungsspitzen enger an die SPD-Führung zu binden. Unter Leitung des heutigen Vorsitzenden Schröder haben die Jusos mit ihrem Bundeskongress Ende März/Anfang April dieses Jahres diesen Prozess abgeschlossen. Die Parteiführung belohnte sie vor wenigen Tagen, indem sie den sogenannten „Maulkorbberaub“ (Zensur der Juso-Veröffentlichungen durch den SPD-Parteivorstand) aufhob.

Auf dem Bundeskongress hat Schröder folgende Schwerpunkte der Arbeit der Jusos verkündet:

- verstärktes Engagement der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
- Verbesserung des Verhältnisses zur SPD-Spitze und zum DGB.

In der Gewerkschaftsarbeit haben die Jusos jetzt einen regelmäßigen Informationsdienst für diesen Bereich heraus und führen zusammen mit Gewerkschaftsfunktionären Ausbildungsseminare durch.

In diesen Beratungen werden die Möglichkeiten abgecheckt, die die Jusos haben, wirklich als tragende Kraft der gewerkschaftlichen Jugend(funktionärs)arbeit zu wirken – oder ob nicht über die SPD-„Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ (AfA) ein neuer Jugendverband zu gründen wäre. Damit wurde offen gedroht. Egon Bahr auf dem Juso-Kongress: „Wenn ihr nicht in der Lage seid, die Sorgen der Jugend aufzunehmen und politisch umzumünzen, dann dürft ihr der Partei keine Vorwürfe machen. Wenn nicht ihr, wer dann? Dieser Beitrag der Jungsozialisten wird für die Partei notwendig

bleiben“ („Jugendpolitische Blätter“, 5/79). Schröder stellte in seiner Rede erleichtert fest, daß die Gefahr eines AfA-Jugendverbandes nach Gesprächen mit der AfA- und Parteiführung gebannt sei. Voraussetzung dafür sei die „Neuorientierung auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ gewesen („Sozialistische Korrespondenz“ 11. Juni 1979).

Zurückdrängung des DKP-Einflusses

In seiner Kongress-Rede nahm Schröder die wichtigsten Punkte der Kritik an der DKP/SDAJ aus dem „Oberurseler Papier“ auf und stellte fest: „Die DKP ist als konkurrierende Organisation außerordentlich ernst zu nehmen. Ihre Strategie zielt auf alle Bereiche der gewerkschaftlichen Arbeit, vor allem auf die Jugendarbeit und die innergewerkschaftliche Bildungsarbeit“ (ebenda); also genau die Bereiche, wo heute auch die Hauptangriffe gegen die DKP laufen.

Die Entwicklung der Juso-Politik der letzten zwei Jahre macht deutlich, daß sie fleißig dabei sind, sich gemäß Parteauftrag von ihrem einstmaligen „linken“ Anbiederer (siehe „Jugendpolitische Blätter“ 5/79) zu trennen.

Die Entwicklung der Juso-Politik der letzten zwei Jahre macht deutlich, daß sie fleißig dabei sind, sich gemäß Parteauftrag von ihrem einstmaligen (sich ständig anbietenden) Bündnispartner DKP abzusetzen:

- Wenn auch nicht sonderlich aktiv, unterstützen die Jusos das von der DKP abgelehnte Russell-Tribunal;
- engagieren sich die Jusos stark in der Bahro-Solidarität, wo die Konflikte zur DKP naturgemäß besonders stark sind (dieser Konflikt ist auch ein Hauptauslöser der Anti-DKP-Kampagne in der Gewerkschaftsjugend gewesen);
- schließlich – und derzeit wichtigstes Instrument, sich von der DKP abzusetzen: die neue „Bürgerrechtsbewegung“, die als Alternative u.a. zu den bestehenden Berufsverboteinitiativen aufgebaut wird, die ihrerseits unter starker Vorherrschaft der DKP stehen. Diese „Bürgerrechtsbewegung“ hat einen ausdrücklichen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der DKP bzw. SDAJ gefaßt.

Eine besondere Rolle kommt dabei der DGB-Jugend zu, was auch Schröder feststellte: „Das gespannte Verhältnis zwischen Jungsozialisten und DGB-Jugend ist erheblich verbessert worden. Es haben sich außerordentlich positive Formen der Zusammenarbeit entwickelt, die nicht zuletzt auch in der gemeinsamen Trägerschaft der Bürgerrechtsbewegung ihren Ausdruck finden“ („SK“ 11. Juni 1979).

Ausdrücklich hob der DGB-Bundesjugendsekretär Hawreliuk (selbst ehemaliges Juso-Vorstandsmitglied) in einem Grußwort an den Bundeskongress hervor, daß die von Jusos, Falken und DGB-Jugend aufgebaute „Bürgerrechtsbewegung“ ohne die SDAJ aufgebaut werde („Nachrichten“, 5/79).

Konkrete Auswirkungen der Anti-DKP-Kampagne

„Wir haben nicht genügend bedacht, daß politische Arbeit auch Spaß machen muß“ (Juso-Chef Schröder, laut „Jugendpolitische Blätter“, Juni 1979).

„Die Gewerkschaft kann doch nicht an dem vorbeigehen, was den Jugendlichen Spaß macht“, so Meino Nielsen vom DGB-Landesbezirk Niedersachsen und Mitorganisator des Pfingstjugendtreffens in Hannover

(„Welt der Arbeit“, 7.6.).

Das Hannoveraner Pfingstjugendtreffen ist ein Versuch gewesen, die neuen Formen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, die u.a. im „Oberurseler Papier“ gefordert wurden, anzuwenden. Es ist außerdem nicht zufällig zu Pfingsten, alternativ zu den üblicherweise stattfindenden Zeltlagern und Aktivitäten der SDAJ angesetzt worden. „Wir wollen die verbläute politische Jugendarbeit nicht mehr. Sie ist einfach nicht angekommen“, so Meino Nielsen (ebenda). Der Erfolg allerdings ist zweifelhaft: statt der groß angekündigten 25 000 bis 30 000 Jugendlichen erschienen nach unterschiedlichen Angaben zwischen 5 000 und 8 000, wobei sich zeigte, daß es mit der Mobilisierungsfähigkeit der Organisatoren nicht weither ist. Zweifelloser Erfolg war dabei die Organisation des immer gut besuchten Kulturprogramms, während die politischen Aktivitäten im Gegensatz dazu extrem schlecht besucht waren und die Veranstaltungen zur Lage der Arbeiterjugend nicht einmal 100 Jugendliche anlockten; kein Wunder, wenn gleichzeitig eine Rockband spielt. Hier droht durchaus die Gefahr einer noch weitergehenden Entpolitisierung der Gewerkschaftsjugend, wenn sie anlocken; kein Wunder, wenn gleichzeitig eine Rockband spielt. Hier droht durchaus die Gefahr einer noch weitergehenden Entpolitisierung der Gewerkschaftsjugendarbeit, wie sie DGB-Vorstandsmitglied Karl Schwab (zuständig für Jugendarbeit) ja durchaus vorschwebt (siehe AK 154).

Einen ersten massiven Schlag führte die SPD über die DGB-Jugend in Stuttgart gegen die SDAJ. Anlaß hierfür war das Erscheinen des Informationsblatts des Stadtjugendrings (Zusammenschluß verschiedener Jugendverbände), in dem in der Regel den Mitgliedsorganisationen eine Seite zur Verfügung steht. Die SDAJ hatte ihre Seite mit einem Aufruf gefüllt, die DKP-Kandidaten zu den Europawahlen zu wählen. Diese Wahlpropaganda nahm die Stuttgarter DGB-Jugend zum Anlaß, ihre Mitarbeit im Stadtjugendring vorerst einzustellen. Das Vorgehen ist allerdings sehr durchsichtig: Neben dem konkreten Anlaß dehnte der DGB-Jugendvertreter die Kritik gleich noch auf den „Aktionismus des Jugendrings“ aus. „Viele dieser Aktivitäten würden von der SDAJ getragen, weil die anderen Mitgliedsverbände keine Zeit dafür hätten“ („Stuttgarter Nachrichten“, 18.5.).

Wenn jetzt in einem Gespräch zwischen den Spitzen des Stadtjugendrings und dem DGB geklärt werden soll, wie eine weitere Mitarbeit der DGB-Jugend ermöglicht werden kann (laut „Die Neue“, 29.5.), so muß endlich auch die DKP mal begreifen, daß hier unmittelbar die Anwendung der gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf ihre Partei droht!

Vorgehen gegen die DKP umstritten

Während es durchaus Tendenzen in den Gewerkschaften gibt, die DKP aus DGB-Gremien rauszusäubern, scheint zur Zeit noch die Richtung zu überwiegen, die durch bewußte Förderung insbesondere der Jusos die DKP-Positionen zurückdrängen will. Diese Richtung hat an einer öffentlichen Diskussion um die DKP/SDAJ-Politik kein Interesse und möchte unter Zuhilfenahme des Apparats lieber innergewerkschaftlich die Kräfteverhältnisse verändern.

In diesem Sinne haben sich auch zwei führende Gewerkschafter zum „Oberurseler Papier“ zu Wort gemeldet: DGB-Bundesjugendsekretär Hawreliuk in der DGB-Jugendzeitschrift „solidarität“ vom Juni/Juli 79 und Bernhard Wurl, erster IG-Metall-Jugendsekretär in der „avanti“ vom Juni. Beide stimmen in der Kritik am „Oberurseler-Papier“ überein, daß es unnötigerweise Staub aufwirbelt. Wurl: „Diese Feststellungen (zur DKP-Politik im Papier) ... sind richtig, allerdings weder neu, noch so sensationell, wie sie jetzt verkauft werden“. Beide verweisen darauf, daß diese Kampagne von rechts instrumentalisiert werden könnte. Als Alternative schlagen sie ein größeres Engagement der Jusos vor (die von beiden wegen ihrer Abstinenz in der Gewerkschaftsjugendarbeit kritisiert werden). Hawreliuk verweist vor allem auf die verschiedenen Gespräche der führenden Gewerkschaftsjugendfunktionäre mit der DGB-Spitze.

Diese Linie setzte sich auch bei der Behandlung des „Oberurseler Papiers“ im Bundesjugendausschuß des DGB Anfang April mit 13 gegen 11 Stimmen knapp durch. Dort wurde eine Behandlung abgelehnt und festgestellt: das Papier sei nicht geeignet, die „Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen DGB und DKP“ zu fördern. Dort wurde eine Behandlung abgelehnt und festgestellt: das Papier sei nicht geeignet, die gute Zusammenarbeit zwischen DGB-Bundesvorstand und Bundesjugendausschuß „weiter zu entwickeln“. Außerdem distanzierte sich der Ausschuß mehrheitlich von dem Vorwurf der „kommunistischen Unterwanderung“ („solidarität“ 5/6, 1979).

Von dieser Seite wird insbesondere immer wieder positiv auf das Treffen zwischen DGB-Vorstand und Bundesjugendausschuß am 5. Dezember letzten Jahres hingewiesen. Dort wurde festgelegt:

- Die DGB-Einzelgewerkschaften werden an ihre Verantwortung für die Jugendarbeit erinnert.
- In den DGB-Jugendausschüssen sollen „die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Jugendarbeit und die Aufgabenfelder der Gewerkschaftsjugend unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation für die nächsten Jahre entwickelt werden“ (Karl Schwab in „solidarität“, 12/78). Was damit gemeint ist, hat am deut-

lichsten die IG Bergbau in ihren „Grundsätzen der Jugendbildungsarbeit“ formuliert: Als Ziel der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit wird dort angegeben: „Nur durch das Aufzeigen der Fortschritte und Rückschläge der Arbeiterbewegung und der tatsächlichen Wege dahin können sich realistische Vorstellungen über Durchsetzungskraft und gesellschaftliche Widerstände bei den jugendlichen Mitgliedern bilden. Dies ist notwendig, um überzogenen Erwartungshaltungen und Teilnahmslosigkeit vorzubeugen“ (dokumentiert in: „solidarität“ 12/78).

– „Der theoretische Ansatz und die Praxis gewerkschaftlicher Jugendbildungsarbeit müssen überdacht und überarbeitet werden“.

Und schließlich wurden auch personelle Maßnahmen zur stärkeren Kontrolle der Bildungssekretäre beschlossen: „Voraussetzung für die Anstellung als Jugend-Bildungsreferent soll es zukünftig sein, eine 18-monatige Sekretärsausbildung durchlaufen zu haben“ (Schwab in „solidarität“, 12/78).

Diese Maßnahmen laufen darauf hinaus: einerseits der Gewerkschaftsjugend mehr Spielraum für „unpolitische“ – nicht mit konkreten Forderungen verbundene – Betätigung zu geben (gegen die „überzogene Erwartungshaltung“), andererseits über die Gewerkschaftsvorstände eine strengere personelle Auswahl und eine schärfere Reglementierung der Arbeit von oben vorzunehmen. Das Hannoveraner Pfingstjugendtreffen war ein erster organisierter Schritt in diese Richtung. Es ist nicht zufällig, daß die „Welt der Arbeit“, reaktionäres DGB-Führungsorgan, diesem Fest unter hauptsächlichem Hinweis auf die „dufte Stimmung“ sogar die Titelseite widmete (7.6.).

Die WdA: „Der Erfolg der Veranstaltung läßt schon jetzt daran denken, durchaus eine regelmäßige Einrichtung daraus zu machen“ (7.6.). Wachsamkeit gegenüber dieser von oben geförderten Entpolitisierung der Gewerkschaftsjugendarbeit ist also angebracht.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Rotbuch zum Rotwerden...

Unser Buch gibt darüber eine ausführliche Analyse. Im Hauptteil werden über 100 ausgewählte „Fälle“ aus dem Bereich der IGM, ÖTV, IG Chemie, IG Drupa, HBV und GEW (darunter mehrere Massenausschlüsse) umfassend beschrieben und dokumentiert.

Handbuch in Paperback
654 Seiten
DM 22,-

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sog. Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser Ausschlussvorstoß praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende – und es sind keinesfalls nur Kommunisten, die dieser Vorstandsweilke zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenversöhnung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht.

Rotbuch
zu den
Gewerkschaftsausschlüssen

Über 100 Fälle
dokumentiert
mit mehr als
350 Original-
Dokumenten

DGB-Führer eröffnen neue Front gegen DKP-Kräfte im Gewerkschaftsbereich

Nach den Angriffen in der Gewerkschaftsjugend und der Bildungsarbeit wird jetzt eine weitere Domäne der DKP-Arbeit, über die sie Einfluß in den Gewerkschaften zu nehmen versucht, von der DGB-Führung angegriffen: die Wirtschaftswissenschaft.

Der Angriff begann mit einer Kritik des vom DGB betriebenen WSI (Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut) an den Vorstellungen der sogenannten „Alternativprofessoren“ zur Wirtschaftspolitik.

Mit einer gewissen Tradition nehmen verschiedene linke und kritische Wirtschaftswissenschaftler seit einigen Jahren Stellung zum sogenannten „Sachverständigengutachten“ über die Lage der Wirtschaft in der BRD, das die „Fünf Weisen“ im Auftrag der Bundesregierung alljährlich erstellen. Dem diesjährigen Alternativgutachten „Memorandum '79“ haben

sich 240 Wissenschaftler angeschlossen, viele unabhängige Linke, SPD- und DGB-Mitglieder sowie führend eine Reihe von DKP-Professoren. Die prominentesten unter diesen Wissenschaftlern sind die Bremer Professoren Hufschmid (DKP), Hickel und Schui.

Dieses Alternativgutachten findet in der Regel Eingang in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und wird dort zum Teil geschult. Anknüpfend an der WSI-Kritik hat jetzt DGB-Chef Vetter deutliche Zeichen gesetzt, daß die „Alternativler“ nicht mehr erwünscht sind. Vetter schreibt in einem internen DGB-Vorstandsurschreiben dazu, daß „der DGB“ in dem Alternativ-Gutachten „keine Unterstützung seiner wirtschaftspolitischen Ziele“ sehe. Dem Gutachten werden „entscheidende Abweichungen von gewerkschaftlichen Zielvorgaben“ angelastet, ohne daß konkret ausgeführt wird, worin denn diese „entscheiden-

den Abweichungen“ bestehen.

Bleibt schließlich, daß Vetter noch einmal unmißverständlich betont, wer im DGB bestimmt, was Linie ist: „Der Bundesvorstand ... macht daher ... darauf aufmerksam, daß ... die notwendige politische Akzentuierung der gewerkschaftlichen Zielsetzungen allein durch die gültigen oder zur Änderung vorgeschlagenen Fassungen des DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramms erfolgt und davon abweichende Vorstellungen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit unmißverständlich kenntlich zu machen sind“ (siehe auch nebenstehenden Abdruck des Vetter-Briefs).

WSI: theoretische Anpassung an gewerkschaftliche Realpolitik

In der Kritik am „Memorandum '79“ unterstellt das WSI den Verfassern:

— Sie handelten mit falschen Vergleichen, indem sie die Profitentwicklung in der BRD an einem Jahr mit niedrigeren Profiten messen (1975), so daß die Steigerungsrate „schockierend“ wirke. Dadurch, so das WSI, werde der Eindruck erweckt, die Gewerkschaften seien in der Interessenvertretung ihrer Mitglieder nicht erfolgreich gewesen.

Zu der „Memorandums“-These, daß die Profitsucht der Unternehmer die Vollbeschäftigung verhindere, schreibt das WSI, daß auch in den 50er und 60er Jahren „bei damals noch höheren Profiten Vollbeschäftigung möglich war“, so daß „auch jetzt zu hohe Profite kaum ein Hindernis für die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung sein“ können.

Kritik wird auch an der „Unterkonsumtionstheorie“ der Alternativ-Professoren geübt, nach der höhere Löhne, also mehr „Kaufkraft“, die Konjunktur ankurbelt und damit mehr Arbeitsplätze schaffe. Das WSI gibt zu bedenken, daß „Löhne auch Kostenfaktoren“ seien. „Was nützt dem Unternehmer eine für den Absatz zwar notwendige Nachfragesteigerung, wenn die dafür eingesetzten Mittel, nämlich die Lohnerhöhungen, die Produktion verteuern und die Rentabilität sinken lassen, die nicht zuletzt über Ausdehnung und Ein-

schränkung der Produktion entscheidet?“ — Damit ist die Realität und die Logik kapitalistischer Produktionsweise in der Tat trefflich beschrieben.

Für die DGB/WSI-Strategen freilich ist diese „realistische Sicht der Dinge“ nicht Anlaß, das ganze Lohnsystem in Frage zu stellen, sondern sich der kapitalistischen Logik unterzuordnen: d.h., weniger Lohn zu fordern, um größeren Profit zu ermöglichen (siehe auch AK 154 zur Kritik der gewerkschaftlichen Tarifpolitik).

Die DKP muß auch hier zur Kenntnis nehmen, daß ihre reformistische Position der Hebung der „Kaufkraft“ als Mittel zur Gesellschaftsveränderung angesichts veränderter ökonomischer Verhältnisse in der BRD nicht mehr geliebt wird. Sie war so lange gern gesehen, wie sie zur Bindung der Arbeiterklasse an die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung diente. Jetzt wird sie einfach auf den Müll geworfen.

Man darf gespannt sein, wie weit der DGB auch im Kreis der kritischen Wissenschaftler ein direktes Abrücken von der DKP fordern wird. (Angaben und Zitate aus „FAZ“, 21.5., „FR“, 22.5. und „Zeit“, 25.5.)

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

DGB-Bundesvorstand unterstellt sich die Oberurseler Schule direkt

Am 12. Juni meldete die „Frankfurter Rundschau“, daß das für Jugendarbeit zuständige DGB-Bundesvorstandsmittglied, Karl Schwab, sich die gewerkschaftseigene Bundesjugend-schule in Oberursel direkt unterstellt hat. Hinrich Oetjen bleibt Leiter der Schule. Oetjen und die Oberurseler im DGB sind die Verfasser des sog. „Oberurseler Papiers“ zur Strategie von DKP und SDAJ in den Gewerk-

schaften. Dieses Papier wurde von verschiedenen Seiten zum Anlaß genommen, eine antikommunistische Hetzkampagne gegen die DKP in den Gewerkschaften zu starten. Von Gewerkschaftslinken und besonders natürlich von der DKP/SDAJ gerieten die Oberurseler unter heftigen Beschuß — verschiedentlich wurde die Forderung aufgestellt, Oetjen zu entlassen.

Was bedeutet nun die Maßnahme von Karl Schwab, der immerhin nach der DGB-Bundesjugendkonferenz 1977 die Kampagne gegen DKP/SDAJ-Kräfte im DGB eröffnet hatte?

Bisher unterstand die Oberurseler Schule der Abteilung Jugend beim DGB und damit dem starken Einfluß des Bundesjugendausschusses (BJA), einem Gremium aus hauptamtlichen Jugendfunktionären der DGB-Landesbezirke und der Einzelgewerkschaften. Dieser BJA ist das höchste Gremium zwischen den Bundesjugendkonferenzen. Er hatte u.a. auf seiner letzten Sitzung im April eine Verurteilung des „Oberurseler Papiers“ verabschiedet und starken Druck auf das bildungspolitische Konzept der Bundesjugend-schule ausgeübt. Mit der Ermächtigung Schwabs zum Oberaufseher verliert der BJA den Einfluß auf die Schule und ist damit praktisch entmachtet. Die „Frankfurter Rundschau“ v. 12.6. berichtet außerdem, daß Schwab die Maßnahme ohne Rücksprache und Information mit dem BJA getroffen hat.

Es ist zu erwarten, daß der DGB-Bundesvorstand jetzt direkt und ad-

ministrativ in den Jugendkonflikt eingreift. Die Oberurseler, die behaupten, ihre Kritik sei „linke Kritik“ an u.a. von der DKP/SDAJ zu verantwortenden Verkrustungen und Machtpolitik in den Gewerkschaften, müssen sich jetzt schleunigst zu diesem Vorgang äußern. Ansonsten dürfte der Verdacht zur Gewißheit werden, daß sie mit ihrer DKP-Kritik das Spiel der rechten Gewerkschaftsbürokratie gespielt haben und weiterhin spielen.

CSU benutzt Oberurseler als Kronzeugen

CSU benutzt Oberurseler als Kronzeugen

Als nützlich für ihre Kampagne gegen eine „kommunistische Unterwanderung des DGB“ betrachtet auch die bayerische CSU das „Oberurseler Papier“. CSU-Generalsekretär Stoiber fordert in einem Angriff auf den DGB-Vorsitzenden Vetter diesen auf, „doch die mahnenden Worte seiner Gewerkschaftsfreunde (zu) beachten.“ (FR, 18.6.) Stoiber zitiert in einer CSU-Mitteilung Passagen zur angeblichen Unterwanderung der Gewerkschaftsjugend durch die DKP aus dem „Oberurseler Papier“ zustimmend und bezeichnet es als „ein guter Einstieg... für die von Vetter angekündigte sachliche und offene Diskussion“ (ebenda).

Die Tatsache, daß sich jetzt sogar auch die CSU-Reaktionäre in die Kampagne gegen die DKP und andere Linke in den Gewerkschaften einschalten und sich dabei auf die Oberurseler berufen, sollte zu denken geben...

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

IGM-Vorstand verleumdet Stahlarbeiter

Mit schweren Angriffen und Verleumdungen gegen die IG-Metall-Opposition in den Stahlbetrieben versucht der Vorstand der IGM den nach der Stahltarifrunde heftig vorgetragenen Widerstand gegen seine Kapitulationspolitik in der letzten Tarifrunde zu begegnen. Daneben werden weitere Maßnahmen zur Unterdrückung der innergewerkschaftlichen Opposition vorbereitet.

Auf der IGM-Vertreterversammlung in Oberhausen erklärte der Vorsitzende Loderer: „Auf mittlere Sicht führt im Interesse der Organisation, letztlich aber im Interesse des einzelnen Funktionärs, kein Weg daran vorbei, daß ein Trennungsstrich gezogen werden muß zwischen berechtigter Kritik in der Sache und den Verfechtern einer Kritik, die auf Kosten der IG Metall ihr eigenes politisches Sippchen kochen wollen“ („Metallpressdienst“, 18.5.). Auf der gleichen Versammlung wurde der erste Trennungsstrich gezogen: die Zeitung „Revier“ wurde per Beschluß der IGM-Bezirkskonferenz als „gewerkschaftsschädigendes“ Organ mit „verunglimpfender und zersetzender Wirkung“ bezeichnet. „Revier“ — eine Zeitung, die seit September 1978 mit Verbreitung vor allem im Raum Duisburg erscheint, hatte während des Stahlarbeiterstreiks beträchtliche Funktion vor allem für

die fortschrittlichen Arbeiter übernommen. Der „Aktuelle betriebliche Pressedienst“ von „Revier“, der während des Streiks mehrmals wöchentlich erschien, berichtete ständig über die Entwicklung in den Streikbetrieben. Die Diskussion um Strategie und Taktik, die Stimmung in den Betrieben und natürlich auch die Kritik an der zentralen Streikführung fanden sich in der Zeitung wieder. Die Unterstützung von „Revier“ gerade durch die Opposition war groß. Entsprechend nahm auch die Kritik nach dem Streik an der IGM-Taktik breiten



Unter Beschuß — DGB-Jugendarbeit

Raum in „Revier“ ein. Jetzt — fünf Monate nach dem Streik — macht der Gewerkschaftsvorstand unmißverständlich deutlich, daß er nicht bereit ist, eine offene Diskussion in der Gewerkschaft zuzulassen.

Mannesmänner — Streikbrecher?

Einen ungeheuerlichen Vorwurf startete der IGM-Vorstand gegen die Kollegen von Mannesmann-Huckingen in Duisburg. Gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ erklärte Vorstandsmittglied Janßen: „Da, wo wir am lautesten kritisiert wurden, wurde auch Streikbrucharbeit geleistet“. Dieser Vorwurf wurde gegen die Kollegen von Mannesmann und Klöckner Bremen erhoben, wo angeblich viele Überstunden gemacht wurden. Gegenüber der „Neuen Ruhrzeitung“ wiederholte Eugen Loderer den Vorwurf: „Wir müssen die Duisburger Kollegen ernsthaft fragen, warum die so die Produktion aufrecht erhalten haben“ („NRZ“, 22.5.). Was ist dran an diesen Vorwürfen?

Bei Mannesmann wurde nach Vereinbarung zwischen der örtlichen Streikleitung der IGM und der Mannesmann-Werksleitung ein Verfahren beschlossen, einen Hofhofen in Betrieb zu halten und Blöcke zu gießen. Der Duisburger IGM-Vorsitzende Bulitz betonte gegenüber der Presse, daß er, nicht der Mannesmann-Betriebsrat, diese Vereinbarung zu verantworten habe („NRZ“, 22.5.). Man kann darüber streiten, ob es nötig war, so eine Vereinbarung zu treffen, es ist allerdings eine unerhörte Frechheit,

wenn der IGM-Vorstand, der erstens in seinen Streiktaktiken genau eine solche Vorgehensweise zentral immer praktiziert, jetzt dafür Kollegen als „Streikbrecher“ angreift. Zum zweiten hätte der Vorstand bei Nachfragen sofort erfahren können, wie dieses Verfahren bei Mannesmann zustande gekommen ist. Genauso verhielt es sich im Fall Klöckner. Dort wurden tatsächlich im Streik noch Überstunden gemacht, wie in allen anderen nichtstreikenden Stahlbetrieben auch. Allerdings nur ein Drittel der sonst üblichen Überstunden dort, wo es sich „um eine gravierende Unterbesetzung wegen Krankheit und Urlaub handelte“, wie die Vertrauenskörperleitung an den Vorstand schrieb. Es ist schon absurd: der gleiche Vorstand, der sich weigerte, den Streik auszuweiten, insbesondere der bei Klöckner erhobenen Forderung nach Einbeziehung in den Streik nicht nachkam und die bisher von ihm favorisierten Praktiken gewähren ließ, erklärt jetzt diese Kollegen, die sich ganz normal verhielten, zu „Streikbrechern“.

Der Grund ist offensichtlich: Mannesmann war und ist der kampfstärkste Betrieb im Streik und gleichzeitig das Zentrum der innergewerkschaftlichen Opposition. Auch bei Klöckner hat die Opposition eine Basis. Mit dem schlichten Mittel der Verleumdung versucht der Vorstand nun unter Zuhilfenahme der bürgerlichen Presse die Opposition als radikale Spinner und Streikbrecher — einer der schlimmsten Vorwürfe gegen Gewerkschafter — zu denunzieren.

Kommission Betrieb u. Gewerkschaft

Vetter: „Das Memorandum

Vetter: „Das Memorandum weicht von den gewerkschaftlichen Zielvorgaben ab.“

„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

In der von einer Gruppe kritischer Wissenschaftler zum vierten Mal vorgelegten Darstellung einer „alternativen Wirtschaftspolitik“ sieht der DGB keine Unterstützung seiner wirtschaftspolitischen Ziele. Das Memorandum deckt sich zwar in der Analyse der wirtschaftlichen Probleme weitgehend mit gewerkschaftlichen Positionen, ohne allerdings neue Erkenntnisse beizubringen. Die Therapievorschlüsse weichen jedoch trotz des Versuchs der Verfasser, sich der gewerkschaftlichen Terminologie zu bedienen, in grundsätzlichen Positionen von den gewerkschaftlichen Zielvorstellungen ab.

Es ist sicher kein Zufall, daß sich an der 200 Namen umfassenden Unterschriftensammlung keine Kollegen beteiligt haben, die für die wirtschafts-, gesellschafts- und tarifpolitische Meinungsbildung im Bundesvorstand mitverantwortlich sind. Die Gewerkschaftskollegen, die durch ihre Unterschriftsleistung dieses Memorandum unterstützen, stehen mehrheitlich in der bildungspolitischen Arbeit; ihnen konnte die umfassende Argumentensammlung als eine Hilfe in der Auseinandersetzung mit anti-gewerkschaftlichen Positionen des Sachverständigenrates und der Unternehmensverbände erscheinen, ohne daß sie die entscheidenden Abweichungen von gewerkschaftlichen Zielvorgaben erkennen. Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes macht daher alle Gewerkschafter in der Auseinandersetzung mit diesem Memorandum darauf aufmerksam, daß neben der fortlaufenden sachlichen Darstellung gewerkschaftlicher Vorstellungen in den gewerkschaftlichen Informationsdiensten die notwendige politische Akzentuierung der gewerkschaftlichen Zielsetzungen allein durch die gültigen oder zur Änderung vorgeschlagenen Fassungen des DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramms erfolgt und davon abweichende Vorstellungen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in jedem Einzelfall unmißverständlich kenntlich zu machen sind.

Mit freundlichen Grüßen! DGB-Bundesvorstand, Heinz-Oskar Vetter, Vorsitzender.“

Opel abgeblitzt – Abdul Kheder bleibt Betriebsrat

Auch zum zweiten Verhandlungstag der Klage der Adam Opel AG gegen den Betriebsrat Abdul Kheder waren — wie schon beim ersten Termin — ca. 80 Kollegen, alle aus der Spätschicht, erschienen, um ihrem Betriebsrat den Rücken zu stärken. Angesichts dieses breiten öffentlichen Interesses hatte sich Arbeitsrichter Vanderleben veranlaßt gesehen, die Verhandlung in die ungewöhnliche Kulisse des Schwurgerichtssaals zu verlegen.

Mit minutenlangem Beifall quittierten die Zuschauer die Entscheidung des Gerichts, den Opel-Antrag auf Amtsenthebung des Kollegen Kheder zurückzuweisen. Keine Sympathien unter den Kollegen erwarb sich das Gericht allerdings mit der Begründung dieses Urteils.

Den Anlaß des Rechtsstreits hatte ein Flugblatt des Betriebsrates gebildet, das kurz vor Weihnachten 1978 zur Verteilung gelangt war. Mit diesem Flugblatt protestierte der Betriebsrat dagegen, daß die drei Jahre alte Betriebsvereinbarung, mit der die Stempel-Pflicht am Schichtende aufgehoben worden war, von der Geschäftsleitung einseitig aufgekündigt worden war. Ab Januar sollten die Opel-Arbeiter wieder das entwürdigende Schlangestehen an der Stempelhürde erdulden. In dem Flugblatt forderte der Betriebsrat die Geschäftsleitung ultimativ zu Verhandlungen auf und ermutigte die Kollegen, am 2. Januar wie gewohnt ohne Stempeln nach Hause zu gehen. Der Betriebsrat würde dafür die volle Verantwortung übernehmen.

Betriebsrat Abdul Kheder hatte — wie andere Betriebsräte auch — dieses

Infoblatt an Kollegen verteilt. Das war für die Geschäftsleitung der Anlaß, seine Entfernung aus dem Betriebsrat zu beantragen. Zu Hilfe kam den Kapitalisten dabei der Betriebsratsvorsitzende Günter Perschke, der nicht auf der Sitzung anwesend war, als das Info-Blatt beschlossen worden war. Er behauptete, diese Sitzung sei nur „ein lockeres Gespräch“ gewesen und damit keine Amtshandlung des Betriebsrates im Sinne des Gesetzes.

Mit dieser denunziatorischen Aussage, die zudem von anderen Betriebsräten auch vor Gericht widerlegt wurde, steht Perschke mittlerweile weitgehend isoliert da. Auf den Belegschaftsversammlungen Ende März war der Angriff auf Kollegen Kheder einhellig verurteilt worden. Auch die IG Metall-Vertrauensleute haben sich einstimmig hinter Kheder gestellt und dies in einer Protestresolution zum Ausdruck gebracht. Daß dies geschehen würde, war keineswegs selbstverständlich, denn Abdul Kheder gehört zu den Kollegen, die 1975 aus der IG Metall ausgeschlossen wurden, weil sie auf der oppositionellen „Liste für die Belegschaftsforderungen“ zum Betriebsrat kandidiert hatten. Umso wertvoller ist jetzt die Solidarität auch der IGM-Vertrauensleute.

Wieweit diese Geschlossenheit der Kollegen Einfluß auf den Spruch des Arbeitsgerichts hatte, ist nicht erkennbar. In seiner Begründung kommt Richter Vanderleben vielmehr zu dem denkwürdigen Ergebnis, daß die Flugblatt-Aktion so offensichtlich „rechtswidrig und töricht“ sei, daß sie im Grunde den Ausschuß aller beteiligten Betriebsräte rechtfertige. Da sich andere Betriebsräte hierbei noch viel

intensiver hervorgetan hätten, sei Abdul Kheder nicht einmal als „Rädelsnun“ ausgerechnet ihm herausgreife, sei dies willkürlich und deshalb nicht zulässig. — Für diese Begründung bekam das Gericht keinen Beifall.

DGB auf neuen Wegen ?

Im Nachspiel dieses Gerichtsverfahrens kam es zu einem weiteren bemerkenswerten Vorgang. Obwohl es sich, wie schon dargestellt, um einen aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Kollegen handelt, also offiziell um einen „Gewerkschaftsfeind“, berichtete am 21.6. die „Welt der Arbeit“, die Zeitung des DGB, auf Seite 1 (!) über den positiven Ausgang des Prozesses. So etwas hat es in dieser Zeitung bisher nicht gegeben. Sollte dies ein Anzeichen für eine gewisse Klima-Entspannung im DGB sein oder hat hier nur ein Redakteur „gepennt“?

In den westdeutschen Werken von Ford brauchen die über 36.000 gewerblichen Beschäftigten ab 1. Januar 1980 am Schichtende nicht mehr zu stempeln. Das sieht eine neue Arbeitsordnung vor, die zunächst auf drei Jahre gilt. Darüberhinaus brauchen alle Kollegen, die mehr als zehn Jahre Betriebszugehörigkeit haben, insgesamt mehr als 10.000 Kollegen, überhaupt nicht mehr stempeln.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

AEG-Kanis: Protestmaßnahmen zeigen Wirkung

Einen ersten Erfolg kann die Essener Belegschaft von AEG-Kanis verbuchen: Es wird vorerst keine Entlassungen geben.

Anlaßlich der Tagung des Wirtschaftsausschusses hatten die ca. 800 Beschäftigten des Gasturbinen-Werkes gegen die geplante Entlassung von 290 Kollegen in großer Einmütigkeit für eine halbe Stunde die Arbeit niedergelegt. Arbeiter, Angestellte und sogar der Hauptabteilungsleiter hatten sich an der Aktion beteiligt. Sie forderten die versammelten Arbeitnehmervertreter des Essener und Nürnberger Kanis-Wirtschaftsausschusses auf, sich mit allem Nachdruck für den Erhalt aller Arbeitsplätze einzusetzen. Der IG-Metall-Vertrauenskörper hatte mit einem Flugblatt zu der Arbeitsniederlegung aufgerufen: „Der Vertrauenskörper der IG-Metall hatte die Geschäftsführung aufgefordert, ein Gesamtkonzept bis zum 31.5.79 vorzulegen. Dies ist nicht geschehen — unsere Geduld ist zu Ende.“

Solidarische Unterstützung erhielten die Essener Kollegen vom Betriebsrat des Nürnberger Kanis-Werkes, in dem die Beschäftigten vierzehn Tage vorher ebenfalls gegen geplante Entlassungen gestreikt hatten (s. ausführlich AK 155). In einer Er-

klärung der Nürnberger Betriebsräte heißt es: „Die Nürnberger und Essener Betriebsräte sind sich einig, daß sie mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gemeinsam gegen die Entlassungen angehen werden, wobei sie auch gemeinsame Aktionen der beiden Belegschaften in Essen und Nürnberg nicht ausschließen.“

Nicht erfüllt ist bisher die Forderung nach Vorlage eines Unternehmenskonzeptes, das den Beschäftigten Aufschluß über ihre weitere Zukunft geben soll. Nach wie vor liegt die Planung des AEG-Vorstandsvorsitzenden Cipa auf dem Tisch, die noch für dieses Jahr die Entlassung von 5.000 Beschäftigten vorsieht.

Diese Entlassungen sollen nach Vorstandsplan den Konzern aus dem Desaster ziehen, das der „grosse Sprung nach vorn“, der Versuch, den nach wie vor größten westdeutschen Elektrokonzern Siemens zu überholen, hinterlassen hat. Auf der Aktionärsversammlung am 20. Juni in Westberlin dürften die Großaktionäre und Banken weiter Druck in diese Richtung machen. Sie verlangen, daß weitere „unrentable“ Tochtergesellschaften verkauft werden. Der Kampf geht weiter!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kurzmeldungen Arbeitsrecht

Arbeitsgericht in Neuß weist Lohnklage zurück

Die Lohnklage einer Arbeiterin gegen die zum Quelle-Konzern gehörenden Vereinigten Papier-Werke Neuß wurde am 7.6. von der ersten Kammer des Arbeitsgerichts zurückgewiesen. Für weitere 25 Kolleginnen sollte die Klage um gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein Musterprozeß sein. Insgesamt klagen 52 Kolleginnen aus dem Werk, die bis zu 1,15 DM weniger Stundenlohn für die gleiche Arbeit bekommen, als die männlichen Kollegen. Der Vorsitzende Richter begründete seine Entscheidung damit, „daß die Männer Nachschicht machen, den Frauen jedoch Nachtarbeit durch Gesetz untersagt sei. Diese Schutzbestimmung dürfe nicht zum Nachteil, aber auch nicht zum Vorteil“ der Frauen ausgelegt werden. Im übrigen würde kein Unternehmer „sinnlos höhere Löhne zahlen, wenn es ihm die Arbeitsmarktlage nicht aufzwingt“, sagte der Richter. (Neue, 12.6.79). Dieses Skandalurteil zeigt den Frauen einmal mehr, daß die Gleichberechtigung nur auf dem Papier steht.

Die Kolleginnen aus den Gewerkschaften der IG-Druck, ÖTV und HBV protestierten gegen den Verlauf des Prozesses. Mit Aktionen vor dem Gerichtsgebäude machten sie das skandalöse Urteil öffentlich. Parolen auf Plakaten wie „Artikel 3, Grundgesetz — Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt werden“, „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“, „Gegen die Diskriminierung der Frauen“, „Wider ein Verfassungsbruch: Unternehmer verstößt gegen das Grundgesetz.“ wurden getragen. Eine Unterschriftensammlung brachte mehr als 1500 Solidaritätsunterschriften zusammen. Die Kolleginnen gehen nicht von ihren Forderungen ab, sie klagen weiter!

Solidarität mit den Kollegen vom „Weserkurier“

Folgende Resolution nahm die Delegiertenversammlung der Hamburger DruPa einstimmig an:

„An die Belegschaft des Weserkurier. Die Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg vom 18.6.79 hat erfahren, daß gegen 3 Gewerkschaftskollegen aus der Setzerei schon seit Monaten von der für politische Delikte zuständigen Staatsanwaltschaft ermittelt wird, ohne daß die Betroffenen darüber informiert wurden. Ihr für uns beispielhaftes solidarisches Verhalten im letzten Stahlarbeiterstreik, daß sie helfen, eine Anzeige der Stahlunternehmer, die sich gegen unsere IG Metall-Kollegen richtete, nicht erscheinen zu lassen, wird ihnen jetzt als Nötigung zur Last gelegt. Diese Aktion der Justizbehörde richtet sich im Kern gegen Beispiele

von Solidarität der Arbeiter über einzelgewerkschaftliche Grenzen hinaus. Da wir diese Solidarität in den kommenden Jahren stärker denn je brauchen werden, richtet sie sich letztlich gegen die ganze Arbeitnehmerschaft.

Daher verurteilt die Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg diese Ermittlungen aufs schärfste und fordert ihre sofortige Einstellung.

Wir können uns dieser Resolution voll anschließen und hoffen, daß gerade die Mitglieder der IG Metall massenhaft diese Resolution unterstützen. Betriebszelle Broschek KB / Gruppe Hamburg

Meinungsspaltung ist dem Betriebsfrieden nicht dienlich

Nach der atomaren (Beinahe)-Katastrophe in Harrisburg / USA, deren Folgen für die betroffene Bevölkerung heute noch nicht absehbar sind, initiierte Regina H., eine Betriebsrätin der „Chemischen Fabrik Promonta GmbH“ in Hamburg (ca. 350 Kolleginnen) eine Unterschriftensammlung gegen AKWs, „in die sich zügig große Teile der Belegschaft eintrugen.“ (Gewerkschaftspost Nr. 6/79, Seite 13).

Diese Sammlung wurde schnellstens von der Geschäftsleitung der Promonta gestoppt, Regina H. wurde verwarnet.

Weitere Forderungen nach Teuerungszulagen

Wie wir bereits im letzten AK berichteten, beginnt in den Betrieben eine Diskussion um die Forderung, eine Teuerungszulage angesichts der hohen Preissteigerungen und niedriger Lohnabschlüsse durchzusetzen.

In München hat der Betriebsrat der „Süddeutschen Zeitung“ gefordert: eine Sonderzahlung von 1.000 DM für 1979 - Erhöhung der Nachtarbeiterprämie um 50 % sowie Anhebung der Leistungszulagen um 20 %.

In Duisburg forderten die Vertrauensleute der Thyssen-Gießerei in Meiderich die IGM auf, 100 DM monatlich Teuerungszulage zu erheben.

In Bremerhaven erhob der Vertrauenskörper der Seebeck-Werft die Forderung nach Teuerungszulage ebenso wie die IGM-Vertreterversammlung in Gießen.

Auch auf Unternehmerseite wird dies diskutiert, allerdings, um solche Forderungen abzuwehren. Der Unternehmerverband Gesamtmetall beschwor die IGM, die eingeschlagene Linie der letzten Tarifverhandlungen, die „sachlich, konstruktiv, intensiv und kompromissorientiert“ („FR“, 16.6.) gewesen sei, nicht zu verlassen. Die IGM solle nicht „die Brücken der Gemeinsamkeit abbre-

„Die Diskussion des zweifellos brisanten Themas führt zu einer klaren Aufteilung in Gegner und Befürworter der Atomenergienutzung ... auch eine zunächst friedfertig erscheinende Meinungsspaltung ist unserer Arbeit und dem Betriebsfrieden nicht dienlich.“ („Wir über uns“, Mitteilungsblatt der Firmenleitung).

Die Warnung ist deutlich: „Störung des Betriebsfriedens“ ist ja eine der beliebtesten Anschuldigungen, unliebsame Betriebsräte trotz ihres Kündigungsschutzes zu entlassen.

Der Sekretär der Hamburger Verwaltungsstelle der IG Chemie, Philipp von Kodolitsch, schreibt zu diesem Vorfall in der „Gewerkschaftspost“: „Übersehen hat die Betriebsleitung hierbei, daß die grausame ‚Meinungsspaltung‘ nicht etwa durch den Listenumlauf zustande kommt, sondern vorhanden war und ist. Listen hin oder her, die Unterstellung allerdings, Diskussionen der Arbeitnehmer untereinander blieben nur ‚zunächst‘ friedfertig, würden dann aber unweigerlich zur Störung der Arbeit und des ‚Betriebsfriedens‘ führen, ist ebenso absurd wie beleidigend ... Die Aktion der Promonta-Chefs in Hamburg bildet da keine Ausnahme, eher eine Bestätigung der These: Der demokratische Sektor der Bundesrepublik Deutschland endet noch immer vor den Betriebsräten.“

Chemiekommission

chen, sondern Kontakte und Spitzengespräche suchen“, da „die achtziger Jahre wirtschaftlich schwerer werden“ („Welt“, 14.6.).

Konkrete Maßnahmen schlägt der Unternehmer-Informationsdienst „Finanzbrief“ vor. Er befürchtet für den Herbst, daß die Gewerkschaften unter so starkem Druck der Basis geraten, das sie „wesentlich höhere Forderungen durchzusetzen (versuchen) als im vergangenen Jahr“, da selbst bei sechseinhalb Prozent mehr Lohn „nur sehr wenig an verfügbarem Einkommen auf dem Lohnkonto“ bleibt.

Da wegen des Konkurrenzdrucks für die Unternehmen „eine Abwärtstendenz des über den Produktivitätsfortschritt hinausgehenden Teils von Lohn- und Gehaltserhöhungen auf die Preise schwer bis unmöglich“ sein wird, fordert der „Finanzbrief“ auf, sich auf Streiks im Herbst vorzubereiten und bereits jetzt mit einer Erhöhung der Vorratshaltung zu beginnen.

Die Gewerkschaftsspitzen müssen unter massiven Druck gesetzt werden, eine Teuerungszulage zu fordern, ansonsten bleibt wie 1974 noch das Mittel selbständiger Aktionen aus den Betrieben.



IG Chemie manipulieren Betriebsratswahlen

Wie bereits kurz berichtet, mußten im Werk Griesheim der Hoechst AG die Betriebsratswahlen aufgrund einer Wahlanfechtung wiederholt werden.

Die Wahl angefochten hatten vier ausländische IG-Chemie-Betriebsräte, die über eine besondere Ausländerliste dieser Gewerkschaft in den Betriebsrat gewählt wurden.

Bei der für die Neuwahl notwendigen neuen Listenaufstellung sollten diese vier ausländischen Kollegen nicht mehr berücksichtigt werden, so plante es jedenfalls die Gewerkschaftsbürokratie. Unter Ausnutzung aller legalen und halblegalen Satzungstricks ging Fritz Libuda, Frankfurter Oberbürokrat (Geschäftsführer) der IG Chemie, vor:

- zunächst wurde ein ausländischer Kollege (Chiabara) zum Vertrauensmann ernannt (Libuda brauchte später einen Listenführer für die Ausländerliste). Von den im VK bereits vertretenen Ausländern war keiner bereit, gegen die vier ehemaligen Listenführer zu kandidieren.

- Dieser Kollege Chiabara wurde gleich nach seiner Ernennung (zum Vertrauensmann) in die VK-Leitung gewählt; - dann propagierte Libuda, daß diesmal Persönlichkeitswahlen stattfinden sollen, obwohl ihm bekannt ist, daß andere Gruppen im Betrieb ebenfalls kandidieren wollen und er es ist, der ein Zusammengehen mit diesen Gruppen zu einer Liste bisher immer verhindert hat. In Griesheim war und ist deshalb Listenwahl üblich. Der Vorschlag, diesmal Persönlichkeitswahl zu machen, diente auch nur dem Zweck, eine einheitliche Liste von deutschen und ausländischen Kollegen aufzustellen, statt wie üblich getrennte Listen, die jede Gruppe selbst aufstellt. Hätten die Ausländer aber eine eigene Liste aufgestellt, hätten die vier unliebsamen Kollegen ganz oben gestanden.

- Nachdem Libuda so eine gemeinsame Liste durchgesetzt hatte, begrenzte er trotz heftigster Widersprüche diese Liste auf 30 Kandidaten.

- Dann ließ er die Reihenfolge auf dieser Liste abstimmen und zwar

immer in „Fünfer Blocks“, d.h. Blocks von jeweils fünf Kollegen wurden nacheinander abgestimmt, so daß sich jeweils die Mehrheit der anwesenden Vertrauensleute durchsetzen konnte. Minderheiten hatten keine Chance. Kein einziger Kollege, der vorher auf der Ausländerliste kandidierte, war auf dieser Liste vertreten.

— Dann erklärte Libuda, falls es doch Listenwahl gebe (was er so gut wie sicher wußte), daß dann eben wieder zwei Listen aufgestellt werden, eine deutsche und eine ausländische, und daß auf diesen Listen die Kollegen kandidieren würden, die auf der „Persönlichkeitsliste“ nominiert wurden. Die Reihenfolge auf diesen Listen sollte dann von den entsprechenden Leitungsgremien festgelegt werden. Natürlich kam es zur Listenwahl. Die IG Chemie kandidierte mit einer Ausländerliste, die von der Mehrheit der deutschen Kollegen im VK gewählt wurde und nicht wie bisher üblich von den ausländischen Kollegen selbst. Spitzenkandidat war der Kollege Chiabara, eben erst von der Verwaltungsstelle zum Vertrauensmann gekürt...

Den bisherigen Ausländer-Betriebsräten blieb nichts anderes übrig, als eine eigene Liste aufzustellen. Der Erfolg zeigte sich dann bei der Betriebsratswahl: drei Kollegen der oppositionellen Ausländerliste wurden gewählt mit fast 400 Stimmen. Die „offizielle“ IG-Chemie-Ausländerliste erhielt weniger als 100 Stimmen, und lediglich einen Sitz.

Der gleiche Verwaltungstellenvorstand, der vorher durch seinen Geschäftsführer Libuda die Kollegen in eine oppositionelle Liste gezwungen hatte, beantragte beim Hauptvorstand den Ausschuß der oppositionellen Kandidaten!

Ob der Hauptvorstand die Kollegen ausschließt, wird sich zeigen. Allerdings war seine bisherige Praxis so, daß er Ausschlußanträgen wegen einer sogenannten „gegnerischen Kandidatur“ immer stattgegeben hat, mit einer einzigen Ausnahme (Bayer Leverkusen). Über den weiteren Verlauf werden wir berichten.

Chemiekommission

Blockade gegen die Förde-Reederei

„Entweder wird die Förde-Reederei unsere Bedingungen akzeptieren, oder sie wird den heißesten Sommer in ihrer über hundertjährigen Geschichte erleben!“ Dies sagten uns dänische Gewerkschafter und Kollegen der Fährlinie Römö-Sylt nach einer Demonstration der dänischen Seeleutegewerkschaft in Flensburg, die mit 350 Teilnehmern ein Erfolg war.

Die Kollegen sind seit mittlerweile acht Wochen im Streik und führen jetzt eine Blockade gegen die Förde-Reederei durch. Diese hat die Fährlinie am 1. Mai dieses Jahres von der pleite gegangenen dänischen Lindinger-Reederei aufgekauft.

Worum es bei ihrem Kampf geht, schildern die Kollegen in einem Flugblatt, das sie an die Flensburger Bevölkerung verteilen:

„Sie (die Förde-Reederei) will nur Einzelverträge abschließen, keine Kollektivverträge. ... Diese Einzelverträge nennen wir Sklavenverträge, da in keinsten Weise mit der Gewerkschaft zusammengearbeitet werden darf, es darf nicht einmal an Dritte weitergegeben werden, was in dem Einzelvertrag ausgehandelt ist. Das ist ein Kündigungsgrund! Die Arbeitszeit wird ausgedehnt und der Lohn gekürzt. Das Fährschiff fährt unter Zypernflagge, also unter Piratenflagge. Es wird bei Arbeitsunfähigkeit kein Geld weiterbezahlt. Bei juristischen Auseinandersetzungen müssen wir uns dann an die zypriotische Tochtergesellschaft wenden.“

Wir hatten im Anschluß an die Demonstration die Gelegenheit, ein Gespräch mit einem entlassenen Kollegen, dem Vorsitzenden der dani-

schen Seeleutegewerkschaft sowie drei Mitgliedern des Unterstützungskomitees, das einen großen Teil der Öffentlichkeitsarbeit für den Streik trägt, zu führen. Sie berichteten, daß inzwischen alle 35 streikenden Kollegen entlassen worden sind. Einige Offiziere und Maschinisten machen Streikbrecherarbeit auf den Schiffen, doch trotzdem fahren nur etwa alle zwei Stunden (bei Normalbetrieb zweimal pro Stunde) Schiffe nach



Sylt, und die sind meist nur halb voll. Die Kollegen verteilen ständig Informationsmaterial an die Touristen. Sie sagen, daß der Streik in Dänemark inzwischen so bekannt ist und so breit unterstützt wird, daß fast kein Däne mehr mit der Fähre fährt. Auch viele deutsche Urlauber kehren wieder um. Inzwischen wird der Streik nicht nur von der Seeleute- und Restaurationsarbeitergewerkschaft getragen, sondern auch vom dänischen Gewerk-

schaftsdachverband LO sowie vielen anderen Organisationen unterstützt. Die dänische Presse hat breit über den Streik berichtet. Diese Öffentlichkeit hat dazu geführt, daß die dänische Polizei ihre 40 Polizisten, die den Streikbrechern den Weg bahnen sollten, wieder abziehen mußte. Das war ein erster großer Erfolg. In der nächsten Zeit wollen die Kollegen den Boykott auch auf die Flensburger Förde ausdehnen. Sie sagten: „Uns liegt eine Liste sämtlicher dänischer Zuliefererbetriebe vor.“ Mitte Juni haben sie eine Streikzeitung mit über 50.000 Auflage herausgegeben.

Diesseits der Grenze ist die Unterstützung für die dänischen Kollegen leider noch nicht sehr groß. Die ÖTV, eigentlich zuständig für Tarifverträge mit der Förde-Reederei, hat an die dänischen Gewerkschaften das Recht abgetreten, die Tarifverträge abzuschließen. Das war für die Kollegen sehr wichtig. Bei den jetzigen Kampfmaßnahmen gibt es faktisch keinerlei Unterstützung von Seiten der ÖTV. Dies konnte man auch bei der Demonstration in Flensburg feststellen. Die Beteiligung von Seiten der örtlichen Initiativen und Linken, geschweige denn von Seiten der Gewerkschaft war äußerst mager.

Die Adresse des dänischen Streikkomitees:

Blokade ud valget
Römö-Sylt-Linien
Krabvej 15
6792 Havneby

(Man kann dort Aufkleber und Informationen bestellen).

500 demonstrieren gegen Entlassungen bei den Lutherwerken

Die IG Metall und der DGB hatten am 13.6. zu einer Protestdemonstration gegen die drohende Schließung der Braunschweiger Luther-Werke aufgerufen, 500 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich daran.

Auf einer Betriebsversammlung am 23. Mai kündigte die Geschäftsleitung der Braunschweiger Luther-Werke an, daß sie wegen Überschuldung einen Vergleichsantrag beim Amtsgericht Braunschweig stellen wird. Die Schuldsumme beträgt 12 Millionen DM, Hauptgläubiger ist der Staat. Damit sind die 660 Arbeitsplätze des Braunschweiger Werkes stark gefährdet. Nachdem Übernahmeverhandlungen mit der Weserhütte gescheitert sind, werden wahrscheinlich alle 660 Beschäftigten entlassen werden. Seit Mai sind keine Löhne mehr gezahlt worden.

Luther war bereits Ende 1978 in Zahlungsschwierigkeiten geraten, die damals durch einen Bürgschaftskredit des Landes Niedersachsen aufgefangen wurden. Zum Jahreswechsel ließen sich die Luther-Arbeiter noch den Verzicht auf 4,3 % Lohnsenkung abpressen; dieses Geld sollte dem Unternehmen als Investitionskredit zur Erhaltung der Arbeitsplätze dienen. Schon seit Jahren wurden im Braunschweiger Luther-Werk Investitionen nicht mehr im erforderlichen Ausmaß vorgenommen.

Der Betriebsrat macht die Unfähigkeit des Managements für die drohende Pleite verantwortlich. Viele

Fakten deuten jedoch darauf hin, daß die Luther-Manager keineswegs unfähig sondern ganz besonders fähig gearbeitet haben – allerdings nicht im Interesse der Arbeiter, sondern im Interesse des Kapitalisten: Mit Hilfe des Profits, der im Braunschweiger Stammwerk erarbeitet wurde, ist in den vergangenen Jahren in Mainz ein recht gewinnträchtiges Tochterwerk mit 2.600 Arbeitern aufgebaut worden. Daß das Geld für die im Stammwerk erforderlichen Investitionen fehlte, ist einleuchtend. Rechtzeitig vor dem Vergleichsantrag sind die beiden Werke rechtlich so weit entkoppelt worden, daß der Mainzer Betrieb für die Schulden des Braunschweiger Werkes nicht mehr aufzukommen braucht.

Das Ergebnis der Arbeit des angeblich unfähigen Managements: Luther hat auf Kosten des Staates und der Braunschweiger Belegschaft seinen Betrieb von Braunschweig nach Mainz verlegt und dort in vierfacher Größe wieder aufgebaut. Es ist zu vermuten, daß bei diesem grandiosen Geschäft auch noch Zuschüsse aus der „Zonenrandförderung“ verwendet wurden. Zum Schluß bleibt nur noch zu erwähnen, womit Luther in Mainz so gute Geschäfte macht, die die Transaktion lohnenswert machen: Im Mainzer Luther-Werk werden Panzer der US-Armee repariert und montiert.

KB Braunschweig
KB Braunschweig

IMB-Tagung: Westdeutsche Unternehmen betreiben Rassismus

Bei Mannesmann in Belo Horizonte in Brasilien trat die Belegschaft Ende Mai in einen achtstägigen Streik. Während des Streiks wurde auf dem Firmengelände Militärpolizei eingesetzt und die drei Wortführer der Arbeiter wurden entlassen.

Zwei Monate zuvor wurde bereits bei einem Streik bei VW do Brasil die Militärpolizei ins Werk gerufen, die Streikende zusammenknüppelte und zahlreiche Verhaftungen vornahm.

Diese beiden Fälle berichtete der brasilianische Vertreter des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB), Devanir Ribeiro, auf einer Konferenz in Wolfsburg. Westdeutsche Unternehmen in Brasilien gehören zu denen, die gewerkschaftliche Grundrechte verweigern und den Aufbau von gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern rigoros behindern.

Auf dieser IMB-Konferenz am 12. Juni trafen sich rund 100 Gewerkschafter aus den wichtigsten internationalen Produktionsstätten von VW. Die Gewerkschaftsvertreter, u.a. aus Brasilien und Südafrika, wollen eine gewerkschaftliche Gegenmacht zum multinationalen Konzern aufbauen, sagte IG-Metall-Sprecher Jörg Barczynski.

Während sich die Konzernpolitik von VW hier in der BRD ein demokratisches Ansehen gibt, betätigen sich die Konzernmächte in Südafrika und Südamerika als knallharte Unterdrücker von Arbeiterrechten.

Eugen Loderer, Vorsitzender der IG-Metall und im VW-Aufsichtsrat, hatte im Januar 1978 anlässlich seines Besuchs in Südafrika die BRD-Unternehmen als „vorbildlich“ und „arbeiterfreundlich“ gelobt. Ende Mai dieses Jahres rügte er die westdeutschen Firmen in einem

Brief an Lambsdorf, weil sie Auskünfte über die Einhaltung des EG-Kodex verweigert hätten. Die IG-Metall hatte Ende letzten Jahres Fragebogen an alle westdeutschen Unternehmen in Südafrika geschickt mit Fragen zur Rassendiskriminierung, Tariffähigkeit schwarzer Gewerkschaften, über die Arbeitsplatzreservierung für Weiße und über uneingeschränkte Ausbildungsmöglichkeiten für alle. Nur drei Firmen hatten geantwortet: VW, Siemens und Bosch. Diese drei Firmen sind auch bereit, mit einer schwarzen Gewerkschaft zu verhandeln. Sie tun es aber nicht, mit Ausnahme von VW, weil es halt leichter ist, mit einem vom Personalmanagement geleiteten Liaison-Komitee zusammenzuarbeiten.

Dieselben drei Firmen hätten auch eine positive Einstellung zur Ausbildung schwarzer Arbeiter geäußert, schreibt Eugen Loderer, nur in der Frage der Rassentrennung sei noch sehr viel nachzuholen.

Dagegen erklärte der Delegierte Sauls aus Südafrika in einem Interview der Frankfurter Rundschau: „Bei VW wird kaum ausgebildet. In den letzten zehn Jahren wurden insgesamt 200 weiße, 44 farbige und zehn schwarze Lehrlinge ausgebildet, in einem Werk, wo 6.000 Menschen arbeiten.“

„Bei den Toiletten hat sich vor einiger Zeit was geändert. Früher stand auf den Türen die Aufschrift ‚Non-White‘. Jetzt ist auf den Türen ein Männchen abgebildet: ein weißes Männchen für Weiße, ein schwarzes für Schwarze.“ „Der Tarifvertrag macht bei der Eingruppierung der Arbeiter keinen Unterschied zwischen Schwarz und Weiß. Wenn aber in der Praxis tatsächlich ein

Schwarzer und ein Weißer die gleiche Arbeit machen, bekommt der Weiße dennoch einen höheren Lohn.“ Eugen Loderer sorgt sich offenbar in erster Linie um das Ansehen des BRD-Kapitalismus in Südafrika.

Er kritisiert diese Unternehmen deshalb, weil sie nicht, wie die Firmen Großbritanniens und der USA, Verhaltensberichte vorgelegt haben. Und so schließt er seinen Brief an Lambsdorf ab:

„Es stünde letztlich auch der Bundesregierung schlecht zu Gesicht, wenn sie sich vorwerfen lassen müßte, nicht rechtzeitig auf das unternehmerische Verhalten Einfluß genommen zu haben.“

Es wäre sicher keine respektable Politik, wenn man warten wollte, bis die Gesetzgebung in Südafrika die Unternehmen zur Beseitigung von diskriminierenden Praktiken verpflichtet.“

(Nach „Metall“ Nr. 12/13, Juni 79). Loderer wischt dabei unter den Teppich, was auf der IMB-Konferenz in Wolfsburg noch einmal von den Delegierten Südamerikas und Südafrikas berichtet worden ist, daß die bundesdeutschen Unternehmen die Speerspitze der Reaktion sind. So beteiligte sich VW aktiv an der Aufrechterhaltung der Rassendiskriminierung und nutze die Atmosphäre intensiver Feindschaft gegenüber schwarzen Arbeitern rücksichtslos für seine Zwecke aus, erklärte Norbert Fischer als Sprecher der IG-Metall. Und selbst nach Ansicht des IMB-Generalsekretärs Rebhan sind die bundesdeutschen Konzerne in Brasilien gewerkschaftsfeindlicher als die brasilianische Regierung selbst.

Metallkommission

Kurzmeldungen Rationalisierung

Veba Glas AG:
250 Kollegen auf der Straße

Zum Jahresende will die Veba Glas AG 250 Kollegen des Werkes Rheinahr in Bad Breisig auf die Straße setzen. Bereits Ende 1978 mußten 48 Kollegen gehen. Die Folge dieser Rationalisierung: 160 Kollegen müssen die Hälfte der Arbeit machen, was vorher 410 Kollegen taten!

Angeblieh ist das Angebot auf dem Markt zu groß, so daß 60.000 Jahrestonnen Kapazität abgebaut werden müßten. Dazu Betriebsratsvorsitzender Alfons Weber in der „Welt der Arbeit“: „Das ist doch dumme Rederei ... Richtig ist lediglich, daß ein gewisser Marktüberhang auf die Preise drückt. Die Reduzierung der Produktion soll die Preise stabilisieren. Es geht also nur um eine Steigerung des Gewinns.“ Viele der zur Entlassung vorgesehenen Kollegen sind schon älter und teilweise schon über 25 Jahre im Betrieb. Dazu der Betriebsratsvorsitzende: „Die Firma ist darauf bedacht, junge möglichst olympiareife Arbeitnehmer zu behalten.“

3000 streikten bei Henschel

Um 9.15 traten am 13.6.79 3000 Henschelaner in Kassel in den Streik. Von den Thyssen-Henschelwerken Mittelfeld und Rotendimold zogen sie zum Rathaus. Sie trugen schwarze Fahnen und ein Transparent mit der Aufschrift: „Die Totengräber sind schon da. Die Geier in Essen warten schon.“ „Wir Henschelaner“, so rief einer durchs Megaphon den Menschen auf der Straße zu, „protestieren gegen den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen in unserem Betrieb. Von einst 15.000 Henschelanern sind nur noch 4.000 übriggeblieben“ (HNA, 15.6.79). Hintergrund der Arbeitsniederlegung ist die drohende Rationalisierung von 446 bis 223 Arbeitsplätzen in der Antriebstechnik.



fünf Vorstandsmitglieder auch an diesen Beschluß gebunden fühlen!

Ein Lehrlingsgenosse, KB Hamburg

Westberliner Vorsitzender des Verbandes Deutscher Schriftsteller zurückgetreten

K. Stiller, seit November 1977 stellvertretender Vorsitzender des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS), hat Mitte Mai sein Amt zur Verfügung gestellt.

In einer Pressemitteilung schreibt er: „Die bislang nur halbherzig vorgenommene Integration der Schriftsteller-Kollegen in den Gewerkschaftsverband und die daraus folgende Vernachlässigung elementarer sozialer Forderungen der Autoren machen es mir unmöglich, die Interessen meiner Kollegen in dieser Funktion weiterhin zu vertreten ... Seit geraumer Zeit zensiert (!) und boykottiert die Zentrale der Berliner IG Druck

und Papier unser internes Mitteilungsblatt.“ In einem Interview mit der Tageszeitung „Die Neue“, die das Interview aber nicht abgedruckt hat wegen angeblicher Gewerkschaftsschädigung (laut „die Tageszeitung“ vom 1.6.79) schwächt K. Stiller diesen Vorwurf der Zensur wieder etwas ab, wenn er sagt: „Wo beginnt Zensur? Unser Verbandsblatt kommt 4 bis 6 mal im Jahr heraus und wir mußten manchmal feststellen, daß etwas fehlte. Das kann natürlich ein Versehen der Sekretärin sein, aber wer beweist uns, daß es das ist.“ K. Stiller mag hier wohl nicht sagen, was sonst allgemein bekannt ist, daß nämlich die fortschrittliche Arbeit des VS der westberliner DruPa-Führung nicht gepaßt hat, hatte sich doch der VS zuletzt mit den Agit-Druckern solidarisch erklärt, was bestimmt keine helle Freude bei der örtlichen DruPa-Führung hervorgerufen hat.

Betriebszelle Broschek
KB Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen

Hamburger Drupa-Jugendarbeit behindert

Die Herausgabe einer eigenen Jugendzeitung durch die Drupa-Jugendgruppe wird bis auf weiteres eingestellt, so lautet der Beschluß der letzten Vorstandssitzung des Ortsvereins Hamburg. Begründet wurde der Beschluß, der mit fünf zu vier sehr knapp ausfiel, damit, daß man nicht genug Geld habe und außerdem könne die Jugendgruppe ihre Artikel im „Kurier“, dem Ortsvereinsinfo, veröffentlichen. Gewichtig bei dem Beschluß war auch, daß der Vertreter der Angestelltengruppe auch auf die Herausgabe einer eigenen Angestelltenzeitung verzichtete.

Zur Vorgeschichte: Die Jugendzeitung ist der Versuch einer Reihe von Jugendlichen, die seit langem völlig am Boden liegende gewerkschaftliche Jugendarbeit wieder in Gang zu bringen. Als eine Möglichkeit, tatsächlich an die Jugendlichen heranzukommen und sie in die Arbeit mit einzubeziehen,

war die Zeitung ein wichtiges Instrument. Daß die Herausgabe nicht aus Kostengründen verhindert werden soll, wird daran deutlich, daß in der druckreif vorliegenden Nummer unter anderem ein sehr kritischer Artikel zum Abschluß der Drucktarifrunde und ein Artikel gegen AKWs enthalten ist, mit denen man nach Meinung einiger Vorstände keine Werbung für den Gewerkschaftseintritt betreiben könne.

Diese Bevormundung der Arbeit haben sich die Kollegen allerdings nicht gefallen lassen. In Betrieben und Berufsschule wurden ca. 200 Unterschriften für die Wiederherausgabe der Zeitung gesammelt. Der Schüler- und Gewerkschule 5 verfaßte eine Resolution für die Herausgabe der Zeitung, in der der Vorstandsbeschluß als Zensur gekennzeichnet wurde, die auch Schüler und Berufsschüler von Seiten der Schulleitungen her kennen.

Auf der Drupa-Delegiertenversammlung am 18.6. nahm die Aus-

einandersetzung um die Jugendzeitung über zwei Stunden ein. In der Diskussion stellte sich heraus, daß der Angestelltenvertreter auf der Vorstandssitzung seine Zusage für die Nichtherausgabe einer Angestelltenzeitung gegeben hatte, ohne das Thema am Vortrag auf der Angestelltengruppe zur Diskussion zu stellen!

Die Vorstandsmitglieder, die sich gegen die Herausgabe der Zeitung ausgesprochen hatten, wurden ziemlich massiv aufgefordert sich doch auch mal zu dem Problem zu äußern, wie denn nun die gewerkschaftliche Jugendarbeit wieder zu beleben sei. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Frage schließlich seit längerer Zeit diskutiert werde und für die gesamte DGB-Jugendpolitik als Frage noch offenstehe. Nach dieser Diskussion war das Ergebnis eindeutig: bei fünf Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen wurde der Vorstand aufgefordert, seinen Beschluß zurückzunehmen.

Bleibt abzuwarten, ob sich die



10. Frauenkonferenz der IG Metall

Am 7./8. Juni 1979 fand in Augsburg die 10. Bundesfrauenkonferenz der IG Metall statt. Sie stand unter dem Motto: „Gemeinsam gegen Diskriminierung – für Durchsetzung unserer Rechte und Forderungen“. Es waren ca. 600 Teilnehmerinnen anwesend, davon 219 Delegierte. Die Delegierten waren alle ehrenamtliche Funktionärinnen und das Verhältnis Arbeiterinnen und Angestellte war fast gleich.

Die Begrüßung fand durch Ursula Ibler, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, statt. Danach folgten die üblichen Begrüßungsworte vom Bürgermeister der Stadt Augsburg usw. Eugen Loderer begann seine Rede damit, daß er bat, seine Jacke ausziehen zu dürfen, was in der Augsburger Presse die Überschrift einbrachte: „Familiäres Frauentreffen der IGM“ (Augsb. Allg., 8.6.79). Loderer ging in seiner Rede auf die unterschiedliche Ausbildungssituation von Jungen und Mädchen, auf die unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen ein und sprach sich gegen staatliche Subventionen ohne Kontrolle aus, da diese in der Regel nicht für die Erhaltung von Arbeitsplätzen benutzt werden. Außerdem ließ er keinen Zweifel daran, „daß auf dem Gebiet der Lohngruppen noch eine Menge Arbeit vor uns liegt.“ Er ließ sich sogar dazu hinreißen, auf die Doppelbelastung der erwerbstätigen Frauen einzugehen und fragte seine Kollegen, ob sie denn schon mal ein Geschirrhändtuch angefaßt hätten. Er hätte es jedenfalls nicht getan. Er plädierte dafür, daß, wenn beide berufstätig seien, auch beide für den Haushalt verantwortlich seien. Seine Frau ist aber nicht berufstätig.

Ursula Ibler ging in ihrer Rede auf einzelne Probleme der werktätigen Frau ein, die sich z. T. auch in den Anträgen widerspiegeln. Weiterhin verwies sie auf die 12 „programatischen Thesen“, die als Grundlage zur weiteren Arbeit dienen. Sie grenzte sich stark von Feministinnen ab, die ihrer Meinung nach den wahren Feind vergessen und ihren Hauptgegner im Mann sehen.

Während der Diskussion um die Referate wurde eine Solidaritätsadresse an 51 Kolleginnen von Quelle/Schickedanz verabschiedet, die zum Zeitpunkt der Konferenz ein Gerichtsverfahren um gleiche Bezahlung hatten.

Bei einem Diskussionsbeitrag zur Tarifpolitik schlugen die Wogen höher. Eine Kollegin von VW kritisierte den Tarifabschluß in der Stahlindustrie. 90% der Kollegen hatten für Streik gestimmt, am Wochenende wurde der Abschluß dennoch durchgezogen. Als sie am nächsten Montag in den Betrieb gekommen war, wurde sie als Funktionärin von den Kollegen angespuckt, weil die Kollegen sich total verarscht fühlten. Ihre Kritik ging dahin, daß erst die Kollegen heiß gemacht werden und dann folgt von der Verhandlungskommission eine „Nacht und Nebel“-Aktion. Die anwesenden Vorstandsmitglieder fühlten sich auf den Schlipps getreten und verteidigten im Gegenangriff den Tarifabschluß. Die Kollegin erhielt Unterstützung von einer Kollegin aus dem Bezirk Hamburg, die ähnliche Erfahrungen gemacht hatte. Außerdem wies sie darauf hin, daß auf der Konferenz wohl der Ort sei, wo man so etwas diskutieren könne.

Das Einführungsreferat am nächsten Tag hielt H. Preiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Danach waren 145 Anträge und einige Initiativanträge zu behandeln. Ich beschränke mich hierbei auf einige Schwerpunkte. Die erste Entschließung und die folgenden Anträge beziehen sich allgemein auf die Frauenerwerbstätigkeit. Dazu gab es keine Widersprüche. Der nächste Punkt war Teilzeitarbeit. Es lagen Anträge für und gegen Ausweitung der Teilzeit vor. Die Argumentation für Teilzeit war, daß Frauen durch Haushalt und Kinder kaum die Möglichkeit haben, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen, daß die meisten arbeitslosen Frauen einen Teilzeitarbeitsplatz suchen und es von daher arbeitsmarktpolitisch notwendig sei, mehr Plätze anzubieten.

Dagegen wurde gesagt, daß der Wunsch nach Teilzeit einer persönlichen Situation der Frau entspringt, was auch verständlich sei. Man wolle die vorhandenen ja nicht abschaffen, aber es sei besser, Möglichkeiten zu schaffen, daß eine Frau ganztags arbeiten kann (mehr Kindergartenplätze usw.). Schwerpunkt der IGM sollte sein, die Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem Lohnausgleich zu schaffen (35 Stunden-Woche). Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß Teilzeit die Rationalisierungsmaßnahmen, z.B. Bildschirmarbeitsplätze, begünstige. Der Unternehmer sei sicherlich gern bereit, an solchen Plätzen zwei Frauen jeweils vier Stunden arbeiten zu lassen, da das die Produktivität erhöhe. Teilzeit schließe auch nicht aus, daß Frauen keine „Reservearmee“ blieben, denn die Vergangenheit habe bewiesen, daß Unternehmer zu Hochkonjunkturzeiten mehr auf die persönlichen Wünsche von Arbeitsuchenden eingehen. Teilzeitarbeitsplätze sind meist auch unqualifizierte Plätze. Der Antrag gegen eine Ausweitung wurde mit Mehrheit angenommen.

Mädchen in „Männerberufen“: Die Delegierten des Bezirks Hamburg wollten ihren Forderungskatalog, der sich gegen die Zielsetzung der Modellversuche „Mädchen im Männerberufen“ richtet, durchbringen (Zielsetzung ist: Frauen sollen beweisen, daß sie fähig sind, in Männerberufen zu arbeiten, Unternehmer sollen „motiviert“ werden, Frauen in Männerberufen auszubilden.) Er-

stens, so argumentierten sie, haben Frauen dies bewiesen, da brauche man nur an die Kriegszeit zu denken. Zweitens lassen sich Unternehmer nicht „motivieren“ (außer sie kriegen dafür Geld). Dem wurde nicht entsprochen. Der angenommene Antrag besagt, daß bei Ausweitung der Modellversuche darauf zu achten sei, daß bessere Kenntnisse vermittelt werden, keine Kurzausbildung erfolgt, entsprechende Entlohnung gewährleistet ist, die Schutzmaßnahmen nicht abgebaut werden.

Tarifpolitik: Die Entschließung befaßt sich im wesentlichen mit dem mangelnden Informationsfluß während der Tarifrunde. Hierzu wurde folgender Ergänzungsantrag gestellt: „Die abgeschlossenen Ergebnisse im Bezug auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit entsprechen nicht der vom 12. ordentlichen Gewerkschaftstag beschlossenen Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche. Die langen Laufzeiten der entsprechenden Vereinbarungen machen eine baldige Revidierung fast unmöglich.“ Dieser Antrag mußte zuerst abgestimmt werden. Es gab eine Kampfabstimmung. Der Ergänzungsantrag mußte mehrmals abgestimmt werden, unter Buhrufen wurde die Ablehnung angezweifelt und schließlich mit eindeutiger Mehrheit von 107 gegen 83 und 3 Enthaltungen angenommen. Die wesentliche Unterstützung kam von den Bezirken Hamburg, Hagen, Köln und München.

Quotierung (festgesetzte Zahl von Frauen in gewerkschaftlichen Gremien): Hierzu lagen drei Anträge vor. Der erste forderte nur, eine Konzeption zu entwickeln, wie Frauen stärker an der Gewerkschaftsarbeit beteiligt werden können. Dieser Antrag wurde schließlich mit knapper Mehrheit angenommen. Die Antragskommission behauptete, die beiden anderen Anträge, die eine zwingende Beteiligung der Frauen vorsahen, seien im ersten enthalten, weshalb nicht über diese abgestimmt wurde.

Um die Quotierung gab es eine Diskussion. Die Befürworterinnen der Quote stellten fest, daß der Anteil Frauen im Vertrauensleutkörper und Betriebsrat gestiegen sei, aber in Ortsverwaltungen und anderen gewerkschaftlichen Gremien sei der Anteil gesunken. Die so doll gepriesene Qualifikation müssen Frauen

immer doppelt und dreifach unter Beweis stellen. Fragt man sich nicht auch oft bei einem Mann, wie er auf so manch einen Posten gekommen sei? Die Gegner argumentierten, daß man ja bereit sei, Frauen zu beteiligen, aber es seien ja so wenig Frauen bereit dazu. Es war im Grunde der alte Slogan, die Frauen wollen gar nicht.

Die restlichen Anträge gingen mehr oder minder problemlos über die Bühne. Einige seien hier noch erwähnt:

- Ausweitung von Kindergärten, Tagesstätten usw.
- Einführung der integrierten Gesamtschule als Ganztagschule
- Lehrmittelfreiheit
- Verbesserung der Ausbildungssituation für Mädchen bzw. gleiche Ausbildungschancen für Jungen und Mädchen
- Für die Verbesserung der Arbeit an Datensichtgeräten (Erholzeiten usw.)
- Lohngleichheit, d.h. „leichte körperliche Arbeit“ darf nicht schlechter bezahlt werden
- Verbot der Aussperrung
- Verbot der „Grauen Wölfe“ bzw. Ausweitung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf Mitglieder der Organisation
- Novellierung des § 218, Straffreiheit in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft
- Ausweitung von Modellen zu § 218 ähnlich wie in Bremen
- Funktionsträger 1-Lehrgänge der IG Metall für Frauen mit Kindern verstärken und die Erfahrung von Hamburg zunutze machen
- Gegen Dienstpflicht und Frauen zur Bundeswehr
- Verbot der Neonazis

Dazu lag ein Initiativantrag vor, der das Verbot der neofaschistischen Kundgebung am 17.6. forderte und aufrief, sich an der Kundgebung des DGB am 16.6. zu beteiligen.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß im Vorraum diverse Büchertische aufgebaut waren. Zu meinem Leidwesen gab es zu wenig Frauenliteratur. Eines ist mir aber besonders sauer aufgefallen, und ich dachte, meinen Augen nicht zu trauen. Ein Büchertisch enthielt eine große Auswahl von - tja, was wohl - KOCHBÜCHERN!

Eine Teilnehmerin

Streiks im Einzelhandel gegen miese Bezahlung

Die Tarifrunde im Einzelhandel steht dieses Jahr im Zeichen vielfältiger Protestaktionen: Warnstreiks, Demonstrationen, Kundgebungen, Unterschriftensammlungen etc.

Eine Neuheit im Bereich der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen - die bereits im Bereich Banken vergleichsweise zaghaft (für „Banker“ jedoch geradezu revolutionär) vorgemacht wurde.

Bereits im April beteiligten sich ca. 4.000 Kolleginnen und Kollegen in 20 Betrieben in Baden-Württemberg an Warnstreiks, die bis zu 10 Stunden dauerten. Am 19.4. streikten zwei Drittel der Beschäftigten des Kaufhof Stuttgart - was die bis dahin größte Aktion im Stuttgarter Einzelhandel darstellte.

Die Tarife in Baden-Württemberg und anderen Bereichen wurden zwischenzeitlich abgeschlossen, etwas höher als die in diesem Jahr „üblichen“ Ergebnisse: 4,8 bis 5,8 Prozent mehr Lohn und Anhebung des Urlaubes um 2 Tage für 1979 und 1980.

Für Niedersachsen und Bremen scheiterte am 14.6.79 bereits die dritte Verhandlungsrunde.

Über 22 Warnstreiks in Kaufhäusern hatten in den davorliegenden 14 Tagen allein in Niedersachsen mehr als 11.000 Beschäftigte erfaßt. Hier nur einige Beispiele:

- Am 21.5. streikten 2.000 Angestellte der Hannoveraner Großkaufhäuser - 700 Streikende versammelten sich vor dem Kaufhaus Horten um für ihre Forderungen zu demonstrieren, beim Kaufhof wurde die Betriebsversammlung mit einem Sitzstreik verlängert.
- Am 22.5. beteiligten sich 90 Prozent der Beschäftigten im Plaza-SB-Warenhaus Hannover (zugehörig zum gewerkschaftseigenen Coop-Konzern) an einem dreistündigen Streik, wie auch Kollegen bei Horten in Braunschweig und beim Kaufhof.
- Am 23.5. wurden Quelle und Kaufhof in Hannover vier Stunden lang bestreikt und mehr als 1.000



Beschäftigte zogen in einem spontanen Protestzug durch die Stadt.

- Den vorläufigen Höhepunkt der Aktion bildete am 8.6.79 der dreistündige Warnstreik von 3.000 Verkäuferinnen und Verkäufern in den Hannoveraner Kaufhäusern Horten, Neckermann, Quelle, Wertheim, Karstadt, Hettlage, der in einem gemeinsamen Demonstrationzug von über 2.000 Kolleginnen durch Hannover mündete.

Auf der Kundgebung am Raschplatzpavillon wurde eine Solidaritätsadresse der hannoverschen VW-Arbeiter (17.000 Beschäftigte) vom stellvertretenden Vertrauenskörpersitzenden Flamme vorgetragen. Dietrich Kittner - Kabarettist und Liedersänger - solidarisierte sich und trat mit Liedern und Sketchen vor den Verkäuferinnen auf.

Die Verkäuferinnen und Verkäufer in dieser Branche haben doppelt Grund zum streiken: Mit 998,- DM Einstiegsgehalt und 1.550 DM „Spit-

zengehalt“ (Brutto versteht sich) für eine gelernte Kraft nach 11 Berufsjahren sind diese Kolleg(innen) am Schluß der Lohnskala - und haben zudem lange Arbeitszeiten und katastrophale Arbeitsbedingungen.

Eine Verkäuferin an einer sogenannten „Umpackkassette“ muß in Spitzenzeiten an Wochenenden bis zu fünf und sechs T o n n e n Gewicht „umpacken“. Ein gesetzliches Verbot dieser Arbeitsplätze (wie in Hessen) wird von der HBV angestrebt.

An diesen Aktionen wird aber auch deutlich, daß die Mehrzahl der in dieser Branche Beschäftigten - die Frauen - sich nicht mehr als „Mitverdienerinnen“ betrachten, sondern sich aktiv für ihre Rechte einsetzen. Allein in zwei Wochen konnte die HBV in Hannover 501 Neueintritte in die Gewerkschaft verzeichnen - durchaus ein Zeichen, daß die Kolleg(innen) eine aktive Gewerkschaftspolitik begrüßen.

„Wir sind sauer!“

und lassen uns nicht wie Zitronen ausquetschen

Unter diesem Zeichen stand am Samstag, den 26.5., eine Aktion der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) vor Karstadt in Braunschweig. Mit Flugblättern und 5.000 Zitronen warben sie bei den Braunschweiger Bürgern um Verständnis für ihre diesjährigen Tarifforderungen. Bereits vier Tage vorher kam es beim Konkurrenzkonzern Horten zu einem mehrstündigen Warnstreik mit einer Demonstration.

Die ersten Versuche, auf die Misere im Einzelhandel aufmerksam zu machen, gab es am 1. Mai, an dem die HBV als einzige Gewerkschaft zu einer Demonstration aufrief.

Doch die HBV und die unmittelbar Betroffenen im Einzelhandel erkannten, daß das zur Durchsetzung ihrer Forderungen nicht ausreicht und sie nahmen ihre Sache verstärkt selbst in die Hand. In diesem Sinn wurden die Kollegen des Braunschweiger Horten-Hauses aktiv. Auf ihrer Betriebsversammlung vom 18.5. trugen Vertreter von HBV und DAG ihre Standpunkte zur derzeitigen Tarifrunde vor. Im Gegensatz zur DAG, die eine Prozentforderung aufstellte, verlangt die HBV einen Festgelddbetrag von 100 - 180 DM mehr für alle Beschäftigten, um die besonders miesen unteren Gehaltsgruppen stärker anzuheben. Auf einer Zusammenkunft der Organisierten von Horten und Karstadt am 21.5. wurde ein mehrstündiger Warnstreik für den 22.5. beschlossen. Mit ca. 300 Leuten beteiligten sich fast alle Horten-Beschäftigten an dem Warnstreik mit anschließender Demonstration zur Braunschweiger Zeitung, um so

die unerträglichen Arbeitsbedingungen und die Tarifforderungen an die Öffentlichkeit zu bringen.

Das die Misere den gesamten Einzelhandel und nicht nur Horten betrifft, zeigt sich auch darin, daß bei der Gewerkschaft seit dem 22.5. immer wieder von Beschäftigten anderer Betriebe nachgefragt wurde, ob nicht auch ein Warnstreik bei ihnen möglich wäre. So kam es dann auch am 26.5. zu der Aktion vor Karstadt. Zur spezifischen Situation der Frau auch in diesem Arbeitsbereich wäre noch viel zu sagen. So gibt es zum Beispiel fast keine Frauen oberhalb der Abteilungsleiterbene, auch sind die wenigen Männer vorwiegend in jenen Abteilungen zu finden, in denen verstärkt mit Provision gearbeitet wird. Die geschlechterspezifische Selektion findet in der Regel bereits in der Ausbildung statt, so wird im Rahmen der Stufenausbildung relativ mehr Männern der qualifizierte Abschluß zum Einzelhandelskaufmann ermöglicht, während sich die Frauen meist mit der verkürzten Ausbildung zur Verkäuferin begnügen müssen.

Eines ist bereits offensichtlich: die Beschäftigten im Einzelhandel erkennen immer mehr, daß die gewerkschaftliche Organisation in der HBV und die Bereitschaft, sich für seine eigenen Belange selbst einzusetzen, die Situation verbessern kann, denn:

WER SICH NICHT WEHRT, LEBT VERKEHRT!

Dies gilt auch für die Zeit über den diesjährigen Tarifabschluß hinaus.

KB/Braunschweig

KB-Prozesse

Urteil im Russell 5-Prozeß: Ein fast vollständiger Erfolg

Nach 18 Verhandlungstagen bei einer Prozeßdauer von insgesamt 5 Monaten wurde der Zensurprozeß gegen den Verlag J. Reents wegen Herausgabe des „Russell-Buch 5“ am 11. Juni 1979 beendet.

Das Bundeskriminalamt wollte das Buch aus dem Verkehr ziehen und den Herausgeber Jürgen Reents wegen „Staatsverunglimpfung“ verurteilen lassen, weil in dem Buch Parallelen zwischen dem „Sicherheitsapparat“ in der BRD und dem des Nazi-Regimes aufgezeigt und die Konturen des Entstehens einer „neuen GeStaPo“ in der BRD mit Dokumenten belegt und beschrieben werden. Das Amtsgericht Hamburg erkannte in seinem Urteil jedoch an, daß diesem Buch die Motivation zugrundeliegt, vor einer besorgniserregenden Entwicklung in der BRD zu warnen und daß die Meinungsfreiheit und die Freiheit der politischen Kritik höhere Rechtsgüter

sind als der „Ehrenschatz des Staates“.

Gleichfalls freigesprochen wurde von der Anklage der „Beleidigung“ der Hamburger Polizei, weil die Erschießung des Bankräubers Gonzales durch den MEK-Beamten Rainer Fasig am 18.4.74 in Hamburg als „öffentliche Exekution“ bezeichnet wird. Wesentlich für das Gericht war hier die Zeugenaussage des Bankangestellten L., daß er als Geisel die Polizei telefonisch „flehtend gebeten“ hatte, nicht zu schießen. Das Gericht stellte dazu fest, daß hier folglich weder eine Notwehr- noch eine Nothilfe-Situation vorliegen hat, und die Erschießung des Bankräubers Gonzales ein Vorgriff auf die „Regelung“ des gezielten Todesschusses sei, die auch heute noch nicht gesetzlich verabschiedet, sondern in der demokratischen Öffentlichkeit und unter Juristen höchst umstritten ist. Die Kritik an dieser Er-

schießung und ihre Bezeichnung als „öffentliche Exekution“ seien keine „Beleidigung“, sondern es würden damit berechnete Interessen (der kritischen Berichterstattung und öffentlichen Diskussion) wahrgenommen.

Dieser Urteilsspruch ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil der Hamburger Polizei damit wegen Nichtvorliegens einer Nothilfe-Situation von diesem Gericht gesetzwidriges Handeln attestiert wird. Jürgen Reents hat daraufhin sofort Anzeige gegen den Todesschützen und MEK-Beamten Rainer Fasig erstattet und die Staatsanwaltschaft aufgefordert, die Ermittlungen aufzunehmen. Diese sind, wie erst im Verlauf dieses Prozesses — 5 Jahre nach dem Vorfall — bekannt wurde, und obwohl zwingend vorgeschrieben, nie aufgenommen worden. Dem Todesschützen Rainer Fasig wurde zudem in diesem Prozeß von der Hamburger Polizei-

behörde keine Aussagegenehmigung erteilt, weil das dem „Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg“ schaden könne.

Die freisprechenden Teile des Urteils wie auch die bereits während des Prozesses verkündeten Einstellungen der „Beleidigungs“-Anklagen wegen der Erschießungen von Georg v. Rauch und Thomas Weisbecker (diese werden im Buch als „Liquidation“ politischer Gegner dieses Staates bezeichnet) sind nicht zuletzt auf die breite Öffentlichkeit und Solidarität zurückzuführen, die dieser Prozeß im In- und Ausland gefunden hat.

Verurteilt wurde der Verlag J. Reents jedoch wegen „Beleidigung“ des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten F.J. Strauß zu einer Geldstrafe von 1.380 DM (60 Tagessätze à 23 DM). Als „Beleidigung“ wertete das Gericht, daß der Name von Strauß mit „SS“ statt „B“

geschrieben wurde — an drei Stellen des 240 Seiten starken Buches. Bei dem „Beleidigten“ handelt es sich um eben jenen F.J. Strauß, der während des Nazi-Regimes als „weltanschaulicher Referent“ des Nazi-Kraftfahrerkorps und als „Offizier für wehrgeistige Führung“ in der Hitler-Wehrmacht tätig war und von dem die Zeitschrift „Der Freiwillige“ im April 1959 folgendes Zitat veröffentlichte: „Wie ich persönlich über die Leistungen der an der Front eingesetzt gewesenen Verbände der Waffen-SS denke, wird Ihnen bekannt sein. Sie sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkrieges einbezogen.“

PS: Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen Berufung gegen das Urteil eingelegt. Wir auch — wegen Strauß. Es wird also noch zu einer zweiten Runde in diesem Zensurprozeß kommen.

Solidaritätsmeldungen

Neue Unterschriften

Aus den Niederlanden und aus Großbritannien haben uns neue Unterschriften unter die Protesterklärung gegen die 90a-Prozesse erreicht, so daß deren Gesamtzahl jetzt über 2.200 liegt. Die niederländischen Unterschriften wurden von der Russell-Gruppe Sittard vor allem unter Schauspielern, Regisseuren und Pädagogen gesammelt. Stellvertretend für alle Neuunterzeichner seien genannt:

Großbritannien

Scottish Campaign to Resist the Atomic Menace (Schottische Anti-AKW-Gegner)

City Lynx, Alternativzeitung aus Edinburgh

Niederlande

Rik Hancke, Regisseur, Eindhoven
Peter Koene, Musiker, Eindhoven
Susan van Lohuizen, Autorin, Arnheim
Lisette Mertens, Schauspielerin, Eindhoven
Jan Moors, Sozialpädagoge, Stramproy
Jan Cornelis Nooteboom, Regisseur, Son
Cecile v.d. Poel, Schauspielerin, Son
Thea Roding, Schauspielerin, Son
Jochem Rooyards, Schauspieler, Eindhoven
Pieter de Vries, Dozent, Eindhoven

Politisk revy, Dänemark

Eingeleitet mit dem Gedicht von P.P. Zahl („Wer die neue GeStaPo die neue GeStaPo nennt...“) beschäftigt sich die dänische Zeitschrift „politisk revy“ in ihrer Juni-Nummer 356 mit den KB-Prozessen. Sie kritisiert, daß das Verfahren gegen Kai nur eingestellt und er nicht freigesprochen worden ist. Der Artikel beschreibt die Anklagen gegen Kai und Jürgen, zieht Parallelen zu den Buback-Prozessen und erinnert an die Anwendung von Zensurparagrafen in der deutschen Vergangenheit.

Die Prozesse werden von „politisk revy“ als ein Teil der ideologischen Strategie des Staates gegen die sich entwickelnde alternative Öffentlichkeit in der BRD gekennzeichnet.

permanente revolution / Österreich

Die „permanente revolution“, Zeitung der österreichischen „Internationalen Kommunistischen Liga“ (IKL), informierte in ihrer Juni-Ausgabe über die Einstellung des 90a-Prozesses gegen den Arbeiterkampf und schrieb abschließend: „Auch wir glauben nicht an die Selbstmorde!“

Karl-Heinz Galander

Karl-Heinz Galander, Gefangener in der Strafanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel und seinerzeit Kandidat der Bunten Liste bei der Bürgerschaftswahl, schrieb am 16.6. des Jahres „34 nach Hiroshima“:

„Lieber Jürgen,
1 „Strauß“ = 1.400 DM, das ist zu teuer — wirklich — auch wenn wir mit noch steigender Inflation leben. In einer FDGO muß zumindest die Meinung kostenlos sein!
Mit solidarischen roten + bunten Grüßen

Karl-Heinz Galander
mit sonaarschen roten + bunten Grüßen

Karl-Heinz Galander

Gleichzeitig mit diesem Solidaritätsbrief teilte Karl-Heinz uns mit, daß erneut eine für ihn bestimmte Ausgabe des „Arbeiterkampf“ (Nr. 155) von der Anstaltsleitung angehalten worden ist.

Peter Schult

Der Münchner Autor und Journalist Peter Schult, der gerade zu 7 Monaten und 2 Wochen Knast auf Bewährung sowie 1000 DM Geldstrafe verurteilt wurde, weil das Gericht seine zärtliche Aufnahme von zwei wegelaufenen Jungen als „Unzucht“ wertete (siehe AK 155, S. 22), schrieb uns in einem Brief vom 14. Juni: „Ich protestiere auf das Schärfste gegen das Verfahren nach § 90a, egal wie auch immer der Prozeß ausgehen wird, und solidarisiere mich mit den Genossen Jürgen Reents und Kai Ehlers. Dieser Paragraph — mit dem auch ich schon als Journalist Bekanntheit gemacht habe — wird von der Klassenjustiz systematisch zur Disziplinierung linker Journalisten und Schriftsteller angewendet und sollte von uns allen mit aller Schärfe bekämpft werden.“

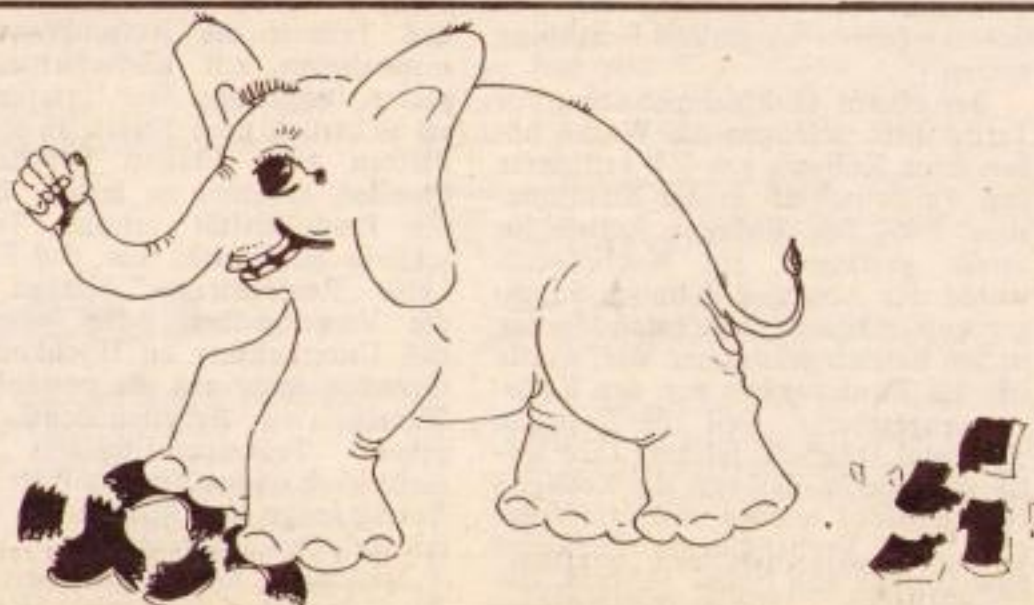
Mit solidarischen Grüßen
Peter Schult

Saarbrücker Stadtzeitung

Die „Saarbrücker Stadtzeitung“ berichtete in ihrer Juni-Ausgabe über die Einstellung des Prozesses gegen Kai Ehlers und wies auf die darüber erschienene Dokumentation hin.

Veranstaltung in Kiel

Rund 80 Teilnehmer kamen zu einer Veranstaltung in Kiel, auf der Jürgen Reents und RA Uwe Maeffert einen Tag nach Prozeßende über das gelaufene Verfahren und andere 90a-Prozesse sprachen. Aufgerufen hatte die ESG, die Fachschaftsgruppe Jura, die Gruppe Kieler Antifaschisten, der KB und die Alternativzeitungen „Einblatt“ und „Spökenkieker“. In der Diskussion wurde mehrfach das Interesse laut, sich am Ort genauer mit Zensurprozessen zu befassen und kollektiv eine Gegenwehr aufzubauen. Hansi aus Flensburg trug mit einigen Liedern zum Thema bei.



Danke für die Solidarität! Danke für die Solidarität!

Der „Russell-5-Prozeß“ ist vorbei — in erster Instanz — und er ist zu 95% ein Erfolg für uns geworden, die das Entstehen einer „neuen GeStaPo“ in der BRD sehen und bekämpfen, die die polizeilichen Todesschüsse in Kopf und Rücken, die „Exekutionen“ und „Liquidationen“, mit lautem Protest verfolgen, die Widerstand leisten gegen die beängstigende polizeistaatliche und geheimpolizeiliche Entwicklung in unserem Land.

Der Ausgang dieses Prozesses ist ein fast vollständiger Sieg für die Meinungs- und Pressefreiheit — aber er ist absolut nicht typisch für die Meinungs- und Pressefreiheit in der BRD, er ist absolut nicht typisch für die Justiz in diesem Land.

Die „Staatsverunglimpfungs“- und Zensurprozesse in der BRD, die mit einschneidenden Verurteilungen endeten, sind zahlreich. Es gibt das skandalöse 3000-DM-Urteil gegen Hendryk M. Broder wegen „Beleidigung“ des Kölner Richters Somoskeoy durch einen Rundfunkkommentar. Es gibt das 600-DM-Urteil mit zugerechneten 20.000 DM Gerichtskosten gegen die Bonner Alternativzeitung „De Schnüß“ wegen „Beleidigung“ der Bonner Polizei. Es gibt das 8-Monate-Knast-Urteil (auf „Bewährung“) gegen den KPD-Funktionär Thomas Luczak u.a. wegen „Staatsverunglimpfung“. Es gibt das 12-Monate-Knast-Urteil gegen Gernot Schubert und das 4-Monate-Knast-Urteil gegen Karin Wagner (auf Bewährung), beide mal Presseverantwortliche des „Roten Morgen“ von der „KPD/ML“, wegen „Staatsverunglimpfung“. Es gibt das 6-Monate-Knast-Urteil (ohne „Bewährung“) gegen einen Nürnberger Genossen wegen „wildem Plakatierens“. Es gibt das — zusammengezeichnet — 39-Monate-Knast-Urteil (ohne „Bewährung“) gegen die vier Westberliner Agit-Drucker u.a. wegen „Befürwortung von Gewalt“. Es gibt den Genossen Christian Heinrich von der „KPD“, der nach 8 Monaten Knast gerade vorzeitig aus Moabit entlassen wurde — verurteilt war er zu 12 Monaten; bei 4 Flugblättern mit „verfassungsfeindlicher Einwirkung auf öffentliche Sicherheitsorgane“ ist das ein stolzer Preis für die Meinungsfreiheit in der BRD.

Wenn das Urteil im „Russell-5-Prozeß“ mit Ausnahme der 1380 DM schweren „Beleidigung“ des CSU-Chefs Strauß nun nicht in gleicher Reihe steht, dann nicht deswegen,

weil den zuvor genannten Verurteilungen „schwerwiegendere Delikte“ zugrunde liegen würden, eine „neue Liberalität“ um sich gegriffen oder einfach das hanseatische Amtsgericht mehr Respekt vor den Buchstaben des Artikel 5 des Grundgesetzes hätte. Das Urteil im „Russell-5-Prozeß“ ist kein Erfolg der Meinungsfreiheit in der BRD, sondern unseres Kampfes um die Meinungsfreiheit. Und dazu haben viele beigetragen.

Zum einen zur erfolgreichen Verteidigungslinie selbst: was von mir und meinem Verteidiger Uwe Maeffert vor Gericht gegen die Anklage ins Feld geführt wurde und den Inhalt unserer fast zwei Dutzend Wahrheits-Beweisanträge zu den inkriminierten Aussagen des Buches füllte, baut auf eine jahrelange Untersuchungsarbeit zahlreicher Genoss(inn)en auf, insbesondere der Antifa-Kommission unserer Organisation, die eigens zum Prozeß noch Aktenordner weiteren Materials aufbereitet hatte, auf die die Argumentation vor Gericht sich stützen konnte.

Zum anderen ist die breite Solidarität, die sich nicht auf die Stimmen der radikalen Linken beschränkte, ein großes Gewicht gegen die Anklage gewesen, das wir auch immer wieder in den Gerichtssaal getragen haben. Im „Arbeiterkampf“ sind diese Stimmen kontinuierlich dokumentiert worden. Diese Solidarität hat ein ermunterndes Zeichen gesetzt in einem Land, in dem politische Differenzen es manchmal sogar innerhalb der radikalen Linken selbst verhindern, die gemeinsame Abwehr von Angriffen der Klassenjustiz zu einer konkreten Erfahrung, zu einer tatsächlichen Waffe in unserem Kampf zu machen.

Als Angeklagter, im Namen des Verlages und im Namen unserer Organisation möchte ich allen, die sich solidarisch mit uns erklärt haben, egal wie sie zu dem Inhalt des inkriminierten Buches stehen, danken. Die Erfahrung dieses Prozesses und die Solidarität gegen diesen Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit wird auch auf andere Fälle zu übertragen sein — und, sie wird hoffentlich auch in den konkreten Fällen die Forderung nach Einstellung jeglicher Zensurmaßnahmen und nach Außerkräftsetzung des in der Tradition der Nazi-Justiz stehenden „Staatsverunglimpfungs“-Paragraphen 90a immer lauter hörbar machen.

Jürgen Reents

BIG FLAME: Solidarität mit Kai Ehlers und dem KB

Die linke britische Organisation BIG FLAME brachte in ihrer Juni-Ausgabe einen Bericht über den vorläufigen Erfolg für Kai Ehlers und den KB im Staatsverleumdungs-Prozeß. Dort heißt es:

„Ein Rückschlag für den deutschen Staat. Ein Teilsieg für die deutsche Linke und die Pressefreiheit. Das ist das Ergebnis der Prozeßöffnung gegen Kai Ehlers, Herausgeber der radikalen westdeutschen Zeitung 'Arbeiterkampf', als der Staat seine Hauptanklage zurückzog: daß er den 'Staat verleumdet' hätte, indem er vermutet habe, daß die Baader-Meinhof-Führung Baader, Raspe und Ensslin vielleicht keinen Selbstmord im Gefängnis begangen hätte. Die Anklage

ndoe, daß die 'Baader-Meinhof-Führung Baader, Raspe und Ensslin vielleicht keinen Selbstmord im Gefängnis begangen hätte. Die Anklage wurde fallengelassen, weil die Position des Staates so schwach war und er auch keine eingehende Untersuchung der Todesfälle vor Gericht ertragen wollte. Als offizieller Grund wurde angegeben, daß die Anklage zugunsten eines 'ernsteren Ar'agepunktes' fallen gelassen wurde: Beleidigung des Neo-Faschisten Franz Josef Strauss durch Schreibweise seines Namens. Folgende Punkte (die in Wirklichkeit nur einen kleinen Teil der Position des AK wiedergeben) helfen, die Angst des Staates zu erklären: 'Die Behörden wurden gefragt, warum die Pistolen, mit denen sich Baader und Raspe angeblich selbst erschossen, nicht nach Fingerabdrücken untersucht wurden. Sie antworteten, diese seien mit Blut bedeckt gewesen. Als einer vom Wachpersonal darauf verwies, das sei nicht der Fall gewesen, stimmten die Behörden zu, aber fügten hinzu, daß keinerlei erkennbare Fingerabdrücke an den Pistolen gewesen seien. Wie konnten sie das aber wissen, wenn sie sie doch gar nicht untersucht hatten?...

Unklar bleibt, wie sich Baader selbst in den Hinterkopf geschossen hat. Die Behörden sind sich uneinig darüber, wie er die Waffe gehalten hat, über die Spuren an seiner Hand, über das, was mit der Kugel passierte, nachdem sie aus Baaders Kopf wieder ausgetreten ist und über die Spuren an Baaders Kopf. Die Untersuchung seines Kopfes ließ schließen, daß der Schuß aus einer Entfernung von 30-40 cm oder mit einem Schalldämpfer abgegeben worden sein muß. Einen Schalldämpfer gab es nicht. Es gibt auch das Geheimnis des Stuhls in Ensslins Zelle. Wer die Zelle kurz vorher und sofort nach ihrem Tod gesehen hatte, sah keinen Stuhl. Dieser tauchte erst ein paar Stunden später auf. Wie konnte sie sich aber selbst erhängen ohne einen Stuhl, um darauf zu stehen.

Die Autopsien bei allen dreien ergaben eine Gehirnerkrankung, verursacht durch schweren Vitamin-B-Mangel. Diese kann künstlich mit Drogen herbeigeführt werden, eine Technik, die vom CIA gut erforscht ist. Diese und viele andere Eigentümlichkeiten untergraben die staatliche Darstellung, die Todesfälle wären 'unstreitig' durch Selbstmord verursacht. Der Sieg des 'Arbeiterkampf' läßt hoffen, daß dieser Fall in Deutschland offen so diskutiert werden kann, wie es seit den Todesfällen im Oktober 1977 noch nicht möglich war (...). Solidaritätsadressen und/oder Spenden an Verlag Arbeiterkampf, Anschrift, Kontonummer...“
Großbritannienkommission



Streit um die „Quote“

Seit längerer Zeit gibt es in der SPD und speziell in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) eine Auseinandersetzung um die Vertretung der Frauen bei Parteiämtern und Mandaten unter dem Motto „Gleichstellung der Frau in der Partei“. Es geht um die Frage, ob die Stellung der Frau mit Hilfe einer Quotierung, d.h. vorher festgeschriebener prozentualer Verteilung gemäß dem Anteil an der Mitgliedschaft in den jeweiligen Gremien, verbessert werden kann und soll oder ob die Durchsetzung und Gleichberechtigung der Frauen innerhalb der SPD und bei der Mandatsverteilung bei Wahlen

ohne solche Regelungen „erreichbar“ ist.

ASF/Schleswig-Holstein: „Eva offensiv“ oder treu zur Partei?

In der ASF Schleswig-Holstein ging die Auseinandersetzung um die Quote besonders im Landtagswahlkampf heiß her (s. auch unser Interview mit der kürzlich aus der SPD ausgetretenen stellvertretenden ASF-Landesvorsitzenden Eva Rath in AK 153). Auf der Landeskonferenz der ASF am 31.

März dieses Jahres gab es eine Kampf- abstimmung mit dem Ergebnis, daß mit 54 zu 52 Stimmen und drei Enthaltungen der Antrag auf Einführung einer Quote abgelehnt wurde. Die linken ASF-Frauen, also die Frauen, die eine „feministische“ Ausrichtung der ASF-Politik wünschen und deswegen im Clinch mit dem SPD-Landesvorstand liegen, traten für die Einführung der Quote ein.

Diese Frauen sehen in der Quote ein Mittel, innerhalb der Partei den Männern eine Auseinandersetzung mit der Frauenfrage besser aufzwingen zu können. Die Gegnerinnen der Quote in Schleswig-Holstein grenzten sich in dieser Auseinandersetzung vom Feminismus ab. Frau könne sich auch ohne die Quote durchsetzen, die Befürworterinnen der Quote würden sich von der Partei entfernen. Von Gegnern der Quote wurden Angriffe gegen den „feministischen“ Wahlkampf mit der Gruppe „Schneewittchen“ gestartet. Der Angriff auf die „Quote“ war hier der Versuch, eine Generalabrechnung mit den linken Frauen zu machen.

Bundeskonferenz der ASF: Willy Brandt: Für die Quote!

Schon 1977 auf der Bundeskonferenz der ASF in Siegen war mit ganz knapper Mehrheit die Ablehnung der Quote beschlossen worden. Im letzten Jahr wurde allerdings die Debatte erneut aufgerollt, und zwar von einer Seite, die Frau zunächst hellhörig werden läßt: Nämlich von den Männern im SPD-Vorstand, die allesamt Befürworter der Quote sind, an der Spitze Willy Brandt. Während die Gegner der Quote auf der Bundeskonferenz der ASF in Erlangen vom 18.—20. Mai dieses Jahres mit dem Hinweis auf die Siegener Beschlüsse die erneute Debatte am liebsten vom Tisch gewischt hätten, widmete Willy Brandt einen Großteil seiner Rede diesem Thema: „Ich habe den Eindruck, daß wir uns einem Umbruch nähern. Ich meine nach wie vor, daß es vernünftig ist, Mindestquoten — z.B. ein Viertel, wie es etwa dem Anteil der Frauen an der Gesamtmit-

gliedschaft entspricht — für die Teilnahme von Frauen an den Körperschaften der Partei vorzusehen. Sie könnten rasch wieder überflüssig werden, wie die schwedische Erfahrung lehrt. Aber es wäre töricht zu leugnen, daß etwa die verhältnismäßig gute Repräsentanz der Frauen auf der Europa-Wahlkarte ohne ein entsprechendes Verfahren nicht erfolgt wäre.“

Einige werden ihre persönlichen Erfahrungen mit Frauen gemacht haben, die ein Engagement in unserer Partei ablehnen und sich in Richtung auf eigene Frauenparteien orientieren. Mir ist nicht entgangen, daß, zumal unter den Jüngeren, die Tendenz da ist, die Arbeit in einer großen, traditionellen von Männern beherrschten Partei für vergeblich zu halten. Die großen Schwierigkeiten, die sich den Frauen bei uns noch immer wieder entgegenstellen, haben manche interessierte Frau in die Resignation geführt. Ich kann und will niemand verdammen, aber ich möchte von dieser Stelle aus die ASF ganz herzlich bitten, durch möglichst lebendige und phantasievolle Arbeit den Gegenbeweis anzutreten. ... Wir haben gemeinsam dafür zu sorgen, daß es sich für Frauen lohnt, in der deutschen Sozialdemokratie aktiv mitzuarbeiten ... Ich habe den Wunsch, daß sich die SPD in den achtziger Jahren als eigentliche Partei der Frauen qualifiziert ...“

Dem SPD-Parteivorstand geht es darum, die Partei für Frauen integrationsfähig und attraktiver zu machen, zum einen gegenüber unzufriedenen SPDlerinnen, zum anderen gegenüber der Frauenbewegung. Daß hier langfristige Überlegungen im Spiel sind, und die Entstehung der neuen Frauenbewegung seit Beginn der siebziger Jahre eine entscheidende Rolle spielt, läßt sich auch daraus schließen, daß 1971 auf dem SPD-Parteitag das „Frauen-Kontingent“ (eine Regelung, die der heutigen „Quote“ in etwa entspricht) aus der Satzung gestrichen wurde. Die Entwicklung der Frauenbewegung war damals für die SPD-Herren natürlich nicht vorhersehbar. Insofern ist es kein Wunder, daß sie jetzt Angst um die Integration der Frauen haben.

Bundeskonferenz beschließt Ablehnung der Quote

Den Befürworterinnen der Quote, die immer wieder darauf hinwiesen, daß das Gerede von der Partnerschaft in der SPD zur Phrase verkomme und daß sie die Quote als eine Übergangslösung und vor allem als eine Hilfe für den Kampf um die Durchsetzung der Fraueninteressen begreifen, wurden von den Gegnerinnen Argumente verschiedenster Couleur und Beweggründe entgegengehalten. Diese Debatte sei doch von den Männern aufgezwungen und schon deswegen abzulehnen. Die Quote würde außerdem die Kriterien für die Besetzung von Mandaten und Ämtern außer Kraft setzen. Sie würde das Prinzip der Mehrheitswahl und die Wahlgleichheit verletzen. Die innerparteiliche Demokratie würde teilweise außer Kraft gesetzt. Die entsprechende Quotierung gewählten Frauen könnten leicht in die Rolle gedrängt werden, nur Funktionäre zweiter Klasse zu sein, wenn sie nicht von einer Mehrheit getragen sind. Auch dies würde zu einer Diskriminierung der Frauen führen. Frauen müßten dann unter Umständen gegen Frauen kandidieren, was ein Bruch der Solidarität unter Frauen sei.

Beschlossen wurde schließlich ein Antrag für die Ablehnung der Quote und zwar mit 148 gegen 91 Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Es wäre kurzgeschlossen, würde man aus dieser Abstimmung entnehmen, daß Gegnerinnen der Quote gleichzusetzen sind mit den Parteitreuen, während die Befürworterinnen allein durch ihren Einsatz für die Quote schon Oppositionelle seien. Bekanntlich gehören Willy Brandt und Egon Bahr auch nicht gerade zu den Oppositionellen und sind dennoch die stärksten „Kämpfer“ für die Quote. Es bleibt die Frage, ob den Linken in der ASF mit der Durchsetzung der Quote gedient wäre, im Sinne einer mehr an den Forderungen der Frauenbewegung gerichteten Politik.

Genossinnen aus Schleswig-Holstein



„Frauen in der Bundeswehr?“

Wir sagen Nein!

Unter diesem Motto haben inzwischen über 50 Frauen eine Erklärung unterschrieben, die wir im folgenden im Wortlaut abdrucken. Zu den Unterzeichnerinnen gehören u.a. Uta Ranke-Heinemann, Lotte Doormann, Ingeborg Drewitz, Frigga Haug, Monika Held, Mechthild Jansen, Gisela Kessler, Ursula Krechel, Edith Mecke-Harbeck, Jutta Menschik, Margarete Mitscherlich, Peggy Parnass, Eva Rath, die Musikerinnen von „Schneewittchen“, Luise Rinser, Lea Rosh, Erika Runge, Margot Schroeder, Dorothee Sölle, Christa Thomas, Rosi Wolf-Almanasreh, und eine ganze Reihe von Frauen aus dem Kulturbereich.

Als 1949 die Bundesrepublik gegründet wurde — die Erinnerung an den Krieg war noch wach —, hätte niemand gewagt, von Wehrpflicht zu sprechen, geschweige von einer Heranziehung der Frauen zu einem militärischen Dienst. Der wurde im Grundgesetz ausdrücklich verboten. Auch als 1956 dennoch die ersten wehrpflichtigen Männer in die Kasernen einrückten, war ein Militärdienst der Frauen undenkbar. Der nächste Schritt wurde 1968 mit den Notstandsgesetzen vollzogen. Sie schufen die Möglichkeit, Frauen für zivile Dienste zu verpflichten. Heute sprechen Vertreter der Regierung, der Opposition und der Bundeswehr von Frauen-Militärdienst. Zwar steht eine Entscheidung in dieser Legislaturperiode nicht an, aber das Thema ist aufgeworfen, um die Öffentlichkeit an die Vorstellung zu gewöhnen. Schon halten Presse, Funk und Fernsehen die Frage für diskussionswürdig.

Zur Begründung einer Heranziehung der Frauen zum Militärdienst wird angeführt, ab 1985 sei Soldatenmangel zu befürchten, weil dann die seit Mitte der 60er Jahre verminderte Geburtenzahl wirksam werde. Deswegen die militärische Erfassung der Bevölkerung auf die Frauen auszuweiten, halten wir für einen Ausdruck einer grundsätzlich falschen politischen Ausrichtung. Frauendienstpflicht würde unsere Gesellschaft von Grund auf militarisieren. Das ließe der Hauptaufgabe zuwider, die sich der Bundesrepublik heute stellt: Die Entspannungspolitik fortzusetzen und keinesfalls durch Maßnahmen auf militärischen Gebiet zu stören. Frauendienstpflicht stünde der Aufgabe entgegen, auf den Frieden zu orientieren und zur Abrüstung beizutragen. Wir Frauen wissen schon lange, daß ein würdevolles Leben für Frau und Mann sich nur entfalten kann, wenn der Rüstungshaushalt entschieden gekürzt wird.

Man will die Frau mit der Behauptung gewinnen, militärischer Frauendienst sei ein Schritt zur Gleichberechtigung. Wir widersprechen: Hier wird unser Emanzipationsstreben mißbraucht. Die Vorstellung, durch Wehrdienst erhielten Frauen Zugang zu einem wichtigen, bisher den Männern vorbehaltenen Machtbereich und mehr Einfluß, ist eine Täuschung. Niemand wird zum Militär eingezogen, damit er dort politische Entscheidungen treffen kann, sondern damit er gehorcht und sich anpaßt. Auch im Faschismus gab es Frauen in Uniform — waren sie darum gleichberechtigt?

Wenn trotz aller Fortschritte bei der staatsbürgerlichen Gleichstellung die Frauen noch immer ökonomisch, sozial und kulturell benachteiligt sind, wie soll ihre Zurückstellung ausgerechnet dadurch überwunden werden, daß man sie militärischer Disziplin unterwirft?

Wir sind selbstbewußter geworden: im Beruf, in der Familie im öffentlichen Leben. Immer mehr erheben wir Anspruch auf politische Mitverantwortung bei der Gestaltung der Zukunft. Militärdienst der Frauen wäre ein Rückschlag für uns selbst und für die ganze Gesellschaft. Daher unser Protest gegen jede Absicht, militärischen Frauendienst bei der Bundeswehr einzuführen — in welcher Form auch immer.

(aus DVZ, 7.6.79)

Heilbronn hat ein Frauenhaus

In Baden-Württemberg, in Heilbronn, gibt es seit kurzem ein Frauenhaus, in dem vier Frauen mit vier Kindern Unterkunft finden können. Eingerichtet wurde das Haus von der evangelischen Kirche und dem Diakonischen Werk. Zu erreichen ist das Frauenhaus über die Telefonnummer 07131/81497.



Schweiz: Unverheiratete Paare werden strafrechtlich verfolgt

In 13 der 26 Schweizer Kantone gilt nach wie vor das sog. „Konkubinationsverbot“, d.h. unverheiratete Paare, die in einer Wohnung zusammenleben, dürfen strafrechtlich verfolgt werden. Dies mußte erst jüngst wieder ein junges Paar im Ostschweizer Kanton St. Gallen erfahren, das seit Jahren in einer gemeinsamen Wohnung lebt und ein Kind zusammen hat. Na, das geht aber nicht! Laut polizeilicher Verfügung des zuständigen Bezirksamtes mußte sich das Paar bis zum Monatsende trennen. Begründung: Das Paar habe sich „des fortgesetzten außerehelichen Geschlechtsverkehrs und damit des Konkubinats schuldig gemacht“.

Außer in St. Gallen wird ein „ehelähnliches Zusammenleben“ in den Kantonen Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Uri und Waadt von Amts wegen strafrechtlich verfolgt. In den übrigen 6 der 13 Kantone, in denen das Konkubinationsverbot gilt, sind „wilde Ehen“ ein sog. Antragsdelikt. Und berechtigt, eine Strafanzeige einzureichen, ist dort jeder Bürger, der einigermaßen glaubwürdig begründet, daß für ihn eine Ehe ohne Segen der Kirche und Beurkundung durch das Standesamt eben ein Ärgernis sei.

Skandalöse Handhabung des § 218 in Baden-Württemberg

In Zusammenarbeit mit der Pro Familia Beratungsstelle Freiburg hat die Frauengruppe der Bunte Liste Freiburg eine Broschüre erstellt, in der die von der frauendiskriminierenden Praxis des § 218 im „Ländle“ und besonders in Freiburg betroffenen Frauen zu Wort kommen. Es werden die besonderen Ausführungsbestimmungen beschrieben. So werden in einigen staatlichen Krankenhäusern überhaupt keine Abtreibungen durchgeführt. Ambulant dürfen Ärzte gar keine Abbrüche vornehmen.

In Freiburg gibt es (fast) keine Möglichkeit abzutreiben. 99 % der betroffenen Frauen müssen eine weite Reise antreten.

Die einzige Beratungsstelle (Pro Familia), die im Interesse der Frauen berät, soll möglicherweise am Ende des Jahres schließen. Bisher wurde der überwiegende Teil des Etats von Pro Familia vom Bund gezahlt. Diese Zuschüsse fallen jetzt weg, weder das Land noch die Stadt haben sich bisher bereit erklärt, die ausfallenden Subventionen zu übernehmen.

Deshalb sammelt die Frauengruppe Unterschriften für eine weitere



Finanzierung. Selbstverständlich werden wir uns auch im Stadtrat für das Weiterbestehen dieser Beratungsstelle einsetzen.

Die Broschüre kann man/frau bestellen bei: Bunte Liste Freiburg/ Frauengruppe Kaiser-Josefstr. 282 7800 Freiburg

Eine Genossin aus Freiburg



Frauenakademie in Tübingen

Am 8. März wurde in Tübingen eine Frauenakademie gegründet, in der Frauen (gerade auch Nicht-Akademikerinnen) gemeinsam lernen und forschen können.

Die Initiatorinnen wollen eine Wissenschaft entwickeln, die sich an den Lebensverhältnissen der Masse der Frauen orientiert und zur Veränderung dieser Verhältnisse beiträgt. Bisher ist täglich ein Büro im Frauenzentrum geöffnet, es werden eine Bibliothek aufgebaut und Gesprächsgruppen und Vortragsreihen durchgeführt (z.B. zur Geschichte der Sekretärinnen). Momentan wird das Projekt durch Mitglieds-Frauen im Förderverein finanziert.

Nähere Informationen bei: Frauenakademie Tübingen Haugasse 34 7400 Tübingen Tel. 07071/5777 (nach „TAZ“, 16.5.79 und Pressemitteilung d. Frauenakademie)





Dieser Artikel ist aus einem Interview entstanden, das die Frauengruppe Schnellstraße mit Javier Diez Canseco gemacht hat. Der Genosse Javier ist Generalsekretär von „Vanguardia Revolucionaria“, einer revolutionären Partei in Peru (s. Interview mit dem Genossen in AK 149).

Die Frauen in Peru führen in Kampf unter besonders harten Bedingungen, die wir uns nur schwer vorstellen können. Die meisten haben 6 - 10 Kinder, Verhütungsmittel kann man zwar theoretisch überall kaufen, aber für die Arbeiterinnen und die Landbevölkerung sind sie quasi unerschwinglich; außerdem ist der Katholizismus ein großes Problem für die Geburtenkontrolle. Die Abtreibung ist illegal, teuer (allerdings nur für die Bourgeoisie) und mit großen gesundheitlichen Risiken verbunden. Von einer medizinischen Versorgung für die Masse der Bevölkerung kann man nicht sprechen, es fehlen die nötigsten Konsumgüter zum Leben und es herrscht Hunger.

Im Proletariat ist es üblich, daß ein Mann mehrere Familien hat, d.h. mit mehreren Frauen Kinder. Diese Familien leben dann meistens in völliger materieller Rechtlosigkeit und Abhängigkeit, da die Frauen natürlich auf das Geld des Mannes angewiesen sind. Gewalt gegen Frauen ist an der Tagesordnung.

Wählen darf in Peru nur derjenige, der lesen und schreiben kann. 70% der Analphabeten in Peru sind Frauen, so daß auch dieses Gesetz die Frauen wieder besonders hart trifft.

Auch in den linken Organisationen kämpfen die Frauen in doppelter

Front. Denn auch hier ist der Machismo (kommt von Macho = Männchen, der Männlichkeitswahn) keineswegs überwunden. Trotzdem kämpfen die Frauen in allen Bereichen des politischen Lebens und der Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen gewinnt langsam an Stärke und Militanz.

Die Frauen nehmen an den Arbeitskämpfen in den Minenzentren teil, sie marschieren in der Bewegung auf dem Land oft in vorderster Front, sie organisieren sich zunehmend in den Slums, führen als Arbeiterinnen den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung und arbeiten in den linken Organisationen, kurz: Es gibt in Peru keine Volkskämpfe ohne die Frauen.

Die „Comites de Damasy“

In den großen Minenzentren des Landes, wo die Lebensbedingungen besonders hart sind (die Lebenserwartung z.B. liegt bei 35 - 37 Jahren), nehmen die Frauen aktiv und sehr militant an den Kämpfen der Minenarbeiter teil. Sie organisieren sich in den sogenannten „Comites de Damasy“, Frauenkomitees. Die Komitees sind Teil des Gewerkschaftsapparates, werden aber von den Frauen selbst geleitet. Die Frauen bilden oft die Streikposten und scheuen nicht die Auseinandersetzungen mit der Polizei. Wenn die Hungermärsche von den Minenzentren in die Hauptstadt stattfinden, gehen die Frauen und Kinder mit.

Eine Genossin von VR organisiert unter schwierigsten materiellen Bedingungen die Arbeit der Frauenkomitees

im Minenzentrum der Region um La Oroya (200 km von Lima entfernt in 4.000 m Höhe). Sie hat selbst 7 Kinder, mit den Kindern ihres Freundes zusammen sind es 15 Kinder. Man kann sich vorstellen, mit welchen Schwierigkeiten sie in ihrer politischen Arbeit zu kämpfen hat. Ihr Mann, von dem sie getrennt lebt, darf von ihrer Beziehung nichts wissen, da sie sonst kein Geld mehr für den Unterhalt der Kinder bekommen würde. Sie ist nur ein Beispiel.

Die Situation auf dem Land

Auf dem Land gehen Mann und Frau in den Kämpfen, z.B. bei Landbesetzungen, Seite an Seite. Oft gehen Frauen und Kinder sogar voran. Aber normalerweise geht der Mann voran und die Frau geht als Ausdruck ihrer Minderwertigkeit hinterher. Die Frauen haben auf den Versammlungen das Recht zu sprechen, aber sie tun es selten.

Auf dem Land sind die Frauen nicht im gleichen Maß wie in der Stadt mit der Beaufsichtigung der Kinder belastet, die entweder schon mit vier oder fünf Jahren auf dem Feld arbeiten oder mit den Kindern der Dorfgemeinschaft zusammen sind. Aber das Leben in der Familie ist oft von Alkoholismus und Gewalt bestimmt. Durch Alkohol und Kokain soll das ständige Hunger- und Kältegefühl betäubt werden.

Leben und politische Arbeit in den Slums

In den großen Städten (Peru ist ein kapitalistisch zentralisiertes Land) gibt es in den Slums, die die Städte mit einem breiten Gürtel umgeben, eine starke Slumbewegung. In jedem der Pueblos Jovenes (wörtlich: junge Dörfer, so nennt man die Slums) gibt es eine Slumvereinigung, in der auch die Frauen organisiert sind. Von den Frauen steht nur ein Teil selbst im Produktionsprozeß. Folglich decken sich auch die Forderungen der Frauen nicht immer mit denen der Männer und die Frauen haben doppelte Widerstände zu überwinden. Die Frauen besetzen das Land, auf dem dann die Hütten errichtet werden, sie besetzen naheliegende Gebäude, die dann als Schulen dienen sollen. Die in den Pueblos Jovenes tätigen Parteien haben immer einen Sekretär für Frauenfragen, und das ist dann eine Frau. Es ist z.B. schwierig, ein für die Organisation der Frauen wichtiges regelmäßiges Treffen zu veranstalten, weil die Frauen durch die großen Familien mit enorm viel Arbeit belastet sind. VR versucht, hier eine Arbeit zu leisten, die es für die Frauen möglich machen soll, politisch tätig zu werden und ihre

kämpferischen Kräfte zu entfalten. Es gibt Pläne, Kindergärten und Erziehungseinrichtungen aufzubauen, um das Problem der Beaufsichtigung der Kinder zu lösen, damit die Frauen sich organisieren können. Mit Kursen in Sexualerziehung, Hygiene und medizinischen Fragen, Handarbeiten usw. werden langsam und mühsam Voraussetzungen für die politische Arbeit geschaffen.

Es ist für die Partei nur ungeheuer schwierig, diese Projekte zu finanzieren.

Arbeiterkämpfe – Kämpfe an doppelter Front

Viele Frauen arbeiten in der Textil- und Elektroindustrie. Hier hat es wichtige Kämpfe gegeben, die von den Frauen geführt wurden. Eine Textilfabrik, die Manufacturas Lolas, haben die Frauen besetzt, als der Besitzer mit fadenscheinigen Begründungen schließen wollte. Es gab heftige Kämpfe mit der Polizei und mit Schlägerbanden, die von der APRA (eine sich sozialdemokratisch definierende, starke Partei) und vom Fabrikbesitzer bezahlt wurden. Diese Schlägerbanden gingen mit unbeschreiblicher Gewalt gegen die Frauen vor, sie warfen beispielsweise mit Säure, und einige der Besetzerinnen wurden davon im Gesicht verletzt. Hier passierte es auch, daß die Ehemänner der Besetzerinnen sie schließlich zur Aufgabe überreden wollten, damit die Frauen an „Heim und Herd“ zurückkehrten. Auch in der fortschrittlichen Bewegung ist die Auffassung ungebrochen, daß Haushalt und Kindererziehung Sache der Frauen sei.

In Lima und in anderen großen Städten gibt es unzählige „Muchachas“ (Hausbedienstete), Frauen, die besonders unterdrückt und entrechtet sind. Sie schlafen in den Küchen, haben keine geregelte Arbeits- und Freizeit, keinen gesetzlichen Mindestlohn, keine Krankenversicherung und nicht das Recht, eine Schule zu besuchen. Wegen des Hungers wandern sie vom Land in die Städte und geraten dort in eine so hoffnungslose Lage, daß ihnen die Ehe oft als einziger Ausweg erscheint. Seit kurzem gibt es in Lima eine Art Gewerkschaft für die Muchachas. Diese Organisation ist von Linken und fortschrittlichen Theologen gegründet

worden. Welche Grenzen der Arbeit dieser Organisation aber gesetzt sind, ist nicht zu übersehen: Gegen den Arbeitgeber fehlt das Druckmittel, denn eine Muchacha, die protestiert, krank ist oder schwanger wird, wird einfach rausgeschmissen. Man kann ja eine andere einstellen.

Nieder mit dem Machismo in der Linken!

In VR sind 20% Frauen organisiert, davon die wenigsten in leitenden Positionen. Da die Partei kein Geld hat, um ihre Kader ausreichend zu finanzieren, läuft es meistens auf eine Arbeitsteilung hinaus, bei der der Mann für die Partei arbeitet und die Frau für den Unterhalt der Familie. Die politische Entwicklung der Frauen bleibt dabei natürlich zurück und die Paare erleben durch die Frauenfeindlichkeit auch in der Partei schwere Krisen. In VR beginnt man erst jetzt, die Frauenfrage zu erörtern; dazu wurde ein Frauenkomitee gegründet. Man will Klarheit darüber gewinnen, welcher Art die Probleme sind und wie man in diesen Fragen vorzugehen hat. Denn auch die militantesten Genossen sind durchweg große Machos, denen die Tatsache von der Unterdrückung der Frau nicht einmal theoretisch klar ist. Der Machismo ist überall in der Gesellschaft verankert. Wenn z.B. ein Genosse auf einer Versammlung sagt, er müsse jetzt nach Hause und die Kinder versorgen, wird er ausgelacht und als Pantoffelheld beschimpft.

Von einer einflussreichen Frauenbewegung, die z.B. das Selbstbestimmungsrecht der Frau über den eigenen Körper vertritt, kann man nicht sprechen. Nur eine der wenigen Frauenorganisationen in Peru vertritt das Recht auf Abtreibung; dabei spielt die Religion eine große Rolle. Ein reicher Kindersegen ist ein Wert, der bisher nicht hinterfragt worden ist. Vorerst werden Forderungen wie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gestellt.

Für uns sind nach allem, was wir erfahren haben, noch viele Fragen offen; auch weil der Bericht, der diesem Artikel zugrunde liegt, ein Bericht aus der Sicht eines Mannes ist. Wir glauben aber, daß es trotzdem wichtige und aufschlußreiche Informationen sind.

Frauengruppe Schnellstraße



Leserbrief

Frauen bei RgR in Frankfurt

Der geplante Frauenblock am Friedberger Platz in Frankfurt ist nicht zustande gekommen. Die Organisation der ganzen Angelegenheit wurde fast nur von Männern gemacht. Unser Bremer Frauenbus kam nur mit einigen Schwierigkeiten zustande. Woran liegt das?

Objektive Bedingungen, wie z.B. die unsichere Lage in Frankfurt bei unserer Ankunft, die uns bewog, keine Alleingänge zu machen, spielten sicher eine Rolle. Allerdings finde ich, daß wir auch sehr schnell bereit sind, solche objektiven Faktoren hinzunehmen und damit den für uns bequemsten Weg zu gehen.

Auch Behinderung oder mangelnde Unterstützung von Seiten der männlichen Genossen, z.B. daß die Frauenvorhaben zentral überhaupt nicht bekannt gemacht wurden, oder auch frauenfeindliche Schnacks über unseren Frauenbus, der leider nicht voll war, spielten eine Rolle. Aber darüber regen wir uns sehr viel mehr auf, als über unsere eigenen Versäumnisse.

M.E. ist die Hauptfrage, wie wichtig es uns ist, als Frauen auf einer antifaschistischen Aktion aufzutreten und aktiv zu werden. Ich glaube, daß wir selbst nicht sonderlich überzeugt von unserer Sache waren, sonst hätten wir einiges anders angepackt. Wir hatten z.B. für unseren Frauenbus nur in der Szene der Frauenbewegung Propaganda gemacht und auch da nur die spontane Zustimmung dafür gesehen und keine weitergehenden Diskussionen geführt. Wir hätten uns schon vorher Gedanken machen müssen, was wir in einer unsicheren Situation, wie sie ja zu erwarten war, machen wollten. Viele von uns sind schnell dabei, wenn es gilt, zu rufen „Auf zum Römer“, der von der Polizei besetzt ist. Aber wenn wir einmal selbstständig quer durch die Stadt

müssen und evtl. mit einer Bullensperre konfrontiert sein könnten, machen wir gar nicht erst den Versuch.

Mir ist auch etwas unklar, was wir mit dem Frauenblock erreichen wollten. Irgendwo ist mir das Gelingen in s g e s a m t wichtiger, als unser spezielles Auftreten als Frauen. Und wenn die Sache gut läuft, ist es mir plötzlich nicht mehr so wichtig, wenn nur Typen die Organisation machen. Wenn die Sache brenzlig wird, bin ich sogar froh darüber, wenn ein paar Macker mit Erfahrung die Sache schmeißen. Und außerdem möchte ich mich bei einem Festival auch mal mit Typen amüsieren können.

Aber wenn das so ist, warum machen wir dann einen Frauenblock? Solange es für uns Annehmlichkeiten bringt – einen Bus ganz für uns, schön gemüht, nicht soviel Nervdiskussion, dann ja. Aber sobald es mit Anstrengung und Risiko verbunden ist, nicht?

Nun finde ich es aber auch Quatsch, so „moralisch“ zu argumentieren. Wir sollten echt überlegen, was wir als Frauen auf so einer Aktion wollen, und das nicht so schematisch – Frauenblock und fertig.

Wichtig ist m.E. daß wir unser inhaltliches Anliegen, unsere besondere Betroffenheit als Frauen durch faschistische Entwicklungen, öffentlich ausdrücken und damit auch gerade Frauen stärker für den antifaschistischen Kampf gewinnen. Ein Frauenblock ist dazu nur eine Möglichkeit. Vielleicht gibt es andere Möglichkeiten, die realistischer und effektiver für diese Situation und unsere Möglichkeiten und Bedürfnisse gewesen wären. In jedem Fall wäre eine ernsthaftere Vorbereitung nötig gewesen.

Eine Genossin aus Bremen

Frauenstammtische

Ergänzung zum Bericht über die AG Öffentlichkeits- und Massenarbeit der 1. Frauenversammlung im KB

Meines Erachtens ist in der Berichterstattung die Diskussion um die Frauenstammtische nur sehr verkürzt wiedergegeben worden.

Zu den folgenden Fragen haben wir Standpunkte herausgearbeitet:

Wann, wo und wie ist es denn sinnvoll, Frauenstammtische einzurichten, wen wollen wir damit ansprechen, welche Ziele verfolgen wir als Kommunistinnen damit, welche Kräfte können wir für so eine Arbeit einsetzen und wie arbeiten wir mit unseren Agitations- und Propaganda-Materialien?

Auf dem Vorkongreß waren die Frauenstammtische schon zur Sprache gekommen. Im Rahmen der Bürgerschaftswahlen stellten die Frauenstammtische eine Möglichkeit dar, mit Frauen ins Gespräch zu kommen. Da einige Stammtische viel Zulauf erhielten, ließen die Genossinnen in vielen Stadtteilen Hamburgs diese Frauenstammtische entstehen oder arbeiteten bei Bunte-Liste-Stammtischen mit. In einem Stadtteil wurde über eine Bezirkszeitung dafür mobilisiert. Dieser Stammtisch krankt (von Anfang an) daran, daß immer wieder neue Frauen kommen, die aber kein zweites Mal kommen. Anhand dieses Beispiels haben wir diskutiert, was heute überhaupt dafür sprechen könnte, angesichts unserer sehr begrenzten Kräfte per Anzeige irgendwelche Frauen einzuladen, zumal sie noch nicht einmal auf ein spezielles Thema angesprochen werden.

Wir haben diese Art, einen Stammtisch einzurichten, abgelehnt. Einige Genossinnen erinnerten sich aber an eine Rede der Bunte-Liste-Frauen, die zur Auswertung der Hamburger Wahl gehalten wurde, in der es ungefähr hieß, etliche tausend Frauen hätten uns gewählt und das Ziel sei nun, an die anderen 900.000

Hamburgerinnen (die Hälfte des Hamburger Himmels!) heranzukommen. Richtig, das wurde gesagt. Es wurde aber nicht gesagt, daß dies heute per Anzeige oder sonstige geschafft werden könnte. Das Problem ist doch, daß die Bunte-Liste-Wählerinnen heute noch nicht mal mehr erreicht, geschweige denn in Stammtischen organisiert werden. Hier müßte erstmal wieder angesetzt werden und das geht nur, wenn frau zu den verschiedensten Problemen, also thematisch gebunden, Gesprächsrunden, Aktionen etc. startet. Als ein gutes Beispiel wurde die Büroarbeiterinnen-gruppe angeführt, die sich nach einer Veranstaltung zu Rationalisierung und Bildschirmarbeit im Angestelltensektor gebildet hatte. Zu der Veranstaltung waren damals ca. 70 Besucherinnen gekommen und heute arbeiten noch etliche Frauen in der Gruppe mit. Sie sind zum 1. Mai als Computer verkleidet auf der DGB-Demonstration gewesen.

Also, was wollen wir und wen sprechen wir an? Mal ganz platt gesagt, wir nutzen alle Möglichkeiten und Ansatzpunkte, um die Frauen gegen dieses System aufzuheizen, seien es die Frauen im eigenen Miets-Haus, das renovierungsbedürftig ist, in der Straße, in der es keinen Spielplatz gibt oder im Stadtteil, in dem es keine Ärzte gibt oder oder oder ...

Um Stammtische oder Frauengruppen einzurichten, muß sich die KB-Bezirks- oder Ortsgruppe darüber im Klaren sein, ob die Kräfte für die Leitung solcher Gruppen vorhanden sind. Wir haben in der Diskussion Clara Zetkin zu Rate gezogen, die „zur Frage der Frauenleseabende“ schrieb, „daß die Schulungsarbeit gründliche und systematische Bildungsarbeit sein müsse, daß nicht länger mehr nach der Methode ‚Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen‘ verfahren werden dürfe.“ (aus: Karin Bauer, Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung, S. 90).

Im weiteren führt sie aus, daß es die Aufgabe der Kommunistinnen in solchen Gruppen sei, mit den

Frauen nicht nur für die „Tagesforderungen“ (also Spielplatz etc.) und besondere Fraueninteressen zu kämpfen, sondern auch versucht werden muß, die Frauen zu revolutionären Kämpferinnen zu erziehen. „Nicht die Reformforderungen, sondern der grundsätzliche Teil des sozialdemokratischen (= sozialistischen) Programms muß Gegenstand der systematischen Schulungsarbeit sein. (...) Wir sind nämlich der ketzerischen Ansicht, daß die Theorie an sich nicht grau, langweilig, unverständlich usw. sein muß, wohl aber so gemacht werden kann.“ (S. 91).

Nun ja, das ist alles leichter gesagt als getan, weil wir selbst noch in vielen Fragen die „graue Theorie“ nicht genügend kennen. Aber wir haben den ARBEITERKAMPF, der für die Frauen zur unverzichtbaren Lektüre werden soll. Zur Frage, ob wir den AK zu den Stammtischen mitnehmen sollten, schrieb uns ein Genosse:

„Früher war es ja so, daß frau oder man zu einem solchen ‚Stammtisch‘, Kollegentreff, Frauengruppe etc. den AK mitnehmen mußte, was dann schulmäßig abgefragt wurde und als Maßstab für den Wert der betreffenden Arbeit galt. Ihr seid jetzt etwas in Gefahr, die Sache umzukippen, so daß sich frau/man gleich wie ein Idiot vorkommen muß, wenn er/sie nur überlegt, ob er/sie nicht vielleicht die eine oder andere Sache mal mitnehmen könnte. Was wir aber erreichen müssen, ist etwas ganz anderes: daß die Genossinnen selbst das richtige Fingerspitzengefühl dafür entwickeln, soviel wie möglich dort reinzutragen, ohne sich zu isolieren, und ohne ständig von oben mit notwendigerweise oberflächlichen Verhaltensmaßregeln versehen zu werden.“

Wir möchten hiermit noch mal alle Genossinnen mit Stammtisch-Erfahrungen auffordern, ihre Ansichten und ihr Wissen im AK zur Diskussion zu stellen!

Eine Genossin der AG Frauen KB Gruppe Hamburg

Kinder

Adoption:

Ein Erfahrungsbericht über den zweijährigen Kampf um ein „eigenes Kind“



In der bundesrepublikanischen Presse wird seit einiger Zeit z.T. sehr lebhaft die Frage des „Kinder-Krieges“ diskutiert. Während sich die bürgerliche Presse angestrengt darum bemüht, daß „die Deutschen“ nicht „aussterben“ und den anhaltenden Geburtenrückgang beklagt, nehmen sich demgegenüber einige linke Organe der Frage an, ob sich der Wunsch nach einem eigenen Kind überhaupt mit der politischen Arbeit verträgt, mit welchen Schwierigkeiten insbesondere die berufstätige Mutter zu kämpfen hat usw. („Deutsche Volkszeitung“, „Was tun“ der GIM, etc.). Der ARBEITERKAMPF hat sich in den letzten Ausgaben auch zur Problematik um die Sterilisation des Mannes als Verhütungsmethode geäußert (2 Erfahrungsberichte – AK 150, 152 – und 2 Diskussionsbeiträge von Frauen dazu – AK 153, 155). In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach dem „Wert“ oder „Unwert“ des eigenen Kindes – des Kindes aus „eigenem Fleisch und Blut“ – und nach dem Sinn und der Motivation, ein Kind zu adoptieren – ein „fremdes“ Kind zu seinem „eigenen“ zu machen.

Die Adoption scheint bei vielen Angehörigen der oberen Zehntausend als „schick“ zu gelten. Prominente verspüren besondere Lust, sich z.B. mit einem vietnamesischen Kind zu schmücken – als Beispiel darf hier die (Ex-)Staatsoberhauptfamilie Scheel nicht unerwähnt bleiben.

Nichtsdestotrotz bewegt natürlich auch „normale“ Menschen und solche mit karitativem oder linken Anspruch beim Kinderwunsch die Fragestellung nach dem eigenen oder adoptierten Nachwuchs aus den unterschiedlichsten Beweggründen.

Wir wollen die Diskussion um die Adoption mit einem Interview eröffnen, das den Ablauf einer Beantragung schildert und aufzeigt, welche Klippen zu überwinden sind, und mit welchen Schwierigkeiten man rechnen muß, wenn man nicht zu den Reichen im Land gehört.

Wir bitten unsere Leser um weitere Erfahrungsberichte. Im nächsten AK wollen wir der Adoptionsfrage einige grundsätzliche Fakten „nachschieben.“

Warum habt ihr ein Kind adoptiert?

Wir haben gemeinsam überlegt, ein Kind zu adoptieren, da für mich aus medizinischen Gründen eine Schwangerschaft zu gefährlich wäre. Habt ihr euch vor dem Antrag bei der Behörde Tipps geben lassen?

Bei dem Entschluß, ein Kind zu adoptieren, war uns klar, daß hier ein staatliches Monopol vorliegt, und Kleinfamilienpolitik durchgesetzt werden soll. Vor unserem offiziellen Antrag haben wir uns erstmal bei befreundeten Erziehern und Sozialarbeitern informiert, wie man sich taktisch am klügsten verhält.

Uns wurde bestätigt, daß die staatliche Familienpolitik tatsächlich in allen Fragen zum Maßstab für die Anerkennung als Adoptiveltern genommen wird.

Bevorzugt wird die typische Kleinfamilie, möglichst mittelständisch mit entsprechender finanzieller Absicherung. Eine Voraussetzung ist z.B. der offizielle Nachweis, das Kind abwechselnd 24 Stunden betreuen zu können. Konkret würde dies bedeuten: Einer von uns muß aufhören zu arbeiten. Obwohl nach dem neuen Adoptionsrecht auch Alleinstehende ein Kind adoptieren können, gilt dies

als sehr schwierig. Aus diesem Grund haben wir auch geheiratet.

Ob man überhaupt als Adoptiveltern anerkannt wird, hängt weitgehend von der Einstellung der zuständigen Regionalfürsorgerin ab. Sie führt die Vorgespräche und entscheidet, ob wir ein Kind bekommen oder nicht.

Als erstes suchten wir also unsere zuständige Fürsorgerin auf, um ein Gespräch mit ihr zu führen. Es stellte sich heraus, daß sie ähnliche Erziehungsvorstellungen hatte wie wir. Wir hatten ein gutes Gefühl und stellten jetzt den offiziellen Antrag bei der Behörde. Bei schlechtem Verlauf des Gesprächs wären wir sogar bereit gewesen, die Wohnung zu wechseln.

Ihr habt dann einen Antrag auf Adoption gestellt. Könnt ihr schildern, wie der behördliche Werdegang war, bis ihr das Kind dann zu Hause hattet?

Nach dem schriftlichen Antrag wird man von der Behörde formlos zu einem Informationsgespräch eingeladen.

Auf diesem Informationsabend werden Eltern in Gruppen zusammengefaßt, die ebenfalls ein Kleinkind oder Säugling adoptieren wollen.

Die Fürsorgerin berichtet, welche Kinder zur Adoption freigegeben werden, welche Bedingungen man zu erfüllen hat, welche Papiere gebraucht werden.

Es ist sehr schwierig, alle Papiere zusammen zu bekommen. Neben Heiratsurkunde und Geburtsurkunde mußte mindestens einer von uns be-

zusammen zu bekommen. Neben Heiratsurkunde und Geburtsurkunde mußte mindestens einer von uns beiden seine Deutschstämmigkeit bis 1914 nachweisen!

Eine ärztliche Bescheinigung, daß einer von uns beiden keine Kinder zur Welt bringen kann, sollte das Verfahren beschleunigen. Das Ganze dauerte ungefähr acht Wochen.

Nachdem alle Papiere eingeschickt sind, bekommt man von der Behörde einen Bescheid, daß die zuständige Regionalfürsorgerin die Bedingungen prüfen wird. D.h., sie wird uns jetzt öfter besuchen.

Glücklicherweise hatte unsere Fürsorgerin kein Interesse, unsere Zimmer zu besichtigen, oder unsere finanzielle Lage bis ins Detail zu prüfen. Sie war in erster Linie daran interessiert, mit uns über Kindererziehung zu diskutieren. Unsere Vorstellung, daß beide weiter berufstätig bleiben, wurde von ihr akzeptiert.

Wie verliefen die Gespräche über eure Erziehungsvorstellungen? Euer Kind ist inzwischen ja in einer Initiative untergebracht.

Selbst wenn die Fürsorgerin dieser Frage positiv gegenübersteht, ist ihr Spielraum nicht sehr groß. In Gesprächen machte sie immer wieder deutlich, daß sie für den Bericht darauf drängen muß, daß wir das Kind 24 Stunden am Tag betreuen können.

Wir mußten gut taktieren. Zum damaligen Zeitpunkt war ich arbeitslos. Ich war somit den ganzen Tag zur Verfügung, – die Bedingungen des Adoptionsgesetzes waren erfüllt.

Für spätere Zeiten sicherten wir zu, beide nur einen Halbtagsjob anzunehmen.

Wir wurden davon unterrichtet, daß die Kinder aus „sehr schlechtem Milieu“ stammen. Ein Großteil der Kinder kämen von Prostituierten oder ausländischen Arbeitnehmerinnen, die in ihrem Heimatland, Schwangerschaft und Kind vertuschen müssen. Sie fragte, wie wir zu

den möglichen erblichen Belastungen stehen würden. Unsere Antwort, daß unserer Meinung nach die Bedingungen, unter denen das Kind aufwächst, die Entwicklung bestimmen, schien sie zu befriedigen. Eine weitere Frage war, ob wir Mädchen nach althergebrachten Rollenvorstellungen erziehen würden.

Wie sah es sonst mit Kontakten zur Behörde aus. Wie ist es weitergegangen?

Auf Grundlage von 5 Vorgesprächen wurde von unserer Fürsorgerin ein Bericht verfaßt, der uns bis heute nicht bekannt ist. Dieser Bericht ist an die Adoptionsstelle gegangen. Anschließend wurden wir von dort aus zu einem „Abschlußgespräch“ eingeladen. Bei diesem Abschlußgespräch mit einer Fürsorgerin der Adoptionsstelle fühlten wir uns sehr viel mehr unter Druck gesetzt. Sie bohrte an Punkten wie unsere finanzielle Situation, meiner Arbeitslosigkeit, der Frage der 24-stündigen Versorgung des Kindes usw. Uns gelang es, alle diese Bedenken nochmals auszuräumen.

Wie verhält es sich mit Dritterziehern innerhalb der Wohnung?

Der Behörde war bekannt, daß wir mit einem dritten Erwachsenen zusammenwohnen.

Wir erklärten uns als Hauptverantwortliche für das Kind, der andere Erwachsene würde jedoch miteinbezogen werden. Diese Vorstellung wurde von der Fürsorgerin akzeptiert.

Wie lange dauerte es vom letzten Gespräch, bis ihr tatsächlich ein Baby bekommen habt?

Wie lange dauerte es vom letzten Gespräch, bis ihr tatsächlich ein Baby bekommen habt?

Vom Zeitpunkt der Antragstellung verging fast ein Jahr bis zur schriftlichen Bestätigung, „staatlich geprüfte“ Adoptiveltern zu sein. Mit dieser Bescheinigung konnten wir uns an alle Institutionen wenden. Um ein Kind, z.B. bei Terres des Hommes, Caritas oder dem Roten Kreuz adoptieren zu können, war diese Bescheinigung Voraussetzung dazu.

Es dauerte genau 10 weitere Monate bis zur Nachricht, daß wir einen Säugling bekommen können.

Zwischenzeitlich riefen wir regelmäßig bei der Behörde an. Im eigenen Interesse mußten wir einen längeren Urlaub anmelden. Auf Nachfrage wurde uns dann immer wieder gesagt, daß zur Zeit kein Kind für uns da sei. Am Wochenende waren wir sehr aufgeregt, da wir auch nicht anrufen konnten.

Am Montag wollte man uns telefonisch keine Auskunft geben. Wir sollten persönlich vorbeikommen. Wir baten darum, das Kind so schnell wie möglich sehen zu können. Es war ein Kind einer Prostituierten und hielt sich zu diesem Zeitpunkt noch im Krankenhaus auf.

Das Kind war zwei Monate alt, als wir es zum ersten Mal sahen. Es hatte die zwei Monate in Säuglingsstationen zugebracht.

Es hatte schon ziemlich aufgege-

ben, seine Bedürfnisse zu artikulieren. Dies ist sicherlich auch auf die Bedingungen in diesen öffentlichen Institutionen zurückzuführen, wo Kinder eben nur verwahrt werden. Das Kind wurde regelmäßig alle fünf Stunden aufgenommen, gewickelt und gefüttert. Es wurde nicht auf die zeitlich verschiedenen Bedürfnisse der Kinder eingegangen. Das Kind empfand die Zeit auf dem Wickeltisch sehr positiv. Im Krankenhaus ist dies die einzige Zeit mit direktem Hautkontakt.

Aufgrund dieser Erkenntnis bauten wir die Beziehung zu dem Kind „über den Wickeltisch“ auf. Wir verlängerten die Wickelzeiten, schmussten während dieser Zeit mit ihm und faßten es viel an.

Gab es irgendeine Unterstützung, die sonst z.B. auch bei Schwangerschaft gewährt wird?

Bei leiblichen Kindern gibt es einen gesetzlich festgelegten Schwangerschaftsurlaub. Hier ist es eine Selbstverständlichkeit, der Mutter Gelegenheit zu geben, eine Beziehung zum Kind aufzubauen und sich von der Schwangerschaft zu erholen.

Bei einem Adoptivbaby, das vorher schon in anderen Institutionen gelebt hat, ist eine Eingewöhnungszeit für beide Teile noch viel notwendiger. Trotzdem gibt es hier keine gesetzliche Regelung. Uns blieb nichts anderes übrig, als eine unbezahlte Beurlaubung anzustreben, was meine Frau auch durchsetzen konnte.

Welche Gefühle hattet ihr, als das Kind da war?

Welche Gefühle hattet ihr, als das Kind da war?

Ich weiß natürlich nicht, was man/frau empfindet, wenn man ein eigenes Kind zur Welt bringt und nach der Entbindung mit dem Kind nach Hause kommt. Wir waren sehr aufgeregt und hatten die gleichen Ängste und Sorgen wie nach einer Geburt. Dies bestätigten uns Freunde und Kollegen, die selber Mütter und Väter sind. Ich hatte zu dem Kind überhaupt keine gefühlsmäßigen Barrieren. Es war mein Kind und wurde als solches vollwertig in die Familie aufgenommen. Alle Fragen, Bedenken und Ängste, die wir vorher hatten, waren verschwunden, als wir das Kind hatten.

Wie reagierte eure Familie?

Zu dem Gedanken, ein Kind zu adoptieren, haben sie sich sehr positiv gestellt. Schwierigkeiten sahen sie für sich bei einem farbigen Kind. Inzwischen sind diese Schwierigkeiten durch die gemachten Erfahrungen ausgeräumt.

Also, eure Eltern akzeptieren das Kind auch als Enkelkind?

Ja, sie akzeptieren das Kind sehr gut. Man muß allerdings hinzufügen, daß ein Großvater sagte: „Da habt ihr aber Glück gehabt, daß ihr so ein Kind bekommen habt.“

Wie meinte er das?

Ein Kind, das von seiner Hautfarbe und von seinem Aussehen eben genau in die Vorstellung paßte, wie sich Großeltern Enkelkinder vorstellen. Sogar die Augen ähneln denen des Vaters.

Haben eigentlich die leiblichen Eltern noch irgendwelche Eingriffsmöglichkeiten?

Adoptionen in der BRD sind größtenteils „Inkognito-Adoptionen“. D.h., wir bekommen Informationen über die Eltern, über ihre familiären Verhältnisse, über den Aufenthaltsort und wir erfahren ihren Namen. Andererseits werden die Eltern ledig-

lich darüber informiert, in welche Familienverhältnisse ihr Kind kommt. Sie haben auch Möglichkeiten, darauf Einfluß zu nehmen. Den Namen der Adoptiveltern erfahren sie allerdings nicht. Bei der Behörde sind überall Informationssperren eingebaut, damit niemand von außen sehen kann, wer dieses Kind adoptiert hat.

Nach dem notariellen Einverständnis der Mutter zur Adoption haben wir keine Befürchtungen mehr.

Ihr habt das Kind jetzt schon über einen recht langen Zeitraum. Kann die Behörde Euch noch kontrollieren, oder die Adoption irgendwie rückgängig machen?

Die Adoption wird nach einem Jahr endgültig. Den Adoptiveltern soll in diesem Jahr die Möglichkeit gegeben werden, sich an das Kind zu gewöhnen. Für die Behörde ist dies jedoch keine „Probezeit“, sagte man uns.

Wenn man das Kind noch nicht endgültig adoptiert hat, kann man es wieder „abgeben“, falls Schwierigkeiten auftreten. Die Behörde hat uns während dieser Zeit nicht kontrolliert. Wir haben lediglich unsere Regionalfürsorgerin einmal eingeladen, um ihr unser Kind zu zeigen, weil sie auch ein persönliches Interesse daran hatte.

Was würdet ihr Leuten raten, die den Wunsch haben, ein Kind zu adoptieren?

Wie schon gesagt, spiegelt das Adoptionsgesetz die Vorstellung von staatlicher Familienpolitik wieder. Diese Vorstellung versucht die Be-

Adoptionsgesetz die Vorstellung von staatlicher Familienpolitik wieder. Diese Vorstellung versucht die Behörde, in diesem ganzen Spießrutenlaufen, das so eine Adoption mit sich bringt, auch durchzusetzen.

Für Linke bedeutet dies: Vorstellungen wie z.B. Wohngemeinschaften, Kinder in Initiativen geben, damit sie in kollektiver Erziehung mit anderen Kindern aufwachsen, sollte man der Behörde während des ganzen Verfahrens auf keine Fall mitteilen. Die Chance, tatsächlich ein Kind zu bekommen, würde sich dadurch verschlechtern. Dies soll natürlich nicht heißen, auf kollektive Erziehung und WGs zu verzichten. Man muß sich der Behörde gegenüber ein ganz bestimmtes taktisches Verhalten überlegen. In der Frage der Fürsorgerin muß man sehr vorsichtig vorgehen und sich vorher Klarheit darüber verschaffen, mit wem man es zu tun hat, weil von deren Berichten sehr viel abhängt.

Vor allem aber sollte man sich mit Freunden und Genossen beratschlagen, die in dieser Frage Erfahrungen haben, um möglichst gut gewappnet zu sein.

Für Alleinstehende ist es sehr schwer, ein Kind zu adoptieren, obwohl es nach dem Gesetz möglich wäre. In der Warteliste bei der Behörde rückt man nicht automatisch nach, sondern es werden jeweils Eltern ausgesucht, die der Behörde positiv erscheinen. Ob ein Kind vermittelt wird oder nicht, hängt allein von der Willkür der Adoptionsstelle ab. Alleinstehende erfüllen höchst selten die familienpolitischen Vorstellungen der Behörde.

Kinderkommission
Hamburg

„Büsumer Heimskandal“: Heimaufsichtsbehörde antwortet — aber wie!

Eine von Mitgliedern der Kieler Bambule-Heiminitiative durchgeführte Unterschriftensammlung zum Büsumer Heimskandal ist auf breite Resonanz gestoßen: Über 150 Erzieher/innen, Sozialpädagogen/innen und Studenten/innen vorwiegend der Fachhochschule Sozialwesen Kiel haben mit ihrer Unterschrift gefordert, „die Untersuchungsergebnisse der Öffentlichkeit bekanntzugeben, denn nicht zuletzt handelt es sich hier auch um öffentliche Erziehung“.

Von Selbstmordversuchen Jugendlicher in den Jugendgemeinschaftswerken Büsum war vor einem Jahr die Rede gewesen, von hoffnungsloser Überbelegung dieses FE-Heims („freiwillige Erziehungshilfe“); 16 Erzieher/innen waren gefeuert worden, weil sie Veränderungen zugunsten der Kinder und Jugendlichen schaffen wollten (siehe AK 142, 143, 144, 149).

Zu Beginn dieses Jahres war nur bekanntgeworden, daß nunmehr statt über 60 Kinder noch rund 40 Kinder in dem Heim sind. Bleibt die Frage, wohin sind die anderen Kinder gekommen? Im letzten Jahr hieß es auch, der Träger (Diakonisches Werk) beabsichtige, in diesem Heim eine geschlossene Gruppe einzurichten; die Frage bleibt, ob das etwa geschehen ist?

In dem Antwortbrief des Landesjugendamts Schleswig-Holstein (auf die Unterschriftensammlung) wird auf diese Fragen keine Antwort gegeben; es heißt lediglich: „Der Träger hat ... durch eine Reihe von Maßnahmen (?) eine wesentliche Verbesserung der Situation erreicht; z.B. sind Jugendliche aus dem Jugendgemeinschaftswerk Büsum seitdem polizeilich (!) kaum mehr in Erscheinung getreten. Ein Anlaß für besondere Maßnahmen der Heimaufsichtsbehörde besteht deshalb (!) ... nicht...“

Noch wortkarger lautet die Antwort des Trägers, dem Diakonischen Werk; da heißt es nur: „Inzwischen sind wir vom Landesjugendamt davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Ihre Fragen beantwortet sind. Wir hoffen, daß nach den Belastungen des vergangenen Jahres das Heim in Büsum seine gewiß nicht einfachen Aufgaben nunmehr wieder ungestört erfüllen kann“.

Bleibt dagegen zu hoffen, daß das Diakonische Werk und das Landesjugendamt kräftig gestört werden: Nach wie vor steht die Forderung nach umfassender Information der Öffentlichkeit.

Ein Kieler Genosse

Kurzmeldungen

Umgangssprache nicht gefragt

Gegen die Gesamtschule Hannover-Linden wird wieder einmal von der CDU geschossen.

Anlaß ist der Sexual- und Deutschunterricht in einer 8. Klasse. Die Schüler sammelten Witze über das Thema Sexualität. Sie „mußten“ auch ein „umfassendes“ Sexworträtsel lösen. Darin wurde nach so verderblichen Begriffen gefragt, wie „Kose-name für weibliches Geschlechtsorgan, auch Kosenamen für eine Katze“, oder „volkstümlicher Name für Kondom / auch Bewohner einer europäischen Hauptstadt.“

Den Unmut der CDU erregte es auch, daß die Schüler über den Hintergrund von erniedrigenden Verhören durch die Eltern aufgeklärt wurden: „Wenn die Eltern nachts um 12.00 Uhr zu ihrer 14jährigen Tochter mit grimmiger Stimme sagen — Wo kommst du her? —, heißt das nicht nur, daß sie wissen wollen, wo ihre Tochter war und warum sie nicht früher nach Hause gekommen ist. Es heißt auch, daß die Tochter sich rechtfertigen muß, während die Eltern die Überlegenheit und das Kind bestrafen werden, wenn ihnen die Rechtfertigung nicht ausreicht.“

Da die Schulbürokratie natürlich nicht das geringste Interesse daran hat, die elterliche Gewalt in Frage stellen zu lassen, sollen nun Schulleitung und Kultusministerium prüfen, „ob der eigenwillige Deutsch- und Sexualkundeunterricht den Rechtsnormen entspricht.“ — Da winkt eine hochnotpeinliche Untersuchung und wohl auch ein Verbot.

In der Schule werden die Schüler dann wohl nicht mehr vom „bumsen“ sprechen, sondern von so einer haarsträubenden Sache wie „Geschlechtsverkehr“. Die Jungen haben dann keinen Pimmel mehr, sondern einen Penis und die Mädchen haben keine Muschi, sondern eine Vagina. Da kann man nur froh sein, daß sich diese kalten Begriffe in der normalen Umgangssprache noch nie durchgesetzt haben („Welt“, 9.6.79).

Was lange gärt, wird endlich Wut

1. Es geschah in Bielefeld während der Abschlusfeier in einer Mädchenrealschule: Eine Mädchenklasse hatte 50,- DM für 250 Eier gesammelt, um auf ihre Weise den Schulabschluß zu feiern. Während der Feierstunde landeten diese Eier auf den Autos der Lehrer, und verzierten diese mit einer klebrigen Soße aus Eiweiß und Eidotter. Die Lehrer zeigten nun leider überhaupt keinen Humor, und brachen die feierliche Stunde ab.

2. Ebenso bei einer Abschlusfeier in einer Hauptschule in Gütersloh wurde die Festrede des Rektors jäh unterbrochen. Als der Rektor gerade pathetisch den „Ernst des Lebens“ für die Schüler einläuten wollte, wurde es für zwei Lehrer und den Hausmeister ernst: Ein 15jähriger Schüler stand auf und verhaute die beiden Lehrer und den Hausmeister. Ergebnis: Nasenbeinbruch, Prellungen und eine kaputte Brille. Die drei etwas lädierten Pädagogen werden sicher einige Tage in Ruhe überlegen können, womit sie sich die Mäulschellen „verdient“ haben („Bild“, 19.6.79).

Mit den Kindern kann man's halt machen!

Freigesprochen wurde der Träger des Heimes für geistig schwerbehinderte Kinder, Julius Eimer, ehemaliger Fleischer von Beruf, vom Amtsgericht Northeim, von der Beschuldigung, Kinder mißhandelt zu haben. Er hatte erwiesenermaßen unruhige Kinder mit Binden an die Betten gefesselt, was zu Verletzungen führte. Begründet wurde dieses Urteil geradezu lächerlich: „Eimer habe nicht wissen können, daß Mullbinden nicht unbedingt die geeigneten Mittel zum Festbinden von Kindern gewesen seien...“ Was wäre denn nach Ansicht des Gerichtes geeigneter gewesen? In einem anderen Verfahren wurde ihm zur Last gelegt, die Taschengelder der Kinder veruntreut zu haben. Er wurde auf Bewährung freigesprochen!

Man muß sich fragen, was noch alles passieren muß, bis solche „Kinderfreunde“ handfest bestraft werden (Westberliner Tagesspiegel 16.6.79).

Wie man Kinder zu Polizeispitzeln erzieht...!

Westberlin: Die Polizei läßt sich schon einiges kosten, um die Kinder für Spitzel- und Hilfsdienste bei Laune zu halten.

Einen Taschenrechner und einen Plattenspieler erhielten zwei zehnjährige Mädchen, die beobachteten, wie zwei Männer in ein Auto einstiegen, woraufhin die Mädchen die Nummer aufschrieben und diese der Kriminalpolizei (?) übergaben. Es waren gesuchte „Straftäter“, die dann festgenommen wurden. Wann wird die Polizei mit verlockenden Prämien, etwa Mofas, Fernseher usw. die Kinder offiziell zur Mithilfe bei Fahndungen etc. aufrufen? („Westberliner Tagesspiegel“ 16.6.79).

Ja, was ist nun mit „NS“-Spielzeug?

Westberlin: Die Staatsanwaltschaft beim Westberliner Landgericht forderte die Einleitung von Ermittlungen gegen Personen, die Spielzeug mit NS-Emblemen ausstellen oder verkaufen. Dies gemäß eines Urteils des Bundesgerichtshofes, wonach der Verkauf von solchen Spielzeugen auch dann strafbar ist, wenn es sich um Nachbildungen handelt.

In diesem Urteil wird auch festgestellt, „daß grundsätzlich jede Verwendung von NS-Kennzeichen in der Öffentlichkeit strafbar ist; nicht nur Hakenkreuze, SS-Runen oder andere Embleme, sondern auch Kopfbilder Hitlers, NS-Grußformen, NS-Kampflieder.“ Soweit, immerhin erfreulich! Für nicht strafbar hält die Staatsanwaltschaft in Westberlin allerdings den Vertrieb von originalgetreuen Modellen. Die meisten NS-Spielzeuge rühmen sich gerade ihrer Originalität! Was bleibt also von dem Urteil, wenn die meisten NS-Spielzeuge gerade mit ihrer „Originalität“ werben?

Kinderkommission

Im Gedenken an Anne Frank und die unzähligen ermordeten Kinder



Am 12.6.1979 wäre Anne Frank 50 Jahre alt geworden. Wie tausende von polnischen, jüdischen Kindern, Kinder von Kommunisten, Demokraten, Antifaschisten, Christen, Zigeunern, wurde sie im KZ ermordet. Ihre Familie konnte nach der Flucht aus Deutschland fast zweieinhalb Jahre unter der Mithilfe der sich in Lebensgefahr begebenden Familien Kraler und Koophuis sicher verborgen werden. In dieser Zeit schrieb Anne Frank ihr Tagebuch. Am 4. August 1944 entdeckte die „Grüne Polizei“ durch Denunziation eines

Spitzels das Versteck. Sowohl die Familie Frank als auch alle Helfer wurden verhaftet und in deutsche bzw. holländische KZ's verschleppt. Anne Frank wurde am 4. März 1945 in Bergen-Belsen ermordet. Lediglich Annes Vater und Herr Kraler überlebten durch Flucht.

Anne Franks Schicksal ist eines von den vielen tausend Kindern, die in den KZ's ermordet wurden, verhungerten, an Krankheiten oder nach irrsinnigen medizinischen Versuchen verschiedenster Art — besonders unter jenen der SS-Ärzte Mengele und Heißmeyer — qualvoll starben. Allein in Polen starben bzw. wurden von 1939 bis 1945 über 1 800 000 Kinder im Alter bis zu 16 Jahren hingenommen. 200 000 Kinder wurden zwecks „Germanisierung“ nach Nazi-Deutschland verschleppt. Wenig bekannt ist, daß die Nazis Kinderkonzentrationslager eingerichtet hatten. Eines der bekanntesten befand sich von 1942 bis 1945 in Lodz mit polnischen Häftlingen von 2 bis 16 Jahren. Die meisten Kinder starben dort an Hunger. In einem Bericht über dieses KZ heißt es: „Durch dieses Phänomen des Verbrechens mußten zumindest 13 000 Kinder gehen. Überlebt haben 1 000, nach Jahren wurden nur noch 300 gefunden. Fast alle sind durch den Lageraufenthalt Invaliden.“

Im KZ Stutthof zählte man 3265 Kinder und minderjährige Häftlinge. Diese Zahlen wurden auf einem

internationalen Kongreß vom 26. — 28.6.79 in Warschau anläßlich des „Jahr des Kindes“ genannt. Hauptsächliche Themen dieses Kongresses waren der Kampf und das Leiden der Kinder und Jugendlichen gegen den Faschismus und Krieg.

„Die an polnischen Kindern und Jugendlichen begangenen Verbrechen waren ein Bestandteil der Realisierung des Programms der biologischen Vernichtung des Volkes. Das Ausmaß dieser Verbrechen sei kaum zu ermitteln.“ so der Direktor der Hauptkommission zur Untersuchung der Nazi-Verbrechen in Polen, Prof. Pilichowski. Auf besonders heftigen internationalen Protest stießen die Überlegungen der Verjährung von Nazi-Verbrechen in der BRD. In einem abschließenden Aufruf heißt es dazu:

„Die beabsichtigte Verjährung selbst der schwersten hitlerfaschistischen Verbrechen in der BRD widerspricht dem rechtlichen und moralischen Empfinden der Völker. Deshalb sollten die Nichtverjährbarkeit der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Einklang mit der UNO-Konvention vom 26.11.1968 eine allgemeinbindende Norm des Völkerrechts werden, sollte einen vorbeugenden Faktor gegen die Verletzung der elementaren Kinderrechte darstellen.“ (nach „Deutsche Volkszeitung“ 22. — 31.5.79).

Kinderkommission
KB / Hamburg

Buchtip: „Denn ihrer war die Hölle“ — Kinder in Ghettos und Lagern

Inge Deutschkorn hat in diesem vor kurzem neu aufgelegten Buch erschütternde Dokumente von Nazi-Verbrechen an Säuglingen, Kindern und Jugendlichen zusammengetragen, darunter auch Zeugnisse des entschiedenen Widerstandes der Kinder gegen die Nazis.

Zusammengestellt wurden diese Dokumente aus Gerichtsprotokollen, Zeugenaussagen ehemaliger KZ-Häftlinge als auch aus Gerichtsaussagen angeklagter Nazi-Verbrecher.

Zahlreiche Bilder und Gedichte im Buch bezeugen, was die Kinder angesichts des Grauens und des Leidens in Lagern und Ghettos empfanden. In ihrem Vorwort zur Neuauflage schreibt die Autorin: „Die zwölf Jahre Hitler-Reich sind ein Teil deutscher Geschichte geworden, und kein Volk kann seine Geschichte verleugnen. Darum müssen sie verstehen, daß man sie, (die Jugend, AK-Red.) fragt: 'Wie steht du zu jenen Dingen?' Die Antwort: 'Das geht mich nichts an' ist nicht nur unbefriedigend. Sie gibt Anlaß zu Befürchtungen! Könnte es nicht sein, daß sie, in ihrer Gleichgültigkeit ihren Eltern und Großeltern ähnlich, den neuen Trommlern folgen, denen, die die alten verhängnisvollen Schlagworte im Munde führen, deren Gehabe in nichts denen nachsteht, die zu Mordgesindel wurden? Daß ihre Zahl unbedeutend ist, noch unbedeutend, ist kein Trost für die Tatsache, daß es sie überhaupt gibt.“

Das Buch erschien im Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, und kostet 24,- DM.

ISBN 3-8046-8565-X

Kinderkommission

KB / Hamburg

An unsere Lehrer (Von einer Schülerin des jüdischen Gymnasiums in Krakau ihrem Lehrer Dr. Julius Feldhorn gewidmet.

Stets habt ihr uns gelehrt,
dem Schönen, Guten, Wahren nachzustreben,
habt uns verzaubert
mit der Dichter Wort,
habt uns gelehrt,
auf Flügeln der Begeisterung
über den Alltag uns emporzuschwingen
und unsern Geist
in die Geheimnisse des Lebens zu versenken.

Ihr lehrtet uns das jauchzende Entzücken
am Zauber des Gedichts,
die nimmermüde Lust,
der rätselhaften Schöpfung verborgnen Sinn
zu suchen
und vor des Menschen Genius
andächtig unser Knie zu beugen.

Sind meine Leiden jetzt der Preis dafür,
und daß ich ohne Waffen bin für diese Welt?

O hättet ihr uns doch gelehrt,
hervorzuspringen aus dem Hinterhalt,
mit starkem Griff das Leben am Genick zu packen,
es mit geballter Faust zu treffen zwischen beide Augen,
so daß es taumelt
und in die Knie geht!
Hättet ihr uns gelehrt zu schreien,
daß man uns hört,
und wie man eine Türe eintritt,
und wie man treten muß, damit man uns nicht tritt!
Und unsre Augen zu gewöhnen
ans grelle Rot von Blut!

Habt ihr denn wirklich nicht gewußt,
gelehrte, weise Professoren,
daß Menschlichkeit auf dieser Erde
kein Dach mehr hat?
Warum habt ihr in unsre Seelen
Sehnsucht gesät?



(Kinderzeichnung und Gedicht aus: „Denn ihrer war die Hölle...“)



Lesben Schwule

10 Jahre weltweiter Freiheitskampf

Zehn Jahre ist es her, Ende Juni '69, daß sich Schwule und Lesben in New York die ständigen Provokationen durch die Bullen durch häufige Razzien in der homosexuellen Subkultur nicht mehr gefallen ließen und begannen, sich auch auf militante Art und Weise zu wehren. Der mittlerweile berühmt gewordene Aufstand der „Perversen“ in der Stonewall-Bar in der Christopher Street in New York war für das Selbstbewußtsein der Homosexuellen weltweit von großer Bedeutung. Für die Bewegung – und nicht nur in den USA – war dieses Aufbegehren ein Signal für weiteren Widerstand gegen die Entrechtung Homosexueller, es brachte eine völlig neue Qualität in die Schwulenbewegung: vielen wurde klar, daß Bitten und Betteln nicht viel nützt, daß man/frau auch kämpfen muß und wenn's sein muß, man/frau und vor allen Dingen, daß man/frau angesichts der Stonewall-Unruhen auch kämpfen kann. Und daß Machtlosigkeit kein Schicksal ist.

Der vor den Stonewall-Unruhen eher besuliche Kampf der Schwulen und Lesben, u.a. getragen von den in den 50er Jahren gegründeten „Daughters of Bilitis“ und der „Mattachine Society“, wurde abgelöst – wenn auch Schritt für Schritt und von der Stadt aus Land – durch die Kämpfe nach Stonewall: überall blühten die oft zitierten „100 Blumen“. Der Widerstand fand und findet auf allen Ebenen statt: in den Parlamenten, den Gewerkschaften, den Medien, den Schulen usw. 1978 gingen Hunderttausende anlässlich des „Gay Pride Day“ auf die Straße um für schwule Rechte zu demonstrieren, immer nach dem Leitmotiv: „Raus aus den Klappen und rein in die Straßen – macht euer Schwulsein öffentlich!“ und „Gay Rights Now!“ (Schwule Rechte jetzt).

Die Gegenbewegung fand ihre personelle Verkörperung in der Schlagersängerin und militant gläubigen Christin Anita Bryant. Ihre Kampagne – finanziell und politisch von einflussreichen Gruppen des US-Imperialismus unterstützt – unter dem Motto: „Tötet einen Schwulen im Namen Christi!“ machten den Schwulen und Lesben klar, daß der Kampf um schwule Rechte erst begonnen hat.

In der BRD und Westberlin verlief die Entwicklung des Kampfes der Schwulen und Lesben gegen Diskriminierung, Kriminalisierung und soziale Ausgrenzung anders:

Während der Weimarer Republik gab es verschiedene Ansätze zur Abschaffung des berüchtigten §175. Magnus Hirschfeld, Urmutter deutscher Schwulenbewegung, und sein von ihm initiiertes „Wissenschaftlich Humanitäres Komitee“ setzten sich schon frühzeitig für die Abschaffung des Paragraphen ein. 1929 empfahl der Reichstagsausschuß des deutschen Reichstags die Streichung des §175. Unterstützt wurde dieser Antrag von der KPD, SPD und Teilen der Liberalen.

1933 bei Machtantritt der Faschisten war vorläufig Schluß mit der Schwulenbewegung in Deutschland. 1935 verschärften die Nazis den Paragraphen noch. Schwule die wegen „Vergehen“ nach §175 eingeknastet waren, kamen nie wieder raus, sondern wurden gleich in die KZ's verschleppt. Tausende Schwule und Lesben fanden in den Tötungsmaschinen des Hitler-Faschismus einen grausamen Tod – die Männer und Frauen mit dem häufig noch tabuisierten „Rosa Winkel“. Die wenigen Überlebenden haben bis heute keinen Pfennig Wiedergutmachungsleistungen gesehen. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1957 enthalte der verschärfte §175 kein typisch nationalsozialistisches Rechtsdenken und widerspreche somit auch nicht dem Grundgesetz des „freiesten Rechtsstaats auf deutschem Boden, den wir je hatten“. Schwule

saßen also nach Meinung der Verfassungsrichter rechtens in den KZ's.

1969 wurde auf Betreiben der SPD im Zuge der Studentenrevolte der Naziparagraph 175 reformiert. Juristisch war damit für die Homosexuellen der Faschismus erst 24 Jahre später beseitigt. Die Reformierung hatte für die Herrschenden die Funktion, die größte Minderheit in deutschen Ländern besser und wirkungsvoller unter Kontrolle und Beobachtung halten zu können. Für die Homosexuellen selber aber enthielt diese objektive Verbesserung ihrer – die sie sich freilich nicht selber erkämpft hatten – Situation auch ein progressives Moment: war es ihnen doch dadurch erst möglich, sich zu organisieren und gewonnenen Boden zu verteidigen und neues Terrain zu gewinnen. Denn vorher war ja jede Schwulität bei Strafe verboten. Die Altersgrenze lag also vor der Reform bei 21 Jahren.

Schockierender Anlaß für Gründung einiger Schwulengruppen in der BRD und Westberlin war die Aufführung des Streifens von Rosa v. Praunheim „Nicht der Homosexuelle ist pervers – sondern die Situation in der er lebt!“. Dieser Streifen schloß mit der Aufforderung an Schwule, sich zu organisieren und für das Recht auf Homosexualität zu kämpfen. Der Eifer der Schwulengruppen war enorm und viele Projekte wurden angefangen:

- Schwulenzentren als Alternative zur herkömmlichen Subkultur
- verschiedene Zeitungsprojekte, u.a. die „Schwuchtel“

und nicht zu vergessen, die vielen Flugblätter, Straßenaktionen, Fummees, Selbsterfahrungsgruppen, rumgucken, Straßenaktionen, Fummees, Selbsterfahrungsgruppen und als Höhepunkt die Pfingstdemo in Westberlin 1973 mit nahezu 1.000 Teilnehmern.

1973 wurde abermals der §175 reformiert – die Altersgrenze wurde auf 18 gesenkt. Na ja, drei Jahre früher leben und lieben zu können, ist besser als gar nichts.

Anschließend setzte ein Phänomen ein, was man/frau wohl als „innere Emigration“ bezeichnen kann. Die Schwulenbewegung ging zurück. Angesichts der sich verschärfenden Lebensbedingungen bei gleichzeitiger Rechtsentwicklung a la Modell Deutschland und den wenigen Erfolgserlebnissen der Schwulenbewegung lebten viele Schwule keine Perspektive in der begonnen Arbeit.

- Angesichts der Situation, daß „Rosa Listen“ immer perfekter und gezielter geführt werden – den Medien das Thema „Homosexualität“ vorwiegend im Zusammenhang mit „Sex and Crime“ eine Meldung wert ist – die homosexuelle Subkultur immer noch Zielscheibe von ständigen Bullenrazzien ist – Homosexualität und andere „Perversionen“ immer noch im Zusammenhang von normal und unnormale, krank und gesund beschrieben, daß immer noch auf Ehe und Heterosexualität orientiert wird – Homosexuelle Männer und Frauen am Arbeitsplatz ungeheuren Diskriminierungen ausgesetzt sind und daß bei Bekanntwerden der Homosexualität der/des Arbeiters/in diese vielfach ihre Existenzgrundlage aufs Spiel setzen und daß sich die Kapitalisten gegenseitig mit codierten Schnacks sich die Homosexualität „ihrer“ Arbeiter/innen mittelteil – Gehirnschnippelei und chemische Kastration mit Androcur immer noch als Damoklesschwert über den Köpfen der Schwulen und Lesben schwebt, und heute z.B. ganz besonders für Päderasten, d.h. den „Kinderschändern“, gefährlich wird – z.B. Homosexuellen in Nordrhein-Westfalen Öffentlichkeitsarbeit laut Gerichtsbeschluss vom Oberverwaltungsgericht untersagt wurde, weil, so die Richter, sich auf

der Straße oder bei einem Theaterstück z.B. auch Jugendliche aufhalten könnten und sie somit einer immensen Verführungsfahr ausgesetzt wären. Dieses Urteil des OVG NRW hat Richtliniencharakter, weil eine Revision nicht möglich war. Andere Bundesländer könnten gegebenenfalls dieses Urteil übernehmen. Das heißt nichts anderes, als das Schwule der ständigen Hetze, die gegen sie geführt wird, nichts entgegenzusetzen dürfen. der §175 immer noch besteht – und zwar in seiner Grundstruktur – und er auch in seiner „liberalisierten“ Form von keiner Bewegung erkämpft wurde – Zerständnis der Herrschenden an die Homosexuellen betrachtet werden muß, also seine Reform eher der Beschwichtigung dienen sollte,

ist es an der Zeit, daß sich die hiesige Schwulenbewegung stärker auf ihre Gemeinsamkeiten besinnt und beginnt, einen Minimalkonsens zu finden, der die Zusammenarbeit möglichst vieler Gruppen ermöglicht und auch die „bürgerlichen“ Schwulen einbezieht.

So ist z.B. unter diesem Gesichtspunkt die Initiative der Juristengruppe innerhalb der Westberliner AHA zu begrüßen, die Anstrengungen unternimmt, ein Antidiskriminierungsgesetz zustande zu bringen. Das wäre schließlich das erste Gesetz für Schwule. Bisher gab es nur Sonderbestimmungen gegen uns.

Verstärkt werden müßten auch Anstrengungen verschiedener Gruppen, sich z.B. in der Wahlfrage und Parlamentsarbeit der Buntten/Alternativen sich z.B. in der Wahlfrage und Parlamentsarbeit der Buntten/Alternativen Listen zu engagieren. Das jedenfalls hat die Schwulenbewegung in Hamburg einen Schritt nach vorne gebracht. Oder die Anstrengungen der NARGS zum Russell-Tribunal. Auch das ist durch eine offensive Bündnispolitik tendenziell ein Durchbruch aus dem linken Schwulenghetto gelungen.

Die Vorbereitungen zum „Gay Pride Day“ in der Bundesrepublik und Westberlin haben erkennen lassen, daß eine Zusammenarbeit zwischen Gruppen unterschiedlichster Couleur (siehe Ankündigung zu Köln) möglich und nötig ist. Und eine Zusammenarbeit ist immer dann möglich, wenn wir uns auf das besinnen, wofür wir eigentlich angetreten sind: die zu bekämpfen, die uns das Recht auf Homosexualität streitig machen.

- Also:
- Weg mit den §§ 174 - 176
 - Schluß mit der Diskriminierung Homosexueller am Arbeitsplatz
 - Verbot antischwuler Hetze in den Medien!
 - Verbot psychochirurgischer und anderer Menschenversuche!
 - Kein Berufsverbot für schwule Lehrer
 - Wir fordern eine Sexualerziehung, die Homosexualität als eine gleichwertige Form der Sexualität darstellt
 - Schluß mit Bullenrazzien auf die homosexuelle Subkultur
 - Aufhebung des Münsteraner OVG-Urteils und das Recht auf freie politische Betätigung der Homosexuellen!
 - Vernichtung aller „Rosa Karteien“

Lesben erhebt Euch, und die Welt erlbt Euch!

Schwule raus aus euren Löchern – alleine werdet ihr verknöchern!

Raus aus den Klappen – rein in die Straßen!

Auf nach Stuttgart, Bremen, Köln und wer in Westberlin will, der solle da bleiben.

AG Schwule



Bremen

- 11.00 Uhr ist Treffen auf dem Bahnhofsvorplatz, mit einem schreitenden Marsch geht's durch die Bremer Innenstadt zum Markt, dort treten zwischen
- 12.00 und
- 14.00 Uhr verschiedene Gruppen auf, u.a. die 'Homorität' aus Kiel, das Puppentheater aus Braunschweig, Daphne aus Hannover mit Liedern, Helmut wird ein Päderasten-Chanson zum Besten geben. Drumherum dann alle anderen Aktivitäten, wie z.B. Büchertisch, Informationen, Annahmen, Zickigkeiten (die wir doch so lieben), Selbstdarstellungen usw. usf. Der liebe Gott wird wohl hoffentlich nicht so schwulenfeindlich sein, und uns schlechtes Wetter beschern. Sollte dies leider Gottes doch der Fall sein, wird auf den Kulturplatz, Dammweg 15 ausgewichen.

Zwischen

- 15.00 und
- 19.00 Uhr ist ein Picknick und liegen angesagt, im Bürgerpark.
- 20.00 mit sogenanntem 'Open End' findet eine große Gala in den großen und altherwürdigen Fleischmarkthallen, heute Kulturzentrum 'Schlachthof', statt. Gäste werden u.a. sein: Thomas Kyla mit einigen Chansons, Spaldings aus Hamburg, 'Schwules Theater' aus Hannover bringt 'Land in Sicht' – das andere Ufer; – sowie Sketche, Lieder usw.

Entgegen anderslautenden Meldungen werden Walter Scheel (Spitzname: 'Die schönste Lokfrisur im Land') und die Regensburger Domspatzen nicht auftreten.

Auskünfte und Kontakt: Ralf 0421/38 00 03

Köln/ Westberlin

Köln/ Westberlin

Die 'Bunte Liste' Köln, gegründet anlässlich der demnächst stattfindenden Kommunalwahlen, in der auch die Kölner Schwulengruppe SAK fleißig wirkt, wird ihre erste Veranstaltung nach der Konstituierung der 'Buli' am 'Gay Pride Day' am Sonnabend, den 30. Juni, auf dem Kölner Stollwerkgelände abhalten. Thema:

1. Gesellschaftliche Repression gegen Schwule,
2. Schwule und Linke,
3. Schwule unter sich.

Vorher, am Sonnabend-Vormittag, werden die Kölner Schwulengruppen SAK, GLF (Gay Liberation Front), die AHEW und die Kölner Regionalgruppe der AG 'Homosexu-

elle und Kirche' in der Schildergasse eine der traditionellen Straßenaktionen veranstalten, mit allen Späßen, die wir auch so lieben: Büchertisch, Flugblätter, Agitation usw. usf.

Westberlin: Für die Veranstaltungen anlässlich des 'Schwulen Karnevals' in Bremen mobilisiert sowohl die AHA als auch die SchwuleZ-Schwulern. Für diejenigen, denen der beschwerliche Weg nach Bremen ein zu weiter ist, werden kleine, aber feine Aktionen auch in Westberlin veranstaltet.

Weitere Auskünfte sind über den 'Prinz Eisenherz'-Buchladen zu erfahren.

Stuttgart

- Freitag, 29.6. – ab 18.00 Freiluftfete am Baggersee von Kirchentellinsfurt bei Tübingen
- Samstag, 30.6. – 10.00 bis 18.00 Infostand am Schloßplatz
- 10.00 bis 14.00 Infostand in der Königstraße vor Kaufhof und in der Kronprinzenstraße/Ecke Büchsenstraße
- 11.30 farbenprächtige Demonstration von Schwulen, Lesben und Sympathisanten durch die Innenstadt: Beginn in der Thourstr.
- ca. 12.30 Ende der Demo auf dem Schillerplatz – nicht mit einer trockenen Kundgebung, sondern mit Straßentheater, ... und anderem Lustvollen...
- nachmittags können wir einen Spaziergang durch den Schloßgarten machen
- ab 20.00 großes Fest mit Tanz, Theater, Travestie, mit allem, was Spaß macht ... in der Thomas-Münzer-Scheuer der Universität Stgt-Hohenheim

Sonntag, 1.7. Scheuer der Universität Stgt-Hohenheim

- Sonntag, 1.7. – ab 11.00 gemeinsames Frühstück im neuen Zentrum von ROSA FUNKE (Burgstr. 96)
- nachmittags geht's ins Mineralbad (bei schönem Wetter)

... Macht mit ... Macht weiter ... Machen wir den Weg ein bißchen breiter! Meldet euch bitte an (und bringt Schlafsäcke mit!)

* = jeweils 20.00 Praunheim-Film in Lupe 2 (beim Hauptbahnhof) „Armee der Liebenden...“

Auskunft und Kontakt: Roland 0711-652107 und Walter 0711-654477

10 Jahre Stonewall – 10 Jahre Schwulen- & Lesben- Bewegung

USA: Entwicklung einer Bewegung sowie Berichte und Meldungen aus: England, Niederlande, Belgien, Griechenland, Schweiz, Skandinavien, Nordirland, Frankreich, Italien, Spanien, Australien, Lateinamerika, Kanada, UdSSR & Iran

Zum 10. Mal ausführlich in deutscher Sprache
DIE REIGNISSE VON STONEWALL

Bestellungen über: J. Reents Verlag, Lerchenstraße 75, 2 HH 50; Einzelexemplar 5 DM

Skandal

Der diesjährige Literatrubel in Hamburg (v. 18.6. – 23.6.79), Ausstellungsort für Hamburger Verleger und Buchhändler und mit einem literarischen Rahmenprogramm, das sich sehen lassen kann, hat seinen Skandal. Der konkret-Verlag, der zusammen mit seinem Juni-Heft eine Broschüre über Sexualität herausgegeben hat, ist wegen dieser Broschüre, in der u.a. zwei Karikaturen zu sexuellen Praktiken beanstandet werden, mit Anzeigen bedroht. Sollte diese Broschüre, die sich auf einem ernsthafteren Niveau als in der bundesdeutschen Presse allgemein üblich, mit dem Stand der sexuellen Liberalisierung auseinandersetzt, in Zukunft nur noch unter dem Ladentisch zu haben sein?

Am Freitag, den 22.6., wurde Helga Götze auf dem Literaturfest von der Polizei festgenommen. Ein deutscher Saubermann fühlte sich durch die Selbstdarstellungen und die naiven

Bildchen, mit denen Helga Götze öffentlich ihre sexuellen Erfahrungen als sexuell spät erwachte Frau bekannt macht, gestört und zeigte sie an. Es ist schon eine bodenlose Frechheit, daß neben der pornografischen „Aufklärungsliteratur“ des Heyne-Verlages, die den verklemmten Hüttern einer neu erwachten Freiwilligen Selbstkontrolle offenbar überhaupt nichts ausmacht, dieses saubere Heft des konkret-Verlages und die ehrlichen Äußerungen einer 50-jährigen Hausfrau zum öffentlichen Ärgernis hochstilisiert werden.

Wir empfehlen hiermit jedem, den es interessiert, sich das konkret-Heft so schnell wie möglich zu kaufen, um dem sogenannten „gesunden Volksempfinden“ eins draufzugeben. Wir werden diese Zensurfälle weiterverfolgen und weiterhin darüber berichten.

Neue Zeitschrift als Antwort auf Pogromhetze gegen Päderastenpresse in USA und Großbritannien

Ein neues englischsprachiges Päderasten-Magazin erscheint erstmals in diesem Monat, engagiert und betont nicht-pornografisch. Der Erscheinungsort ist Amsterdam/Holland, der Herausgeber „Spartacus“, der Titel lautet nach dem altgriechischen Gott „Pan“. Man wird sich fragen, warum das Magazin ausgerechnet in den Niederlanden für den angloamerikanischen Markt erscheint.

Die drei P's (Polizei, Presse, Politiker) haben es mit Hilfe zweier Fanatikerinnen (Anita Bryant/USA, Mary Whitehouse/England) geschafft, einen großteil der englischsprachigen Päderastenpresse für immer zum Schweigen zu bringen: Vor einem Jahr machte die „Chicago Tribune“ den „Hermes“ kaputt und versuchte, seinen Herausgeber in den Knast zu bringen. Sie hatten kein Glück, er zahlte ein paar Geldstrafen und blieb frei, verlor aber natürlich seinen Job. Vor drei Jahren ging das kalifornische „Better Life Monthly“ durch Unterdrücksetzen der Herausgeber ein. Im vergangenen Jahr entbrannte eine unglaubliche Hetzkampagne im besten „Bild“-Zeitungstil gegen die engli-

sche Pädophilenorganisation PIE und ihr Organ „Magpie“.

Inzwischen hat Scotland Yard nach achtmonatigen Ermittlungen einen 60.000 Worte umfassenden Bericht über PIE verfaßt und an den Leitenden Oberstaatsanwalt weitergeleitet. Die giftspritzende Londoner „News of the World“ hat Scotland Yard offenbar zu ihren Hausdetektiven degradiert, indem sie schreibt: „Wir enthüllen die Existenz eines ‚Zirkels des Bösen‘ – einen landesweiten Ring von Männern, die sich selbst Pädophile nennen.“

Die Herausgabe des englischsprachigen „Pan“ in den Niederlanden wird noch verständlicher, wenn man berücksichtigt, daß sogar der „Magpie“ von der englischen Polizei auf dem Postwege beschlagnahmt wurde und den Empfängern Geldstrafen aufgebürdet wurden wegen „Besitzes unzüchtiger Schriften“. Dies mit der gleichzeitigen Auflage, es nicht der PIE-Zentrale zu melden, woran sich die PIE-Mitglieder natürlich nicht hielten (s. „Magpie“ 13/79). Der Versand des „Pan“ wird darum in neutralem Umschlag erfolgen. Dies Klima



der Hexenverfolgung trieb noch weitere Blüten: So schrieb z.B. im vergangenen August ein Engländer mit Zivilcourage an eine örtliche Zeitschrift und fragte höflich an, ob es nicht ratsam sei, das zu trauriger Berühmtheit gelangte Kinderschutzgesetz („Child Protection Act“) abzuschaffen. Es kriminalisiert den einfachen Besitz von „unzüchtigen“ Fotos (was immer man darunter verstehen mag) von Jugendlichen unter 16 Jahren. Zwei Tage später stürmte die Polizei seine Wohnung und stellte sie auf den Kopf, auf der Suche nach Pornos, wie man ihm sagte. Die Polizei verließ ihn mit der drohenden Bemerkung „Wir kommen wieder!“ Das sind bittere Erfahrungen aus dem „Mutterland der Demokratie“.

(Quelle: „Pan“ Nr. 1, Juni 1979)

Päderastengruppe in der HAH

Gay Pride Week in London

In London laufen die Vorbereitungen zur Gay Pride Week auf Hochtouren. Es wird viel Musik, Feste etc. geben, aber auch Presse und Fernsehen bringen anlässlich dieser Woche spezielle Artikel und Sendungen.

GAA, Lesbian Line, CHE, Gay Sweatshop und Gay Switchboard haben die Vorbereitungen finanziell und organisatorisch unterstützt. Elton John, Parlamentsmitglied Christopher Price, Quentin Crisp, Stephen Spender und Tom Robinson sind nur einige von denen, die dem Gay Pride Week Komitee geholfen haben. Besucher aus ganz Europa werden erwartet, die Polizei rechnet mit 10.000. Es ist also alles für eine unvergeßliche Woche vorbereitet.

(Aus „Gay News“, Nr. 169)

AG Lesben

Belfast: Mord ignoriert

Die Familie eines ermordeten Schwulen fordert volle polizeiliche Untersuchung: In der Nacht des 3. Juni wurde die Leiche Anthony Mc Cleaves (36) in einer düsteren Straße in Belfast gefunden. Sein Kopf und seine Hände wiesen schwere Verletzungen auf, z.B. ein Loch im Gehirn, das zuerst für eine Schußverletzung gehalten wurde.

Nach 24 Stunden stellte die Polizei aber die Ermittlungen mit der Begründung ein, McCleave sei gefallen und an seinem eigenen Blut erstickt. Das rief sofort heftige Proteste von Schwulenorganisationen und der Familie des Ermordeten hervor: „Es ist zu kraß, daß die Polizei und die Pathologen diese Fakten ignorieren und den Fall zu den Akten legen, sobald sie entdecken, daß das Opfer ‚nur‘ ein Homosexueller war“, sagte Jeff Dudgeon von der NIGRA (Northern Ireland Gay Liberation Association).

Die NIGRA wies ebenfalls darauf hin, daß in der gleichen Gegend in der letzten Woche andere Schwule zusammengeschlagen worden waren und in den letzten fünf Jahren zwei Schwule ermordet wurden. Mc Cleave kam gerade aus einer Schwulenbar, als der „Unfall“ passierte, und ein Bekannter berichtete, daß er gesehen habe, wie er 45 Minuten vor seinem Tode von einer Gruppe Jugendlicher gehetzt wurde.

Die NIGRA berichtet jetzt auf Flugblättern, die in der Sub verteilt werden, über den Vorfall (nach „Gay News“ 169).

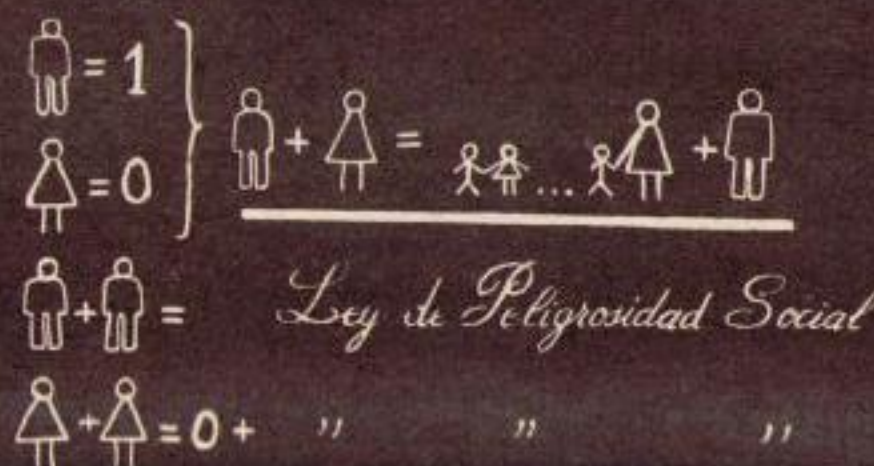
AG Lesben

Behindertensexualität

Dem Problem der Sexualität Behindertener nahm sich eine Tagung der Paulus-Akademie in Zürich an, an der etwa 200 Interessierte teilnahmen. Einigkeit wurde darüber erzielt, daß Behinderte auch im sexuellen Bereich Diskriminierungen ausgesetzt sind, zumal ihnen keine menschliche Sexualität zugestanden wird. Sie wird geflissentlich ignoriert. Mehr Informationen sind über die EMANIPATION Postfach 400548 8000 München 40 erhältlich.

Illegalisierung der stärksten spanischen Schwulenorganisation

La Norma del Sexo - Lección 1ª



Die Katalanische Schwule Befreiungsfront (FAGC) ist vorläufig von der spanischen Regierung für illegal erklärt worden. Denn: Nach wie vor existieren in Spanien die antischwulen Paragraphen 431 („Öffentlicher Skandal“) und 432 („Verführung Minderjähriger“), und vor diesem formalen Hintergrund „verbot“ der spanische Innenminister die FAGC. Obwohl mehr als 100 Personen des öffentlichen Lebens genauso wie 38 verschiedene politische, soziale, gewerkschaftliche Organisationen eine Petition unterstützten, die FAGC zu legalisieren, ferner generell die freie Vereinigung für Schwule und die Rücknahme der o.g. berüchtigten Gesetze fordern. (Diese Gesetze sind im übrigen noch faschistischer Herkunft und bei dem allgemeinen „Liberalisierungs“-Gedudel eben nicht gefallen! Parallelen zu

hiesigen Verhältnissen sind ganz sicher nicht zufällig, fielen doch die von den Nazis verschärften Inhalte des § 175 erst 24 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus).

Wir protestieren gegen diese Beschneidung elementarster Menschenrechte auch und gerade für Schwule und Lesben in Spanien. Diesem Protest schließen sich die RSF/AO und die Redaktion des „Lila Klatschmohn“ an. Gleichzeitig fordern wir alle Schwulen- und Lesbengruppen auf, Protestschreiben an folgende Adresse zu senden: Spanische Botschaft, Presseabteilung, Schloßstr. 4, 53 Bonn

Hoch die Internationale Rosa Solidarität!

AG Schwule

Anklage gegen Kölner SPD- und Juso-Vorstandsmitglied

Laut „Spiegel“ vom 7.5.79 erklärte der Mannheimer Staatsanwalt Dr. Wimmer, daß nichts „über ein mit griffelspitzeartiger Sorgfalt geführtes Homosexuellen-Register“ gehe. Dieses und ein noch nie erfolgtes Dementi gegen die Erfassung Schwuler in polizeilichen Karteien veranlaßte ein Kölner Juso- und SPD-Vorstandsmitglied zu einem parteiinternen Antrag, worin er die Praktiken der Kölner Anti-Schwulen-Bullen untersucht haben möchte. Der offensichtliche SchwuSo (schwule Sozialdemokrat) meinte in seinem Antrag, daß im Denken der Bullen faschistisches Gedankengut enthalten sei, weil sie sagten, daß Homosexuelle potentielle Triebtäter seien, zur Prostitution neigten und sich ständig an Minderjährige heranmachten. Deswegen setzte die Kölner Polizei ein Verfahren gegen den SchwuSo in Gang. Laut Bericht im „ID“ vom 10. Juni ist aus der Anklage nicht zu erkennen, „ob die Kölner Polizei nur ihre Maßnahmen für rechtmäßig (eben nicht faschistisch) erklärt haben will, oder ob sie die Gerüchte bestreitet, daß die Kripo Spitzel an Homosexuellen-Treffpunkte entsendet, die dort Namen und Anschrift der Besucher für entsprechende Listen

erfassen sollten“. Darauf sind wir auch sehr gespannt, obwohl den Beobachtern schon heute klar sein dürfte, daß es Bullen und Staatsanwaltschaft schwer fallen wird, sich vom Vorwurf der Schwulenbespitzelung reinzuwaschen. Und nicht im Denken der Anti-Schwulen-Bullen-Brigade allein hat der Wahnsinn Methode: Auch die Weimarer Sicherheitskräfte sammelten frühzeitig ausführliche Materialien über Schwule und andere „Unnormale“, um ihrer dann später um so perfekter habhaft werden zu können. Das grausame Ergebnis: 60.000 wegen ihrer sexuellen Orientierung in den faschistischen Tötungsmaschinen umgekommenen Schwulstern. Und ob der im Schwulenpark umherstreunende Bulle nun liberal über Schwule denkt oder nicht, macht nur einen graduellen Unterschied aus, registriert würde die Schwulstern so oder so. Also muß das Denken der Bullen nicht reformiert werden, sondern vielmehr die Vernichtung sämtlicher (auch der Päderasten-)Karteien gefordert werden. Ansonsten wünschen wir der Kölner SPD-Schwulstern für den anstehenden Prozeß Erfolg.

AG Schwule

Bitte weitergeben! Nachdruck erwünscht! Bitte weitersagen!



Der Traum wird wahr
Der Vulkan bricht aus
Homolulu findet statt
Frankfurt 23.-29. Juli

Im Bieggwald bei Frankfurt haben wir eine traumhafte Stelle gefunden. Zwar gibt es dort keine Palmen aber Wiesen, Büsche, Bäume und ein Fließchen. Zudem haben wir zwischen den Wolkenkratzern von Frankfurt ein Haus für Gruppen gemietet und ein Kino, in dem wir die schwulsten Filme zeigen

Ein autonomes Treffen mit Schwulen für Schwule
Dort wird Schwulsein zur Lust. Frei vom Zwang uns gegen den Hetero Terror abzugrenzen, werden wir eine Woche Theater spielen, singen, einander lieben, miteinander arbeiten, uns zu Gesprächen zusammenfinden, lachen, tanzen, feiern.

Die Schwulen der Welt laden wir alle ein

Dieses schwule Treffen wird einiges kosten, und wir werden Eure Hilfe brauchen. Unterstützt uns! Spendet! Kommt!

Wir danken für die vielen Zuschriften, hoffen auf Eure baldige Anmeldung mit Hinweisen auf Eure Interessen und Wünsche, damit nötiges Material noch beschafft, genauer vorbereitet und für Unterkunft und Verpflegung gesorgt werden kann.

Gemeinsam sind wir unwiderstehlich!

Kontaktadresse und Anmeldung: Stefan Reiß, Postfach 10 43 31, 69 Heidelberg 1

Spendenkonto: Postcheckkonto 11 495-679, Stefan Reiß, Sonderkonto R Postcheckamt Ludwigshafen.

Erfahrungsbericht einer KB-Genossin

Ich bin lesbisch!

Im April dieses Jahres schlief ich das erste Mal richtig mit einer Frau. Richtig heißt, daß es nicht bei Küßchen und Streicheleien blieb, sondern daß wir uns gegenseitig sexuell befriedigt haben. Es war für uns beide schön und befreiend. Sie ist schon lange lesbisch gewesen und ich seitdem. Obwohl meine Beziehungen zu Männern in den letzten Jahren immer offener und befriedigender geworden sind. Obwohl ich es nicht ablehne, bei Gelegenheit mit Männern zu schlafen, die ich mag. Ich bin seitdem lesbisch, nicht weil ich nur noch mit Frauen schlafen werde, nicht – weil mir Männer nicht mehr gefallen. Ich bin lesbisch aus anderen Gründen. Mein Bekenntnis zum Lesbischsein gründet sich auf der Ablehnung und gesellschaftlichen Diskriminierung, die ich seitdem erfahren habe, auf der repressiven Toleranz. Diese Erfahrung treibt mich geradezu zum Bekenntnis und zum Kampf für mein Lesbischsein. Im folgenden will ich das etwas konkreter schildern.

1. Es wird mir bewußt, daß ich nicht so sein darf, wie ich sein möchte

Ich lernte E. in einem Erholungsheim kennen, in das ich zur Kur verschickt worden war. Sie ist eine von den Frauen um die 40, die man sehr selten trifft, weil es sie kaum gibt – selbständig, lebenslustig, politisch links aufgeschlossen, also sehr spannend. Ich verliebte mich sofort in sie und hatte in den nächsten Tagen nichts weiter zu tun, als ohne Vorbehalt und ohne mir weitere Gedanken zu machen, auf sie zuzugehen. Als wir beide feststellten, daß unsere Gefühle auf Gegenseitigkeit beruhen, war natürlich klar, was weiter zwischen uns passieren würde. Damit begannen aber auch die Schwierigkeiten, weil wir natürlich die äußeren Bedingungen für unsere Zusammenkünfte prüfen mußten. Männer durften nicht zu den weiblichen Kurgästen in die Zimmer. Ich als Frau hatte ungehinderten Zugang – aber:

Was würde geschehen, wenn man uns nicht ungehindert Zugang hätte? Was würde geschehen, wenn man uns in eindeutigen Situationen im nicht-abschließbaren Zimmer erwischte. Für einen Mann, auch bei Gefahr eines Rausschmisses in den Augen der Öffentlichkeit ein Kavaliärsdelikt. Und zwei Frauen? Unnormal, pervers, abartig in den Augen der Gesellschaft. Ich hatte bereits erlebt, wie man mich in einem Betrieb damit diffamieren wollte, indem hinter meinem Rücken das Gerücht ausgeteilt wurde, ich sei lesbisch. Nur, da war ich's nicht und bin dem Gerücht mit der Sicherheit begegnet, daß ich eben nicht lesbisch bin. Es traf mich nicht. Jetzt war es eine Tatsache. Ich wurde mir mehr und mehr bewußt, etwas „Unnormales“ zu tun. Die Spielchen, die ich bisher mit meinen Freundinnen getrieben hatte, um ein bißchen Bürgerschreck zu provozieren, die Küsse und Umarmungen in aller Öffentlichkeit, ließen mir immer die Möglichkeit, auch vor mir selbst zu sagen: Ätsch, ich bin's ja doch nicht. Jetzt war es ernst. Anderen weiblichen Kurgästen, die ich ganz platonisch mochte, konnte ich weiterhin in aller Offenheit um den Hals fallen. Die Hand meiner Geliebten ließ ich los, wenn andere Menschen in Sicht kamen. Bei den anderen Frauen stürzte ich ungefragt in die nicht abschließbaren Zimmer. Zu meiner Geliebten schlich ich mich wie ein Dieb. Nie zuvor habe ich eine so verborgen und heimlich geführte Beziehung zu einem Mann gehabt. Die Angst, dem Spott und der Ächtung der öffentlichen Meinung anheimzufallen, saß uns beiden in den Knochen. Meiner Geliebten noch viel realer als mir, denn sie lebt schon lange und aufgrund wirklicher Erfahrungen im Verborgenen. Da mir aber solch ein Leben, auch für diese kurze Zeit, unerträglich und belastend erschien, ergriff ich Maßnahmen. Und die sahen so aus, daß ich nach und nach Frauen, von denen ich hoffte, Verständnis zu bekommen, und die zu unserer Clique (in so einem Kurheim befindet man sich nach einer Weile immer in irgendeiner Clique) gehörten, mehr oder weniger einzuweihen versuchte. Es war eine Hürde, die ich aufgrund meiner wenigen Erfahrungen mit Diskriminierung leichter nehmen konnte als meine Geliebte. Ich war doch unbefangener. Außerdem bin ich selbstbewußt und kontaktfreudig, und solche Leute haben es in allen Dingen etwas leichter anerkannt zu werden,

als die Ängstlichen und Zurückhaltenden, die Unsicheren und Verklebten. So war die Reaktion von „Na, wenn du meinst“ bis zu der Art von Toleranz, die lieber nicht hinsieht und so eine Sache ganz einfach ignoriert. Nur eine Frau hat mich voll gedeckt gegen die Schnüffelei der Verwaltung und eine andere war begeistert von der Sache als „Experiment“.

Unnormal, etwas Besonderes, war es für alle. Und weiter gesprochen wurde darüber nicht. Auch von E. und mir nicht. Nun war die Situation hier ja so, daß man nur kurze Zeit zusammen verbrachte, eine Kur sowie so für viele dazu da ist, sich ein bißchen auszutoben, und mein Bekanntheitskreis mich auch vorher schon ein bißchen als Exotin hofierte – na eben linke Emanzen trifft man ja auch nicht alle Tage. In dieser Lage richteten meine Freundin und ich uns eben so gut wie möglich ein und kamen uns nur normal und glücklich vor, wenn wir allein miteinander waren.

Ich erzählte ihr viel von unserer Schwulenarbeit und daß bei unseren Genossen alles so ganz anders sei. Den Artikel zur repressiven Toleranz hatte ich vergessen, den Teil darin zum Verhalten der Genossen gegenüber Schwulen immer für etwas übertrieben gehalten. Ich sagte ihr, daß ich mir in Hamburg wieder normal und frei vorkommen würde, mit all den solidarischen Genossinnen und Genossen im Rücken. Mein Lesbischsein betrachtete ich nicht als Problem, meine bisherige politische Arbeit sollte weitergehen. Ich freute mich sogar darauf, meinen Genossen meine neuen Erfahrungen mitteilen zu können, auch die bitteren mit dem erstmaligen Gefühl, sexuell diskriminiert zu sein.

2. Das Coming-Out

Ich bin 31, seit 11 Jahren in linken Bewegung dieses Landes und seit Bestehen des KB in dieser Organisation. Ich habe keine tiefgehenden politischen Widersprüche zum KB und schon Widersprüche zum KB und seiner bisherigen Politik, die ich mitgetragen habe. Ich habe meinen festen Bereich, in dem ich arbeite und wo ich bisher versucht habe, meine politische Praxis auf die solide Grundlage einer Untersuchungsarbeit zu stellen. Ich bin mit vielen neuen Plänen und Ideen dafür nach Hamburg zurückgekommen. Das war vor zwei Monaten.

Wenn ich mir heute durchlese, was seinerzeit in dem Artikel zur repressiven Toleranz zum Verhalten der Genossen geschrieben wurde, kann ich nur sagen: Das ist noch viel zu milde! Heute hab ich den Eindruck, an einer neuen Front im Kampf zu stehen, und die führt quer durch die Organisation. Die meisten meiner Genossen haben auf meine Erzählung mehr so reagiert: Na, du immer mit deinen kleinen Abenteuern, du bist mir aber auch eine. Das hat mir auch noch nicht viel ausgemacht, weil ich meine eigene Schwäche, nämlich ein Problem in eine spannende Geschichte einzukleiden, sehr gut kenne. Ich merkte nur mit der Zeit, daß mir das Unverständnis dieser meiner neuen Situation (es gibt auch Ausnahmen, nämlich zwei oder drei fragende Genossinnen), auf die Nerven ging. Jedenfalls hatte mich mein lesbisches Abenteuer tiefer getroffen. Ich begann, Literatur über Sexualität zu lesen und mir eine kritische Meinung dazu zu bilden. Ich ordnete das allerdings in die Sparte meiner privaten Hobbies ein. Als ich einen Artikel zu einem Lesben-Roman schrieb, war das auch noch eine Art Vergnügen, das ich selbstverständlich den Erfordernissen meiner sonstigen politischen Arbeit unterordnete. Seit zwei Wochen allerdings komme ich nicht mehr zurecht, weil mein Interesse für die Auseinandersetzungen an der Schwulen- und Lesbenfront stärker geworden ist als alles andere. Wie entwickeln wir in dieser Bewegung eine starke kommunistische Politik? Die Arbeit in dem anderen Bereich, die ich mit aufgebaut habe, die mich auch interessiert, der ich mich verpflichtet fühle, wollte ich nicht hinschmeißen, da mein oberstes Gebot die Entwicklung einer kontinuierlichen Arbeit geworden ist im Gegensatz zu meiner früheren Praxis, überall rumzuwirbeln, wo was los ist. Untersuchungsarbeit, Artikel schreiben, eine vernünftige Praxis entwickeln, das sollte dabei im Vordergrund stehen. Um also nicht in Hin- und Her-

flipperei hineinzugleiten, wollte ich mit meinen Zellengenossen einen vernünftigen Rahmen für meine weitere Mitarbeit abstecken, in dem mein starkes Interesse für die Schwulen- und Lesbenarbeit berücksichtigt wird. Ich setzte mich mit zweien, einem Genossen und einer Genossin, hierfür zusammen. Ich erzählte, daß ich nicht so recht wüßte, wie ich mein bisher privates Hobby in meine sonstige politische Arbeit einordnen sollte, daß ich es aber gern tun würde und dafür Hilfe brauche. Die Antworten gingen ungefähr so: Was soll aus der ...politik werden? Willst du dich rausziehen? Warum ist diese Lebenssache für dich plötzlich ein Problem? Ich denk, du packst alle Sachen so gut! Wir müssen unbedingt an die Organisation unserer Arbeit denken!

Die Fragen kamen mir alle plausibel vor, und ich bemühte mich, sie so gut wie möglich zu beantworten. Vor allem aber versuchte ich, den beiden klar zu machen, daß ich betroffen sei, und das sei mir in meiner bisherigen Arbeit, bis auf die Betriebsarbeit, noch nicht passiert. Ja, wieso ich denn plötzlich so betroffen sei, ob ich mich nicht in eine Sache hineinbegebe, an deren Ende die Liquidierung meiner bisherigen Arbeit stehe. Frauenarbeit, darunter fällt für die beiden Genossen offensichtlich die Lesbenarbeit, habe mich bisher doch auch nicht so betroffen gemacht, und meine Beziehungsdiskussionen seien mehr exklusiv und im privaten Kreis meiner Freunde und Freundinnen gelaufen, anstatt öffentlich. Ich sagte, daß ich Lesbischsein als sexuelle Diskriminierung ansehe, die für mich erst in zweiter Linie etwas mit dem Frauenproblem zu tun hat. Immerhin seien Lesbierinnen als „Unnormale und Perverse“ ins KZ gekommen und nicht als Frauen. Sie wurden dort als Frauen erniedrigt und mißhandelt. Ich sehe daher eine Organisation an gerade dem Problem der sexuellen Diskriminierung und deshalb eine sehr enge Zusammenarbeit mit den schwulen Genossen als sinnvoll an, und natürlich auch ein Bündnis mit den in dieser Frage diskussionsbereiten heterosexuellen Frauen. Plötzlich

ten heterosexuellen Frauen. Plötzlich legte der Genosse, der bisher sehr unwillig und verständnislos (immerhin gefährde ich ja unsere Arbeit!) gewesen war, los: Was ich von diesen Seiten im AK zu Sadomasochismus und Päderastie halten würde. Er fände das ekelhaft und würde eine richtigen Haß bekommen, wenn er das so liest.

Ich weiß nicht mehr, was sonst noch bei dieser Diskussion gewesen ist. Jedenfalls war nach diesem Angriff für mich der Ofen aus. Und der Genosse hüllte sich in eisiges Schweigen. Und für mich, und in begrenztem Maße hoffentlich auch für die Genossin, war die sexuelle Diskriminierung greifbar geworden. Ich zitterte, allerdings mehr innerlich, träumte die Nacht darauf von lauter kranken Leuten um mich und die beiden Genossen herum, bei denen wir uns nicht anstecken dürfen und solcherlei Sachen mehr. Mir war es unmöglich geworden, über meine „normale“ politische Arbeit nachzudenken, sie in Angriff zu nehmen, und ich versenkte mich wieder in die Bücher. In den nächsten Tagen lief ich wie Falschgeld durch die Gegend, bekam Angstzustände beim Überqueren von Straßen, erschreckte mich einmal zu Tode, als ein Mann aus Versehen eine Frau in meiner Nähe anrempelte, fühlte meine Kontaktfreudigkeit, mein Selbstwertgefühl mehr und mehr schwinden. Mich interessierte meine bisherige Arbeit nicht mehr. Mein „privates“ Problem, mein bisheriges „Hobby“ fraß mich förmlich auf. War ich jetzt auf dem Weg in meine Gefühlswelt, also auf dem Alternativtrip?

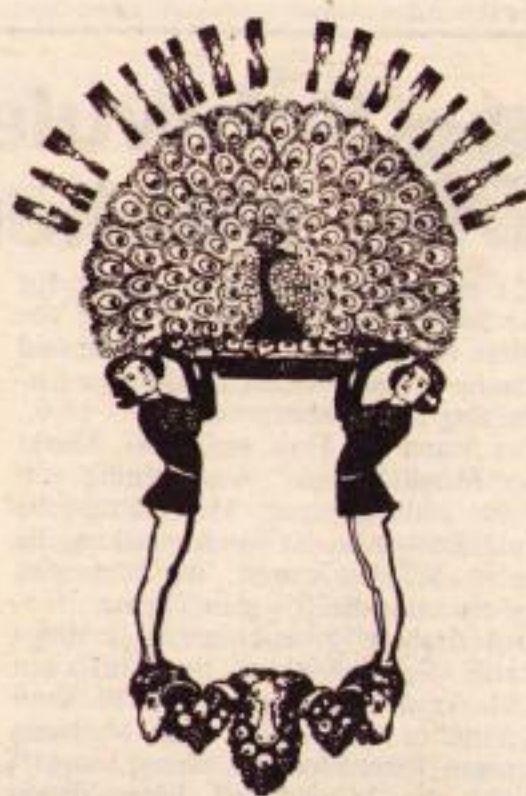
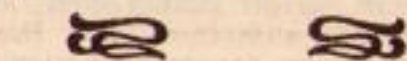
3. Was ist meine Arbeit als lesbische Genossin wert?

Mittlerweile bin ich in der Lage, alles in Ruhe zu überdenken. Und ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß die Schwulen- und Lesbenarbeit von den meisten Genossen und Genossinnen nicht als politische Arbeit begriffen wird. Lesbenarbeit fällt bestenfalls noch unter die Rubrik Frauen, und welche Kämpfe die Frauen um die Anerkennung ihrer Arbeit führen müssen, wird ja immer offensichtlicher. Wer sich in der Schwulen- und Lesbenarbeit organisiert, hat da eben ein persönliches Problem, das ihn zu keiner anderen, vernünftigeren Arbeit befähigt. Und die Feindseligkeit bricht endgültig auf, wenn man als

sexuell diskriminierte/r es wagt, sich mit allen Sparten der Sexualität und der bürgerlichen Sexualmoral auseinanderzusetzen. Also, Leute, belämmert uns auf eurer Spielwiese im AK nicht mit so ekelhaften und haßerzeugenden Themen wie Päderastie und Sadomasochismus. Da, wo man nicht zugeben will, daß man Angst hat, sich auseinanderzusetzen, schlägt die Angst in Haß um.

Am besten habe ich mit den Genossinnen diskutiert, die ihre eigene Sexualität in Frage gestellt haben. Und das sind wenige. Genossen umschiffen das Thema für sich selbst in der Regel mit aufmerksamem Zuhören und verständnisvollem Nicken. Jedenfalls beziehen die meisten Genossinnen und Genossen das Thema Homosexualität und damit Sexualität nicht auf sich, da sie ja meinen, gottseidank „normal“ zu sein, wie sich's gehört. Ich kam nach einer Weile auch darauf, daß die repressive Toleranz eine Gummimand ist, gegen die man in der Diskussion läuft. Wir reden immer von unseren sexuellen Problemen, und die anderen hören uns zu und gehen dann zu den Tagesfragen über. Solange alles noch einigermaßen gesittet von uns angepackt wird. Aber wehe, wir dringen weiter ins Reich der Tabus vor. Dann federt die Gummimand zurück. Homosexualität, Sexualität überhaupt, liebe Genossen, ist auch euer Problem. Die bürgerliche Sexualmoral steckt allen, uns eingeschlossen, tief in den Knochen, und die Bourgeoisie macht damit Politik. Wir sind keine sozialistischen Inseln in einer kapitalistischen Welt, auch in unserem sexuellen Selbstverständnis nicht. Wir müssen diese Probleme schon gemeinsam anpacken und auch an ihnen den politischen Kampf entwickeln. Ich selbst, als lesbische Frau, die von ihrer Diskriminierung in dieser Gesellschaft tief betroffen ist, werde den Kampf an der Front verstärkt aufnehmen.

B./Eine Genossin im KB Hamburg



Kurzmeldungen

In London wurde Julia Grant, vormals George Roberts, gezwungen, ihren Job in einem Krankenhaus aufzugeben. Die Ärzte bestehen aber darauf, daß sie vor der endgültigen Operation ein Jahr lang als Frau leben und arbeiten soll.

(Nach: „Gay News“ 169)

AG Lesben

Am 24. Mai begann in Paris ein vier-tägiger Kongreß „In den Augen der Anderen“, der aus Anlaß des 25. Geburtstages von „Arcadie“, der ältesten französischen Schwulenorganisation, abgehalten wurde, mit mehr als 800 Teilnehmern aus einem Dutzend europäischer Länder. Führende französische Autoren und Wissenschaftler, u.a. Roger Peyrefitte, Michel Foucault, Yves Navarre, Robert Merle und Genevieve Pastre, waren anwesend.

Der Kongreß wurde von einer Reihe von Gruppen boykottiert, da „Arcadie“ vorher die Delegierten aufforderte, sich „diskret und anständig“ zu benehmen, fast ausschließlich Schwule ansprach und die Lesben ignorierte, und wenig Auswahl bezüglich der Diskussionsthemen ließ.

(Nach: „Gay News“ 169)

AG Lesben

Berufsverbot gegen schwulen evangelischen Pastor?

Mit Wirkung vom 28. Mai wurde Klaus B., Pastor einer Gemeinde in Hannover-List, vom Dienst in der Gemeinde suspendiert. Klaus B. hatte sich nach Beendigung seiner Hilfspfarrzeit um die 1. Pfarrstelle in seiner Gemeinde beworben. Im Zuge dieses Bewerbungsverfahrens hat Klaus B. nach Gerüchten und Anfragen aus seiner Gemeinde offen zu seiner Homosexualität gestanden und ausdrücklich betont, daß er nicht gedanke, dieses abzuändern. Und das genau war den Kirchenoberen zuviel: In einem Interview der „Tageszeitung“ mit dem Landessuperintendenten Schnübbe meinte dieser, daß es für Klaus B. darauf angekommen wäre, seine Homosexualität zu sublimieren (zu vergeistigen), und das heißt doch wohl in der Konsequenz: in Luft aufzulösen. Denn laut Landessuperintendent Schnübbe komme es in der Erziehung eines jungen Menschen darauf an, daß er zur Ehe heranreife und die homosexuellen Elemente, die gerade in der Pubertät stark seien, überwunden werden. Und wenn nun ein Pastor in einer Gemeinde, der ja ständig mit Konfirmanden und mit Jugendlichen zu tun habe, erkläre: „Ich bin homosexuell und lebe meine Homosexualität“, dann bestehe die Gefahr, daß „der junge Mensch, der ja heranreifen soll zur Ehe und die homosexuellen Komponenten in seiner Sexualität überwinden muß, daß er da von dem Pastor unter Umständen in eine falsche Richtung gedrängt wird, das ist der wunde Punkt. Das ist ja auch einer der Gründe, aus denen z.B. die Schule keine homosexuellen Lehrer einstellt.“ („Tageszeitung“-Interview, nach „Blatt“ 23). Abermals muß die wissenschaftlich längst widerlegte Behauptung, daß man/frau zur Homosexualität „verführt“ werden könnte, dafür herhalten, daß ein Schwuler mit einem Berufsverbot belegt wird. In seiner alten Gemeinde jedenfalls wird Klaus B. nicht weiter als Pastor beschäftigt, denn in einem Schreiben der Kirchenbehörde vom 28.5.79 meinte diese, daß aufgrund einer „erheblich beeinträchtigenden Unruhe“ eine „weitere gedeihliche Wirksamkeit in dieser Gemeinde ausgeschlossen erscheint“. Vorläufig

wurde Klaus B. aus der Gemeindearbeit ausgeschlossen und an ein Priesterseminar in Göttingen versetzt. Aber auch in Zukunft ist es fraglich, ob Klaus B. wieder ins Gemeindeleben einsteigen darf: „Es wird mit aller Sorgfalt und ohne Zeitdruck zu prüfen sein, ob Ihre persönliche Veranlagung ausschließt, daß Sie in Zukunft das Amt eines Pastors, insbesondere eines Gemeindepastors, ausüben, zumal (!) Sie nach Ihren bisherigen Erklärungen darauf bestehen, diese Veranlagung mit dem Ziel öffentlicher Anerkennung jedenfalls im kirchlichen Bereich zu praktizieren.“ Weiterhin wird damit gedroht, ob man Klaus B. nicht generell die Berufung zum Pfarrer entzieht, denn hinterhältisch wie er war, verschwie er naiv seine Schwulität während seiner Ausbildung. Schließlich wird ihm noch der gute Rat mit auf den Weg nach Göttingen gegeben, vor dem Hintergrund theologischer Überlegungen seine Homosexualität zu „überdenken“.

Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung seiner Gemeinde erklärte sich ein Teil der Gemeindeglieder mit Klaus B. solidarisch und forderte die Wiedereinstellung. Er selbst meinte dazu: „Ich bin frei und stehe nur unter Leidsdruck, weil mich die Gesellschaft und die Menschen leiden lassen“.

Auf dem 18. Kirchentag vom 13. bis 17. Juni in Nürnberg unterschrieben nahezu 5.000 Kirchentagsbesucher eine Resolution der AG „Homosexuelle und Kirche“ (siehe hierzu Artikel in diesem AK), in dem die Forderung gestellt wurde, daß die sexuelle Orientierung bei der Einstellung von Pfarrern und anderen kirchlichen Mitarbeitern keine Rolle mehr spielen solle und daß Pastor B. in gleichberechtigter Weise wieder die Möglichkeit gegeben wird, in einer Gemeinde als Pfarrer zu wirken. Dem schließen wir uns vorbehaltlos an und meinen wie Pastor B.: „Die Scheiterhaufen brennen nicht mehr so hell, aber sie brennen noch. Wer heute Homosexuelle bestraft, macht dies morgen mit anderen Minderheiten!“

AG Schwule

Fortsetzung auf Seite 33



Zug zum Atomkanzler Schmidt

verschiedenen Möglichkeiten zu neuen Kontakten genutzt.

Am Ende kamen etliche fortschrittliche Resolutionen als Kirchentagsresolutionen (Bedingung: 3000 Unterschriften) durch: gegen den legitimierten Todesschuß (E. von Dyck), gegen Berufsverbote, für die Stilllegung aller Atomanlagen, für die Einstellung eines homosexuellen Pfarrers in Hannover u.a.m.

„organisierte Intoleranz“?

Daß so etwas bei den leitenden Instanzen auf wenig Gegenliebe stößt, wurde schon während dieses Kirchentages klar herausgestellt und sogleich auch für den nächsten Kirchentag in Hamburg entsprechende Maßnahmen angekündigt:

Der „Bayernkurier“ (16.6.79) kommentierte: „Pluralismus verlangt Auswahl. ... die Gruppen, in denen Intoleranz zum Geschäft gehört, haben seit Berlin gelernt, und so weist der Markt 79 eben wieder das auf, was uns schon Frankfurt (Kirchentag 75) vorexerzierte: auch die ganz linke, atheistische Szene ist mit dabei. Sie tritt nun unter neuen Begriffen auf“. Entsprechend beklagte K.v. Bismarck, Kirchenpräsident, auf der Abschlußveranstaltung mit Fingerzeig auf die Demolierung des Standes der AKW-Befürworter, daß die „organisierte Intoleranz“ einiger Kirchentagsteilnehmer. Auf offizieller Ebene werden deshalb Überlegungen laut, die Gestaltung des Kirchentages zu ändern. Der Markt der Möglichkeiten, wo sich gesellschaftskritische und emanzipatorische Aktivitäten darstellen, ist den Herrschenden in Kirche und Staat wohl inzwischen ein Dorn im Auge.

Denn die Hoffnung auf Wiedervereinigung (die einzig konkrete Ausserung von Großinquisitor Lohse zum Kirchentagsthema „Zur Hoffnung berufen“ in seinen Abschlußworten) ist ihnen lieber als die Hoffnung von Unterdrückten auf Befreiung. Beide Hoffnungen standen sich auf der Abschlußkundgebung auf dem Nürnberger Luitpoldhain gegenüber. Als Bischof Hübner („Ein Christ muß jeder Obrigkeit untertan sein“ — er ißt nur noch Äpfel aus Südafrika) zum Kirchentag 1981 nach Hamburg einlud, entfalteten die Frauen des Evg. Frauenwerkes auf der dem Rednerpodest gegenüberliegenden Anhöhe ein riesiges Kreuz aus lauter Plakatflächen mit der Aufschrift: Kauft keine Früchte der Apartheid!



Atomkraft? — Gott bewahre!

Atomkraft? — Gott bewahre!

Der reißende Absatz von Anti-AKW-Plaketen (u.a. Atomkraft? — Gott bewahre!) auf dem Kirchentag ist ein Signal, daß die Gemeindebasis mehr denn je den „Versäglichungs-“ und „Beschwichtigungsappellen“ der Kirchenleitungen den Rücken kehrt. Und das, obwohl sich die „Kirchenfürsten“ verstärkt in die Diskussion einmischen und teilweise konsequenter

und unnachgiebiger als je zuvor die Theorie der „Ausgewogenheit“ und „Versäglichung“ predigen und mit Disziplinierungen durchzusetzen versuchen (s. Broschüre der Kirchenkommission „Anpassung oder Widerstand“).

War es vor zwei Jahren auf dem Kirchentag in Westberlin noch den Atomkraftbefürwortern verboten, vor dem Stand der AKW-Gegner ihre Hochglanzbroschüren zu verteilen, so fand der entsetzte Kirchentagsbesucher auf dem Nürnberger Kirchentag sogar einen PRO-Atomkraft-Stand, der unter dem Motto „Brücke zur Zukunft durch Technik“ 7 Gruppen oder sogenannte „Bürgerinitiativen“ beherbergte. Ganz „christlich“ und in Übereinstimmung mit dem Klerus sprachen sie sich in ihrer Selbstdarstellung dagegen aus, „weitere Barrieren gegen eine Verständigung aufzurichten“ und „Standpunkte zu polarisieren“. Doch schon die Aufschrift „Am Ball bleiben mit Kernenergie“ auf dem Hemd eines dieser „Christen“ zeigte deutlich, worum es den „christlichen PRO-Atomkraftmenschen“ auf dem Stand ging. Hier sollte unter christlichem Gewand den Kirchentagsbesuchern die menschenfeindlichen Parolen der Atomlobby „verkauft“ werden. So mußten die Besucher durch einige aufklärende Wandzeitungen am angrenzenden Nachbarstand feststellen, wem die Marktleitung diesen Platz zugewiesen hatte:

- dem Arbeitskreis „Recht auf Energie“
- der „Arbeitnehmerinteressengemeinschaft der Beschäftigten der Firma Interatom“
- „der Kerntechnischen Gesellschaft“.

Diese neue Art von „Bürgerinitiativen“ sind eigentlich Energiekonzerninitiativen, die mit finanzieller Unterstützung ihrer Arbeitgeber (KWU, Interatom etc.) ihre Appelle an die christliche Moral und Nächstenliebe, ihre „Energemangelhetze“ und ihre Parolen von einer „gerechten, friedlichen und sorglosen Zukunft“ auf die Kirchentagsbesucher losließen. Und als besonderen „christlichen i-Punkt“ verstanden sie noch ihr Eintreten für eine „gerechte und gesicherte Energieversorgung“ der „Dritten Welt“. Angesichts des bedenkenlosen Exports der menschenfeindlichen Atomanlagen nach Südafrika oder Lateinamerika werden gerade diese Sprüche der AKW-Betreiber zum blanken Zynismus.

Die Antwort der AKW-Gegner

Gleich dieser Stand bereits einer Festung im Dauerbelagerungszustand, so sollten wenigstens zwei von zahlreichen spektakulären Aktionen genannt werden.

„Hopp, hopp, hopp — Atomlobby stop“

Mit dieser Parole demonstrierten wenige Stunden nach der Eröffnung des Marktes der „Möglichkeiten“ 400 Atomkraftgegner (größtenteils Kirchentagsbesucher) vor der Koje „Brücke zur Zukunft durch Technik“. Anlaß der Demonstration war eine Kranzniederlegung in Trauer und Wut über den Tod der baskischen AKW-Gegnerin Gladis del Estal, die von der spanischen Polizei bei einer friedlichen Demonstration gegen AKWs an Pfingsten erschossen worden war. Sie verlasen eine Erklärung mit dem Text: „Völlig unverständlich ist uns, wie die Evangelische Kirche, die den Schutz des menschlichen Lebens in den Mittelpunkt ihres Wirkens stellt, den Befürwortern von Atomenergie solch breiten Raum für ihre

lebensfeindliche Propaganda hier auf dem Kirchentag gegeben hat.“ Pfarrer Oeser, Umweltschutzbefürworter der EKD unterstrich deutlich das Mißverhältnis: Hier die sieben Gruppen, die ihr Geld aus einem Topf der Atomlobby erhalten und ihre Zeit bezahlt bekommen — dort die anderen, die ihr Geld und ihre Zeit einsetzen. Und eifrig fotografierten die Atomkraftbefürworter die Demonstranten und Zuschauer, unter ihnen Pastor Oeser. Wozu wohl?

Albrecht von der Leine an die Leine in die Leine nicht alleine Schmidt muß mit

Mit dieser und einigen anderen AKW-Gegnern ach so vertrauten Parolen wurde der Atomkanzler Schmidt auf dem Kirchentag von mehr als 1.000 Demonstranten begrüßt. Nach dem Motto „Wir besuchen“ unseren „Atomkanzler“ zogen sie zu der Halle, in der Schmidt über das Thema „Europa, Überwindung von Grenzen“ (ursprünglich im Kirchentagsprogramm angegeben: „Europa ohne Grenzen“) sprach. Während der Atomkanzler unter wütenden Protesten zahlreicher Zuhörer gegen die Pastoren zu Felde zog, die in „seiner Kirche“ (Originalton Schmidt) die Lebensangst der Bevölkerung schürten, erinnerten sich draußen die Demonstranten vor der zugesperrten Halle an ein altes Bibelwort „Klopft an, so wird euch aufgetan“. Zwar blieb die Tür zu, doch war es sicherlich für „unsere“ Atomkanzler ein Erlebnis, als die 1000 Demonstranten sich um die Halle verteilten und minutenlang gegen die Metallwände der Halle hämmerten. Diese Aktion muß den Atomkanzler immerhin so sehr beeindruckt haben, daß er einen anschließend geplanten Besuch des „Aktion Sühnezeichen“-Standes mit der Begründung absagte, daß dort bereits AKW-Gegner warteten.

Wer provoziert hier wen?

In der Nacht vom Freitag zum Samstag wurden Teile der Einrichtung des Standes der Atomkraftbetreiber zerstört. Mal abgesehen von der auf dem Kirchentag häufig gestellten Frage, ob das nicht eine Aktion der Betreiber selbst war, um ihr angekratztes Image aufzupolieren, sollten sich diejenigen, die den Stand genehmigt und aufgebaut haben, über eine solche Reaktion nicht wundern. Der Stand war eine Provokation für alle, die unter dem Zeichen der Hoffnung auf eine bessere Zukunft nach Nürnberg gekommen waren.

Aus der Arbeitsgruppe Juden und Christen

Veranstaltungsangebote dieser AG gibt es seit 1964 auf allen Kirchentagen. Einerseits erfüllen sie die gute Funktion, auf den in Auschwitz endenden christlichen Antisemitismus hinzuweisen. Andererseits hat die AG Feigenblattfunktion. Deutlich wird das an der unter ihrer Mitarbeit entstandenen Studie „Juden und Christen“, dem ersten jüdenfreundlichen Dokument mit offiziellem Charakter in der Geschichte des deutschen Protestantismus (1975). Allerdings fehlt in ihm Entscheidendes: ein Hinweis auf die lange Geschichte des kirchlichen Antisemitismus. Trotz solcher Unbuddigkeit konnte sich die EKD nicht entschließen, diese Studie in den Rang einer Denkschrift zu erheben. Mangelnde Gründlichkeit oder ent-

Neonazis auf dem Kirchentag

Auf dem Kirchentag traten Rechtsradikale und Neonazis massiv und frech auf:

— Am Donnerstagabend provozierten Mitglieder der faschistischen Wehrsportgruppe Hoffmann vor einem Jugendzentrum eine Schlägerei, als sie bei der Beschädigung des Autos eines Antifaschisten entdeckt und fotografiert wurden.

— Im Messezentrum tauchten Flugblätter auf mit Titeln wie „Sieben Thesen gegen Juden“. Broschüren wurden angeboten, die beweisen wollten, „daß in Ausschwitz nicht ein einziger Jude ‚vergas‘t worden sein kann.“

— Als vor dem Messezentrum das NS-Blatt „National-Zeitung“ verteilt wurde, verbrannte ein Besucher diese Schrift. Von den Neonazis wurde er zur Polizei ge-

schleppt, um ihn wegen dieser „Tat“ anzuzeigen. Die Polizei konnte jedoch keine strafbare Tat entdecken und „beließ“ es bei der Aufnahme der Personalien aller Beteiligten.

Während des Kirchentags wurde viel von Vergangenheitsbewältigung — gerade in Nürnberg — gesprochen. Die Kirchentagsleitung war jedoch bis zum Schluß nicht dazu zu bewegen, eine Erklärung zu den Neonazi-Aktivitäten abzugeben; sogar einen Verweis vom Kirchentagsgelände hat's für die Faschisten nicht gegeben!

Wenn nicht einmal Worte mehr möglich sind, kann man Taten wohl nicht erwarten: deutlicher konnte die Kirchentagsleitung eine Stellungnahme nicht abgeben...

sprechende Halbheiten prägten auch eine Vielzahl von Veranstaltungen der AG. So wurde die gesamte Erlanger theolog. Fakultät um eine Diskussion des Arierparagraphen von 1933 bemüht. Das deshalb, weil zwei namhafte evg. Theologieprofessoren sich damals in einem Gutachten für die Anwendung dieses Paragraphen auch für im kirchlichen Dienst Tätige aussprachen. Die Frage, wie es dazu kommen konnte, wurde relativ ausführlich behandelt (chr. Antisemitismus seit 1500 Jahren, Deutschtumideologie in den evg. Kirchen, enges Verhältnis Kirche und Staat). Auf die Frage, ob die Kirche aus ihrer Geschichte gelernt habe, kam von seiten des Podiums die pauschale Antwort: Ja, denn heute würde sie ihr Verhältnis zum Staat ganz anders sehen als damals. Schön wär's!

Daß es in ihr teilweise sogar schon wieder Regenerationserscheinungen gibt, darauf verwies empört der Alttestamentler Rendtorff. Er zitierte aus dem von bekannten Theologen 1979 verfaßten enzyklopädischen Werk „Christliche ABC“. Es wird z.T. kostenlos an Pastoren verschickt. Unter dem Stichwort „Israel“ findet sich dort der Neuaufbau der nationalsozialistischen Theorie von der jüdisch-bolschewistischen Verschwörung. Der NS-Antisemitismus sei auch nur Reaktion auf den ihm vorausgegangenen jüdischen Antisemitismus! Auf eine dazu gestellte kritische Anfrage eines Rabbiners antwortete der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD und verantwortliche Mitherausgeber mit dem „Christlichen ABC“: „Der Ratsvorsitzende der EKD und verantwortliche Mitherausgeber mit dem Hinweis auf das wissenschaftliche Renomee der Autoren. Was nicht schon alles im Namen der Wissenschaft getan worden ist!“

Bezüglich der aktuellen Diskussion um die Verjährung von Naziverbrechen sagten mehrere Redner, daß es hierbei um das Überleben der Opfer des Nationalsozialismus ginge, welches in direktem Zusammenhang mit ihrem Wissen um die sichere Einkerkung der NS-Schlichter steht.

Übrigens: Für unsere süddeutschen Genoss/inn/en schien die Arbeit auf dem Kirchentag in der Zusammenarbeit mit der Kirchenkommission einige neue Perspektiven zu eröffnen; und es wurden sogar — wenn auch noch zaghaft — Stimmen laut, die Bereitschaft an der Vorbereitung des nächsten Kirchentags 1981 in Hamburg erkennen ließen. Angesichts der vielfachen Arbeitsmöglichkeiten und des dort vertretenen breiten Spektrums ist das sehr erfreulich. Und angesichts eines gewissen anfänglichen Unverständnisses gar eine Bewußtseinsweiterung?! Dann also bis '81 in Hamburg!

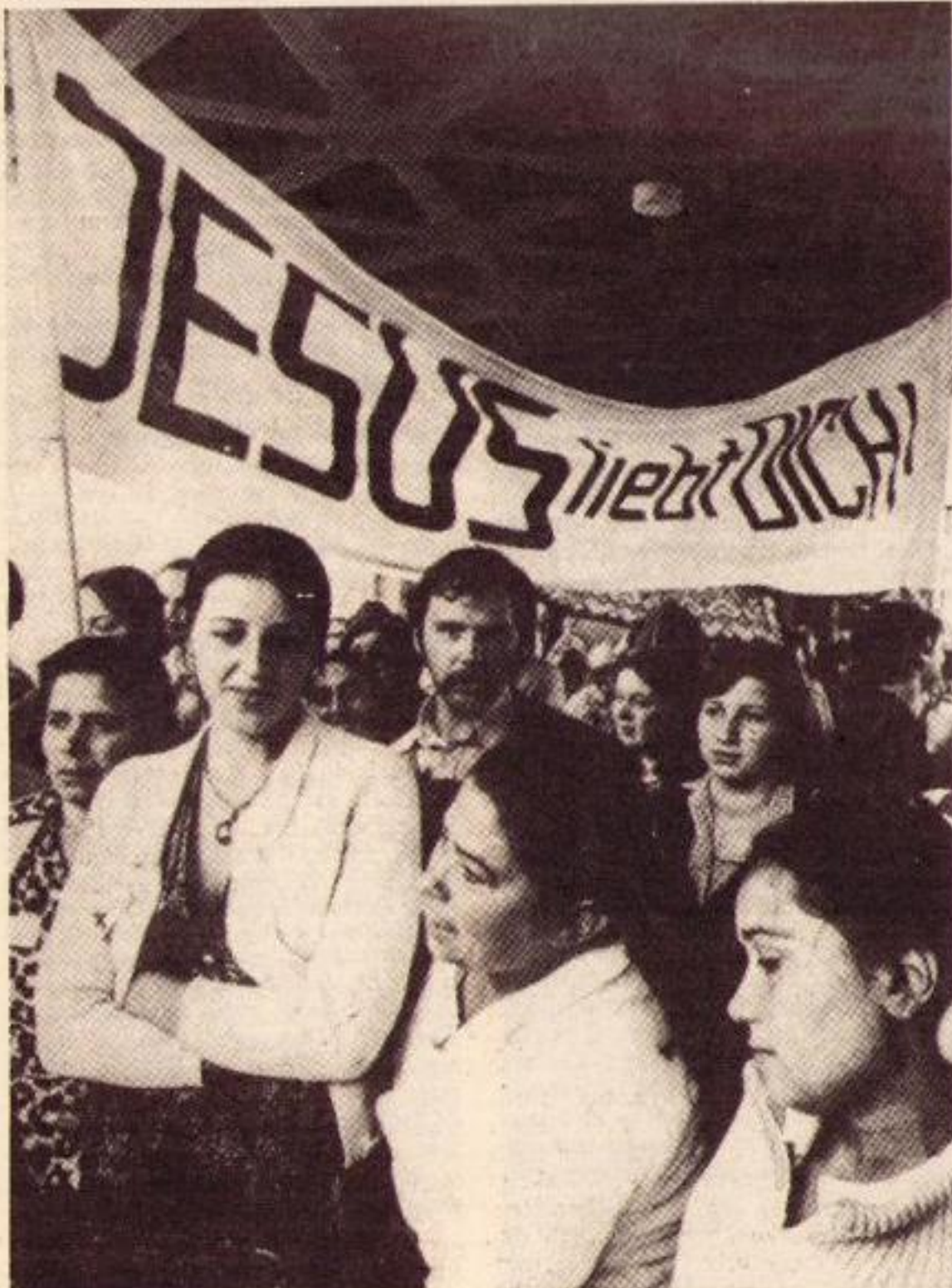
Kirchenkommission

Anzeige Kirche, Klerus und Christen Anpassung oder Widerstand

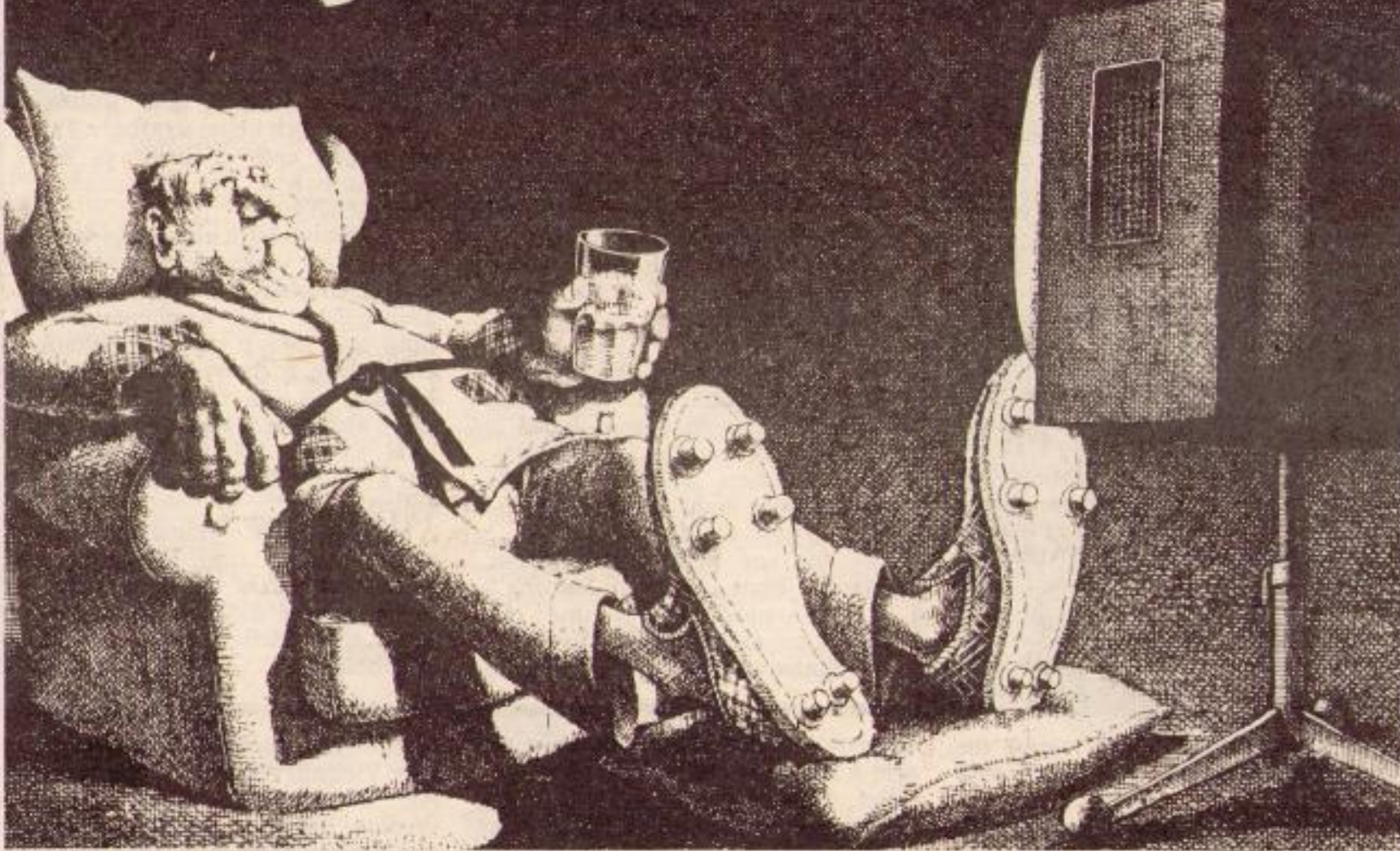
Eine Broschüre der Kirchenkommission zu folgenden Themen:

- wer war Jesus wirklich
- in Treue zu den Herren: Berufsverbote in der Kirche
- immer auf der rechten Seite Kirche und Faschismus
- kirchl. Entwicklungshilfe: Hilfe für wen?
- immer für das Leben? Kirche und AKWs
- Klerus gegen ESG: mit der Polizei gegen die „Brüder“
- wieviel Päpste braucht der Mensch?

zu bestellen bei Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50, Preis: 2,50 DM



Wie geht's uns denn?



Arbeitsfähigkeit als Menschwerdung II. Internationaler Kongreß Kritische Psychologie

Über den Marburger Kongreß der Kritischen Psychologie erhielten wir und andere linke Zeitungen den nachfolgenden Bericht. Die Autoren gehören laut Begleitbrief einer Vereinigung linker Psychologen an, die sich zu einer „Initiative Psychologiekritik“ zusammengeschlossen haben. Diese Initiative soll „ein Sammelbecken aller im praktischen bzw. universitären Bereich beschäftigten Psychologen, Pädagogen etc. sein und versucht inhaltlich, die verschiedenen Psychologiekritiken (nach 1970) zusammenzufassen und außerhalb der revisionistischen DKP-Psychologie voranzutreiben.“

Vom 4.-6. Mai versammelten sich in Marburg über 1000 Menschen zum „II. Internationalen Kongreß Kritische Psychologie“. Er stand unter dem Thema „Arbeit und Arbeitslosigkeit in kritisch-psychologischer Sicht.“ Offizielle Veranstalter waren der Bund demokratischer Wissenschaftler, der DGB-Kreis Marburg-Biedenkopf und der von MSB/DKP maßgeblich bestimmte Allgemeine Studentenausschuß Marburg.

Initiiert und organisiert hatte Biedenkopf und der von MSB/DKP maßgeblich bestimmte Allgemeine Studentenausschuß Marburg.

Initiiert und organisiert hatte den Kongreß die Berliner Holzkamp-Schule, die für sich den Titel Kritische Psychologie beansprucht. Vor zwei Jahren hatten sie ihren ersten Kongreß in Marburg abgehalten, der einer großangelegten theoretischen Selbstdarstellung diente und von verschiedenen Seiten heftige Kritik wegen seiner theoretischen Abgehobenheit, seiner Borniertheit auf die Holzkamp-Schule und der Ausschaltung der Diskussion erntete.

Klaus-Jürgen Bruder bezeichnete diesen Kongreß damals als einen „merkwürdigen Zwitter zwischen einem wissenschaftlichen Kongreß und einem Parteitag.“ Der äußere Eindruck war diesmal ähnlich: Die Kongreßmappe offerierte neben viel Werbung und Sonderangeboten des Pahl-Rugenstein-Verlages auch das Reisebüro „hansa-tourist“, den „Spezialisten für Reisen nach Kuba, in die DDR, Sowjetunion, nach Ungarn, Polen, Bulgarien u.a.“. Buchen konnte man am Büchertisch im Foyer. Und als „Geheimtip der jungen Generation“ sah das Kongreß-Programm für Samstag abend die „Puhdys“ vor, nicht ohne daran zu erinnern, daß diese Band aus der DDR komme und den Marburgern bereits vom DKP-Fest 1978 bekannt sei.

Wissenschaftlich gab man sich diesmal dagegen etwas weltoffener. Auch Wissenschaftler jenseits der eigenen Position kamen in Diskussionen und Arbeitsgruppen zu Wort,

man packte ein Thema an, dessen politische Relevanz außer Frage steht, man gab sich diskussionsbereiter.

Die Wichtigkeit des geplanten Themas dürfte unbestritten sein. Zu deutlich sind die psychischen Folgewirkungen von Arbeitslosigkeit, Rationalisierungen und steigender Arbeitshetze in den Betrieben. Fälle wie der des Jungen in Nürnberg, der sich aus Verzweiflung, seit Jahren keine Lehrstelle zu bekommen, erhängte, werfen schlaglichtartig die Frage auf, welches wachsende psychische Elend der Alltag kapitalistischer Klassenrealität gerade im Zeichen der Dauerkrise mit Dauerarbeitslosigkeit produziert.

Wer nun erwartete, dies auf dem Kongreß diskutiert zu finden, wurde weitgehend enttäuscht. Im Mittelpunkt stand vielmehr die theoretische Diskussion über den Arbeitsbegriff, über das Theorie-Praxis-Verhältnis der Kritischen Psychologie und über gewerkschaftorientierte Wissenschaft, was die Themen der drei großen Podiumsdiskussionen waren. Hatte die Kritische Psychologie auf dem letztgewerkschaftorientierten Wissenschaft, was die Themen der drei großen Podiumsdiskussionen waren. Hatte die Kritische Psychologie auf dem letzten Kongreß als ihre wesentliche theoretische Entwicklung die Kategorie „Handlungsfähigkeit“ als Grundlage der Persönlichkeitsentwicklung eingeführt, so stellte sie diesmal die „Arbeitsfähigkeit“ als Grundlage der Handlungsfähigkeit vor. Die Arbeitslosigkeit sei deswegen eine Geißel, weil den Menschen damit Arbeit als Grundlage für Handlungsfähigkeit und Selbstverwirklichung fehle. Therapie müsse daher auf Arbeitsfähigkeit zielen. Gesund ist der, der seine Natur entfaltet, und die bestimmt ihn nach dieser Theorie zu arbeiten.

In einer Arbeitsgruppe wurde ein therapeutischer Fall berichtet: Eine Klientin kann mit niemandem als ihrer Mutter reden, warum stellt man als Frage nicht, mittels einer einjährigen Verhaltenstherapie wird sie dahin gebracht, mit arbeitslosen Jugendlichen zusammen zu sein und sich auf einem Arbeitsamt unterhalten zu können. Sie erhält eine Arbeit als Näherin – zu welchem Lohn, zu welchen Arbeitsbedingungen ist keiner Frage wert. Ist ihr die Grundlage für eine „Persönlichkeitsentwicklung“ geschaffen?

Die Kritische Psychologie geht nicht von der Realität der Lohnarbeit aus, sondern abstrakt von der Arbeit. Sie bezieht sich auf Marx und Engels, die herausgearbeitet haben, daß sich der Mensch wesentlich durch die Arbeit aus dem Tierreich entwickelte. Marx bestimmte die Arbeit im „Kapital“ als einen

„Prozeß zwischen Menschen und Natur, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert“. Für ihn ist „die Arbeit eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln.“

Konkret existiert die Arbeit immer als gesellschaftlich bestimmte Arbeit, wie als Sklavenarbeit, kapitalistische Lohnarbeit. Aus der historisch-ökonomischen Kategorie Arbeit macht die Kritische Psychologie nun eine individuelle Wesenseigenart: Aus der Arbeit als Existenzbedingung der Menschen wird die Arbeit als Grundlage individueller Selbstverwirklichung. Danach ist das individuelle Streben zu arbeiten die Verwirklichung des eigenen Wesens, während Marx die kapitalistische Lohnarbeit kritisch als das Gegenteil der Äußerung der menschlichen Wesenskkräfte, nämlich als deren Entäußerung bestimmte.

Die Grundlage für diese Theorie der menschlichen Wesenskkräfte, nämlich als deren Entäußerung bestimmte.

Die Grundlage für diese Theorie schuf K. Holzkamp in seinem Buch „Sinnliche Erkenntnis“, das die Kritische Psychologie als Schule begründete. Darin wird menschliche Praxis auf Werkzeuggebrauch reduziert. Die Arbeit wird unter Abstrahierung von ihrer heutigen Form als Lohnarbeit ausschließlich von ihrer gegenständlichen Seite her betrachtet. Die Entwicklung dieser gegenständlichen Seite ist daher Grundlage der Persönlichkeitsentwicklung. Es ist nur konsequent, daß die Kritische Psychologie behauptet, Automation führe zu Höherentwicklung der Persönlichkeit.

Vielleicht ist es ihr Arbeitsbegriff, daß die Kritische Psychologie glaubt, für die Gewerkschaften interessant sein zu können, und sich mit diesem Kongreß das Ziel setzte, die Kooperation mit dem DGB zustande zu bringen. Ausdrücklich formulierte es ein Holzkamp-Schüler in einer Arbeitsgruppe: Aufgabe der Kritischen Psychologie sei die subjektwissenschaftliche Untermauerung der Forderung nach „Recht auf Arbeit“. Holzkamp bezeichnete dieses „Recht“ als ein „Menschenrecht“, ganz in der jahrhundertalten Tradition des bürgerlichen Denkens, welches die Analyse historischer Tatsachen durch anthropologische Kategorien vernebelt. Ist es individuelle Wesenseigenschaft zu arbeiten, dann muß sich nicht nach gesellschaftlichen Alternativen zu Ausbeutung und Lohnsklaverei suchen, sondern kann von diesem Staat einklagen, er

möge das menschliche Wesen bitte verwirklichen, indem er alle Staatsbürger arbeiten läßt. Hier scheint die Kritische Psychologie konform zu gehen mit der gewerkschaftlichen DKP-Strategie vom „Recht auf Arbeit“.

Wesentliches Ziel des Kongresses war es, für die Kritische Psychologie in den Gewerkschaften eine Basis zu schaffen. So war geplant den Kongreß mit einem Memorandum zu beschließen, in dem aus den Kongreßbeiträgen heraus – wie es in der Einladung hieß – „die wissenschaftlich begründeten Konsequenzen für die praktische Arbeit von Gewerkschaften und politischen Instanzen aufgewiesen werden.“ Auf einer „Abschlußkundgebung“ nach dem Motto „30 Jahre BRD – Bilanz und Perspektive“ sollten neben Holzkamp und Abendroth auch Detlev Henschke vom Vorstand der IG Druck und der hessische DGB-Vorsitzende Jochen Richert sprechen. Doch letztere sagten ab, ohne daß man die Begründung erfuhr, die Kundgebung fiel aus und ein Memorandum kam auch nicht zustande. Leicht scheint es nicht, in den Gewerkschaften als die „Wissenschaft im Arbeitnehmerinteresse“ Fuß zu fassen.

Dies mag vor allem die DKP geärgert haben; denn diese Partei versucht immer mehr, die Kritische Psychologie für sich zu vereinnahmen, wobei ihr deren Theorien entgegenkommen. Das Interesse der DKP scheint dahin zu gehen, die Kritische Psychologie für Fragen der Gewerkschafts- und Parteipolitik nutzbar zu machen. Nach dem letzten Kongreß hatte K. Wetzel in der „UZ“ geschrieben, daß im Mittelpunkt kritisch-psychologischer Theorie und Praxis die Bestimmung von „unterdurchschnittlichen Persönlichkeiten“, „durchschnittlichen“ und „überdurchschnittlichen Persönlichkeiten“ stehe, wobei sich letztere natürlich für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft im realen Sinne der DKP und SED einzusetzen haben. Diesmal formulierte eben dieser K. Wetzel in einem Artikel in der „Deutschen Volkszeitung“, der jedem Teilnehmer in der Kongreßmappe überreicht wurde, als Hauptfrage des Kongresses zu ergründen, „wie unter den heutigen Bedingungen aktives politisches, demokratisches und sozialistisches Handeln des Einzelnen zustande kommen kann.“

Die Antwort findet sich in der „Politischen Psychologie“ des Kongreßleiters K.-H. Braun. Er meint, daß die „kämpferische Persönlichkeit“ als „höchste Individualitätsform“ sich durch die Mitgliedschaft in der „proletarischen Partei“ auszeichne – wer damit gemeint ist, kann unschwer erkannt werden – und daß in dieser Partei jeder Widerspruch zwischen Individuum und Partei aufgehoben sei. War die Arbeitsfähigkeit die Grundlage der

sprach zwischen Individuum und Partei aufgehoben sei. War die Arbeitsfähigkeit die Grundlage der Handlungsfähigkeit, so sind hier die handlungsfähigsten Individuen charakterisiert: Der eigene Parteigänger als psychologisch höherwertig.

Die DKP hätte wohl die ganze Kritische Psychologie gerne dabei, „in den Schützengräben des Kampfes“ zu liegen. Daß er dies nicht tue, wurde z.B. dem weitschweifend philosophierenden W.F. Haug in einer Podiumsdiskussion vorgehalten. Ob sich die Kritische Psychologie für die Zwecke der DKP der intellektuellen Redlichkeit weiter entkleiden

läßt, bleibt abzuwarten. Theoretische Grundlagen hat auch Holzkamp geschaffen. Deutlich wurde dies in der Diskussion der Arbeitsgruppe „Subjektivität“. K. Ottomeyer machte die Gefahren des Holzkampschen Subjektivitätsbegriffes deutlich, da Holzkamp Subjektivität nur mit Überschreitung der Individualität sehe. Aber nur der Einzelne könne leiden und glücklich sein, und daher müßten Organisationen immer wieder auf die Interessen und Bedürfnisse der Individuen bezogen werden.

Die Kritische Psychologie kokettiert hier mit dem Begriff Selbstverwirklichung, wie man ihn heute in der Sowjetunion oder DDR findet: Selbstverwirklichung als Vollstreckung der Gesetze, deren Existenz von oben dekretiert wird.

Ottomeyer erhielt in dieser Arbeitsgruppe, an der auch der kritische, nicht freudianisch-dogmatische Psychoanalytiker Lorenzer teilnahm, Beifall. Denn die Auffassungen der Zuhörer waren in großen Teilen nicht konform mit denen der Kritischen Psychologie. So war auch das Interesse an der Arbeitsgruppe groß, in denen die Kritische Psychologie gerade auffallend wenig vorzuweisen hatte, besonders, wenn es um praktische Fragestellungen ging: Neben der Arbeitsgruppe „Konstituierung der Subjektivität in der Ontogenese (Ontogenese = Entwicklung des Individuums von der Eizelle an; Anm. AK) an der zu „Problematik der Arbeitsfähigkeit als Therapieziel und das Grundkonzept der demokratischen Psychiatrie“ mit Teilnehmern aus Italien und der zu „Arbeitslosigkeit als Gegenstand psychologischer bzw. sozialpädagogischer Betreuung“.

Die Kritische Psychologie mag es mit diesem Kongreß geschafft haben, im Wissenschafts- und Forschungssektor stärker in die Diskussion zu kommen. Dies zeigt der Teilnehmerkreis der Referenten. Ihre Praxisrelevanz konnte sie nicht beweisen. Auch erreichte sie nicht, so wie geplant die Anerkennung durch den DGB, auch wenn der Kongreß darauf angelegt war.

Daß sie in linken Kreisen immer noch als wissenschaftliche Alternative attraktiv erscheint, zeigt die Notwendigkeit, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Westberliner Studenten und Mitarbeiter des Psychologischen Instituts legten daher auch zum Kongreß ein neues Buch vor: „Zur Kritik der Kritischen Psychologie. Psychologie, Erkenntnistheorie und Marxismus“. Die Auseinandersetzung mit der Kritischen Psychologie wird in der Psychologiediskussion der Linken weiterhin einen Platz einnehmen müssen. Ihr Konzept, die Arbeitsfähigkeit zur Grundlage der Menschwerdung zu erklären, wird ihr dabei sicher nicht nur Freunde schaffen.

Literaturhinweise:
Bruder, K.J., Erster Eindruck vom Kongreß Kritische Psychologie in Marburg, Biedenkopf und Gießen

Literaturhinweise:
Bruder, K.J., Erster Eindruck vom Kongreß Kritische Psychologie in Marburg, Psychologie und Gesellschaft, 1977, H.2, S.125-133
Busch, Th. u.a., Zur Kritik der Kritischen Psychologie. Psychologie, Erkenntnistheorie und Marxismus. Berlin/West 1979
Holzkamp, K., Sinnliche Erkenntnis. Frankfurt/M. 1973
Ottomeyer, K., Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Reinbek 1977.

A.A.-U.G., S.P. (Initiative Psychologiekritik, Berlin/West)

Alsterdorf, Bonnys Ranch ... und wer macht ein Ende?

Die Westberliner „Gesellschaft für soziale Psychiatrie“ deckte in einem offenen Brief an Gesundheitsminister Pöhl, „unerträgliche Zustände“ in der Karl-Bonhoeffer-Klinik, genannt „Bonnys Ranch“, auf: „Im einzelnen rügt die Gesellschaft, daß viele Patienten eine gefängnisähnliche Anstaltskleidung tragen müßten. Nach wie vor würden den Patienten bei der Aufnahme alle persönlichen Sachen weggenommen. Auf den Aufnahmestationen würden allen Männern und Frauen die Messer zum Essen verweigert, und dies, obwohl das Essen mitunter unzerlegt gereicht werde“ („FR“, 20.6.79). Noch immer gibt es in der Klinik Stationen mit bis zu 90 Betten und Aufnahmesäle mit mehr als

20 Betten. Die Patienten müssen weiterhin mit der „diskriminierenden Einrichtung sogenannter Parkscheine“ leben, die sie bei jedem Gang in das Klinikgelände vorzuzeigen haben!

Bedingt durch den vorhandenen Ärztemangel „sei eine einigermaßen sinnvolle Behandlung der Kranken, die über eine rein medikamentöse Therapie hinausgehe, nahezu ausgeschlossen. Ein erster Schritt müsse jetzt die Beseitigung der krassen Mißstände sein. Als anzustrebendes Ziel nennt die Gesellschaft eine gemeindenahe psychiatrische Versorgung innerhalb der einzelnen Stadtbe-

Fortsetzung auf Seite 35

Fortsetzung von Seite 34

Bonnys Ranch ...

zirke im Gegensatz zur „Ghettoisierung psychisch Kranker“ („FR“, 20.6.79).

Ein Sprecher des Westberliner Gesundheitsministers konnte die Vorwürfe nur bestätigen. Unserer Meinung nach sind die Ziele der „Gesellschaft für soziale Psychiatrie“ längst nicht ausreichend. Anzustreben ist die vollkommene ambulante Versorgung psychisch Behinderter durch Soziologen, Psychologen und Ärzte und in Selbsthilfe.

Schon vor einigen Monaten kam ein anderes psychiatrisches Krankenhaus, die Nervenambulanz Spandau, ins Gerede, als die Ehefrau eines Schwerkranken (mit Hirnverletzung) an den Gesundheitsminister schrieb: „Schon zu wiederholten Malen habe ich bei Besuchen meinen Mann in verletztem Zustand angetroffen, ohne daß ich erfahren konnte, auf welche Ursachen diese Verletzungen (blaugeschlagene Augen und Wunden im Gesicht und am Körper) zurückzuführen sind... Kurz vor Weihnachten mußte er mit Rippenbrüchen und einer Lungenentzündung in das Städtische Krankenhaus Spandau eingeliefert werden, und auch hier war nicht festzustellen, wie es zu den Brüchen kommen konnte... Aber auch sonst sind die Verhältnisse in der Klinik unhaltbar. Wenn unsere Kinder und ich meinen Mann nicht laufend mit Lebensmitteln versorgen würden, wäre er vermutlich schon verhungert, denn da er infolge seiner Verwirrtheit nicht ohne Hilfe essen kann, die Hilfe durch das Personal aber unzureichend ist, bleibt er eben unversorgt“ („Ein-griffe“ Nr. 16).

Ein besonders dunkles Kapitel ist die Unterbringung sogenannter „unzurechnungsfähiger Straftäter“, die in eine Psychiatrische Anstalt eingewiesen werden. In West-Berlin übernimmt diese Aufgabe ebenfalls die Karl-Bonhoeffer-Klinik. Haus 5 ist das „Feste Haus“, fast 100 Jahre alt. „Rund 90 Männer fristen hier in 3-bis 12-Bett-Zimmern ein Dämmerdasein dank einer täglichen Dosis von Tabletten, die auch mal verdreifacht wird, wie ein Pfleger dem Tagespiegel mitteilte. Zwei Ärzte stehen den 90 Unterbrachten bei. Rechnet man Büroarbeit, Gutachtertätigkeit und Beschäftigung außer Haus ab, bleibt wenig Zeit für das lebensnotwendige Gespräch... Von den Pflegern ist nur ein Drittel voll ausgebildet, ein weiteres Drittel mangelhaft geschult; das letzte Drittel weist überhaupt keine Vorbildung auf.“

Das „Feste Haus“ ist ständig überbelegt, im Schnitt um rund 50 %... Feldbett an Feldbett in überquellenden Schlafräumen, glitzernde Scheinwelt auf Bravo-Postern an den Wänden, TV-Geräte und Stereo-Kassetten, irgendwo sogar ein Billard-Tisch. Doch abgeschlossen wird um acht; für die Notdurft bleibt im Massensaal dann nur noch der Nachtopf. Zurückziehen kann sich hier keiner, an Intimsphäre ist nicht zu denken... Drei Beruhigungszellen auf jedem Gang für die Aufsässigen. Wenn jemand es nicht mehr aushält und die Pillen nicht mehr wirken, entläßt sich die aufgelaute, unterdrückte Aggressivität. „Einige Tage in der Gummizelle“ weiß ein Pfleger, „und das legt sich.“ Mit Gummis hat dieser Raum gar nichts zu tun: Nackte Betonwände, eine nackte, umdrahtete Birne an der Decke, ein Feldbett mit Ledergeräten. Da wird der letzte Reiz, die allerletzte Empfindung ausgelöscht. Eine fast unheimliche Ruhe herrscht auf den Fluren. Da wird nicht gelacht oder geweint, gerufen oder gesungen“ (Tagespiegel, 24.5.79).

Die ganze Behandlung zielt auf Anpassung als Selbstzweck: „Da der Kranke, der nun schon jahrelang mit Psychopharmaka behandelt wird, immer noch in häufige Konflikte mit seiner Umwelt gerät, haben wir uns mit der Therapie lediglich das Ziel setzen können, ihn an die sozialen Normen eines psychiatrischen Krankenhauses anzupassen!“ (Originaltext eines Gutachtens nach Tagespiegel).

Für die so Verwahrten besteht kaum eine Hoffnung auf Freiheit, denn die Unterbringung im „Festen Haus“ ist „unbefristet“. Im Durchschnitt dauert sie 10 Jahre.

Diese Zustände werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf das „Netz der sozialen Sicherheit“ in der BRD und Westberlin, denn jede Gesellschaft muß sich gefallen lassen, auch daran gemessen zu werden, wie sie mit ihren „schwächsten Gliedern“ umgeht.

Gesundheits-Kommission

Alsterdorf: Nach den Enthüllungen und Skandalen geht jetzt alles seinen „normalen“ Gang

Hamburg. Nach kritischen Zeitungsartikeln der bürgerlichen Presse über die Zustände in den Alsterdorfer Anstalten (1.350 geistig und körperlich Behinderte) ist in dieser evangelischen Einrichtung eine breite Diskussion unter der Belegschaft über grundsätzliche Fragen der Behindertenarbeit angelaufen. Wir wollen hier nicht die einzelnen Kritikpunkte an Alsterdorf wiederholen (siehe dazu AK 153 und 154), sondern darüber berichten, was in der letzten Zeit in der Anstalt und der Öffentlichkeit los war.

Anfang Juni erschien die monatlich herausgegebene Betriebszeitung „Wir helfen“, in der Anstaltsdirektor Pastor Schmidt einen erneuten Versuch unternimmt, mit deftigen Sprüchen sein stark angeknacktes Image wieder aufzupolieren: „Wenn Ideologien die Feder der Journalisten diktieren, muß ja die Objektivität auf der Strecke bleiben!“ heißt es da zu der Berichterstattung in der „Zeit“ vom 20.4.79, die in der Anstalt erst diese Flut an Diskussionen ausgelöst hatte. Einen sachlichen Fehler in diesem Artikel nimmt Schmidt zum Anlaß, um den Journalisten „reihenweise grausame Grotesken“ bei der Berichterstattung vorzuwerfen. Den Beweis hierfür ist er in den letzten zwei Monaten schuldig geblieben. Er schreibt weiter: „Lassen Sie uns gelegentlich, wenn wir uns von unserem Schrecken erholt haben, kräftig über die gründlich (!) „danebengegangenen“ Recherchen der Journalisten lachen!“

Das Lachen dürfte diesem frommen Mann jedoch einigermaßen im Halse stecken geblieben sein, denn in Alsterdorf wurde weiter diskutiert und auch in der Öffentlichkeit blieb das Thema in der Debatte. So strahlte das 3. Fernsehprogramm am 11.6. eine Diskussion über Alsterdorf aus (Inhalt vor allem: das pädagogische Konzept der Anstaltsleitung). Teilnehmer waren Pastor Schmidt, eine Oberschwester, der Fachjournalist Ernst Klee (Autor mehrerer kriti-

scher Bücher zur Lage der Behinderten) und, zum großen Ärger der Anstaltsleitung, ein Vertreter des „Kollegenkreises Alsterdorf“, der kurz vorher noch auf einer Betriebsversammlung als „Spaltpilz“ bepöbelt wurde.

Dann, am 20.6., fand in den Räumen der F.D.P.-nahestehenden „Friedrich-Naumann-Stiftung“ (Veranstalter) eine Podiumsdiskussion mit dem Thema „Alsterdorf in der öffentlichen Kritik – Wie geht es weiter“ statt. Obwohl vier Anstaltsvertreter geladen waren (neben dem „Kollegenkreis“, der FDP, einem Senatsvertreter und einem Psychiater, „Fachmann“ aus der Uniklinik Eppendorf) gelang es diesen nicht, sich vor den 300 Zuschauern zu profilieren. Als z.B. bei dem Punkt „Umgang mit Kritikern“ ein betroffener Kollege selbst die Praktiken der Anstaltsleitung angriff, weil er wegen „Mitgliedschaft im Kollegenkreis“ nicht weiter beschäftigt wurde, schwieg man peinlichst. Die Broschüren des „Kollegenkreises“ wurden von Schmidts „Lügengespinste“ tituliert. Dieser Typ ist wirklich so schwarz, daß er in einem Kohlenkeller noch Schatten werfen würde...

Auf starke Kritik bei den meisten Anwesenden stieß auch die Ablehnung „gesellschaftlicher Integration Schwerbehinderter“ seitens der Anstaltsleitung, mit der Begründung, diese bräuchten „einen Freiheitsraum (zynisch, angesichts der Massenverwahrung in Alsterdorf!), den nur eine geschlossene Siedlung garantieren kann“.

Ein Zuhörer, selbst Vater eines behinderter Kindes, stellte dagegen dar, daß eine gesellschaftliche Integration sehr wohl möglich ist, wenn Teile der Bevölkerung mit diesem „Problem“ direkt konfrontiert werden. Unterstützt wurde diese Ansicht auch von einem Psychiater aus der Eppendorfer Uniklinik.

Die „Friedrich-Naumann-Stiftung“ hat an diesem Abend angekündigt,

Wir helfen...nach



Dokumentation

einer Auseinandersetzung

KOLLEGENKREIS ALSTERDORF

Herausgegeben von Kollegenkreis Alsterdorf unter Mitarbeit der Redaktion „Gegen den Strom“

in einem halben Jahr eine erneute Veranstaltung zu den Alsterdorfer Anstalten stattfinden zu lassen. Bis dahin wird man überprüfen können,

ob die Anstaltsleitung bereit ist, die Verhältnisse für die Behinderten in der Anstalt zu verbessern. Ein Genosse aus Hamburg

Medizinische Experimente an Frauen und Armen?

Auf einer Pressekonferenz in München hat der Vorsitzende des Vereins „Patientenhilfe“, Dietmar Stutzer, Ergebnisse über ärztliche Diagnosen und Behandlungen von Patientinnen und Patienten in der Zeit von März 1977 bis Ende März 1979 bekanntgegeben. Die „Patientenhilfe“, die seit zwei Jahren besteht, ist durch Zuschriften von Geschädigten über ihre Erfahrungen mit Ärzten informiert worden. Hieraus ergibt sich folgendes Bild:

- „In 14,2 Prozent der Fälle sei vorläufig falsch begutachtet beziehungsweise diagnostiziert worden, und zwar regelmäßig deshalb, weil bereits vorliegende Fehler verdeckt werden sollten“ (Stutzer in „FR“, 21.6.79).
- Bei rund 23 Prozent der Fälle, die dem Verein gemeldet wurden, bestand ein „eindeutig schuldhafter

Behandlungsfehler“ („FR“, ebenda), der bei Anwendung der üblichen Sorgfaltsregeln hätte vermieden werden können.

– „Die Falschbehandlung durch eine wenig sorgfältig gestellte Diagnose stehe mit 42,8 Prozent im Vordergrund. Dann folgten unterlassene oder unvollständige Aufklärung sowie schuldhaft Verschleppung einer richtigen Diagnose“ (ebenda).

Bei Aufschlüsselung der Personengruppen hat die „Patientenhilfe“ den Eindruck gewonnen, „daß die Bereitschaft zum Eingehen von medizinischen Risiken jeder Art gegenüber Patienten aus der Grundschicht und Frauen größer ist als gegenüber solchen, die von ihren Ärzten zu ihrer eigenen sozialen Schicht gerechnet werden“ (Stutzer, zit. in „FR“, 21.6.). 63 Prozent der Patienten, die sich geschädigt fühlten, waren Frauen.

Sehr treffend wurde von Dietmar Stutzer auf der Pressekonferenz die gängige Praxis bei der psychiatrischen „Versorgung“ von Patienten als „Spezialform des Terrorismus“ bezeichnet, „bei dem unbehagliche Patienten in die Ecke der Psychiatrie abgeschoben werden“ („FR“, ebenda).

Um die rechtliche Situation der geschädigten Patienten zu verbessern, will die „Patientenhilfe“ eine Geschädigtenstelle einrichten, sich bundesweit ausdehnen und eine Kartei mit spezialisierten Anwälten einrichten.

Gesundheitskommission

Friedberg: Untersuchungsausschuß muß Mißstände zugeben

Ein vom Kreistag eingesetzter Untersuchungsausschuß stellte gravierende Mängel in der Hessenklinik Friedberg fest: Der nach-operative Bereich zwischen Chirurgie und Anästhesie ist fachlich und rechtlich nicht ausreichend abgegrenzt („FR“, 13.6.79), das bedeutet für die Patienten, sie werden in der gefährdeten Aufwachphase nach der Narkose nicht ausreichend betreut!

Ein Kreisausschuß soll sich jetzt um die Nachsorge in der Hessenklinik kümmern.

Da die Klinik nach dem Belegarztsystem arbeitet, haben die Operateure neben ihrem Klinik-Job noch eine eigene Arztpraxis (oder auch umgekehrt). Sie verlassen nach Beendigung des OP-Programms bald das Krankenhaus, um sich um ihre Praxis zu kümmern. Für die operierten Patienten in der Klinik bedeutet das zwangsläufig eine lückenhafte Versorgung, besonders abends, nachts und an den Wochenenden.

Konkreter Anlaß der jetzigen Untersuchungen ist der Tod des 5-jährigen Björn Billach nach einer routinemäßigen Mandeloperation Anfang dieses Jahres. Aus einer zweiten Narkose ist er nicht wieder erwacht, weil er am eigenen Blut erstickte. Diese Narkose war von Chef-Anästhesist Haag eingeleitet worden.

Andere Vorwürfe gegen Haag gipfelten darin, er habe sogar während einer Operation geschlafen. Diesen Vorwurf hielt der Hals-Nasen-Ohren Arzt Baader erst kürzlich vor dem Landesgericht Gießen aufrecht.

Fast gleichzeitig starb die 26-jährige

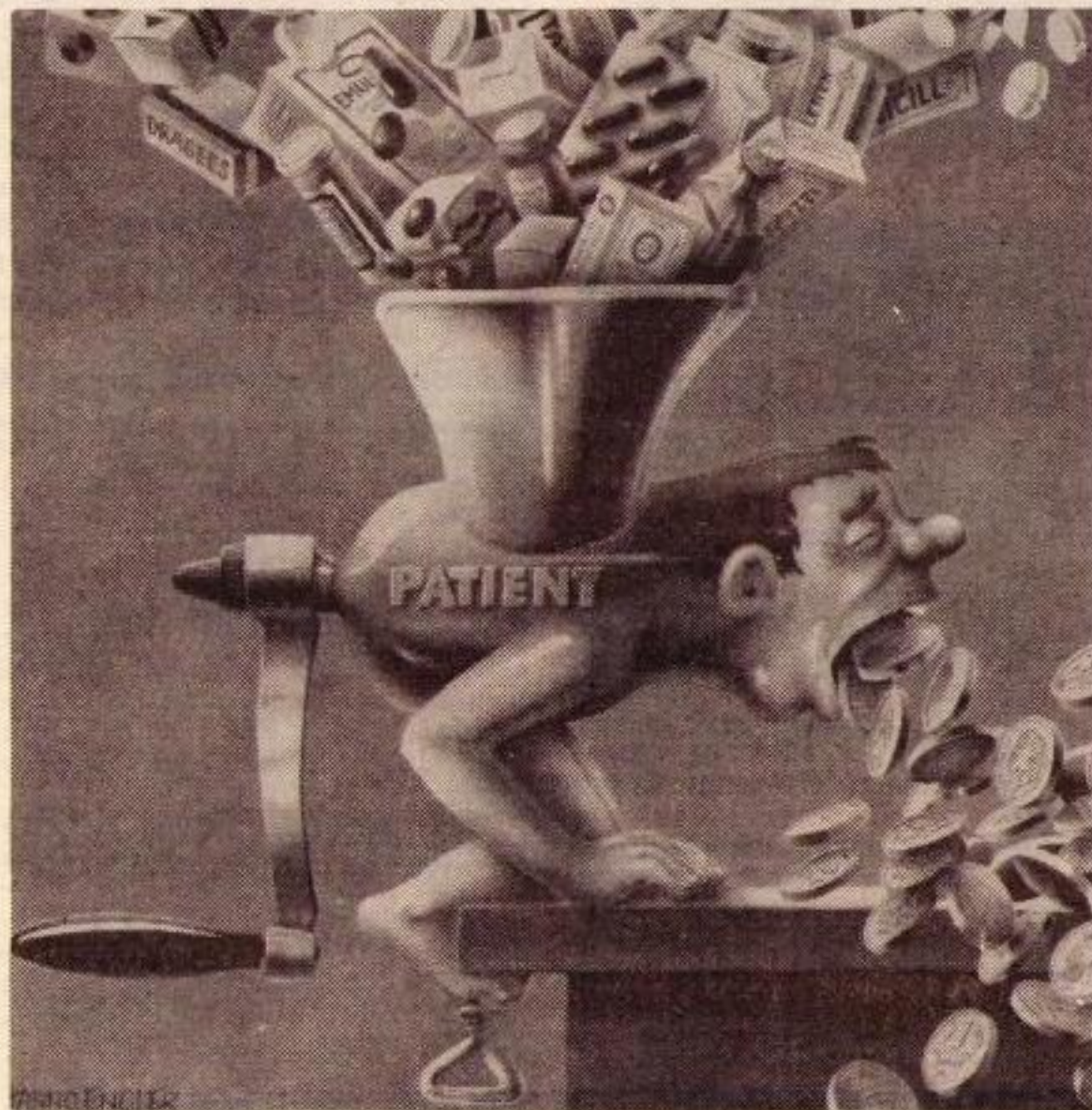
Barbara Seidel nach einem Eingriff. Die junge Frau hatte nahezu 5 Tage lang mit einem abgestorbenen Fötus in der Klinik gelegen.

Zur Zeit wird die Klinik mit einem Aufwand von 20 Millionen DM von 154 auf 268 Betten erweitert. In diesem Zusammenhang sollen auch „personelle und organisatorische Konsequenzen“ gezogen werden.

Da darf man/frau aber skeptisch sein. Denn wie im Fall Alsterdorfer Anstalten in Hamburg wird auch hier auf die Aufdeckung von Mißständen mit einer hektischen Erweiterung (!) der Klinik reagiert. Damit wird aber die vorhandene katastrophale Lage auf noch mehr Betten/Patienten übertragen. Voraussetzung für eine wirkliche Verbesserung wären die völlige Zurücknahme der vorhandenen Betten- und Personal-Schlüssel, der Krankenhausfinanzierungsgesetze und schließlich der berüchtigten Wirtschaftlichkeitsgesetze bei der medizinischen Versorgung, die gerade in den Belegkliniken eine große, schlimme Rolle spielen. Und was uns auch skeptisch macht:

Zu zwingenden Sofortmaßnahmen konnte sich der Untersuchungsausschuß mit seiner CDU-Mehrheit nicht durchringen. Narkosearzt Haag bleibt z.B. weiter in der Klinik beschäftigt, obwohl die Staatsanwaltschaft sogar Anklage gegen ihn erhoben hat. Im Untersuchungsbericht kommt er sogar ohne jeden Schuldvorwurf davon, wahrscheinlich weil er das richtige (CDU-)Parteibuch in der Tasche hat.

Gesundheits-Kommission



Westberlin: Prozeß wegen NSDAP-Neugründung

Erstmals in der Geschichte der BRD und Westberlins wird es ab 10. Juli gegen 13 Neonazis zum Prozeß wegen Neugründung der „NSDAP“ kommen, einigen wird außerdem unerlaubter Waffenbesitz vorgeworfen. Nachdem die Staatsanwaltschaft lange wegen angeblich fehlender gesetzlicher Grundlagen das Verfahren hinausgezögert hatte, verschwanden im Laufe der Ermittlungen wichtige Beweisunterlagen auf mysteriöse Weise.

Am 6.11.76 wurden zwölf Männer und eine Frau dabei überrascht, als sie in der Wohnung des 44-jährigen Erich Seyfried eine Ortsgruppe der NSDAP „gründeten“, wie es hieß. Später gab der Senat zu, daß die Gruppe zu dem Zeitpunkt schon ein Jahr existierte („die tat“, 7.10.77). Neben faschistischem Schriftmaterial fanden sich in der Wohnung eine Hitlerbüste, mehrere Hieb- und Stichwaffen, Gewehre und aufgebohrte Gaspistolen. Alle Teilnehmer wurden vorübergehend festgenommen, aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Zahlreiche Hakenkreuzschmierereien in der Westberliner City gehen seither auf das Konto dieser Bande. Bei Hausdurchsuchungen werden regelmäßig Waffen bis hin zu Maschinengewehren gefunden.

Uns bekannt sind bislang folgende Aktivitäten der „NSDAP“:

* Am 5.2.77 wurde Arnulf-Winfried Priem festgenommen. Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei vier Uniformen der Waffen-SS, zwei Stahlhelme und ein Maschinengewehr sowie Orden und Propagandamaterial. Priem hatte zuvor mit zwei anderen auf dem Ku'damm Fahnen der DDR und der Sowjetunion vom Mast geholt. Höchstwahrscheinlich waren sie es auch, die in der Nacht zuvor Hakenkreuzplakate in der Innenstadt geklebt und Fassaden beschmiert hatten. Ein Jahr später, am 27.2.78, wurde Priem erneut verhaftet. Neben weiteren Hakenkreuzschmierereien gab er zu, am 9.10.77 eine große Hakenkreuzfahne auf der Siegessäule gehißt und im Wedding Flugblätter verteilt zu haben: „NSDAP jetzt – gemist und im wedding Flugblätter verteilt zu haben: „NSDAP jetzt – wir sind wieder da – Rotfront verreckt!“ Priem ist jetzt Kopf der „Kampfgruppe Priem“ (aus Freiburg nach Westberlin umgesiedelt), von der ein Teil Anfang '78 an einem Kameradschaftsabend der „Ortsgruppe Berlin der NSDAP“ in Neukölln teilnahm.

* Im Herbst '77 wurden Exemplare der Zeitung „Wille und Weg“ der NSDAP/AO beschlagnahmt, die einen Nachruf enthalten mit der Überschrift: „Buback ist tot – na und?“ Dort heißt es u.a.: „Die faschistische Revolution wird mehr sein als ein bloßer Putsch... so mancher Kopf wird rollen, das kann man im übertragenen Sinne verstehen, man kann es aber auch wörtlich nehmen, wenn man will.“ Die Polizei hat als Verfasser dieses Buback-Artikels Karl-Heinz Schröter aus Wedding und Wolfgang Rahl aus Rudow im Verdacht. Rahl ist „Ortsgruppenleiter“ der NSDAP. Gegen diesen Buback-Nachruf, dessen Verfasser ja sehr wahrscheinlich bekannt sind, ist übrigens nie ermittelt worden.

* Am 17.12.77 feierte der „Bund heimattreuer Jugend“ in seinem Standorte in der Schlitzer Straße „Wintersonnenwende“. Neben Standortführerin Ingrid Röthke (übrigens auch Landesvorsitzende der NPD Westberlin!), die mit „Heil Euch“ schriftlich eingeladen hatte, waren anwesend als „Kameraden“ der NSDAP Günter Bernburg, Karl-Heinz Schröter und wieder Wolfgang Rahl. Beim Absingen vom „Horst Wessel-

Lied“ und „Legion Condor“ tauchte auch eine Hakenkreuzfahne auf. Strafrechtliche Konsequenzen sind bis heute nicht bekannt. Anwesend waren auch Mitglieder der Wiking-Jugend, die erst vor wenigen Wochen durch Überfälle auf Antifaschisten und im Zusammenhang mit dem „Cafe Vaterland“ in Westberlin Aufsehen erregten.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt und ermittelt...

„Die Tatsache, daß die NSDAP in der BRD keine verbotene Partei ist, bereitet der Staatsanwaltschaft erhebliche Schwierigkeiten...“. Mit dieser ungläublichen Lüge wird die monatelange Verschleppung des NSDAP-Prozesses gerechtfertigt. Tatsache: Auf Grundlage des „Potsdamer Abkommens“ ist die NSDAP nach 1945 „völlig und endgültig aufgelöst und als illegal erklärt“ worden und sind (west)deutsche Behörden gehalten, gegen jede „Neubildung unter irgendeiner Form“ vorzugehen. Diese Bestimmungen wurden durch die Verabschiedung des Grundgesetzes ausdrücklich festgeschrieben! (Art. 139) – wenn auch nicht dementsprechend praktiziert.

Jetzt geht die Staatsanwaltschaft in Westberlin so weit, in der Öffentlichkeit die Version anzubieten, „wegen Unübersichtlichkeit des alliierten Rechts“ sei sie sich lange nicht schlüssig gewesen, ob die Wiederbelebung der Nazi-Partei überhaupt (!) strafbar sei. Und das, wo die NSDAP aus der Identifizierung mit der historischen NSDAP keinen Hehl macht, deren Hakenkreuzfahne und Parteisiegel im Briefkopf benutzt etc. pp. So konnte die NSDAP-Ortsgruppe über 2 1/2 Jahre mehr oder weniger ungestört unter

diesem Namen agieren. Nach langem Suchen – so die Staatsanwaltschaft – habe sie endlich die richtigen Vorschriften gefunden, die eine Wiederbelebung („allerdings nur in Berlin“) unter Strafe stellten... Eine Justizdemaskierung ersten Ranges scheint sich hier anzubahnen!

Ergänzt wird dieses Bild durch das merkwürdige Eigenleben, das Beweisunterlagen unter Regie von Oberstaatsanwalt Weber (übrigens ein berühmter Kommunistenfresser) entwickeln. Da gibt es zum Beispiel den „Beschuß des Gaugerichts für Parteiangelegenheiten vom 5.5.77“. Dieses Dokument, welches den Ausschluß des „Pg“ Günter Bernburg wegen nichtgezahlter Beiträge etc. besiegelt und u.a. von „Ortsgruppenleiter“ Rahl unterzeichnet ist, ist verschwunden. Beim Justizsenator formulierte man das so: „Weber hat uns erklärt, er hätte den zweiten Stapel des beschlagnahmten Materials nach Empfehlung der Polizei ungelesen zurückgegeben (an Rahl)“. Der Beschluß, der jetzt also nicht mehr zum „beweiserheblichen Material“ zählt, existiert aber tatsächlich und ist insofern interessant, als auf dem Papier das Siegel der historischen NSDAP verwendet wird. Das ist für die Frage, ob es sich um eine Nachfolgeorganisation handelt, natürlich wichtig.

Wer jetzt aber glaubt, hier würden Maßstäbe wie bei Prozessen gegen Antifaschisten und Linke angelegt, irrt sich. Alle Angeklagten sind auf freiem Fuß, eine Anklage nach § 129a StGB („terroristische Vereinigung“) ist nicht vorgesehen. Die Öffentlichkeitsarbeit der Antifaschisten sollte der politischen Brisanz dieses Falles entsprechend breit sein!

Antifa-Kommission des KB in Westberlin



Anne Frank – dieser Name ist verbunden mit dem weltberühmten Tagebuch, das die terroristische nationalsozialistische Herrschaft so bedrückend darstellt, wie nur wenige andere Dokumente dieser Zeit.

Am 12.6. dieses Jahres wäre sie 50 Jahre alt geworden, wenn sie nicht im Konzentrationslager (KZ) Bergen-Belsen im März 1945 im Alter von fünfzehn Jahren umgebracht worden wäre. Von ihrer Familie überlebte nur der jetzt 90-jährige Vater die grausamen Massaker in Bergen-Belsen. Makaber: Er muß jetzt in einem Prozeß, in dem die Echtheit des Tagebuches der Anne Frank angezweifelt wird, als Zeuge aussagen!

Am 16.6.79 veranstaltete die „Antifaschistische Initiative Hamburg“ zusammen mit anderen Antifaschisten des norddeutschen Raumes eine Sternfahrt zu den Gedenkstätten auf dem Boden des ehemaligen KZs Bergen-Belsen. Die Kundgebung lief unter der Hauptparole „Nie wieder Kindermord – keine Verjährung von Nazi-Verbrechen“, und es wurde eine Resolution von den Teilnehmern mit dieser Kernforderung verabschiedet. Im Anschluß daran bildeten sich kleine Gruppen um ehemalige KZ-Häftlinge,

die von ihren Leiden, ihrem Widerstand und ihrer jetzigen Arbeit berichteten. Es wurde dann noch der sowjetische Ehrenfriedhof besucht, wo 50.000 sowjetische Kriegsgefangene begraben liegen, die von der deutschen Wehrmacht (nicht von der SS) ermordet wurden.

Es kamen nach Angaben der Veranstalter 1.200 Antifaschisten, nach meiner eigenen Zählung erheblich weniger. Trotzdem kann man von einer gelungenen Veranstaltung sprechen. Überschattet wird so etwas jedoch durch den totalen Alleinvertragsanspruch in Sachen Antifaschismus, den die veranstaltenden Gruppen und vor allem die sehr stark vertretene DKP durchblicken lassen. Als ich den ARBEITERKAMPF zückte, wurde gepöbelt: „Du gehst besser auf eine CDU-Veranstaltung“ und „Ich verbiete dir das“ u.a.m. Nach kurzer Zeit bekam ich aber auch die Unterstützung mehrerer Veranstaltungsteilnehmer, die sich dafür einsetzten, daß auch der AK verkauft werden konnte. Darunter waren auch DKP'ler. Und meine AKs bin ich reißend losgeworden.

Ein Pinneberger Genosse

Aufgepaßt: Nazi-Terroristen wieder auf freiem Fuß!

Seit der Verhaftung der Kühnen-Bande im Frühjahr '78 und insbesondere seit „Holocaust“ hat die Bundesanwaltschaft eine wahre Flut von 129a-Verfahren (terroristische Vereinigung) gegen Nazis angestrengt (genaue Übersicht im AK 152). Wie unernsthaft diese Bemühungen aber sind, zeigt sich in weiteren klammheimlichen Freilassungen von lautstark verhafteten Nazis:

Anfang März wurden Christian Worch (Hansa-Banden-Funktionär und Vorsitzender der „Deutsch-Völkischen-Gemeinschaft“), Gunnar Pahl (Reichsleiter der NSDAP/AO) und Frank Stubbemann (Kieler Hansa-Banden-Chef) verhaftet. Sie sollen geplant haben, die „Verräter“ Peter Teuffert und Lutz Wegner umzubringen. Außerdem wollte die Gruppe Anschläge auf NDR-Gebäude und die Lübecker Synagode verüben. Inzwischen sind alle drei wieder auf freiem Fuß. Worch hat inzwischen sogar vor den Kameras des ZDF eine Wehrsportübung abgehalten! Und zu Stubbemann (vorbestraft wegen des Diebstahls von 670 g hochgiftigem Natrium-Cyanids) ist noch erwähnenswert, daß er bereits in 129a-Verfahren laufen hat: Zusammen mit Robert Marchi und Peter Teuffert sollten Überfälle für Geld und Waffen erfolgen, außerdem sollte das Kieler KBW-Büro von der Bande in die Luft gesprengt werden. Bis auf Einen sind auch die am 28.3.79 verhafteten Mitglieder einer „Werwolfgruppe Großdeutschland“ wieder auf freiem Fuß. Diese Bande aus bekannten NSDAP-Aktivisten (Ernst-August Möller, Jürgen Töppke, Martin Geißler, Heinrich Eisermann, Armin Peil und ein gewisser Böhm) hatte bereits einige Aktionen auf dem Konto: Einen Anschlag auf die Flensburger Staatsanwaltschaft und den Diebstahl von geheimen NATO-Dokumenten, um Rudolf Heß freizupressen. Ein Anschlag auf die Hamburger Freimaurerloge war schon detailliert geplant.

Damit befinden sich von den bekannten 26 Nazis, gegen die wegen „terroristischer Vereinigung“ ermittelt wird (oder wurde?) bestenfalls (!) noch elf in U-Haft – davon sind sechs die Angeklagten aus dem Bückeburger Prozeß: Ist das nun Verfolgung oder Ermütigung?

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Prozeß gegen Kühnen und Co.: Die Anklage bricht immer mehr zusammen!

Seit 4 Wochen läuft in Bückeburg der große Alibi-Prozeß gegen 6 Nazis, in dem die Bundesanwaltschaft beweisen will, daß sie keineswegs „auf dem rechten Auge blind“ ist – dieser Nachweis scheint aber immer weniger gelingen zu wollen. Entsprechend dünn sind die Zeitungsmeldungen geworden.

In dem groß angekündigten Verfahren soll dem Hamburger Nazi-Führer Michael Kühnen nachgewiesen werden, daß er zeitweise „Rädelführer einer terroristischen Vereinigung“ war. Mehrere Überfälle und Einbrüche der mitangeklagten Lutz Wegener und Lothar Schulte sollen auf sein Geheiß hin durchgeführt worden sein. Die weiteren Angeklagten Manfred Börm, Klaus-Dieter Puls und Uwe Rohwer sollen gemeinsam mit Wegener und

Schulte einen Banküberfall und den Überfall auf das NATO-Gelände Bergen-Hohne verübt haben.

Im Verlauf des Prozesses bricht nun diese Anklage, die sich vor allem auf die Aussagen von Schulte und Wegener stützte, immer mehr zusammen:

Zwar blieben die beiden bei den Geständnissen über ihre eigene Tatbeteiligung – die „Kameraden“ allerdings hätten gar nichts damit zu tun. Ihre Aussagen seien nur deswegen zustande gekommen, weil sie sich „verraten“ gefühlt hätten, als die „unter Lebensgefahr“ erbeuteten MP's aus dem Bergen-Hohne-Überfall von Rohwer freiwillig zurückgegeben wurden. Und da hatten sie beschlossen, die anderen „reinzureißen“. Wegener vollführte wahre Eiertänze, um zu

erklären, wie die gleichlautenden detaillierten Angaben über z.B. Rohwers Verhalten während des Banküberfalls zustande gekommen waren. Rohwer, Börm und Puls leugnen jede Beteiligung an irgendwelchen Überfällen. Zum Zeitpunkt des Überfalls auf Bergen-Hohne z.B. hätten sie gerade eine NSDAP-Plakataktion gemacht. Die Reifen- und Fußabdruckgutachten beweisen bisher auch nicht das Gegenteil.

Besondere Mühe geben sich alle, um Michael Kühnen reinzuwaschen. Inzwischen sind auch diverse Mitglieder der Hansa-Bande aufgetreten (die natürlich allesamt nie etwas von der Existenz eines „SA-Sturms“ gewußt hatten), um ihren „Chef“ als „Gegner der Gewaltstrategie“ herauszuheben. Was sich hinter diesen

einheitlichen Aussagen abspielt, davon wurde am 7.6. ein bißchen deutlich:

Die ehemalige Verlobte von Lothar Schulte verweigerte vor Gericht die Aussage aus Angst vor Racheaktionen. Zwei Drohbriefe hatte sie schon erhalten, seitdem befindet sich sie in ärztlicher Behandlung. Auch ein weiterer Zeuge sagte, daß er Angst vor der Aussage habe.

Eines allerdings ist in dem Prozeß eindeutig: Hieße die Anklage (wie im jetzt in W.-Berlin anlaufenden Verfahren) „Fortführung der verbotenen NSDAP“, dann gäbe es keinerlei Beweisschwierigkeiten! So wie jetzt allerdings steht zu befürchten, daß der Prozeß eventuell mit 4 Freisprüchen endet, und die Bundesanwaltschaft dann sagen kann, sie

habe ja gewollt, aber wenn die Nazis reihenweise widerrufen....

Der Prozeß wird fortgesetzt: 26.6./ 3.7./ 4.7./ 5.7./ 9.7./ 11.7./ 12.7./ 16.7./ 18.7. jeweils um 9.00 Uhr.

Als besondere Planung sind bereits festgelegt:

3. und 4. : Berufungsverfahren aus zwei Nürnberger Prozessen gegen Michael Kühnen (wegen NS-Propaganda) 18.7.: Der Führer der NSDAP/AO, der Amerikaner Gary Rex Lauck soll auf Antrag der Verteidigung den „legal-arbeitenden“ Charakter der NSDAP/AO beweisen. Danach ist bis zum 15.8. Pause, das Urteil wird Mitte September erwartet.

Antifa-Kommission KB / Gruppe Hamburg.

NPD-Faschist Dröse freigesprochen

Kamen / Unna: Vor dem Amtsgericht Unna fand am 7. Juni der Prozeß gegen den NPD/JN Faschisten Bernd Dröse statt. Dröse, Mitglied des NPD Bundesvorstandes, Einpeitscher auf zahlreichen Kundgebungen der Faschisten sowie Aktivist der vom JN-Landeszentrum „Gut Barenbräcker“ aus operierenden „Harting-Bande“, hatte im Anschluß an eine Kundgebung der Nazis am 4.11.78 in Unna Antifaschisten mit einer Gaspistole bedroht. Die Polizei nahm Dröse daraufhin fest.

Die Verhandlung endete mit einem skandalösen Freispruch für Dröse. Seitens der von Dröse und seinem Anwalt vorgeführten Zeugen (alles bekannte Aktivisten der „Harting-Bande“, u. a. Heinrich Gerlach, Landesvorsitzender der JN-NRW, erst kürzlich verurteilt, aufgrund eines im Göttinger „Wiora-Prozeß“ geschworenen Meineides) wurde versucht, eine Notwehrsituation für Dröse zu konstruieren. Der Staatsanwalt spielte das Spiel Dröses mit. Er hatte sich im Vorfeld der Verhandlung kaum um Zeugen der Anklage bemüht. Daß überhaupt belastende Zeugen vor Gericht standen, war mehr dem Zufall zu verdanken. (Die lokale Presse hatte damals die Namen der beiden und eine Aussage ihrerseits in ihrer Berichterstattung erwähnt.) Obwohl der Richter sich selbst nicht des

Eindrucks erwehren konnte, daß die Aussagen der entlastenden Nazis abgesprochen waren, attestierte er diesen mehr Glaubwürdigkeit, als denen der beiden Dröse belastenden Juso-Genossen. Der aufgebotene Polizei-Zeuge entlastete Dröse ebenfalls. Mit seinem „Freispruch-Urteil“ blieb das Gericht schließlich sowohl unter dem vom Staatsanwalt geforderten (lächerlichen) Strafmaß von 20 Tagessätzen, als auch unter der von Dröses Anwalt in seinem Plädoyer empfohlenen „Strafe“ von maximal 10 Tagessätzen. Im Klartext bedeutet die Urteilsbegründung („Notwehrsituation“ durch die Anwesenheit zahlreicher Antifaschisten etc.) einen Freibrief für Dröse und Co., auch künftig bewaffnet zu ihren provokativen Kundgebungen zu erscheinen und gegebenenfalls aus „Notwehr“ bewaffnete Überfälle auf Antifaschisten zu starten. Die Staatsanwaltschaft ist inzwischen in die Revision gegangen. Es ist nun Aufgabe der Antifaschisten, der den Fall behandelnden Staatsanwaltschaft Beweismaterial vorzulegen. Im Zusammenhang mit den Kundgebungen der Faschisten vom 4.11. in Kamen und Unna stehen in nächster Zeit eine Reihe von Prozessen gegen Antifaschisten an.

Antifa-Kommission KB /NRW

SS-Mörder wird nicht ausgeliefert

Der seit dem 30. Mai 1978 inhaftierte Nazi-Kriegsverbrecher Franz Wagner wird von Brasilien nicht an die BRD ausgeliefert. Dies entschied am 20.6.79 der oberste Gerichtshof Brasiliens. Ebenso abschlägig beschieden wurden die Auslieferungsanträge von Polen und Israel. Österreich, als viertes in Frage kommendes Land, hatte keinen Antrag gestellt.

Wagner wird vorgeworfen, als stellvertretender Kommandant der KZ's Sobibor und Treblinka an der Ermordung von über 100.000 Menschen beteiligt gewesen zu sein. Wagner selbst bestritt, überhaupt der Franz Wagner zu sein, gegen den seit Jahren beim Amtsgericht Düsseldorf ein Haftbefehl besteht.

Der oberste brasilianische Gerichtshof ging in seiner Entscheidung jedoch davon aus, daß der dort in-

haftierte Wagner identisch mit dem SS-Verbrecher sei.

Um so denkwürdiger ist die Begründung für dessen Nicht-Auslieferung. Nach brasilianischem Recht sei das Verbrechen bereits verjährt und die Verlängerung der Verjährung in der BRD, wie sie noch der Staatsanwalt in seinem Plädoyer für eine Auslieferung besonders hervorgehoben hatte, sei unwirksam.

Der Auslieferungsantrag Polens wurde mit der Begründung zurückgewiesen, die Anklage gegen Wagner dort fuße auf Gesetzen, die zum Tatzeitpunkt nicht gegolten hätten – kein Wunder, denn damals herrschten faschistische Gesetze, die erst nach der Befreiung aufgehoben werden konnten. Noch vor Jahren war ein anderer SS-Mörder anstandslos an die polnischen Behörden ausgeliefert worden.

Untergetauchter KZ-Arzt Heim verurteilt

Untergetauchter KZ-Arzt Heim verurteilt

Der ehemalige KZ-Arzt Aribert Heim ist in Abwesenheit zu DM 510.000 Geldstrafe verurteilt worden.

Diese Strafe bezieht sich nicht auf die Verbrechen, die Heim im KZ Mauthausen begangen hat und dererwegen er, der seit 17 Jahren flüchtig ist, steckbrieflich gesucht wird.

Grundlage für die Verurteilung sind alliierte Bestimmungen, nach denen bekannten Nazis ihr Vermögen entzogen werden kann. Das Urteil wurde von einer Spruchkammer gefällt. In der gesamten BRD gibt es diese Spruchkammern nicht mehr. Spätestens seit 1955, als das „erste Gesetz zum Abschluß der Entnazifizierung“ auslief, gibt es für diese Kammern, die das Entnazifizierungsverfahren durchführten, keine Rechtsgrundlage mehr. Allein in Westberlin wurde ein Folgegesetz ratifiziert, das jetzt gegen Heim Anwendung fand.

SS-Arzt Heim, ein sadistischer Mörder im KZ Mauthausen, praktizierte lange Zeit in der BRD als Gynäkologe, bevor er untertauchte. Sein Geld hatte er in einem Mietshaus in Westberlin angelegt, aus dessen Einnahmen er offenbar seine Flucht finanzierte. Als dies bekannt wurde, traten die Mieter des Hauses in Mietstreik und brachten das Verfahren ins Rollen.

Der Verkehrswert des Hauses wurde vom Gericht mit 590.000 DM festgesetzt, wovon 510.000 DM von Heim in Abwesenheit als Strafe zu bezahlen sind, die restlichen 80.000 DM

für Renovierung u.ä. verwandt werden.

Im Verfahren vor der Spruchkammer selbst wurde Heim vertreten von seinem Anwalt Steinacker, der schon in der Vergangenheit die Einkommenssteuererklärungen des untergetauchten Nazi-Verbrechers abgegeben hatte und der dazu jeweils eine Legitimation vorweisen konnte. Noch Anfang des Jahres hatte Steinacker „gewisse Vorstellungen“ über den Aufenthaltsort Heims; vor Gericht wollte er davon nichts mehr wissen, genausowenig wie von einem Tonband, das er 1977 dem Finanzamt als Legitimation für seine Vollmacht vorlegte.

Dieser saubere Herr Steinacker scheint eine ganz heiße Spur bei der Suche nach Heim zu sein, um diesen nun auch wegen seiner Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen.

Inzwischen wurde gegen Heim Anklage wegen seiner Nazi-Verbrechen erhoben. Dies geschieht offenbar unter propagandistischer Rücksichtnahme auf die Verjährungsdebatte, denn: Die Anzeige offenbarte zugleich, daß die Verbrechen der verfolgenden Staatsanwaltschaft seit Jahren bekannt waren – er seine Flucht also unter den Augen der Staatsanwaltschaft finanzieren konnte.

Jetzt ist Heim der erste Nazi-Verbrecher seit langem, nach dem gefandnet wird. Nun ja, dies bißchen Schminke wird das angebräunte Gesicht der Justiz auch nicht heller machen!

Chef von Paris, Kurt Lischka, durch die westdeutsche Justiz. Lischka war u.a. an der Deportation zahlreicher Juden aus Frankreich nach Auschwitz beteiligt.

Zuvor hatten die Antifaschisten in Düsseldorf gegen die provokativen Freisprüche im Majdanek-Prozeß demonstriert.

it/Bonn

Für Nazis „Meinungs“freiheit (fast) ohne Grenzen

Westberlin: „Nach meiner Prognose werden Sie Ihre Ansichten nicht ändern. Das brauchen Sie nicht und sollen Sie auch nicht“, sprach am 13.6. der Richter Quandt im Westberliner Amtsgericht Moabit zum Angeklagten und ließ ihn auf Bewährung frei laufen. Der Angeklagte heißt Michael Pohl und ist ein Neo-Nazi.

Pohl war im Frühjahr 1979 zusammen mit anderen Nazi-Kumpeln auf einer von der GEW und der „Galerie 70“ organisierten Diskussionsveranstaltung zum Film „Holocaust“ aufgetaucht. Während der Nazis im Stechschritt die Besucher umkreisten, gab Pohl übelste Nazi-Hetze von sich: – Im KZ habe keiner zu Unrecht gegessen, sondern nur „Volksschädlinge“, Juden, Kommunisten, Ausländer.

– Gaskammern in den KZs seien erst nach dem Krieg von den Alliierten gebaut worden.

– Sie (die Nazis) würden KZs wieder einführen.

Nachdem eine Wohnungsdurchsuchung bei Pohl auch noch ein Seitengewehr, ein Hitler-Bild und Hakenkreuzaufkleber zu Tage gefördert hatte, wurde er wegen Volksverhetzung und unerlaubtem Waffenbesitz angeklagt (Hitlerbild und Aufkleber fielen dabei unter den Tisch).

Vor Gericht setzte Pohl diese Hetze fort: „Volksschädlinge sind für mich Leute, die sich schädlich gegen das deutsche Volk verhalten“, „Kriminelle Elemente ... Sittenstrolche, Wirt-

schaftskriminelle oder ganz einfache Mörder“ sollten in KZs gesteckt werden; „nachweislich sind dort überhaupt keine Juden vergast worden“. In den KZs seien „die Leute zur Sauberkeit und zur Arbeit angehalten (worden), um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich wieder als wertvolle Glieder in das Volksganze einzufügen“.

Diese zynische und menschenfeindliche Faschistsprache konnte Pohl unter ausdrücklichem Schutz des Vorsitzenden Quandt gebrauchen, der Proteste aus dem Zuhörerraum mit dem Hinweis auf die „freie Rede vor Gericht“ unterband.

Dermaßen ermutigt, traute sich Pohl in seinem Schlußwort noch weiter vor: „Die GEW sei hauptsächlich kommunistisch unterwandert“, die Leute, die die Jugendlichen zu der Diskussion „zitiert“ hätten, seien die eigentlichen Volksverhetzer. Er bleibe bei seiner Haltung, „egal, was es mich kostet“.

Es kostete ihn nicht viel: Das Gericht verurteilte ihn zu 6 Monaten und 2 Wochen auf drei Jahre Bewährung. Richter Quandt versäumte es nicht, dem Angeklagten einen guten Rat auf den Weg mitzugeben:

– Es sei nicht strafbar zu behaupten, daß weniger Juden von den Nazis ermordet und die Zahl der Toten in Auschwitz verfälscht seien. „Darüber streiten auch Wissenschaftler“.

– Es sei nicht strafbar, frei zu äußern, daß mehrfache Mörder in besondere Lager gesperrt werden sollten.

Nur eine Einschränkung wollte er gegenüber der Hetze des Nazis machen: Er dürfe nicht „eine bestimmte Menschengruppe wie die Juden oder die Kommunisten in ihrer Menschenwürde herabsetzen“. Ansonsten aber: „Herr Pohl, Sie können weiterhin Ihre Meinung frei äußern.“

Pohl wird seine Freiheit zu nutzen wissen. Gegen ihn laufen zur Zeit noch weitere Verfahren wegen unerlaubten Waffenbesitzes und wegen eines Einbruchs in ein Bundeswehr-Waffenlager. Deshalb saß er mit seinem mutmaßlichen Mittäter Helge Röhke schon längere Zeit als „Martyrer“ der gesamten Nazi-Szene in U-Haft.

Der Prozeß gegen Pohl könnte aber noch ein erfreuliches Nachspiel haben: Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Westberlin, Galinski, forderte ein Dienstverfahren gegen den vorsitzenden Richter; es sei ein Skandal, „daß ein Richter sich auf die Meinungsfreiheit berufe, wenn ein Angeklagter den Tatbestand der Volksverhetzung erfülle“. Der SPD-Vorsitzende in Westberlin, Gerd Löffler, hat sich dieser Forderung angeschlossen („SZ“, 17.6.79).

Auch die Staatsanwaltschaft, deren eigener Vertreter für die Bewährung plädiert hatte, legte mittlerweile Berufung gegen das Urteil ein („Tagespiegel“, 16.6.79).

Lehrergruppe Westberlin und Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Neo-Nazi-Blatt „Mut“ auf dem Index

Die Januar-Ausgabe des Nazi-Jugendblattes „MUT“, der größten Jugendzeitung der Faschisten, ist jetzt (!) auf den Index gesetzt worden, darf nun also nicht mehr öffentlich vertrieben werden.

Die Januar-Ausgabe von „MUT“ war ganz der Fernsehserie „Holocaust“ gewidmet, wobei einmal mehr die Menschen- und Völkervernichtung als jüdisch-bolschewistische Erfindung dargestellt wurde. Ganz offen wurde dort zu Provokationen aufgefordert: „Jeder anständige Deutsche (...) hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, gegen die jetzt erneut auf Hochtour laufende Beschimpfung unseres Volkes (...) politisch aufzubegehren.“

Diese „MUT“-Ausgabe war der Auftakt einer Vielzahl weiterer Nazi-Pamphlete anlässlich „Holocaust“, vom Nazi-Blatt der „Kampfgruppe Zündel“ aus Toronto über die „Unabhängigen Nachrichten“, bis hin zur NPD-eigenen „Deutsche Stimme“,

takt einer Vielzahl weiterer Nazi-Pamphlete anlässlich „Holocaust“, vom Nazi-Blatt der „Kampfgruppe Zündel“ aus Toronto über die „Unabhängigen Nachrichten“, bis hin zur NPD-eigenen „Deutsche Stimme“,

die sogar den Original-„MUT“-Schriftzug zu „Holocaust“ als Aufmacher verwandte.

Verfahren gegen diese Nazi-Blätter (bis auf „Unabhängige Nachrichten“) sind uns nicht bekannt.

Auch die Indizierung dieser einen „MUT“-Nummer ist eine höchst bescheidene „Strafe“, über die Bernhard C. Wintz als Herausgeber wohl nur lachen wird.

Immerhin – die Tatsache, daß nun endlich zumindest ein e „MUT“-Ausgabe als jugendgefährdend eingestuft wurde, läßt sich als Argument von Antifaschisten gut einsetzen, und: bei weiteren Indizierungen droht „MUT“ insgesamt ein Verbot für längere Zeit.

Deshalb: Alle Antifaschisten, die aus Berufsgründen „MUT“ lesen, sollten bei den zuständigen Landesjugendämtern die Indizierung weiterer Ausgaben verlangen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

aus Berufsgründen „MUT“ lesen, sollten bei den zuständigen Landesjugendämtern die Indizierung weiterer Ausgaben verlangen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Achtung: Braune Geschäfte bei „Montanus“

„Montanus“, Zeitschriften-, Buch- und Plattenladen mit Filialen im ganzen Bundesgebiet und progressivem Image, zeigte sich jüngst von einer ganz anderen Seite: In einem Frankfurter „Montanus“-Laden wurde im Schaufenster und auf dem Sonderfachschistische Propagandaliteratur feilgeboten; „Dokumentation Adler“, „Signal“ (überarbeitete Fassung, die letzte war als jugendgefährdend von der Bundesprüfstelle indiziert worden), Schallplatten wie „Hitler spricht“ u.a., alles Produkte des John Jahr Verlags. Dieser hatte schon vor einigen Jahren mit den Zeitschriften „Das III. Reich“ und „Der II. Weltkrieg“ Aufsehen und Anstoß erregt und – nicht zuletzt – ein gutes Geschäft gemacht. Damals war sogar Werbung mit Hakenkreuzfahnen an

den Kiosken geplant gewesen, wurde dann jedoch verboten.

John Jahr ist aber auch Gesellschafter von „Montanus“ und seine Verlagsprodukte kommen deshalb dort regelmäßig in den Genuß von Sonderaktionen.

Das „Frankfurter Frauenblatt“ zeigte in der Ausgabe vom Mai 79 diese Verbindung auf und rief zum Boykott der „Montanus“-Läden auf.

Daraufhin zogen die Filialen Mainz und Wiesbaden (das vermutlich auch andere, die das „Frankfurter Frauenblatt“ führen) die Restauflage der Mai-Ausgabe aus dem Verkehr und die Zeitung wird seitdem nicht mehr geführt („TAZ“, 6.6.79).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

„UN“-Herausgeber verurteilt

Zu DM 4.800,- Strafe, bei gleichzeitiger Einziehung der Druckmaschinen und der Druckereierzeugnisse, wurde der Herausgeber der neonazistischen „Unabhängigen Nachrichten“, Martin Voigt, von einem Schöffengericht in Bochum verurteilt.

Voigts „Unabhängige Nachrichten“ sind als Blatt sogenannter „Unabhängiger Freundeskreise“ ein Zentralblatt der neonazistischen Gruppen in der BRD. Die „UN“ wie auch ihre verschiedenen „Sonderdrucke“ (u.a. gegen (!) Atomkraftwerke) werden in nahezu allen Nazi-Kreisen gelesen und empfohlen, von der NPD bis hin zur „NSDAP“ und Christopersens „Bauernschaft“. Die „Hansa“-Bande verteilte sie ebenso wie der „Weltbund zum Schutze des Lebens“, der für sie in seiner Zeitung annoncierte.

Besonders bekannt wurden die „Unabhängigen Nachrichten“ Pfing-

sten 1978, als unter ihrer Schirmherrschaft in Bad Scharzfeld/Harz ein großes Nazitreffen stattfand, das von der Polizei mit großem Presseaufwand „ausgehoben“ wurde. U.a. wurde damals die „Hansa“-Bande kurz festgenommen und zentnerweise Nazi-Literatur abtransportiert.

Bei dem jetzigen Prozeß ging es darum, daß Voigt u.a. geschrieben hatte: Die Zeit nach dem Kriege sei eine „Herrschaft von Lüge, Ratlosigkeit und Terror“, die Absetzung der „letzten deutschen Reichsregierung“ sei ein „beispielloser Banditenstreich“ gewesen, der das „führerlose, demokratische Zeitalter“ eingeleitet habe.

Selbstverständlich, so Voigt, stünde er mit seiner Ansicht „auf dem Boden des Grundgesetzes“ („Vorwärts“, 21.6.79).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Anzeige

PDI Taschenbuch 1:
208 Seiten, Broschur, DM 6.60
Bericht über neonazistische Aktivitäten 1978
Eine Dokumentation
Presseinitiative Demokratische Initiative
Münzstraße 3 8000 München 2

Schon im letzten Jahr veröffentlichte der „Presseinitiative Demokratische Initiative“ einen Bericht über neonazistische Aktivitäten im Jahr 1977. Jetzt liegt der Folgeband über neonazistische Aktivitäten 1978 vor. Neben einem Aktivitätenkalender der Neofaschisten enthält der Band – und deshalb ist er einzigartig auf dem antifaschistischen Markt – eine

Kurzcharakteristik der wesentlichen Nazi-Organisationen und ihrer „Führer“. Manches hätte man/frau sich ausführlicher, genauer und nicht so zufällig gewünscht und manche Informationen sind nicht auf dem neuesten Stand.

Doch: Etwas Besseres gibt es nicht, um sich einen Überblick über die Nazi-Szene zu verschaffen. Das Buch sollte in keinem antifaschistischen Bücherschrank fehlen.

Aufkleber und Plaketten „Antifaschistische Aktion“



Aufkleber 10 cm Ø, schwarz/rot 1,-
Plaketten 5 cm Ø schwarz - rot 1,-
Aufkleber 31 cm Ø, schwarz - rot 5,-

Bei Abnahme von 10 Ex. 10% Rabatt
Bei Abnahme von 30 Ex. 20% Rabatt
Bei Abnahme von 50 Ex. 30% Rabatt

Lieferung erfolgt nur gegen Vorauszahlung oder Nachnahme.

Zu beziehen über J. Reents-Verlag, 2 Hamburg 50, Lerchenstr. 75

Viva Beate!

Köln: Beate Klarsfeld hat wieder zugeschlagen: Gegen die „Straflosigkeit der Nazi-Verbrecher in Deutschland“ („Kölner Rundschau“, 7.6.79) protestierte sie mit 50 französischen Antifaschisten im Kölner Landgericht während des Prozesses gegen den SS-Mann Walter Knap. Die Empörung entzündete sich vor allem an der schleppenden Behandlung des Prozesses gegen den früheren Gestapo-

F.J. Strauß — Skandale und Affären pflastern seinen Weg

„Jeder, der sich um das höchste Amt bewirbt, muß seine Vergangenheit lückenlos aufzeigen können“ — so ließ Strauß sich schon vor Jahren vernehmen. Jetzt, da er seine Kandidatur ernsthaft betreibt, sollte man/frau sich daran halten und die Vergangenheit dieses Reaktionärs etwas näher beleuchten.

Strauß an der Macht — als „Atomminister“ 1954 bis 1956, als „Verteidigungsminister“ 1956 bis 1962, als Minister der „Großen Koalition“ oder als „Führer“ der CSU — das ist eine ununterbrochene Kette von Skandalen, Korruptionsaffären, nie restlos aufgeklärten Bestechungsgeschichten oder schlichten Abgeordnetenkaufen.

Diese „Skandalchronik“ des Herrn Strauß ist wie kaum etwas anderes geeignet, den politischen Stil dieses Herrn und möglichen Kanzlerkandidaten zu kennzeichnen. Er ist natürlich keineswegs der einzige korrupte Politiker in der BRD! Korruption, Skandale, Affären, „Ämterfilz“ können sich die bürgerlichen Parteien mit schöner Regelmäßigkeit immer dann gegenseitig vorwerfen, wenn sie der Konkurrenz mal wieder eins auswischen wollen: Korruption ist Bestandteil bürgerlicher Politik.

Der „Stil“ von Strauß, der — wie Bewunderer sagen — „burschikosen Hemdsärmeligkeit“ aber ist der offenste Ausdruck von Korruption, von Rücksichtslosigkeit, Skrupellosigkeit und Machtbesessenheit, so wie seine politische Zielsetzung auch das Bekenntnis zur offenen und brutalen Unterdrückung im Interesse des westdeutschen Imperialismus ist. Der „Stil“ von Strauß zeigt, wozu dieser Mann fähig ist. Im Zuge der sogenannten „Spiegel-Affäre“ hat er bereits einmal versucht, in putschistischer Manier seine Pläne einer atomaren BRD durchzusetzen. Damals mußte er seinen Hut nehmen. Sorgen wir heute dafür, daß er nicht Gelegenheit bekommt, derartige Versuche zu wiederholen.

Die Affären des Herrn Strauß ...

Kaum war Strauß Verteidigungsminister im Kabinett Adenauer geworden, kam es zum ersten Skandal, der sogenannten „Granaten-Affäre“. Monatelang hatten die italienischen Simmelwerke versucht, mit ihren Granaten gewinnbringend ins beginnende Bundeswehrgeschäft zu kommen. Wie „geschmiert“ lief das Geschäft dann für den Rüstungskonzern, als auf Empfehlung des Leiters des Bundesrats-Stenografen-Büros ein gewisser Dr. jur. Peter Deeg als „Vermittler“ einstieg. Deeg kassierte neben seinen Gebühren als Anwalt in Höhe von DM 50.000 auch noch DM 30.000 als Provision.

Dr. Deeg, im Faschismus Verfasser antisemitischer Artikel und von den Nazis wegen „gewisser Manipulationen“ zum Nachteil des Stürmer-Verlags bestraft, war nach 1945 der CSU beigetreten und hatte anstandslos seine Zulassung als Anwalt erhalten. Für das „Granatengeschäft“ hatte sich Deeg bestens vorbereitet: Als Anwalt der Stadt Bad Kissingen hatte er Verhandlungen über die Spielbankkonzession geführt und von dem schließlichlichen Pächter für seine Tätigkeit DM 20.000 erhalten. Auch ein Grundstücksgeschäft, bei dem Dr. Deeg an das Bundesinnenministerium verkaufte, brachte ihm rund 1 Million Mark Gewinn.

Beim „Granatengeschäft“ allerdings handelte Dr. Deeg keineswegs auf eigene Faust: Es mußte erst das Bundesverteidigungsministerium in Gestalt eines Obersten Becker intervenieren — damit die Simmelwerke die Aufträge und Dr. Deeg seine Provision erhielten.

Strauß erklärte dagegen 1961 im Bundestag, es sei „der Bundesregierung nicht bekannt“, daß private Vermittler von italienischen Firmen erhebliche Summen erhalten hätten.

Die „Onkel-Aloys-Affäre“

Zwei Jahre nach der „Granaten-Affäre“ war es wiederum Oberst Becker, der in einem nächsten Beschaffungsgeschäft vermittelnd tätig war. Dr. Aloys Brandenstein, ein Nenn-Onkel der Strauß-Ehefrau Marianne, geborene Zwicknagel, war auf Betreiben dieses Offiziers zum Generalbevollmächtigten der Rüstungsfirma Backhaus geworden. Doch damit nicht genug: Nach kurzer Blüte der Backhaus KG mußte diese wegen ausbleibender Aufträge verkaufen. Der Käufer war der Rüstungsfabrikant Diehl, selbst Duz-Freund von Strauß, Vermittler des Geschäfts: Dr. Aloys Brandenstein, der damit einen komischen Aufstieg einleitete. Zu den ca. DM 200.000 beim Verkauf scheffelte er in weiteren „Vermittlungsgeschäften“ für die Bundeswehr Millionenbe-

träge, bevor er sich — nach Bekanntwerden der Affäre — in die Schweiz verzog.

Ebenso kometenhaft verlief der weitere Aufstieg des Obersten Becker, der noch 1955 vom Personalgutachterausschuß so eingestuft wurde, daß er nie höher als zum Oberst befördert werden dürfte. Er erhielt von Strauß nach jahrelangem Tauschen und dem Ausbothen widerspenstiger Militärs ein eigenes Ressort und wurde zum General befördert.

Die „HS-30-Affäre“

Gerade Bundesverteidigungsminister geworden, bestellte Strauß 1957 gegen eine Anzahlung von 205 Millionen DM insgesamt 10.680 HS-30-Schützenpanzer bei der Firma „Hispano Suiza“. Dieser bis dahin größte Rüstungsauftrag belief sich auf 2,5 Milliarden DM. Es existierte weder ein Prototyp, noch hatte diese Firma je solche Fahrzeuge produziert. Bei den Vertragsverhandlungen war für „Hispano Suiza“ der Bonner Rechtsanwalt Dr. Otto Lenz tätig gewesen, zufällig auch Wahlkampfleiter der CDU und zuvor Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Der frühere Reichsminister Gottfried Treviranus erklärte später unter Eid, er habe Minister Strauß darauf aufmerksam gemacht, daß es beim HS-30-Auftrag zu massiven Bestechungen gekommen sei; ferner übergab er ihm eine Liste, auf der einzelne Personen und die entsprechenden Schmiergelder verzeichnet waren. Die Bestechungssumme soll insgesamt 18 Mio. DM betragen haben, wovon CDU-Lenz allein 3 Mio. DM erhielt.

Anschließend wurde eine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion, ob eine solche Liste existiere und wann sie der Staatsanwaltschaft übergeben werde, von der Bundesregierung einfach mit „Nein“ beantwortet.

Bereits im Oktober 1957 wurde Strauß die Mangelhaftigkeit und Schadensanfälligkeit des HS 30 mitgeteilt. Das Schützenpanzerprogramm ließ Strauß aber einfach weiterlaufen, weil es — so Strauß — „wegen der eindeutigen Rechtslage aufgrund der hohen Schadensersatzansprüche nicht annulliert werden“ könnte. Der Bundesrechnungshof stellte später fest, daß wegen der vielfältigen Mängel des HS 30 „die Bundesrepublik zum Rücktritt vom Vertrag oder zur Forderung von Schadensersatz wegen Nichterfüllung berechtigt gewesen“ sei.

1960: „FIBAG-Affäre“

sci.

1960: „FIBAG-Affäre“

Fünftausend Wohnungen für US-Streitkräfte sollten damals in Bayern gebaut werden. Strauß-Freund Kapfinger gründete zusammen mit einem Herrn Schloß zum Schein eine Baugesellschaft namens FIBAG, die den Auftrag übernehmen sollte. In einem Schreiben an US-Verteidigungsminister Gates empfiehlt Strauß die FIBAG und erklärt, daß das Projekt vom Verteidigungsministerium geprüft und für gut befunden worden ist. Die Pläne sind in Wahrheit nie geprüft worden, der Hochstapler Schloß, der angeblich Architekt sein sollte, wurde als eingesetzter Bauführer entlarvt.

Ob Strauß sich hier selbst bereichern wollte, konnte nicht mehr aufgeklärt werden. Der Hauptbelastungszeuge wurde widerrechtlich eingesperrt und von Strauß der „Ost-Spionage“ verdächtigt, die FIBAG-Akten sind „bei der Post verloren“ gegangen.

Die „Starfighter-Lockheed-Affäre“

Doch all diese Affären, zu denen sich noch eine Reihe weiterer aufzählen ließen, waren nur das Vorspiel zu den ganz großen Coups des Verteidigungsministers Strauß, die weit mehr sind als „nur“ Korruption: Die „Starfighter“- und die „Spiegel“-Affäre. Beide hängen eng zusammen.

Im Oktober 1958 fiel unter dem damaligen Bundesverteidigungsminister Strauß die Entscheidung, die Bundeswehr mit dem Starfighter auszurüsten. Nach Strauß' Wunsch sollte der allwetterfähige Jäger auch als Aufklärer sowie als Mehrzweckbomber einsetzbar und auch als Träger atomarer Waffen verwendbar sein. Der von Lockheed bis 1958 für die US-Airforce gebaute Starfighter F 104 war lediglich als Schönwetterabfangjäger konzipiert. Die Entscheidung für den Starfighter fiel, bevor ernsthaft

Konkurrenzangebote geprüft und über den Preis verhandelt worden war.

Noch ehe ein einziger Prototyp des Starfighters F 104 G (G = German, also die Version für die BRD) im Flug erprobt worden war, erhöhte Strauß den ursprünglichen Lieferungsaufrag von 66 auf 700 Maschinen!

Später stellte der Bundesgerichtshof fest, daß allein die Entwicklungskosten für die Umrüstung des Flugzeugs 340 Millionen verschlungen hätten. Bis heute sind über 200 Starfighter abgestürzt und über 100 Piloten dabei umgekommen.

Spätestens seit dem Jahre 1977 ist die Bestechungspolitik der Firma Lockheed durch die Untersuchungen des US-Senats aktenkundig. Nahezu überall, wo die Firma Lockheed ihre Flugzeuge verkaufte, waren führende Politiker in diese Geschäfte verwickelt, so u.a. Prinz Bernhard aus den Niederlanden oder auch höchste japanische Regierungsstellen. Allein in der BRD konnte — so zumindest mußte ein Bundestagsausschuß feststellen — ein Nachweis über Bestechungen nicht geführt werden. Kein Wunder auch:



Bei Strauß' Auszug aus dem Bundesverteidigungsministerium wurde auch ein Möbelwagen vorgefahren, in den wesentliche Teile der Starfighter-Beschaffungsakten eingepackt und weggefahren wurden — wohin, weiß heute keiner mehr so genau.

Aber in der Person des US-Offiziers Ernest F. Hauser, den Strauß kurz nach 1945 als Landrat in Schongau kennen- und schätzte gelernt hatte — so sehr, daß Strauß Patenonkel von Hausers Kind wurde —, gibt es einen Zeugen, der die aktive Verwicklung von Strauß in die Lockheed-Korruptions-Affäre behauptet hat. Hauser, mittlerweile etwas in Schwierigkeiten geraten, konnte 1961 mit einem Empfehlungsschreiben des Ministers Strauß bei Lockheed aufwarten. Zwei Monate später war Hauser Repräsentant der Firma und Verbindungsmann im Starfighter-Programm. Kaum war Strauß gegangen, verschwand auch Hauser bei Lockheed.

In den USA hat Hauser vor dem Untersuchungsausschuß Aussagen gemacht, die Strauß schwer belasten. In der BRD ist er nie vernommen worden ...

Bei einer solchen Befragung wären dann Dinge geklärt worden, die als eindeutige Spuren, aber nicht als Beweise vorliegen: Zahlungen Hausers auf CSU-Konten, CSU-Interesse an einer „public-relations-Aufgabe“ von Hauser etc. pp.

Wie dem auch sei, mit dem Aktenzeichen 18 O 680/64 entschied die 18. Zivilkammer des Landgerichts München I, das ansonsten als sehr Strauß-freundlich bekannt ist, in einem Prozeß, den Strauß gegen „Spiegel“-Herausgeber Augstein führte: „... Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ... ihm — wie der Beklagte (Augstein) sich ausgedrückt hat — der ‚Ruch der Korruption‘ anhaftete“.

Die „Spiegel-Affäre“

Doch der „Ruch von Korruption“ ist nur eine Seite der Starfighter-Geschichte. Die andere Seite ist das militärische Konzept, das der damalige Bundesverteidigungsminister Strauß durchsetzen wollte und dessen Enthüllung durch den „Spiegel“ schließlich zu Strauß' Sturz führte.

Man/frau erinnere sich, daß Strauß vor seiner Zeit als Bundesverteidigungsminister seit 1955 Minister „ohne Geschäftsbereich“ und dann „Atomminister“ wurde. Welche Pläne Strauß damals verfolgte, ist unbekannt, Tatsache ist jedenfalls, daß —

neben eventueller Korruption — die Beschaffung des Starfighters 104 G allein unter dem Gesichtspunkt einer möglichen atomaren Bewaffnung sinnvoll gewesen wäre. So wurde u.a. der Bordrechner des Starfighters derart umgerüstet, daß er zum Abwurf von Atombomben geeignet war, für konventionelle Bomben aber viel zu ungenau arbeitete („Spiegel“, Januar 1966). So war eine Anforderung an den Starfighter, der ursprünglich als reiner Schönwetterjäger bestimmt war, daß er in seiner bundesdeutschen Version auch als Bomber tauglich sein müsse — eine militärische Unsinnigkeit, es sei denn, man denkt an Atombomben-Einsätze ... u.a.m.

Die eigentliche „Spiegel-Affäre“ kam im Herbst 1962 ins Rollen. In einer mehrteiligen Artikel-Serie hatte der „Spiegel“ unter einem Pseudonym (Autor war Bernd Engelmann) gerade eine Serie über Strauß gebracht, in der dessen auch hier geschilderten Affären dokumentiert wurden. In der Nummer 41/62 erschien dann der Artikel „Bedingt abwehrbereit“ über das Ergebnis der Nato-Übung „Fallex 62“. Vorsorglich hatte der „Spiegel“ eben diesen Artikel vor Abdruck vom BND auf seine „Verfassungsmäßigkeit“ hin begutachten lassen — offenbar wohl wissend, was daraus werden könnte.

Kernpunkt des Artikels war die Behauptung, daß die Bundeswehr nach dem damaligen Stand nur „bedingt abwehrbereit“ wäre; insbesondere polemisierte der „Spiegel“ gegen eine Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen und setzte sich (entgegen der Ansicht von Strauß) für eine stärkere Ausrüstung mit herkömmlichen Waffen ein.

Unmittelbar nach Erscheinen des Artikels schlug Strauß-Freund und CSU-Mitglied Freiherr von der Heyde zu und erstattete Anzeige gegen den „Spiegel“ wegen Landesverrat und landesverräterischer Fälschung. Die Bundesanwaltschaft leitete aufgrund dieses Artikels ein Ermittlungsverfahren ein gegen den Verleger Rudolf Augstein, den Redakteur Conrad Ahlers und unbekannte Informanten, weil der Inhalt dieses Artikels nach Ansicht der Behörde den Verdacht des (durch Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen begangenen) Landesverrats begründete.

In der Nacht vom 26. auf den 27.10.62 schlug die „Sicherungsgruppe Bonn“ im Einvernehmen mit der Führung des „Militärischen Abschirmdienstes“ auf Anweisung von Strauß los. (Der MAD, der militärische Geheimdienst der BRD, war von Strauß gegründet worden und war sein Instrument in dieser Affäre.)

Die Redaktionsräume des „Spiegels“ in Bonn und Hamburg wurden durchsucht und besetzt, mehrere Redakteure vorübergehend festgenommen, ihre Privatwohnungen gefilzt, der Herausgeber Augstein und zwei Chefredakteure verhaftet. Um den verantwortlichen Redakteur C. Ahlers, der gerade in Spanien Urlaub machte, kümmerte sich Strauß persönlich. Einem MAD(!)-Kontaktmann in Madrid, Oberst Oster, ehemaliger „Canaris“-General (Canaris war Abwehrchef der Nazi-Wehrmacht) und Mitglied der CSU, der im damals faschistischen Spanien als militärischer Beauftragter des Verteidigungsministeriums stationiert war, befahl Strauß telefonisch, die Verhaftung von Ahlers durch die spanische Polizei zu veranlassen. Zur Bekräftigung log er noch, daß bereits ein Interpol-Haftbefehl unterwegs sei.

Gleich nach der Durchführung der Polizeiaktion gegen den „Spiegel“ sagte Strauß noch im Bundestag: „Nein, es ist kein Racheakt meinerseits. Ich habe mit der Sache nichts, im wahrsten Sinne des Wortes nichts zu tun!“

Es sind eine ganze Reihe von Gesetzesbrüchen, die Strauß damals begangen hat:

- Er ordnete an, daß der Justizminister nicht über die Aktion gegen den „Spiegel“ informiert wurde und berief sich auf eine Weisung Adenauers, die dieser nicht gegeben hat und nicht hätte geben dürfen;
- sein Anruf in Madrid war klarer Amtsmissbrauch, seine Berufung auf das auswärtige Amt war erlogen;
- genauso gelogen war der Hinweis an Oberst Oster, ein Haftbefehl gegen Ahlers sei unterwegs;

Fortsetzung auf Seite 39



„Meine Herren! Wer auch immer damit gemeint ist, das geht zu weit!“

Fortsetzung von Seite 38

— der Einsatz von MAD-Offizieren bei der „Spiegel“-Besetzung war klare Kompetenzüberschreitung und eine Einmischung in die Kompetenzen von Bundesanwaltschaft und BKA.

Strauß hatte damals aber seine Macht überschätzt. Er scheiterte am Nein der USA zu westdeutschen Atomwaffen.

Seine skandalösen Lügen konnte er nicht aufrechterhalten. „Ich habe nie behauptet, daß ich mit der Sache nichts zu tun hätte ...“ erklärte er nun nach einer seiner berühmtesten 180-Grad-Wendungen.

Strauß mußte gehen. Fürs erste war er politisch erledigt. Aus seiner — schon damals — angestrebten Nachfolgerschaft von Adenauer wurde nichts: Ein derartig machtbessener und unberechenbarer „Vollblutpolitiker“ war damals in der BRD nicht tragbar.

Es blieb der SPD vorbehalten, in der „Großen Koalition“ Franz Josef Strauß wieder regierungsfähig zu machen, in dem sie ihn als Minister akzeptierte.

Geld stinkt doch ...

Mit der „Spiegel-Affäre“ war der erste Versuch von Strauß gescheitert, allein und als der „starke Mann“ an die Macht zu kommen.

Nach Ende der „Großen Koalition“ und nach dem Wahlsieg der sozialliberalen Koalition ging Strauß sofort daran, an einem Machtwechsel in Bonn zu arbeiten. Dabei besann er sich einer Methode, die er schon Anfang der 50er Jahre in der sogenannten „Hauptstadt-Affäre“ erfolgreich im Kleinen ausprobiert hatte: 1950 stand zur Entscheidung, ob Bonn endgültig „provisorische“ Bundeshauptstadt werden sollte. Die damals noch vertretene „Bayernpartei“ hatte in einem Fraktionsbeschluss dagegen votiert, mehrere ihrer Abgeordneten stimmten dennoch für Bonn.

Wie später bekannt wurde, waren sie schlicht „gekauft“ worden, DM 20.000 für die wichtigsten, DM 10.000 für die Hinterbänkler, wie der mit DM 21.500 hochdotierte MdB Aumer später freimütig erklärte. Von CSU-Seite wurden die damaligen Verhandlungen von ihrem frischgebackenen Generalsekretär Franz Josef Strauß geführt. Restlos aufgeklärt wurde die „Hauptstadt-Affäre“ nie; bei vier Abgeordneten steht die Bestechung („Geldgeschenke“) fest.



Straußens Tradition gegen Pressefreiheit: Hier Massenprotest zur „Spiegel“-Affäre. Wenig später mußte Strauß zurücktreten, weil er das Parlament belogen hatte.

20 Jahre später waren die Preise für Bundestagsmandate inflationär angestiegen, um ca. 2.000 % — nämlich DM 400.000. Soviel waren im Jahr 1970 die „Beraterverträge“ wert, die der FDP-Abgeordnete Geldner mit dem Mitinhaber der Bayer KG in Lippstadt, Bayer, am 6.11.1970 un-

terschied. Und an eben diesem 6.11.1970 erklärte sich Strauß in einem Gespräch mit Geldner bereit, „im Falle des Übertritts des FDP-Bundestagsabgeordneten zur CSU dafür Sorge zu tragen, daß Geldner durch einen Wahlkreis oder eine Absicherung auf der bayerischen Landesliste für die Bundestagswahl 1973 (sie wurde später auf 1972 vorgezogen) eine Garantie für ein erneutes Parlamentsmandat erhalten sollte“ („Frankfurter Rundschau“, 14.11.

gab triumphierend vor der Presse und in Anwesenheit von CSU-Chef Strauß bekannt, „Geldner habe seine Partei verlassen und um Aufnahme in die CSU gebeten“. Doch was zum Freudenfest für die CSU/CDU werden sollte, geriet zum Fiasko: Postwendend erklärte Geldner, er sei zum Schein auf diese Angebote eingegangen, um zu beweisen, mit welchen Methoden die CSU den Sturz der Regierung Brandt/Scheel betreibt. Über die getroffenen Verabredungen konnte Geldner sogar Dokumente vorlegen, die von Stücklen und Strauß unterzeichnet waren. „Dies alles habe ich auf mich genommen, um endlich schlüssig zu beweisen, mit welchen perfiden Methoden bestimmte rechtsextremistische Gruppen und die CSU versuchen, an die Macht zu kommen“ („Frankfurter Rundschau“, 14.11.70) — so erklärte Geldner sein Verhalten.

Und er hatte Grund dazu. In den Jahren 1969/70 und noch einmal 1972 vollzog sich in zwei Wellen eine Abwanderung rechter Bundestagsabgeordneter vorwiegend aus der FDP, aber auch der SPD (Hupka), die sich erst als „Nationalliberale Aktion“ (1969) und „Deutsche Union“ (1971) und später noch einmal als „Deutsche Soziale Union“ formierten und die heute fast ausnahmslos in der CDU/CSU ihre politische Heimat gefunden haben. Zu erwähnen sind hier vor allem Dr. Lange aus Nordrhein-Westfalen und Siegfried Zoglmann, dieser ist bis heute CSU-Mitglied. Im Vorstand der NLA war übrigens eben der Herr Bayer zu finden, dem die Beratertätigkeit Geldners DM 400.000 wert war.

Ziel dieser Abwanderung war zum einen die Initiierung einer rechten Sammlungsbewegung um Strauß; bis hin zur „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei“ 1975/76 waren alle diese Ansätze einer „Strauß-Partei“ von diesen Kräften getragen worden. Das kurzfristige Ziel dieser Austritte aus der FDP war die Sprengung der

knappen SPD/FDP-Mehrheit im Bundestag.

In diesem Zusammenhang war schon in Fällen vor Geldner von Bestechung die Rede gewesen, bewiesen werden konnte nichts — bis eben zu diesem 13.11.70, als Geldner seine Enthüllungen an die Presse gab.

Wieviele Abgeordnete freiwillig zur neuen Futterkrippe gingen und wievielen der Weg dorthin mit Beraterverträgen gepflastert wurde, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Immerhin waren es so viele, daß die CDU/CSU im Frühjahr 1972 sich stark genug fühlte, einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brandt/Scheel zu stellen. Der Mißtrauensantrag wurde zurückgewiesen, nicht zuletzt unter dem Eindruck einer starken Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen diese Machenschaften. Auch die daraus resultierende Neuwahl Ende 1972 geriet zu einer entschiedenen Abfuhr für die Kräfte um Strauß, mit derartigen Methoden einen Machtwechsel in Szene zu setzen. Strauß hatte sich ein zweites Mal überschätzt.

Die Tatsachen sprechen für sich: Um an die Macht zu gelangen, ist Strauß jedes Mittel recht. Ist er an der Macht, schreckt er weder vor Korruption noch vor putschistischen Vorgehensweisen zurück.

Sein jetziger, dritter Anlauf zur Macht, ist wahrscheinlich sein letzter — so oder so! Die beiden vorherigen Mißerfolge haben gezeigt, daß Strauß nicht unverwundbar ist, im Gegen teil: Gerade seine Skrupellosigkeit, sein undemokratisches Verhalten und seine zügellose Hetze haben in der Vergangenheit immer wieder zu breiten antifaschistischen Mobilisierungen geführt, die Strauß in seine Schranken verwiesen. Also packen wir's an.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CDU/CSU und NPD: Hand in Hand im „Hilfskomitee südliches Afrika“

Wie weit heute die Zusammenarbeit von CSU/CDU und NPD geht, dafür ist das „Hilfskomitee Südliches Afrika“ eines der anschaulichsten Beispiele.

Dieses „Hilfskomitee“, mit Sitz in Coburg, wurde 1976 durch den Schriftleiter der NPD-nahen Zeitschrift „Nation Europa“, NPD-Funktionär Peter Dehoust, initiiert. Seitdem ist die Zeitschrift „Nation Europa“ voll von Anzeigen und Spendenaufrufen dieses Vereins.

Ziel dieses Komitees ist die Aufrechterhaltung der faschistischen weißen Minderheitsregimes im südlichen Afrika und die „Interessenvertretung der Deutschen in Südwest“ (gemeint ist Namibia). Das in diesem Komitee repräsentierte politische Spektrum reicht von Anhängern der reaktionären „Demokratischen Turnhallen-Allianz“ bis hin zu rechtsradikal-faschistischen Kreisen, die eine physische Liquidierung der „schwarzen Terrororganisation SWAPO“ beabsichtigen.

In einem Brief an Außenminister Genscher machte Peter Dehoust die Ziele des Komitees deutlich:

Zu fordern ist im Namen des deutschen Volkes:

- Schluß mit jeder deutschen Hilfe an alle kommunistischen und schwarzafrikanischen Staaten, die Gewalt gegen unsere Landsleute (!) in Südwest und Rhodesien gutheißen.
- Unnachsichtige strafrechtliche Verfolgung schwarzer Terrororganisationen und deren Helfer auf dem Boden der Bundesrepublik, wie das gegen arabische Terroristen geschieht.
- Einstellung aller deutschen Zahlungen an die UNO, solange diese Aggressionen gegen Südwest und Rhodesien moralisch und materiell unterstützen.

■ Aufhebung des Ausfuhr-Verbotes Deutscher Waffen nach Rhodesien und Südafrika. Die Parole kann nicht heißen „heim ins Reich“, sondern tatkräftige Unterstützung der Lebensrechte der deutschen Afrikaner in ihrer Heimat gegen den „Wind des Wahnsinns“...

Auch energiepolitisch sind wir von der Entwicklung im südlichen Afrika abhängig. Ohne gesicherte Ölverschiffung um das Kap, ohne die Uranvorräte in Südwest- und Südafrika wäre Europa verloren. Unsere Freiheit wird am Kap verteidigt!...

Schwerpunkte der Aktivitäten des „Hilfskomitees“ sind seine alljährlich abgehaltenen „Südafrika-Seminare“. Auf diesen Seminaren geben sich seit

nunmehr drei Jahren offene Faschisten und maßgebliche CSU/CDU-Politiker die Hand, u.a.

- Peter Dehoust, NPD und „Nation Europa“, Initiator des „Hilfskomitees“;
- Henning Jäde, Vorsitzender der „Nation Europa Freunde e.V.“, ehemals Redakteur des rechtsradikalen „Deutschen Studentenanzeigers“, der Anfang 1978 mit dem CSU/CDU-nahen „Student“ fusionierte;
- Dr. Karl Weinrede, NPD;
- Marlene Erber, NPD;
- Karl Gültig, seit dem 3. Seminar 1978 neuer Vorsitzender (uns nicht näher bekannt).

Zu diesen gesellen sich frühere Mitarbeiter der NPD-nahen „Deutschen Wochenzeitung“ („DWZ“) wie:

manns Teilnahme am 1. Afrikaseminar 1976, in Tübingen auf Antifaschisten einprügelte. Hoffmann sollte dort auf Einladung Heinzmanns als Referent auftreten. Heinzmann war u.a. Mitglied der „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei“ und Gründer eines „CSU-Kreisverbandes“ Tübingen.

Von der CSU/CDU nahmen bisher an diesen „Seminaren“ teil:

- Dr. Karl Spieß, CSU-Mitglied aus Coburg; er hat selbst 15 Jahre in Südafrika — wie Lichtenfeld — gelebt. In der Nachfolge des 2. Südafrika-Seminars 1977 wurde Spieß zum Vorsitzenden der neugegründeten „Deutsch - Südafrikanischen Gesellschaft“ gewählt. Diese „DSAG“ ist ein Propagandaunternehmen der südafrikanischen Rassistenregierung; Prä-

Revanchisten, dessen größerer Teil sich Mitte der 50er Jahre in die CSU/CDU auflöste und dessen Reste die NPD 1964 mitbegründeten.

— Hans Georg von Studnitz, ehemals Pressechef der „Lufthansa“, ständiger Autor im „Bayernkurier“, im „Deutschlandmagazin“ der CSU-nahen „Deutschlandstiftung“, in der „Zeitbühne“ des — mittlerweile verstorbenen — Faschisten und Strauß-Freundes William S. Schlamme. Referent bei der „Stiftung für europäische Publizistik e.V.“, die u.a. engste Beziehungen zur „Panneuropa-Union“ des CSU-Europa-Abgeordneten Otto von Habsburg unterhält. Spätestens seit dem ersten Südafrikaseminar 1976 ist Studnitz als „Geopolitiker“ regelmäßiger Autor in „Nation Europa“, Bruno Bandulet, 76/78 Leiter der Pressestelle der Uni Würzburg, seit 68 Autor der reaktionären Zeitung „Student“, die Anfang 78 mit den neofaschistischen „Deutschen Studentenanzeiger“ um Henning Jäde und Peter Dehoust fusionierte. Zu seiner Doktorarbeit schrieb in der Buchausgabe Strauß das Vorwort. 1973/74 war Bandulet Redakteur von Springers „Welt“, zuletzt als „Chef vom Dienst“, seitdem als freier Journalist für Schlamme „Zeitbühne“, das „Deutschlandmagazin“, die ebenfalls als Konkurrenz zur „Zeitbühne“ am rechten Rand der CSU/CDU angesiedelte „Epoche“ und die „Quick“ tätig.

„Hilfskomitee“ und „VDA“

Diese traute Einigkeit von „Hilfskomitee“ und rechten CSU/CDU-Kreisen ist kein Zufall, betrachtet man das Umfeld des Komitees.

So ergeben sich auffällige Beziehungen zwischen „Hilfskomitee“ und dem VDA — „Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“. Dieser VDA ist 1955 als „Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen ...“ neugegründet worden und steht in direkter Tradition des Nazi-„Kultur“-Vereins VDA („Volksbund für das Deutschtum im Ausland“). Dem Nazi-VDA hatte 1933 u.a. schon Theodor Oberländer als Funktionär angehört, der nach 45 über den „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ zur CDU stieß, Minister wurde und wegen seiner Nazi-Vergangenheit gehen mußte.

Innerhalb des heutigen VDA spielt der „Witiko-Bund“ eine führende Rolle. Der „Witiko-Bund“ ist eine rechtsradikale Organisation um Alt-nazis aus der faschistischen Henlein-Partei des Sudetenlandes; dem „Wi-

tiko-Bund“ gehören Mitglieder fast aller Parteien an, sein Schwergewicht lag in NPD, CDU/CSU, BHE und insbesondere der FDP, wo „Witiko-Bund“-Mitglieder wie der heutige CSU-MdB Zoglmann 1970/72 rechte Abspaltungen betrieben („Deutsche Union“, „Deutsche Soziale Union“). „Witiko-Bund“-Mitbegründer Stain mischt heute beim „Hilfskomitee“ mit. Sein „Bundesbruder“, Dr. Heinz Lange (ehemals FDP-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen, jetzt CDU) sitzt beim VDA im Verwaltungsrat und der VDA selbst betreibt gemeinsam mit dem „Witiko-Bund“ einen Schüleraustausch mit dem faschistischen Chile.

Auch Helmuth von Lichtenfeld, „DWZ“-Autor und „Hilfskomitee“-Aktivist, wird beim „VDA“ als „her-vorragender Sachkenner“ geschätzt.

Langjähriger Vorsitzender der VDA war Dr. Rudolf Aschenauer, ehemals Verteidiger der Nazi-Kriegsverbrecher in Nürnberg sowie Mitglied einer „Stillen Hilfe“, die die vorzeitige Entlassung von Nazi-Kriegsverbrechern aus der Haft betrieb. Aschenauer machte zuletzt als Anwalt von Kappler von sich reden. Wie Stain vom „Hilfskomitee“ und Oberländer (Ex-VDA) war Aschenauer Mitglied des „BHE“.

Ebenfalls Mitglied im VDA sind:

- Hans Wissebach (CDU-MdB), ehemals Schriftleiter der SS-Zeitung „Der Freiwillige“;
- Bernhard Mihm, CDU-Schuldezernent in Frankfurt/Main;
- Dr. Rolf Rodenstock, BDI-Präsident und Mitglied des „CDU-Wirtschaftsrates“;
- Prof. Johann Dietrich Hellwege, Geschäftsführer des „CDU-Wirtschaftsrates“.

Und auf dem Spendenaufruf zur „Unterstützung der demokratischen Kräfte in Südwest ... gegen die Unfreiheit im Gefolge der SWAPO“ findet man/ frau dann nicht nur den VDA als Unterzeichner, sondern neben anderen auch die „Deutsche Südafrikagesellschaft“, deren oberfränkischer Vorsitzender Dr. Karl Spieß nicht nur CSU-Mitglied ist, sondern zusammen mit Peter Dehoust auch als Aktivist der ersten Stunde dem „Hilfskomitee“ auf die Beine half ...

Einträchtig sitzen und wählen hier beieinander: NPD, CDU, CSU, „Witiko-Bund“, „Deutschlandstiftung“, zusammen mit offiziellen Vertretern des südafrikanischen Rassistenregimes und Vertretern der „deutschen Minderheit“ in Namibia. Antifa-Kommission

SOLIDARITÄT



Hilfskomitee Südliches Afrika
D-8630 Coburg Postfach 851
Konto: Deutsche Bank Coburg Nr. 85/4447

GRATIS-ANGEBOT

Dieses Motiv als Aufkleber

5 x 5 cm, selbstklebend,

Leuchtfarbe:

Anfordern und benutzen!

Jeder macht mit:

SOLIDARITÄT

mit Weißafrika!

- Adolf von Thadden, Ex-NPD-Chef und Mitherausgeber der „DWZ“;
- Helmuth von Lichtenfeld, Autor der „DWZ“, lebte selbst jahrelang in Südafrika, wo er den ultrarechten „Afrika-Spiegel“ herausgab. Lichtenfeld ist u.a. als „Afrika-Experte“ gesehener Gast beim „Witiko-Bund“, beim „VDA“ sowie bei der rechtsradikalen „Gesellschaft für freie Publizistik“;
- Thomas Darsow, Redakteur der rechtsradikalen Jugendzeitschrift „Tendenz“ aus Neumünster, die regen Kontakt zu dem Rassisten Jürgen Rieger pflegt;
- Axel Heinzmann, Vorsitzender des rechtsradikalen „Hochschulrings Tübinger Studenten“. Heinzmann wollte sich u.a. in Südafrika als Söldner verdienen, wurde aber abgelehnt. In Südafrika will er Karl-Heinz Hoffmann von der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ kennengelernt haben, mit dem er zusammen am 4.12.76, wenige Wochen nach Heinz-

sident ist der südafrikanische Botschafter in Bonn. Auf den Tagungen des „Hilfskomitees“ nahm u.a. der Hamburger Konsul der RSA teil und es scheint, daß die Spieß-Gesellschaft die Anerkennung der RSA besitzt. Weitere CDU/CSU-Teilnehmer:

- Detlef Kleinert, CSU, Autor im „Bayernkurier“ (Herausgeber: Strauß);
- Lorenz Nigdel, CDU-MdB aus Lichtenfeld;
- Hans Graf Huyn, CSU-MdB, Autor im „Bayernkurier“ und im „Deutschlandmagazin“; Begleiter von Strauß auf dessen berühmter Chile-Reise; nach dieser Reise unternahm Huyn Initiativen, um demokratischen Chilenen das Asyl in der BRD zu verwehren.
- Walter Stain, Mitbegründer des „Witiko-Bundes“, ehemaliger bayerischer Staatsminister und später maßgeblicher Funktionär im „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“, einem Sammelbecken von

Strauß-Kandidatur So sehen's die anderen

„Die Neue“

„Die Neue“ (15.6.79) bezeichnet die Kandidatur von Strauß und Albrecht als einen „strategischen und programmatischen Streit“ zweier Linien in der Union: „Strauß repräsentiert den autoritär-konservativen Flügel der Union (mit dem Wirtschaftsrat als Exponenten), Albrecht den liberal-konservativen Flügel (zu dem u.a. die Sozialausschüsse gehören).“ Beide Flügel werden als Programmvarianten des Bündnisses „zwischen Bourgeoisie und diversen Fraktionen der Mittelschichten“ bezeichnet, der Sozialliberalismus, mit Schmidt als Exponent, als „Programm eines Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie“. Zur Person von Strauß heißt es in „Der Neuen“: „Strauß ist kein Faschist. Eine Regierung Strauß wäre keine faschistische Regierung.“ „Die politische Unterdrückung der sozialistischen Linken nähme schärfere Formen an. Nicht weniger aber auch nicht mehr.“

„die tageszeitung“

„Airbus gegen Bahlsen-Kekse“ schreibt die „tageszeitung“ (30.5.), bzw.: „Es geht um unterschiedliche Strategien, einerseits um ‚Freiheit oder Sozialismus‘, andererseits um ein technokratisches Integrationskonzept, mit dem herrschende Interessen durchgesetzt werden sollen.“ Letzteres Konzept, das Konzept Albrechts von „Cheque and Ballance“ habe zwar die geeigneten Gallionsfiguren und entspreche mehr der sozialen Basis des „zusammengewürfelten Wahlvereins CDU“, es konzepte aber an einer Taktik, das Konzept auch machtpolitisch durchzusetzen.

„Pressedienst Demokratische Initiative“ (PDI)

Im PDI setzt sich Kurt Hirsch mit einer möglichen bundesweiten CSU auseinander. Er weist auf die Schützenhilfe der Springerblätter, die Fredersdorffpartei und die allentorts schon längst bestehenden Freundeskreise der CSU und anderer Hilfsgruppen hin. Gemäß der Devise „getrennt marschieren - vereint schlagen“, sieht Hirsch die Möglichkeit, „daß in einem Kabinett Strauß dessen Stellvertreter Albrecht heißt und daß in einem Kabinett Albrecht Strauß der Stellvertreter sein wird“, zumal Albrecht schon jetzt das direkte Gespräch mit Strauß sucht. „Dabei ist unerheblich, ob Albrecht oder Strauß an der Spitze steht, denn bei einem eventuellen Wahlerfolg wird auf jeden Fall F.J. Strauß die Richtlinien der Politik bestimmen.“

Eine „politisch kämpferische Offensive“ gegen Strauß erfordere „die Gemeinsamkeit aller Demokraten in- und außerhalb der Parlamente.“ Die „Gemeinsamkeit aller Demokraten in- und außerhalb der Parlamente.“ Diese „soll weniger in Form von großen Proklamationen ihren Ausdruck finden, sondern in der notwendigen täglichen Auseinandersetzung mit der verstärkten Rechtstendenz in der Bundesrepublik.“ Als Beispiele werden u.a. genannt: die Rechts-Blindheit der Justiz, die Todesschußpraxis, die Berufsverbote und die „Kronzeugen-Urteile“, die morgen auch schon „Sympathisanten“ und nicht nur „anarchistische Terroristen“ treffen könnten.

es in der „tat“. Strauß' Linie wird charakterisiert u.a. als die des Abbaus demokratischer Rechte, der Feindschaft gegenüber den Gewerkschaften, der Torpedierung des Entspannungsprozesses und des weiteren Anheizens des Konfrontationskurses. Herbert Mies rief „zur Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte, für Fortsetzung (?) der Entspannung und Abrüstung“ auf („UZ“, 30.5.).

Schon auf ihrem Mannheimer Parteitag im letzten Jahr (das wird immer wieder betont) hat die DKP „den Ausweg und die Alternative“ gezeigt: „die Stärkung der demokratischen Bewegung und ihrer konsequentesten Kraft, der DKP“. — Die DKP wird ihre Erfahrungen damit machen müssen, ob sich eine Anti-Strauß-Bewegung auf die „Stärkung der DKP“ vereinheitlichen läßt.

Arbeiterbund

Der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ bezeichnet die Kandidaturen von Strauß und Albrecht als „Machtkampf der Ultrarechten und Liberal-Konservativen“. Die „KAZ“ schreibt: „Die Ultrarechten sind deshalb bestrebt, solche Voraussetzungen zu schaffen für sich, die ihnen die Regierungsmacht in die Hände spielen. Dazu gehört, daß die CSU bestimmend in der CDU wird... die ständige Nennung einer sogenannten ‚Vierten Partei‘... und Kohl der völligen Lächerlichkeit preiszugeben.“ Es wird eindringlich davor gewarnt, sich im Kampf gegen einen Kanzler Strauß auf die SPD zu verlassen. Stattdessen müsse ein eigenständiger Kampf geführt und die Gewerkschaften müßten mobilisiert werden. „So wie wir im ökonomischen Kampf täglich sehen, daß ohne Streik fast nichts mehr geht, so müssen wir auch im politischen Kampf diese Realität erkennen.“ — Also Streiks gegen Strauß?

GIM

Die GIM geht davon aus, daß Strauß auf jeden Fall Kanzlerkandidat der nächsten Bundestagswahlen sein wird: „Heute geht es nur noch darum, in welcher Form Strauß 1980 zum Gegenkandidaten Helmut Schmidts wird.“

Im Gegensatz zu Kohl, heißt es in „was tun“, sei Strauß eine Alternative zu Schmidt: „Strauß bedeutet sicher nicht Faschismus“, wie ein verzweifelter Teil der radikalen Linken glauben mag, oder weitere „Faschisierung von Staat und Gesellschaft“, wie es der Kommunistische Bund (KB) etwas vorsichtiger ausdrückt. Aber Strauß steht für eine reaktionäre bürgerliche Regierungsalternative, an deren Rand zweifellos auch ein fruchtbares Feld für die weitere Ausdehnung neonazistischer Übergriffe läge. Strauß ist vor allem der Kandidat gegen die Gewerkschaftsbewegung.“

Im übrigen setzt sich die GIM mit der Wahlsituation 1980 und der Rolle der Linken dabei auseinander:

Ein Anti-Strauß-Wahlkampf fiele der SPD leicht, aber „die Polarisierung zwischen Strauß und Schmidt ist nicht notwendig die Wahl des ‚kleineren Übels‘“. „Aufgabe der

SAG

In der „SAZ“ heißt es: Strauß' „bisherige Taten sind sein zukünftiges Programm. Eine Kanzlerkandidatur von Strauß wäre ein ernster Anschlag auf die politischen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse und des gesamten ‚niederen‘ Volkes.“

„Neue Arbeiterpresse“

In der „Neuen Arbeiterpresse“ heißt es, Strauß könne darauf spekulieren, ohne größeren Widerstand der Arbeiterklasse an die Macht zu kommen, weil Schmidts Politik schon so reaktionär wäre, daß kein großer Unterschied zu „dem Klassenkriegsprogramm von Strauß“ erkennbar wäre. Was daraus gefolgert wird hört sich recht drollig an: „Deshalb muß die Gewerkschaftsführung gezwungen werden, sofort mit der Schmidt-Regierung zu brechen.“ Es soll dann eine „SPD-Allein-Regierung“ gebildet werden, die dann wiederum „gezwungen werden (muß), gestützt auf die mobilisierte Arbeiterklasse ein sozialistisches Programm gegen die kapitalistische Krise durchzuführen.“ Na, hoffentlich klappt der Plan; wir werden die „Neue Arbeiterpresse“ daraufhin verfolgen und die AK-Leser auf dem laufenden halten.

KABD

„Jetzt ist es bald so weit!“ - so könnte man den Tenor in der „Roten Fahne“ bezeichnen. Seit Jahren wartet Strauß „auf eine Situation, wo die Rufe nach einem starken Mann sich mehren, und er endlich freie Hand bekommt“, schreibt der KABD. Angesichts der steigenden Inflationsrate und Arbeitslosenzahlen, sowie der deshalb zu erwartenden Kämpfe der Arbeiter würden die Monopole sich überlegen, „ob sie nicht mit Unterdrückung besser fahren als mit Betrug.“ Strauß käme zwar nicht „als zweiter Hitler, aber als einer, der den Rahmen der demokratischen Rechte entschieden weiter einengen wird und der antikommunistischen Hetze Verbote folgen lassen wird.“

KPD/ML

Die KPD/ML bezeichnet die Strauß-Kandidatur als einen „Vormarsch der Reaktion und des Faschismus“. Ebenso wie die Wahl Carstens zum Bundespräsidenten wird sie im unmittelbaren Zusammenhang mit der Verschärfung der kapitalistischen Krise in der BRD gesehen. Gewarnt wird besonders vor der Gefahr einer rechten Bewegung, die durch eine Strauß-Kandidatur geeint und gestärkt werden könnte. Im „Roten Morgen“ heißt es: „Mit Strauß' Anspruch - ebenso wie zuvor mit Carstens' Präsidentschaft - ist den offenen Reaktionären, Faschisten, kalten Kriegern, Kriegstreibern, den alten Hitlergeneralen und Bonner Revanchisten ein Signal gegeben. Sie wittern Morgenluft.“ „Die Kanzlerkandidatur von Strauß birgt die Gefahr in sich, daß diese heute noch relativ zersplitterte, offen reaktionäre bis faschistische Bewegung vereinheitlicht wird, daß Strauß ein Kristallisationspunkt werden kann, auf den sich alle Ultrarechten und Faschisten vereinheitlichen können und so zu einer Gefahr für das ganze Volk werden können.“ Eine Perspektive, wie der Kampf gegen Strauß zu führen ist, wird noch nicht vorgeschlagen.

KBW

Das Wesentliche an der Strauß-Kandidatur ist für den KBW der Beginn der Neuordnung der Parteienlandschaft, die für die CDU/CSU zu einer Zerreißprobe werden könne. „Änderung der Parteienlandschaft“, schreibt die „KVZ“, „heißt Ausrichtung der Parteien an dem Widerspruch von bürgerlichem Sozialismus und bürgerlicher Freiheit.“ Die Theorie von der bürgerlichen Freiheit und vom bürgerlichen Sozialismus („Freiheit statt Sozialismus“) sei gut, „um die Arbeiterklasse zu spalten und die Arbeiterklasse mit anderen Volksklassen in Gegensatz zu bringen.“ „In der Praxis der Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen werden bürgerlicher Sozialismus und bürgerliche Freiheit immer einen Ausgleich finden.“ - Im Klartext: SPD oder Strauß sei Jacke wie Hose. Deshalb heißt es auch in der „KVZ“, „Man sollte die Kanzlerkandidatur von Strauß wie von Albrecht durchaus als Signale nehmen, erstere sich aber nicht von aufgeregten Sozialdemokraten zum geplanten Staatsstreich aufbauschen lassen.“

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Hertl

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler
Nachrichten“ und Buchladen „Monta-
nus“

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Möln/Retzburg
M. Below
Postfach 1111
241 Möln

Neumünster
Angelika Schuknecht
Joachimstraße 29
2350 Neumünster
04321/46598

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel. 0471/47597
Di-Fr. 13.30 - 18.30
Sa. 9.30 - 14.00

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wilßmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestr.9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011

463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Dienstag:
Büchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch — Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt

J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6000 Frankfurt 90

Kassel
F. Rohs
Postfach 10 31 43
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
0808458

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Andere Buchladen“
co. KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11-13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut
A. Fierbeck,
Postfach 2413,
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa

Westberlin

J. Reents-Vertriebsbüro
Eisenbahnstr. 4
1 Westberlin 36



„Ich hoffe, es geht dem deutschen Volk nie so schlecht, daß es glaubt, mich zum Bundeskanzler wählen zu müssen“ (Strauß im Mai 1971 laut SPIEGEL)

DER SPIEGEL, Nr. 25/1979

DKP

Die revisionistische Linke sieht in der Strauß-Kandidatur den Ausdruck einer Rechtsentwicklung in der CDU, für die auch SPD und FDP eine wesentliche Mitverantwortung zu tragen hätten (so Herbert Mies). „In der Bundesrepublik ist ein Strauß als Kanzler denkbar geworden“, heißt

sozialistischen Linken müßte sein, die SPD-Stimmen gegen Strauß mit einem klaren Programm zu bewaffnen. „Eine solche Politik könnte zur Aufstellung sozialistischer Kandidaten zu den Bundestagswahlen führen - Kandidaten, die bei gleichzeitiger Abgabe der Zweitstimme für die SPD Helmut Schmidt einen roten Dorn ins Fleisch setzen würden.“

Klassenjustiz



Reaktionen zum Hungerstreik

Amnesty International hat wegen des Hungerstreiks Kontakt mit der Bundesregierung aufgenommen. Über den Inhalt und eventuelle Ergebnisse gibt es keine Information (lt. Mitteilungen von Anwälten).

Zahlreiche französische Persönlichkeiten, unter ihnen Marie-France Schmidlin, Rechtsanwältin, Michel Toubiana, Rechtsanwalt, Gerard Soulier, Professor der Rechte, Jean-Pierre Faye, Schriftsteller, Francoise d'Eaubonne, Schriftstellerin, Felix

Guatari, Psychologe, Gerard Fromanger, Künstler, Claude Bourdet, Journalist, haben am 12.6.79 eine Presseerklärung zum Hungerstreik herausgegeben. Die Erklärung wendet sich gegen die neuen Hochsicherheitsstrafgesetze und fordert eine breite Öffentlichkeit über die „unmenschlichen Haftbedingungen“. Sie verweist auf den Bau von Hochsicherheitsstrafanstalten in Frankreich. (Quelle: Presseerklärung vom 12.6.).

Antirepressionskommission Westberlin

Astrid Prolls Auslieferung steht bevor

Astrid Proll, die seit 9 Monaten in englischer Auslieferungshaft sitzt, hat ihre Revision gegen die Auslieferung an die BRD zurückgezogen. Sie kann daher ab sofort abgeschoben werden. Das bedeutet, daß sich jetzt für ihre Haftverschonung und endgültige Freiheit einsetzen werden muß, sobald sie sich wieder in der BRD befindet. Wir haben die Erklärung, mit der Astrid ihre Revision zurückzog, der „tageszeitung“ vom 20.6. entnommen.

Erklärung von Astrid Proll vom 19.6.79

London. „Ich habe heute im Edinburg Court meinen Antrag auf Habeas Corpus zurückgezogen. Dieser Antrag war gegen die Entscheidung des Chief Metropolitan Magistrate vom 5.2.79 gerichtet, die dem englischen Innenminister die Unterzeichnung der Auslieferungsverfügung nach dem Auslieferungsgesetz ermöglicht hätte.“

Ich habe diese Entscheidung nicht leichten Herzens getroffen. Während meiner ganzen Inhaftierung hier, mußte ich die Zeit, die meine Verfahren in England (einschließlich Revision) in Anspruch nehmen und welche Erfolgschancen sie haben würden, gegen mein Bedürfnis abwägen, zu wissen, wo ich mit den Anklagen gegen mich in der BRD stehe.

Ich bin in England seit über neun Monaten in Haft. Die Länge dieser Auslieferungshaft beruht zum größten Teil auf der Verzögerungstaktik des Innenministers, meine britische Staatsbürgerschaft aufgrund meiner Heirat mit einem Engländer nicht anzuerkennen.

Ich wurde letzte Woche informiert, daß der Innenminister meine Staatsbürgerschaft nur anerkennen würde, falls ein höheres Gericht ihn dazu auffordert. Diese Ablehnung hat mich dazu gezwungen, weitere Verfahren im High Court einzuleiten, durch die der Innenminister aufgefordert werden soll, meine Staatsbürgerschaft anzuerkennen. Bis zur Klärung dieser Frage würde mein Habeas Corpus das über meine Auslieferung entscheidet nicht gehört werden. Das bedeutet unweigerlich weitere Unsi-

cherheit und Verzögerung. Nach sorgfältiger Überlegung habe ich jetzt beschlossen nach Westdeutschland zurückzukehren.

Wenn ich nach Westdeutschland zurückkehre erwarten mich erneute Haft und Anklagen aus den Jahren 1970 und 71. Ich habe die Zusicherung erhalten, daß mein Prozeß im September dieses Jahres beginnen wird. Meine Rückkehr ist daher wichtig, damit ich meinen Prozeß vorbereiten kann.

Zu Beginn dieses Jahres entwickelte Innenminister Baum eine Möglichkeit der Umkehr für Leute, die im bewaffneten Kampf verwickelt waren und mittlerweile ihre Meinung geändert hätten. In meinem Fall deutete er die Möglichkeit einer Haftverschonung an, obwohl diese Entscheidung nicht bei ihm steht.

Ich habe nicht meine Meinung geändert, ich habe mein Leben geändert. Ich bin nicht mehr Mitglied der RAF und hatte seit meiner Freilassung im Jahre 1974 keinen Kontakt mit vergleichbaren politischen Gruppen. Es liegt nun bei den Behörden, mir andere Lösungen als Rache und Strafe anzubieten. Ich bin im Jahre 1974 nach England gekommen, um ein neues Leben zu beginnen. Ich habe das getan und viele Freunde gewonnen, die mich jetzt unterstützen. Die vergangenen neun Monate haben dieses Leben abgebrochen. Ich möchte nach England zurückkehren können, doch dafür gibt es keine Gewähr, falls ich nicht die britische Staatsbürgerschaft bekomme. Ich habe deshalb meine englischen Anwälte beauftragt, das Staatsbürgerschaftsverfahren fortzusetzen.“

Poker mit Irmgard Möllers Leben

Gegen eine unglaublich brutal durchgeführte Zwangsernährung, begonnen am 11.6., trat Irmgard Möller noch am selben Tag zusätzlich in den Durststreik (seit dem 4.5. ist sie im Hungerstreik).

Daraufhin brach der zuständige Arzt, Dr. Becker, am 13.6. die Zwangsernährung ab. Hierzu gab I. Möllers Anwalt, Rechtsanwalt Frommann, folgende Begründung:

„... er beuge sich ihrem Widerstand, kapituliere und beuge sich ihrer Gewalt ... eine Zwangsernährung werde bei Irmgard Möller nicht wieder durchgeführt werden, bis sie keinen Widerstandswillen mehr hat, d.h. bewußtlos ist ... sie habe in der Haft nur eine so geringe Entscheidungsfreiheit, daß er diese Freiheit nicht noch bei einem so heroischen Entschluß einschränken könne ... jedenfalls könne bei Zwangsernährung während des Zustandes der Bewußtlosigkeit keine medizinische Garantie mehr gegeben werden. Für die Folgen habe sie dann selbst den Anlaß gegeben“ (aus Presseerklärung RA Frommann vom 15.6.79).

Klartext: Wenn Irmgard verhungert, war das ihr eigener „heroischer“ Entschluß.

Im übrigen haben der Stamm-

heimer Anstaltsleiter Hermann und Dr. Becker nach eigenem Bekunden sich die Akte Holger Meins kommen lassen ...

Irmgard schreibt zur „Durchführung“ der Zwangsernährung: „... also, sie fielen über mich her, fesselten mir die Hände auf dem Rücken ... banden mich unter wüstem Gezerre an jedem Glied/Gelenk, Grüne, Sanis usw. an Bauch, Hals, Füßen, Knie, Handgelenken auf eine Liege, setzten sich auf meine verdrehten Knie ... also bis es ihnen gelang, das linke Nasenloch zu durchstoßen und den Schlauch runterzustößen und zu füllen, ich weiß nicht wieviel, jedenfalls wurde mir wahnsinnig schlecht, schwindelig im Kopf, Herzstiche, Revolte im Bauch etc., Speiseröhre und Lunge etc. ... nachdem sie mich vollgepumpt hatten, wurde ich nicht etwa losgebunden, sondern noch fester ... ich habe versucht, da runterzukommen, zurück in die Zelle, was sie beantworteten mit höhnischen Sprüchen, nein, die ißt morgen wieder, ... die ist ja gesund usw., Hauk sich mit beiden Beinen auf mein rechtes Bein schwang und auf meinem Knie niederließ ... bin dann irgendwie weggesackt“.

Das Weggucken nannte Dr. Becker gegenüber Irmgards An-

walt „sie hat geschlafen während der Zwangsernährung“; die Stammheimer Anstaltsleitung erklärte gegenüber dpa Stuttgart, die Zwangsernährung sei abgebrochen worden, weil sie nicht notwendig (!) sei.

Die Anträge ihres Anwalts, Irmgard nach Westberlin, Hamburg oder Köln zu verlegen, wurden abgelehnt (Westberlin) bzw. gar nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen:

– Zwangsernährung unter Einkalkulierung eines erneuten Herzversagens (wie schon im März 78, als Irmgard nach dem Versuch einer Zwangsvorführung vor Gericht mit inneren Verletzungen ins Robert - Bosch - Krankenhaus eingeliefert wurde)

– jetzt Aussetzung der Zwangsernährung, Verhungern zumindest in Kauf genommen.

(alle Angaben aus Presseerklärungen von RA Frommann, bzw. nach Informationen der Anwälte).

Schluß mit dem Menschenpoker! Sofortige Haftverschonung für Irmgard Möller!

Antirepressionskommission KB/Westberlin

Zum Prozeß gegen die „Bewegung 2. Juni“

Bis zum 8. Juli ist der Prozeß wegen Krankheit des vorsitzenden Richters Geus am 15.6. ausgesetzt worden. Neuer vorsitzender Richter wird Weiß werden, berichtigt wegen seines Freispruchs für den Nazi-Richter Rehse.

Das Prozeßgeschehen der letzten 1 1/2 Monate ist weiterhin gekennzeichnet durch Verhandlung ohne Angeklagte: Ronald Fritsch, Gerald Klöpfer und Fritz Teufel waren für Wochen ausgeschlossen. Till Meyer und Andreas Vogel befanden sich vom 20.4. bis 12.6. im Hungerstreik. Am 15.6. war der einzige Angeklagte, der noch am Verfahren teilnehmen durfte, bzw. konnte, Ralf Reinders.

Was Zuschauerausschlüsse angeht, so dürfte dieses Gericht den absoluten Rekord innehaben.

Folterwochenende – jetzt rechtskräftig!

Am 21./22. Mai 1977 fand im Beisein der Staatsanwälte Dörfler und Przytarski eine Gegenüberstellung der sechs und zweier weiterer Angeklagten mit ca. 140 Zeugen in mehreren Durchgängen statt, bekannt als das Folterwochenende.

Nach Zwangshaarschnitten wurden den Angeklagten Knebelketten an die Handgelenke gelegt, die dann brutal zusammengezogen wurden, wenn die Angeklagten nicht die Pose einnahmen, die die Staatsschützer von ihnen forderten, was zu schmerzhaften, z.T. bis heute nachweisbaren Verletzungen führte.

„amnesty international“ protestierte damals gegen diese „Behandlung“ der Gefangenen (FR, 13.6.77). In der bürgerlichen bundesdeutschen Presse jedoch wurde dieser ungeheuerliche Vorgang weitestgehend verschwiegen.

Entgegen aller bisheriger Rechtsprechung und der gesetzlichen Grundlage erkannte nun der erste Strafsenat am Kammergericht im Mai das Folterwochenende als „zulässiges Beweismittel“ an. Die Argumentation des Gerichts: Promillesünden, die sich weigern, in die Tüte zu blasen, dürfe ja schließlich auch zwangsweise Blut abgezapft werden. Im Übrigen sei auch angesichts der schweren Anklagevorwürfe die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt worden. Zynischer geht's nicht mehr!

Verhandlungsfähigkeit „festgestellt“!

Daß Till Meyer aufgrund der Haftbedingungen nur begrenzt verhandlungsfähig ist, bescheinigte ihm schon vor ca. einem Jahr der Anstaltspsychiater (!) der U-Haftanstalt Moabit. Das Gericht führte dessen ungeachtet einen zusätzlichen dritten Prozeßtag ein und forderte einen weiteren Gutachter an, der T. Meyer ebenfalls nur beschränkte Verhandlungsfähigkeit bescheinigte. Das Gericht aber wußte es besser: Seiner Meinung nach war Till Meyer doch verhandlungsfähig, Gutachter hin, Gutachter her.

„Damit habe das Gericht gegenteilige ärztliche Feststellungen eines Gutachters übergangen und durch eigene ersetzt“, so Rechtsanwalt Panka in einem Ablehnungsgesuch wegen dieser Entscheidung (Tagesspiegel,

21.4.), das natürlich nicht angenommen wurde.

Der nächste Beschluß zur Verhandlungsfähigkeit kam dann am 25. Mai. Laut Gerichtsbeschuß sind Andreas Vogel und Till Meyer, die sich bereits seit dem 20.4. im Hungerstreik befanden, voll verhandlungsfähig. Im gleichen Atemzug kennzeichnete das Gericht den Hungerstreik als den Versuch einer strafbaren Nötigung. Damit sollen Hungerstreiks generell kriminalisiert werden, denn erfahrungsgemäß haben derartige Beschlüsse eine Ausrichtungsfunktion innerhalb der „Rechtsprechung“.

Befangenheit – Gibt's das überhaupt?

„Der Richter (Weiß, bislang zweiter Vorsitzender) hatte nach der Verhandlung vom 18.4., in der zwei Zeugen den Angeklagten Meyer erstmals in diesem Prozeß im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung belastet hatten, das Wort „prima“ in Bezug mit der Lorenz-Entführung belastet hatten, das Wort „prima“ in Bezug auf die Zeugen gebraucht.“ (Tsp., 25.4.79). Ein Ablehnungsgrund war diese Bemerkung von Weiß natürlich nicht.

In einer Verhandlungspause vom 25.5. wollte Rechtsanwalt Venedey nachsehen, wie eine vorausgegangene Auseinandersetzung zwischen Gericht und Verteidigung protokolliert worden war. Ein Ersatzrichter, eigens anwesend um ausgefallene Richter zu ersetzen, kam zur Protokollantin und fragte, ob die Verteidigung mittlerweile schon im Protokoll „herumfummle“. Rechtsanwalt Venedey verwies auf sein Recht als Verteidiger, das Protokoll einzusehen. Darauf der Richter: „Ich hab keine Ahnung vom Strafprozeß, ich bin Richter in Zivilprozessen“. Auch dieser Richter wurde nicht abgelehnt.

Alles keine guten Zeugen!

„Ich spreche von den Haftbedingungen in deutschen Gefängnissen, die nachweislich zum Tode führen.“ So begann am 2. Mai die Erklärung der sechzigjährigen (!) Dozentin an der Film- und Fernseh-Akademie, Esther Dayan-Olivelli. Sie bezieht sich auf den Artikel 20 des Grundgesetzes: „Alle Deutschen haben ein Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“, und verweigerte die Aussage. Das Gericht reagierte mit der Androhung von Beugehaft, ließ der Zeugin aber noch eine Woche Bedenkzeit.

Eine Woche später sagte Esther Dayan dann aus, daß sie gemeinsam mit einer anderen Frau, an deren Namen sie sich aber nicht mehr erinnere, den Laden in dem Lorenz gefangengehalten worden sein soll, angemietet hätte, wie sie das für viele Projekte der Frauenbewegung auch getan habe.

Ferner schilderte sie, wie brutal die Polizei nach der Lorenz-Freilassung mit ihr und ihrem 11-jährigen Kind umgesprungen sei.

Auch kein guter Zeuge für die Anklage war Peter Lorenz. Er identifizierte keine der Angeklagten, die FAZ meinte am 10.5., dies geschähe aus Angst vor seinen Entführern, was er aber im Prozeß klar verneinte.

Fritz Teufel wurde sogar deut-

lich entlastet: Hatte ein Zeuge noch vor kurzem ausgesagt, er habe Fritz mit Peter Lorenz in dessen Dienstmercedes rangeln sehen, so bestätigte Peter Lorenz nun, daß er zu diesem Zeitpunkt längst im Kofferraum eines anderen PKW weitertransportiert wurde.

„Ihm gegenüber - so Peter Lorenz - erklärten seine Bewacher jedoch, sie hätten die Tat (das Attentat auf den Kammergerichtspräsidenten v. Drenkmann) nicht verübt. Der CDU Politiker: „Es wurde offensichtlich der Eindruck erweckt, als operierten mehrere Gruppen der Bewegung 2. Juni selbständig.“ (Der Abend, 16.5.79). Eine interessante Aussage, die in der Lage ist, die gesamte Anklage zu erschüttern, wird doch in diesem Mammutverfahren allen Angeklagten sowohl die Beteiligung am Drenkmann-Attentat als auch die Lorenz-Entführung zur Last gelegt. Der dritte unbequeme Zeuge war Pastor Albertz, der am 2. Juni 1969

der dritte unbequeme Zeuge war Pastor Albertz, der am 2. Juni 1969 Regierender Bürgermeister in West-Berlin war. Er war 1975 mit den freigegebenen fünf Gefangenen zusammen - im Auftrag der Entführer - auf die Reise ins Ungewisse gestartet.

Er berichtete unter anderem, daß er im Frankfurter Flughafen, als er noch auf einige Gefangene wartete, bei Gesprächen in einem Nebenraum des Flughafens abgehört wurde und kommentierte dies damit, daß in diesem Staat offensichtlich auch die Rechte eines Pfarrers nicht mehr zählen.

Die Bundesanwälte „human“ wie sie nun mal sind, wollten natürlich auch gleich wissen, ob denn die Gefangenen gefoltert ausgesehen hätten. Pastor Albertz meinte darauf, die Gefangenen hätten wie Menschen ausgesehen - danach fügte er hinzu, er habe die Gefangenen nicht nackt gesehen, sei also außerstande, diese Frage zu beantworten. Er ließ dann aber den schlechten Gesundheitszustand der ausgeflogenen außer Zweifel. Als er von Till Meyer nach den Haftbedingungen gefragt wurde, zog er sich auf seine Verschwiegenheitspflicht als Pastor zurück. Weiter erklärte Albertz: Die Luftthansa-Maschine sei damals auch mit Bedacht in einem Staat niedergegangen, in dem es keine deutsche Botschaft gegeben hatte, wobei er allerdings die Schuld für militärische Fallen bei den betreffenden Staaten suchte.

Man darf gespannt sein, wie Staatsanwaltschaft und Gericht diese Zeugenaussage bewerten, um diesen Mammutprozeß dennoch mit einer - möglichst lebenslänglichen - Verurteilung der Angeklagten enden zu lassen. Daß solche Absicht besteht, kann man dem ganzen bisherigen Prozeßverlauf entnehmen.

Anti-Repr. Kommission KB-Westberlin

Zum Prozeßgeschehen gibt der „Öffentlichkeitsausschuß 2. Juni Prozeß“ die „Prozeßdepesche“ heraus, die über Claus Hebler, Postfach 4045, 1000 Berlin 30 zu beziehen ist.

Schmücker-Prozeß geht dem Ende zu

Im Revisionsverfahren des Westberliner Schmücker-Prozesses haben die Staatsanwälte im Mai hohe Freiheitsstrafen gefordert: wegen „gemeinschaftlichen Mordes“ des Verfassungsschutz-Spitzels Ulrich Schmücker im Juni '74 soll Ilse Jandt als „Rädelführerin“ zu lebenslanger Haft, Wolfgang Weißlau als angeblicher Todeschütze zu acht Jahren, die übrigen Angeklagten als Mittäter zu vier bzw. fünf Jahren Knast verurteilt werden. Diese Strafanträge entsprechen den Urteilen des ersten Prozesses. In ganzen 45 Minuten kehrte der Staatsanwalt alle Widersprüche der 15 Monate langen Beweisaufnahme unter den Teppich.

Schmücker und der Verfassungsschutz

Ulrich Schmücker wurde 1974 in linken Kreisen als VS-Spitzel enttarnt. Obwohl er sich daraufhin „bedroht“ fühlte und den VS um Hilfe und eine Waffe bat, wurde ihm dies verwehrt. Der VS beschattete Schmücker zwar, aber er unternahm nichts zu seinem Schutz. Es ist sogar so gut wie sicher, daß der VS selbst an der Tötung Schmückers über seinen Agenten Jürgen Bodeux beteiligt war.

Dieser Bodeux nun ist der „Kronzeuge“ des Schmücker-Prozesses, der die Angeklagten schwer belastet hat, und auf dessen Glaubwürdigkeit sich allein eine Verurteilung stützen könnte. Er behauptet, mit den Angeklagten gemeinsam die „Hinrichtung“ Schmückers als Rache für dessen Verrat und zur Abschreckung geplant zu haben. Bodeux wurde im ersten Verfahren zu fünf Jahren Knast verurteilt, nach etwa zweieinhalb Jahren aber wieder auf freien Fuß gesetzt (siehe hierzu auch AK 148 und 151).

VS-Skandal „zum Wohle des Landes Berlin“ vertuscht

Bereits im ersten Schmückerprozeß 1976 versuchten die Verteidiger, mehr Licht in die Machenschaften des VS im Zusammenhang mit Schmückers Tod zu bringen. Ursprünglich hatten sich sogar die polizeilichen Ermittlungen „gegen die Beamten des Westberliner Landesamtes für Verfassungsschutz (gerichtet). Die waren, wie kürzlich durch eine Zeugenaussage vor dem Berliner Landgericht bekannt wurde, aufgrund von Schmückers letzten handschriftlichen Aufzeichnungen in den Verdacht geraten, im Rahmen einer Observation Schmücker versehentlich erschossen zu haben“ (TAZ, 15.3.79). Im Prozeß aber war man bemüht, alles, was die Verstrickung und Verwicklung des VS in die Sachen berührte, von der Beweisaufnahme fernzuhalten. Zahlreiche Anträge der Verteidiger auf Zeugenvernehmung von Verfassungsschützern wurden entweder abgelehnt oder aber diese erhielten keine Aussagegenehmigung ihrer Behörde. Stereotype Begründung dafür: „Im Hinblick auf das Wohl des Landes Berlin“ sei eine Aussagege-

nehmigung abzulehnen – eine Klausel, mit der „theoretisch alle Prozesse zu steuern sind, bei deren Abwicklung es auf Beamtenaussagen ankommt“ (Spiegel, 26/76).

Nicht aussagen sollte auch der Westberliner VS-Chef Natusch. Dagegen klagten die Verteidiger vor dem Verwaltungsgericht, welches sich aber nicht für zuständig hielt. Der Schmücker-Prozeß platzte daraufhin, wurde aber weitergeführt, nachdem sich der VS dafür entschieden hatte, in diesem Fall doch lieber eine zumindest begrenzte Aussagegenehmigung zu erteilen: „Denn bei einem späteren, von Anbeginn neu aufgerollten Verfahren, hätten alle Beteiligten den dann abgeurteilten Bodeux als Zeugen (ohne Aussageverweigerungsrecht als Angeklagter, Anm. AK) befragen und vielleicht verunsichern können.“ (Spiegel, 26/76).

Ein Neubeginn des Verfahrens zwei Jahre später allerdings blieb dem VS und Bodeux nicht erspart, denn der BGH hob die Urteile des ersten Prozesses auf, weil mehrere Akten über die Aussagen Bodeux's nicht verlesen worden waren und „diese Aussagen bei verständiger Würdigung der Wahrheitsfindung dienen“ könnten.

Sind unabhängige Richter „befangen“?

Wenn die Staatsanwaltschaft eine Befragung Bodeux's durch die Verteidiger im 2.Prozeß schon nicht verhindern konnte, so mußte wenigstens ein Richter her, der die illegale Kronzeugen-Praxis wieder mitmacht. Der vorsitzende Richter der für die Neuverhandlung zuständigen Strafkammer, Bernd Poelchau, schien dafür nicht geeignet. In einem Leserbrief im „Spiegel“ nämlich „hatte Poelchau – bezogen auf ein Spiegel-Interview mit dem damaligen Generalbundesanwalt Buback – erklärt, Zusagen der Staatsanwaltschaft auf eine mildere Behandlung von Angeklagten, die ihre Mitangeklagten belasten, also 'singen würden', seien mit dem Prinzip der Unabhängigkeit der Gerichte unvereinbar.“ (Tagesspiegel, 15.9.77). Die Staatsanwaltschaft stellte deshalb einen Befangenheitsantrag und – sie hatte damit Erfolg! Begründung: „Für die Ablehnung eines Richters muß dessen Befangenheit ja nicht unbedingt nachgewiesen werden, ... vielmehr reicht es schon aus, wenn Anhaltspunkte dafür sprechen, daß ein Richter nicht mehr gänzlich unvoreingenommen ist.“ (Tsp., ebd.). Der Leserbrief Poelchau sei geeignet, Mißtrauen gegen seine Unparteilichkeit zu rechtfertigen. „Richter Poelchau – ein engagierter Jugendrichter – wurde in eine kleine Berufungskammer für Verkehrssachen abgeschoben“ (Konkret, 4/78). So viel Wert legt man also in heit ja nicht unbedingt nachgewiesen werden, ... vielmehr reicht es schon aus, wenn Anhaltspunkte dafür sprechen, daß ein Richter nicht mehr gänzlich unvoreingenommen ist.“ (Tsp., ebd.). Der Leserbrief Poelchau sei geeignet, Mißtrauen gegen seine Unparteilichkeit zu rechtfertigen. „Richter Poelchau – ein engagierter Jugendrichter – wurde in eine kleine Berufungskammer für Verkehrssachen abgeschoben“ (Konkret, 4/78). So viel Wert legt man also in diesem Land auf die „Unvoreingenommenheit“ des Richters.

Die Glaubwürdigkeit Bodeux's

Der Kronzeuge Bodeux – das hat die Beweisaufnahme des Revisionsverfahrens mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ergeben – ist ein Agent Provokateur im Dienste des Verfassungsschutzes (s. AK 148). Dies schon allein macht ihn als „reuen Sünder“ unglaublich. Schon öfters hat er seine „Genossen“ mit haltlosen Vorwürfen schwer belastet, so z.B. auch Rechtsanwalt Reinhardt, der letztes Jahr freigesprochen werden mußte.

Ungeachtet dieser Tatsachen ist Bodeux's Glaubwürdigkeit aber auch hinsichtlich der konkreten Tatversion zumindest äußerst zweifelhaft:

– Die von Bodeux angegebene Tatwaffe war nach Aussagen des ehemaligen Besitzers „gegen Kriegsende mehrere Monate vergaben. Sie lag dann bis zum Diebstahl ungebraucht und verrostet herum ... Einen Schuß daraus abzugeben wäre für den Schützen selbst gefährlich gewesen“ (Tsp., 13.3.76). Die Waffe ist heute nicht mehr auffindbar.

– Mehrere „Ohrenzeugen“ haben ausgesagt, sie hätten den Todeschuß an der „Krummen Lanke“ gehört. Sie legten unabhängig voneinander den Zeitpunkt des Schusses auf etwa 23 Uhr 45 fest. Es ist „nicht ersichtlich, wie sich dieser Zeitpunkt mit der Aussage des Mitangeklagten Bodeux ... vereinbaren läßt, nach welcher der Todeschuß um 23 Uhr 58 mit dem Zug vom Bahnhof Zoo nach Wolfsburg gefahren sei“ (Tsp., 7.4.76). Nur der Angler Fritz Schönauf will einen Schuß kurz vor 23 Uhr gehört haben (Stern, 24/76). Die Staatsanwaltschaft erklärt dazu, es seien in dieser Nacht wohl mehrere Schüsse gefallen; der Schuß, den Schönauf gehört habe, sei offenbar der Todesschuß gewesen. Eine Uhr allerdings hatte der aufmerksame Angler nicht dabei, er hatte aber angeblich gerade einen Aal gefangen, und Beißzeit für Aale (die soll man berechnen können) in dieser Nacht sei etwa um 23 Uhr gewesen ...

– Bodeux behauptet, zusammen mit Wolfgang Weißlau bereits am 4.Juni vormittags den verabredeten Tatort besichtigt zu haben. Die Mutter und Schwester von Wolfgang dagegen bezeugten, noch am Nachmittag des 4.Juni mit ihm in Wolfsburg zusammengewesen zu sein. Die Staatsanwaltschaft bezeichnete dies schlicht als eine „Lüge“ und „Schutzbehauptung“; so einfach ist das! Voraussichtlich Anfang Juli wird sich zeigen, ob sich die Beseitigung des Richters Poelchau für die Staatsanwaltschaft gelohnt hat. Dann nämlich sollen die Urteile gesprochen werden.

Westberliner
Antirepressionskommission
des KB

Westberliner
Antirepressionskommission
des KB

Sachverhalts ist dringend erforderlich, denn wenn die Panorama-Informationen stimmen, dann müßte man vermuten, daß ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes an einem Mord beteiligt war ... Wir haben hier nur einen Zipfel der möglichen Wahrheit aufgedeckt. Man möchte fast hoffen, daß wir uns irren. Denn wenn das alles so war, dann eröffnet das wahrhaft beängstigende Perspektiven über die Arbeit unserer Geheimdienste.“ („Panorama“, ebd.).

Wegen dieser neuen Informationen durch „Panorama“ mußte am 21.6. im Schmücker-Prozeß die Beweisaufnahme wieder eröffnet werden. Es sind von der Verteidigung weitere Beweisanträge zur Vernehmung von VS- und BKA-Verantwortlichen sowie Anträge auf vollständige Aktenherbeischaffung der teilweise noch immer geheimgehaltenen Akten über Schmücker und Bodeux gestellt worden.

Es wird noch einmal spannend ...

Westberliner
Antirepressionskommission
des KB

Müller/Newerla-Prozeß: Kronzeuge Unbekannt

„Herr Zeuge, wie heißen Sie?“ Der Zeuge schweigt, dafür hilft Richter Foth nach: „Der Zeuge heißt Hans-Joachim Dellwo und wurde unter diesem Namen geladen“.

In anderen Fragen ist der Herr Kronzeuge allerdings gesprächiger: am 11.6. erzählt er im Stammheimer Gerichtssaal in etwa nochmal dieselbe Story, die schon sein Vorgänger Speitel über den „Waffenschmuggel“ nach Stammheim aufgetischt hat. Daß es da keine größeren Abweichungen gegeben hat, ist nicht weiter erstaunlich: „Keiner der Prozeßbeteiligten kann ein Interesse daran haben, wenn im Prozeß zwei destabillierte Gefangene stehen, die ihre eigene Geschichte nicht angeben können“, so Dellwo in einem Schreiben, mit dem er die Zusammenlegung mit Speitel beantragte (verlesen von Rechtsanwältin Schiele am 12.6. im Prozeß). Diesem Anliegen, zusammen mit Speitel seine Geschichte aufzubauen, war die Bundesanwaltschaft auch nachgekommen. Es ist die Geschichte eines unpolitischen Menschen, der dadurch, daß sein Bruder im Knast sitzt, etwas gegen die Isolationshaft tun wollte, dann „RAF-Kurier“ gewesen sein, inzwischen aber „begriffen“ haben will, „daß man sich von der RAF nicht lösen kann, wenn man nicht aussagt“. Bzw.: „Schweigen heißt auch eine Art von Unterstützung“ (Dellwo). Und er habe mit seiner Aussage damals die Tötung Schleyers verhindern wollen (nach seinen Aussagen kennt er fast die ganze „RAF-Prominenz“ persönlich), weil es ja hätte sein können, daß durch seine Aussagen die entsprechenden Leute noch rechtzeitig vorher verhaftet bzw. „in Notwehr erschossen“ werden.

Interessanter als die Aussagen zur Sache ist die Person des Kronzeugen: Er ist seit Januar auf freiem Fuß, hat einen neuen Namen und neue Papiere, und die Widersprüche, in die er sich am zweiten Tag seiner Aussage verwickelt hat, lassen darauf schließen, daß er inzwischen – oder schon länger?? – bei der Polizei arbeitet:

Noch während seiner Haftzeit hatte er ein Gespräch mit den Bundesanwälten Lampe und Krüger, das in einem Heilbronner Hotelzimmer stattgefunden hat. D.h.: er wurde extra für dieses Gespräch aus dem Knast ins Hotel ausgeführt. Was gibt es da zu verhandeln, was nicht einmal die Knastbullen, die die Zellen überwachen, hören dürfen?

Nach diesem Gespräch hatte es noch zwei weitere Gespräche mit einem Herrn Ostermann vom BKA gegeben – kurz vor seiner Entlassung. Bei diesen Gesprächen ging es um seine persönlichen und beruflichen „Zielvorstellungen“, die der Zeuge dem Vertreter des BKA erläutert haben will. Das ist schon beachtlich, daß zweimal ein Vertreter des BKA erscheint, nur um sich die persönlichen Probleme und Berufspläne eines abgedrifteten „RAF-Kuriers“ anzuhören.

Im Januar und Februar hat er 3.500 DM bekommen, dann hat er zwei Monate „gearbeitet“, und jetzt ist er wieder „arbeitslos“. Das Geld kam von einer Polizeibehörde. Welche das war, will er nicht nennen, weil man daraus schließen könnte, in welcher Stadt er wohnt. Daß diese Bedenken berechtigt seien, wurde von Richter Foth bestätigt.

Hätte er das Geld von einem LKA bekommen, läßt das keine Rückschlüsse auf seinen Wohnsitz zu. Und einer örtlichen Polizeibehörde dürfte er wohl kaum nützlich sein. Wohnt der Herr Kronzeuge inzwischen vielleicht in Wiesbaden?

Früher hat er ja mal in Nürnberg gewohnt, und die Elisabeth von Dyck will er auch gut gekannt haben. Es wäre schon interessant, etwas mehr über das Leben und Vorleben des Herrn – wie heißt er noch? – zu erfahren.

Eine Genossin aus Baden-Württemberg

Christian Heinrich ist frei

Christian Heinrich, ZK-Mitglied der „KPD“, ist aus der Westberliner Haftanstalt Tegel nach 8 Monaten Knast freigelassen worden. Verurteilt worden war er als Presseverantwortlicher von vier Flugblättern, die während der Auseinandersetzungen um das leerstehende Krankenhaus Bethanien vor Polizeikassernen verteilt worden waren (s. auch AK 154, S.19). Das restliche Drittel seiner 12-Monatsstrafe wurde auf zweijährige „Bewährung“ ausgesetzt. Für seine Haftentlassung hatte es eine Unterschriftensammlung gegeben.

Chemical Mace in Santa Fu?



„Zur Wiederherstellung der Sicherheit und zur Abwehr schwerer Gefahren für Gesundheit von Beamten und Gefangenen“, will die Hamburger Justizbehörde im Einklang mit der für Strafvollzugsbeamte zuständigen Abteilung der ÖTV (!) die Chemische Keule jetzt auch in Hamburger Gefängnissen zur Anwendung kommen lassen.

Chemical Mace in Santa Fu?



„Zur Wiederherstellung der Sicherheit und zur Abwehr schwerer Gefahren für Gesundheit von Beamten und Gefangenen“, will die Hamburger Justizbehörde im Einklang mit der für Strafvollzugsbeamte zuständigen Abteilung der ÖTV (!) die Chemische Keule jetzt auch in Hamburger Gefängnissen zur Anwendung kommen lassen.

Um möglicher Kritik daran den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat die Justizbehörde jetzt ganz „eindeutige Vorschriften“ zur „korrekten“ Anwendung des Chemical Mace in Gefängnissen herausgegeben.

So dürfen zunächst einmal nur Beamte das Gift versprühen, die das auch gelernt haben (!). Ein Schuß aus der Sprühdose darf nur eine Sekunde dauern und nicht direkt in das Gesicht des Gefangenen gezielt abgegeben werden.

Ein Schuß darf in geschlossenen Räumen höchstens zweimal wiederholt werden. Die Entfernung zum „Zielobjekt“ darf nicht unter drei Meter, aber auch nicht über fünf Meter betragen (!) usw.

Als ob damit die Gefährlichkeit dieser Waffe abgemildert würde! Erinnern wir uns: Selbst ein für

die Herstellerfirma der Chemischen Keule erstelltes Gutachten stellte damals fest: „Die massive Besprühlung von Personen in engen Räumen kann wegen der dabei auftretenden CN-Konzentration zu lebensgefährlichen Gesundheitsschädigungen führen.“

Ist die Zelle ein enger Raum oder nicht?

Antifa-Kommission Hamburg

GSI Hamburg

fordert weniger obrigkeitliche Willkür im »freiheitlichen Rechtsstaat« und fragt alle Menschen mit Gehirn:

Werden Hamburgs Knastzellen Gaskammern?

Erst konnten sich die deutschen Einkäufer noch mit ihrer Naivität herausreden, als sie deutschen Bullen eine neue »harmlose« Waffe beschafft und US-Giftgas mischtern deutsche Steuern gezahlt hatten. Aber inzwischen muß sich die Wahrheit herumgesprochen haben: Chemical Mace kann schwere Gesundheitsschäden verursachen, in geschlossenen Räumen sogar qualvoll tödliche. Trotzdem wollen in Hamburg jetzt Politiker und Verwaltungsmenschen diese Giftgas-Keulen öfter mal in die Zellen unzufriedener Gefangener schleudern, das aber vorher von der Justizdeputation absegnen lassen. NEIN, Hände weg von der chemischen Keule ! ! ! !

Schmücker-Prozeß doch noch mal spannend

Der Verfassungsschutz muß nun doch noch einmal bängen:

In der Sendung „Panorama“ hat der Journalist Stefan Aust neue Informationen über Bodeux und den Verfassungsschutz veröffentlicht, die die These vom VS-Agenten Bodeux einmal mehr erhärten:

– „Panorama liegen Informationen vor, nach denen sechs Leute des Verfassungsschutzes in der Tatnacht in der Nähe des Tatortes eine Observation (Schmückers, Anm. AK) durchgeführt haben.“ („Panorama“, 19.6.79). Der VS war also bei der Tötung Schmückers dabei.

– „Panorama“ liegt „eine vollständige Kopie“ eines bisher geheimgehaltenen Fernschreibens des Landeskriminalamtes Düsseldorf vor, aus der hervorgeht, daß es Akten darüber gibt, daß „Bodeux für die Polizei ein guter Bekannter war“ („Panorama“, ebd.), schon lange vor dem Tod Schmückers. Interessant ist dies, weil es über Bodeux offensichtlich weitere Akten gibt, die bis heute den Prozeß-Beteiligten (allen?) nicht bekannt sind.

– Das Bundesamt für Verfassungsschutz streitet bis heute

ab, Bodeux sei jemals ein geheimer Mitarbeiter des VS gewesen. „Doch es drängen sich Zweifel auf, ob die Auskunft des Bundesamtes für Verfassungsschutz so richtig ist; Panorama stieß bei den Recherchen auf einen internen Aktenvermerk aus dem Bundeskriminalamt. Darin heißt es: „BfV, Abteilung 3, führt Personenüberprüfung durch, Führung der V-Person 4537 bei BfV. Jürgen Bodeux bei hiesiger Dienststelle unter V 34/72 registriert. Einsatz Obs-Gruppe (Observationsgruppe, Anm. AK), V-Mann-Führung koordiniert mit BfV; Führung über Köln, Reisekostenabrechnung über Köln.“

Bedeutet dieser Vermerk, daß Jürgen Bodeux unter der V-Mann-Nummer 4537 geführt wird? Bedeutet das ferner, daß Jürgen Bodeux beim Bundeskriminalamt als V-Mann unter der Nummer 34/72 registriert wird? Bedeutet der Vermerk, daß Jürgen Bodeux doch ein V-Mann ist, der von Köln, also vom Bundesamt für Verfassungsschutz geführt wurde, daß der Verfassungsschutz die Reisekosten für Bodeux übernimmt?

Die restlose Aufklärung dieses

Zum Hungerstreik der politischen Gefangenen

Vor 9 Jahren kamen die ersten Mitglieder der bewaffneten Linken in der BRD in den Knast. Seit dieser Zeit können wir den großangelegten Versuch verfolgen, diese Gefangenen durch Isolation zur Aufgabe ihrer Identität zu zwingen, anderenfalls sie zugrunde zu richten. Mit der Verlegung der Gefangenen in sogenannte tote Trakts – als erste Astrid Proll und Ulrike Meinhof in Köln-Ossendorf – wurde sehr schnell von Seiten der Behörden begonnen, die soziale Isolation zu verstärken, die Gefangenen auch akustisch von jeglichem Leben im Gefängnis abzuschließen und die optischen Reize auf ein Minimum zu drücken: weißgeölte Wände, keine Bilder, Plakate, weißes Neonlicht, vorm Fenster feinmaschiges Fliegengitter. Was toter Trakt heißt, beschreibt damals Ulrike Meinhof: „... das Gefühl, es explodiert einem der Kopf... das Gefühl, das Gehirn schrumpfte einem allmählich zusammen... das Gefühl, die Zelle führt... Um in normaler Lautstärke zu sprechen, Anstrengungen wie für lautes Sprechen, fast Brüllen... man kann die Bedeutung von Worten nicht mehr identifizieren... der Gebrauch von Zischlauten ist absolut unerträglich... rasende Aggressivität, für die es kein Ventil gibt“ (aus: Stuberger, „In der Strafsache gegen Andreas Baader...“, S. 90).

Was sich als staatliche Intention hinter der systematisch angewandten Isolation verbirgt, mag ein Zitat aus einem wissenschaftlichen Aufsatz über Isolationshaft verdeutlichen: „Sie (die Isohaft) kann tiefgreifende Änderungen der Gedanken, Stimmung und Verhaltensweise bewirken und sie beeinflusst Gefangene stark in Richtung einer Einwilligung in die Forderungen ihrer Aufseher. Systematisch angewandt mit dem Ziel, matisch angewandt mit dem Ziel, diese Auswirkungen zu erzeugen, oder über lange Zeit als Bestrafung angewandt, muß sie als Folter definiert werden“ (Dr. Lucas: Austr. und New Zealand Journal of Criminology, Sept. 76).

Seit Januar 73 versuchten die Gefangenen, in mehreren Hungerstreiks die Isolation zu durchbrechen. Für sie war das das letzte, mit dem Einsatz ihres Lebens verbundene Kampfmittel, damals noch mit der Hauptforderung: „Gleichstellung der Politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen!“ (aus: Hungerstreikerklärung vom 8.5.73).

Die Justiz reagierte eindeutig: Mehrmals entzog sie Hungerstreikenden (so Andreas Baader, Ronald Augustin, Bernhard Braun) das Wasser mit unterschiedlichen Begründungen: Mal offen als Mittel, um den Hungerstreik zu brechen (das Landgericht München am 5.6.73: „Der Entzug des Trinkwassers ist eine geeignete Maßnahme, um den Beschuldigten baldmöglichst wieder zur Nahrungsaufnahme zu veranlassen“, Kursbuch 32, S. 99), mal mit dem Zynismus von KZ-Ärzten: „Die Wasserleitung in der Zelle wird dann abgestellt. Dies aber nicht, um den Häftling durch Durst zu zwingen, Nahrung zu sich zu nehmen, sondern weil Wasseraufnahme für einen Hungernden gesundheitsschädlich (!) ist“ (FAZ, 28.5.73).

Die Zwangsernährung, von der Justiz propagandistisch bei allen Hungerstreiks als „lebensrettende Maßnahme“ verkauft wurde und wird nach Berichten aller betroffenen Gefangenen zum brutalen Disziplinierungsinstrument gemacht: Anschlagen von Händen, Füßen und Kopf, gewaltsam erzwungen von mehreren Anstaltsbediensteten, der Schlauch wird brutal durch Nase oder Mund eingeführt, was häufig zu Verletzungen führt, der Körper wehrt sich „automatisch“ gegen die Einführung von Schlauch und Brei, der Brei kommt wieder hoch, Erstickungsanfälle. Ingrid Schubert dazu: „Als die Mästung vorbei war, war mein ganzer Körper gelähmt, eine Art Muskelkrampf, ich konnte mich überhaupt nicht bewegen, die Hände waren vollkommen verkrampft, ich sah aus wie

ein Spastiker. Diese Lähmung hat ungefähr eine halbe Stunde gedauert.“

Holger Meins verhungerte während des 3. Hungerstreiks am 9.11.74. Drei Wochen lang hatte sich die Bundesanwaltschaft geweigert, einem Beschluß des OLG Stuttgart nachzukommen, ihn nach Stammheim zu verlegen. Der zuständige Anstaltsarzt, Dr. Hutter, hatte am Todestag die Zwangsernährung, bei der H. Meins schon zuvor zuwenig Kalorien zugeführt worden waren, ganz abgebrochen – er fuhr in Urlaub. Richter Prinzing – obwohl informiert – weigerte sich, den lebensbedrohlichen Zustand von H. Meins zur Kenntnis zu nehmen.

Eher nahm der Staat Tote in Kauf, als auf die Forderungen der Gefangenen einzugehen: So gelang es nie, die Isolation grundsätzlich aufzubrechen. Dies, obwohl seit dem Frühjahr 1974 in zahlreichen medizinischen und psychiatrischen Gutachten die schweren gesundheitsschädlichen bis lebensbedrohlichen Auswirkungen immer wieder festgestellt wurden, Anfang 74 sogar der Haftbefehl gegen Astrid Proll ausgesetzt werden mußte. Erreicht wurden Zugeständnisse nur gegenüber einzelnen Gefangenen (z.B. Verlegung von Ulrike Meinhof aus dem toten Trakt) und nach dem Hungerstreik 74 die von Knast zu Knast unterschiedlich gehandhabte „Kleingruppenisolation“, eine nur scheinbare Erleichterung: „Da durch die Kontakte jeweils nur zwei oder ganz wenige Gefangene zusammengeführt werden, ist eher mit der Entwicklung zusätzlicher psychischer Probleme zu rechnen, die aus Überfrachtung der Beziehungen und aus Abhängigkeit resultieren, auch wenn die angeordneten Freizügigkeiten selbst zunächst als Erleichterung erlebt werden“ (Prof. Rasch: Monatschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Juni 76).

Nur einmal, während des 4. Hungerstreiks 1974, bekamen die Stammheimer Gefangenen die Zusage von Rebmann (damals noch Staatssekretär) zur Bildung einer „Interaktionsfähigen Gruppe“ (s.u.) von 15 Gefangenen. Erst zwei Monate später wurde die Zusage zur Hälfte eingelöst – durch Zusammenlegung einer Gruppe von acht Gefangenen, die nur einen guten Monat später – Ponto war soeben gestorben – nach einem brutalen Überfall eines Rollkommandos von 40 „Grünen“ (Anstaltsbeamten) schon wieder gezielt zerschlagen wurde; daraufhin wieder Totalisolation der Gefangenen – ohne Umschluß, Hofgang und Besuche. Einen Monat später wird an ihnen die Kontaktsperre praktiziert, noch einen guten Monat später sind Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe tot, Irmgard Möller schwer verletzt. Nur drei Wochen später kommt Ingrid Schubert – auch aus der ehemaligen Achtergruppe und inzwischen nach Stadelheim verlegt – zu Tode.

So entwickelt sich die Bilanz der nunmehr neunjährig praktizierten Isolation zu einer Todesbilanz: Katharina Hammerschmidt, Holger Meins, Siegfried Haussner, Ulrike Meinhof, die 4 Stammheimer und Stadelheimer Toten. Ferner: Astrid Proll, Werner Hoppe und Herbert Soffel bis zum Rande des Todes gebracht und erst dann entlassen. Und heute: Günther Sonnenberg schwer krank, Irmgard Möller in Lebensgefahr.

Diese Entwicklung hatte leider wenig Resonanz in der demokratischen und auch speziell in der linken Öffentlichkeit. Auch der jetzige Hungerstreik wird immer noch von nur wenig Öffentlichkeit begleitet (eine regelmäßige Berichterstattung findet sich jedoch in der „Tageszeitung“) – obwohl es genug Anzeichen gibt, daß die Justiz bereit ist, Tote wiederum in Kauf zu nehmen: Irmgard Möllers Anstaltsarzt, Dr. Becker, gab bekannt, bei ihr keine Zwangsernährung mehr durchzuführen, bis sie bewußtlos ist, weil „er sich ihrem heroischen Widerstand beuge... sie habe in der Haft nur eine so geringe Entscheidungsfreiheit, daß er diese Freiheit nicht noch bei einem so heroischen Entschluß einschränken könne“ (lt. Presseerklärung von RA Fromman vom 15.6.79).

Ähnliches verbreitete Bundesanwalt Völz schon zuvor im Westberliner Lorenz-Drenkmann-Prozess: „Letztlich sei es nicht möglich, jemandem einen Selbstmord zu verbieten“ („Tsp.“, 7.6.79).

Die zurückhaltenden Reaktionen der Linken verdrängen leicht, daß es für die Gefangenen um ihr Leben als Menschen geht, und daß es zu den elementaren Aufgaben der Linken und anderen Demokraten gehört, Menschenrechte gerade für die Gefangenen zu erkämpfen. Das gilt prinzipiell und läßt sich nicht aufrechnen gegen eine Ablehnung der Politik der RAF. Insofern unterstützen wir vorbehaltlos die Forderungen des Hungerstreiks, die sich gegen die mörderischen Haftbedingungen richten:

- Freilassung von Günther Sonnenberg und Irmgard Möller
- Abschaffung der Isolationsbunker und -trakts
- Aufhebung der Informationsbeschränkungen und der Trennscheibe!

Interaktionsfähige Gruppen, Genfer Konvention oder Normalvollzug?

Von hier ausgehend halten wir es gleichzeitig für unumgänglich, uns mit den weiteren Forderungen des Hungerstreiks und der damit zum Ausdruck kommenden Strategie auseinanderzusetzen. Problematisch scheint uns die Forderung nach Zusammenfassung der Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen. Diese Forderung geht zurück auf Überlegungen des schon erwähnten Prof. Rasch, der – solange Sicherheitsbedenken gegen die Eingliederung in den Normalvollzug sprechen würden – die Zusammenfassung von politischen Gefangenen zu Gruppen von 15 bis 20 in Spezialabteilungen verschiedener Haftanstalten als Möglichkeit sieht, schlimmste Auswirkungen der Isolation zu verhindern, da in solch einer Gruppe „ein soziales Feld angeboten (würde), das ein realisierbares Maß an Interaktion erlaubt“ (in: Monatschrift, s.o.).

Es handelt sich beim Aufgreifen dieser Forderung offensichtlich um ein „Kompromißangebot“ der Gefangenen, um Erleichterungen bei insgesamt noch aufrechterhaltener Isolation durchzusetzen.

Deutlicher noch wird dies bei der in einigen Hungerstreikerklärungen aufgeführten Minimalforderung nach Anwendung des „Berliner Modells“, daß heißt den Haftbedingungen der ge-

fangenen Frauen in Berlin“, da hier statt fünfzehn nur fünf bis sechs Frauen gemeinsamer Umschluß und Hofgang gewährt wird.

Es ist unbestreitbar, daß für Gefangene in Einzel-, Zweier- oder Dreierisolation die Erfüllung dieser „Kompromißforderung“ das Leben im Knast etwas erträglicher machen würde; wir halten es auch für ein selbstverständliches Recht der Gefangenen, daß sie mit den Gefangenen Umschluß und Hofgang haben, mit denen sie sich verstehen. Allzuoft wurden unter dem Firmenzeichen „Integration in den Normalvollzug“ politische Gefangene mit „normalen“ Gefangenen zusammengebracht, die sich als Spitzel oder Provokateure herausstellten – Irmgard Möller oder P.P.Zahl etwa wurden von solchen Gefangenen Waffen angeboten – oder es wurde der tägliche Hofgang mit ständig wechselnden Gefangenen durchgeführt, so daß soziale Kontakte gar nicht erst entstehen konnten. Wenn wir trotzdem eine gewisse Problematik in der Forderung nach interaktionsfähigen Gruppen sehen, dann deswegen, weil diese unserer Meinung nach nicht nur aus der Perspektive beschränkter und auch vorübergehender Erleichterungen – mit der Zeit wird auch in einer Gruppe von 15 Gefangenen der Isolationsdruck immer unerträglicher – beurteilt werden kann. Denn diese Forderung impliziert eben auch die Festschreibung einer Sonderbehandlung politischer Gefangener. Demgegenüber gilt es unserer Meinung nach zu erreichen, daß die politischen Gefangenen eine Kommunikation auch mit den „normalen“ Gefangenen aufbauen und sich gemeinsam mit ihnen gegen unmenschliche Haftbedingungen zu Wehr setzen können.

In den ersten Hungerstreiks wurde auch noch die strategische Forderung nach „Gleichstellung der politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen“ aufgestellt. Inzwischen ist diese aber ersetzt worden durch: „Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention und der anderen internationalen Konventionen über die Behandlung von Gefangenen aus den anticolonialistischen Widerstandsgruppen“.

In diesem Genfer Abkommen vom August 1949 wird völkerrechtlich die Behandlung von Kriegsgefangenen unter Beachtung minimaler Menschenrechte geregelt. Es stimmt zwar, wenn die RAF in der Begründung zu dieser Forderung schreibt, daß „alle anderen Versuche, die Minimalklauseln der Menschenrechte in der Behandlung dieser Gefangenen in der Bundesrepublik durchzusetzen, gescheitert sind“ (RAF-Texte, S. 569). Gleichwohl geht die mit der Berufung dieses internationalen Rechts verknüpfte Hoffnung meilenweit an der Realität vorbei. Nicht einmal be-

Westberlins Justizsenator Meyer nutzte den Hungerstreik und erläuterte auf einer Pressekonferenz das Konzept für den im Herbst diesen Jahres fertiggestellten Hochsicherheitstrakt im Westberliner Knast Moabit, hübsch aufpoliert als „eine Art Wohngruppenvollzug“ mit „möglichst viel Sicherheit nach außen; möglichst viel Freizügigkeit drinnen“ („Tsp.“, 8.6.79), so daß sich die „TAZ“ schon zu der optimistischen Frage veranlaßt sah: „Hungerstreik der politischen Gefangenen – Erste Erfolge in Berlin?“ („TAZ“, 8.6.79). Was da „Erfolg“ genannt wird, stellt sich als totale Auslieferung der Gefangenen an die Verfügungsgewalt des Staates heraus: Laut „FR“ vom 8.6. können zwischen drei bis sieben Haftplätze zu Wohngruppen zusammengefaßt werden, die untereinander streng isoliert sind, und ebenso beliebig „bestimmte Gefangene auseinander gelegt werden“. Es liegt also jederzeit im willkürlichen bzw. planvollen Ermessen der Behörden, die Isolation für die Gefangenen zu lockern oder zu verschärfen – ein ideales Druck- und Disziplinierungsmittel. Da stets im Zusammenhang mit den „Wohngruppen“ von Haftplätzen statt Gefangenen die Rede ist, ist es wohl realistisch anzunehmen, daß Gefangene auch alleine in „einer Wohngruppe mit drei bis sieben Haftplätzen“, also in Totalisolation untergebracht werden können.

Neben der völligen Abschottung des Trakts vom übrigen Knast dürften – nach den Erfahrungen aus dem bereits belegten Hochsicherheitstrakt in Celle – auch die einzelnen Zellen in Angleichung an eine „Camera Silens“ untereinander und nach außen völlig abgeriegelt sein: d.h. nicht zu öffnende, geräuschundurchlässige Panzerglasfenster, luftdichte, nur undefinierbare Geräusche durchlassende Türen, hellgestrichene Wände, Neonlicht, Betonfußboden ... (siehe ausführlicher dazu AK 152).

Schon zugegeben hat Senator Meyer, daß zumindest die Flure mit Fernsehkameras und eingebauten Mikrofonen überwacht werden („FR“, 8.6.79). Ferner werden vier Justizbeamte auf einen Gefangenen statt wie im Normalvollzug ein Beamter auf drei Gefangene kommen („Neue“, 25.4.79). Eine perfekte Kontrolle, die es den Behörden jederzeit ermöglicht, gezielt in die Verhältnisse und Auseinandersetzungen der Gefangenen untereinander einzugreifen und so den psychischen Druck auf die sogenannten Wohngruppen immens zu steigern, zumal gleichzeitig Meyer lockt: „Sobald sich jemand lossagt vom Terrorismus, wird er sofort in den normalen Vollzug verlegt.“ („Tsp.“, 8.6.79).

Nicht auszudenken, was in diesem, vom Knastleben eh schon abgeschotteten Bereich passieren kann, wenn bei einer erneuten Kontaktsperre auch jegliche Verbindung nach draußen abgeschnitten ist: Wer verhindert dann „Selbstmorde“ nach Stammheim – Art?

Angesichts der aktuellen Bedrohung durch die Hochsicherheitstrakte halten wir es für absolut vordringlich, für die Gefangenen wie für die demokratische Öffentlichkeit draußen, diesen perfekten Knast im Knast zu verhindern. Das liegt im Interesse aller: der politischen Gefangenen, die als erste da rein gesteckt werden, aller anderen Gefangener, denen bei Widerstand gegen die Justiz dasselbe droht; und der Linken draußen – denn für sie werden schon die entsprechenden Zellen mitgebaut. Bis 1982 sollen allein in Westberlin 90 Plätze „zur Verfügung stehen“ – bei derzeit „nur“ 18 politischen Gefangenen.

Weg mit den Hochsicherheitstrakten!
Kein Knast im Knast!

Antirepressionkommission Westberlin





Berufsverbot für Jens Scheer

Bremen: Am 7. Juni verhängte die Disziplinarkammer auf Antrag des Bremer Senats gegen Prof. Jens Scheer Berufsverbot. Damit wurde erstmals ein verbeamteter Professor aus dem Dienst entlassen.

Als Begründung führte das Gericht Flugblattverteilung, Zeitungsverkauf, Plakatkleben und Kandidatur zu Bürgerschafts- und Bundestagswahlen für die „KPD“ sowie die Beeinflussung von Studenten außerhalb des Dienstes. Die Kammer bescheinigte ihm weiterhin, daß er nicht einfaches Mitglied der „KPD“ sei, sondern sich „nachhaltig öffentlich an hervorragender Stelle für die KPD eingesetzt“ habe. Ausdrücklich wurde in der Urteilsverkündung hervorgehoben, daß seine Beteiligung an der Verhinderung einer RCDS-Veranstaltung (Studentenorganisation der CDU) und „Indoktrination“ im Dienst nicht bedeutsam gewesen sei. Es sei gar nicht erforderlich, daß er sich strafbar gemacht habe, seine exponierte Stellung in der „KPD“ reiche für eine Dienstverletzung aus.

„Steuerung“ in der „KPD“ reichte nur eine Dienstverletzung aus.

Damit straft die Disziplinarkammer allem „Liberalisierungs“gerede des Bremer Bürgermeisters und stellvertretenden SPD-Vorsitzenden, Koschnik, Lüge. Dieser hatte noch am 16.10.78 in einer Dokumentation behauptet: „Wer mit Gewalt Meinungsfreiheit und damit ein grundlegendes Element unserer Verfassungsordnung unterbindet, hat im Öffentlichen Dienst keinen Platz. Ausschlaggebend ist nicht, daß S. die KPD unterstützt. Mit seiner Ankündigung in diesem Bestreben auch die Studentenschaft zu beeinflussen, hat er „Indoktrination“ angekündigt.“ Zu einfach würde man es sich machen, nur einen Gegensatz zwischen diesen beiden Entlassungsgründen zu konstatieren. Zwar sind die Begründungen unterschiedlich, hat der Bremer Senat die scheinbar liberalere Seite gewählt, indem er nicht die Mitgliedschaft als Entlassungsgrund angibt. Allerdings ist das Gericht in seiner Entscheidung an die Bremer Gesetze zur Behandlung „Radikaler im Öffentlichen Dienst“ gebunden und hat mit seiner Entscheidung nur bewiesen, daß auch nach der angeblichen Liberalisierung Entlassungen wegen Parteizugehörigkeit betrieben werden. Daß die Disziplinarkammer diesen Weg gewählt hat und nicht den scheinbar „eleganteren“ (Entlassung wegen „Straftaten“, der gewaltsamen Verhinderung einer

RCDS-Veranstaltung in der Uni), zeigt aber auch, daß es Widersprüche innerhalb des Staatsapparats zur Behandlung der „Radikalenfrage“ gibt. Grundsätzlich haben Koschnik und die SPD nichts gegen die Entlassungsbegründung einzuwenden. Taktisch allerdings umso mehr, da damit wieder ein Stück Glaubwürdigkeit gegenüber der demokratischen Bewegung zu Bruch gegangen ist. Insofern darf man gespannt auf die Stellungnahme der SPD sein.

Ausgezeichnet hat sich dieses Disziplinarverfahren durch eine star-

ke Solidaritätsbewegung an der Uni. Zwei Hochschullehrer übernahmen die Verteidigung (Prof. Richter, Literaturwissenschaftler, als Laienbeistand und Prof. Preuß, Rechtswissenschaftler, als Anwalt). Selbst der Uni-Präsident, Wittkowsky, wandte sich gegen die Entlassung, auch wenn dies für ihn kein Fall ist, durch den die Scheinheiligkeit des Liberalisierungsgeredes der SPD entblößt wurde. Auch die Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA), deren Mitarbeiter Jens Scheer ist, hat eine Protestresolution verfaßt, die wir im folgenden abdrucken:

**Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA),
8. 6. 79:**

Protestresolution

Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben!

Wir protestieren entschieden gegen den Beschluß der Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Bremen, daß unser Mitglied Jens Scheer aus seinem Beruf als Professor für Atomphysik entlassen werden soll. Dies ist die erste politische Entlassung eines Professors in der Geschichte der BRD.

Es heißt in dem Urteil als Begründung, daß Jens Scheer für die KPD Flugblätter verteilt, die Zeitung verkauft, ein Plakat klebt und zur Bundestagswahl kandidiert habe und daß er versuche, außerhalb des Dienstes Studenten von seiner politischen Ansicht zu überzeugen.

Über die Tatsache hinaus, daß dadurch ein kritischer Wissenschaftler mundtot gemacht und an der Ausübung seines Berufs gehindert werden soll, hat dies Urteil grundsätzliche Bedeutung: Es schränkt die Freiheit der po-

litischen Betätigung für im Öffentlichen Dienst Beschäftigte auf ungeheuerliche Weise ein.

Das Gericht begründet den Beschluß gerade nicht mit den Behauptungen, die der Bremer Senat bei seinem Entlassungsantrag in den Vordergrund geschoben hat, daß Jens Scheer ein „Gewalttäter“ sei und daß er als Hochschullehrer seine Studenten „indoktriniere“.

Es stellt vielmehr ausdrücklich fest, daß er nicht innerhalb des Dienstes indoktriniere und auch sonst ihm keine strafbaren Handlungen vorzuwerfen seien. Damit ist durch Gerichtsbeschluß festgestellt: Man wird in Bremen aus genau den Gründen entlassen, von denen der Bremer Bürgermeister Koschnik behauptet, sie seien in Bremen kein Entlassungsgrund. Wir fordern den Bremer Senat auf, den Antrag auf Entlassung von Jens Scheer zurückzuziehen.

Ich unterstütze diese Protestresolution

Name: _____
Adresse: _____
Beruf: _____
Unterschrift: _____

Hamburger CDU auf Kommunistenjagd

Wie im letzten AK angekündigt, hat die Hamburger CDU die positive Entscheidung der Deputation der Schulbehörde, 16 linke Lehrer zu verbeamten, zum Anlaß genommen, dieses Thema in der Bürgerschaftssitzung vom 14.6.79 auf die Tagesordnung zu setzen.

Ihre Sprecher Kelber, Lattmann und Fischer warfen der SPD vor, sie weiche vor den in den Staatsdienst drängenden Kommunisten zurück. Sie verbanden ihre Vorwürfe mit der Forderung nach dem Rücktritt des verantwortlichen Schulsenators Grolle. Kennzeichnend für die Hetzkampagne der CDU ist, daß sie sich einzelne Lehrer herausgreift und diese mit den übelsten Beschimpfungen und Vorwürfen bombardiert.

Im beschriebenen Falle wurden drei DKP-Lehrer namentlich genannt (unter ihnen der Schriftleiter der „Hamburger Lehrerzeitung“ (GEW), U. Hergenröder), die als hochkarätige DKP-Funktionäre bezeichnet wur-

den. Hergenröder wurde unterstellt, er mißbrauche die „Hamburger Lehrerzeitung“, um so verdeckt DKP-Propaganda unter Hamburgs Lehrern zu verbreiten. Hergenröder wurde als Public-Relation Manager der DKP diffamiert. Alle 16 betroffenen Lehrer würden tagtäglich in Hamburgs Schulen mit Flugblättern und anderen Mitteln agitieren. Grolle liefere die jungen Menschen Agitatoren und politischen Verführern aus.

Die Sprecher der SPD, Grolle, Bürgermeister Klose und SPD-Fraktionschef Hartmann wiesen die Angriffe zurück und stellten sich hinter die Entscheidung der Deputation. Klose zog sogar die Verbindung zu den Sozialistengesetzen und sprach davon, daß die CDU aus dem hundertjährigen Versagen der Konservativen nichts gelernt habe. Sie „setze eine Konfrontation fort, die für die Deutschen schon mehrfach verhängnisvolle Folgen gehabt hätte.“

Dies aus dem Mund von Klose, der selbst über 100 Berufsverbote in Hamburg zu verantworten hat, klingt schon recht merkwürdig. Fraktionssprecher Hartmann wandte sich mehr an die rechten SPD-ler und machte deutlich, daß man sich geschlossen hinter Grolle stellen müsse. Er verwies auch darauf, daß noch einige Disziplinarverfahren in anderen Fällen liefen. Mit anderen Worten: Wir sorgen schon dafür, daß die „Schlimmsten“ draußen bleiben, die Berichte der vorliegenden 16 Fälle waren (leider) so, daß man ihnen nichts Konkretes vorwerfen konnte.

Am 27.6.79 tagt nun der Beamtenernennungsausschuß, und wir dürfen gespannt sein, was sich die CDU noch alles für Verzögerungstaktiken einfallen läßt, um die Verbeamtung wenigstens einiger der 16 Lehrer noch weiter hinauszuziehen.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen

Ansbach: Bei Bahn und Post hagelt es weitere Berufsverbote. So soll der Ansbacher Fernmeldehandwerker, Hans W., weiterhin wegen seiner Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP nicht eingestellt werden, obwohl ihm seine fachliche Qualifikation ausdrücklich bestätigt wurde. Trotz zweier Anhörungen seien die Zweifel an seiner Verfassungstreue nicht ausgeräumt.

Marburg: Auch der Postbeamte Rainer L. mußte erneut eine Anhörung über sich ergehen lassen. Während der Anhörung bekundeten ca. 100 Personen mit einer Demonstration vor dem Gebäude ihre Solidarität mit dem Betroffenen.

Augsburg: Mit anmaßenden Ausfällen reagierte die Bezirksregierung von Schwaben auf den Einstellungsbeschluß des Arbeitsgerichts Augsburg zugunsten der mit Berufsverbot belegten Lehrerin Christina L.-A. Frank Sieber (CSU), schwäbischer Regierungspräsident, sprach dem Arbeitsgericht die „für solches Urteil erforderliche Qualifikation“ glattweg ab. Er selbst und seine Beamten verfügten in weit höherem Maße über die Voraussetzungen, um Theorie und Praxis von Kommunisten und ihren Freun-

den „in richtiger Weise zu beurteilen“. Als Beispiel führte Sieber die öffentliche Stellungnahme der Lehrerin an, es sei für sie selbstverständlich, „mit jedem, also auch mit Kommunisten, zusammenzuarbeiten, wo es darum geht, für soziale Gerechtigkeit, für die Demokratie und den Frieden einzutreten.“

Diese Aussage, so CSU-Sieber, sei „der Beweis dafür, daß sich die Haltung von Frau Lichtwarck in keiner Weise geändert hat, denn man weiß ja, in welchem Sinne Kommunisten Worte wie Demokratie und Frieden benutzen.“ (nach „Die Neue“, 16.6.79).

Paris: Erfolgreich waren die Proteste gegen das Berufsverbot für Pierre Boisgontier. Der Vertrag des Wissenschaftlers aus Grenoble sollte nach 16 Jahren nicht verlängert werden, da er „sozialgefährlich“ sei. Als Beispiele für seine „Sozialgefährlichkeit“ wurde ihm u.a. angelastet, daß er Mitglied verschiedener linker Organisationen gewesen sei, in einer Wohngemeinschaft lebe und einen linken Verlag mitgegründet habe.

Nach zahlreichen Protesten wurde ihm jetzt mitgeteilt, daß er mit der Verlängerung seines Arbeitsvertrages in den nächsten Tagen rechnen könne.

Berufsverbote-Kommission,
Hamburg

Landesjugendämter fordern Legalisierung der „Schwarzen Listen“ für Erzieher und Sozialarbeiter!

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die Landesjugendämter schwarze Listen über Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen führen und austauschen — wenigstens diese Praxis bislang offiziell in Abrede gestellt worden ist. Dem Abdruck einer Presseverlautbarung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter im April-Mitgliederrundbrief der AFET (Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe) ist zu entnehmen, daß die Existenz der berüchtigten Listen von den Landesjugendämtern nunmehr indirekt zugegeben wird:

„Dateien“ seien aus sogenannten „Warnmeldungen“ der Anstellungsträger zusammengestellt worden, um insbesondere Heime vor der Einstellung sogenannter „ungeeigneter Erzieher“ zu bewahren; lies: politisch ungeeignet, kritisch, fachlich ungeeignet, weil abweichend von den Trägervorstellungen und -Interessen! BRDweit ist damit das Berufsverbot für auffällig kritische Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen — fast — perfekt.

Nun möchten die Landesjugendämter das Berufsverbot absolut perfektioniert sehen: Unter der faden-scheinigen Begründung des Datenschutzes und in selbstgefälliger Offenheit über die unzureichende Wirksamkeit des Verfahrens, empfehlen die Landesjugendämter nun, künftig von

solchen „Warnmeldungen abzusehen“. Und die große „Alternative“ soll heißen: Das gesetzlich verbriefte Recht, „Personen, die wegen Verfehlungen gegenüber Kindern oder Jugendlichen oder aus sonstigen Gründen (!) für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen ungeeignet sind, eine Tätigkeit (im Bereich der Heimaufsicht) vorübergehend oder auf Dauer zu untersagen.“

Übrigens: Die „Warnmeldungen“ bleiben natürlich, heißen künftig aber schlicht „Berichte“; und damit bleibt natürlich auch das wechselseitige Informationsverfahren zwischen Heimen und Landesjugendämtern.

Der „große Unterschied“ besteht darin, daß die Landesjugendämter künftig dann den legalisierten Status erhalten wollen/sollen, sogar Dauerberufsverbote gegen unbequeme, weil kritische Mitarbeiter auszusprechen!

Vollständige Vernichtung der
Schwarzen Listen!

Ein Kieler Genosse

Anmerkung: Informationen nach „Neue Praxis Aktuell“, Juni 1979 (ein im Luchterhand-Verlag erscheinendes Informationsblatt für Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Sozialpolitik)

Radikalerlaß für Muschelzähler

Kiel: Für einen Vertrag als wissenschaftliche Hilfskraft mußte sich der Student Klaus K. beim Personalschef der Uni Kiel einem Anhörungsgespräch unterwerfen: „Es entpuppte sich als eine Anhörung über meine Verfassungstreue!“ Nun vermutet man sicherlich, daß Klaus K. Zugang zu geheimen Forschungsprojekten oder zu den Direktorenzimmern haben würde. Aber weit gefehlt: „Der Vertrag umfaßt lediglich einen 75 Stunden Arbeitsauftrag. In meinem Fall Muscheln sortieren und zählen, bei mir zu Haus, für die Meeresbiologie.“ Was wie eine Satire klingt, wie das Werk eines über-eifrigen Radikalenjägers, ist dennoch schon alltägliche Praxis. Allein am Institut für Meeresbiologie in Kiel gibt es mindestens 6 Fälle, in denen Studenten wegen politischer Gründe nicht

eingestellt oder entlassen wurden. Bisher wurde den jeweiligen Professoren mitgeteilt, daß der-oder diejenige nicht eingestellt werden dürfe, die Begründung mußte er dann selbst zimmern.

Jetzt wurde der nächste Schritt zum Anhörungsverfahren getan: „Ich frage mich: worin würde die Gefahr bestehen, wenn ein Radikaler zu Hause Muscheln zählt? Fehlt hier nicht eine neue Qualität der Gesinnungskontrolle traurige Blüten? Wie weit soll die heutige Berufsverbotepraxis noch ausgedehnt werden? Diese Frage habe ich an die Öffentlichkeit und die Behörden.“ (Alle Zitate aus einer Presseerklärung des Betroffenen.) Diese Frage erübrigt sich auch dadurch nicht, daß Klaus K. doch noch weiter Muscheln zählen darf.

Ein Genosse aus Kiel





Militarismus Antimilitarismus



„Die Fälle sprechen für sich“

— zum Bericht des Wehrbeauftragten —

Am 6. März dieses Jahres hat der Wehrbeauftragte des westdeutschen Bundestages, Karl-Wilhelm Berkhan, seinen Jahresbericht für 1978 veröffentlicht. Der Wehrbeauftragte soll offiziell den täglichen Dienstbetrieb der Bundeswehr überwachen. Er übt aber keineswegs eine Kontrolle für die demokratische Öffentlichkeit aus, sondern sieht seine Aufgabe vielmehr darin, durch die Verbesserung der Inneren Führung, die Einsatzbereitschaft der Truppe (zu) stärken (Jahresbericht 1978, S.3).

Nichtsdestotrotz mußte Berkhan über die Grundrechte der Soldaten feststellen, daß ihm 1978 „mehr als in den ersten Jahren (seiner) Amtszeit Grundrechtsverletzungen von Gewicht zur Kenntnis gelangten“ (S.6). Er selbst gab dabei zu, daß ihm „womöglich nicht einmal die schwersten Mißgriffe bekannt geworden“ seien (S.6).

Berkhans Enthüllungen gegenüber dem Deutschen Bundestag sind immerhin wichtig genug, um hier zitiert zu werden:

„Nach vorangegangenen Alkoholgenuß mißhandelten ein Unteroffizier und ein Fahnenjunker in einem Aufenthaltsraum ihrer Kasernenunterkunft einen den UvD-Dienst versiehenden Unteroffiziersanwärter... Der UvD sollte „Grundstellung“ einnehmen und wurde dabei durch Schläge mit dem Gummiknüppel vom Unteroffizier „korrigiert“, im folgenden wurde er mit weiteren Schlägen und Fußtritten mißhandelt. Als der UvD fliehen wollte, wurde er von neuem geschlagen und mußte nach Aufforderung des Fahnenjunkers kniend um „Gnade flehen“. Danach gelang es dem UvD, sich den Mißhandlungen zu entziehen, die insgesamt etwa eine Stunde gedauert hatten. Er erlitt eine Gehirnerschütterung, Schwellungen an Hand und Kopf, offene Wunden am Kopf sowie Prellungen am Rücken und mußte für 18 Tage in stationärer Behandlung im Krankenhaus verbleiben.“ Der Unteroffizier wurde aufgrund dieser Vorfälle aus der Bundeswehr entlassen und erhielt ein Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung.

„Ein Kompaniechef nahm einen zu einer Mob-Übung einberufenen angehenden Gefreiten der Reserve, der den Gehorsam verweigert hatte, vorläufig fest... der Kompaniechef (gab) einem Untergebenen den Befehl, den nur mit Unterhemd, Unterhose und Socken Bekleideten an die Sitzbank eines im Freien stehenden Unimogs mit Hilfe von Handschellen zu fesseln; die Handschellen hatte sich der Kompaniechef von der Polizei besorgt. Nach etwa zwei Stunden erhielt der erheblich frierende Soldat Schuhe und Schlafsack. Die Temperatur betrug etwa acht bis elf Grad Wärme. Der Soldat war von etwa 23.00 Uhr bis 10.00 Uhr des folgenden Tages an das Fahrzeug gekettet...“ Der Offizier, gegen den außerdem ein disziplinarisches Verfahren verhängt wurde, bekam im Strafprozeß fünf Monate Knast - natürlich auf Bewährung.

„Ein wehrpflichtiger Stabsarzt ließ insgesamt 17 Soldaten, die sich aus verschiedenen Gründen krank gemeldet hatten, harntreibende Mittel und destilliertes Wasser intramuskulär durch unterstelltes Sanitätspersonal spritzen, um die Soldaten durch den dadurch hervorgerufenen Schmerzreiz von übertriebenen Schilderungen ihrer Beschwerden abzuhalten...“ Etwa viereinhalb Monate konnte er diese „Praxis“ ausüben, „um sich des eigenen Freizeitvorteils wegen die Patienten vom Hals zu halten.“ Das Urteil: zwei Jahre auf Bewährung.

„Ein Soldat beklagte sich, in seiner Einheit würden Soldaten bei Schießübungen mit Manövermunition und Luftgewehr als Zielscheibe mißbraucht. Nach meinen Feststellungen hatte ein Stabsunteroffizier mit einem Luftgewehr aus einer Entfernung von ungefähr 15 Metern auf einen Rekruten geschossen...“ Die

Folgen: Der Stabsunteroffizier wurde nur in eine andere Einheit versetzt. Im Zivilprozeß erhielt er vier Monate - natürlich auf Bewährung.

Ein Oberfeldwebel machte „auf der Standortschießanlage mehrfach Zielübungen auf Soldaten“ und beschuß „sie aus einer Entfernung von drei bis fünf Metern mit Manövermunition. Anschließend habe er ... „umfallen“ befohlen. Derselbe Oberfeldwebel habe einem anderen Soldaten mit der Hand ins Gesicht, einem weiteren mit dem Tennisschläger vor die Stirn geschlagen, ... und drei Untergebene ins Gesicht getreten ... Die bisherigen disziplinarischen Ermittlungen ergaben, daß die Unteroffizierskameraden von den Vorfällen weitgehend Kenntnis hatten, aber teilweise aus überzogenem Respekt, teilweise aus Kameradschaft oder aus dem Bewußtsein der eigenen Verstrickung in einzelne Vorgänge von Meldung abgesehen zu haben. Den Soldaten erschien es weitgehend zwecklos, eine Meldung zu erstatten...“ Genau das sind die Gründe, weshalb insgesamt nur die Spitze des Eisberges bekannt wird.

Aus der „Vielzahl“, der dem Wehrbeauftragten bekanntgewordenen Fälle sogenannter „Pionier-taufen“, die „in Wahrheit Quälereien, Brutalitäten oder Unterdrückung von Schwächeren darstellen“, hier nur ein Beispiel:

„Ein Zugführer im Dienstgrad eines Feldwebels befahl alle Neu-



linge seines Zuges zur Teilnahme an einer sogenannten Pioniertaufe. Bei dieser Veranstaltung stand der „Täufling“ mit vorgebeugtem Oberkörper auf dem Wulst eines mit Wasser gefüllten Schlauchbootes, das Gesicht dem Boot zugewandt. Ein Unteroffizier des Zuges hielt seinen Spaten mit dem Blatt vor das Gesicht des „Täuflings“, während ein anderer Unteroffizier mit einem Pionierschlegel gegen diesen Spaten schlug, so daß der Soldat vornüber in das Boot fiel. Der Gefreite brach sich hierbei den fünften Halswirbel und ist seitdem vom Hals abwärts gelähmt. In einem Strafverfahren wurde der Feldwebel zu einer Geldstrafe von DM 3.150,- verurteilt, von Truppendienstgericht erhielt er 18 Monate Beförderungsverbot. Daß bei derartigen „Strafen“ dem Treiben dieser Menschenschinder kaum Einhalt zu gebieten ist, dürfte auf der Hand liegen. Dem Kommentar des Wehrbeauftragten („die geschilderten Fälle sprechen für sich“) ist zwar zuzustimmen, anzumerken bleibt aber, daß kein Wörtchen der Kritik an den geringen Konsequenzen, die diese Fälle hatten, zu hören ist. Im Gegenteil: „Die geschilderten Fälle ... machen deutlich, ... daß die Vorgesetzten in der Regel auf erkannte Verstöße angemessen reagieren.“

Obwohl die Ursachen für die Menschenschinderei, die braunen Traditionspflege, das Befehl-Gehorsam-Verhältnis oder der Unterdrückungs-

apparat der Bundeswehr von Berkhan gar nicht angegriffen wurden, scheint die Veröffentlichung vieler sog. „Einzelfälle“ bei den Militaristen und

den bürgerlichen Parteien nicht ganz ohne Wirkung geblieben zu sein. „Sprecher aller Parteien“ beeilten sich, „in der Debatte über den Be-



Trotz allem — für die Bundeswehr immer ein Lächeln parat!

richt des Wehrbeauftragten vor einer pauschalen Abstempelung“ der Bundeswehr zu warnen („FR“, 19.5.79). Die Bundeswehr sei keine Armee „von Säufern und Schindern“, meinte der CDU-Abgeordnete Ernesti („UZ“, 21.5.79). „Verteidigungsminister Hans Apel bezeichnete die in der Öffentlichkeit aus dem Bericht Berkhans gezogenen Schlußfolgerungen als weitgehend falsch.“ („FR“, 19.5.79).

„Nur neun Grundrechtsverletzungen durch Offiziere und 49 durch Unteroffiziere — das sei doch nicht so schlimm, beschwichtigte Apel“ („UZ“, 21.5.79). Der SPD-Abgeordnete Erwin Horn sprach wohl allen Militaristen aus dem Herzen. Nach seiner Ansicht „könne die Bundeswehr keine „Heilsarmee“ sein“ („FR“, 19.5.79). Es soll eben alles beim Alten bleiben!

Wir sollten uns dagegen bemühen, die Praxis der Menschenschinderei in der Bundeswehr an die Öffentlichkeit zu zerren, um ihnen letztendlich Einhalt zu gebieten.

(alle nicht näher gekennzeichneten Zitate aus: „Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten des Bundestages“, Jahresbericht 1978, Drucksache 8/2625, Presse- und Informationsamt des dt. Bundestages / Referat Öffentlichkeitsarbeit Bundeshaus, 53 Bonn)

Antimilitarismus-Kommission
KB/Hamburg

Staatsschutzprozeß gegen „SRKs“

Seit Anfang Juni findet vor dem Flensburger Landgericht ein Prozeß gegen vier Mitglieder des „Soldaten- und Reservistenkomitees“ (KBW-nah) statt. Sie sind angeklagt, eine Ausgabe der „Volksmiliz“ verteilt zu haben, in der angeblich die Bundesrepublik böswillig verächtlich gemacht und „auf Angehörige der Bundeswehr oder eines öffentlichen Sicherheitsorgans planmäßig eingewirkt“ wurde, „um deren pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der BRD und der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben“ sowie einiges mehr. Der presserechtliche Verantwortliche dieser „Volksmiliz“-Ausgabe wurde seinerzeit zu 9 Monaten Gefängnis o h n e Bewährung verurteilt!

Die Anklage

In der Anklageschrift werden folgende Aussagen der „Volksmiliz“ als strafbar angesehen:

- Die Bezeichnung der Bundesgrenzschutztruppe GSG 9 als „blutrünstige Metzgerhunde“
- „Ihr Heldentum“ stehe „dem Freikorps, der SS und der Legion Condor in nichts nach“
- Sie seien „die Helden einer verkommenden und verfaulenden Klasse der imperialistischen Bourgeoisie“
- Der Staat und die Bundeswehr würden diffamiert, indem behauptet wird, die Soldaten würden durch Unterdrückung und Schikane „für die Ziele der herrschenden Klasse und ihrer imperialistischen Armee“ gefügig gemacht.
- Es werde zur „Zersetzung des Staatlichen Gewaltapparates“ aufgerufen. (zitiert aus der Anklageschrift)

Es wird behauptet, die Angeklagten hätten 1977 vor einer Pinneberger Kaserne, bzw. an einen Quickborner Polizisten die „Volksmiliz“ verteilt. Besonders lächerlich erscheint der Versuch der Staatsanwaltschaft, aus der angeblichen Tatsache, daß auch ein Polizist — unter anderen Passanten — ein Exemplar bekam, eine planmäßige Einwirkung auf Sicherheitsorgane zu konstruieren.

Die Strafanträge kommen übrigens vom Bundesinnenminister und von GSG 9-Chef Wegener persönlich.

Zum bisherigen Prozeßverlauf

Gleich am ersten Prozeßtag wurde ein Antrag der Verteidigung auf Aussetzung des Prozesses abgelehnt. Der Antrag war gestellt worden, um die äußerst zweifelhaften Umstände bei der kurzfristigen Auswechslung eines Schöffen überprüfen zu können. Ein draufhin gestellter Befangenheitsantrag wurde ebenfalls abgelehnt.

Am 14. Juni lehnte das Gericht den Antrag ab, GSG 9-Chef Wegener zwangsweise vorzuladen. Wegener, der ja immerhin selber Anzeige gestellt hatte, war zuvor mit der Begründung, er habe keine Aussagegenehmigung für das Flensburger Landgericht erhalten, nicht als Zeuge erschienen.

Die Verteidigung

Die Verteidigung hat mehrere Beweisangebote gestellt, mit denen die Richtigkeit der „Volksmiliz“-Aussagen bewiesen werden soll. U.a. geht es um den Beweis, daß die GSG 9-Leute durch Combat-Schießen und „psychologische Betreuung“ planmäßig auf den Abbau von Tötungshemmungen und das sofortige Töten der Gegner ausgerichtet werden, daß auf dem Weg nach Mogadischu unter den Beamten „Betriebsausflugstimmung“ herrschte und ausgelost wurde, wer als erster die „Landshut“ stürmen dürfe, daß die Beamten neben ihren persönlichen Waffen 100 Handgranaten und genügend Sprengstoff mit sich führten, um die „Landshut“ in die Luft zu jagen, und die Sprengung des Flugzeugs geplant war, daß die Flugzeugführer durch Blendgranaten wehrunfähig wurden und der Kommandeur Wegener vor dem Einsatz befohlen hatte,

nach dem Ruf „Köpfe runter“ auf alle, die noch standen, zu schießen (lt. Presseerklärung der Verteidigung und der Angeklagten vom 15.6.79).

Die Beweisangebote wurden zunächst angenommen, dann jedoch zurückgestellt, um erstmalig mit Hilfe von Zeugen zu beweisen, daß die „Volksmiliz“ von den Angeklagten verteilt wurde. Es ist zu befürchten, daß das Gericht, sollte ihm dieser Beweis „gelingen“, im Hau-Ruck-Verfahren die inhaltliche Auseinandersetzung um die „Volksmiliz“ blockiert, um den Weg zu einer schnellen Verurteilung freizubekommen! Das Nichterscheinen des Zeugen Wegener unterstreicht diese Gefahr.

Prozeßwelle gegen die „SRKs“!

Nach Informationen des KBW laufen z.Zt. noch an die 20 (!) Verfahren gegen Mitglieder des „Soldaten- und Reservistenkomitees“. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen — gerade bei Prozessen gegen den KBW — muß sicher mit härtesten Strafen gerechnet werden.

Leider ist der KBW nicht in der Lage eine angemessene Solidaritätsarbeit zu leisten. Das sollte uns jedoch nicht davon abhalten, unsererseits dazu beizutragen, daß auch dieser „Staatsschutzprozeß“ bekannt gemacht wird und die Kriminalisierung der angeklagten Genossen verhindert werden kann!

P.S.: Der Prozeß geht weiter. Genossen aus Flensburg und Umgebung, vielleicht laßt ihr euch mal sehen!!

Ein Genosse der Zelle Pinneberg

Kurzmeldungen

Obwohl das Bundesverteidigungsministerium „offizielle Verbindungen“ der Bundeswehr zum Bundesverband der Waffen-SS (HIAG) abstreitet, trat zu Pfingsten wieder einmal ein hoher Bundeswehrbeauftragter bei dem Verband auf: Bundeswehrgeneralmajor Greitl trat bei einem Treffen der 6. SS-Gebirgsdivision „Nord“ bei Mittenwald als Redner auf (nach „die tat“, 15.6.79) ...

15.6.79) ...

Der Gefreite Michael Paul soll für seinen antifaschistischen Protest gegen ein Treffen der SS-Division „Totenkopf“ wegen Tragen der Uniform auf der Gegenkundgebung drei Tage Arrest erhalten („die tat“, 15.6.79) ...



lateinamerika

Nicaragua: Vormarsch der Sandinisten Völkermord durch Somoza und den Imperialismus

Die Offensive der FSLN, die am 4. Juni begonnen hatte und den endgültigen Sturz des Somozaclans erreichen soll, hat in den letzten Tagen spektakuläre Erfolge erzielt, sowohl auf militärischem, als auch auf diplomatischem Gebiet. Weite Teile Nicaraguas sind befreit, Leon, die zweitgrößte Stadt des Landes ist in den Händen der Aufständischen, die Kämpfer der FSLN sind zeitweise bis auf 100 Meter an den „Bunker“, der Festung, in der sich Somoza verschanzt hat, vorgedrungen. Somoza reagiert mit der Bombardierung ganzer Städte, einschließlich Managua, Flüchtlingsstraßen werden beschossen, die Versorgung der Bevölkerung in den Städten ist zusammengebrochen. Die Gefahr einer militärischen Intervention durch die mittelamerikanischen Streitkräfte ist sehr akut.

durch wird der Vormarsch auf die Provinzmetropole Rivas ermöglicht, von der allgemein angenommen wird, daß sie Sitz der Provisorischen Regierung werden soll („SZ“, 19.6.79). Nach Meldungen der „TAZ“ vom 20.6. soll bereits das ganze Gebiet von Costa Rica bis an die Linie von Rivas durch Kommandos der FSLN besetzt sein.

Im Norden gelang die Eroberung eines großen Gebietes, das fast die Hälfte des bewohnten Territoriums umfaßt und in dem die sandinistische Befreiungsfront nahezu die vollständige Kontrolle über die militärischen Bastionen der Nationalgarde ausübt. In der Form eines Dreiecks verläuft die Front von der Grenze mit Honduras über Ocotlán, Matagalpa und dann von Estelí, Condega, La Trinidad und Dan Isidro bis nach Leon („TAZ“, 20.6.79). In Leon, der

Einheit, die berüchtigte „Einsatzkompanie 3“ in Managua aufgebaut („SZ“, 15.6.79). Mit unverminderter Heftigkeit wird vor allem um das Armenviertel „Don Bosco“ gekämpft. In den letzten Tagen ergab sich praktisch eine Teilung der Hauptstadt: Während die Nationalgarde im westlichen Teil die Sandinisten zurückkämpfen konnte, verfügen die Guerilleros in den östlichen Wohnvierteln über starke Positionen („FR“, 20.6.). Ein besonderer Coup gelang einem Pilot der Luftwaffe Somozas: Bevor er sich mit seinem Flugzeug nach Costa Rica absetzte, bombardierte er den Flughafen Managua (Kommunique der FSLN vom 12.6.79). Die Kämpfe in Managua sind bis auf 100 Meter an den „Bunker“ Somozas herangekommen („Nicaragua Nachrichten“, 6/1979).



Guerilleros der FSLN und Bewohner von Masaya beim Bau einer Barrikade.

Befreiungsfront gegen das Somoza-Regime ist gerecht“, betonte der Erzbischof von Managua, Obando Bravo, in einem Interview mit der spanischen Zeitung „El País“. „Wir glauben niemals, daß sie ganze Städte dem Erdboden gleichmachen könnten“ („SZ“, 9./10.6.79).

Provisorische Regierung gebildet

Während die Aktionseinheitsgespräche zwischen der progressiven Nationalen Patriotischen Front und der bürgerlich-konservativen FAO noch im Mai ohne konkrete Ergebnisse blieben, brachte der Aufruf der FSLN zum Generalstreik und seine quasi 100%ige Befolgung die FAO dazu, sich dem Streik anzuschließen. Bis dahin hatte die FAO stets darauf bestanden, zunächst die Zusammensetzung der „Regierung der Nationalen Einheit“ zu klären. Aus ihrem am 2. Juni veröffentlichten Vorschlag geht hervor, daß die FAO weiterhin eine Lösung unter Einschluss der Somozisten anstrebt; in der siebenköpfigen Regierung sollten Somozas liberale Partei und die Nationalgarde mit jeweils einem, die FSLN und die Patriotische Front dagegen nur mit einem gemeinsamen Vertreter repräsentiert sein. Die übrigen Sitze sollten an die Unternehmer, die FAO, die „Freiberufler“ sowie einer an die (zwischen FAO und FPN gespaltenen) Gewerkschaften fallen. Das gleichzeitig von der FAO vorgeschlagene Regierungsprogramm sieht eine Enteignung Somozas nicht vor.

Inzwischen wurde in Costa Rica eine provisorische Regierung gebildet, die ihren Sitz so schnell wie möglich nach Nicaragua, wahrscheinlich nach Rivas verlegen will. Diese provisorische Regierung spiegelt die militärischen Erfolge der FSLN und die Unterstützung durch die Massen wieder, ohne allerdings die bürgerliche Opposition auszuschalten: In der 5-köpfigen provisorischen Regierung sind vertreten: Violeta Barrios de Chamorro, die Witwe des im Januar 1978 ermordeten Joaquín Chamorro; Alfonso Robelo, Privatunternehmer und Präparant der FAO (für die bürgerliche Opposition); Sergio Ramírez, Schriftsteller und Mitglied der Gruppe der 12, die mit der FSLN sympathisieren; Moisés Hassan für die proletarische Massenorganisation MPU sowie Daniel Ortega, Leitungsmitglied der FSLN.

Hauptprogrammpunkte der neuen Regierung werden sein: Auflösung der Nationalgarde und Schaffung eines demokratischen Heeres unter Führung der FSLN, Sturz und Enteignung des Somoza-Clans sowie Nationalisierung der Rohstoffe, Blockfreie Außenpolitik, nationaler Wiederaufbau.

Intervention geplant

In den USA existieren angesichts der prekären Lage Somozas zwei verschiedene Varianten eines Eingreifens gegen die Sandinisten. Carters mehr taktisches Vorgehen stößt auf erbitterte Opposition: In Washington haben 130 Mitglieder des Kongresses Jimmy Carter kritisiert, weil er die „rechtmäßige Regierung“ Nicaraguas nicht genügend unterstütze. Die Kongressmitglieder, sowohl Republikaner wie auch Demokraten, forderten Carter in einem gemeinsamen Schreiben auf, die Militärhilfe an Somoza wieder aufzunehmen, wenn die USA weiter tatenlos zusähe, würde „die Sowjets bald ein von zwei Ozeanen begrenztes und von Panama bis zu den Ölfeldern Mexicos reichendes Gebiet kontrollieren“, hieß es in dem

Schreiben („Welt“, 18.6.79).

Carter versucht dagegen ein direktes militärisches Eingreifen der USA zu vermeiden oder zumindest aufzuschieben. Er hofft dabei, daß sich die Befreiungskämpfer im Kampf gegen die Nationalgarde verschleifen und die USA dann, nach dem durchaus inzwischen einkalkulierten Sturz Somozas, mit massivem Druck eine politische Lösung in ihrem Sinn durchsetzen können. Hierbei setzen die USA vor allem auf die OAS und den CONDECA Beistandspakt, die sie zu einem militärischen Eingreifen im Stile einer „Freidenstruppe“ (Marke Libanon) einsetzen wollen.

Lateinamerika-Kommission

Nicaragua-Solidarität

An alle Genoss/innen, Freunde, AK-Leser/innen

In verschiedenen Städten in der BRD werden Solidaritätsaktionen für die sandinistische Befreiungsfront in Nicaragua geplant und bereits durchgeführt.

In der Diskussion sind vor allem folgende Forderungen:

- Weg mit Somoza
- Keine militärische Intervention
- Schluß mit dem Völkermord
- Keine militärische Intervention
- Schluß mit dem Völkermord und der Repression
- Anerkennung der provisorischen Regierung durch die BRD – Abbruch aller Beziehungen zu Somoza

Eine wesentliche Aufgabe der Solidaritätsarbeit ist die finanzielle Unterstützung der FSLN und des Volkes.

Auf dem Kirchentag in Nürnberg wurden 60 000 DM gesammelt – das sollte ein Anreiz sein! Materialien (Plakate, Aufkleber, Broschüren) für Infostände, Veranstaltungen und Straßensammlungen sind zu beziehen über (außer Arbeiterbuch Hamburg):

- Informationsbüro Nicaragua c/o Angelika Pappe Ravensburger Straße 149 5600 Wuppertal 1
- Anfang Juli erscheint die neue Ausgabe von NICARAGUA AKTUELL aus Kiel c/o Reinhard Pohl Jägerhorst 6 2300 Kiel

Solidaritätsveranstaltungen in Hamburg

- 5. Juli Veranstaltung mit einem Film über die FSLN und einem Vertreter der FSLN in der BRD 19.00 Uhr Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee
- 6. Juli Fest mit den Gruppen „Frisco“, „Papaya“, „Pana“ 20.00 Uhr Mensa der Universität
- 11. und 12. Juli Blutspendeaktion in der ESG (M. Luther-King-Haus)

Spendenkonto Informationsbüro Nicaragua, Angelika Pappe Ravensburger Str. 149, 56 Wuppertal 1, 10 14 51 85 00 BfG Niederlassung Essen (BLZ 36010111)



(aus der niederländischen sozialdemokratischen Tageszeitung „de Volkskrant“ vom 14.6.79)

Bereits eine Woche vorher, am 29. Mai, hatte die FSLN die Weltöffentlichkeit von Beginn ihrer Offensive in Kenntnis gesetzt. Die Weltpresse bezeichnete es als einmaliges Vorgehen, daß eine Guerilla ihre Offensive ankündigt, wie eine traditionelle Kriegserklärung, daß eine Untergrundorganisation wie die FSLN einen Generalstreik im ganzen Land ausruft und damit den Beweis einer einmaligen Popularität in der Bevölkerung antritt.

Militärische Erfolge

Aus verschiedenen Städten konnten die Truppen der Nationalgarde vertrieben werden, Masaya, Diriamba, Granada (Prensa Latina, Cuba). Ebenfalls befreit wurde Sapoa, in der Nähe der Grenze zu Costa Rica, hier-

zweitgrößten Stadt Nicaraguas gelang es zunächst, die Nationalgarde aus der Stadt zu vertreiben und auf die Garnison zu beschränken. Nach heftigen Kämpfen mußte die Nationalgarde aber auch die Garnison räumen und sich in den stark befestigten Knast zurückziehen. Der Kommandant der Festung wurde verwundet und mußte ausgeflogen werden. Befehlshaberin von Leon ist Commandante 2, Dora Maria Tellez, die vor einigen Wochen von bürgerlichen Medien totgesagt worden war.

Die Kämpfe konzentrieren sich mehr und mehr auf die Hauptstadt Managua. Vor allem ist die Nationalgarde gezwungen, ihre Kräfte in der Hauptstadt zu konzentrieren, während sich die FSLN bemüht, überall im Land die Somoza-Kräfte zu binden. Somoza hat jetzt seine beste

Terror gegen die Bevölkerung

Die Nationalgarde rächt sich für die erlittenen Niederlagen mit unglaublicher Brutalität an der Bevölkerung. So werden die befreiten Städte und Stadtteile von der Nationalgarde rücksichtslos bombardiert. Das Rote Kreuz nannte die Lage „zehnmal schlimmer als bei der Erdbebenkatastrophe 1972“, die mehr als 10.000 Opfer gefordert hatte. Die Gesundheitsfürsorge sei zusammengebrochen und die Lebensmittelvorräte in der Hauptstadt seien auf weniger als die Hälfte eines Wochenvorrates zusammengeschrumpft („FR“, 19.6.79). Hinzu kommt der zunehmende Wassermangel. Am 17.6. befanden sich schon 45.000 Flüchtlinge und Obdachlose in den 25 Rotkreuzzentren Managuas („NZZ“, 19.6.79). Die Plünderung von Geschäften durch die ausgehungerte Bevölkerung nimmt zu. Die Polizei greift kaum ein. Die dem Somoza-Gegner Felipe Mantica gehörenden Kettenläden in mehreren Einkaufszentren wurden vollständig ausgeräumt. Mantica hatte die „Gruppe der 12“ mitbegründet, war dann aber ausgetreten, mit der Begründung, die anderen verfolgen marxistische Zielsetzungen („SZ“, 15.6.79).

Ermutigendes von der Diplomatischen Front

Die Lage in Nicaragua wird für die Diktatur bedrohlich. Die BRD und die USA haben begonnen, ihre Bürger nach Costa Rica zu evakuieren. Führende Minister ziehen aus ihren Häusern aus und siedeln ins Hilton Hotel um.

Die Länder des Andenpaktes, Peru, Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Venezuela haben die FSLN als „kriegsführende Macht“ anerkannt und damit diplomatisch auf dieselbe Stufe gestellt, wie die offizielle Regierung („NZZ“, 19.6.79). Die sozialistische Arbeiterpartei Kolumbiens kündigte an, daß am 16. Juni eine nach dem Freiheitskämpfer Simon Bolívar benannte Freiwilligen-Brigade aufbrechen werde, um an der Seite der Sandinisten zu kämpfen („SZ“, 15.6.79). Aus Ecuador sind zwei Trupps mit Freiwilligen nach Nicaragua unterwegs („El País“, 17.6.79 span.). Ecuador und Panama haben unter Hinweis auf den Völkermord, der in Nicaragua durch die Nationalgarde verübt wird, ähnlich wie schon vorher Mexico und Costa Rica die diplomatischen Beziehungen abgebrochen („SZ“, 19.6.79). Die Sozialistische Internationale, unter Vorsitz von Willi Brandt, verurteilte das Somoza-Regime, die Bombardierungen der Städte und die Repression gegen die Zivilbevölkerung („Nicaragua Nachrichten“ 6/1979).

Ferner hat sie ihre „totale Unterstützung für den legitimen Kampf“ der Sandinisten zum Ausdruck gebracht. Die Jutos haben die Bundesregierung aufgefordert, die diplomatischen Beziehungen zu Somoza abzubauen und die Regierung der FSLN anzuerkennen („SZ“, 20.6.79). „Der Krieg der Sandinistischen



Explosionsherd Mittelamerika

Erst seit der sandinistischen Offensive von 1977 in Nicaragua ist die Region Mittelamerika wieder stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten. Heute gibt es keinen Zweifel, daß diese Region, die zusammen mit Mexiko von den USA seit dem Zusammenbruch des spanischen Kolonialreichs als „natürliche Erbschaft“ angesehen wird, ein Pulverfaß im imperialistischen Hinterhof geworden ist.

Die Bedeutung dieser Region entstammt dabei weniger dem Rohstoffvorkommen oder der Ausbeutung der Bevölkerung etwa auf den riesigen Kaffee- und Bananenplantagen, die fast ausnahmslos von US-Lebensmittelkonzernen kontrolliert werden, sondern sie besteht in erster Linie in der geopolitischen und strategischen Lage. Der mittelamerikanische Isthmus stellt sowohl die Landverbindung zwischen Nord- und Südamerika dar, als auch die einzige direkte Seeverbindung (Panama-Kanal) zwischen der Ost- und Westküste.

Gerade unter dem Eindruck der gegenwärtigen weltweiten Verschärfung des Kampfes ums Rohöl intensivieren die US-Imperialisten auch ihre Anstrengungen zur Ausbeutung der Erdölvorkommen in Alaska, Mexiko und Venezuela, die sie als ihre natürliche Reserve ansehen. Dazu kommen neuere Vorkommen in Guatemala und Belize. Alle diese Vorkommen werden entweder militärisch durch die US-Präsenz in Mittelamerika kontrolliert oder durch den Panama-Kanal transportiert.

So wird zum Beispiel das Rohöl aus Alaska in Großtankern nach Armutelles an der Pazifik-Küste von Panama gebracht, wo es in kleinere Tanker, die den Kanal passieren können, umgepumpt und dann in die Industriezentren an der nordamerikanischen Atlantikküste transportiert wird. In dieser Hinsicht ist die gesamte mittelamerikanische und karibische Region ein äußerst wichtiger Transportweg, dessen Kontrolle für den US-Imperialismus lebenswichtig ist. Für die Strategien des US-Imperialismus ist es daher undenkbar, Panama oder Nicaragua aus ihrer Umklammerung zu entlassen.

In Panama befindet sich daher auch das Heereskommando Süd der US-Armee als Speerspitze gegen Südamerika, aber auch generell für den Fall eines neuen Weltkrieges. In Panama sagt man, wenn die USA während des Zweiten Weltkriegs 110 Militärbasen allein in Panama unterhalten haben, werden es im dritten mit Sicherheit 240 sein...

Carters „große Trauer“

Carters „große Trauer“

Die Methoden, mit denen der Imperialismus reagiert, wenn er angegriffen wird, sind bekannt und insgesamt wenig phantasievoll (sollte das etwa der Grund sein, warum man in der Presse so wenig darüber liest?). Im Falle Nicaragua schreibt die Carter-Administration in einer vertraulichen Studie, die vom 26. Oktober 78 datiert ist, im Januar einem Kommando der Frente Sandinista in der US-Botschaft in Managua in die Hände fiel und in der Februarnummer des „Dialogo Social“ in Panama veröffentlicht wurde, sie wolle auf jeden Fall Nicaragua wie die ganze Region im „System des freien Marktes“ halten, weil der freie Warenaustausch die „einzige vorantreibende Aktivität für den Fortschritt unserer Zivilisation war und ist“.

Dies sei angesichts der Entwicklung der Kämpfe in Nicaragua allerdings nur möglich, wenn in Nicaragua ein Bürgerkrieg angezettelt werden könne, der das Land ins Chaos stürzt und damit eine Intervention verschiedener Länder ermöglicht, „um das Land zu befrieden und eine Regierung einzusetzen, deren militärische Kontrolle für uns garantiert ist.“

Mit einem Zynismus, der wahrhaft nur in Vietnam oder Chile erworben werden konnte, schließt das Papier: „Wir beschließen diese Untersuchung nicht ohne große Trauer, wenn wir an alle künftigen Opfer dieses nächsten Krieges denken. Aber das ist der Preis, den die Menschheit bezahlen muß, um den Fortschritt seiner Zivilisation zu retten, und unsere Nachbarn in den kommunistischen Diktaturen werden uns in einem so schwerwiegenden Fall nicht widersprechen.“ (Zitiert nach „Cadermos do Terceiro Mundo“, 13, Lissabon).

In den letzten Monaten richtete sich der Druck seitens des US-Imperialismus und des Somoza-Regimes konzentriert gegen die Staaten Panama und Costa Rica, die beide in unterschiedlicher Weise die Opposition

in Nicaragua unterstützt haben.

Costa Rica hat nicht nur Ausbildungslager der Frente Sandinista auf seinem Territorium toleriert, sondern auch mit seiner offenen Grenze den Guerilleros große Mobilität und wichtige Nachschubmöglichkeiten geboten.

Die Gegenstrategie des Imperialismus verlief wieder nach dem bekannten Muster: erst Schwierigkeiten schaffen und dann Lösungsmöglichkeiten anbieten, die das Land noch abhängiger und kontrollierbarer machen. So wurden Anfang des Jahres von Somoza-Agenten die Baumwollspeicher von Guanacaste angezündet, wobei 80 % der Jahresernte vernichtet wurden, gleichzeitig zwang der US-Lebensmittelkonzern United Brands durch verschärfte Ausbeutung und Provokationsstrategie die Bananenarbeiter an der Pazifikküste zu einem Streik mitten in der Ernte, wodurch praktisch die gesamte Bananenernte verlorb (28 % der Gesamtausfuhr von Costa Rica sind Bananen). Die Schließung der Grenze zu Nicaragua traf die schwache Industrie, die auf den gemeinsamen mittelamerikanischen Markt stark angewiesen ist. Die sich häufenden Sabotageakte durch US- und Somoza-Agenten führten zu einer gewissen Aufrüstung, die den Staatshaushalt ebenfalls stark belastete. (Bisher waren die gesamten Aufwendungen für Militär und Polizei mit 0,6 % des Bruttoinlandsprodukts „sicherlich“ die niedrigsten auf der Erde.)

Dazu kam Anfang des Jahres eine schwere Spannung mit der US-Regierung, als nordamerikanische Thunfischer in den Hoheitsgewässern Costa Ricas fischten, aufgebracht wurden und ihre Fänge beschlagnahmt wurden.

Anschließend kam die „Problemlösung“: Die US-Marine bot Versorgungsschiffe an, die an beliebigen Punkten der Küste als schwimmende Kraftwerke Strom liefern, um die Energieknappheit zu beseitigen. Dafür wurden als Bezahlung nicht einmal Devisen verlangt, sondern Thunfisch!

Die Fleischimporte aus Costa Rica wurden seitens der USA von 55,4 Mio lbs. auf 70,2 Mio lbs. gesteigert, mit dem Versprechen, möglicherweise auf 75 Mio lbs. zu erhöhen. (Gleichzeitig wurden die US-Fleischimporte aus Nicaragua um 25 % gesteigert, was eine direkte Subvention von 80 Mio Dollar für Somoza bedeutet.)

Berücksichtigt man zusätzlich, daß neben den Bananen, die 28 % des Gesamtexports (fast ausschließlich in die USA) ausmachen, weitere 20 % der Gesamtausfuhr aus Kaffee bestehen, die fast ausschließlich an die USA und die BRD gehen, so wird die Erpressbarkeit deutlich.

Der Preis, den der costaricanische Präsident Rodrigo Carazo hinblättern mußte, war die Einstellung jeglicher Unterstützung für die Frente Sandinista, aktive Teilnahme an ihrer Bekämpfung und Isolierung Panamas.

Operation „Schachmatt“

Wenige Tage nach dieser gelungenen Erpressung deckte der sozialdemokratische Abgeordnete Marcelo Prieto im costaricanischen Parlament das Ausmaß des Verrats von Carazo auf. Er veröffentlichte den Plan „Schachmatt dem II. König“, der vorsah, daß die Zivilgarde von Costa Rica gemeinsam mit Somozas Nationalgarde die Haupttruppen der Frente Sandinista aufreiben sollten. Danach sollten 1000 Zivilgardisten den Grenzbereich zu Nicaragua „säubern“ und anschließend eine große Entlaubungsaktion vornehmen, um das Gebiet kontrollieren zu können. Gleichzeitig sollten 3000 Nationalgardisten auf nicaraguanischer Seite bereitstehen, um die zurückweichenden Sandinisten zu vernichten und anschließend weiter nach Norden ziehen, um jene Somoza-Einheiten zu verstärken, die dort die Hauptmacht der Sandinisten bekämpften.

Die Existenz dieses Komplotts bestätigte der costaricanische Sicherheitsminister, indem er Prieto vorwarf, er verrate das Vaterland, wenn er „dem Feind detaillierte interne Strategien“ enthüllte.

Panama

Nach dem Verrat Carazos bleibt Panama einziges Hindernis für eine konzentrierte Aktion der mittelamerikanischen Diktaturen.

Einerseits ist Panama eines der Zentren des internationalen Finanzkapitals (die internationalen Großbanken machen dort erheblich höhe-

re Umsätze und Gewinne als beispielsweise in der Schweiz) und gerade wegen des Kanals und der Freihandelszone Colon ökonomisch dem Imperialismus total ausgeliefert. Dies drückt sich z.B. darin aus, daß die Wirtschafts- und Steuergesetzgebung völlig vom US-Imperialismus diktiert ist und den Konzernen erhebliche Mehr Möglichkeiten bietet, als die US-Gesetzgebung. So dürfen Gewinne, die ausländische Konzerne in Panama machen (wirkliche wie scheinbare) frei transferiert und in Panama nicht versteuert werden. Daher hat jede übernationale Firma in Panama mindestens eine Briefkastenfirma, daher bilden die Frachtschiffe unter panamesischer Flagge die drittgrößte Flotte der Erde usw.

Andererseits hat Panama in den langjährigen Verhandlungen mit den USA die Entkolonialisierung der Kanalzone erreicht, was unleugbar ein gewisser Erfolg der antiimperialistischen Bewegung in Panama ist.

Im Falle Nicaragua hat die panamesische Regierung immer eine ausdrückliche Parteilichkeit für die demokratische Opposition gezeigt. So hat der Regierungschef nicht nur mit sofortiger militärischer Hilfe reagiert, als Costa Rica von Somoza angegriffen wurde, sondern die panamesische Regierung respektiert offenbar sehr genau das Asylrecht, und das Land ist offen für alle politischen Flüchtlinge.

Dies ist sicherlich auf die außerordentliche Breite und Stärke der antiimperialistischen Massenbewegung in Panama zurückzuführen. Ein Ausdruck davon ist auch die Aufstellung der „Brigada Victoriano Lorenzo“, in der sich selbst Beamte, ehemalige Nationalgardisten, Liberale, Nationalisten und Katholiken zusammen mit Revolutionären zu einer internationalen Brigade zusammengeschlossen haben, um die Frente Sandinista direkt im Kampf zu unterstützen.

Diese Breite der Unterstützung des antiimperialistischen Kampfes führte auch mit Sicherheit dazu, daß die Anschläge der Somoza- und anderer Agenten bisher kein greifbares Ergebnis zeigten. Denn auch in Panama wurde versucht, nach demselben Muster wie in Costa Rica zu arbeiten. Eine Reihe solcher Sabotageakte wurden durchgeführt, und in einem offiziellen Regierungspapier enthüllt. Die panamesische Regierung beschuldigt darin Personen, die hohe Funktionen in der Somoza-Regierung bekleiden, sie seien für solche Aktionen verantwortlich.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß sich heute mehr Agenten der Geheimdienste von Chile und Nicaragua in Panama aufhalten, als alle CIA-Agenten in den letzten zehn Jahren zusammen.

Gegenstrategien – ein Blutbad ohne Ende?

Seit dem 1. Juli 78 ist in Guatemala der Diktator Romeo Lucas „im Amt“. In dieser Zeit sind täglich zwischen 4 und 5 Menschen in Guatemala von Polizei und Militär auf der Straße ermordet worden. In den ersten neun Monaten waren das mehr als 1200 Menschen, deren Leichen

man fand.

Seit Beginn dieses Jahres hat sich die Zahl der täglichen Morde verdoppelt. Der ehemalige guatemaltekeische Außenminister, Guillermo Toriello, sagte dazu kürzlich in einer Pressekonferenz, die Gewalt sei in seinem Land seiner Auffassung nach „Teil einer Strategie der Oligarchie und des Imperialismus, um die Militärdiktatur aufrechtzuerhalten, wie das in El Salvador und Nicaragua der Fall ist.“ Er stellte diese Aussage in einen Zusammenhang mit der engen Zusammenarbeit der Regimes von Nicaragua, El Salvador und Guatemala, bei gleichzeitiger „Zurückhaltung“ der USA, was ein militärisches Eingreifen befristet.

Er führte weiter aus, daß die USA diesen drei Diktaturen ausdrücklich nicht direkt Waffen liefern, sondern sie über Israel, Belgien und Frankreich beliefert werden.

Schon jetzt werden nach Aussagen des Generalsekretärs der nicaraguanischen Sozialistischen Partei Patrouillen und Kontrollen in den ländlichen Gebieten von Nicaragua von Soldaten aus El Salvador und Guatemala durchgeführt. Sie tragen zwar nicaraguanische Uniformen, werden jedoch an ihrem Dialekt von der Bevölkerung identifiziert.

Kämpfer der Frente Sandinista haben außerdem bestätigt, daß sie bei einzelnen gefallenen Somoza-Soldaten zwar Geld aus Guatemala und El Salvador, nicht aber aus Nicaragua gefunden haben.

Schließlich wiesen sandinistische Führer bereits anlässlich der ersten Volksoffensive vom September 77 darauf hin, daß gewisse Teile der nicaraguanischen Armee und des nationalen Finanzkapitals mit Unterstützung der USA einen Putsch in Nicaragua vorbereiten, um einen „Somozismus ohne Somoza“ zu schaffen, da offenbar zwar die Figur Somoza, keineswegs aber seine Methoden diese Kräfte stören.

Da eine solche Maßnahme jedoch auf keinen Fall die Volkskämpfe beenden würde, soll ein solcher Putsch mit gleichzeitiger blutiger Repression in den Nachbarländern, speziell Honduras und Costa Rica, verbunden werden.

Die Aufdeckung dieses Komplotts, das davon ausgeht, daß die Verhältnisse in Mittelamerika nur durch einen Ausrottungsfeldzug gegen die Revolutionäre zu „stabilisieren“ wären, wird in dem Buch „Auf den Spuren Sandinos“, von Jaca Bock, Mailand 1978, geschildert.

Tatsächlich zeigt ein Blick auf die Wirtschaftsdaten, daß sowohl die Auslandsverschuldung aller mittelamerikanischen Staaten jährlich um ca. 20 % steigt, also die Abhängigkeit vom Imperialismus ständig zunimmt, als auch die Arbeitslosigkeit, die im Mittel über 50 % liegt.

Wenn auch der Stand der Klassenkämpfe in den einzelnen mittelamerikanischen Staaten sehr unterschiedlich ist, so ist doch offensichtlich, daß eine Konzentration der Unterdrückungskräfte auf Nicaragua, um dort einen gemeinsamen Angriff auf die Sandinisten durchzuführen, für alle Diktaturen der Region das Risiko birgt, in diesem Falle das „eigene“

Land nicht mehr kontrollieren zu können.

Selbst die Polizeitruppe CONDECA, der militärische Zusammenschluß der Armeen Mittelamerikas unter massiver Beteiligung der US-Armee, der angeblich gegen „Aggressionen von außen“ gerichtet ist, tatsächlich aber ein imperialistisches Konterrevolutionärheer ist, steht vor denselben Problemen.

Beim großangelegten Anti-Guerilla-Manöver „Aguia VI“, das die CONDECA im November 1976 in Nicaragua durchführte, nahmen aktiv nur die Truppen von Nicaragua, Guatemala und El Salvador teil, während Panama, Costa Rica und Honduras lediglich Beobachter schickten.

Die nicaraguanische Linke denunzierte dieses Manöver als eine Verletzung des Vertrages, da es sich ausschließlich um die Erprobung von Antiguerrillataktiken handelte. Der General Denis McAuliffe, Chef des Southern Command der US-Armee forderte die Regierungen von Panama, Costa Rica und Honduras zu aktiver Teilnahme auf. Diese Aufforderung blieb bis heute ohne Ergebnis.

Sicherlich trägt die Tatsache, daß der Volkskrieg in Nicaragua keine „äußere Aggression“ darstellt, gegenwärtig dazu bei, daß die USA sich äußerst vorsichtig verhalten und daß die CONDECA nicht offen in Erscheinung tritt, wobei vielleicht die Angst vor einem Übergreifen der Aufstände auf ganz Mittelamerika das schlagendste Argument ist. Dennoch funktioniert die Finanzierung und die Bewaffnung der Somoza-Truppen (über Israel u. andere, s.o.), und irgendwo im nicaraguanischen Gebirge sitzt der Kommandant Pomares als Befehlshaber einer multinationalen Truppe der CONDECA und wartet auf den Befehl zur „Operation Aguia VI“.

Das ist auch den mittelamerikanischen Genossen klar. Tomas Borges, einer der Gründer der Frente Sandinista, sagte dazu kürzlich in einem Interview, das er der panamesischen Zeitung Alai gab: „Ja, eine Intervention der CONDECA ist immer möglich. Viel schwieriger ist eine direkte Intervention der USA. Natürlich wäre sie (die Intervention der CONDECA, d. Übers.) von den USA manipuliert, aber sie würde Probleme schaffen, die schwer zu lösen sind. Erstens hat die CONDECA begrenzte Kräfte. Zweitens kann sie nicht alle ihre Kräfte auf das Problem Nicaragua konzentrieren. Eine Intervention der CONDECA hätte eine Verschärfung des Kampfes bei den anderen mittelamerikanischen Völkern zur Folge. Wir sind bereit, der CONDECA entgegenzutreten, und wir sind in der Lage, das zu tun.“

(Alle Fakten und Zitate, soweit nicht anders angegeben, aus „Cadermos do terceiro mundo“, Lissabon, Nr. 13)

Portugal-Kommission

Der Schah in Mexiko

Der gestürzte Schah ist weiter auf der Flucht. Nach seinen bisherigen Stationen in Ägypten, Marokko und auf den Bahamas hat den Ölexperten seine Odyssee nun ins ölfreiche Mexiko geführt.

Der erste Mann der „Partei der institutionalisierten Revolution“ (PRI) der mexikanischen Präsident Lopez Portillo entschied persönlich, Reza Pahlawi ein für sechs Monate gültiges Aufenthaltsvisum auszustellen. Derselbe Präsident, der vor einem Monat Fidel Castro bei dessen Besuch in Mexiko als eine „Persönlichkeit unseres Jahrhunderts“ gelobt hatte. („El Pais“, 20.6.79). Eine große mexikanische Bank hatte dem Schah ein Sonderflugzeug zur Verfügung gestellt. Und während der iranische Botschafter aus Protest Mexiko verließ, beglückwünschte der mexikanische Außenminister Reza Pahlawi und Farah Diba bei der Ankunft. Es wurden umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen; die Luxusvilla des Schahs in Acapulco war schon vorher zu einer Festung ausgebaut worden.

und so erklärte sich der hohe Besuch denn auch „glücklich, wieder in Mexiko zu sein“ („Süddeutsche Zeitung“ und „Tagesspiegel“ vom 12.6.79).

Der Putz des fortschrittlichen Anstriches der mexikanischen Außenpolitik ist ein weiteres Stück abgebrockelt, nachdem Portillo schon im letzten Jahr den brasilianischen Diktator Geisel empfangen und sich mit ihm auf einer „maßvollen Linie“ getroffen hat („SZ“, 21.1.78). Auch der Ölexport ins zionistische Israel und der Waffenimport von dort funktioniert reibungslos.

Aber so ganz freiwillig hat L. Portillo die Einreiseerlaubnis für den Schah, eine sicher unpopuläre Entscheidung, nicht gegeben. David Rockefeller, Chef der mächtigen Chase Manhattan Bank und Henry Kissinger haben ihren mexikanischen Freund dazu „bewogen“. Kissinger plagte die moralische Verpflichtung, dem Schah beizustehen als „einem Mann, der ein Freund war“ („Tsp“, 13.6.79). „Ich habe an den mexikanischen Präsidenten appelliert, weil



unsere eigene Regierung unglücklicherweise nichts zu tun gedenkt“ (ebd.).

Ob nun vielleicht auch das Interesse der „Liga des 23. September“ (der aktivsten mexikanischen Guerillaorganisation) am Schah geweckt wird? Möge er auch in Acapulco keine Ruhe finden.

Kein Schah in Mexiko. Lateinamerika und auch nicht anderswo

Lateinamerikakommission

Thailand forciert Kriegsvorbereitungen gegen Kampuchea und Vietnam

Wir haben bereits mehrfach nachgewiesen, daß das thailändische Regime massiv die Soldaten des Pol-Pot-Regimes gegen die neue kampucheanische Regierung unterstützt, obwohl es ständig seine Neutralität betont.

In den letzten Wochen mehren sich die Anzeichen, daß die thailändischen Militärs inzwischen zu direkten Kriegsvorbereitungen gegen Indochina übergegangen sind.

Angesichts der Zuspitzung der Lage hat der vietnamesische Premierminister Pham Van Dong "angeboten, einen zwei- oder mehrseitigen Vertrag oder Nichtangriffspakt mit den Ländern der Vereinigung Südostasiatischer Nationen einzugehen, um ihre Befürchtungen über Vietnams Absichten zu zerstreuen" ("AFP", 27.5.79).

Bis auf Indonesien, dessen Vizepräsident Malik den Vorschlag als "gute Nachricht beschrieb und sagte, daß er nicht mit Mißtrauen betrachtet werden sollte" ("AFP", 30.5.), lehnten die Führer der ASEAN-Staaten den Vorschlag ab (ASEAN = Vereinigung Südostasiatischer Nationen; Mitglieder sind die faschistischen Staaten Thailand, Malaysia, Singapur, die Philippinen und Indonesien).

Obwohl die ASEAN-Führer — allen voran die thailändischen Militärs — immer wieder betonen, daß es sich bei ihrer Vereinigung nicht um einen Militärpakt handelt, sprechen die Tatsachen eine andere Sprache.

+ Am 5. Juni landete der thailändische Oberkommandierende und stellvertretende Premier, General Soem na Nakhon an der Spitze einer achtköpfigen Delegation zu einem 6-Tage-Besuch in Kuala Lumpur (Ma-

laysia). Der malaysische Innenminister berichtete nach dem Gespräch mit dem General über seine "Befriedigung über den Fortschritt der gemeinsamen Militäroperationen, die wir als die Manifestation der sehr fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den beiden Sicherheitskräften betrachten" ("AFP", 8.6.79).

+ Am 8. Juni kam der Premierminister Singapurs, Lee Kuan Yew, zu einem "informellen Besuch" in Bangkok an, wo er am Flughafen vom Premierminister General Kriangsak begrüßt wurde. Auf einer Pressekonferenz nach den Gesprächen der beiden Staatsoberhäupter antwortete Kriangsak auch auf Fragen nach der militärischen Zusammenarbeit zwischen den ASEAN-Staaten. "Militärische Zusammenarbeit sei möglich, wenn die Zeit gekommen ist. Es sei eine Sache des timing, sagte er."

Auf Nachfragen, was das konkret heiße, sagte er, "es gebe bereits zweiseitige Militärrangements und gemeinsame Übungen, wie etwa die gemeinsamen Übungen zwischen Thailand und Malaysia und zwischen Indonesien und Malaysia. Umfassende militärische Zusammenarbeit innerhalb ASEAN ist nicht schwierig, sagte er, nur sei die Zeit noch nicht gekommen" (Radio Bangkok, 8.6.79). Der thailändische Außenminister Uppadit Pacharayanankun versicherte zur Klarstellung noch einmal, daß ASEAN dadurch nicht zu einem Militärpakt werde, denn "ein solcher Block würde als unpassend und unnötig angesehen, da es bereits zweiseitige Abkommen für militärische Zusammenarbeit gebe" (Radio Bangkok, 8.6.). Thailand, das als einziger der

asien

ASEAN-Staaten gemeinsame Grenzen mit Kampuchea und Laos hat, betrachtet die Beistandsversicherungen der anderen nicht als Höflichkeitsfloskeln, sondern als Rückhalt für die Vorbereitung eines Krieges gegen die indochinesischen Länder. Unter dem Vorwand der auf kampucheanischem Gebiet nahe der thailändischen Grenze stattfindenden Kämpfe (die ohne den Rückhalt Thailands für die Pol-Pot-Soldaten sicher längst beendet wären) hat das Regime seine Militärpräsenz dort in den letzten Wochen ständig verstärkt.

"Neun Armeepanzer und sechs andere gepanzerte Truppenfahrzeuge" ("Bangkok Post", 5.6.79) wurden in die Grenzstadt Aranyaprathet verlegt. "Ein Bataillon des 1. Kavallerieregiments, in Bangkok stationiert, schloß sich den Kräften in Aranyaprathet, Ost-Thailand, an. Das Bataillon ist mit Jeeps, Panzern, Versorgungswagen und Panzerabwehrartillerie ausgerüstet" ("Xinhua", 12.6.79).

Direkt an der Grenze halten die Truppen Manöver ab, angeblich um "mit dem vietnamesischen Truppenaufmarsch auf an Thailand angrenzenden Gebiet fertig zu werden" ("Xinhua", 7.6.).

Nach Angaben des kampucheanischen Regierungschefs Heng Samrin hält Thailand Teile des kampucheanischen Territoriums besetzt ("AFP", 11.6.79). In der Vergangenheit hatten thailändische Flugzeuge bereits mehrfach den Luftraum Kampucheas verletzt.

Während zwischen Jakarta (Indonesien) und Bangkok (Thailand) geheime Militärflüge stattfinden, gibt es in Indonesien Opposition gegen die militärische Unterstützung Thailands gegen Vietnam. Ein Vertreter der Moslempartei warnte davor, sich in den Indochina-Konflikt hineinziehen zu lassen, denn "jede materielle Hilfe für Thailand könnte die guten Beziehungen zwischen Jakarta und Hanoi beeinträchtigen" ("AFP", 27.5.79). Die Zeitung "Merdeka" kritisierte ebenfalls entsprechende Zusagen des Verteidigungsministers.

China, Korea und die KP Thailands unterstützen Kriegskurs

Nicht überraschend ist die Unterstützung der chinesischen Führung für die Kriegspläne Thailands gegen Vietnam. Die angebotene chinesische Hilfe ("SZ", 2.4.79) lehnten die thailändischen Militärs allerdings dankend ab!

Die Führung der koreanischen VDR, die gerade Prinz Sihanouk einen Staats Empfang bereitet hatte (s. AK 155, S.46), ließ durch Außenminister Ho Tam in Thailand wissen: "Korea unterstützt alle Anstrengungen Thailands für die Sicherung der nationalen Souveränität (...). Er betonte Koreas Unterstützung des Standpunkts Thailands und ASEANs in der Indochina-Frage" ("Xinhua", 2.6.79).

Interessant ist die Haltung der KP Thailands zu den Kriegsvorbereitungen. In der Vergangenheit hatte diese über ihren in Süchina stationierten Radiosender "Stimme des thailändischen Volkes" zwar verbal die Supermächte-Theorie und andere Positionen der chinesischen Führung übernommen. Anders aber als beispielsweise die indonesische oder burmesische KP hatte sie gleichzeitig scharfe Angriffe gegen den US-Imperialismus losgelassen. Nach dem blutigen Putsch im September 1976 hatten sich zahlreiche Linke, Gewerkschafter und Studenten dem unter der Führung der KP Thailands stehenden bewaffneten Widerstand gegen die Diktatur angeschlossen.

1978 hatte die KPT nach Schätzungen der Bangkok Regierung in "mehr als 40 der 72 Provinzen des Königreichs Fuß gefaßt und gewann an Boden" ("Le Monde", 12.5.79).

In der Vergangenheit waren Kämpfer der KPT von Vietnam und vor allem Laos und Kampuchea, wo sie eigene Ausbildungslager besaßen, unterstützt worden. Im Zuge der diplomatischen Offensive Vietnams und Laos' gegenüber den ASEAN-Staaten Ende 1978 hatten diese die Unterstützung der thailändischen Guerillas aufgekündigt (s. auch AK 138). Der

Sturz des Pol-Pot-Regimes in Kampuchea, das die KPT ebenfalls unterstützt hatte, wirkte sich für diese ebenfalls negativ aus.

Innerhalb der KPT scheint es in den letzten Jahren erhebliche Auseinandersetzungen über den ideologischen Kurs der Partei gegeben zu haben, was schon aus den Widersprüchen in ihren öffentlichen Äußerungen (Sowjetunion/USA) deutlich wird. Eineinhalb Jahre (!) hat die "Stimme des thailändischen Volkes" (STV) "nicht auf die Konflikte zwischen den asiatischen Kommunisten angespielt, übrigens auch nicht auf die diplomatischen Ouvertüren Pekings und Hanois in Richtung auf die Hauptstädte ASEANs" ("Le Monde", 12.5.79).

In jüngster Zeit hat sich das allerdings drastisch geändert. In bester vaterländischer Manier wird das thailändische Regime kritisiert — nicht wegen seiner Kriegshetze gegen Vietnam, sondern weil "nur ein Zehntel der Soldaten der herrschenden Klasse eingesetzt wird, um die Grenze gegen aggressive Kräfte zu schützen" (STV, 7.6.79)! Angegriffen wird das Regime auch deswegen, weil es weiterhin gegen die Kommunisten vorgeht, denn "die Leute, die von der Regierung als nationale Verräter etikettiert werden, halten Waffen fest in der Hand, um jegliche ausländische Nation davon abzuhalten, ihr Land zu dominieren" (ebenda).

Angesichts dieser politischen Kehrtwendung könnte es glaubhaft erscheinen, wenn thailändische Geheimdienstkreise bereits von einer Spaltung der KPT sprechen. So berichtete die Zeitung "Matichon", es werde "bald eine Thai revolutionäre Volksradiostation" eingerichtet, um mit der "Stimme des thailändischen Volkes" der Kommunistischen Partei Thailands zu wetteifern" (11.6.79). Danach soll diese Station aus Laos senden und unter der Führung einer Gruppe ehemaliger Parteimitglieder und Arbeiterführer stehen. Es wird vermutet, daß von dieser Gruppe eine neue Kommunistische Partei gegründet werden wird.

Asien/Australien-Kommission

Ausnahmezustand zum „Weltwirtschaftsgipfel“ in Tokio

Aus Anlaß des Tokioter Gipfeltreffens am 28. und 29.6.79, an dem die Regierungschefs aus den USA, der BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Kanada sowie Vertreter der EG teilnehmen, wird über Tokio in der Woche vom 24. bis zum 30.6. der Ausnahmezustand verhängt! Die Vorbereitungen hierzu begannen bereits Anfang des Jahres, wobei strengere polizeiliche Überwachungsmaßnahmen seit Ende Mai einsetzten. Auf einer hierzu einberufenen nationalen Konferenz der japanischen Polizeiführung am 31.5. hieß es: "Das Ansehen unserer Polizeikräfte steht hier auf dem Prüfstein. Mit den vereinten Kräften der Polizei des ganzen Landes müssen wir eine unfehlbare Schlachtordnung aufstellen und die Terror- und Guerilla-Aktivitäten der extrem linken gewalttätigen Gruppen stoppen. Wir müssen für einen ordentlichen Ablauf und für die 100 %ige Sicherheit der hohen Gäste sorgen" (nach "Sekai Kakumei", Nr.579).

In Tokio werden in der Woche vom 24. bis zum 30.6. täglich 25.000 Bullen (Sondereinheiten, die bei Demonstrationen eingesetzt werden) im Einsatz sein. Insgesamt werden es 400.000 Bullen und sonstiges "Sicherheitspersonal" sein, die während der ganzen Woche im Einsatz stehen werden (diese Angaben sind sogar nur die Mindestzahlen, die in der bürgerlichen Presse in Japan wiedergegeben werden!). Ein solcher Aufmarsch von Bullen ist in der Nachkriegsgeschichte Japans noch nie dagewesen. Nicht nur alle Massenmedien, sondern auch das Polizeipräsidium selbst versuchen derzeit, um das Verständnis der Bevölkerung für die zu erwartenden "Unannehmlichkeiten" zu werben. In gewohnter Weise wird angesichts eines solchen nationalen Ereignisses an die Bürgerpflicht appelliert und um Zusammenarbeit gebeten. Laut Polizeiberichten sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

— Alle Fahrwege der Gipfelteilnehmer einschließlich der Nebenstraßen (das sind Stadtautobahnen, Flughäfenbringer etc.) sollen scharf bewacht und zeitweilig für den öffentlichen Verkehr total gesperrt werden. Es wird alle 10 Meter ein Bulle postiert werden.

— Alle wichtigen Einrichtungen und Bauten wie Botschaften, Konsulate, Tagungsorte, Gästehotels, Ministerien, Flughäfen etc. werden Tag und Nacht und von innen und außen seit Ende Mai bewacht. Ebenfalls werden alle Bauten entlang den o.g. Fahrwegen und in der näheren Umge-

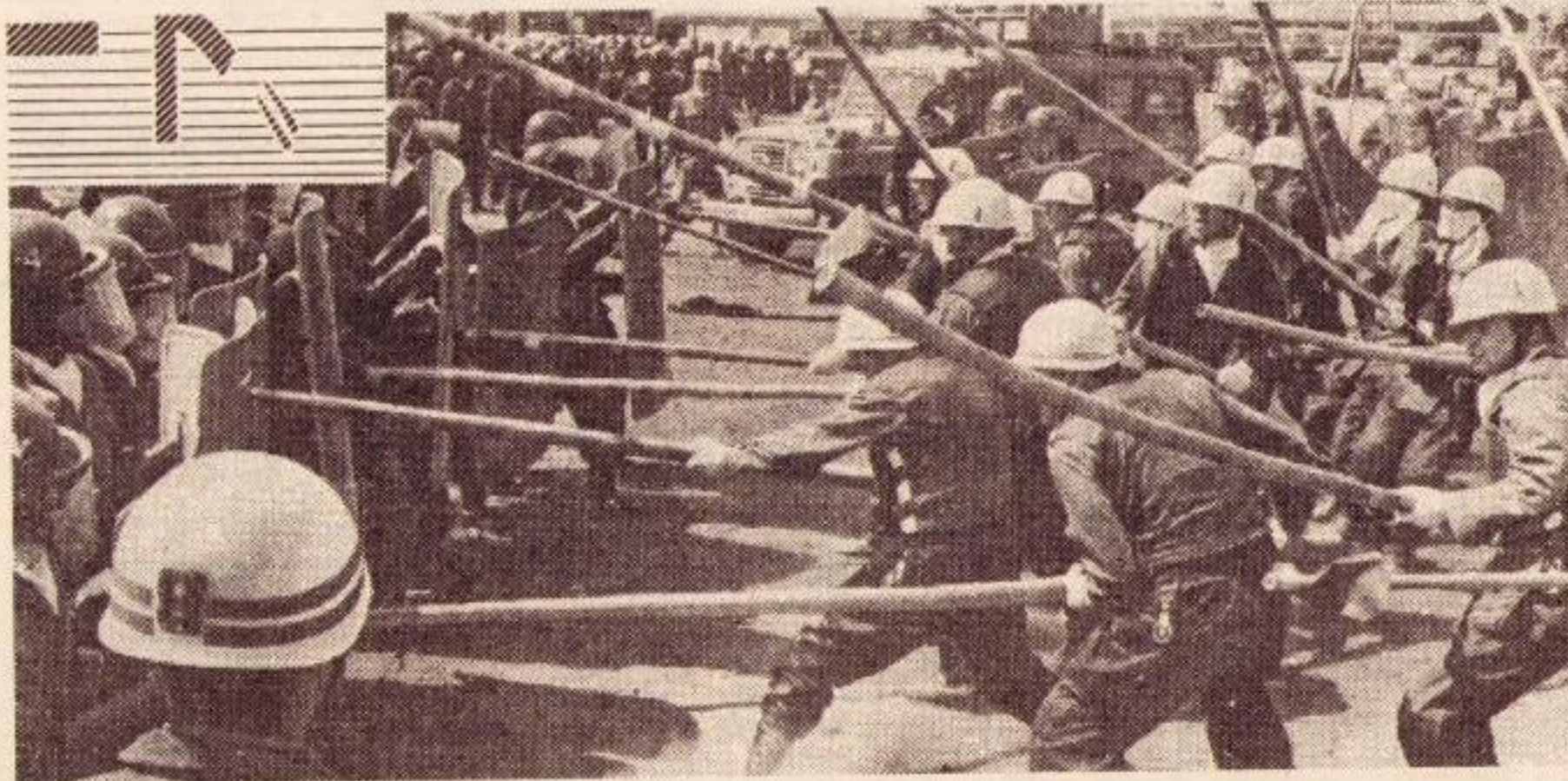
— Es werden Kontrollen der Personalien und Ausweise auf offener Straße angekündigt. Dies soll in der Umgebung der wichtigen Einrichtungen systematisch und besonders häufig bei Ausländern durchgeführt werden, da angeblich "Terroristen" aus dem Ausland einreisen werden. An

Gipfeltreffen, wo die Verkehrskontrollen wegen der An- und Abreise der Gäste am stärksten sein werden, für arbeitsfrei zu erklären, um die Straßen möglichst leer zu halten.

Dies zeigt, daß die Staatsmacht in Japan, wie vom Polizeipräsidium angekündigt, extrem hart durchgreifen

kriegs" sehen, ihren Protest über Lautsprecherwagen frei kundtun können.

Wie auch immer das Tokioter Gipfeltreffen zu bewerten ist, es steht unter dem Zeichen einer erneuten (Energie-) Krise des internationalen Kapitals und des Bemühens der kapitalistischen Länder, eine gemeinsame Strategie sowohl gegenüber den wichtigen Rohstoffländern und Absatzmärkten der Dritten Welt als auch nach innen gegenüber dem eigenen Volk zu entwickeln. Was Japan angeht, ist festzustellen, daß es nach außen hin eine für die anderen kapitalistischen Länder bedrohliche Vorreiterposition erlangt hat. Die polizeilichen Vorbereitungen zum Gipfeltreffen zeigen aber wider einmal deutlich, daß Japan auch im Innern das Modell Deutschland einen Schritt weiter perfektioniert hat. Sie sind eindeutig eine Vorwegnahme der im Parlament debattierten Kriegsgesetze (vgl. AK 148), die den gesetzgebenden Ausschüssen der Regierung den Weg für einen solchen Ablauf beschleunigen soll. Und sie sind keine isolierten Maßnahmen, sondern stehen im engen Zusammenhang mit den Narita-Sicherheitsgesetzen, dem Erdbebengesetz, dem anstehenden Verteidigerausschluß-Gesetz (vgl. AK 138), dem "Gengo-Ho" (Gesetz über die Jahreszählung nach der Kaiser-Ära = Restaurierung des Kaisersystems), der Verschlechterung der Haftbedingungen, den Terrorurteilen bei politischen Prozessen, der Rehabilitierung von Hauptkriegsverbrechern u.v.a.m. "Der Erfolg der Bewachungs- und Sicherheitsmaßnahmen für das Tokioter Gipfeltreffen wird für die künftige öffentliche Ordnung und Sicherheit von großer Bedeutung sein" (Asahi Shinbun, 31.5.79, Abendausgabe). Diesem Zitat des Leiters des Polizeiführungstabes, Yamamoto, muß die Einschätzung der revolutionären Gruppe Kaiho-ha hinzugefügt werden: "Der Ausnahmezustand beim Gipfeltreffen ist für die Machthaber nichts anderes als ein Schlüsselpunkt der repressiven Maßnahmen gegen die Klassenkämpfe der 70er Jahre und ein Vorgriff auf die Unterdrückung der Klassenkämpfe der 80er Jahre. Gleichzeitig ist er ein Schachzug zur Errichtung einer faschistischen Macht" ("Kaiho", Nr. 233). Asien/Australien-Kommission



Generalprobe der Bullen am 13.4.79 für das Gipfeltreffen: 2 500 Bullen, ein Teil davon mit roten, weißen und blauen Helmen als militante Demonstranten verkleidet, hauen sich gegenseitig die Schädel ein. Die hohe Begeisterung unter den Bullen forderte allerdings einige Verletzte.

bung der wichtigen Einrichtungen scharf bewacht. So heißt es auch beispielsweise in einem Flugblatt der Polizei, daß keine Fensterläden oder Vorhänge geschlossen werden sollen, damit sich kein "Terrorist" dahinter verstecken kann (und das, obwohl bereits Temperaturen von 30 Grad Celsius herrschen).

— Der öffentliche Flugverkehr auf dem Inlandsflughafen Haneda, wo die Gäste an- und abreisen werden, wird zeitweilig ganz eingestellt. Es ist auch bekannt geworden, daß die Flughafengesellschaft während der vergangenen Wochen auf Empfehlung der Bullen einige Entlassungen bzw. Verlegungen von "verdächtigen" Kollegen vorgenommen hat.

die Bevölkerung wird offen appelliert, Spitzeldienste zu leisten.

— In diesem Zusammenhang wurden häufig Hausdurchsuchungen ohne formale Durchsuchungsbefehle vorgenommen. Auch die traditionell gewordenen "Hausvisiten" durch Bezirkspolizisten sind verstärkt worden. Bereits die Wahrnehmung des Aussageverweigerungsrechtes macht einen zum "Terroristen".

— Wegen des durch Straßensperrungen etc. zu erwartenden Verkehrschaos sollen die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr vorübergehend um 30 % ermäßigt werden. Gleichzeitig ist von Regierungsseite den Privatunternehmen nahegelegt worden, den Tag vor und nach dem

wird. Als Beruhigungsspiel wird einem hinterhergeworfen, daß die Bevölkerung beim Besuch des US-Präsidenten Ford 1974, als 23.000 Bullen mobilisiert wurden, überhaupt nicht gelitten hatte, im Gegenteil, dadurch, daß an allen Straßenecken Polizisten gestanden hätten, wäre die Verbrechensquote stark gesunken ("Asahi Shinbun", 21.4.79, Abendausgabe). Interessant ist ferner, daß bisher alle von linken Gruppen angemeldeten Demonstrationen verboten worden sind, während rechtsextreme Gruppen, die das Potsdamer Abkommen verurteilen und in dem Gipfeltreffen eine "weitere Unterjochung und Erniedrigung Japans durch die Siegermächte des 2. Welt-

Solidaritätskonferenz mit dem Widerstandskampf in Ost-Timor

Am 20. Mai fand in Lissabon/Portugal eine Solidaritätskonferenz mit dem Widerstand des Volkes von Ost-Timor statt. Vertreten waren neben der Fretilin u.a. die Frelimo, PAIGC, MPLA, Frente Polisario, EPLF, PLO. Dazu eine Großzahl portugiesischer politischer Parteien, Gewerkschaften und Kooperativen sowie zahlreiche Solidaritätsgruppen aus den europäischen Ländern.

Eine Reihe von namhaften Journalisten wie Noam Chomsky, Wilfried Burchett, Ken Fry nahmen ebenfalls an dem Treffen teil (die endgültige Teilnehmerliste liegt uns nicht vor.)

Auf der Konferenz wurde über die aktuelle Lage in Ost-Timor berichtet und über Möglichkeiten einer verstärkten Enthüllung der indonesischen Kriegsverbrechen beraten. Dabei wurde auch an die Beteiligung imperialistischer Mächte am Völkermord in Timor erinnert: „Noam Chomsky hat... den USA vorgeworfen, Indonesien mit Flugzeugen, Fahrzeugen und Entlaubungschemikalien“ ausgerüstet zu haben („SZ“, 22.5.).

Verschiedene politische Vertreter riefen zur internationalen Unterstützung Ost-Timors auf, u.a. der schwedische Sozialdemokrat Mats Hellström, der portugiesische Sozialdemokraten-Führer Correia und andere.

Die Konferenz endete mit der Verabschiedung zweier Resolutionen, eine zur Solidarität mit Ost-Timor, die andere zur Verurteilung des indonesischen Völkermords, die von den Vertretern der Sozialistischen Partei und der Sozialdemokratischen Zentrumsparterie (Portugal) eingebracht wurden (alles lt. „Lisbon Home Service“, 22.5., lt. „SWB“, 28.5.).

Leider stieß die Konferenz auf außerordentlich wenig Gehör in der westdeutschen Presse, lediglich die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete in einem kleineren Artikel darüber. Es scheint, daß der hiesigen Presse wieder einmal das Schweigen verordnet wurde.

Asien-Australien Kommission

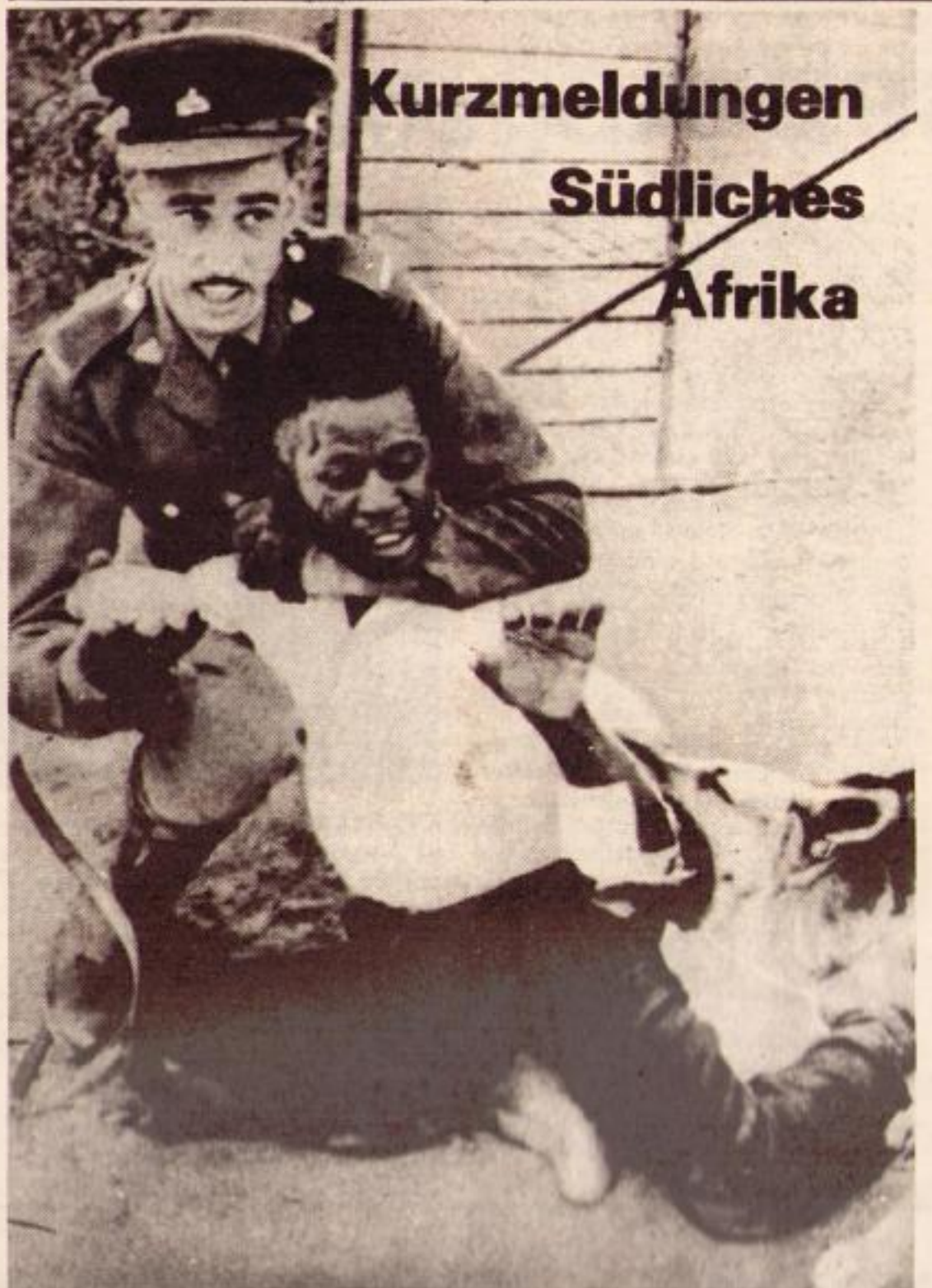
Konferenz des Europäischen Koordinationskomitees für die Solidarität mit dem thailändischen Volk

Vom 18. - 20. Mai fand in Kopenhagen die dritte Konferenz der ECCSTP statt. Auf der Konferenz waren vertreten: Ad Hoc Group for Democracy in Thailand (Britain), Comité de Solidarité ex le Peuple Thai (France), Thailandgruppen (Dänemark), Thailandgruppen (Schweden) und das Thailand Informations- und Solidaritätskomitee (BRD).

„Die Konferenz besprach die gegenwärtige Entwicklung in Thailand und drückte die Notwendigkeit einer erneuten internationalen Solidaritätskampagne aus. Es wurde festgestellt, daß Kriangsaks jüngster Versuch, über die Wahlen seinem Regime ein akzeptables, liberales Gesicht zu geben, scheiterte, da es die niedrigste Wahlbeteiligung überhaupt gab (19 % in Bangkok, 25 % im ganzen Land). Dies zeigt deutlich, daß das Regime keine öffentliche Unterstützung hat (...). Die Konferenz stimmte überein, daß die Notwendigkeit der fortgesetzten Unterstützung und Solidarität durch die zusätzlichen Schwierigkeiten infolge des gegenwärtigen Konfliktes in Indochina noch größer geworden ist. ECCSTP bekräftigt ihren Grundsatz, alle Personen, Gruppen und Bewegungen in Thailand zu unterstützen, die für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und gegen die Repression kämpfen“ (lt. Communiqué vom 20.5.79).

Es wurde außerdem eine stärkere Zusammenarbeit mit den Solidaritätsgruppen der anderen ASEAN-Staaten angekündigt.

Asien-Australien Kommission



Muzorewa in der RSA

Zu Geheimgesprächen hielt sich der „Ministerpräsident“ des neuen „Zimbabwe/Rhodesien“ in der RSA auf. Bei diesen Gesprächen ging es dem Vernehmen nach um eine engere Verbindung zwischen beiden Ländern in der Bekämpfung der Befreiungsarmee der Patriotic Front („SZ“, 20.6.79). Muzorewa ist offensichtlich bemüht, baldige „Erfolge“ auf diesem Sektor zustande zu bringen. Allein im April 79 erreichte die Auswandererquote der Weißen den Höchststand von 1.600 pro Monat. Ein Drittel des rhodesischen Territoriums mit rund 1,3 Millionen Einwohnern ist heute bereits vollständig befreit, eine weitere Hälfte des Landes kann als halb befreit gelten (Mugabe zur „Frankfurter Rundschau“, 18.6.79). Die Fortsetzung der Luftangriffe auf Mosambik nach Etablierung der neuen Regierung sollen die Entwicklung stoppen und zurückdrängen. Nach Abschluß seiner Gespräche mit Muzorewa ist der RSA-Außenminister „Pik“ Botha ins englische Außenministerium eingeladen worden („Guardian“, 16.6.79). Die Koordination läuft auf vollen Touren.

Kurzmeldungen Südliches Afrika

Kriegsmaterial für Rhodesien

Gelegentlich dringen Informationen an die Öffentlichkeit, wie und von wem das faschistische Rhodesien mit Waffen beliefert wird. Dieser Tage wurde im Rahmen von BBC-Recherchen bekannt, daß von Antwerpen aus 17 italienische Kampfflugzeuge nach Rhodesien verschifft worden seien. Dies sei kein Einzelfall gewesen, sondern in der Vergangenheit regelmäßig vorgekommen, hieß es in der Reportage („FR“, 18.6.79).

Als zweiter Fall wurde in der Sendung die Lieferung von elf US-Hubschraubern, die in Italien unter Lizenz gebaut werden, geschildert. Es wurden auf einem bundesdeutschen Frachter von Haifa (Israel) aus nach Durban verschifft – als offizieller Bestimmungsort war Singapur angegeben worden („Die Neue“, 13.6.).

RSA greift erneut Angola an

Drei Tote und 14 Verletzte hat ein Angriff der südafrikanischen Luftwaffe auf die rund 50 km hinter der namibischen Grenze gelegenen süd-angolanische Stadt Humbe gefordert, erklärte das angolanische Verteidigungsministerium („SZ“, 16.6.).

Senghor für Muzorewa

Der der sozialistischen Internationale angehörende Senghor macht seinem Namen als einer der berühmtesten afrikanischen Reaktionäre wieder einmal alle Ehre: Vom Regierungsblatt „Le Soleil“ wurde Muzorewas Politik als Zeichen „weitsichtiger Mutes“ gelobt, während der Patriotic Front „sterile Unnachsinnigkeit“ vorgeworfen wurde („Die Neue“, 7.6.79).

USA: Vorläufige Beibehaltung der Rhodesien-Sanktionen

In den USA werden die politischen Kräfte immer stärker, die eine Aufhebung der Rhodesien-Sanktionen fordern. Der Senat hat zum zweiten Mal innerhalb von vier Monaten mit 52 zu 41 Stimmen eine Aufhebung der Rhodesien-Sanktionen (entgegen dem UNO-Beschluß!) gefordert. Die Carter-Regierung hält einen solchen Schritt gegenwärtig aber nicht für opportun. Offensichtlich will man hier der konservativen Thatcher-Regierung den Vortritt lassen. Vor einem Untersuchungsausschuß des Repräsentantenhauses (welches übrigens für die Beibehaltung der Sanktionen stimmt) äußerte US-Außenminister Vance, „eine verfrühte (!) Anerkennung Zimbabwes könnte dem Ansehen der USA im Ausland schaden und die Bemühungen Großbritanniens um eine Lösung des Konflikts untergraben“ („SZ“, 15.6.). Hinzukommt möglicherweise der innenpolitische Aspekt, daß die schwarzen Stimmen auch im nächsten Jahr für Carters Wiederwahl entscheidend sein können.

RSA-Atomforschung mit BRD-Unterstützung

Auf der internationalen Konferenz über Schwer-Ionenforschungen, die vom 1. bis 3. August 1978 an der Universität Johannesburg stattfand, wurden 50 Forschungsprojekte der RSA vorgestellt. An 28 dieser Projekte waren oder sind Wissenschaftler und Hochschulinstitute aus der BRD und Westberlin beteiligt. An der Konferenz selbst nahmen 90 BRD-Wissenschaftler teil, die an verschiedenen Hochschulen der BRD beschäftigt sind. Diese atomare Zusammenarbeit vollzog sich auf der Grundlage des berichtigten Kulturabkommens zwischen der BRD und der RSA (nach „Die Neue“, 2.6.79).

EG pro RSA

Auf die entscheidende und lebensnotwendige Unterstützung der EG für das Apartheidregime wiesen anläßlich der Europaratswahlen 11 Anti-Apartheid-Bewegungen aus neun EG-Ländern hin. Die gemeinsame Erklärung nennt Ergebnisse einer Untersuchung der wirtschaftlichen Integration zwischen EG und Südafrika: EG-Länder sind mit 43% des Imports und 39% des Exports zu Südafrikas größtem Handelspartner geworden. Sie liefern 57% der Auslandskredite und fast zwei Drittel

aller Direktinvestitionen. Angesichts dieser Verhältnisse kann es schon nicht mehr verwundern, wenn ein Ausschuß des Europa-Parlaments unter der Federführung eines sozialistischen Abgeordneten (des Franzosen Lagorze) einen Bericht erstellt hat, der eine Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Rassistengregime empfiehlt und vom Wirtschaftsboykott abrät („Die Neue“, 8.6.79).

Viljoen neuer RSA-Präsident

Nach dem Rücktritt Vorsters und Ausschaltung des Justizministers Kruger (verantwortlich für die Ermordung Steve Bikos und vieler anderer) ist der ehemalige Staatspräsident Viljoen zum neuen Präsidenten der RSA von den Rassisten gewählt worden. Der Rücktritt Vorsters ist als Versuch gedacht, endlich Ruhe an der „Muldergate-Front“ zu schaffen. Vorster als Repräsentant der vormaligen RSA-Regierung konnte die Mitverantwortung bei der Veruntreuung öffentlicher Gelder des „Informationsministeriums“ in Höhe von 60 Millionen Rand nachgewiesen werden (wir berichteten darüber). Ungeachtet dieses Skandals, der seit Monaten in der RSA hohe Wellen schlägt, will die Regierung einen neuen „Reptilienfonds“ zur Finanzierung von Geheimprojekten einrichten. Auf die Finanzierung und Bestechung wesentlicher westlicher Politiker, Gewerkschafter, Medien etc. kann und will das Rassenregime auch weiterhin natürlich trotz der „Panne“ nicht verzichten. Erst jetzt wurde aufgedeckt, daß seit 1975 Südafrika mit vier Millionen Mark an einer der größten Film-Nachrichtenagenturen, der UPITN, beteiligt gewesen ist (ein Zusammenschluß von UPI und ITN). Die Enthüllungen dauern also noch an und es ist sehr die Frage, ob es mit dem Vorster-Rücktritt gelingt, Gras über die Affäre wachsen zu lassen. Bereits meldet sich wieder der unverwundliche Rhoudie (ehemals Staatssekretär im inzwischen aufgelösten „Informationsministerium“): In einer dänischen Zeitschrift behauptet Rhoudie, daß der amtierende Regierungschef Botha für zwei geheime Projekte die Mitverantwortung trägt, die seinerzeit vom „Informationsbüro finanziert“ worden waren. Ohne Details anzugeben, sagte Rhoudie, es würde sich um Projekte

handeln, die die Verteidigung betreffen und mit einem anderen Staat in Südafrika in Zusammenhang stehen. Scharf griff Rhoudie den amtierenden Finanzminister Horwood an: Er hätte von allen Geheimprojekten gewußt und die wesentlichen finanziellen Vorschläge persönlich abgezeichnet („Guardian“, 14.6.). Abschließend meinte Rhoudie in dem Interview, er hätte Dokumente, die sowohl Horwood zum Rücktritt zwingen als auch das gesamte gegenwärtige Kabinett mitreißen würden. Nur voran!

Afrika-Kommission

Die Hintergründe des Militärputsches in Ghana

Die politische Instabilität im westlichen/mittleren Afrika nimmt zu. Nachdem sie zuletzt in Liberia und im Zentralafrikanischen „Kaiserreich“ zu Rebellionen der Bevölkerung geführt hatte, wollte in Ghana eine Gruppe Offiziere niedriger Dienstgrade um Hauptmann Rawling dem zuvorkommen, indem sie am 4.6. gegen das korrupte Militärregime Akyeffo putschte. Der Umsturz soll rund 50 Todesopfer gefordert haben („NZZ“, 11.6.). Inzwischen scheint sich das neue Regime stabilisiert zu haben. Ein neugebildeter „Revolutionsrat“ übt die Macht aus.

Doch die linke Wortwahl täuscht. Ausdrücklich hat der „Revolutionsrat“ die Meinung zurückgewiesen, kommunistisch orientiert zu sein. Im Gegenteil, eine „Lösung nach äthiopischem Muster“ wird angekündigt („Neue“, 14.6.). Die einzige konkrete Aussage der neuen Machthaber ist, daß sie die weitverbreitete Korruption und Vetterwirtschaft sowie Schmuggel und Schwarzmarkt bekämpfen wollen, beginnend mit einer Säuberung in der Armee.

Unter denselben Forderungen, nur ohne Konsequenzen oder gar Erfolge, sind auch schon die drei Militär-

juntas und eine zivile Regierung seit dem Sturz des charismatischen Nationalisten Nkrumah im Jahre 1966 angetreten.

Unter ihm hatte Ghana 1957 die formale Unabhängigkeit erlangt. Nachdem früher reiche Ressourcen, erst an Sklaven, dann an Gold, portugiesische, holländische, preußische und dänische Kolonialisten angezogen hatten, betrieben die Briten Ghana als Kakaoanlage. Diese Monokultur ist nie wirkungsvoll bekämpft worden. Starke Krisenanfälligkeit durch das Schwanken des Kakao-preises auf dem Weltmarkt und damit wachsende Abhängigkeit vom Imperialismus, besonders über den Internationalen Währungsfonds, war die Folge. Gleichzeitig mit dem sich seit 1965 beschleunigenden wirtschaftlichen Niedergang sind Korruption und Mißwirtschaft gewachsen, verstärkt seit 1972.

Sie führten zu chaotischen Zuständen im Land: Der Handel ist teilweise zusammengebrochen, weil der Flughafen zeitweise geschlossen, der Straßenbau eingestellt und der Hafen blockiert gewesen ist. Monatelang war die Hauptstadt Accra ohne Wasser, Seuchen drohen. Die gesund-

heitliche Versorgung hat inzwischen einen katastrophalen Zustand erreicht. Die industrielle Produktion geht zurück, die Devisen sind alle und die Inflation bewegt sich knapp

Kein Wunder, daß der Unmut und die Unruhe unter der Bevölkerung stark angestiegen sind. Offen aufgebrochen sind sie bereits 1974/75 bei Studentenrebellionen. Es schlossen sich Aufstände von Slumbewohnern an, die ebenfalls mit Gewalt unterdrückt wurden. Allerdings ist bis heute eine organisierte Opposition

Uganda: Lule-Regierung abgesetzt

Wie die „Frankfurter Rundschau“ vom 21.6. berichtet, ist der ugandische Staatspräsident Lule mit seinem Kabinett zurückgetreten. Kurz zuvor hatte Lule zum zweiten Mal sein Kabinett umgebildet, um ihm politisch genehme Anhänger in wichtige ministerielle Schlüsselpositionen zu hieven.

Laut „FR“ soll Lule von „starken Kräften“ Eigenmächtigkeit und „Begünstigung von engen Beratern bei den Kabinettsumbildungen“ vorgeworfen worden sein.

Über die weitere politische Entwicklung in Uganda lagen uns bei

weder ideologisch noch personell erkennbar.

Es bleibt abzuwarten, ob sich das ghanaische Volk länger mit spektakulären Maßnahmen abspesen läßt. Zunächst sind der Chef der vorletzten Militärjunta, Acheampon, und ein weiterer der Korruption Beschuldigter hingerichtet worden („FR“, 18.6.). Eine unbekannte Zahl von Militärs, Geschäftsleuten und Beamten ist inhaftiert worden.

Afrika-Kommission

Redaktionsschluß keine Informationen vor. Wir werden im nächsten Arbeiterkampf darüber berichten.

Bereits in der letzten Ausgabe des AK hatten wir über das von Lule verfügte Parteienverbot gleichbedeutend mit der Ausschaltung der UNLF- und die eigenmächtige Übertragung weitreichender politischer Vollmachten auf seine Person berichtet.

Dieses undemokratische Vorgehen ist offensichtlich innerhalb der UNLF auf erheblichen Widerstand gestoßen.

Afrika-Kommission

nahost

Besuch von drei SPD-Abgeordneten im Iran

Großen Wirbel lösten die drei SPD-Abgeordneten Norbert Gansel, Klaus Thüsing und Manfred Coppik mit Berichten über ihre — selbstfinanzierte — Iranreise Anfang Juni aus. Der SPD-Fraktionsvorstand rügte prompt und scharf die Berichterstattung der drei Abgeordneten. Er warf ihnen eine „einseitige Übernahme von Bewertungen und Auffassungen der gegenwärtigen Machthaber in Iran“ vor („FR“, 18.6.), außerdem hätten die Abgeordneten in ihren Äußerungen den Eindruck erweckt, als seien sie mit der Revolutionsjustiz im Iran und mit den dort verhängten und vollstreckten Todesurteilen einverstanden („SZ“, 21.6.).

Die drei SPD-Abgeordneten waren auf Einladung des stellvertretenden iranischen Innenministers Tabatabai, der im Mai drei Wochen lang die BRD bereiste, eingeladen worden. Besonders Klaus Thüsing hatte sich während der Aufstände gegen das Schah-Regime als einer der ganz wenigen SPD-Abgeordneten mit der iranischen Opposition von Anfang an solidarisch erklärt.

In ihren Berichten nach der Rückkehr aus dem Iran hatten die Drei Fragen berührt, die der Bundesregierung keineswegs schmeckten.

- So bezeichneten sie die Geschäftspraktiken westdeutscher Unternehmen im Iran als „sittenwidrig“. Ins-

besondere kritisierten sie das Atomkraftwerks-Projekt der Kraftwerkunion in Bushir am Persischen Golf als eines der „Schulbeispiele neo-imperialistischer Ausbeutung“. Das AKW-Geschäft mache die Hälfte des deutsch-iranischen Handelsvolumens aus, der verlangte Preis sei dreimal so hoch wie der Weltmarktpreis, es gebe „erhebliche Mängel in der Planung“. Das AKW (gleiche Größenordnung wie das AKW in Biblis) sei ohne vorheriges geologisches Gutachten in einem Gebiet geplant worden, in dem Erdbeben an der Tagesordnung sind. Außerdem sei die Entsorgungsfrage nicht gelöst, „Katastrophen wie in Harrisburg“ seien „an der Tagesordnung“.

- Die Abgeordneten bestätigten noch einmal die gute Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit dem iranischen Geheimdienst SAVAK. In einem Interview sagte Klaus Thüsing dazu: „... man (kann) ganz allgemein sagen, daß der Verfassungsschutz so getan hat, als sei der SAVAK eine Art Unterabteilung. So eng war die Zusammenarbeit. Zum Beispiel: Da reichte ein Anruf des SAVAK an den Verfassungsschutz, man möge doch eine Demonstration persischer Studenten fotografieren und die Teilnehmer feststellen, und schon war das gelaufen. Ich hoffe sehr, daß diese Zusammenarbeit von

persischer Seite noch eingehend und konkret — sowohl was die Ereignisse als auch die beteiligten Personen betrifft — auf den Tisch kommt. Das ist auch im Sinne unserer Demokratie“ („Die Neue“, 14.6.79).

- Des weiteren äußerten sich die Abgeordneten differenziert zu den Todesurteilen im Iran. Sie stellten nämlich fest, daß es sich fast durchweg um Schuldige handele, und zwar „größtenteils um Massenmörder“, seit 1953 seien 300000 namentlich bekannte Menschen von der Polizei und dem Geheimdienst des Schah „gefoltert und ermordet“ worden, in den letzten Monaten des Schah-Regimes seien bei Massakern gegen Demonstranten 60000 bis 70000 Menschen umgekommen.

Sie grenzten sich deutlich von der Art der Gerichtsverfahren (keine Verteidiger, keine Berufungsinstanz, geheime Verfahren) und vom Strafmaß (als Gegner von Todesurteilen) ab und erwähnten, daß ihnen besonders für die Hinrichtungen von Homosexuellen keine überzeugenden Erklärungen geliefert worden seien („SZ“, 13./14.6.79; „FR“, 13.6.79).

Daß die drei — linken — SPD-Abgeordneten keinerlei Kritik an den Versuchen der neuen Machthaber im Iran äußerten, ein neues diktatorisches Regime zu errichten, war selbstverständlich nicht Anlaß für die Rüge



des SPD-Fraktionsvorstandes. Der SPD-Fraktionsvorstand „rügt“ das angebliche Verständnis der Abgeordneten für die Todesurteile im Iran unter bewußter Verdrehung der tatsächlichen Äußerungen. Er verhält sich da wie alle guten Schah-Freunde, die über die Hinrichtung von Massenmördern Krokodilstränen vergießen, obwohl (oder besser „weil“) sie vorher deren Massenmorde geduldet, gebilligt oder unterstützt haben. Mit dieser Propaganda sollen nicht in

erster Linie die jetzigen Machthaber bloßgestellt werden, sondern es soll das Schreckensbild einer Revolution unter Beteiligung der Massen gezeichnet werden.

Darüberhinaus ist diese Art „Menschenrechtskampagne“ der SPD-Spitzenpolitiker natürlich bestens geeignet, von den übrigen Enthüllungen der SPD-Abgeordneten über die imperialistische Politik der Bundesregierung abzulenken.

Nahost-Kommission

Iran, Irak und das Minderheitenproblem

Nach den schweren Unruhen in der iranischen Hafenstadt Khorramshar und anderen Städten und Dörfern in der Öl-Provinz Khusistan hatte der iranische Provinzgouverneur und Admiral Madani die Schuldigen sofort gefunden: „Ausländische Organisationen“ mit Sitz in Bagdad würden zum Schüren der Unruhen Waffen in den Iran schmuggeln mit dem Ziel, die Provinz Khusistan zu „kolonialisieren“, außerdem würde die irakische Regierung Truppen an der Grenze zum Iran konzentrieren. Die iranischen Truppen würden allerdings „mit Härte und allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ eine Aufspaltung des Irans bekämpfen („Die Neue“, 2.6., „SZ“, 2.4.6.).

Tatsächlich ließ Madani die Unruhen in der Provinz mit beispielloser Härte niederschlagen, die Folge waren 200 Tote, mehr als 600 Verletzte und mindestens 60 Verhaftungen. Anlaß der Unruhen waren allerdings nicht „ausländische Organisationen“, sondern Khomeiny-treue Komitees und Revolutionäre Garden, die streikende Arbeiter in Khorramshar am 29.6. beschossen und einen Tag später das Kulturzentrum der arabischen Bevölkerung in Khorramshar angriffen. In den nachfolgenden bewaffneten Auseinandersetzungen steckten die Araber verschiedene öffentliche Gebäude in Brand, u.a. das Polizeipräsidium und staatliche Fabriken. Die Auseinandersetzungen griffen sehr schnell auf andere Städte (Ahwas, Abadan) und Dörfer über.

Schon im Mai hatte es bewaffnete Kämpfe zwischen den für Autonomie eintretenden Arabern und Khomeiny-Komitees gegeben. Die Araber in Khusistan, der reichsten Provinz des Iran, haben folgende Forderungen an die Zentralregierung gestellt:

- Beteiligung an der Zentralregierung,
 - paritätische Besetzung der städtischen und ländlichen Räte,
 - eigene Wahl des Gouverneurs,
 - gleiche politische Rechte wie die Perser,
 - autonome Kontrolle der Provinz,
 - Auflösung der Khomeiny-Komitees und der Revolutionären Garden in Khusistan,
 - Bildung eigener Sicherheitskräfte,
 - Anerkennung des Arabischen als zweite Sprache,
 - größere Beteiligung an den Ölgegewinnen zur Verwendung für lokale Zwecke,
 - Ende der Diskriminierung bei der Verteilung der Arbeitsplätze („SZ“, 1.6., „Le Monde“, 2.6.).
- Die Forderungen der Araber, die

trotz des starken Zuzugs persischer Arbeitskräfte in das Ölgebiet noch immer die Mehrheit der Bevölkerung stellen, zeigen recht deutlich die bisherige und unter der „Revolutionsregierung“ noch immer andauernde Diskriminierung und Unterdrückung der arabischen Minderheit.

Nach Niederschlagung der Kämpfe und tagelangen Demonstrationen wurde zwischen dem Provinzgouverneur Madani und dem religiösen Führer der Araber, Scheich Khaghani, ein Abkommen geschlossen, das die Araber vorläufig beruhigen soll.

- Polizei und Gendarmerie sollen künftig für Ruhe und Ordnung



sorgen, wenn nötig unterstützt von Revolutionären Garden, nicht aber von örtlichen Khomeiny-Komitees.

- Verwaltungsposten sollen künftig nur nach Qualifikation und bei Treue zur islamischen Revolution vergeben werden,
- die Verantwortlichen für das Provokieren der Auseinandersetzungen sollen vor Gericht gestellt werden,
- alle während der Kämpfe Verhafteten sollen freigelassen werden („Le Monde“, 8.6.79). Die arabischen Autonomieforderungen wurden nicht behandelt.

Selbst diese Abmachungen wurden bis heute nicht eingehalten. Von den während der Kämpfe Verhafteten wer-

den bis heute sieben Mitglieder der „Sozialistischen Arbeiterpartei Irans“ (HKS, iranische Organisation der IV. Internationale) sowie mindestens drei Vertreter der arabischen Stahl- und Erdölarbeiter in Haft gehalten (20 Stahlarbeiter, ein Führer der Ölarbeiter von Khorramshar und drei Mitglieder der Ölarbeiterkomitees in Ahwas waren verhaftet worden).

Gegen die sieben Mitglieder der „HKS“ soll Anklage vor einem geheimen Revolutionsgericht erhoben werden. Der Revolutionsgerichtshof hat erklärt, ihr Fall sei „ernst“ und hat ihnen Verbindung zum amerikanischen Geheimdienst CIA und „Provo-

tungen gegen Mitglieder von Arbeiterorganisationen ausgesprochen werden könnten.

Iran — Irak: Gegenseitige Beschuldigungen

Anlaßlich der Kämpfe in Khusistan beschuldigte Gouverneur Madani die irakische Regierung in einem Interview mit der Tageszeitung „Ayandegan“ schließlich sogar der Zusammenarbeit mit Agenten des Schahs, die genügend Geld zur Verfügung gestellt hätten, um Iran mit Waffen zu überfluten („Neue Zürcher Zeitung“, 8.5.79), um von der brutalen Unterdrückung der Autonomieforderungen der arabischen Iraner abzulenken.

Die irakische Regierungszeitung „Al Thaura“ hat ihrerseits am 14.6. die „revolutionären Führer“ im Iran davor gewarnt, in die „Fußstapfen“ des gestürzten Schah zu treten, hat der arabischen Minderheit Unterstützung zugesagt und der iranischen Regierung gedroht, daß der „Arm der irakischen Revolution sehr lang“ sei. So freundlich verhält sich die irakische Regierung Minderheiten gegenüber freilich nur, wenn sie nicht auf irakischem Staatsgebiet leben und wenn es der eigenen Machtpolitik dient.

Erst Anfang Juni bombardierte die irakische Luftwaffe Kurdendörfer nahe der iranischen Stadt Sardascht, um irakische Kurden über die Grenze hinweg zu verfolgen. Bei diesen Angriffen kamen 10 Menschen ums Leben, 40 wurden verletzt, 620 obdachlos, viele befinden sich auf der Flucht („SZ“, 8.6.79).

Inzwischen hat sich der Streit zwischen der irakischen und der iranischen Regierung verschärft. Der islamische Rundfunk in Teheran ruft die irakischen Schiiten (die die größte Religionsgemeinschaft im Irak bilden) zum Widerstand gegen die Regierung in Bagdad auf. Über die Stadt Najaf (ehemals Exilort Khomeinys) wurde nach tagelangen Demonstrationen gegen die irakische Regierung, bei denen es nach Angaben des Teheraner Rundfunks auch Tote gegeben haben soll, das Kriegsrecht verhängt. Der Sondergesandte Khomeinys, Ayatollah Rezvani, wurde festgenommen, 600 weitere Schiiten wurden ebenfalls verhaftet („NZZ“, 23.6.79).

Die irakische Regierung hat nun im Gegenzug die iranische Regierung beschuldigt, die expansive Politik des Schahs fortzusetzen und gefordert, daß die von Schah-Truppen 1970 besetzten Inseln (große und kleine Tumb-Insel, Abu Mússa) im persi-

schen Golf den Vereinigten Arabischen Emiraten zurückzugeben.

Noch handelt es sich im wesentlichen um die Steigerung des Propagandakrieges, der ebenso wie 1975 mit der Übereinkunft beendet werden kann, Bewegungen gegen die jeweilige Zentralregierung nicht weiter zu unterstützen.

Nahost-Kommission

Oman Militärische Aktion der PFLO

Die Volksbefreiungsfront Omans (PFLO) hat am 13.6. bekanntgegeben, daß sie bei einem Angriff auf einen militärischen Stützpunkt in dem Gebiet von Aram (Dhofar) sechs Angehörige der Armee des Sultan Qabus und einen britischen Offizier getötet hat. Die PFLO berichtet, das omanische Truppen in dieser Region in großer Zahl geschlagen worden seien. Drei Mitglieder der PFLO, unter anderen ein Mitglied des zentralen Kommandos und ein Verantwortlicher für das Gebiet von Dhofar, fielen im Kampf.

Diese militärische Aktion ist die zweite seit 1975. Damals mußte die Befreiungsfront schwere Schläge hinnehmen, als die omanischen Truppen mit massiver Unterstützung der iranischen Armee die befreiten Gebiete von Dhofar wieder besetzten. Nach dem Sturz des Schah-Regimes wurden die iranischen Truppen aus Oman abgezogen. Seitdem haben sich die Aktivitäten der Befreiungsfront verstärkt.

Im Juni 1978 hatte ein Kommando der PFLO fünf britische „Berater“, die im Militärstützpunkt „Thamrit“ arbeiteten, in der Nähe ihres Arbeitsplatzes erschossen. Insgesamt „unterstützen“ 700 britische Offiziere die 19000 Mann starke Armee des Sultan Qabus. („Le Monde“, 20.6.79 und „The Guardian“, 14.6.79)

Nahost-Kommission

Marokko: Angriffsdrohungen gegen Algerien sollen von inneren Schwierigkeiten ablenken

König Hassan II. von Marokko hat am 7. Juni erneut damit gedroht, daß seine Truppen von nun an die Guerilleros der saharischen Befreiungsbewegung Frente Polisario nach Angriffen auf marokkanische Ortschaften bis zu deren Stellungen in Algerien verfolgen würden. Dies begründete er „mit der äußerst ernstesten Lage, die durch die fortgesetzten Aggressionsakte gegen marokkanische Ortschaften entstanden“ sei („SZ“, 8.6.79).

Mitte Juni fand eine von Marokko geforderte Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates statt, um die „Akte der Aggression seitens der algerischen Regierung gegen Marokko“ zu erörtern.

Begründet wurde dieser erneute Befehl an die Truppen mit 2 jüngeren Polisario-Aktionen, die nach marokkanischer Darstellung von Algerien aus erfolgt seien, wohin sich die Angreifer wieder zurückgezogen hätten: In der Nacht vom 31.5. zum 1.6. wurde ein marokkanischer Truppenkonvoi auf der Straße von Tarfaya nach Tan Tan überfallen, wobei 20 marokkanische Soldaten getötet und mehrere Dutzend verwundet wurden.

„Offensive Houari Boumedienne“ sehr erfolgreich ist!

Nach dieser Ankündigung Hassans hat Algerien die Botschafter der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Chinas und der UdSSR zu sich gebeten und darauf hingewiesen, daß Marokko für die Folgen einer Grenzverletzung die volle Verantwortung zu tragen haben werde. Algerien werde marokkanischen Eindringlingen mit Gewalt begegnen („FR“, 11.6.79).

Diese Drohungen von Seiten Marokkos sind so alt wie der Kampf um die Westsahara. Ein Zeichen für die veränderte Situation im Westsahara-Konflikt — die bewaffneten Aktionen finden heute zwischen Marokko und der Polisario statt, während der dritte Beteiligte, Mauretanien, auf eine Verhandlungslösung orientiert — ist die vorsichtige Distanzierung der mauretanischen Regierung, die erklärte, daß sie die neue Entwicklung der Situation im Maghreb mit großer Besorgnis verfolge („Neue“, 16.6.79).

Ähnliche Drohungen hat es — um nur einige Daten zu nennen — im Februar und Juni 1976, im Mai,

Staatsbürger zu befreien.

Marokko selbst hat diese Drohungen jedoch nie wahrgemacht, und zwar sicher nicht, weil Marokko keine „Anlässe“ mehr gehabt hätte — die Angriffe der Polisario gegen Südmarokko dauern seit 3 — 4 Jahren an —, sondern weil Marokko sich einen Krieg gegen Algerien bzw. die Bombardierung der Flüchtlingslager in Tindouf auf algerischem Gebiet (die ja eigentliches Angriffsziel sind) weder politisch noch militärisch leisten können. Heute hat sich die Situation für Marokko auf der politischen Ebene weiter verschlechtert, da seine früher engen Verbündeten, Mauretanien und Spanien, den Weg der „Verhandlungen“ (d.h. Erhaltung des Status Quo, Verzögerungspolitik) einer Ausweitung der Kampfaktionen vorziehen.

Vielmehr sind diese Drohungen aufzufassen als Propagandamittel gegenüber der eigenen Bevölkerung, gegenüber der Bevölkerung im Süden Marokkos, die am eigenen Leibe zu spüren bekommt, wie stark die Frente Polisario ist und wie wenig die marokkanische Armee gegen die Guerilla-



Nationalistische verblendete Marokkaner begleiten den Einmarsch ihrer Truppen in die West-Sahara

Am 4. Juni hatten Guerilleros die Ortschaft Assa angegriffen, wo die marokkanischen Truppen erneut Verluste hinnehmen mußten.

Inzwischen wurde ein weiterer Zwischenfall in dieser Region in der Nacht zum 14.6. gemeldet.

Alle Orte liegen im Süden Marokkos, nicht in der Westsahara, was darauf hindeutet, daß die Frente Polisario in ihrer im Januar begonnenen

August und November 1977, im September 1978, im Februar und März 1979 gegeben. In den meisten Fällen waren dieser Drohung längere mehrmonatige Offensiven oder große Erfolge der Frente Polisario vorausgegangen; im November 1977 bereiteten sie die Entsendung französischer Fallschirmjäger in die mauretanische Bergwerksstadt Zouerate vor, angeblich, um gefangene französische

taktik der Polisario ausrichten kann; zum anderen soll die übrige Bevölkerung Marokkos von den inneren Schwierigkeiten, von ihren sozialen Forderungen abgelenkt und an ihre „patriotischen Gefühle“ erinnert werden.

Nicht zuletzt deswegen wurde im März in Marokko ein „Nationaler Verteidigungsrat“ gebildet, in dem alle Parteien mit 2 Mitgliedern vertre-

ten sind. Die sonst bestenfalls geduldeten Oppositionsparteien der Sozialisten und Kommunisten erhielten gleichberechtigte Sitze darin, weil sie die marokkanische Bevölkerung so besser an die Regierungspolitik binden können, als wenn sie ausgeschlossen wären. So führte die Istiqlal, eine rechte nationalistische Partei, gleich eine nationale Mobilisierungskampagne durch.

Seit Anfang dieses Jahres hatte es in Marokko eine Streikbewegung gegeben, die schließlich auch den Ministerpräsidenten zum Rücktritt zwang (vgl. AK 151, S. 49). Bei der Eisenbahn, bei den Banken, im Chemie-, Bergwerks- und Metallbereich, in der Nahrungsmittelindustrie und im Textilektor hatten Streiks um Lohnerhöhungen stattgefunden. Ebenso gab es politische Streiks an den Hochschulen für die freie Betätigung der wiederzugelassenen Studentenorganisation UNEM und Streiks an den Schulen für eine Demokratisierung des Bildungswesens.

Die Gewerkschaften forderten durchschnittlich Lohnerhöhungen von 70%, während die Regierung die Erhöhungen zwischen 10 und 30% festsetzte, die wahrscheinlich wegen der Zahlungsschwierigkeiten noch nicht einmal ausgezahlt würden. Um gleich gut wie 1960 leben zu können, wären 100% Lohnerhöhung erforderlich; 70% würden zum Lebensstandard von 1973 führen („FR“, 5.6.79).

Da also weiterhin mit einer Verschlechterung der Lebensbedingungen und Fortsetzung der Streiks gerechnet werden muß, soll die nationalistisch ausgerichtete Mobilisierung für einen einigermaßen gewährten sozialen Frieden sorgen.

Nahost-Kommission

nanost-kommission

Ägyptische Uraufführung: „Wahlen zum Friedensparlament“ Buch und Regie: Präsident Sadat

Ägyptens Präsident Sadat hat wieder einmal demonstriert, was er unter seinem Lieblingslogan der letzten Monate „Mehr Demokratie“ versteht. Demonstrationen waren die Parlamentsneuwahlen am 7. und 14. Juni. Als Sadat im April in einer manipulierten Volksabstimmung (über 99% Ja-Stimmen) seinem Friedensvertrag mit Israel den Anschein demokratischer Legitimierung verlieh, holte er sich zugleich die Zustimmung zur Auflösung des alten Parlaments und der Ausschreibung von Neuwahlen. Dieses erste „Friedensparlament“ sollte auch zum erstenmal ein echtes Mehrparteienparlament sein, für das — auch darüber wurde in der Volksabstimmung entschieden — die freie Bildung von neuen Parteien zugelassen werden sollte.

Aus diesen Parlamentswahlen, die den „Höhepunkt des achtjährigen Kampfes“ von Sadat „um eine einzigartige Demokratie“ bilden sollte (Sadat in einer Wahlrede, „Guardian“, 1.6.79), ging die „Nationaldemokratische Partei“ (NDP) unter Vorsitz von Sadat mit absoluter Mehrheit (340 von 392 Sitzen) hervor („Süddeutsche Zeitung“, „SZ“, 18.6.). Die übrigen Abgeordneten kommen aus der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (29 Sitze), die auf Initiative von Sadat im letzten Jahr von seinem Freund Ibrahim Shukry als „konstruktive Oppositionspartei“ gegründet wurde, und aus der ebenfalls regierungstreuen „Liberal-sozialistischen Arbeiterpartei“ unter Mustapha Kamel Murad (3 Sitze). Hinzu kommen neun „unabhängige“ Kandidaten. Fazit: Keine einzige neue Partei, im Gegenteil, die einzige echte Oppositionspartei, die „National-Fortschrittliche Unionistische Sammlungsbewegung“ (vorher 2 Ab-

geordnete) wurde ausgeschaltet, die Zahl der unabhängigen, z.T. oppositionellen Abgeordneten schrumpfte (vorher 40).

Oberstes Wahlziel: Ausschaltung der Opposition

Das Ergebnis der Wahl hat niemanden überrascht, es war — wie vorher in allen Zeitungen zu lesen war — durch die Wahlpolitik Sadats vorprogrammiert. Keine einzige neue Partei erhielt die Möglichkeit zur Kandidatur. Von vornherein per Wahl- und Parteiengesetz (in der Fassung von 1977) waren ausgeschlossen: Kommunisten, religiös motivierte Gruppen (um die faschistischen Muslimbrüder etwa ist es allerdings nicht schade) und sonstige „verfassungsfeindliche“ Gruppen. Mindestens zwei neue Parteien, die „Internationale Fortschrittliche Partei“ und die „Nationale Front“ stellten einen Antrag auf Zulassung zur Wahl. Der Antrag der „Nationalen Front“ erledigte sich sozusagen von selbst durch die Inhaftierung von zweien ihrer Gründungsmitglieder wegen „Teilnahme an einer internationalen kommunistischen Verschwörung“ („SZ“, 8.6.; „Guardian“, 1.6.).

Ebenfalls von der Wahl ferngehalten wurden zwei unabhängige Kandidaten, die zusammen mit vier anderen Menschen im Mai wegen „Spionage für die Sowjetunion“ in Zusammenarbeit mit der bulgarischen Botschaft in Kairo (inzwischen geschlossen) festgenommen wurden. Von der Kandidatur nicht ausgeschlossen, aber im Zuge der Sadat'schen Wahlkampagne verunglimpft und behindert, wurde die bisher legale Oppositionspartei unter Führung von Khaled Mohieddin. Die „Sammlungsbewegung“ wurde am 1. Mai vom Generalstaatsanwalt „subversiver Aktivitäten“ zusammen mit der irakischen Bath-Partei gegen die ägyptische Innen- und Außenpolitik öffentlich beschuldigt; ihre Mitglieder würden von der Bath-Partei ausgebildet und nach Ägypten zurückgeschickt, um dort „terroristische Anschläge“ zu inszenieren („Guardian“, 1.6.). Diese Partei ist schon seit langem staatlichen Repressionen (Verhaftungen, Razzien, Beschlagnahme und Verbot ihrer Zeitung) ausgesetzt, weil sie die Sadat'sche Politik, insbesondere sein „Friedens“-Werk offen kritisiert hat. In ihrem Aktionsprogramm vor der Wahl forderte sie aktive Solidarität des ägyptischen Volkes mit der PLO, eine Revision der ägyptischen Verfassung (freie politische Betätigung) und eine Revidierung der „Öffnungspolitik“ („Die Neue“, 17.5.).



Die Diffamierung oppositioneller Politiker als Spione und Terroristen war nur ein Mittel im „demokratischen Wahlkampf“ Sadats. Um auf Wahlveranstaltungen gar nicht erst eine kritische Stimmung aufkommen zu lassen, verbot er durch ein Wahldekret die Behandlung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags als Wahlkampfthema (!); die Begründung: über den Friedensvertrag sei bereits in der Volksabstimmung entschieden worden, wer gegen ihn sei, stelle sich außerhalb des Konsenses des ägyptischen Volkes und habe bei der Wahl nichts verloren („Neue Zürcher Zeitung“, „NZZ“, 9.6.). Dies ist schon ein ungeheurer Eingriff in den Wahlkampf, allein schon, weil überhaupt bestimmte Fragen zu behandeln verboten ist; aber der Gipfel dabei ist, daß es sich um das zentrale Thema der politischen Auseinandersetzung in Ägypten handelt. Hängen doch mit dem Friedens-

schluß vitale Interessen der ägyptischen Bevölkerung zusammen: der versprochene aber ausbleibende Wohlstand, Arbeitsplätze, Isolierung in der arabischen Welt u.a.

Wo das Wahlgesetz zur Ausschaltung der Kritiker nicht ausreichte, besorgten Bürokratie und Sicherheitskräfte den Rest. So berichten oppositionelle Politiker von polizeilichem Druck, zahlreichen Beeinflussungen, Behinderungen und Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen („SZ“, 18.6.). Prominentes Opfer war der ehemalige Außenminister Fahmy, der wegen der Sadat'schen „Friedens“politik zurückgetreten war. Er wollte jetzt in Kairo als Unabhängiger zum neuen Parlament kandidieren. Doch er wurde nicht zugelassen, weil eine Registraturkarte fehlte!!! („SZ“, 8.6.).

30 Alibi-Frauen

Wer sich demokratisch geben will, darf die Frauenfrage nicht vergessen. Daran hielt sich auch Sadat: er reservierte den Frauen seines Landes (vermutlich wie überall etwa die Hälfte der Bevölkerung) 30 Sitze im Parlament (knapp 8%), d.h. in 30 Wahlkreisen mußte neben zwei Männern eine Frau gewählt werden. Na bitte, wenn das kein Beitrag zur Gleichberechtigung ist. Ein ernsthafter Versuch ägyptischer Frauen durch Gründung einer Frauenpartei ihre Interessen im Parlament einzubringen (vor allem Liberalisierung des islamischen Ehe- und Familienrechts) wurde 1977 abgeschmettert. Unter Hinweis auf das bis jetzt gültige Parteiengesetz wurde die Gründung einer Frauenpartei verboten, weil keine Parteien erlaubt sind, die „Gruppen-, Klassen- oder Glaubensinteressen“ vertreten wollen („NZZ“, 31.3.79).

Nahostkommission

Ein Interview mit einem Mitglied der DNF Linke und demokratische Organisationen im Iran



Am 16.6. hatte ein Genosse der Westberliner Internationalismus-Kommission Gelegenheit, Ali Schirazi zu interviewen. Ali Schirazi lebte jahrelang in Westberlin, ist Mitbegründer der CISNU und vor einigen Monaten in den Iran zurückgekehrt. Er ist Mitglied der im März gegründeten Demokratischen Nationalfront, er gab uns dieses Interview jedoch nicht als offizieller Sprecher dieses Bündnisses.

Seit ihrer Gründung ist die Demokratische Nationalfront, der sich die Organisationen der „Vereinigten Linken“ angeschlossen haben (ausgenommen selbstverständlich die revisionistische Tudeh-Partei und die Vaterlandsverteidiger, die darin wetteifern, die Politik Khomeinys kritiklos zu unterstützen), zu einem wichtigen politischen Faktor im Iran geworden.

Wir haben den iranischen Genossen vor allem zur Arbeit der linken und demokratischen Kräfte befragt. Wir danken ihm für das Gespräch.

F.: In der „Frankfurter Rundschau“

Es gibt viele Beispiele dafür, daß

F.: In der „Frankfurter Rundschau“ vom 6.6.79 ist ein Offener Brief der Demokratischen Nationalfront (DNF) auszusweise veröffentlicht worden, in dem die Politik Khomeinys scharf angegriffen wird. Ist das ein Anzeichen dafür, daß der Einfluß der Demokraten und Linken wächst und sie mit einer offensiveren Politik beginnen können?

A.: Khomeiny wurde zwar schon vorher – wenn auch nicht persönlich – von Zeitungen und Einzelpersonen kritisiert. Auf eine Kritik an seinen engen Vertrauten Yazdi und Ghotbzadeh in der Zeitung „Ayandegan“ antwortete er mit einer scharfen Erklärung, die praktisch einem Verbot gleichkam. In so offener Art aber wurde Khomeiny bislang selten angegriffen.

F.: Welche Reaktionen hat es vonseiten Khomeinys gegeben?

A.: Seine Reaktion ist – wie nicht anders erwartet – sehr prompt gekommen. Er hat die intellektuellen allgemein angegriffen und gemeint, sie seien westlich orientiert und anti-islamisch.

F.: Hat die DNF – über diesen Offenen Brief hinaus – Pläne für eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit, für die Diskussion programmatischer Forderungen sowie des Verfassungsentwurfs?

A.: Die DNF ist seit ihrer Gründung auf verschiedenen Ebenen aktiv. Z.B. hat sie in mehreren Interviews, Pressekonferenzen sowie ihrer Wochenzeitung „Azadi“ („Freiheit“) die Politik der Regierung kritisiert und auch Gegenvorschläge unterbreitet. Für die Zukunft geht diese Arbeit verstärkt weiter. Am nächsten Freitag soll eine Demonstration gegen das Vorgehen der Regierung zur Verfassungsdiskussion stattfinden. Beispielsweise will die Regierung keine Verfassungsgebende Versammlung einberufen, sondern hat eine Kommission von 70 Leuten (anfanglich sollten es nur 35 sein) zusammengestellt.

F.: Ist das ein Zugeständnis auf eure Proteste?

A.: Ja. Es ist überhaupt so, daß die Regierung – und wenn ich Regierung sage, meine ich nicht das Bazargan-Kabinett, sondern die Khomeiny-Regierung, denn Bazargan ist nichts als eine vorläufige Fassade – bis jetzt auf offen und energisch vorgebrachten Protest und Kritik mehrfach zurückgesteckt hat. Das bedeutet, es lohnt sich, anzugreifen!

Es gibt viele Beispiele dafür, daß verschiedene Teile der Opposition angegriffen haben und die Regierung zurückstecken mußte, z.B. in der Frage des Verschleierungszwanges der Frauen, des inoffiziellen Verbotes der Zeitungen „Ayandegan“ und „Peygam Enrouz“ (Khomeiny hatte mit der Erklärung, er würde „Ayandegan“ nicht mehr lesen, praktisch ein Verbot ausgesprochen) usw. Übrigens habe ich den Eindruck, daß „Ayandegan“ heute noch mehr gelesen wird als vorher. (Nach Angaben der „Le Monde“ vom 17./18. 6.79 stieg die Auflage nach dem Angriff Khomeinys von 250.000 auf 350.000 täglich – Anm.)

F.: Wie ist die DNF zusammengesetzt, wie ist sie aufgebaut? Welche Organisationen bzw. Strömungen sind in ihr vertreten – offiziell bzw. inoffiziell? Welche Arten der Veranstaltungen führt sie durch, wie wird die Diskussion organisiert?

A.: Die DNF ist erst im Werden. Ihr organisatorischer Aufbau ist noch längst nicht abgeschlossen. Die in ihr vertretenen Linken sind in theoretischer Hinsicht und in Beziehung zu den Weltmächten (damit meine ich in diesem Zusammenhang die UdSSR und die VR China) unabhängig. Einige dieser Gruppen sind direkt als Organisationen an der Front beteiligt und haben ihre offiziellen Vertreter in den Gremien. Einige andere – wie z.B. die Volksfedayin – sind indirekt vertreten. Die Fedayin haben dieses Bündnis von Anfang an unterstützt. Sie nehmen regelmäßig an den Veranstaltungen der DNF teil und stellen mit ihren Anhängern die Mehrzahl der Teilnehmer bei gemeinsamen Demonstrationen und Kundgebungen. Auch die Mitglieder und Freunde der Volksmodjahedin unterstützen die DNF und nehmen zahlreich an den verschiedensten Veranstaltungen teil.

Tagespolitische Themen werden z.B. in Mitgliederversammlungen besprochen, meist auf der Ebene von kleinen Diskussionsgruppen, Zellen. Normalerweise nimmt jemand aus der Führung der Organisation an derartigen Diskussionen teil. Aber wie gesagt, die Organisation ist erst im Aufbau.

Nun zu den demokratischen Kräften – ich würde sie als Radikaldemokraten bezeichnen. Es sind meist Menschen, die die Nationalfront wegen ihrer milden, kompromißbereiten Politik verlassen haben. Praktisch haben sie die Initiative zur Gründung der DNF ergriffen. Die Gründung dieser Bündnisorganisation ist für die

linken Gruppen ein glücklicher Zufall gewesen, denn kurz vorher lief in der Linken eine Diskussion um den Aufbau einer antiimperialistischen demokratischen Organisation. Als die DNF entstand, haben die Linken ihr eigenes Projekt zurückgestellt und sich der Front angeschlossen.

F.: Unter den Linken selbst gibt es zahlreiche Bestrebungen zur Vereinheitlichung. Wie schätzt du den gegenwärtigen Stand sowie die Perspektiven dieser Bemühungen ein?

A.: Neben den bekanntesten Bündnissen (eines aus 12, das andere aus 6 Organisationen) gibt es zahlreiche andere Bestrebungen in dieser Richtung. Vor der Gründung der DNF wurde bereits die Meinung vertreten, man müsse sich auf einer demokratischen Plattform zusammentun, weil man sich bewußt war, wie schwierig es sein würde, eine Koalition auf der ideologischen Ebene herzustellen. Wie auch bei euch ist die Linke zerstritten – zerstritten ist noch ein gutes Wort –, nicht einmal alle wesentlichen Differenzen sind deutlich herausgearbeitet bzw. entwickelt. Zum Teil müssen wir also erst einmal feststellen, wo überhaupt wichtige Meinungsunterschiede bestehen.

Gleichzeitig ist aber auch die innerlinke Diskussion fortgeführt worden. Nach der Gründung der Front geht es jetzt darum, neben der demokratischen Bündnisarbeit in einem langen und schwierigen Prozeß die Linken zu vereinheitlichen. Zuerst wird es wohl zu einer Einigung unter den unabhängigen Linken kommen, aber das wird schon schwer genug sein.

Es sind z.B. Seminare vorgesehen, an denen sich alle marxistischen Gruppen beteiligen können. Dort sollen die grundlegenden ideologischen Fragen erörtert und herausgefunden werden, in welchen Fragen man sich heute schon einigen kann und in welchen nicht.

„Wachen, wir werden Fragen“ – man sieht heute schon einigen kann und in welchen nicht.

Auf dem langen Weg zur Vereinheitlichung sind m.E. nicht so sehr die organisatorischen Fragen von ersterrangiger Bedeutung, sondern die ideologische Auseinandersetzung. Diese braucht nicht in parteiorganisatorisch festgelegten Formen abzulaufen, sondern kann auch mit Hilfe von Zeitschriften etc. organisiert werden.

F.: In welchen Bereichen entwickeln diese Organisationen eine Politik?

A.: Die DNF und auch kleinere linke Organisationen sind nicht in der Lage, eine proletarische Praxis zu verfolgen. Die Aufgabe der nicht so einflussreichen linken Gruppen sehe ich vor allem darin, die politisch-ideologische Diskussion untereinander und mit anderen progressiven Kräften voranzutreiben. Zeitschriften, Broschüren, Bücher, Veranstaltungen sind einige Mittel dazu.

An die größeren Organisationen mußst du den Maßstab der proletarischen Praxis sehr wohl anlegen. Die Volksfedayin z.B. sind dazu in der Lage – und sie tun es auch. Jede Vereinheitlichungsbestrebung sollte sich meiner Meinung nach um die Gruppe der Volksfedayin konzentrieren. Man sollte versuchen, aus dieser Organisation heraus die künftige kommunistische Partei des Iran zu gründen, denn diese Organisation hat die Massen, hat die Popularität, hat den Namen, hat die Vergangenheit, die zur Gründung einer derartigen Partei nötig sind.

Andere Gruppierungen können diese Ansprüche nicht erfüllen. Angesichts der Schwierigkeiten, die die Linken ja nicht nur im Iran, sondern in der ganzen Welt haben, wäre es jedoch unsinnig, einen Zeitpunkt für diese Phase der Vereinheitlichung angeben zu wollen.

F.: Besitzt die DNF außerhalb Teherans Einfluß? Gibt es Ansätze für die Bildung örtlicher Gruppen in allen Landesteilen?

A.: Teheran bildet den Schwerpunkt unserer Arbeit. Die Front bemüht sich, überall im Land Fuß zu fassen, Gruppen zu bilden. Dies ist z.T. bereits gelungen. In den „heiligen“ Städten dagegen ist es äußerst schwierig, dort werden wir es wohl erst ganz zuletzt versuchen. Vor allem in den Städten am Kaspischen Meer und überhaupt in den nördlichen Provinzen ist die Bevölkerung ziemlich aufnahmebereit für demokratische Ideen und dort arbeiten wir schon mit Erfolg. Unsere Zeitung „Azadi“ wird in allen großen Städten

und mittlerweile schon in vielen kleinen Städten verkauft.

F.: Uns ist bekannt, daß es zwei überregionale Gewerkschaftsverbände sowie ein Syndikat der Arbeitslosen gibt. Kannst du etwas zu deren politischer Orientierung sagen?

A.: In diesen Fragen weiß ich leider nicht gut Bescheid. Mir ist lediglich bekannt, daß die Gewerkschaft der Arbeitslosen mit den Volksfedayin und der DNF zusammenarbeitet. Die gemeinsame Demonstration am 1. Mai in Teheran hatte ein halbe Million Teilnehmer – dies ist keine Übertreibung. Niemand von uns hatte so viele Teilnehmer erwartet.

F.: Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit der DNF mit den um Autonomie kämpfenden ethnischen Minderheiten?

A.: Wir arbeiten z.B. mit den Kurden gut zusammen, sowohl mit dem religiösen Führer Scheich Hosseini, als auch mit der Demokratischen Partei Kurdistans.

Wir haben versucht, Kontakte zu den Arabern herzustellen. Als ich Teheran verließ, ist gerade eine Gruppe der Front in den Süden gefahren, um an Ort und Stelle Informationen zu sammeln – die Lage war nicht ganz eindeutig –, Beziehungen neu anzuknüpfen bzw. die schon vorhandenen auszuweiten. Die DNF setzt sich entschieden für die innere Autonomie der nationalen Minderheiten ein. Sie hat sich häufig kritisch zu den Vorstellungen der Regierung in dieser Frage geäußert. Sie hat eigenständige Vorschläge ausgearbeitet und veröffentlicht und ist der Meinung, daß ohne die Lösung der Probleme der nationalen Minderheiten auch andere ökonomische und politische Fragen nicht geklärt werden können.

F.: Die Frage der inneren Autonomie berührt ja nicht nur den Aspekt der kulturellen Unterdrückung, sondern hat auch einen wichtigen sozialen, berührt ja nicht nur den Aspekt der kulturellen Unterdrückung, sondern hat auch einen wichtigen sozialen und ökonomischen Aspekt. Ich denke da z.B. an den Landraub in Turkmenistan zu Zeiten des Schah. Gibt es eigentlich ernsthafte Schritte der Regierung in Richtung einer wirklichen Landreform?

A.: Die Regierung hat bis jetzt nicht wesentlich mehr getan, als die Preise für Getreide, das der Staat aufkauft, um den Zwischenhandel auszuschalten, geringfügig heraufzusetzen. Dies wurde übrigens auch unter dem Schah-Regime gemacht. Damit soll für die Bauern ein Anreiz geschaffen werden, um mehr Getreide anzubauen. Darüber hinaus wird vor allem viel geredet, z.B. daß man auf dem Land Wohnungen bauen will, daß die ehemaligen Bauern, die heute in den Slums in Umkreis der Städte vegetieren, zurück sollen usw.

Es wird nicht darüber geredet, wie die landwirtschaftliche Produktion neu organisiert werden kann, wie die Frage des Grundbesitzes angepackt werden muß o.ä.

Heute ist die Verteilung des Landbesitzes im wesentlichen nach wie

vor so ungerecht wie zu Zeiten des Schah.

F.: Trifft es zu, daß Khomeiny-Komitees an einigen Orten gegen Bauern gekämpft haben, die sich ihr Land auf eigene Faust wieder geholt haben?

A.: In Turkmenistan ist es mehrfach vorgekommen, daß Komitees in einer merkwürdigen Zusammenarbeit mit den Großgrundbesitzern gegen die Bauern vorgegangen sind. Zum Teil befinden sich Ländereien, die früher von Freunden des Schah den Bauern gestohlen wurden, unter der Kontrolle der Komitees.

An der Lösung der Agrarfrage kann keine Regierung vorbeigehen. Die Volksfedayin haben neulich in einer offiziellen Verlautbarung die Regierung davor gewarnt, daß uns bei der kommenden Ernte eine Katastrophe bevorsteht, wenn nicht schleunigst gehandelt wird. Durch die Tätigkeit ihrer Mitglieder und Sympathisanten auf dem Lande haben sie festgestellt, daß Großgrundbesitzer häufig Bauern an der Erntearbeit hindern.

F.: Das wäre besonders schlimm, weil der Iran sowieso schon etwa 60 – 70 % seiner Lebensmittel einführen muß. Durch die „Weiße Revolution“ ist die ehemalige Selbstversorgung des Iran mit Nahrungsmitteln total abgebaut worden.

A.: Richtig. Und das ist ein Politikum ersten Ranges. In der Hauptsache beziehen wir Getreide aus den USA. Wenn wir weiterhin davon abhängig bleiben sollten, könnten uns die USA wahrscheinlich die Bedingungen diktieren.

F.: Worin würdest du die dringenden Aufgaben der demokratischen und linken Kräfte sehen?

A.: Die Hauptaufgabe für die linken und demokratischen Organisationen im Iran besteht darin, für Demokrati-

A.: Die Hauptaufgabe für die linken und demokratischen Organisationen im Iran besteht darin, für Demokratie zu kämpfen, denn wenn wir keine Gelegenheit haben sollten, unsere Ideen zu äußern und sie zu propagieren, dann wird es für uns sehr schwer sein, den Sozialismus zu vertreten oder unter den Arbeitern für die Aufnahme sozialistischer Ideen zu agieren.

Im Augenblick herrscht eine starke antidemokratische Tendenz, die, wenn sie könnte, jede demokratische Freiheit unterbinden würde. Dieser zu begegnen, sie daran zu hindern, ihre Art und Weise zu regieren wahr werden zu lassen, das ist unsere eigentliche Aufgabe. Und das ist meiner Meinung nach gleichzeitig eine wahre antiimperialistische Politik. Die Tudeh-Partei meint dagegen (oder sie tut so, als ob sie meint), man solle den antiimperialistischen Kampf in den Vordergrund stellen und diesem Kampf zuliebe auf demokratische Forderungen und einige Freiheiten verzichten.

Wir meinen, daß man den Kampf gegen den Imperialismus nicht trennen kann vom Kampf gegen die Diktatur.





Nachrichten aus Schule und Hochschule



Bremer Volkshochschuldirektor aus Protest gegen die Senatspolitik aus der SPD ausgetreten

Seit Jahren ist dem Bremer SPD-Senat die Bremer Volkshochschule (VHS) zu fortschrittlich: Für die Mitarbeiter bestehen weitgehende Mitbestimmungsmöglichkeiten und das Programm versucht auch die sogenannten »bildungsferneren Schichten« zu erreichen (z.B. Hausfrauen oder arbeitslose Jugendliche), um mit ihnen ernsthaft ihre Probleme zu diskutieren und Ansätze zur Veränderung herauszuarbeiten. »Politische Bildung« ist für die Bremer VHS nicht Einpausen staatstreuer Glaubenssätze, sondern z.B. Kritik an der staatlichen Repression, Kritik am Atomprogramm oder an der Diskriminierung der Frauen.

Normalerweise wird die Gängelung und Ausrichtung im Sinne der Regierungspolitik durch die Geschäftsleitung vorgenommen. An der Bremer VHS ist aber — selten genug — mit Karlheinz Schloesser ein aufrechter und mutiger Demokrat Direktor. Gemeinsam mit den Mitarbeitern hat er sich bisher gegen jeden Angriff auf die Freiheit der VHS laut gewehrt und dafür gesorgt, daß jedem die miese Politik der sich ach so fortschrittlich gebenden Bremer SPD sichtbar werden konnte.

Am 14.6. hatte der Streit um die VHS einen neuen Höhepunkt erreicht: Erstmals äußerte ein SPD-Abgeordneter in der Bürgerschaft, in der SPD-Fraktion mache sich ein »immer größer werdendes Mißtrauen gegenüber dem eigenmächtig agierenden Leiter der Volkshochschule breit«. Bei Schloesser sei offenbar ein »regelmäßiger Verfolgungswahn« gegenüber dem Senat entstanden. Der oberste Dienstherr der VHS, Senator Franke, redete von einer »schlimmen Volkshochschule« und von einem »schlimmen Direktor« und fügte bedauernd hinzu, daß Schloesser leider nicht so einfach abgesetzt werden könne (Bremer Nachrichten, 15.6.79).

Daraufhin zog Schloesser die Konsequenz und trat aus der SPD aus. Gleichzeitig kündigte er an, daß er demnächst »über seine Erfahrungen mit der Sozialdemokratie und mit demnächst über seine Erfahrungen mit der Sozialdemokratie und mit Sozialdemokraten berichten« werde (»Weser-Kurier«, 18.6.). Der Fall Schloesser hat damit wieder einmal deutlich gemacht, daß für fortschrittliche Menschen in der SPD kein Platz mehr ist.

Geschichte einer fehlgeschlagenen Hetzkampagne

Im Januar 1978 — mitten im »Deutschen Herbst« — hatte die VHS Peter Brückner, Erich Fried, Wolf Biermann und Günter Wallraff zum 4. Bremer Literaturgespräch eingeladen, um mit ihnen über die Repression in der BRD und literarischen Widerstand zu diskutieren. Überfüllte Veranstaltungen zeigten das große Interesse an dieser Diskussion. Die CDU — deren Chef Neumann gerade vorher die Werke Erich Frieds »lieber verbrannt sehen« wollte — hatte in der Bürgerschaft gefordert, »dem Politisierungs-spuk (in der VHS) ein Ende zu bereiten und eine personelle Säuberungsaktion vorzunehmen« (Bürger-schaftsprotokolle, 9.12.77). Für Senator Franke kam der Angriff der CDU nicht ungelegen. Hinter den Kulissen forderte er barsch, die VHS habe gefälligst »ausgewogene« Veranstaltungen abzuhalten. Direktor Schloesser ließ sich das nicht gefallen und berichtete den Veranstaltungsteilnehmern von den Disziplinierungsversuchen.

Wenig später wollte Senator Franke einen Mathe-Dozenten der VHS rausschmeißen, weil er der »Marxistischen Gruppe« angehöre. Die »Marxistische Gruppe« habe ihn aber bei einer Veranstaltung an der Uni am Reden gehindert. Der Mathe-Dozent »könne sich nur dann als Erwachsenenpädagogie rehabilitieren, wenn er sich eindeutig von dem vom Senator als intolerant empfundenen Verhalten dieser politischen Gruppe distanzieren« (Bremer Blatt, 9/78). Geschlossen formulierten die VHS-Mitarbeiter mit

Unterstützung des Direktors einen Brief an Franke, in dem sie sich weigerten, den Dozenten rauszuschmeißen.

Im November 78 wandte sich Schloesser an die Öffentlichkeit. Er legte dar, in welcher Weise die Behörde durch Mittelstreichungen und politische Disziplinierungsversuche, die VHS auf rechten Kurs zu bringen. Daraufhin wurde ihm vom Senator ein Maulkorberlaß vorgelegt: »Presse-erklärungen oder sonstige für die Öffentlichkeit bestimmte Äußerungen in Angelegenheiten der Bremer Volkshochschule sind nur noch nach vorheriger Abstimmung mit mir abzugeben«. Außerdem dürften die Mitarbeiter sich nicht mehr öffentlich über die VHS äußern.

Schloesser machte auch diesen Maulkorberlaß postwendend öffentlich und strengte gegen Senator Franke im Januar 79 eine Dienstaufsichtsbeschwerde an, weil unter dieser Zensur eine vernünftige Arbeit der VHS unmöglich sei.

Die Dienstaufsichtsbeschwerde hatte Erfolg. Weder Schloesser noch den Mitarbeitern konnte es verboten werden, ihre eigene Meinung zu sagen, es sei denn, »wenn er als Dienststellenleiter in Vertretung des Senats grundsätzlich zu politischen Fragen Stellung nähme« (»Bremer Blatt«, 4/79).

Die SPD versucht, die Frauenbildungsarbeit der VHS kaputtzumachen!

Haupthebel, die VHS-Arbeit in die vom Senat gewünschte Richtung zu bringen ist gegenwärtig — neben der direkten politischen Hetze — die Verweigerung notwendiger Gelder.

Hauptsächlich betroffen davon ist momentan die Frauenbildungsarbeit der VHS. Das Frauenreferat hat ein umfassendes Weiterbildungsangebot für Frauen entwickelt, in dem u.a. Kurse zu Themen wie »Gewalt gegen Frauen«, »Angst vorm Diskutieren« usw. und Kurse für Hausfrauen, Frauen in spezifischen Frauenberufen, für Frauenhaus-Frauen usw. angeboten werden.

Kernpunkt des Rahmenkonzepts ist es, stadtteilbezogene Bildungsurlaube für Hausfrauen zu ermöglichen, was nach der Bildungsurlaubsgesetzgebung des Landes Bremen möglich ist. Um Frauen für solche Bildungsurlaube zu ermutigen, ist eine zielgruppenbezogene Werbung mit Flugblattaktionen vor Einkaufszentren und von Haus zu Haus notwendig; um diese und generell die Planungs- und Durchführungsarbeiten zu ermöglichen, sind mehr Mittel erforderlich als für Schreibmaschinenkurse.

Genau an solchen und ähnlichen fortschrittlichen Projekten hat der Senator Franke den Rotstift angesetzt und die Zielgruppenarbeit bis zu 50% zusammengestrichen: Bildungsurlaube, dazu noch mit Kindern wie z.B. bei Frauenhaus-Frauen, Kinderbetreuung, Wochenendseminare sind eben nicht »kostenneutral« durchzuführen. Es sei denn, die Dozentinnen würden aus purem Idealismus faktisch unbezahlte Arbeit leisten. Dagegen wehren sich gegenwärtig die Dozentinnen mit einer Unterschriftensammlung, in der Senator Franke aufgefördert wird, die finanziellen Mittel zur Durchführung des Rahmenkonzepts in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen.

In dem Weiterbildungsgesetz für das Land Bremen heißt es: Ziel der Weiterbildung ist es, »die durch soziale Herkunft, durch gesellschaftliche Entwicklungen und durch Bildungsprozesse entstandenen und neu entstehenden SPD-Leisten, abzubauen« (§ 1,2). Der SPD-Senat, der in Glanz-broschüren und Sonntagsreden gern mit seiner Sozialpolitik protzt, ist im Bereich der Weiterbildung dabei, mit allen Mitteln — auch den aller-schmutzigsten — jeden Schritt in diese Richtung zu verhindern.

KB/Gruppe Bremen

Neue AStA-Koalition an der FHS Hamburg?

Erstmals seit mehreren Jahren gibt es die Möglichkeit einer Änderung der AStA-Koalition an der Fachhochschule (FHS) in Hamburg (dort studieren zwischen 7000 und 8000 Studenten in 13 Fachbereichen). Bisher stellten die »Gewerkschaftlich orientierten Kräfte« (MSB, SHB, Jusos) den AStA, für den sie auch auf einer gemeinsamen Liste kandidierten. Die Linke unter Beteiligung des SSB (KB-Sympathisanten) konnte unter diesen Voraussetzungen die Oppositionsrolle im Studentenparlament nicht übernehmen. Erstmals standen sich in diesem Jahr jedoch drei Listen gegenüber, nachdem die Jusos das GO-Bündnis aufgekündigt hatten: Das geschrumpfte GO-Bündnis (der MSB trat mit Unorganisierten unter diesem Namen an), die Alternative Liste (unter Beteiligung von unabhängigen Linken, des SSB und eines KABD-Sympathisanten) und die Jusos. Gewählt wurden insgesamt 39 Sitze, 26 davon über Verhältniswahl, 13 über Direktmandate an den Fachbereichen. Die Ergebnisse: GO 42,5 % und 19 Sitze (8 Direktmandate), AL 37,6 % und 14 Sitze (4 direkt), Jusos 19,9 % und 6 Sitze (1 direkt).

Zwar ist die GO-Liste weiterhin die stärkste Fraktion (wobei der AStA-Bonus nicht unerheblich ins Gewicht gefallen sein dürfte), die AStA-Frage wird sich jedoch anders stellen, nachdem die Jusos angekündigt, daß sie Gespräche mit der AL führen werden.

Der wesentliche Grund für die Kündigung des bisherigen Bündnisses war für die Jusos die machtpolitische Durchsetzung der jeweiligen MSB-Positionen, ohne auf die gegenteiligen Ansichten der Jusos Rücksicht zu nehmen.

1. Der MSB versuchte den Jusos seine Vorstellungen über die »Aktionstage«-Politik gegen die Durchsetzung des LHGs aufzuzwingen. Obwohl an den Hochschulen für jeden sichtbar ist, daß gegenwärtig die Beteiligung an den bundesweit durch den MSB ausgerufenen »Aktionstagen« rapide sinkt, daß sie teilweise weniger als Symbolcharakter haben, läßt der MSB nicht ab, dies als die einzige Form des Widerstands hochzuheben. Andere Vorstellungen werden schlichtweg diffamiert. Die Jusos machten dies nicht mehr mit und orientierten, wie die AL, auf den Widerstand gegen die Reglementierung

„Geben Sie uns Ihre Stimme, wir machen Demokratie für Sie“

und inhaltlichen Ausrichtung des Studiums an den Fachbereichen. Diese Aktivitäten sind gegenwärtig zwar nicht so spektakulär, dafür haben sie jedoch den entscheidenden Vorteil, daß sich tatsächlich Studenten beteiligen.

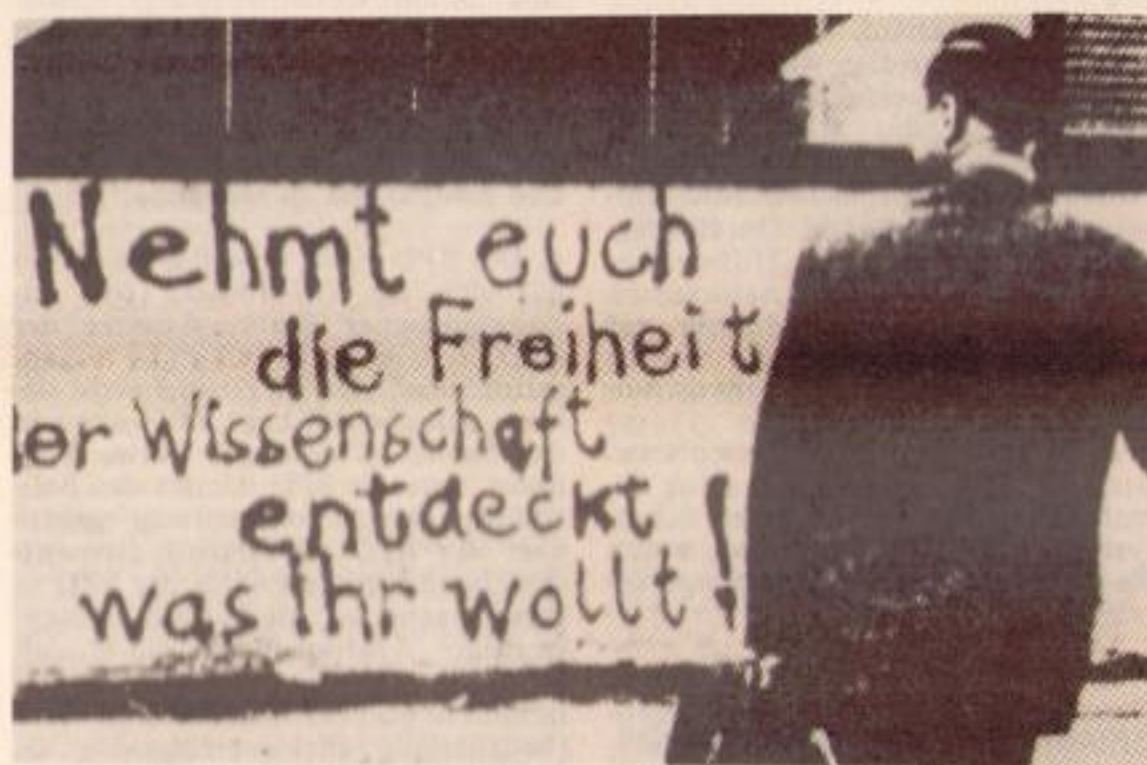
2. Die Jusos unterstützen die Forderung nach Stilllegung aller AKWs und wollten dieser Forderung auch innerhalb der Studentenschaft größeres Gewicht geben. Der MSB verstrickte sich in seiner bekannten Boykottlinie.

3. Schließlich wollten die Jusos das geteilte Verhältnis zu den demokratischen Rechten nicht mehr mitmachen. So unterstützten sie das Russell-Tribunal, womit sie beim MSB, und damit bei der AStA-Mehrheit, auf taube Ohren stießen. Insbesondere wollten die Jusos auch die gläubige Haltung gegenüber dem DGB, z.B. in der Frage der Gewerkschaftsaus-schlüsse, nicht mehr mitmachen.

Aufgrund dieser Entwicklung lief der MSB Amok. Die Diffamierungen gegen die AL dürften aus anderen Zusammenhängen bekannt sein. Was sie jedoch gegen die Jusos vom Stapel ließen, ist bisher, jedenfalls für Hamburger Verhältnisse, unübertroffen. Unter der Überschrift: »Zur Spalterliste der Jusos« warfen sie diesen »gruppenegoistische« Motive vor, »Spalterpolitik« im Kampf gegen das LHG, »taktisches Verhalten zur Aktionseinheit« usw. Aus dem Munde dieser Organisation hören sich diese Vorwürfe geradezu grotesk an. Es zeigt schon die Art und Weise auf, wie MSB gegen die Jusos zu Felde ziehen werden, falls diese insgesamt das GO-Bündnis auflösen würden.

Über alle Beweggründe der Jusos, dieses Bündnis zu kündigen, und über die Konsequenzen, die daraus für die weitere Politik gezogen werden, könnte nur spekuliert werden. Deshalb sollte man eine Wertung durchaus der Zukunft überlassen.

SSB-Hamburg



Protestdemonstration gegen Verfassungsschutz

Reutlingen: Nachdem der Wirt der Studentenkneipe sich selbst als Verfassungsschutzagent entlarvt hatte (er hatte einen Studenten zu »engagieren« versucht), und das Innenministerium nur notdürftige Distanzierungen vorbrachte (der Agent hätte seine Kompetenzen überschritten!), gingen die Studenten auf die Straße. Am 1.6. demonstrierten ca. 1000 Studenten, unterstützt von Schülern und Hochschullehrern. Aufgerufen hatten die Asten der PH und der Fachhochschule sowie die 1. und 2. Bevollmächtigten der IG-Metall.

Schon am 5.6. hatte zusammen mit Gewerkschaftsvertretern eine Protestveranstaltung stattgefunden, an der 1200 Personen teilnahmen. Der Senat der PH (Parlament aller Hochschulanerhöhen) protestierte ebenfalls gegen die Tätigkeit des Verfassungsschutzes an der Hochschule.

Westberlin: »Ungefähr in den Jahren 1977/78 hat das Wahlamt der TU Berlin Mitarbeitern des Senats für Inneres (sprich Verfassungsschutz, Anm. AK), die das Wahlamt aufsuchten, Wandzeitungen und Ergebnisse von Wahlen übergeben.« Dies mußte der Präsident der TU infolge einer Anfrage im akademischen Senat zugeben. Nun weiß man wenigstens, weshalb der Verfassungsschutz jeweils über so lückenhafte Kenntnisse der Kandidaturen zu SP-Wahlen u.a. Kenntnis hat. Bei weiteren Anfragen dürfte dies noch nicht der letzte Fall sein. Immerhin steht ja in Baden-Württemberg schon fest, daß von sechs Universitäten die gesamten Studentenlisten an den VS weitergegeben wurden. Es lohnt sich sicherlich, hier am Ball zu bleiben!



Mieterhöhung im Studentenwohnheim

Braunschweig: Das Studentenwerk will die Mieten in sechs Studentenheimen um durchschnittlich 12,50 DM erhöhen. Als Grund werden die Ölpreisteigerungen und gestiegene Heizkosten angegeben. Zur Zeit betragen die Mieten zwischen 110 und 130 DM für Zimmer zwischen 9 und 18 qm. Die Mieterhöhung kann dabei bis zu 20 % ausmachen. Gleichzeitig will die Landesregierung ihre Zuschüsse für Studentenwohnheime um mehr als die Hälfte kürzen. Die Bewohner der Heime haben sich in

einem »Offenen Brief« an die Landesregierung gewandt, in dem sie darauf hinweisen, daß sie im Monat durchschnittlich weniger als 620 DM zur Verfügung haben, weshalb diese Mieterhöhung eine erhebliche Belastung darstellen würde. Sie fordern daher die Landesregierung auf, auf eine Senkung der Ölpreise und eine Steigerung der Zuschüsse für die sozialen Leistungen der Studentenwerke hinzuwirken. (Nach »ASTA-Press« des Braunschweiger AStA vom 15.6.79)

Für eine antireaktionäre Massenpolitik im Schulbereich

Vorwort: Wir veröffentlichen im folgenden Thesen zum obigen Thema, die Gegenstand der Debatte im Lehrerbereich des KB/Gruppe Hamburg sind. Seit Jahren gibt es im Lehrerbereich weit auseinandergehende Auffassungen über die Gesamtschule (GS), die 'friedlich' nebeneinander existieren konnten, weil keine praktische gemeinsame Politik an dieser Frage entwickelt wurde. Die Widersprüche spitzten sich zu, als der KB im Wahlkampf der „Bunten Liste“ die Forderung nach GS unterstützte. Gänzlich brachen sie auf, als auch an die LehrerInnen des KB die praktische Anforderung gestellt war, gegen die reaktionäre Kampagne der CDU und ihrer Elternvereine gegen die GS zu mobilisieren.

Zu diesem Zeitpunkt lag ein Positionspapier eines leitenden LehrerInnen vor, in dem das Eintreten für die GS abgelehnt wurde. Es wurde eine Kampagne vorgeschlagen, die GS als „Augenwischerei“, „Verarschung“ zu entlarven. Im objektiven Sinne hätte dies den KB im Lehrerbereich zum 5. Rad am Wagen der Reaktion gemacht (Siehe AK 155: „Zwei Fraktionen im Lehrerbereich“). Als Antwort auf diese Position sind die Thesen des LG-Genossen W. zu verstehen. Auf mehreren Vollversammlungen des Bereichs wurde über die Thesen diskutiert und abgestimmt. Inhaltlich werden sie von einer großen Mehrheit getragen. Es stellte sich in der Diskussion heraus, daß nach wie vor weitgehende Differenzen bestehen. Allerdings wurden diese nur noch verdeckt geäußert. Eine offene und inhaltlich scharfe Debatte fand so leider nicht statt. Stattdessen wurde von der Minderheitsfraktion versucht, die Auseinandersetzungen auf das Terrain der innerorganisatorischen Strukturen und der Form der Diskussion zu lenken. Dies führte auf der letzten VV zu einem Eklat und zur Trennung des Bereichs (siehe AK 155: „Zwei Fraktionen im Lehrerbereich“).

Die vorliegenden Thesen wurden von der Minderheitsfraktion bis These 8 mit diskutiert, die Mehrheitsfraktion verabschiedete sie insgesamt. Die Thesen sollen nicht Ende, sondern Auftakt einer Diskussion um die kollektive Praxis der KB-Lehrer sein. Darüberhinaus auch für die Sympathisanten, weshalb sie veröffentlicht werden. Einige Dinge müssen für die weitere Praxis vertieft werden, weshalb Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen eingerichtet worden sind. Erstmals wird mit diesen Thesen jedoch der Versuch unternommen, eine geschlossene, umfassende Position zur GS-Thematik im KB zu vereinheitlichen. Erstmals wird auch der ideologische Angriff der Reaktion auf die GS als Hauptseite der reaktionären Mobilisierung herausgearbeitet und dies mit dem Angriff auf die Linke insgesamt verbunden. Wir fordern dazu auf, zu den Thesen Beiträge und Kritiken zu verfassen. Diese Aufforderung ergeht insbesondere an diejenigen, die einigen Thesen in der Diskussion nicht zustimmen konnten. (Anmerkung: An einigen Stellen wurden die Thesen überarbeitet, andere Teile, die sich auf die Diskussion innerhalb des Lehrerbereichs beziehen, wurden gestrichen).

Die Thesen

1. Das Konzept Gesamtschule (GS) u.a. bildungspolitische Reformkonzeption entstand im Zusammenhang der Herausbildung einer radikal-demokratischen Massenbewegung Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre (APO). Die Diskussion um alternative Erziehung nahm in ihr einen wichtigen Stellenwert ein. Schriften zur antiautoritären Erziehung, Untersuchungen zur Benachteiligung von Arbeiterkindern an herkömmlichen Schulen, Sprachbarrieren etc. stießen auf breitestes Interesse, aber auch praktische Erprobung alternativer Erziehung, in Kinderläden etc. waren wichtige Anliegen. In dieser Zeit entstanden auch eine Reihe pädagogischer Zeitschriften wie „Erziehung und Klassenkampf“, „Päd. Extra“ etc.

Diese Diskussion um Bildungsinhalte und -methoden floß in das Konzept der GS ein. Sie entwickelte sich in Alternative und massenhafter Auseinandersetzung mit den bisher praktizierten Erziehungs- und Ausbildungsmethoden ebenso wie in Alternative zu bisher praktizierten bildungspolitischen Vorstellungen der SPD. Diese propagierte damals im Zusammenhang mit dem sog. „Bil-

dungsnotstand“ das Gymnasium, schafften Aufnahmeprüfungen ab, warben um mehr LehrerInnen etc. usw.

Im Zusammenhang mit dem sog. „Bildungsnotstand“ wurden auch von der Bourgeoisie Pläne zur Rationalisierung des Bildungswesens, zur Anpassung der Ausbildung an die modernen kapitalistischen Bedingungen diskutiert (soziale Durchlässigkeit bei gleichzeitiger Differenzierung). Dies hatte jedoch naturgemäß nichts mit den Vorstellungen der Linken zu tun, andererseits wurden sie auch niemals bis zur praktischen Konsequenz weiterverfolgt. Erst die fortschrittliche Massenbewegung im Bildungsbereich brachte die Aufhebung des dreigliedrigen Schulsystems auf die Tagesordnung, woran die SPD mit ihrem GS-Konzept anknüpfte.

2. Ihrem Inhalt nach war das GS-Konzept zu keinem Zeitpunkt revolutionär oder „systemsprengend“, sondern blieb dem politisch-ideologischen Niveau der APO verhaftet, war also (von vornherein) mit reformistischen Illusionen besetzt und verblieb insgesamt im Rahmen einer radikal-demokratischen Kritik am System. Dennoch beinhaltete das GS-Konzept

diverse konkrete (spürbare, unmittelbar erfahrbare) Verbesserungen für den Unterrichtsbetrieb, wovon sowohl Schüler als auch Lehrer profitieren konnten. Entgegen teilweise eigener Darstellung (und Behauptung der Reaktion) beinhaltete das GS-Konzept nie eine Überwindung sozialer Klassenschranken im Bildungsreich, konnte diese negativen Auswirkungen insbesondere für die Arbeiterkinder aber mildern und bessere Voraussetzungen schaffen für einen effektiveren Kampf um eine „demokratische Schule“, in der „Lernen und Lehren Spaß macht“. Das GS-Modell war also mit und ohne spätere konzeptionelle Beschneidungen stets „Schule im Kapitalismus“, war allerdings ein wichtiger Reform-Ansatz, der von der linken und demokratischen Massenbewegung getragen und unterstützt wurde.

3. Die Reaktion (Bourgeoisie, CDU, Springer-Konzern etc.) hat die reformistischen bildungspolitischen Vorstellungen und Konzeptionen (und Versuche ihrer Verwirklichung) der APO stets offen und aufs Schärfste bekämpft. In ihren z.T. erfolgreichen Kampagnen z.B. gegen die GS (aber auch z.B. gegen die Mengenlehre) hat die Reaktion stets das Hauptgewicht auf die politisch-ideologische Seite des Problems gelegt („Erhalt unseres freiheitlichen Systems“, „Erhalt der freien Marktwirtschaft“ und des ihr zugrunde liegenden Leistungsgedankens, „Kampf gegen Experimente auf dem Rücken der Schüler“, Kampagnen gegen linke Lehrer etc. pp.). Das zeigt, daß es der Reaktion zwar a u c h aber keineswegs hauptsächlich um Verhinderung einer (konzeptionell letztlich arg verstümmelten) Gesamtschule ging, sondern wesentlich um „Kampf gegen die Linke“, darum, der radikal-demokratischen Massenbewegung in der BRD politisch-ideologische Niederlagen beizubringen, sie zu Anpassung und Resignation zu zwingen.

4. Die SPD (und teilweise die FDP) hat sich des GS-Modells (u.a. bildungspolitische Reform-Ansätze der APO) erst nachträglich „angenommen“. Dabei ging es nicht darum, daß die APO die SPD etwa in der Sache „überzeugt“ hätte. Vielmehr hatte die SPD damals den politischen Integrations-Auftrag gegenüber der APO zu erfüllen. Dementsprechend sah die Politik der SPD in dieser Sache aus: sie hat mit konzeptionellen Abstrichen das GS-Modell in ihr (papierne) Programm aufgenommen und dies massenhaft und (bedauerlich auch) erfolgreich als Eintrittskarte für ihren Parteiladen unter den Anhängern der damals auseinanderfallenden APO verkauft. Tatsächlich hat sich die SPD niemals ernsthaft für die GS eingesetzt. Sie hat z.B. kaum Elterninitiativen für die GS ins Leben gerufen und der

CDU-Kampagne gegen die KOOP-Schule in NRW nichts entgegengesetzt.

5. Im Zusammenhang mit den Integrationserfolgen der SPD hat auch die GEW ihr heutiges „politisches Antlitz“ entwickelt, bzw. ist von der SPD so zurechtgerichtet worden. Seitdem dient die GEW der SPD als wichtiges und zum großen Teil erfolgreiches Integrationsinstrument gegenüber fortschrittlichen bildungspolitischen Strömungen und ihre Verfügbarmachung für die Parteipolitik.

6. Gegenüber den reaktionären Massenkampagnen ist die SPD (als Massenpartei, als Regentin des DGB oder als Regierung) der Linken innerhalb und außerhalb ihrer Partei niemals zur Seite gesprungen, sondern hat diese im Stich gelassen. Mehr noch, die SPD hat z.T. über ihre Presse die CDU-Kampagnen noch durch breite und wohlwollende Berichterstattung unterstützt. Die Niederlagen, die die Linke gegenüber den CDU-Kampagnen hat einstecken müssen (z.B. Hessen), hat die SPD für ihre eigene Politik gegenüber der Linken noch schadenfroh umzumünzen versucht, nämlich einmal in eine noch stärkere Anbindung derselben an ihren „offiziellen“ Kurs und zum zweiten mit weiteren Abstrichen an der Gesamtschulkonzeption (Grundmodell, Koop-Schule), verbunden mit Erpressungsmanövern gegenüber der Linken, „angesichts der breiten Anti-Gesamtschulkampagne“ kleinere Brötchen zu backen, sich mit weniger zufriedengeben etc.

Es ist also falsch, daß die SPD für Gesamtschulen ist und die CDU für das dreigliedrige Schulsystem, sowenig wie die SPD gegen und die CDU für Berufsverbote ist. Vielmehr ist zu erkennen, daß die SPD im geschickten Zusammenspiel mit der CDU auf eine Entwicklung orientiert, wo die Linke endgültig resigniert, die Brocken hinschmeißt.

7. Je schwächer eine Massenentscheidung (-bewegung) von Eltern (sowie Schülern und Lehrern) für die Gesamtschule wird, umso rascher und leichter wird die SPD die Konzeption der Gesamtschule zusammenstreichen/verstümmeln und hat dies in der Vergangenheit auch schon gemacht (Grundmodell) und umso wilder wird der offene politisch-ideologische Angriff von CDU & Co. ausfallen. Umgekehrt wird eine quantitativ anscheinende Bewegung für die Gesamtschule den Manövrierspielraum der bürgerlichen Parteien einschränken.

8. Eine Massenpolitik der Kommunisten muß unbedingt von diesem Ansatz ausgehen, d.h. Entwicklung, Förderung und Unterstützung einer Massenbewegung für die Gesamtschule. Eine Massenmobilisierung für die Gesamtschule sollte dabei keineswegs kritiklos (in bezug auf existierenden Grundmodell) laufen. Mobilisierung für die Gesamtschule als der „besseren Schule“ und

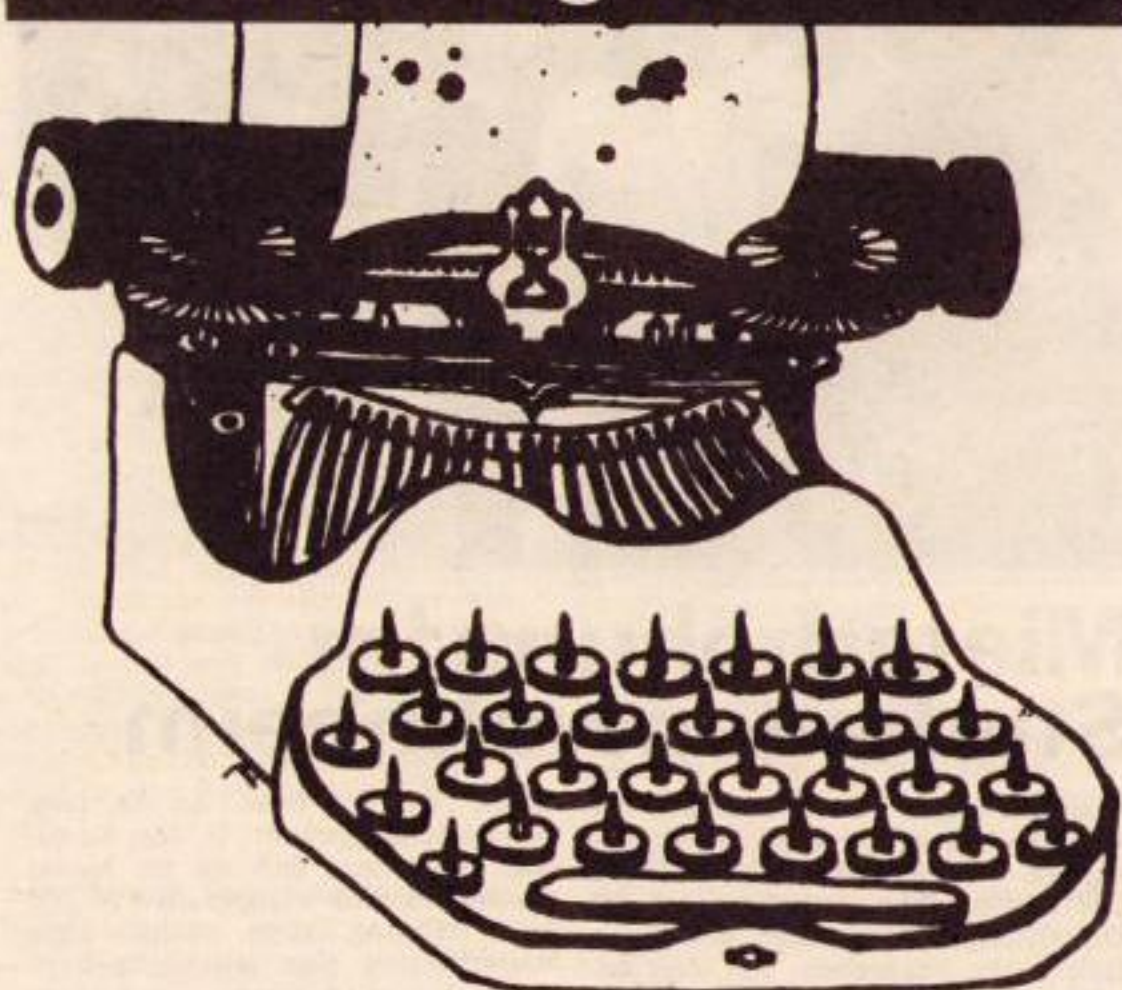
konkrete Kritik am Grundmodell müssen dabei allerdings in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen und den o.g. (Punkt 7) dialektischen Zusammenhang zwischen Massenbewegung und bürgerlichen Manövern im Auge behalten. Mit anderen Worten: unsere Agitations- und Mobilisierungslinie muß die Entscheidung für die Gesamtschule (hier und heute) zum Mittelpunkt haben und die Kritik am Grundmodell innerhalb dieser Kampagne als Nebenasp. mitvermitteln.

Dagegen war die Politik des Lehrerbereichs genau umgekehrt. Der Lehrerbereich hat in der Vergangenheit im wesentlichen nicht mobilisiert, ist nicht oder kaum an die Öffentlichkeit getreten. Diese Tatsache steht im logischen Zusammenhang mit der falschen Agitationslinie. Die falsche Linie (ins sektiererische Abseits) ist in der Vergangenheit noch durch die selbstgewählte Isolation der meisten Lehrergruppen von unserer Stadtteil- und Kommunalpolitik und die ebenso freigewählte Beschränkung der politischen Praxis auf Lehrerzimmer und GEW-Gremien gefördert worden.

9. Wer die notwendige politische Massenkampagne unsererseits für die Gesamtschule von dem Gewicht unserer konkreten Kritik am Grundmodell abhängig machen will (nach der Devise: je schärfer unsere Kritik – je weniger konkrete Massenmobilisierung für die Gesamtschule), verkennt die ideologische (Haupt-) Seite beim Angriff der Reaktion (vergl. Punkt 3). Überspitzt (?) ausgedrückt bedeutet dies für die Linke, selbst dann eine Massenmobilisierung für die Gesamtschule zu organisieren, wenn derzeit keinerlei handfeste Vorzüge gegenüber dem dreigliedrigen Schulsystem zu erkennen sind. (Als Orientierungsbeispiel mag hierbei auf die Kampagne der italienischen Linken zum Scheidungsreferendum hingewiesen werden: Trotz z.T. scharfer Kritik der gesamten italienischen Linken (mit Ausnahme der PCI) an den Scheidungsgesetzen hat sie beim Angriff der Kirche und politischen Reaktion doch massenhaft und engagiert die Kampagne für die Gesetze unterstützt und getragen und darüber auch den Reaktionären eine empfindliche politisch-ideologische Niederlage beigebracht).

10. Die im Lehrerbereich aufgebrochenen Widersprüche haben nicht oder nicht hauptsächlich Differenzen in der Analyse (z.B. des Grundmodells) zur Ursache, sondern sind ideologischer Natur, nämlich Differenzen entlang der Fragestellung, wie und ob überhaupt an der Gesamtschule entlang der Fragestellung, wie und ob überhaupt an der Gesamtschul-Problematik (und an anderen bildungspolitischen Fragen) eine Massenmobilisierung und eine massenwirksame Bündnispolitik entwickelt werden soll oder ob man sich auf eine weitgehend folgenlose „Entlarvungs“-argumentation ohne Breitenwirkung zurückziehen soll. Hier haben wir es mit ideologisch tieferwurzelter Fehlorientierung im Lehrerbereich zu tun.

Schülerzeitungszensur – Kurzmeldungen



Freiburg: Bereits im AK 149 hatten wir berichtet, daß die Schülerzeitung „Kollektiv“ vom Gerichtsvollzieher beschlagnahmt worden war. Schuldirektor Adler hatte sich durch einen Artikel in „Kollektiv“ Nr. 12 belei-

digt gefühlt. Denn in diesem Artikel waren ihm ungerechte Zensuren, Drill beim Schulsport und Zensurmaßnahmen gegen das „Kollektiv“ vorgehalten worden. Insbesondere wollte er einen „Kollektiv“-Redak-

teur von der Schule schmeißen. Jetzt erscheint „Kollektiv“ doch noch. Adler hat die Redaktion dazu bewegt, die Ausgabe zu entschärfen: „Die Schülerzeitungsredakteure hatten auf Vorschlag des Direktors der Schule die von ihm als beleidigend empfundenen Passagen geschwärzt und der Zeitung eine Erklärung beigefügt, in der diese Äußerungen bedauert wurden.“ (Nach „Badische Zeitung“, 16.3.79).

Köln: Seit Februar dieses Jahres gilt in Nordrhein-Westfalen die „Allgemeine Schulordnung“ (ASchO; vergleichbar z.B. mit dem Hamburger Schulgesetz). Damit ist auch in Nordrhein-Westfalen die Schülerzeitungszensur gesetzlich vorprogrammiert. Und siehe da – bereits im Mai dieses Jahres fand dieses Gesetz dann auch seine Anwendung:

An einer Kölner Gesamtschule wurde die Schülerzeitung „Knüppel“ verboten. Zensurgrund: „Verunglimpfung des toten Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und Aufforderung zu strafbarer Handlung“. Die Schülerzeitung hatte in ihrem Antifaschismus-Teil u.a. ein Bild, das die öffentliche Erhängung von Widerstandskämpfern unter dem Hitler-Faschismus zeigt, veröffentlicht. Darunter stand: „Wir distanzieren uns von der Behauptung, die Mitarbeit Herrn Schleyers in der SS und wohl auch die Teilnahme an solchen und ähnlichen Veranstaltungen habe seiner Karriere in irgendeiner Form im Wege gestanden.“ Unter einem Foto eines KZ's stand: „Die

Redaktion distanziert sich von der Behauptung, die auf dem Foto dargestellten Wachmannschaften seien Banditen. Das heiße ja, unser abhandelekommener Arbeitgeberpräsident, der sich verdient für die SS eingesetzt hat, wäre ein solcher Bandit“. In einem anderen Artikel wurde zum Schwarzfahren aufgefordert.

Das offensichtlich journalistische Können der Redaktion der „Knüppel“-Redaktion hat dem Schulleiter wohl nicht so gefallen. Auf Fragen der Redakteure wie: „Was sehen Sie für einen Vorteil darin, die Mitgliedschaft von Herrn Schleyer in der SS zu verheimlichen? Haben Sie ein persönliches Interesse daran? Haben Sie persönlichen Nutzen an den Fahrpreisen der Kölner Verkehrsbetriebe?“ antwortete er erst gar nicht. Inzwischen hat die Lehrerkonferenz beschlossen, die Redakteure mit „Androhung der Entlassung“ (zu deutsch beim nächsten Mal fliegt ihr raus) zu bestrafen. Die Schüler brauchen unsere Solidarität. Bitte spendet auf das Konto bei der Stadtparkasse Köln, BLZ 370 50 176, Konto Nr. 396 237 64 für die weitere Herausgabe des „Knüppel“-s. (Nach „Tageszeitung“, 29.5.79)

Oldenburg: Weil sie einen Abschnitt aus dem Theaterstück „Was heißt hier Liebe“ der Theatergruppe Rote Grütze abdruckte, wurde die Schülerzeitung „Zensur“ am Schulzentrum Alexanderstraße verboten. Jetzt will der Schulleiter der „Zensur“ gerichtlich untersagen, den Namen „Schülerzeitung am Schulzentrum

Alexanderstraße“ zu tragen. Aber das ist nicht der erste Schlag gegen die „Zensur“. Im September '77 durchsuchte die Polizei ohne Wissen der „Zensur“-Redaktion die Redaktionsräume, um hinterher festzustellen, daß dort keine illegalen Flugblätter gedruckt werden. Kurz darauf wurde in den Redaktionsräumen eingebrochen. Dabei wurde der gesamte Briefverkehr und die Adressenliste geklaut... Im Mai '78 wurde die „Zensur“ an der Schule verboten, weil sie die „Klondingsprüche“ veröffentlicht hatte (dort steht u.a. auch immer recht treffende Bemerkungen über die Lehrer). (Nach „Informationsdienst“, 26.5.79).

Hamburg: „Eine ihr selbst unangenehme Entscheidung“ mußte die Schulleitung der Otto-Hahn-Gesamtschule treffen: Die dritte Nummer der Schülerzeitung „Korrektur“ verbieten. Die in den letzten Jahren in dieser Hinsicht nicht untätige Schulleitung (mindestens 2 weitere Verbote aus früherer Zeit sind bekannt) nahm Anstoß an einer Lehrerkritik mit dem Titel „Wären alle Lehrer Pädagogen“. Auch der Bericht über eine Schulleitungs-„Elterninformation“, in der die SDAJ-Schülerzeitung „Roter Hahn“ diffamiert wurde, paßte der Schulleitung nicht. (Nach „Plattform“ Nr. 12, Zeitung der „Demokratischen Jugendpresse/Hamburg“).

W., KB/Gruppe Hamburg, Bezirk Steilshoop

Rechte Eltern formieren sich

Rechtzeitig vor Beginn des neuen Schuljahres sorgen CDU-nahe Elterninitiativen, -verbände und -vereine für Schlagzeilen im bundesrepublikanischen Blätterwald.

Hamburg: Den meisten Platz — wen wundert's — räumt ihnen die Springerpresse ein. In der „Titelstory“ vom 18.6.79 hetzt das „Hamburger Abendblatt“ unter der groß aufgemachten Überschrift „Große Sorgen der Eltern“ zum tausend-ten Male gegen die Einrichtung von neuen Gesamtschulen. Anlaß dazu waren die von Schulsenator Grolle auf einer Landespressekonferenz am 12.6.79 gemachten Äußerungen, daß es ab August 79 an den Hamburger Gymnasien einen Unterrichtsausfall von 5,8 % geben werde. Grund dafür sei in der Hauptsache das „Fehlen von Bewerbern, die Unterricht in den Mangelfächern Mathematik, Physik, Religion, Musik, Biologie und Chemie geben können“ („Welt“, 13.6.79).

Anstatt nun die Einstellung arbeitsloser Lehrer zu fordern, die es ja bekanntlich wie Sand am Meer gibt, schreit der Vorsitzende der Elternkammer Günter A. Lenz Zeter und Mordio, weil die Gesamtschulen offenbar kaum unter diesem Personal-mangel leiden werden.

Anstatt die Einrichtung neuer Planstellen für Abteilungsleiter, Jahrgangskoordinatoren und nicht zuletzt für Hausmeister und Gartenarbeiter gemäß der höheren Zuweisung an Gesamtschulen zu fordern, jammert das „Abendblatt“ seitenlang über die Benachteiligung von Schulleitern von Gymnasien gegenüber denen von Gesamtschulen.

Selbst die Hausmeister und Gartenarbeiter seien am Gymnasium ärmer dran als an Gesamtschulen. Dieser neidvolle Blick der Gymnasiallobby auf die Gesamtschule hat natürlich Methode: Lenz will den Eltern weismachen, daß „durch unzureichende Versorgung der Gymnasien mit Lehrkräften Druck auf eine herkömmliche Schulform ausgeübt werden könnte. Dieser Druck könnte dazu führen, daß sich die Eltern zwar nicht aus Überzeugung, aber wegen der unterschiedlichen Ausstattung eines Tages mit der Gesamtschule abfinden, die sie zum allergrößten Teil noch nicht wollen. Käme es dazu, dann hätte der Hamburger Senat sein bildungspolitisches Ziel erreicht.“

Das war ja gar nicht so schlecht, sagt man sich als Gesamtschulvertefchter. Doch als dieser weiß man genau, und das „Abendblatt“ weiß es bestimmt ebenso genau, daß die SPD gar nicht daran denkt, die Gesamtschule nach und nach als Regelschule durchzusetzen (vgl. dazu letzten AK). Daher ist die Bezeichnung der Gesamtschule als „Hätschel- und Lieblingskind sozialdemokratischer Bildungspolitik“ reine Zweckklüge der Springerpresse — leider.

Hessen: Nicht um Gesamtschule, sondern um die „Förderstufe“ geht es in Hessen. Damit ist dasselbe wie die „Orientierungsstufe“ in Niedersachsen gemeint — also alle Schüler des 5. und 6. Schuljahres werden zusammengefaßt in einer Förderstufe und erst danach werden sie sortiert in Haupt-, Real- und Gymnasialschüler. Was dem CDU-Kultusminister in Niedersachsen allerdings recht und billig

ist, ist dem nicht minder reaktionären „Hessischen Elternverein“ ein Greuel. Dieser Verein, seit sieben Jahren im Kampf gegen die Schulpolitik der sozialliberalen Koalition in Wiesbaden, will durch einen Volksentscheid die Einführung der Förderstufe in Hessen verhindern. Dazu sind drei Schritte notwendig:

1. Der Elternverein muß 120000 Unterschriften sammeln, die einen Volksentscheid verlangen.
 2. Ca. 800 000 Wähler müssen für einen Volksentscheid stimmen.
 3. Alle hessischen Wähler werden aufgefordert, in geheimer Wahl das Anliegen des Volksentscheids abzulehnen oder zu bejahen.
- Der Vorsitzende des Elternvereins meinte, seine Organisation werde ohne Schwierigkeiten die erforderlichen Unterschriften zusammenbringen.

Es erwartet uns also Ähnliches wie bei der Koop-Kampagne in Nordrhein-Westfalen 76.

Zu hoffen ist allerdings, daß die Linke bis hin zum ehrlich reformistischen Flügel der SPD diesmal einen Zahn zulegt und nicht wie damals CDU, Kirche und andere Reaktionäre ruhig gewähren läßt.

Wenn auch unserer Einschätzung nach die Förderstufe alles andere als das Gelbe vom Ei ist und mit Gesamtschule so viel zu tun hat wie ein Omnibus mit einem Flugzeug, so ist es dennoch wichtig, einen Sieg dieses reaktionären Elternvereins zu verhindern.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg



Der Erlaß ist für'n Arsch — Drum machen wir den Marsch

Hamburg. Gegen den von der Behörde im April vorgelegten Entwurf der Richtlinien zur Schülerzeitungszensur protestierten über 100 Schüler am 19. Juni vor der Schulbehörde.

Nachdem bereits an einigen Schulen Protestaktionen gelaufen sind, so durch Flugblätter der „Demokratischen Jugendpresse/Hamburg (DJPHH)“ und der Landesschülervertretung, in Artikeln in der Schüler- und Tagespresse über die neuen (und alten) Zensurparagrafen informiert wurde und eine Unterschriftensammlung initiiert wurde (bisher 1500 Unterzeichner), wurde jetzt zu einer Demo aufgerufen.

Gegen den Maulkorbberlaß ist es nur allzu berechtigt zu protestieren. Er soll angeblich „mehr Unabhängigkeit und Freiheit“ bringen. Vielleicht haben durch den Erlaß die Schulleiter mehr „Freiheit“ bei der Zensur, mehr aber auch nicht. Denn eine Zensur wie bisher (Vertriebsverbot) ist im neuen Entwurf bereits eine Selbstverständlichkeit, darüber hinaus ist eine Ausweitung der Zensurmöglichkeiten geplant (s. AK 153).

Wie wichtig der Kampf gegen die Schülerzeitungszensur ist, zeigt die Zahl von zehn Zensurfällen allein im laufenden Jahr 1979.

Wie soll das erst werden, wenn die Schülerzeitungsrichtlinien noch weiter verschärft werden? Das dachten sich bestimmt auch die 100 Demonstranten. Deswegen waren nicht wenige über die niedrige Zahl enttäuscht. Allerdings ließen wir uns dadurch nicht entmutigen. Nach der Demo zur Schulbehörde (mit Parolen wie „Meinungsfreiheit ist bedroht — Weg mit dem Vertriebsverbot“ und „Der Erlaß ist für den Arsch — drum machen wir den Marsch“) fühlten wir uns durch die prickelnde Nähe dazu aufgefordert, Schulsenator Grolle und Co. einen Besuch abzustatten. Eine Delegation mit Begleitung zog los. Diese verhandelte mit zwei Behördenvertretern. Dabei kam heraus, daß in einer Woche ein „entschärfter“ zweiter Entwurf veröffentlicht werden soll. Wir werden sehen!

Ein Genosse des SSB/
Heinrich-Hertz-Schule

Leserbrief zu: Kritik unserer Jugendfreizeitarbeit im KB-Bezirk Hamburg-Harburg im AK 154

Wir finden es gut, wenn die Jugendzelle ihre Jugendfreizeitarbeit in Harburg aufarbeitet und selbstkritisch sieht. Allerdings sind uns einige Punkte negativ aufgefallen:

- Wir finden es nicht gut, wenn sich in der Darstellung der JZI KBW-Manieren einschleichen (werden wir unten belegen)
 - zeitliche Verfälschungen bestehen
 - die Einschätzung der JZI-Arbeit in einigen Punkten, sowohl aus damaliger wie auch aus heutiger Sicht, falsch ist.
- Die Jugendzelle schreibt: „Die JZI-Harburg gründete sich Ende '73 unter maßgeblicher Beteiligung von KB-Genossen.“

Das ist absolut falsch. Richtig ist, daß sich die JZI 1973 gründete. Jedoch ohne den KB und irgendwelche KB'ler. Zu dieser Zeit existierte in Harburg weder vom KB, noch vom BDJ — der wesentlich früher mit der Jugendfreizeitarbeit anfang — eine Jugendarbeit, geschweige denn eine Jugendfreizeitarbeit.

— Wir haben fortschrittliche Filme gezeigt, so auch „Allein machen sie dich ein“

— wir haben Solidaritätsveranstaltungen durchgeführt, z.B. zu Chile

Jeden Montag fand unser Plenum statt, wo wir zu der Zeit die Frage nach eigenen Räumen, wie erhalten wir sie etc. diskutiert haben. Hier fanden noch keine Scheingefechte statt, (siehe Zitat) obwohl zu diesem Zeitpunkt auch linke Gruppen beteiligt waren, wie BDJ, KB und KBW.

Die Jugendzelle schreibt von einer Opposition, die sich gegen den Konfrontationskurs gebildet hätte. „Diese Opposition konnte sich leider in der JZI nicht durchsetzen, denn unter ‚ausdiskutieren‘ von Meinungen verstanden wir eigentlich mehr das Ausradieren.“

Dieses folgte erst viel später, mindestens erst nach dem der KBW von der Bildfläche verschwunden war, (was uns alle auch nicht sonderlich traurig stimmte).

Dieses folgte erst viel später, mindestens erst nach dem der KBW von der Bildfläche verschwunden war, (was uns alle auch nicht sonderlich traurig stimmte).

Weitere Anlässe für den KV waren:

- der Rausschmiß von Olaf Hahn, einem CDU-Spitzel, der versucht hatte, JZI-Mitglieder zu kaufen. Er bot 3,00 DM für Bild und Namen der „maßgeblichen“ JZI'ler
- der letzte Stein des Anstosses war dann am 17.10.74. Die JZI führte mit den tagenden Gruppen im Haus der Jugend (HDJ)-Harburg eine Diskussion über Mitbestimmung im HDJ. Diese Diskussionsveranstaltung wurde durch einen Bulleneinsatz gesprengt, bei dem eine Frau der JZI von einem Polizeihund gebissen wurde.

Die Anhörung des KV sollte am 21.10.74 stattfinden, wobei vorher schon erklärt wurde, daß wir über diese Vorfälle Rechenschaft abzulegen hätten, da uns sonst der Raum aufgekündigt würde. Von einem unverbindlichem Gespräch kann also nicht die Rede sein.

Auf dieser Grundlage entschloß sich die JZI, nicht an diesem Gespräch teilzunehmen, sondern dem KV mitzuteilen, das wir bereit gewesen wären, ein Gespräch zu führen, allerdings nur öffentlich und nicht hinter verschlossenen Türen.

Wir sind noch wie vor der Meinung, daß es nicht darum gehen konnte, mit dem KV eine Bündnispolitik einzugehen.

Dieses hätte für uns wesentliche Einschränkungen bedeutet (siehe die Anlässe zu diesem Gespräch). Und man darf nicht vergessen, daß der KB der erste gewesen wäre, der aus der JZI ausgeschlossen worden wäre, hätten wir dem KV nachgegeben. Denn es ging eindeutig um die linke Politik die gemacht wurde. Hätten wir ein paar Löcher in der linken Freizeitsituation gestopft, mehr Discos, Bastelabende etc. wäre kein Gespräch notwendig gewesen. Dazu schreibt die Jugendzelle selber richtig: „Daß der KV mit der JZI über die linke Freizeitsituation einer Meinung war und auf der Grundlage (Hervorhebung von uns) der KV vielleicht sogar als Bündnispartner für ein JZ hätte gewonnen werden können.“ Auf dieser Grundlage hätten wir selbst die CDU als Bündnispartner gewonnen. Unserer Meinung nach ist eine selbstkritische Betrachtung der eigenen Politik richtig und unbedingt notwendig. Allerdings kann man nicht nachträglich eine Bündnispolitik suchen (auch wenn dieser Punkt insgesamt endlich im KB aufgearbeitet wird), wo sie absolut unangebracht ist, und auch gewesen wäre.

Denn die Punkte zum Anlaß des Gesprächs mit dem KV müßte der Jugendzelle bekannt sein, da diese sowohl im „Biss“ (ehemalige Jugendzeitung in Harburg) wie auch in der „KJ“-Bezirkszeitung (Zeitung des damaligen BDJ/RBJ) gestanden haben. Und die Tatsachen kann man trotz bestimmter „polemischer“ Artikel nicht streichen.

In diesem Zusammenhang würde uns trotzdem noch interessieren, warum die Jugendzelle ausgerechnet jetzt (immerhin) nach 4 Jahren die Arbeit und Politik der JZI aufarbeitet? Und wieso ausschließlich nur die Politik in der JZI?

Mit dem restlichen Teil des Artikels sowie mit der Darstellung als auch mit den Inhalten stimmen wir überein.

Als letztes möchten wir noch einen Absatz zitieren, dem wir mit vollem Verstand und Herzen zustimmen können: „Aus diesen Bespreungen wird sehr deutlich, daß wir die JZI lediglich als Vehikel ansahen, das unsere Politik formal vertreten sollte.“

Zwei ehemalige Gründungsmitglieder P. und G.

Trotz sinkender Schülerzahlen — Lehrermangel und große Klassen

Kleine Klassen und ausreichend Lehrer, der „Pillenknick“ wird's schon bringen, so hieß es. Was hat er wirklich gebracht? Streichung von Planstellen, Klassen- und Schulzusammenlegungen! Noch am Anfang dieses Haushaltsjahres hat der Hamburger Senat eine Senkung der Klassenfrequenzen von 33,3 auf 30, wenn möglich auf 25 Schüler angekündigt. Getan hat sich kaum etwas: Laut GEW sind 5913 Hamburger Schulklassen überfüllt. Nach dem Bericht des statistischen Landesamtes Hamburg sitzen in 46% aller Klassen mehr als 30 Schüler und sogar in 85% aller Klassen sind es mehr als 25.

Die Behörde meint allerdings, „daß das Hamburger Schulwesen den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen braucht.“ Wie man's nimmt: Im Vergleich kann festgehalten werden, daß bei der Orientierungsstufe, den Sonderschulen und Schulkindergärten nur sehr wenige Bundesländer und bei den Berufsschulen sogar nur Bayern die Hamburger Fre-

quenzen übertreffen! Hamburg liegt vorn!

Trotz über 1500 arbeitsloser Lehrer leiden die Hamburger Schulen noch immer unter chronischem Lehrermangel. So können in der Oberstufe teilweise nicht ausreichend Kurse in Physik, Chemie, Mathe und Musik gegeben werden.

Während Grolle noch bei Amtsantritt versichern konnte, „aufs Ganze gesehen läßt sich guten Gewissens sagen: wir sind über den Berg! Die Schulmisere geht ihrem Ende entgegen“, muß jetzt sogar eine Verschärfung der Situation fürs nächste Jahr befürchtet werden. Dann muß nämlich durch das Kurzschuljahr ein ganzer Schülerjahrgang mehr versorgt werden. Grolle und die Behörde scheinen sich mit der Misere abzufinden: „Das ist aber nur eine einmalige Situation.“

Das kennen wir ja ...
Eine Genossin des SSB

JZ fordert Selbstverwaltung — Stadtvertreter lavieren

Am 15.6. fand in Kappeln eine Demo der Jugendzentrumsinitiative statt. Etwa 100 Jugendliche beteiligten sich an dieser lustigen Aktion, die erst zum zukünftigen Jugendzentrum und dann zum Rathaus führte. An der anschließenden Diskussion mit dem Stadtjugendpfleger Schmöser nahmen 80 Leute teil.

Seit einhalb Jahren kämpft die JZI für ein selbstverwaltetes JZ. Erst vor einem halben Jahr sah sich die Stadt Kappeln durch öffentlichen Druck genötigt, mit uns zu verhandeln. Es wurde ein Nutzungsvertrag ausgearbeitet, der auch die Selbstverwaltung vorsieht. Wir unterschrieben den Vertrag, aber nicht der Bürgermeister Schmoll, obwohl die Stadt den Vertrag selbstständig ausgearbeitet hatte. Jetzt wurde ein Kompromiß ausgehandelt, nach dem die JZI und ihre AG's sofort in das JZ reindürfen. Aber erst nach der „Notinstandsetzung“ des Hauses in ca. einem Jahr dürfen Veranstaltungen u.ä. durchgeführt werden.

Nach einer „Probezeit“ von nochmals drei Monaten soll das Haus dann der JZI entsprechend ihrem Selbstverwaltungsmodell übergeben werden. Dieser Kompromiß ist allerdings noch nicht vom Magistrat verabschiedet.

Dies ist nicht der erste Versuch, die Forderungen der JZI zu unterlaufen. So wurden aus einem Haus zwei - drei Räume, die Selbstverwaltung wurde auf die lange Bank geschoben, der Sozialpädagoge arbeitet für die Stadt und nicht fürs JZ und da die Stadtbürokraten die Finanziars sind, wollen sie später auch das Sagen haben. Die Stadt will uns so lange aus dem Haus raushalten, bis sie es für immense Summen renoviert hat. Dabei hatten die Jugendlichen angeboten, es selbst zu renovieren. Der Stadt schwebt aber offenkundig ein „Luxus“kasten vor, in dem die Jugendlichen nur noch mit Anzug erscheinen dürfen.

Der hiesige Stadtjugendpfleger will dann in einer bestimmten Zeit ent-

scheiden, ob wir für die Übernahme eines selbstverwalteten JZ's „reif“ sind. Er behauptet, daß wir eine Randgruppe sind und mit Alkoholikern und sonstigen sozialen Randgruppen nicht fertig würden. Das könnten wir nur schaffen, wenn er der Boss im JZ sei! Das alles werden wir uns nicht bieten lassen. Die Jugendlichen Kappeln sind ganz schön sauer.

Auch die Öffentlichkeit steht uns in breitem Maße positiv gegenüber, wenn sie auch durch das widersprüchliche Verhalten der Stadtvertreter auf den Sitzungen verwirrt ist, und die JZI noch nicht so ganz mit ihren Forderungen versteht. Das werden wir durch weitere Flugblätter und durch die Presse ändern.

Übrigens veranstalten wir am 14.7. ein Rockfestival, auf dem auch die Hamburger Initiative „Rock gegen Rechts“ breiten Rahmen einnehmen soll, und wo wir über Neonazis informieren werden.

Genossen des KB/Kappeln

Schulkampf international

Hamburg, 17. Mai
12 Uhr Pause in der Albert-Schweizer-Gesamtschule in Klein Borstel. Da heulte die Feuersirene. Ein Junge auf dem Schulhof rief: „Hitzefrei!“ Über die Hälfte der 797 Schüler „glaubte“ es — und ging nach Hause. Zwei Stunden vor Schulschluß. Den Rest schickten die Lehrer heim. Wer den Feueralarm auslöste — „Keine Ahnung“, sagt die Schulleitung (nach „Bild“).

Wentzville (Missouri), 28. Mai
Die Schüler einer Hauswirtschaftsklasse in den USA werden von der

Polizei verhört. Der Schuldirektor und seine Sekretärin waren „high“ ins Krankenhaus gebracht worden. Sie hatten ein Omelett gegessen, das im Unterricht gebacken wurde. Die Schüler hatten das Rezept mit dem Rauschgift LSD aufgebeistert. („Bild“).

Doroud (Iran) 5. Juni
Schüler schlugen drei Lehrer krankenhauf. Grund: Die Lehrer hatten einen Schüler von der Prüfung ausgeschlossen, weil er mogeln wollte (nach „Hamburger Morgenpost“).

"Struktur"-Debatte und Fraktionierung im KB

Das nachstehend abgedruckte Papier einer „Unzufriedenen“-Fraktion kursiert seit nunmehr rund drei Wochen vornehmlich in der Hamburger Organisation des KB, findet darüber hinaus aber auch Verbreitung in der klatschächtigen Szene (Kneipen etc.). Ausgehend von einer fraktionellen Gruppe im KB, die zunächst etwa 30 namentlich genannte Mitglieder umfaßte (heute gewiß mehr als das Doppelte ausmachen dürfte), sind dem oppositionellen Zusammenschluß mittlerweile etliche „ehemalige“ (KBler) beigetreten bzw. wurden hinzugezogen. Es charakterisiert das Selbstverständnis der Fraktionisten wohl am besten, daß im Hamburger KB-Bezirk Bergedorf Leitungsmitglieder von einer Vollversammlung (auf der das nachstehende Papier diskutiert werden sollte) ausgeschlossen, Unorganisierte jedoch eingeladen werden sollten. Es ist völlig eindeutig, daß (namentlich) die führenden Köpfe der Kritik-Fraktion auf eine Vergrößerung ihres Kreises innerhalb und außerhalb des KB – sprich die Bildung einer neuen, anderen Organisation – hinsteuern und dafür auch eine Spaltung des KB zumindest in Kauf nehmen wollen.

Wir erwarten, daß die nachstehend abgedruckten Papiere in allen Einheiten des KB gewissenhaft studiert werden und daß zu den strittigen Fragen von allen Einheiten (ggf. auch einzelnen Genoss/inn/en) schriftlich Stellung genommen wird. Die Debatte wird öffentlich (entweder im AK oder UNSER WEG) fortgesetzt.

AK Redaktion

„Man kann nicht mechanisch das Politische vom Organisatorischen trennen...“ (Lenin)

Dieser Beitrag ist Produkt eines – wenn man so will – ‚fraktionellen‘ Zusammenschlusses eines Teils der unterzeichnenden Genossen. Wir verlangen als solcher von daher sofortigen Abdruck im Zentralorgan unserer Organisation, dem „Arbeiterkampf“. Der Beitrag ist der Redaktion rechtzeitig zugegangen, so daß er im AK Nr. 155 berücksichtigt werden kann. Im letzten halben Jahr ist kein Beitrag zur Krise erschienen, wir können deshalb auch keine Kürzung oder einen auszugswweisen Abdruck des Artikels hinnehmen. Wir akzeptieren auch keine andere Form der Veröffentlichung (Broschüre etc.) und keine zeitliche Verzögerung – auch dann nicht, wenn es der Redaktion/LG möglicherweise nicht gelingen sollte, noch in der gleichen Ausgabe der Zeitung darauf zu antworten – wir schreiben nicht nur für diese Genossen!

Von allen Zuschreibern erwarten wir eine Kopie. (Hamburg, Postlagerkarte

bis auf unwesentliches unangreifbar ist, keiner Reflektion oder Diskussion (schon gar nicht durch „Spontis“ etc.) bedarf, hervor. Ist das ‚falsch diskutiert‘? Sind das nur ‚Vermittlungsschwierigkeiten‘ etc.?

Dieses Verhalten ist u.E. eben im wesentlichen durch die eigene organisatorische Erfahrung geprägt, wo in der Zelle „die Linie“ ausgegeben wird, wo man sich anpaßt, und es nur noch darauf ankommt, die „Linie umzusetzen“. (Dieses Verhalten hat bekanntermaßen das LG wiederum wohl ebenso oft kritisiert, wie es in konkreten Situationen produziert hat – ein Teufelskreis!)

Der organisatorische Zustand des KB, seine innere Arbeitsweise, wie auch die Methoden, wie im bündnispolitischen Bereich gearbeitet wird, hängen eng mit dem Selbstverständnis der Mehrheit der Organisation, speziell der Leitung zusammen. Die Lösung dieser Fragen führt uns zwangsläufig zur Diskussion um die künftige organisatorische Gestalt des KB, um seinen organisatorischen Zustand, um sein politisches Selbstverständnis in der Linken (ist er der Parteiensatz?), kurz um die Perspektive zur Überwindung der Krise im positiven Sinne, wie generell zur Diskussion um eine neue Perspektive linker Politik.

„Gesundschumpfen“ zur ‚Kaderorganisation‘?

„Gesundschumpfen“ zur ‚Kaderorganisation‘?

Es ist schwer, die vorherrschenden Positionen zur Entwicklung unserer Organisation zu erfassen, da es weder von LG einen umfassenden Beitrag bislang dazu gibt, auf den man sich ausdrücklich beziehen könnte, noch etwa die schon frühzeitig beklagte Zurückhaltung gerade der 2. und 3. Leitungsebene(n) in Sachen Beiträge zur Krisen-Debatte aufgebrochen wäre (uns für die zurückliegende Zeit mit eingeschlossen). Dennoch ist es möglich, aus der laufenden (nichtöffentlichen) Diskussion bestimmte Grundpositionen zu erkennen. Wenn unsere Beschreibung dieser Positionen hier nicht richtig sein sollte, so ist dies eine Aufforderung an die Genossen, die sich falsch interpretiert fühlen – einschließlich des LG –, das richtigzustellen.

Es herrscht nach unseren Erfahrungen in der Organisation derzeit – stark getragen von einer großen Mehrheit der Leitungsebenen, einschließlich des LG – in etwa folgende Vorstellung vom Zustand und der Entwicklung des KB:

- die Krise ist keine Krise des KB allein, sondern eine Krise der Linken ganz Westeuropas;

- die radikaldemokratischen Massenbewegungen der letzten Jahre haben den KB mit einem Potential überschwert, das sich zwar politisch engagieren will, aber zu großen Teilen nicht fähig und nicht willens ist (auch nicht danach gefragt wurde – Rekrutierungspolitik etc.), kommunistische Politik zu machen und den daraus sich ergebenden politischen Anforderungen zu genügen;

- die Krisen-Debatte hat nun vor allem ein aus diesen Kreisen genährtes Potential hervorgebracht, das sich – anstatt die zentralen politischen Differenzen zu diskutieren – darauf verlegt hat, „Stimmung“ zu machen, „Gerüchte“ zu verbreiten, mit „Lügen“ hausieren zu gehen etc., mit einem Wort kein politisches Interesse mehr an der Entwicklung der Organisation hat, sondern seinen „Frust“ mit obigen Methoden – speziell auch gegen die Leitungsebenen – austobt;

- nun aber kommt es darauf an, die Nerven zu behalten, an den politischen Fragen weiter zu diskutieren und sich nicht auf die Ebene ‚struktureller‘, organisatorischer oder gar personeller Konsequenzen ‚herabzulassen‘.

Es scheint insgesamt die Tendenz vorzuherrschen, zum einen abzuwarten, bis diese Leute „ihren Endkampf“ geführt haben und von sich aus das Feld räumen, zum anderen

hier und dort durch massive Interventionen, gegen die Widerstand zwecklos erscheinen soll, diesen Prozeß zu beschleunigen. Wer dann noch nachbleibt, der hat sich für die ‚Kaderorganisation‘, für die ‚revolutionäre Organisation‘ entschieden. Die wird dann klein sein, aber ‚funktionieren‘....

Während einer Diskussion mit LG-Genossen anläßlich eines hier nicht näher beschreibbaren Prozesses verglich einer der LG-Genossen die jetzige Situation des KB mit der sogenannten „Stolypinschen Reaktion“ im zaristischen Rußland nach der Niederlage der 1905er Revolution. Auch damals seien die Leute durcheinandergelaufen, hätten alles möglich erzählt, und man hätte ihnen noch nicht einmal das Gegenteil beweisen können. Obwohl wir nicht wissen, ob dieser Vergleich insgesamt LG-Position ist (bisher haben wir das LG immer als einheitlichen Block erlebt), erscheint es uns wichtig, auf gravierende Unterschiede zwischen der damaligen und unserer jetzigen Situation aufmerksam zu machen.

Die stolypinsche Reaktion war eine Phase des Niederganges der russischen SDAPR, ihres Zerfalls, wobei dieser Niedergang unmittelbar auf den Niedergang der russischen Arbeiterbewegung – sie war in der Revolution nicht siegreich gewesen – zurückzuführen war, und damit zusammenhängend mit einer brutalen Diktatur unter dem Ministerpräsidenten

zurückzuführen war, und damit zusammenhängend mit einer brutalen Diktatur unter dem Ministerpräsidenten Stolypin. Der Rückschlag der Revolution und der nackte Terror der stolypinschen Henker trieben gewissermaßen die Linke auseinander und ließen kaum noch Spielraum für irgendeine linke Politik. Diese geschichtliche Situation mit unserer jetzigen zu vergleichen zeigt ein tiefes Unverständnis für die Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben. Oberflächlich werden hier lediglich in etwa vergleichbare Erscheinungen konstatiert und daraus offenbar (oder nicht? erbitten Antwort!) eine recht bequeme „Lösung“ bzw. Schutzideologie speziell für politische Führer(!) abgeleitet: die Leute weichen nur dem Druck, haben im Grunde keine Lust mehr, resignieren – aber mit mir hat das überhaupt nichts zu tun, ich bin eben ‚Fels in der Brandung‘, die Kritik an der Leitung hat eh keine politische Substanz (siehe vorn), ist nur noch Legitimation für die eigene Passivität – ich verkörpere sozusagen in unserer Wirklichkeit die Position Lenins, die ‚Stimmungsmacher‘, Spinner etc. gehen über kurz oder lang sowieso, und dann machen wir unsere Kaderorganisation....

Anders als von dieser Mentalität getragen, können wir uns nicht vorstellen, daß das LG sich seit Dezember 78 nicht mehr öffentlich zur Krisen-Debatte geäußert hat (theoretische Beiträge).

Das richtige Wort von der Krise der Linken wird bei uns von leitender Ebene stets mit der Tendenz benutzt, daß es sich eben um eine allgemeine Krise handle und daß es darum eben müßig sei (bzw. Demagogie, Stimmungsmache etc.) nach inneren maßgeblichen Ursachen zu suchen, schon gar nicht bei den leitenden Ebenen. Nun wird an dieser Stelle sicher eingewandt, daß sich mit solcher Absolutheit zu evtl. inneren Ursachen der Krise niemand geäußert hat, woher wir das denn nehmen würden etc., gut gut....

Aber Fakt ist doch, daß sich das LG selbst in seinen bisherigen Äußerungen zur Krise in keiner Weise miteinbezogen hat!!! Es ist ihm nicht einmal eingefallen, im Rechenschaftsbericht etwa ein Kapitel „Entwicklung der Leitungstätigkeit“ oder dergleichen einzurichten, oder ansonsten in irgendeiner Weise seine Aktivitäten einer kritischen Bilanz zu unterziehen. Habt ihr denn gar nichts selbstkritisch anzumerken, macht ihr denn keine Fehler??

Darum geht es uns, nicht

darum, „der Leitung alles in die Schuhe zu schieben“, den Schwerpunkt der Analyse der Krise in diesen Bereich unzulässig zu verschieben oder etwa solange auf der Leitung herumzudreschen, bis der ganze Laden auseinanderkracht, und was da sonst noch alles gehandelt wird!

Fakt ist auch, daß es Krisenerscheinungen genau wie die augenblicklichen im KB schon öfters gab – auch als noch nicht von der allgemeinen Krise der Linken die Rede sein konnte. Auch zu Zeiten äußerer Erfolge gab es plötzliche Austritte und heftige Auseinandersetzungen um organisatorische Fragen (man lese nochmal so manche alten Kritikpapiere durch, dann wird man vieles wiedererkennen).

„Der Angelpunkt liegt jetzt darin, daß die Avantgarde nicht davor zurückscheut, an sich selbst zu arbeiten, sich selbst umzumodeln, ihre unzulängliche Vorbildung, ihr unzulängliches Können offen einzugestehen...“ (Lenin, Schlußwort auf dem 11. Parteitag der KPR, nach umfangreichen Diskussionen um eine Neuorientierung der bolschewistischen Politik nach der Phase des „Kriegskommunismus“, Bd. 33, S. 311) Und Lenin meinte alle....

Wir sind bezüglich der Krise ebenfalls der Ansicht, daß es sich um eine Krise der Linken, und zwar in ganz Westeuropa, handelt. Eine Krise, die ihre wesentliche Ursache darin hat, daß es den linken Organisationen und Gruppierungen der „Nach-Apo-Zeit“ nicht gelungen ist, ein brauchbares Konzept und brauchbare Methoden zur wirkungsvollen und kontinuierlichen Bekämpfung des Kapitalismus zu entwickeln. Zehn Jahre nach der Bildung der Organisationen der Neuen Linken ist der Kapitalismus trotz ökonomischer relativer Tal-fahrt in Westeuropa ideologisch nahezu stabiler als vorher, und die hoffnungsvollen Ansätze linker Politik – von Portugal bis Italien – haben tiefe Rückschläge erlitten. Eine ehrliche, mit dem Willen zum Zusammenschluß und ohne Borniertheit geführte Diskussion um die Probleme linker Politik hat es während dieser Zeit so gut wie nicht gegeben, der Gegner wurde unterschätzt, und die Linke hat dafür die Quittung bekommen, mal salopp gesprochen.

Diese Ursache ist grundverschieden von den Ursachen des Zerfalls in der stolypinschen Reaktion. Die Leute laufen uns doch nicht nur aufgrund des Druckes der Reaktion weg, der zweifellos zunimmt, an einigen Punkten aber auch angeschlagen wurde, sondern weil wir ihnen keine Perspektive für ihre Arbeit aufzeigen können. Was Not tut, ist eine Bilanz aller linken Ansätze, Versuche, Arbeitsweisen, Strukturen etc. Wir wollen hier nur einen kurzen Abriss einer solchen Debatte aus einem Artikel des uns bekannten LG-Genossen Alexander Langer (sprach vor einigen Jahren auf einer eindrucksvollen Italienveranstaltung) geben, den dieser mit Blick auf „Italien vor den Wahlen“ Anfang Mai in der „TAZ“ (4.5.79) veröffentlichte: „Die Frage, die allen Linken gemeinsam und dramatisch vor Augen steht, ist aber vielleicht eine andere. Nach einem Jahrzehnt intensiver Kämpfe und großer Veränderungen (in der italienischen Gesellschaft und in der täglichen Praxis sowie im Bewußtsein äußerst zahlreicher Menschen, aber auch auf der internationalen Szene, von Portugal bis Palästina) – (Einschub von A.L.) die wie eine Art Wettlauf mit dem Klassenfeind erlebt wurde – ein Wettlauf, der vor der Hand von der Gegenseite gewonnen wurde – ist es an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen. Welchen Sinn hatten diese Kämpfe? War es überhaupt möglich, einen revolutionären, oder zumindest radikal reformerischen Prozeß aussichtsreich einzuleiten? ... Und was für sozialistische Perspektiven sind überhaupt heute glaubwürdig und wünschenswert – angesichts nicht bloß der al-

Nach einem Jahr Krise und Krisen-Debatte im KB ist die Situation in der Organisation von Resignation, allgemeiner Abschaffungstendenz, Zerrfahrenheit und Unübersichtlichkeit gekennzeichnet. Die Diskussion über die Krise findet nicht mehr zentral, wie anfangs der Debatte, statt, sondern in Form von einzelnen Personen oder Gruppen um ihre jeweiligen konkreten Fragen, Vorkommnisse etc. und auch immer häufiger in Gestalt von Interventionen des LG bzw. einzelner seiner Mitglieder. Die Organisation – jedenfalls ist das aus unserer Perspektive nicht anders zu erkennen – droht in den meisten Bereichen sich stark zu reduzieren, ja tendenziell zu zerfallen. Eine richtungsweisende, zentrale Auseinandersetzung um die in der ersten Phase der Krisen-Debatte aufgeworfenen Probleme findet nicht statt.

Der „Zwischenbilanz“-Artikel vom Dezember 78 (AK 144) war nicht geeignet, die Debatte neu zu beleben, sondern eher dazu angetan, sie zu beenden bzw. in Sackgassen zu führen. Der Artikel „bilanziert“ lediglich einige der eingegangenen zentralen Kritikpunkte und gibt einige Tipps zur Verbesserung des Arbeitsstils – als wenn da vor allem das Problem läge. Eine begründete Vorstellung zur weiteren Arbeit bzw. Entwicklung der Organisation liegt seitens des LG bis dato nicht vor. Zunächst hatte das offenbar den Grund, möglichst viele Kritiken „blühen“ zu lassen, um politische Schwachstellen besser erkennen zu können. Einen vorläufigen Abschluß der Krisen-Debatte sollten dann die beiden Kongresse darstellen.

Nach dem anfänglichen Schwung des Vor-Kongresses ist inzwischen aber die Luft wieder raus, die Resignation größer als zuvor. Die Kongressvorbereitung läuft auf Sparflamme, viele der in diesem Rahmen diskutierten Themen betreffen ohnehin allgemeinpolitische Fragen (Faschismusfrage, Stalinfrage, Internationalismus etc.) und führen (naturgemäß) nicht zur Diskussion der konkreten Praxis der Genossen oder nur ansatzweise.

Die Bedeutung von Differenzen in der Organisationsfrage

Der „Rechenschaftsbericht“ des LG ist im wesentlichen eine Aneinanderreihung historischer Fakten bzw. eine Darstellung der theoretischen und zum Teil der politischen Entwicklung des KB. Er leistet nicht eine Aufarbeitung der Arbeit an der Basis und auch nicht der organisatorischen Entwicklung des KB. Die Debatte um die organisatorischen Fragen, um die angewandten Methoden der organisatorischen Arbeit und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung des KB's, die Arbeitsbereitschaft und Initiative der einzelnen Genossen etc. findet so gut wie nicht statt. Im Gegenteil, wo diese Debatte von der Basis gefordert wird, da ist sie nach Ansicht von LG-Genossen „ungeeignetes Terrain“ zur „Verwischung“ der eigentlichen politischen Differenzen u.a.m. Damit ist man wieder dabei, einen alten Fehler der kommunistischen Weltbewegung zu wiederholen, die es nie verstanden hat, die politische Degeneration des Sozialismus aufzuarbeiten und in diesem Zusammenhang eine befriedigende Antwort auf die Rolle und Bedeutung der Organisationsfragen für diesen Prozeß zu ge-

ben. Schon 1922 schrieb Georg Lukacs (ungarischer Kommunist, 1919 Volkskommissar für das Unterrichtswesen in der Räteregierung, später für die KP-Presse zuständig, bis 46 in Moskau, theoretische und literaturwissenschaftliche Schriften): „... es scheint, als ob das theoretische Interesse der kommunistischen Parteien ... von den Problemen der wirtschaftlichen und politischen Weltlage, von den aus ihr zu ziehenden taktischen Folgerungen und ihrer theoretischen Begründung so sehr in Anspruch genommen wären, daß kein lebendiges und lebhaftes theoretisches Interesse für die Verankerung der Organisationsfrage in der kommunistischen Theorie übrigbliebe. So daß vieles, was hier richtig geschieht, mehr aus einem revolutionären Instinkt heraus

„richtig geschieht, als daß vieles, was hier richtig geschieht, mehr aus einem revolutionären Instinkt heraus richtig ist, als aus einer klaren theoretischen Einstellung. Andererseits lassen sich viele taktische falsche Einstellungen, z.B. in den Einheitsfrontdebatten, auf unrichtige Auffassungen in den Organisationsfragen zurückführen.“

Es ist daher nicht verwunderlich, daß es häufig zunächst organisatorische Fragen sind, an denen sich politische Differenzen festmachen, an denen sie aufbrechen. So brach etwa die Auseinandersetzung zwischen Bolschewiki und Menschewiki in der Frage der Parteisatzung aus (vgl. Lenin „Ein Schritt vor, zwei zurück“), so spaltete sich die BUU (um ein Beispiel außerhalb einer kommunistischen Organisation zu nennen) in der Frage der Kompetenz des Delegiertenplenums. „(Der) Theorie und Praxis vermittelnde Charakter der Organisation zeigt sich am deutlichsten darin, daß die Organisation für voneinander abweichende Meinungen eine viel größere, feinere und sichere Empfindlichkeit zeigt als jedes andere Gebiet des politischen Denkens und Handelns. Während in der Theorie die verschiedenartigsten Anschauungen und Richtungen friedlich nebeneinander leben können, ihre Gegensätze nur die Form von Diskussionen annehmen, die sich ruhig im Rahmen einer und derselben Organisation abspielen können, ohne diese sprengen zu müssen, stellen sich dieselben Fragen, wenn sie organisatorisch geworden sind, als scharfe, einander ausschließende Richtungen dar.“ (G. Lukacs, Methodisches zur Organisationsfrage).

So wie organisatorische Differenzen häufig aus politisch-theoretischen falschen Anschauungen herrühren, ist es ebenso möglich, daß trotz einer weitgehend richtigen politischen Vorstellung, einer richtigen politischen Theorie, bestimmte organisatorische Strukturen und Vorstellungen etc. zu einem anderen Verhalten oder einem anderen Ergebnis in der Praxis führen. Ein einfaches Beispiel ist etwa die Auseinandersetzung um die Bündnispolitik. Hier herrschen zumindest in einem Teil der Organisation und sicherlich auf Basis der zentralisierten Erfahrungen auch in der Leitung seit Jahren im wesentlichen korrekte politisch-theoretische Vorstellungen vor. Trotzdem ist das praktische Verhalten breiter Kreise von Genossen fehlerhaft gewesen und ist es noch. Sie kehren in den Initiativen, gegenüber anderen politischen Gruppierungen den „Kommunisten mit der stets korrekten Linie“, die

Fortsetzung auf Seite 57

Fortsetzung von Seite 56

ten Trümmer in der UdSSR und Osteuropa, sondern auch neuerer Trümmer und Kriege in Asien, Kuba und Afrika? Und wie weit hat reformistische Strategie – mit dem Versuch, Konfrontationen zu vermeiden und durch Kompromisse Schritt für Schritt auch den Klassenfeind zu „überzeugen“ – die Voraussetzung für den Niedergang der Kämpfe und der Stärke der italienischen Linken geschaffen? Und haben andererseits die revolutionären Ansätze die terroristischen Fortsätze (Brigate Rosse und zahlreiche kleine Gruppen, die nahezu täglich in Aktion treten) notwendig in sich getragen bzw. welche revolutionäre Aussagekraft kann überhaupt in Kampfmethoden und Organisationen liegen, die zur Selbstbefreiung der Massen nichts beitragen und eher das Gegenteil bewirken?...

Dies nur als ein ungefährer Eindruck dessen, was an Diskussion noch vor uns liegt. Wir haben insgesamt die Befürchtung, daß der KB so, wie bislang die Diskussion verläuft, und was sie als bisherige (dürftige) Ergebnisse hervorgebracht hat, in Sachen Krise der Linken nicht die notwendige vorantreibende Rolle einlösen kann, die er bei drei wesentlichen Hürden in der Entwicklung der Linken bewies:

- in der Auseinandersetzung um die Entwicklung der VR China und der Frage der sog. „weltrevolutionären Zentren“ (SU, China);
- in (gewisserweise damit zusammenhängend) der Auseinandersetzung um die Neuaufgabe der „Vaterlandsverteidigung“;
- in der Faschismusfrage.

Konnten diese Hürden noch weitgehend von der KB-Leitung im Alleingang genommen werden, und konnte es sich die KB-Basis bei diesen Fragen noch „leisten“, den Kopf in den Nacken zu legen und bewundernd „nach oben“ zu starren, so werden die Fragen, vor denen wir jetzt stehen, so nicht mehr lösbar sein. Dies nicht allein vom Umfang der Probleme her und von der Notwendigkeit der Einbeziehung der ganzen Organisation, sondern weil eine positive Überwindung der Krise nur möglich ist, wenn sie neben allen notwendigen politischen und organisatorischen Diskussionen auch als ein Schritt der politischen Emanzipation der Basis unserer Organisation gegenüber ihrer Leitung (wer immer dort sitzt!) begriffen und realisiert wird! Nur so ist es u.E. möglich, eine wirklich revolutionäre Organisation, eine wirkliche Kaderorganisation zu entwickeln....

Wenn man sich den gegenwärtigen organisatorischen Zustand

Wenn man sich den gegenwärtigen organisatorischen Zustand unserer Organisation anschaut, so wird der eingangs zitierte, vielfach verfolgte Weg des „Gesundschumpfens“ zur „Kaderorganisation“ als ein Fehler mit katastrophalen Folgen deutlich.

Es sind doch erst einmal gar nicht die viel zitierten „sozialdemokratischen Aufgenommenen“ allein, die uns jetzt wieder verlassen. Unter den Ausstretenden ist doch ein Großteil erfahrener Genossen, die teilweise noch aus den Gründungsjahren stammen. Das muß doch zu denken geben!

Aber nehmen wir z.B. die bisherige Arbeitsweise, sprich Selbstverständnis, der sogenannten „kleinen Anleiterrunde“ des KB. Wie fallen dort Entscheidungen? Auf Basis von welchem Verantwortungs-bewußtsein?

Deutlichstes Beispiel der jüngsten Zeit ist etwa die Abtrennung des Schüler-SSB von der Schirmherrschaft des KBs. Wenngleich wir das damalige Verfahren für völlig untauglich in Sachen Krisen-Bewältigung halten – die Jugendarbeit ist praktisch liquidiert – soll es darum hier jetzt nicht gehen. Wie wurde entschieden? Die Genossen der „kleinen Anleiterrunde“ waren über den Konflikt vor dem Termin nicht (oder nur zufällig) informiert. Es hatte weder eine Materialsammlung der bis dahin erstellten Papiere der Auseinandersetzung, noch eine schriftliche Stellungnahme des LG rechtzeitig vor dem Termin gegeben (hier ging es schließlich nicht um Routine-Kram!!) Lediglich eine ca. 30minütige mündliche Darstellung des Konfliktes wurde eingangs des Termins von seiten des LG gegeben. Anschließend hatten die Anleiter des SSB das Wort. Obwohl diese ihre Schwierigkeiten betonten, ihre Position in der Situation mündlich darzustellen und um Vertagung bitten bzw. an Enthaltung appellierten, gab es kaum eine Wortmeldung oder inhaltliche Frage und dann eine einstimmige Abstimmung ohne eine einzige Enthaltung!! Es ist offensichtlich, daß die Genossen eigentlich gar nicht guten Gewissens entscheiden konnten! Hier siegte eben die Kopfnickermentalität zum einen und das naive „Gottver-

trauen“ zum anderen über den politischen Verstand...

Aber sind das die „Kader“? Sind das die Strukturen der „Kaderorganisation“?

Wir wollen hier niemanden anmachen, es liegt uns fern, hier etwa pauschal alle Genossen der kleinen Anleiterrunde als „Apparatschiks“ zu verunglimpfen. Es kommt vielmehr darauf an, daß sich diese Strukturen, mit denen wir alle jahrelang gearbeitet haben, die wir jahrelang durch unser Verhalten genährt haben, bewußt gemacht werden. Dies ist nicht allein ein politisches Defizit – sitzen in der Anleiterrunde gerade die politisch erfahrensten Genossen.

Das ist ein Defizit in der Organisationsfrage und erfordert gerade auf diesem Gebiet ausführliche und gründliche Auseinandersetzung. Und es zeigt ebenfalls ein allgemeines bewußtseinsmäßiges Defizit in der praktischen Verarbeitung der gescheiterten sozialistischen Versuche des sog. „realen Sozialismus“ auf.

Diesem Manko mit dem „Gesundschumpfen“ zu begegnen, wird keine Kaderorganisation hervorbringen, sondern einen kleinen, unterwürfigen Sektiererhaufen, der trotz derzeitiger theoretischer Potenz in die Isolation geraten muß.

Zur Notwendigkeit und Entstehung einer revolutionären Organisation und ihren inneren Strukturen

Die Notwendigkeit einer revolutionären Organisation ist für uns unbestritten. Ist dies schon eine Streitfrage in der Linken, die gründlich diskutiert werden muß, so erscheint uns für unsere aktuelle Auseinandersetzung viel brisanter und wichtiger die Frage wie zu sein. Dies in doppelter Hinsicht. Einmal was die Entstehung, Bildung einer solchen Organisation angeht und einmal, was ihre innere Struktur betrifft.

Wir sind nicht der Ansicht, daß eine solche Organisation einfach „gemacht“ werden kann, unabhängig vom jeweils vorhandenen Potential an politischen Aktivisten und vom Stand der Klassenaueinandersetzung.

Rosa Luxemburg hatte zweifellos recht und hat damit eine (später vom sog. „Stalinismus“) zugeschauelte prinzipielle Position zur Entstehung einer revolutionären Organisation entwickelt, als sie schrieb, daß „die Organisation als Produkt des Kampfes“ entstehen muß. Strittig ist in der Linken, wie sehr Rosa Luxemburg den organischen Charakter dieses Prozesses überschätzt und die Bedeutung des bewußten, bewußt-organisatorischen Elementes in ihm unterschätzt. Aber die Kritik an Rosa Luxemburgs Position darf nicht dahin übersteigert werden, daß man nun den prozeßartigen Charakter der Herausbildung einer revolutionären Organisation bzw. der Herausbildung von revolutionären Organisationsformen gänzlich leugnet. „Denn trotz der Tatsache, daß für die außerrussischen Parteien (da die russischen Erfahrungen ausgewertet werden konnten) die Prinzipien dieser Organisation von vornherein bewußt vorgeschwebt haben, kann das prozeßartige ihres Entstehens und Wachstums doch durch keine organisatorischen Maßnahmen einfach überschlagen werden.“

Die Richtigkeit der organisatorischen Maßnahmen kann zwar diesen Prozeß außerordentlich beschleunigen, kann der Klärung des Bewußtseins die größten Dienste leisten und ist deshalb die unerlässliche Vorbedingung des Entstehens der Organisation. Die kommunistische Organisation kann aber doch nur im Kampfe erarbeitet werden, nur dadurch, daß die Richtigkeit und die Notwendigkeit gerade dieser Form des Zusammenschlusses für jedes einzelne Mitglied durch eigene Erfahrung bewußt wird.“ (G. Lukacs, Methodisches zur Organisationsfrage)

Was nun die inneren Strukturen einer solchen Organisation angeht, trifft Lukacs’ Beschreibung des „Lebens“ in einer entarteten bzw., um diesen harten Begriff etwas zu relativieren, in einer nach falschen organisatorischen Auffassungen und Prinzipien arbeitenden Organisation so genau im großen und ganzen unsere allgemeine derzeitige Situation, daß es fast schon komisch klingt: „Allen gemeinsam ist, daß einem Kern von Personen, in deren Händen die aktive Leitung liegt, sich Mitglieder mit wesentlich passiverer Rolle zugesellen, während die Masse der Verbandsmitglieder nur eine Objektrolle spielt. Diese Objektrolle wird durch die formale Demokratie, durch die „Freiheit“, die in diesen Organisationen herrschen mag, nicht aufgehoben, sondern im Gegenteil fixiert und verewigt. Das falsche Bewußtsein, die

objektive Unmöglichkeit, durch bewußtes Handeln in den Gang der Geschichte einzugreifen, spiegelt sich organisatorisch in der Unmöglichkeit, aktive politische Einheiten zu bilden, die zwischen dem Handeln jedes einzelnen Mitgliedes und der Aktivität der ganzen Klasse zu vermitteln berufen wären... Dem entsprechend treten in ihnen die beiden zusammengehörenden, stets zugleich auftretenden, gleich falschen Auffassungen über den Gang der Geschichte notwendig auf: die voluntaristische (willentliche) Überschätzung der aktiven Bedeutung des Individuums (des Führers – Einschub von Lukacs) und die fatalistische (vorherbestimmte) Unterschätzung der Klasse (der Masse). Die Partei gliedert sich in einen aktiven und einen passiven Teil... Denn die Gesamtpersönlichkeit der Mitglieder kann von solchen Organisationen niemals erfaßt werden, ja, sie können ein solches Erfassen nicht einmal erstreben. Wie alle gesellschaftlichen Formen der Zivilisation beruhen auch diese Organisationen auf genauester, mechanisierter Arbeitsteilung, auf Bürokratisierung, auf genauester Abwägung und Trennung von Rechten und Pflichten. Die Mitglieder hängen nur durch abstrakt erfaßte Teile ihrer Existenz mit der Organisation zusammen, und diese abstrakten Zusammenhänge objektivieren sich als getrennte Rechte und Pflichten.“

Die Überwindung eines solchen Zustands hin zu der revolutionären Organisation, zum kollektiven, aktiven Handeln der Organisation als Ganzes etc., hängt sehr eng mit der Notwendigkeit von Zentralisation und Disziplin zusammen. So lebensnotwendig gerade die Disziplin, das volle Engagement ihrer Mitglieder für die kommunistische Organisation ist, so sehr sollte man sich davor hüten, sie losgelöst von der Politik der Organisation und der intakten politischen Führung zu verselbständigen, sie als mythologisierten, abstrakten formal-ethischen Maßstab an sich selbst zu legen. Lenin hat in diesem Zusammenhang auf die Frage, wodurch sich die Disziplin einer revolutionären Organisation erhält, auf drei unzertrennbar miteinander zusammenhängende Dinge hingewiesen: auf die Hingabe und Aktivität der Mitglieder, die Beziehung der Partei zur Masse und die Richtigkeit der politischen Leitung.

„Und da taucht vor allem die Frage auf, wodurch wird die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats aufrechterhalten? Wodurch wird sie kontrolliert? Wodurch gestärkt? Erstens durch das Klassenbewußtsein der proletarischen Avantgarde und ihre Ergebnisheit für die Revolution, durch ihre Ausdauer, wußtsein der proletarischen Avantgarde und ihre Ergebnisheit für die Revolution, durch ihre Ausdauer, ihre Selbstaufopferung, ihren Heroismus.“

Zweitens durch ihre Fähigkeit, sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, aber auch mit den nichtproletarischen werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen.

Drittens durch die Richtigkeit der politischen Führung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, daß sich die breitesten Massen durch eigene Erfahrung (hervorgehoben von Lenin, anderes von uns hervorgehoben) von dieser Richtigkeit überzeugen. Ohne diese Bedingungen kann in einer revolutionären Partei... die Disziplin nicht verwirklicht werden. Ohne diese Bedingungen werden die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce. Diese Bedingungen können aber andererseits nicht auf einmal entstehen. Sie werden nur durch langes Bemühen, durch harte Erfahrung erarbeitet; ihre Erarbeitung wird erleichtert durch die richtige revolutionäre Theorie, die ihrerseits kein Dogma ist, sondern nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültig Gestalt annimmt.“ (Lenin, Der „Linke Radikalismus“, Bd. 31, S. 9)

Die Krisen-debatte in unserer Organisation gerät allerdings mehr und mehr in das Fahrwasser einer falschen „Disziplin“, der „Fiktion“, der „Farce“. Die Mentalität gerade jetzt „alles zusammenhalten“, „hart zu diskutieren“, „die Disziplin wiederherzustellen“, „Du bist doch auch für die Kaderorganisation, oder nicht?“ etc., ohne daß eine zentrale Debatte der aufgeworfenen Fragen stattfindet (die Kongreßvorbereitung kann solche – wie inzwischen klar sein dürfte – bei weitem nicht ersetzen!). Niemand hat eigentlich eine theoretische Vorstellung von „Diszi-

plin“, geschweige denn von „Kaderorganisation“, was ist das, wer ist dazu prädestiniert? Wie entsteht sowas? etc. p.p. Das „urwüchsige“ Verständnis, eben das bürgerliche h e (!), davon ist dann halt die „Durchhaltmentalität“, das Unterordnen unter das, was „von oben“ kommt, das „harte Image“, die Kritiklosigkeit, wider das „Chaos“ etc., ohne daß die Fragen ausdiskutiert, die Aufgaben klargestellt wären.

Mehr und mehr haben wir auch den Eindruck, daß das LG sich gerade auf diese Vertreter, vorwiegend aus der zweiten und dritten Anleiterebene, stützt, um in ihrem Sinne zu „retten“, was zu „retten“ ist bzw. den Prozeß des Hinausdrängens der „Stimmungsmacher“, Zweifler etc. zu beschleunigen.

Dieser schon frühzeitig (Anfang Juni 78 nach unseren Recherchen) seitens der Leitung mit „Gesundschumpfen“ umschriebenen Prozeß ist in Wirklichkeit ein Krankenschumpfen in die „Kaderstrukturen“, wie sie von KPD, KBW, KPD/ML und anderen Sekten vor uns mit verzerrenden Konsequenzen durchgezerrt wurden, in genau die Strukturen, von denen sich der KB gerade positiv in den letzten Jahren abgehoben hat. Sicher, dafür haben wir den Preis des jetzigen desolaten Zustandes bezahlt, aber auch die Chance gewonnen, eine wirklich neue Qualität in der politischen und organisatorischen Entwicklung zu erreichen. Im Moment sieht es allerdings eher so aus, als strebt die Mehrheit der leitenden Ebenen an (und eine Anzahl „einfacher“ Genossen natürlich auch), mit nostalgisch verzerrtem Blick auf Lenins „100-Mann-Organisation“ in der Stolypinschen Reaktion aus dem KB so etwas wie einen „Lenin-Revival-Trupp“ der ganz „Harten“, der 150 %igen, zu machen.

Allen, die nach solcher „Idealvorstellung“ unsere Wirklichkeit zu rechtbiegen wollen, sei der ebenso einfache wie richtige Satz des alten Marx ins Gedächtnis gerufen: „Die Geschichte wiederholt sich nicht, es sei denn als FARCE...“

Und genau eine solche seid ihr im Begriff zu werden!

Die – wie schon gesagt – lange nicht mehr öffentlich geführte Debatte in der Organisation (einzige Ausnahme das Technikpapier in AK 153) droht sich gemäß der obigen „Idealvorstellung“ vom Gesundschumpfen zur „Kaderorganisation“ insgesamt zu verhäften. Auf leitender Ebene geht offenbar mit der Aberkennung des politischen Anliegens (zugunsten von „Stimmungsmache“ etc.) der Genossen in verschiedenen hier nicht näher beschreibbaren Auseinandersetzungen einher eine Tendenz zur Selbstherrlichkeit, gleichermaßen mit Ansätzen mittelschweren Verfolgungswahns.

Beispielsweise hat es im Lehrerbereich eine Auseinandersetzung um unsere Politik in Sachen Gesamtschule gegeben, wo – neben inhaltlichen Differenzen – einer Reihe von Genossen nach der ersten Sitzung vor allem der oberlehrerhafte Diskussionsstil des LG-Genossen W. übel aufstieß, so daß insgesamt 5 Papiere unabhängig voneinander dazu verfaßt wurden. Da ja nun an diesen Papieren auf keinen Fall was richtiges dran sein kann – das wäre schließlich gleichbedeutend damit, daß der Genosse W. etwa einen Fehler gemacht hat... – hat Genosse W. nun eine eigentümliche Erklärung für diese Papiere in einem eigenen Bilanz-Papier gefunden: „Noch ein Punkt in Sachen ‚Unehrlichkeit‘ und ‚Taktizismus‘... warum hat denn die ‚Anti-GS-Fraktion‘ (Wortschöpfung von W. für alle Kritiker in der betreffenden Auseinandersetzung) nicht ein gemeinsames Kritikpapier gegen meinen Diskussionsstil verfaßt, sondern hat – bei Verschleierung des fraktionellen Zusammenhanges (!) – 5 augenscheinlich unabhängig voneinander entstandene Papiere mit (zufällig – Einschub W.) haargenau derselben Stoßrichtung im Bereich verbreitet, wenn nicht damit ein ganz breiiter Protest der Genossen vorgespielt werden sollte, um andere Genoss(innen) ebenfalls in die gewünschte Richtung zu drängen?“ Natürlich hat es keinen „fraktionellen Zusammenhang“ in dem Stadium der Diskussion gegeben. Er muß herhalten, um das Anliegen der betreffenden Genossen als hinterhältiges, taktisches etc. zu diffamieren und damit eine Diskussion um die in den Papieren angeschnittenen Fragen schlechthin „überflüssig“ zu machen.

In einer anderen Auseinandersetzung, wo Genossen nach einem recht uneffektiven Termin, zu dem sie sich selbst recht umfangreich zur Sache (schriftlich) geäußert hatten, zur besseren Vorbereitung des nächsten Termins von der Leitung eine schriftliche Stellungnahme zu den bislang eingegangenen Positionen forderten,

erhielten sie zur Antwort: „Uns eine solche Vorbedingung zu stellen, gehört zum Verrücktesten, was wir bisher in unserer politischen Arbeit erlebt haben...“ (aus einem Brief des LG an den betreffenden Genossen-Kreis). Daß dies alles sehr wenig mit dem inneren Leben einer kommunistischen Organisation zu tun hat, vielmehr nichts weiter als eine Reproduktion stink-bürgerlicher Verkehrsformen unter linkem Vorzeichen darstellt, ist für den, der will, wohl deutlich zu erkennen. So ganz nach dem Motto: „Die Nürnberger hängen keinen – es sei denn, sie haben ihn...“ (Till Eulenspiegel).

Wir wollen zum vorläufigen Ende noch einmal Georg Lukacs mit seiner oben schon erwähnten Schrift zur Organisationsfrage zitieren – möge jeder Genosse selbst auf Basis seiner organisatorischen Erfahrung feststellen, wie weit wir von einer wirklich revolutionären Organisation entfernt sind: „(Der) tiefste Sinn der kommunistischen Organisationsform wird aber selbst in kommunistischen Kreisen selten in seiner ganzen Tragweite erfaßt. Obwohl von seiner richtigen Anwendung nicht nur die Möglichkeit des richtigen Handelns abhängt, sondern auch die innere Entwicklungsfähigkeit der kommunistischen Partei. Lenin wiederholt hartnäckig die Ablehnung eines jeden Utopismus in Bezug auf das Menschenmaterial, mit dem die Revolution gemacht und zum Siege geführt werden muß: es besteht notwendig aus Menschen, die in der kapitalistischen Gesellschaft erzogen und von ihr verdorben worden sind. Aber die Ablehnung von utopistischen Hoffnungen und Illusionen bedeutet keineswegs, daß man bei der Anerkennung dieses Tatbestandes fatalistisch stehen bleiben dürfte. Es müssen nur, da jede Erwartung einer inneren Umwandlung der Menschen, solange der Kapitalismus besteht, eine utopische Illusion wäre, organisatorische Vorkehrungen und Garantien (hervorgehoben von Lukacs) gesucht und gefunden werden, die geeignet sind, den verderbnisbringenden Folgen dieser Sachlage entgegenzuarbeiten, ihr unvermeidliches Auftreten sofort zu korrigieren, die dadurch entstandenen Auswüchse auszumerzen. Der theoretische Dogmatismus ist ja nur ein Spezialfall jener Erstarrungserscheinungen, denen jeder Mensch und jede Organisation in der kapitalistischen Umwelt ununterbrochen ausgesetzt ist...“

Diese Tendenzen (die durch bürgerliche Erziehung hervorgerufen – d.V.) müssen auch in der kommunistischen Partei, die ja niemals mit dem Anspruch aufgetreten ist, die ihr angehörenden Menschen durch ein Wunder innerlich zu wandeln, weil dem Anspruch aufgetreten ist, die ihr angehörenden Menschen durch ein Wunder innerlich zu wandeln, weiterwirken. Um so mehr, als die Notwendigkeiten des zweckmäßigen Handelns jeder kommunistischen Partei ebenfalls eine weitgehende sachliche Arbeitsteilung aufzwingen, die notwendig diese Gefahren der Erstarrung, des Bürokratismus, der Korruption usw. in sich birgt. Das innere Leben der Partei ist ein ständiges Ankämpfen gegen diese ihre kapitalistische Erbschaft. Das entscheidende organisatorische Kampfmittel kann nur die Heranziehung der Parteimitglieder in ihrer Gesamtpersönlichkeit zur Parteitätigkeit sein. Nur wenn die Funktion in der Partei kein Amt ist, das ja evtl. mit voller Hingabe und Gewissenhaftigkeit, aber doch nur als Amt ausgeübt wird, sondern die Aktivität aller Mitglieder sich auf alle nur möglichen Arten der Parteilarbeit bezieht, wenn diese Tätigkeit noch dazu je nach den sachlichen Möglichkeiten abgewechselt wird, kommen die Mitglieder der Partei mit ihrer Gesamtpersönlichkeit in eine lebendige Beziehung zu der Totalität des Parteebens und der Revolution, hören sie auf, bloße Spezialisten zu sein, die notwendig der Gefahr der inneren Erstarrung unterworfen sind. Auch hier zeigt sich wieder die unzertrennbare Einheit von Taktik und Organisation. Jede Funktionärshierarchie in der Partei, die im Zustand des Kampfes absolut unvermeidlich ist, muß auf dem Gegebenen eines bestimmten Typus der Begabungen für die sachlichen Anforderungen einer bestimmten Phase des Kampfes beruhen. Geht die Entwicklung der Revolution über diese Phase hinaus, so wäre eine bloße Änderung der Taktik, ja selbst eine Änderung der Formen der Organisationen, für eine wirkliche Umstellung zum nunmehr richtigen Handeln durchaus nicht ausreichend. Es muß zugleich eine Umstellung der funktionärshierarchie in der Partei erfolgen; die Personenauswahl muß der neuen Kampfwiese genau angepaßt werden. Dies läßt sich selbstredend weder ohne Fehler, noch ohne Krisen verwirklichen...“

Es lebe die Kritik!

Es hat sich eine „Kritik-Fraktion“ gebildet, die bisher schon eine stolze Zahl von Mitgliedern und Ex-Mitgliedern des KB umfaßt. Daß sie selbst in ihrem Papier schreiben, es handle sich, „wenn man so will“, um einen „fraktionellen Zusammenschluß“ (mit Anführungszeichen!), verwässert die Frage nur. Selbstverständlich handelt es sich im vollsten Sinn des Wortes um eine Fraktion — mit fraktionellen Treffen, fraktionellen Absprachen, fraktioneller Kommunikation.

Es hat allerdings, liest man die bisherige Plattform der „Kritik-Fraktion“, in der ganzen Geschichte der Arbeiterbewegung (die neuere „ML“-Geschichte ausdrücklich eingeschlossen) kaum eine Fraktion gegeben, die mit einem derart armseligen politischen Inventar angetreten ist. Fraktionen bilden sich in der Regel entlang politischer Streitfragen, grundlegender Meinungsverschiedenheiten über Ziele, Aufgaben und Praxis der Kommunisten. Das „Kritik-Papier“ unserer Fraktion hingegen enthält nicht einen einzigen positiven politischen Gedanken. Weder werden Grundsätze der Politik des KB in Frage gestellt, noch werden taktische Entscheidungen kritisiert.

Das liegt nicht unbedingt daran, daß es unter den „Kritikern“ nicht auch die eine oder andere inhaltliche Kritik, zumindest in Fragen der Taktik, gibt. Es gibt solche Kritiken aus diesem Kreis durchaus. Nur wäre es der „Kritik-Fraktion“ vollständig unmöglich, sich auf irgendeine einheitliche und zusammenhängende Kritik an der Politik des KB zu verständigen. Ihr Zusammenschluß beruht nicht auf gemeinsamer inhaltlicher Kritik an der Politik des KB, sondern auf Unzufriedenheit mit den „Strukturen“ im KB. Das ist auch das Prinzip, nach dem die „Kritik-Fraktion“ jetzt ihre Ausdehnung und schließlich die Spaltung der Organisation vorantreiben will.

Sie werden zweifellos sagen, daß sie keine Spaltung wollen. Sie werden zweifellos sagen, daß das wieder eine der üblichen stalinistischen Gemeinheiten des LG ist, um seine konsequentesten und scharfsinnigsten Kritiker „mundtot“ zu machen.

Sehen wir, was sie selbst der Organisation dazu in ihrem „Kritik-Papier“ mitteilen: Ihrer Meinung nach besteht der KB heute aus drei Teilen. Den größten Teil bilden die „Schafe“, die dem LG und sonstigen „Leitungsebenen“ blind in jede gewünschte Richtung hinterherzockeln. Einen kleinen, aber ganz hervorragenden Teil bilden sie selbst, die Kritiker. Auf der anderen Seite steht die dritte Gruppe, das LG und seine treuen Gefolgsleute aus dem „2. und 3. Glied“. Diese Gruppe betreibt den teuflischen Plan, die Organisation „gesundzuschumpfen“, indem sie die hervorragenden Kritiker hinausdrängt und nur noch die „Schafe“ im KB behalten will.

Wer die Verhältnisse so sieht, kann konsequenterweise (vielleicht verunglümpten wir unsere Kritiker, wenn wir ihnen Konsequenz unterstellen?) nur versuchen, möglichst viele „Schafe“ aus dem feindlichen Lager zum Bewußtsein ihrer jämmerlichen Situation zu bringen und sie ihren Peinigern (dem LG und seinen treuen Gefolgsleuten) zu entreißen. Offen bleibt nur die sich aus dem Kräfteverhältnis ergebende Frage, ob unseren Kritikern die Eroberung der Führung der Organisation gelingt oder ob sie den Weg der Abspaltung gehen.

Wir unterstellen das der „Kritik-Fraktion“ nicht als gemeinsame Absicht. Vielleicht sind sich nur wenige von den Kritikern über diese Konsequenzen aus ihrem Bild vom KB im klaren. Es kann sogar sein, daß kein einziger der Kritiker die Sache wirklich bis zu Ende durchdacht hat.

Eindeutig ist jedenfalls, um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen, daß die „Kritik-Fraktion“ ihre Ausdehnung betreibt, vorwiegend auf den Trampelpfad persönlicher Beziehungen. Aber, wie in der Plattform der „Kritik-Fraktion“ zu lesen ist: Am liebsten wäre ihnen gleich eine eigene Kontaktadresse im „ARBEITERKAMPF“, um alle Mühseligkeiten und Beladenheiten im KB (natürlich einschließlich der Ex-Mitglieder) zu sammeln.

Ich hatte gesagt, daß die „Kritik-Fraktion“ nicht einmal Spurenelemente einer politischen Plattform hat. Sie sammelt — zumindest einstweilen — auf dem Boden der „Strukturen“-Kritik. Das beweist ein Gespür fürs derzeit Machbare und Wirkungsvollste.

Unsere Kritiker berufen sich auf Lenin und sonstwen, um die „Bedeutung von Differenzen in der Organisationsfrage“ zu beweisen. Sie haben

recht, auch ohne ihre Zitate. Es ist nur leider so, daß sie auch zur Organisationsfrage nicht einen einzigen konkreten alternativen Gedanken anzubieten haben. Auch in diesem Punkt verfahren die Kritiker nach dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners.

In Wirklichkeit sind die Diskussionen im Kreis der „Kritik-Fraktion“ wesentlich weiter. Man hat Zweifel am Prinzip der Kaderorganisation überhaupt, am demokratischen Zentralismus... Statt diese Zweifel aber klar zu formulieren und sie offen zur Diskussion zu stellen, reiten unsere Kritiker groteske Attacken gegen Phantasie-Gebilde wie den angeblichen Plan des LG zum „Gesundzuschumpfen“. Sie wollen den Eindruck erwecken, als sei das demokratische Leben im KB abgestorben (d.h. abgetötet vom LG und seinen Robotern), obwohl es vielen der Kritiker längst schon um Kritik an kommunistischen Organisationsprinzipien überhaupt geht. Die Kritiker zitieren zwar (in einem Papier zur Organisationsfrage wohl gemerkt!) ein bißchen Lukács, Luxemburg und A. Langer von Lotta Continua, die ja alle nicht gerade Verfechter des leninistischen Organisationsmodells sind. Aber das möge man bitte nicht falsch verstehen: Die Kritiker sind selbstverständlich völlig einig mit Lenin. Wer etwas anderes vermutet, gehört gewiß zu denjenigen, die unsere Kritiker mit üblen Verleumdungen mundtot machen möchten...!

Für eine Kritik an den „Strukturen“ im KB gibt es viele konkrete Ansatzpunkte. Schwieriger wird es aber, wenn man im Stil unserer Kritiker aus diesen konkreten Ansatzpunkten ein Kolossalgemälde zu gestalten versucht, das als Attraktion für die Bildung einer Fraktion geeignet ist.

Unbestreitbar und unbestritten (so weit es das „Kritik-Papier“ der Fraktion angeht) ist der KB in der westdeutschen Linke die Organisation mit den weitestgehenden Möglichkeiten für demokratische Meinungskämpfe. Man muß sich also schon ein bißchen anstrengen, um die Szene in der gewünschten Weise („Schafe“, böses LG, verfemte Kritiker) darzustellen. Da sie dem LG die Unterdrückung von Kritik schwerlich vorwerfen können (Sie selbst ebenso wie alle anderen Mitglieder des KB können ihre Kritik in der Presse des KB zur Diskussion stellen!), werfen sie dem LG zumindest vor, daß zu wenig Kritik aus der Organisation kommt und daß speziell die „Krisen-Diskussion“ in der Tat bereits Ende 1978 weitgehend eingeschlafen ist.

Man kann, wie die Kritiker es sich zunutze machen, jede beliebige Kritik an den „Leitungsebenen“ des KB zustande bringen, wenn man nur die Ansprüche hoch genug schraubt: Man verlange vom LG eine „Hauptresolution“, in der die gesamte Weltlage und Geschichte der BRD seit 1945 umfassend verarbeitet wird. Man verlange selbstverständlich vom LG „Auswertung“ aller zentralen Kampagnen des KB.

Man verlange eine detaillierte Analyse der Entwicklung des KB seit seiner Gründung. Man verlange vom LG theoretische Beiträge zur „Krisen-Debatte“, wenn aus der Organisation schon keine mehr kommen. Man verlange selbstverständlich vom LG einen „umfassenden Beitrag“ über „die vorherrschenden Positionen zur Entwicklung unserer Organisation“. Man verlange vom LG auch eine „Bilanz aller linken Ansätze, Versuche, Arbeitsweisen, Strukturen etc.“. Man kann dann jedenfalls Hundertprozentig sicher sein, daß das LG das alles nicht schaffen wird und somit für den Zustand der Organisation verantwortlich gemacht werden kann. Und man kröne das Ganze, um Mißverständnisse auszuschließen, mit der Bemerkung, daß man „niemanden anmachen“ wolle und selbstverständlich die „Emanzipation der Basis“ gegenüber der Führung anstrebe.

Mit einem derart armseligen politischen Angebot hätte man vor ein paar Jahren im KB gewiß keine Fraktion bilden können. Daß dies heute möglich scheint, verdanken wir der „Krise“, die überhaupt das stärkste Argument im mageren Fundus unserer Kritiker ist.

Zwar hat sich inzwischen herumgesprochen, daß es sich um eine Krise der westeuropäischen Linken insgesamt handelt. Wer das bestreiten wollte, würde sich nur lächerlich machen. Lächerlich machen wollen sich unsere Kritiker natürlich nicht, jedenfalls nicht freiwillig. Also geben sie den allgemeinen Charakter der Krise zu, um dann gleich doch wieder die Ursachen der Krise in den be-

sonderen „Strukturen“ des KB aufzuspüren.

Zu den Gründen der Krise ist in der westeuropäischen Linken, auch im KB, viel diskutiert worden. Ich frage mich daher, was unsere Kritiker bezwecken, wenn sie A. Langer von Lotta Continua mit ein paar banalsten Weisheiten zitieren, als läge darin ein riesiger Vorsprung vor dem erreichten Diskussionsstand im KB. Dazu haben der KB und andere Linke wahrhaftig schon ausführlicheres und durchdachteres gesagt.

Die Linke hat in der Analyse der Krise bereits wesentliche Gesichtspunkte herausgearbeitet, die ich hier aber nicht herunterbeten möchte. Tatsache ist auf der anderen Seite, daß noch niemand in Westeuropa den praktischen Ausweg aus der Krise erkannt, geschweige denn eingeschlagen hat. Unsere „Kritik-Fraktion“ macht bisher auch nicht gerade den Eindruck, als könnte sie auf diesem Felde bahnbrechend zum „Modell für Europa“ werden.

Zwei Dinge sollten wir auseinanderhalten: Die Krise hat der gesamten Linken, so auch dem KB, wichtige Denkanstöße gegeben und Mängel sichtbar gemacht, die in der Phase relativer Blüte der Linken übersehen werden konnten, weil sie durch eine ansteigende Erfolgslinie verdeckt waren. Das ist das positive Moment in dieser Krise. Man macht aber meiner Meinung nach einen Riesenfehler, wenn man diese Mängel für die Ursache der Krise hält. Ein solcher Denkfehler zieht notwendigerweise den Fehler des Voluntarismus nach sich. Das heißt den Irrtum, objektiven Gegebenheiten zumeist mit der Kraft der Idee und des guten Willens sowie des „richtigen Bewußtseins“ entscheidend beikommen zu können. Es bedarf des Voluntarismus, um zu der Schlußfolgerung zu kommen, daß es das LG und seine Schildknappen seien, die den Ausweg aus der Krise (den die Kritiker zwar auch nicht angeben können, aber den man schon finden wird, wenn man sich erst einmal die alte „Leitungsebene“ vom Halse geschafft hat) blockieren.

Wenn sich nicht nur der KB, sondern praktisch die gesamte westeuropäische Linke angesichts der Krise seit nunmehr ein bis zwei Jahren in einem Zustand der Ratlosigkeit befindet, so sollte man vernünftigerweise annehmen, daß es nicht nur an der Trotteligkeit, Faulheit oder Böswilligkeit der „Leitungsebenen“ und nicht nur an irgendwelchen „Strukturen“ liegt, wenn die Dinge kaum vom Fleck kommen. Freilich sind bequeme Erklärungsversuche („Strukturen“) leichter zu handhaben als der Versuch, in der Krise das Ergebnis objektiver Abläufe und Widerspruchsentwicklungen zu erkennen.

Hinter dem Monstrum der von den Kritikern entlarvten „Gesundzuschumpfung“-Verschwörung steckt immerhin ein richtiger Kern, nämlich die Unvermeidlichkeit, den politischen Meinungsstreit im KB endlich voll zu entfalten und nötigenfalls bis zu einer organisatorischen Spaltung voranzutreiben. Die klügsten Köpfe der „Kritik-Fraktion“ scheinen das begriffen zu haben. Eine solche Spaltung ist nichts Erschreckendes. In vielen Organisationen der westeuropäischen Linken hat die Krise schon zu Spaltungen geführt, eine Organisation wie Lotta Continua ist an den Widersprüchen sogar völlig auseinandergefallen. Die Kritiker haben völlig recht, wenn sie sagen, daß diese Spaltung auch quer durch die Reihen der „alten Genossen“ gehen würde. Auch daran ist gar nichts Sonderbares. „Alter“ schützt vor Torheit nicht. Der KB ist (wie fast alle Gruppierungen der „neuen Linken“) im Zerfallsstadium der Studentenrevolte nahezu aus dem Nichts entstanden. Wir haben uns den „Marxismus-Leninismus“ plus die „Mao-Tse-tung-Ideen“ als komplettes Paket „angeeignet“, ohne dies im Grunde aus irgendwelchen eigenen positiven Erfahrungen heraus begründen zu können. Genauso hat der größte Teil der „neuen Linken“ die eigene Geschichtslosigkeit zu überwinden versucht, indem er einfach in die „Tradition der Arbeiterbewegung“ einzustiegen versuchte. Inzwischen gibt es Erfahrungen und konkrete Aufgaben, die zur Auseinandersetzung mit unserem Anfang der siebziger Jahre recht pauschal übernommenen „historischen Erbe“ herausfordern.

Diese Auseinandersetzung darf aber nicht in die Sackgasse einer abgehobenen „Struktur-Debatte“ fehlgeleitet werden. Noch ist es so, daß sich in den Chor der „Strukturen“-

Kritiker beispielsweise Genoss(inn)en einreihen, die mit bestimmten sektiererischen Vorstellungen bei Diskussionen in der Minderheit geblieben sind. Wäre es da nicht ehrlicher, diese politischen Inhalte offen zu diskutieren, statt darüber zu wehklagen, daß man/frau sich im KB gar nicht „einbringen“ könne? Wer im KB das Klagegel über die „Strukturen“ anstimmt, kommt jedenfalls an der Tatsache nicht vorbei, daß im KB und in unserer Presse Raum genug für kontroverse inhaltliche Diskussionen ist. Wer das nicht nutzt, aber dafür „Strukturen“ und „Leitungsebenen“ für verantwortlich erklärt, zeigt sich nicht gerade als Mensch, der von seinem eigenen Kopf einen sinnvollen Gebrauch macht.

Kt.

Nachbemerkung

Den vorstehenden Text schrieb ich unmittelbar nach Erhalt des „Kritik-Papiers“, am letzten Tag vor der Abreise in einen zweiwöchigen Urlaub. Der Text konzentriert sich daher auf einige Aspekte des „Kritik-Papiers“; andere Aspekte, die auch wichtig sind, sind nicht in meinem Text berührt worden.

An die Schwankenden

Du sagst:

Es steht schlecht um unsere Sache.

Die Finsternis nimmt zu. Die Kräfte nehmen ab.

Jetzt, nachdem wir so viele Jahre gearbeitet haben

Sind wir in schwieriger Lage als am Anfang.

Der Feind aber steht stärker da denn jemals.

Seine Kräfte scheinen gewachsen. Er hat ein unbesiegliches Aussehen angenommen.

Wir aber haben Fehler gemacht, es ist nicht zu leugnen.

Unsere Zahl schwindet hin.

Unsere Parolen sind in Unordnung. Einen Teil unserer Wörter

Hat der Feind verdreht bis zur Unkenntlichkeit.

Was ist jetzt falsch von dem, was wir gesagt haben,

Einiges oder alles?

Auf wen rechnen wir noch? Sind wir übriggebliebene,

Herausgeschleudert

Aus dem lebendigen Fluß? Werden wir zurückbleiben,

Keinen mehr verstehend und von keinem mehr verstanden?

Müssen wir Glück haben?

So fragst Du. Erwarte

Keine andere Antwort als die Deine!

B. Brecht

Inzwischen haben „einige“ Mitglieder der „Kritik-Fraktion“ gegen die „Unterstellung“ protestiert, sie betrieben die Spaltung des KB. So heißt es doch von ihnen gar nicht gemeint. Mag sein oder auch nicht. Sicher scheint mir jedenfalls: Wer dem LG einen vor der Gesamtorganisation geheim gehaltenen Plan im Sinne des von den Kritikern skizzierten „Gesundzuschumpfens“ unterstellt, und wer daraus dann nicht die Schlußfolgerung zieht, daß ein solches LG zum Teufel gejagt gehört, sollte lieber die Finger von der Schreibmaschine lassen!

Gerüchte können für eine bestimmte Art von Politik ein sehr nützliches Mittel sein: Gerüchte können derart infam oder idiotisch sein, daß der Angegriffene sich entweder lächerlich oder höchst verdächtig macht, wenn er dazu überhaupt dementierend Stellung nimmt. So ein Gerücht ist die Geschichte vom „Gesundzuschumpfen“. Die Kritiker haben herausgefunden, daß das LG diesen Plan schon seit Anfang Juni 1978 hegt. Die Kritiker berufen sich dabei sogar auf eigene „Recherchen“, als ob sie einen Privatdetektiv angeheuert hätten. Gerüchte können, wie gesagt, für eine bestimmte Art von Politik nützlich sein. Wer hingegen keine Politik mit Gerüchten machen möchte, hätte sich in diesem Fall zuerst einmal ohne weiteres bei ihm bekannten Genossen des LG erkundigen können, was es mit diesem Gerücht auf sich hat. Das hat meines Wissens keiner der Unterzeichner des „Kritik-Papiers“ versucht.

Da ich mir auf der anderen Seite aber auch schlecht vorstellen kann, daß sämtliche Unterzeichner des „Kritik-Papiers“ sozusagen mit eigener Nase dem Gerücht hinterdrein „recherchiert“ haben, werden

die meisten sich wohl aus blindem Gottvertrauen auf die „Recherchen“ der Verfasser des Papiers verlassen haben. Gottvertrauen waltet überhaupt viel in dem „Kritik-Papier“, sobald es um konkrete Ereignisse geht. Es ist nämlich offensichtlich, daß die Unterzeichner bestimmte Schilderungen von Ereignissen in blanko mitunterschrieben haben, mit denen sie nicht im Geringsten zu tun hatten. Man/frau verläßt sich darauf, daß die anderen Kritiker schon alles richtig dargestellt haben werden. Sollten sich da die Kritiker nicht Gedanken über die „Strukturen“ ihrer eigenen Fraktion machen?!

Daß einige Vertreter der „Kritik-Fraktion“ den gezielten Einsatz von Gerüchten, Verdrehungen, Unterstellungen, Phantasien und „Mißverständnissen“ lieben, haben sie schon in vorhergehenden Auseinandersetzungen (auf die in ihrem Papier z.T. eingegangen wird) vorgeführt. Gewöhnlich eröffnen sie so eine Story mit Sätzen wie „Ich habe gehört, daß ...“ oder „Ich habe das jedenfalls so verstanden, daß ...“, und sie schließen die Story mit der freundlichen Aufforderung, man möge doch bitte dazu Stellung nehmen, falls irgendetwas falsch dargestellt worden sei. In der Kommunikation zwischen zwei Menschen kann so etwas vielleicht ganz witzig sein. Tückisch wird

es aber, wenn solche Stories intern oder halbintern (selbstverständlich schriftlich) auf nicht zu kontrollierenden Pfaden verbreitet werden, wie es einige der Kritiker in letzter Zeit getan haben.

Der KB hat im letzten Jahr unzensuriert und ungefiltert die „Krisen-Debatte“ öffentlich dokumentiert. Der KB dokumentiert vollständig die Diskussionen zu seinem bevorstehenden 1. Kongreß. Wer sich da als schwer unter den „Strukturen“ leidender unterdrückter Kritiker aufspielen möchte, hat es ganz schön schwer. Um trotzdem noch den gewünschten Effekt zu erreichen, haben die „Köpfe“ der Fraktion unbedingt verlangt, daß ihr Papier im AK abgedruckt werden müsse (also nicht in der „Unser Weg“-Reihe, wie die anderen Texte zur Kongreß-Diskussion), und daß es zudem sofort gedruckt werden müsse, d.h. im AK 155. Zumindest die letztere Forderung ist politisch sinnlos und nicht begründbar. Sie dient ausschließlich der Skandal-Macherei. Denn das „Kritik-Papier“ wurde so spät eingereicht, daß es unmöglich gewesen wäre, dazu noch im AK 155 zusammenfassend aus der Gegenposition Stellung zu nehmen und zumindest die größten Unwahrheiten in dem Papier zu beantworten. Nun, wo ihnen das verweigert wurde, haben „einige“ von ihnen tatsächlich das zu erwartende Gezeter angestimmt: Da sehe man es also, keine sofortige Veröffentlichung, sondern erst einen AK (= 14 Tage!) später. — Den Kritikern scheint nicht mehr viel einzufallen. Wer noch in diesen Zug einsteigen will, sollte es rasch tun.

Kt.

Karten auf den Tisch, Genossen!

Das Hamburger „Zentrum“ (ein etwas irreführender Name, es handelt sich um das gemeinsame Anleitergremium einiger Hamburger Bezirks- und Betriebsbereiche sowie diverser Kommissions- und Arbeitsgruppen) diskutierte am 13.6. recht ausführlich das Papier der „Fraktion“.

Nach Abschluß dieser Debatte wurde eine Arbeitsgruppe aus sieben Genoss(inn)en gebildet.

Ihr Auftrag besteht in der Vertiefung und schriftlichen Fassung der im

„Zentrum“ diskutierten Positionen, in der Erarbeitung von Stellungnahmen zum jetzt vorliegenden „Fraktions“- Papier und zum konkreten Vorgehen der „Fraktion“.

Hiermit legen wir eine Auswahl der ersten Ergebnisse unserer Arbeitsgruppe vor; eine Beschränkung auf einzelne Aspekte war sowohl aus Zeit- als auch aus Platzgründen geboten.

Arbeitsgruppe des „Zentrums“

Weder in politischer noch in organisatorischer Hinsicht läßt das Fraktionspapier konkrete alternative Vorstellungen erkennen. Nicht einmal Ansätze konkreter Einschätzungen werden angeboten, auf deren Grundlage eine ernsthafte Diskussion von (wahrscheinlich vorhandenen) kontroversen politischen und organisatorischen Vorstellungen überhaupt möglich wäre. Oder sollten die Verfasser ihren Unmut über „bestimmte organisatorische Strukturen“ im KB, den einzigen greifbaren Punkt ihres Papiers, ernsthaft als materialistischen Beitrag zu Diagnose der Krisensituation ausgeben wollen? Oder sollen die vielseitig interpretierbaren Andeutungen über die „zwangsläufig“ zu diskutierende „künftige organisatorische Gestalt des KB“ und „neue Perspektive linker Politik“, die sich im Dunkel von 28 Seiten wie eine Stecknadel im Heuhaufen verlieren, bereits das Konzept einer anderen Organisation und einer anderen Politik beinhalten?

Es sei „ebenso möglich“, heißt es im Fraktionspapier nach einem Zitat von Lukacs über organisatorische Differenzen in Folge politischer-theoretischer Differenzen, „daß trotz einer weitgehend richtigen politischen Vorstellung, einer richtigen politischen Theorie, bestimmte organisatorische Strukturen und Vorstellungen etc. zu einem anderen Verhalten oder einem anderen Ergebnis in der Praxis führen.“ Als „einfaches (und wir ergänzen: auch einziges) Beispiel“ dafür wird „die Auseinandersetzung um die Bündnispolitik“ genannt, wo trotz „im wesentlichen korrekter politisch-theoretischer Vorstellungen“ das „praktische Verhalten“ vielfach „fehlerhaft“ sei - im Sinn eines arroganten Auftretens von „Kommunisten mit der stets korrekten Linie“. Und, um auf den Sinnzusammenhang des einleitenden Zitats zurück zu kommen, das sei „im wesentlichen (!) durch die eigene organisatorische Erfahrung geprägt“ - wo nämlich, wir formulieren mal etwas ungehemmt und direkter als es die „Wenn-man-so-will“-Fraktion tut, auf widerspruchsvolle Unterwerfung unter die von oben nach unten dekretierte „Linie“ gedrillt werde (S.5/6). Da haben wir kurz gesagt das Bild: trotz eigentlich richtiger politischer Vorstellungen werden die Genoss(inn)en durch die „organisatorischen Strukturen“ (sprich: durch die Anleitungen, und in letzter Konsequenz durch das LG) zu einer falschen Politik genötigt.

Nun sind Fehler in der Bündnispolitik beileibe keine so geniale Erkenntnis der Fraktion. Im Gegenteil beherrschen diese sogar seit langer Zeit einen sehr großen Teil unserer innerorganisatorischen Auseinandersetzung. Wir zitieren dazu nur beispielhaft aus dem Rechenschaftsbericht des LG auf dem Vorkongreß im Dezember 1978: „Von Gründung der Organisation bis heute sind unsere Bündnisversuche im demokratischen Spektrum von bedauerlichen Begleiterscheinungen ... (des) ... Sektierertums begleitet. Einige selbstkritische Bemerkungen dazu sollen kurz angeführt werden, um zu zeigen, worum es geht, was wir noch nicht oder zu wenig gelernt haben. Wir haben bisher noch zu wenig Bereitschaft gezeigt, von unseren Bündnispartnern zu lernen, zu wenig Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Erfahrungen an den Tag gelegt. Zu krass ist bei uns noch diese Missionsmentalität (!) vorhanden: so ist man z.B. erst zum dritten Mal in einer Diskussionsrunde und schon meint man/frau, allein durch die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation sei man allen Bündnispartnern um Nasenlängen voraus und müsse ihnen jetzt erst mal das kleine Einmaleins der Politik beibringen. Diese Haltung hat uns viel geschadet.“ (Unser Weg, Nr. 26, S.12)

Was die „Wenn-man-so-will“-Fraktion aber zweifellos als ihre bahnbrechende „Erkenntnis“ vorweisen kann, ist die Ersetzung der politisch-ideologischen Ursachen von Fehlern in der Bündnispolitik durch die einfältige Be-

hauptung, diese seien „im wesentlichen (!) durch die eigene organisatorische (!) Erfahrung geprägt“; es seien „bestimmte organisatorische Strukturen“, die zu einer falschen Bündnispolitik „führen“. Und statt auch nur einen einzigen Beweis für diese These zu liefern, wird der Leser des Fraktionspapiers mit theoretischer Spielerei abgefüttert: dies sei nämlich „ebenso möglich“.

Aber machen die Spontis, bei denen das angebliche „Hemmnis“ solcher „organisatorischer Strukturen“ wie im KB ja entfällt, vielleicht eine bessere, erfolgreichere, breitenwirksamere Bündnispolitik? Oder hatten sich in der alten KPD, als deren Bündnispolitik durch die „Sozialfaschismus“-These eingengt wurde, etwa plötzlich andere „organisatorische Strukturen“ durchgesetzt, auf die dies zurückzuführen wäre? Es wäre offensichtlich verrückt, wenn man selbst bei einer Gruppierung wie der RAF ihre Unfähigkeit zu Bündnispolitik auf die von ihr gewählten „organisatorischen Strukturen“ in der Illegalität zurückführen würde, und nicht umgekehrt die Form und die Strukturen ihrer Organisation als logische Konsequenz ihrer politischen Einschätzung, ihrer Ablehnung einer Massenpolitik und der Wahl ihrer Kampfmittel begreifen würde. Das hieße, das Pferd vom Schwanz her aufzuzaumen.

Den Verfassern ist dieser Zusammenhang durchaus bewußt, denn sie zitieren ja ausdrücklich Lukacs, daß „verschiedenartige Auffassungen ... wenn sie organisatorisch geworden sind, (sich) als schroffe, einander ausschließende Richtungen darstellen“ (S.5) - um dann, wie gesagt, ihre theoretische (oder besser: abstrakte, intellektualistische) Spielerei des „ebenso möglich andersrum“ daran zu heften. Haben sie aber gar nicht verstanden, daß sie sich absolut lächerlich machen, wenn sie Hinweis auf die „Auseinandersetzung zwischen Bolschewiki und Menschewiki“ und auf die Spaltung der Hamburger BUU in ihr Papier einflchten, um ihre These zu belegen, daß es „häufig zunächst (!) organisatorische Fragen sind, an denen sich politische Differenzen festmachen, an denen sie aufbrechen“ (S.4)? Ihrem Vorgehen, eine Fraktion sich politische Differenzen festmachen, an denen sie aufbrechen“ (S.4)? Ihrem Vorgehen, eine Fraktion der Unzufriedenheit mit den „organisatorischen Strukturen“ des KB zu versammeln, ohne die politischen Differenzen zur Sprache zu bringen, entspricht diese Formulierung durchaus - den genannten Vergleichen aber keineswegs. Allenfalls kann man (oder muß man?) die Befrachtung ihres Papiers mit derartigen Beispielen als einen dezenten Hinweis darauf verstehen, daß ihnen allerhand Gedanken über organisatorische Spaltungen durch den Kopf schwirren ... Warum nur, warum?

Aber wir wollen auf die genannten Beispiele gern in der gebotenen Kürze eingehen. Zunächst waren es in der russischen Sozialdemokratie nämlich keineswegs organisatorische Fragen, an denen sich politische Differenzen festmachten. Zunächst wurde in der russischen Sozialdemokratie ein jahrelanger politischer Streit ausgefochten, der dann, als er zu einer weitgehenden und von jedem Interessierten zu beurteilenden Klärung der Differenzen geführt hatte, demzufolge entlang dieser politischen Differenzen die Frage der organisatorischen Konsequenzen aufgeworfen wurde, zur offenen Spaltung von Bolschewiki und Menschewiki führte, zur Herausbildung zweier politischer und organisatorischer Lager innerhalb der Sozialdemokratie. Daß die Menschewiki die Fortsetzung der alten ökonomischen Richtung vertraten, daß sie den politischen Opportunismus zu einem organisatorischen Opportunismus „weiterentwickelten“, kann eigentlich niemand ernsthaft bestreiten, der sich mit der Geschichte der SDAPR tatsächlich befaßt hat, der auch nur eine Zeile von Lenin über die Auseinandersetzungen auf dem II. Parteitag von

1903 gelesen hat. Die Auseinandersetzung um die Parteisetzung, das Bestreben der Menschewiki, „es jedem Professor, jedem Gymnasialisten und jedem Streikenden selbst zu überlassen, ob er sich als Parteimitglied betrachten will“, „ihre Eintreten für eine verschwommene, nicht fest gefügte Parteiorganisation“, „ihre Hang zur Mentalität des bürgerlichen Intellektuellen, der lediglich bereit ist, die organisatorischen Beziehungen platonisch anzuerkennen“, „ihre Tendenz zum Autonomismus gegen den Zentralismus“ usw. (Lenin, Bd. 7, S. 200/201) - das alles ist die organisatorische Widerspiegelung der grundlegenden und jahrelang diskutierten Differenzen über das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtsein in der Arbeiterbewegung, über die Notwendigkeit und Aufgaben einer revolutionären Partei usw. gewesen.

Auch bei der Hamburger BUU wurden politische Differenzen im Vorfeld und im Zusammenhang der organisatorischen Spaltung ausgetragen. Jeder, der die Auseinandersetzungen aufmerksam verfolgt hat, wird sich etwa noch an die „Fischmarktstory“ erinnern, mit der die Politik unserer Organisation zur Herstellung der breiten und erfolgreichen Brokdorf-III-Demonstration angegriffen wurde. Die „Autonomen“ werteten diese Demonstration als „Niederlage“ und „Mißerfolg“, weil es nicht zu einem erneuten Besetzungsversuch des Bauplatzes gekommen war - dahinter standen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Frage, auf welchem Weg die Anti-AKW-Bewegung sich weiterentwickeln könne, schwerpunktmäßig durch Aktivitäten, die der Bewegung weitere Bündnispartner zuführen, oder durch militante Aktionen unabhängig von Ort, Zeit und Bedingungen.

Die Mehrheit in der BUU schloß sich der ersten Auffassung an. Wegen dieser (und anderer) Differenzen führte die organisatorische Frage überhaupt zur Spaltung: die Einrichtung eines demokratisch gewählten Sprecherrats der BUU/Hamburg machte es weiterhin unmöglich, irgendetwas als Meinung „der BUU/Hamburg“ auszugeben, was nicht den Mehrheitsverhältnissen im Delegiertenplenum entsprach. Deswegen, weil damit eine schädliche und irreführende Praxis der „Autonomen“, weil damit eine schädliche und irreführende Praxis der „Autonomen“ zu Grabe getragen werden mußte, wetteten sie gegen diese Organisationsstruktur, spalteten sich ab und gründeten ihren eigenen Verein.

Ist es also nicht demagogisch, diese Beispiele als Beleg für die These anzuführen, daß es „häufig zunächst organisatorische Fragen sind, an denen sich politische Differenzen festmachen“? Der Fraktion dient diese These jedenfalls nur dazu, daß sie sich das Recht nimmt, zunächst über ihre Unzufriedenheit mit den „organisatorischen Strukturen“ zu lamentieren, ihre politischen Differenzen aber noch im Dunkeln zu lassen.

Es stellt sich nun die Frage, warum die Verfasser des Fraktionspapiers so bar jeder Beweisführung und entgegen aller materialistischen Denkwiese die „organisatorischen Strukturen“ als Sündenbock der Krisensituation ins Gespräch bringen. Was wollen sie geändert haben, und wie? Da sie selbst keine Antworten darauf geben, können wir momentan nur die spärlichen Andeutungen und die Gründe für eine wohl nicht zufällige Zitatenauswahl hinterfragen. Im übrigen scheint uns die Undeutlichkeit des Papiers in diesem Punkt keine vornehme Zurückhaltung von der Art zu sein, daß die Verfasser noch keine genaueren Vorstellungen davon hätten (wohlmerkt: die Verfasser!). Denn sonst hätten sie in dem ersten Satz ihres Papiers wohl kaum eine so feine und wirklich nachdenkswerte Unterscheidung zwischen der „(wenn man so will“) Fraktion und den Unterzeichnern gemacht, wovon erstere nach eigenem Bekunden nur ein Teil ist. Was hätte eine solche Unterscheidung, der wir nach unserer Kenntnis des Unterzeichnerkreises voll auf zustimmen, wohl auch für einen anderen Sinn, als ebenfalls anzudeuten, daß ein Teil der Unterzeichner bereits über festge-

fügte Vorstellungen verfügt, als man in diesem Papier zwecks Erlangung eines größeren Gewichts schon niederschreiben mag...?

Tatsächlich geht es in dem Fraktionspapier mit „Kritiken“ an „organisatorischen Strukturen“ und an Personen (des LG) munter durcheinander, so als ob das im KB das gleiche sei bzw. die „organisatorischen Strukturen“ nach persönlichen Machtinteressen der Leitungsorgane zurechtgeschneidert seien. Da ist von einer „Schutzideologie speziell für politische Führer (!)“ die Rede (das Ausrufezeichen befindet sich im Original, S.9), mit der der KB angeblich „zur Kaderorganisation gesundgeschrumpft“ werden soll. Da wird „eine große Mehrheit der Leitungsebenen einschließlich des LG“ als Haltung vorgeworfen, „sich nicht auf die Ebene „struktureller“, organisatorischer oder gar (!) personeller Konsequenzen herabzulassen“ (S.8). Die steigende Reihenfolge des letzten Satzes sagt dabei mehr über den kuriosen Blickwinkel der Verfasser aus, mit dem sie die Organisation betrachten, als daß er reale Auseinandersetzungen widerspiegelt, die in der Organisation etwa entlang politischer Differenzen personelle Konsequenzen aufgeworfen hätten.

Aber wir würden den Verfassern des Fraktionspapiers sicher unrecht tun, wenn wir ihnen unterstellten, sie würden jetzt eine solche Frage grundlos aufwerfen, ohne politische und organisatorische Differenzen im Kopf. Immerhin behaupten sie aus ihrer Sicht, daß der organisatorische Zustand des KB, seine innere Arbeitsweise und die Methoden (?) unserer Bündnispolitik „eng mit dem Selbstverständnis der Mehrheit der Organisation, speziell der Leitung zusammen“ hänge. Und weiter: „Die Lösung dieser Fragen führt uns zwangsläufig (man beachte: zwangsläufig!) zur Diskussion um die künftige organisatorische Gestalt des KB, um seinen organisatorischen Zustand, um sein politisches Selbstverständnis in der Linken (ist er der Parteiensatz?), kurz um die Perspektive zur Überwindung der Krise im positiven Sinne, wie generell zur Diskussion um eine neue Perspektive linker Politik.“ (S.6)

Abgesehen von einigen höchst aufgeblasenen, aber vielleicht für Bana-

labesenen, aber vielleicht für Banalitäten-Sammler recht erquickenden Le(e)hrsätzen, daß „der organisatorische Zustand des KB ... zwangsläufig zur Diskussion ... um seinen organisatorischen Zustand“ führt, und das „Selbstverständnis der Mehrheit der Organisation, speziell der Leitung ... zwangsläufig zur Diskussion ... um sein politisches Selbstverständnis in der Linken“ führt (sollte man so was vielleicht einen „oberlehrerhaften Diskussionsstil“ nennen?), enthält diese Passage doch einen wichtigen Hinweis. Die Verfasser wollen „zwangsläufig“ eine „Diskussion um die künftige (!) organisatorische Gestalt des KB“ und „um eine neue Perspektive linker Politik“. Aber welche „künftige organisatorische Gestalt des KB“ wollen sie, und welche „neue Perspektive linker Politik“?

Daß der KB sich als „der Parteiensatz“ versteht (Hervorhebung im Original) ist weder irgendwann früher in der Geschichte des KB noch in der jetzt laufenden „Krisendebatte“ von irgendjemand vertreten worden und schon gar nicht als offizielle Linie unserer Organisation. Warum werfen die Verfasser diese Frage in einer so entstellten Weise auf? Warum sagen sie nicht ehrlicher, daß es ihnen überhaupt darum geht, den KB als eine auf den Aufbau einer kommunistischen Partei abzielende Organisation „zwangsläufig zur Diskussion“ zu stellen? Oder übertreiben wir etwa...?

Aber warum zitieren die Verfasser dann dafür, was sie an „Bilanz aller linken Ansätze, Versuche, Arbeitsweisen, Strukturen etc.“ (S.12) für nötig halten, ausgerechnet den „uns bekannten LC-Genossen“ (nein! ehemaligen LC-Genossen - Lotta Continua hat sich als kommunistische Organisation aufgelöst) Alexander Langer mit folgender suggestiver Frage: „... haben ... die revolutio-

nären Ansätze die terroristischen Fortsätze (...) notwendig in sich getragen, bzw. welche revolutionäre Aussagekraft kann überhaupt in Kampfmethoden und Organisationen liegen, die zur Selbstbefreiung der Massen nichts beitragen und eher das Gegenteil bewirken?“ (S. 13/14).

Daß dies nicht nur eine scharfe Kritik an den Brigate Rosse usw. ist (den „terroristischen Fortsätzen“), sondern eine generelle Infragestellung der revolutionären (kommunistischen) Organisationen in Italien, dürfte den Verfassern bei der Auswahl dieses Zitates sicher nicht entgangen, sondern eher der Grund für die Auswahl ausgerechnet dieses Zitates gewesen sein. Der Genosse Alexander Langer, der ohne Zweifel für die „Nuova Sinistra/Neue Linke“ (etwa der Bunten Liste vergleichbar) eine gute Kommunalpolitik im Südtiroler Landtag macht, ist aber kaum als jemand mißzuverstehen, der kommunistische Organisationsvorstellungen auf seine Fahne geschrieben hätte.

Es ist auch sicher kein Zufall, daß dieses Papier die Unterschriften von Genossen der ehemaligen Jugendanleihtung trägt, die ja gerade ein regelrechtes Konzept vorgelegt hatten, den Schüler-SSB in einen „breiten“ Freizeit- und Kulturverband umzuwandeln, der für „alle Jugendlichen mit fortschrittlichem Anspruch“ offen sein, also mit einer kommunistischen Organisation nichts mehr zu tun haben sollte.

Wäre es nicht ehrlicher, dafür offen einzutreten und seine Position zur Diskussion zu stellen, statt Lenin-Zitate als Köder in das Papier einzustreuen, aber ganz andere Positionen in der Hinterhand zu halten? Wäre es nicht ehrlicher, offen gegen das Prinzip einer kommunistischen Kaderorganisation zu argumentieren, als irrwitzig Märchen darüber zu erzählen, das LG wolle den KB „zu einer Kaderorganisation gesundgeschrumpfen“? Von einer „Gesundschumpfung“ des KB zur Kaderorganisation werden die Verfasser kaum eine Äußerung des LG zitieren können. Oder haben sie dies aus einem Zitat wie dem folgenden herausgelesen: „Wir müssen klar vom Prinzip ausgehen, daß es in dieser Etappe nicht so sehr auf eine mengenmäßige Vergrößerung des KB ankommt, sondern so sehr auf eine mengenmäßige Vergrößerung des KB ankommt, sondern auf die Bildung einer schlagkräftigen Organisation von Berufsrevolutionären! Das bedeutet, daß wir z.B. die Dimitroffschen Kaderkriterien wieder als Anspruch bishin zur Leitlinie entwickeln. Ebenso uns nicht davor scheuen sollten, uns von den Genossen auf der Ebene der Kaderorganisation zu trennen, wenn sie diese Kriterien nicht erfüllen wollen oder können.“

In der Tat: aus diesem Zitat kann man eine solche Position herauslesen und es kann einem tatsächlich ein Schrecken in die Glieder fahren, wenn man zu den „Kriterien“ dann weiter Wang Hungwen zitiert liest, daß „ein wahrer Kommunist frei von jeglichen eigennützigen Überlegungen den Mut haben (muß), gegen die Strömung anzukämpfen, auch wenn das für ihn Amtsenthebung, Ausschuß aus der Partei, Kerkerhaft, Ehescheidung bedeuten oder ihn den Kopf kosten könnte.“ Nur: eine dermaßen rabiate Darlegung von „Aufnahmekriterien“ für eine „Kaderorganisation“, die freilich nichts mit der Situation zu tun haben, in der wir heute stecken, findet sich in keiner LG-„Anweisung“ oder dergleichen - sondern bezeichnerweise in einem Beitrag zur „Krisendebatte“ eines der Unterzeichner des Fraktionspapiers (UNSER WEG/extra 2, S.23). Bezeichnend deswegen, weil dies wohl deutlich dokumentiert, wie wahllos hier Unterschriften für ein Fraktionspapier gesammelt wurden - und wie prinzipienlos hier mancher unterschrieben hat.

Wohlwunder als eine Spiegelfechterei gegen den angeblichen Plan eines „Gesundgeschrumpfens“ des KB zur Kaderorganisation“ wäre es zweifellos gewesen, wenn die Verfasser sich unumwunden mit den vorliegenden Ansichten konkret auseinandergesetzt hätten, wie sie etwa in dem Beitrag „Kaderorganisa-

tion und Basisbewegung" (UW/extra 2, S.4-8) oder in den Abschnitten „Demokratischer Zentralismus“ und „Zur Verbesserung der Leitungsmethoden“ im „Zwischenbilanz“-Artikel (AK 144) formuliert sind. Aber interessanterweise beziehen sich die Verfasser an keiner einzigen Stelle ihres 28-Seiten-Papiers auf irgendeine schriftliche (und damit für jeden nachprüfbar!) Position, obwohl mittlerweile wirklich viel an schriftlichem Material zur „Krisen-debatte“ vorliegt. Das herausgerissene 18-Zeilen-Zitat aus einem Papier des Gen. Wi. zur Auseinandersetzung im Lehrbereich (S.24/25) kann man in diesem Zusammenhang getrost unberücksichtigt lassen (darauf wird aber an anderer Stelle noch einzugehen sein), da es von den politischen Differenzen, die dort ausgetragen worden sind (und weiter ausgetragen werden) gar nichts enthält, und auch zur Klärung der hier inszenierten Behauptung eines „Gesundschimpfungsplans“ gar nichts beiträgt. Ansonsten erwähnt das Fraktionspapier vorliegende Ausarbeitungen wie etwa den in AK 144 gedruckten „Zwischenbilanz“-Artikel oder den Rechenschaftsbericht des LG nur, um deren angebliche Nutzlosigkeit für eine Auseinandersetzung zu verkünden: der „Zwischenbilanz“-Artikel sei nur „dazu angetan“, die Krisen-debatte „zu beenden bzw. in Sackgassen zu führen“ (S.2), und der LG-Rechenschaftsbericht sei „im wesentlichen eine Aneinanderreihung historischer Fakten bzw. eine Darstellung der theoretischen und zum Teil (?) das verstehe wer kann! der politischen Entwicklung des KB“ (S.3) — für die Fraktion ist eine Auseinandersetzung damit (mit „der theoretischen und zum Teil politischen Entwicklung des KB“) wohl unter ihrer geistigen Würde. Ihr ist es eher „möglich, aus der laufenden (nichtöffentlichen) Diskussion bestimmte Grundpositionen zu erkennen“, und wenn ihre „Beschreibung dieser Positionen hier nicht richtig sein sollte, so ist dies eine Aufforderung an die Genossen, die sich falsch interpretiert fühlen — einschließlich des LG —, das richtigzustellen“ (S.7). Eine wirklich eigentümliche Seriosität der Auseinandersetzung: Schieben wir mal die beweisbaren Positionen beiseite, und befassen uns ganz mit den unbeweisbaren („nicht-öffentlichen“!), und wenn wir dann falsch „interpretieren“, so ist dies „falsch, „erkennen“ und „beschreiben“, dann können sich die Beschuldigten ja wehren, indem sie das „richtigstellen“! Dann streiten wir uns eben auf dem Boden unserer „Interpretationen“ darüber, wer recht hat.

Lenin hat zu einer durchaus vergleichbaren Art der Auseinandersetzung mit Martow mal angemerkt, es sei die „Methode aller Raufbolde und Skandalmacher, aufgrund von Privatgesprächen unbeweisbare Anschuldigungen zu erheben. Ich spreche von „unbeweisbaren“ Anschuldigungen, denn nichtprotokollierte Privatunterhaltungen schließen ihrem ureigenen Wesen nach jede Möglichkeit von Beweisen aus, und Anschuldigungen, die aufgrund solcher Privatgespräche erhoben werden, führen zur bloßen Wiederholung und Abwandlung des Wortes „Lüge““ (Werke Bd.7, S.76/77). Warum ist denn so nachhaltig und wiederholt darauf gedrungen worden, die „Krisen-debatte“ mit schriftlichen Beiträgen zu führen; warum sind diese Beiträge und die Dokumente des Vorkongresses denn veröffentlicht worden, wenn die „Wenn-man-so-will“-Fraktion jetzt an der skandalösen Unsinnigkeit festhält, freischwebend darüber hinweg zu „erkennen“, zu „beschreiben“ und zu „interpretieren“? Es ist überhaupt nicht einsichtig, eine „Richtigstellung“ irgendwelcher Teufelsbilder zu erwarten, die auf so wackeligen Stelzen wie „es herrscht ... in etwa (?) folgende Vorstellung“ (S.7) und „es scheint (?) insgesamt die Tendenz vorzuherrschen“ (S.8) hochgezogen sind.

Überhaupt sind die Fragen, die in der ganzen Organisation anhand schriftlicher Ausarbeitungen zur Kongreßvorbereitung diskutiert werden, der Fraktion offenbar nicht mal das Papier wert, auf dem sie stehen. „... viele der in diesem Rahmen (Kongreßvorbereitung, d. Verf.) diskutierten Themen betreffen ohnehin (!!) nicht zur Diskussion der konkreten Praxis der Genossen oder nur ansatzweise“, schreiben sie (S.2/3). Und an anderer Stelle: Die Krisen-debatte werde mehr und mehr in ein falsches Fahrwasser gelenkt („Disziplin“), „ohne daß eine zentrale (?) Debatte der aufgeworfenen Fragen stattfindet (die Kongreßvorbereitung kann solche — wie inzwischen klar sein dürf-

te — bei weitem nicht ersetzen!)“ (S.22).

Daß sie bei ersterem auch die Stalinfrage mitnennen, ist durchaus pikant — gehören doch sämtliche Autoren des gerade dazu erschienenen Buches zum Unterzeichnerkreis des Papieres. Warum haben sie denn ihre Zeit und Kraft nicht für etwas „Sinnvolleres“ verwendet, wenn dies zu den „ohnehin allgemein politischen Fragen“ gehört, die „(naturgemäß) nicht zur Diskussion der konkreten Praxis“ führen, was sie ja bemängeln? Dabei trifft diese Charakterisierung auf die Stalinfrage sogar noch zu; aber auf die Faschismusfrage und den Internationalismus? Seit wann haben die denn nichts mit der „konkreten Praxis“ unserer Organisation und der Diskussion darüber zu tun? Und was für eine „zentrale Debatte“ um welche „aufgeworfenen Fragen“ wollen die Verfasser denn, wenn die laufende Kongreßvorbereitung und die darin diskutierten Fragen für sie „kein Ersatz“ dafür ist? Dann legt diese Fragen doch bitte schön auf den Tisch und bietet uns nicht nur einen Lukacs-Zitat-Verschchnitt und ein vieldeutiges „Unbehagen“ über „organisatorische Strukturen“ an! Dann macht deutlich, in welche Richtung ihr die „zwangsläufige Diskussion um eine neue Perspektive linker Politik“ führen wollt. Schlicht scheinend ist es jedenfalls, irgendwelche „Methoden“ der Bündnispolitik zu kritisieren (die vom dämonisierten LG zumal seit langem viel konsequenter kritisiert worden sind!), wo es in diesem Fall im Grunde um die Inhalte der Bündnispolitik geht. Oder wie anders sollte wohl die Auseinandersetzung im Lehrbereich über die Gesamtschul-Frage (siehe AK 155, S.55) „interpretiert“ werden, wo die eifrigsten Kritiker einer an den Interessen der Schüler und Lehrer orientierten ablehnenden Politik als Gegenmodell vertraten? Und diese eifrigsten Kritiker machen sich jetzt über die Fraktion zu Propagandisten von nicht-sektiererischen „Methoden“ der Bündnispolitik! Gehört das zur „neuen Perspektive linker Politik“, die uns „zwangsläufig“ angedient werden soll??

Anzeige

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

28

Diskussionsbeiträge zum 1. KB-Kongreß

mit folgenden Schwerpunktthemen:

- Faschisierung von Staat und Gesellschaft
Debatte um den Resolutionsentwurf der Antifa-Kommission
- Entwicklung des „real existierenden Sozialismus“ und Stalin-Frage
Resolutionsentwurf und Kritiken
- „Struktur“ und Statut-Debatte
Anträge zu Präambel und Statutparagrafen

Kritik an Resolutionen und Rechenschaftsberichten

(Teil 2)

Preis: DM 3,—

Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,— im Abwurf, sonst PSchA Hamburg, 240595—203; Einzelpreis DM 2,—; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 11.500

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.

Augenfällig ist doch, daß sich im Unterzeichnerkreis des Fraktionspapiers Genoss(inn)en zusammengefunden haben, die an unterschiedlichen politischen Fragen in eine Minderheitsposition geraten sind, deren politische Positionen sich teilweise sogar wie Feuer und Wasser gegenüberstehen (man vergleiche etwa das „linke“ Sektierertum der Kritiker unserer Gesamtschulpolitik mit dem Rechtsopportunisten eines Teils der Jugendanleitung zur Umwandlung des SSB in einen weit geöffneten Freizeitverein), und deren einzige gemeinsame Basis (zumindest bislang...) eben das Werten gegen „organisatorische Strukturen“ ist, weil sie ihre (unterschiedlichen) Positionen nicht durchsetzen konnten. Aber wer hoch pokert, kommt schließlich nicht umhin, seine Karten offen und für jeden einsehbar zum Vergleich mit denen seiner Gegenspieler auf den Tisch zu legen.

Arbeitsgruppe des „Zentrums“

Kleiner Exkurs über „linke Verkehrsformen“

Im Papier der „Kritik-Fraktion“ wird eine Auseinandersetzung einiger der Kritiker mit Mitgliedern des LG erwähnt. Dabei habe das LG (bzw. die betreffenden Mitglieder) es abgelehnt, seine Auffassungen schriftlich darzulegen. Das sei eine Sauerei.

Es war in diesem Fall so, daß die an der Auseinandersetzung beteiligten Kritiker nach nur einem Termin vom LG (bzw. dessen beteiligten Mitgliedern) verlangten, seine Auffassungen zu sämtlichen zur Diskussion stehenden Fragen schriftlich darzulegen und zwar noch vor der Ansetzung eines zweiten Termins. Wenn diesem Verlangen nicht nachgekommen werde, halte man einen weiteren Termin für sinnlos.

Das LG teilte den beteiligten Kritikern daraufhin mit, daß es diese Vorbedingung nicht akzeptiere. Die Kritiker antworteten mit der Ankündigung, daß damit die Auseinandersetzung mit dem LG (über das betr. Thema) für sie „beendet“ sei. Man kann das für ein Zeichen von Kritikfähigkeit halten. Man kann es aber auch ganz einfach für eine grobe Unverschämtheit halten.

Nicht der Vergleich mit der Stolypinschen Reaktion ist unsinnig, sondern wie ihn die Kritiker führen

Nach Aussage der Kritiker hat ihnen gegenüber ein LG-Genosse die jetzige Situation mit der der russischen SDAPR in der Zeit der Stolypinschen Reaktion verglichen. In wieweit und in welchem Zusammenhang legen die Kritiker nicht dar und sagen selbst dazu, daß sie nicht wissen, ob dieser Vergleich die Position der Leitung zu entlarven und diesen Vergleich zum Hauptbaustein der These vom „Krankschrumpfen“ des KB zum „kleinen, unterwürfigen Sektiererhaufen“ durch die Leitung zu machen. Ist ein Vergleich der Krise der Linken heute mit der Krise der SDAPR nach 1905 in jeder Weise unmöglich?

Die Kritiker verneinen dies und behaupten: „Die Stolypinsche Reaktion war eine Phase des Niedergangs der russischen SDAPR, ihres Zerfalls, wobei dieser Niedergang unmittelbar auf den Niedergang der russischen Arbeiterbewegung — sie war in der Revolution nicht siegreich gewesen — zurückzuführen war und damit zusammenhängend mit einer brutalen Diktatur des Ministerpräsidenten Stolypin. Der Rückschlag der Revolution und der nackte Terror der Stolypinschen Henker trieben gewissermaßen die Linke auseinander und ließen kaum noch Spielraum für irgendeine linke Politik. Diese gescheiterte Situation mit unserer jetzigen zu vergleichen zeigt ein tiefes Unverständnis für die Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben. Oberflächlich werden hier lediglich in etwa Erscheinungsformen konstatiert...“ (Hervorhebungen im Original).

Zieht man den Vergleich so oberflächlich, dann ist er allerdings unsinnig: Weder haben wir eine Revolution hinter uns, noch werden wir unter Stolypin alle Revolutionäre wie Hasen gejagt, verhaftet und gemordet, noch kann man behaupten, daß es „kaum Spielraum für irgendeine linke Politik“ gibt. Oberflächlich vergleichbare Erscheinungsformen sind nach dem Bild, das Kritiker von der Stolypinschen Reaktion entwerfen, nicht zu „konstatieren“. Allerdings hat ihre Sicht der Stolypinschen Reaktion bezüglich der SDAPR mit den Leninschen Positionen absolut nichts gemein.

Die Revolution von 1905 war ihrem Wesen nach eine Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution, und dieser ihr Charakter bestimmte nicht unwesentlich den Schrumpfungsprozeß nach der Niederlage der Arbeiter- und Bauernmassen: „... In der bürgerlich-demokratischen Revolution (ist) eine gewisse Verflechtung proletarisch-sozialistischer und kleinbürgerlich-demokratischer [opportunistisch-demokratischer] Elemente und Tendenzen unvermeidlich. Die erste Periode der bürgerlichen Revolution in einem sich kapitalistisch entwickelnden, bäuerlichen Land konnte nicht vorübergehen, ohne daß sich eine objektive Verflechtung bestimmter proletarischer Schichten mit bestimmten kleinbürgerlichen Schichten bemerkbar machte. Und wir stehen jetzt mitten im Prozeß einer notwendigen Aussonderung, einer Abgrenzung und neuen Ausgliederung der wirklich proletarisch-sozialistischen Elemente, mitten im Prozeß ihrer Reinigung von Mitteln, die sich der Bewegung nur wegen der „markanten“ Losungen einerseits oder aber wegen des gemeinsamen Kampfes mit den Kadetten (Konstitutionelle Demokraten, eine bürgerliche Partei, d.A.) für eine „machtvollkommene Duma“ andererseits angeschlossen hatten.“ (Lenin, Über zwei Briefe, Werke Bd. 15, Nov. 1908).

Lenin sah also — ganz anders als unsere Kritiker — im Terror Stolypins nur den äußeren Anlaß für die massenhaften Austritte aus der Partei, ihr wesentlicher Hintergrund war dagegen die kleinbürgerliche Interessenslage der Austretenden. Über den Aussonderungsprozeß durch den Stolypinschen Terror hinaus forderte Lenin „eine erneute Aussonderung der Spreu vom Weizen unter den von der Revolution aufgerüttelten neuen Schichten, den neuen Gruppen, den neuen Revolutionären“ (ebenda), da

die Bolschewisten dem Proletariat gegenüber verpflichtet seien, „unabhängig all jene umzumodeln und umzu-erziehen, die in den Tagen der Freiheit zur Sozialdemokratie gestoßen waren (— es bildete sich sogar ein besonderer Typ von „Sozialdemokraten der Tage der Freiheit“ heraus —), die hauptsächlich von der Entschiedenheit, dem revolutionären Geist, der „Prägnanz“ der Losungen mitgerissen wurden, denen es aber an Ausdauer fehlte, nicht allein an den revolutionären Feiertagen, sondern auch an den konterrevolutionären Werktagen zu kämpfen.“ (Lenin, Die Liquidierung des Liquidorentums, Werke Bd. 15)

Für Lenin war auch die Zeit der Stolypinschen Reaktion die weitere Herausbildung einer „wirklich proletarischen, revolutionären Sozialdemokratie“ (Lenin, Über zwei Briefe), währenddessen die Menschewisten vom Zerfall der SDAPR sprachen: „So z.B. bedeutet der Grabgang, den viele Menschewiki über die sozialdemokratische Partei anstimmten, eigentlich nichts anderes, als daß diese ehrenwerten Herrschaften sich selbst als Sozialdemokraten begraben. Wir brauchen diese Aussonderung keineswegs zu fürchten. Wir müssen sie begrüßen, müssen sie fördern“ (ebenda).

Es ist kein Zufall, daß die Kritiker ihre Einschätzung der SDAPR in der Stolypinschen Reaktion auf die menschewistischen Verfälschungs-Thesen stützen, um so auch alle sinnvollen Vergleiche zur derzeitigen Krise zu unterbinden: Z.B. daß alle breiten Kämpfe der letzten Jahre allenfalls radikal-demokratischen Charakter hatten, sich daher innerhalb unserer Organisation — verglichen mit der SDAPR — in erheblich größerem Maße kleinbürgerlich-demokratische Tendenzen ergeben mußten, daß einige radikal-demokratische Bewegungen auch ihre „Feiertage“ hatten, wir aber nur kratische Bewegungen auch ihre „Feiertage“ hatten, wir aber nur wenige auch zu Mitkämpfern an „Werktagen“ umerziehen und ummodeln konnten usw. und nicht zuletzt die Neue Linke insgesamt ihre Wurzeln in den Feiertagen der APO hat.

Auf der Linie der menschewistischen Verfälschungen liegt denn auch die Behauptung der Kritiker, daß der Stolypinsche Terror „kaum noch Spielraum für irgendeine linke Politik“ war. Dies war während der Stolypinschen Reaktion zum einen die Ansicht des größten Teils der Menschewisten (bis auf eine kleine Gruppe um Plechanow), die deswegen die SDAPR als illegale Partei völlig aufgaben, sich stattdessen ausschließlich legaler Arbeit (Parlamentskommissionen, Gewerkschaften usw.) widmeten und den bürgerlichen Parteien anschlossen, zum anderen die Ansicht einer größeren Gruppe von Bolschewisten (Otsowisten = Abberufener und damit verwandt die Ultimatisten), die die Möglichkeit und Notwendigkeit der Verbindung der illegalen mit der legalen Arbeit unter Stolypin leugneten (Die Otsowisten forderten die Abberufung der Dumafraktion der SDAPR, die Ultimatisten forderten die nach Stellung eines Ultimatums). Lenin sah den ideologischen Hintergrund beider Strömungen im kleinbürgerlichen Mittellertum und bezeichnete die Links-Opportunisten als „Menschewisten mit umgekehrtem Vorzeichen“. Auf dem Hintergrund der Analyse, daß objektiv keiner der Widersprüche, die zur Revolution von 1905 geführt hatten, gelöst war, sah Lenin trotz der Niederlage den nächsten allgemeindemokratischen revolutionären Vorstoß voraus und forderte den „systematischen Kampf gegen die politische Niedergangsstimmung, das Renegatentum, das Geflenne“ (Brief an Gorki vom 7.2.1908).

Ist es nur Zufall, daß unsere Kritiker mit ihrer Übernahme der menschewistischen Aussagen zur Stolypinschen Reaktion jeden Vergleich mit heute vom Tisch wischen wollen. Oder sind nicht vielmehr ihre Thesen zum Niedergang der Linken heute vom gleichen Defätismus geprägt, wenn sie pauschal behaupten, es sei kein brauchbares Konzept zur Bekämpfung des Kapitalismus entwickelt worden, der Kapitalismus sei ideologisch nahezu stabiler, wir könnten den Leuten keine Perspektive aufzeigen, weswegen sie wegliefen usw.?

Arbeitsgruppe des „Zentrum“

Erklärung der SSB-Schüler

Diese Erklärung ist auf unserer VV am 21.6. kollektiv erstellt worden. Sie ist daher wohl weniger ausgefeilt, wurde dafür aber nicht „von der Basis absegnet“, sondern von allen gemeinsam erarbeitet.

Auf zwei Vollversammlungen des SSB haben wir über das Papier „Man kann nicht mechanisch das Politische vom Organisatorischen trennen“ diskutiert. Ein Hauptvorwurf des Papiers ist, daß das LG einen „Gesundschrupfungsprozeß“ zu einem „Lenin - Revival-Club“ der 150%igen betreibt. Dieser Vorwurf wird an drei Punkten festgemacht: Der Auseinandersetzung im Lehrerbereich, der Äußerung zur Stolypinschen Reaktion und der Jugendausensatzung. Deshalb wollen wir hier auf die Auseinandersetzung im Jugendbereich und den Beschluß zur „Abnabelung“ des SSB aus unserer Sicht eingehen. (Diese Erklärung soll nicht auf die von uns diskutierte grundsätzliche Kritik am Fraktionspapier eingehen.) In dem Papier wird folgende Aussage zur Jugend(Schüler!) politik gemacht: „Deutlichstes Beispiel der jüngsten Zeit ist etwa die Abtrennung des Schüler-SSB von der Schirmherrschaft des KB's. Wenngleich wir das damalige Verfahren für völlig untauglich in Sachen Krisen - Bewältigung halten - die Jugendarbeit ist praktisch liquidiert - soll es darum hier jetzt nicht gehen.“ (Im folgenden wird kritisiert, wie die „kleine Anleiterrunde“ zu ihrer Entscheidung gekommen ist).

Wir möchten hierzu bemerken: 1) Es ist unserer Meinung nach ein Unding, eine solche Behauptung der „Liquidation“ aufzustellen und im gleichen Atemzug zu sagen, „darum soll es hier nicht gehen.“

Wenn eine solche Behauptung aufgestellt wird, müßte sie gerade belegt werden. Liebe Kritiker - Genoss(innen), hier trennt ihr doch sehr mechanisch das Politische vom Organisatorischen! Der Vorwurf über den Diskussionsprozeß in der „Kleinen Anleiterrunde“ würde sich doch in Schall und Rauch auflösen, würdet ihr den gefaßten Beschluß statt als „Liquidation“ als notwendig und als einen Schritt zum Neuaufbau der Schülerarbeit beschreiben.

2) Die Behauptung „die Jugendarbeit ist praktisch liquidiert“ beinhaltet, daß die Schülerarbeit heute vollkommen tot ist. Wir 12 Genoss(innen), die wir uns mit Schülerarbeit abstrampeln, fühlen uns durch diese Aussage reichlich angegriffen. Allein schon wenn man sich die AK-Jugendseiten und unseren „phantastischen“ Rebell Extra anguckt, müß-

te man merken, daß bei uns Schülern einige Dinge bereits besser laufen als noch vor einem Jahr.

3) Der Begriff „liquidiert“ ist offensichtlich genau so gemeint wie er da steht. Für uns ist es schon einigermaßen unverständlich, wie Genoss(innen), die mit zum Aufbau der Schülerarbeit herangezogen werden, so etwas unterzeichnen können! Für nicht informierte (sowohl bei den Unterzeichnern als auch bei den Lesern des Papiers) wollen wir in Stichworten unsere Meinung zum Zustand des SSB vor der Jugendausensatzung, zur Auseinandersetzung selber und zur „Liquidation“, oder wie wir es sehen, zum Neuaufbau der Schülerarbeit, schreiben.

Zur Situation des SSB vor seinem Zusammenbruch: Es herrschte die sog. sozialdemokratische Aufnahme-politik. Schüler, die sich an irgendwelchen Aktionen beteiligt hatten, also Kontakte lockerster Art, wurden unvorbereitet auf Termine mitgeschleppt. Es fanden bei den Genoss(innen) auch keine Aufnahmegespräche etc. statt. Es bestand somit keinerlei Bezug zum KB, seinen Standpunkten oder zu den mit der Mitgliedschaft verbundenen Pflichten. So wurden Genoss(innen) nach einmaligem Lesen des AK schon zum AK-Verkauf mitgeschleppt etc. Aus unserer Sicht wirkte sich diese Aufnahme-politik nicht nur für die Organisation, sondern auch für die einzelnen Neuaufgenommenen (zu denen wir ja auch mal gehörten) negativ aus. Diese hatten z.B. unter den ihnen entgegengebrachten, aber nicht diskutierten Ansprüchen zu leiden.

Auf den Terminen sah es so aus, daß die einzelnen Genoss(innen) nicht vorbereitet waren. Die Diskussionen liefen fast nur unter den alteingesessenen Genoss(innen). Widersprüche gab es grundsätzlich lieber keine ... Wir stellten hier und da fest, daß wir zu diesem und jenem noch gar nichts wußten, und deshalb noch grundsätzlichere Schulungen durchführen müßten. Die fielen dann aber aus. Termine wurden als eine Belastung empfunden. Heftiger als diskutiert wurden die neuesten Gerüchte ausgetauscht. Im alten SSB beschränkten sich die Aktionen auf die Anleiter, die restlichen Genoss(innen) hatten eine konstante Konsumhaltung. Als Neuling bekam man sehr schnell heraus, daß derjenige mit dem höchsten persönlichen Ansehen wohl auch der Anleiter sein müsse... Es sprach sich auch herum, daß es eine SSB - Leitung gab, welche sich schließlich irgendwie Jugendleitung zu nennen schien ... Daß das

wesentliche der Jugendleitung die Zusammenarbeit der Schüler und Lehrlinge war, bekamen wir zur Zeit der Auseinandersetzung mit. (Im Gegensatz dazu haben wir die heute anleitende „Viererbande“ nach einer i Diskussion um ihre Aufgaben gewählt, und sie verpflichtet regelmäßige Protokolle zu erstellen). Die Rebell - Erstellung war ebenso „undurchsichtig“. Die anleitende Genossin machte die Frauenseite, der machte die Gewerkschaftsseite und wir machten lediglich das Lay-out. Das wir jedoch auch fähig sind, Artikel zu schreiben, bestätigte uns die Erstellung des „Rebell - Extras“ zur Bildungspolitik. Nach Untersuchungsarbeit haben wir dort e i g e n e Standpunkte zum Zeugnislerlaß, Gesamtschule, Alternativschulen, Chancengleichheit ... erarbeitet. Besonders stolz sind wir darauf, daß dieser REBELL nicht von einigen Spezies gemacht wurde, sondern alle Genossen ihren inhaltlichen Beitrag leisteten.

Die oben genannten Umstände führten dazu, daß wir im alten SSB nicht in der Lage waren, an unseren Schulen eine Praxis zu entwickeln. Meist gingen die Genoss(innen) mit Ansprüchen vollgepackt von den Terminen, konnten dies an den Schulen nicht umsetzen und waren isoliert. Wir gingen widerspruchsfrei von Kampagne zu Kampagne, Schwierigkeiten wurden nicht dargestellt. Es kam kaum noch zur Arbeit zu schulspezifischen Problemen.

Die Realisierung des Oppositionskonzepts (Jugendmassenorganisation, mit Schwerpunkt Freizeit, Kultur Schulung, - ohne Aufnahmekriterien) hätte die Ausdehnung des damaligen Zustands im SSB auf den gesamten Jugendbereich bedeutet. Die Mängel und Fehler des alten SSB's würden durch eine Organisation obigen Charakters nicht aufgehoben, denn in so einer Organisation würden z.B. durch das Fehlen von Aufnahmekriterien Leute mit stark unterschiedlichen Qualifikationen zusammentreffen. Das hätte die Zustände wie im alten SSB nur verstärkt. Weiter würde diese Organisation nicht dazu in der Lage sein, in spontane Bewegungen einzugreifen (z.B. Zeugnislerlaß) und die Ansätze, die jetzt durch unsere Politik entstanden sind, zu festigen und zu fördern, da die notwendigen Voraussetzungen (Ausarbeitung von Standpunkten aufgrund von Untersuchungsarbeit) nicht geschaffen werden könnten. Die Einrichtung einer Jugendmassenorganisation hätte für

die nächste Zeit eine sozialistische Schülerarbeit unmöglich gemacht. Wenn im Kritikpapier von „liquidiert“ die Rede ist, kann bei etwas Sinn für die Realität eigentlich nur gemeint sein, daß Ansätze für eine Jugendarbeit in diesem Sinne „liquidiert“ wurden. Dann müßte allerdings auch mal belegt werden, daß das nicht goldrichtig sondern schädlich war. (Wir wollen es uns schenken ausführlich auf die Jugendausensatzung einzugehen, es gibt ja für jeden interessierten die Broschüre „Materialien zur Jugendausensatzung“). Hinzufügen möchten wir aber noch, daß wir gerade nach unserer jetzigen Meinung nicht in die Auseinandersetzung einbezogen waren, und sie über unsere Köpfe hinweggegangen ist. Selbstkritisch müssen wir bemerken, daß es teilweise nur um das Erhaschen des korrekten Standpunktes ging. So haben wir damals auch nicht auf die „Abnabelung“ reagiert.

Der erste organisatorische Ansatz nach dem Zusammenbruch und der Abnabelung des SSB's war die Einrichtung von Schulungsgruppen. Diese hatten das Ziel, uns zu allgemeinpolitischen Fragen zu schulen, um uns eine Grundlage zu erarbeiten, um an den Schulen politische Arbeit zu leisten, und um selbständig Untersuchungsarbeit zu leisten und Standpunkte erarbeiten zu können. Wir sehen diese Schulungsgruppen keineswegs als „Liquidation“, sondern als notwendigen Schritt in der damaligen Situation an. Auch weil die Schulungsarbeit für uns relativ neu war, führten große Schwierigkeiten zur Auflösung der Schulungsgruppen und zur Veränderung des Konzepts. Dennoch hat diese Phase nach unserer Meinung etwas zum Wiederaufbau des SSB beigetragen.

Heute versuchen wir neben dem Aufrechterhalten der Schulung (neben VV's führen wir dazu Wochenendseminare durch), die Untersuchungsarbeit zur Bildungspolitik kontinuierlich zu gestalten (dazu wurde eine Kommission gebildet) und die Entwicklung einer Schulpraxis zu verstärken. Den Bürokratismus des alten SSB, mit all seinen Auswirkungen haben wir durch eine Kritik „kampagne“ versucht zu überwinden. Wir hoffen, daß eine Auseinandersetzung um den Wiederaufbau der Schülerarbeit geführt wird, die auch die Organisationsfrage nicht ausspart. Allerdings solltendann inhaltliche Beiträge gebracht werden und es sollte auf Anpissereien verzichtet werden.

Betrifft: Komitees für Demokratie und Sozialismus

Sind die „Komitees“ hauptsächlich ein Neuaufbau des KBW, wie der AK zuerst behauptete, oder sind sie etwas Neues, ein Forum für alle Sozialisten, bei dem sich Mitarbeit lohnt?

Zur Klärung dieser Frage ging ich am 10. Juni zu einer Sitzung der „Komitees“. Mein Eindruck ist: Noch sind die „Komitees“ etwas Neues, ein mögliches Forum, aber wenn die Genossen nicht sehr aufpassen, werden sie sich immer mehr zu einem KBW-Neuaufbau hinentwickeln.

Zum Beispiel planen die Genossen, in Mannheim ein Büro einzurichten, eine Begegnungsstätte für die Linke und die gewerkschaftlichen Aktiven. Da dies einiges kostet, liegt es nahe, andere Gruppen zu bitten, sich zu beteiligen. Einer solchen Beteiligung wurde widersprochen: Auf die Linke könne man durchaus verzichten, die stören nur, denn die Komitees würden eine Politik entwickeln, die voll die aktiven Gewerkschafter ansprechen würde. Ich sagte dazu, daß das eine glatte Illusion sei: Es gebe überhaupt keinen Grund für „aktive Gewerkschafter“, den „Komitees“ um den Hals zu fallen; das seien Träume, wie sie bisher noch jede ML-Gruppe gepflegt habe und keineswegs originell.

Ein anderes Beispiel ist die Einschätzung des „Demokratischen Programms“ im KBW-Programm („Wahl der Richter“, „Facharbeiterlohn für Abgeordnete“ etc.). Wilfried Meiers Kritik an diesem Programm ist sehr weitgehend: Diese Forderungen beschreiben die politischen Verhältnisse im Sozialismus, und selbst das nicht richtig; als Tagesforderungen jedenfalls seien sie aber ungeeignet, mindestens teilweise. Andere Genossen halten dagegen noch weitgehend daran fest: Es seien richtige Forderungen, der Fehler des KBW sei nur gewesen, sie über all dranzuklatschen. Ich sehe nicht, wie eine so unkritische Haltung zur KBW-Sektenpolitik einen Neuanfang ermöglichen soll.

Ich halte also die Einschätzung aus dem letzten AK für falsch, daß die „KPD“ mit ihrer „3-Welten-Theorie“ von außen den Hauptwiderspruch in die Komitees hineinträgt. Der Widerspruch liegt von ihrer Geburt an in den Komitees drin, nämlich: Können sie die KBW-Eierschalen abstreifen oder nicht? Behalten sie die KBW-Sekten-Politik bei oder können sie eine neue Einheit bilden, die uns allen nützt?

Gradmesser für diese Fragen sind die obigen Beispiele, aber auch etwa die Frage, ob ich als KB-Sympathisant die Komitees besuchen kann. Einerseits wollen sie ja offen sein für alle „Komitees“ - „Gesellschaft“ - „Kultur“ - „Sport“ - „Freizeit“ - „Jugend“ - „Frauen“ - „Männer“ - „Jugendliche“ - „Alte“ - „Junge“ - „Menschen“ mit sozialistischer Anschauung, andererseits entwickeln sie aufgrund ihrer gemeinsamen Arbeit gemeinsame Grundanschauungen, so daß ich mir schon auf der Sitzung ein bißchen als Fremdkörper vorkam.

KB: Mitglieder kritisch, Leitung zu lasch?

W. Meier zeigte sich recht angetan von der KB-Arbeitskonferenz. Beiträge der Mitglieder seien geradezu „aufmüppig“ gewesen, während er aus seiner KBW-Zeit noch den unterwürfigen Standarddiskussionsbeitrag kenne: „Die Linie ist richtig, aber ich bin ein schwacher Mensch“. Allerdings habe das Leitende Gremium zu wenig Stellung genommen, so daß die Gefahr bestehe, daß kritische Beiträge einfach verpuffen.

Ich meine: Er hat wahrscheinlich recht.

KB-Sympathisanten Mannheim

Betr.: Petition für politische Gefangene in China

Marxistisch - Reichistische Initiative

Liebe Genossen! Wir erklären uns solidarisch mit Eurem Protest gegen die Behandlung politischer Gefangener in China. Wir unterstützen ihn gerne und hoffen, für die direkt Betroffenen, aber auch für das chinesische Volk insgesamt, daß er nicht wirkungslos bleibt. Wir verfolgen die nach dem Tode Mao Tse Tungs offen einsetzende Stalinisierung Chinas mit großer Sorge, da diese Entwicklung der Sache des Sozialismus nicht nur in China, sondern auf der ganzen Welt großen Schaden zufügt. Es gilt mehr denn je für alle Kommunisten die Parole Maos: auf die eigene Kraft bauen.

Mit solidarischen Grüßen

MRI

Unwahrheiten über die Auseinandersetzung im Hamburger Lehrerbereich in dem Kritik-Papier

In ihrer langen „Struktur-Kritik“ bringt die „Struktur - Fraktion“ überhaupt nur drei konkrete Beispiele, die die Untauglichkeit der KB-Strukturen, bzw. das Fehlverhalten des LG oder einzelner LG-Genossen praktisch belegen sollen. Eins dieser drei Beispiele bezieht sich auf die jüngste Auseinandersetzung im Lehrerbereich: Wegen monatelangen Stockens unserer Diskussion um eine einheitliche politische Position zur Gesamtschule, hat das Lehrer-Komitee einen LG-Genossen zur Unterstützung dieser Debatte eingeladen. Anhand vorliegender Positionspapier aus dem Lehrerbereich vertrat dieser LG-Genosse die Meinung, daß einige Lehrer-Genossen - vorneweg und am deutlichsten ein Mitglied des Lehrer - Komitees - tendenziell standespolitische Positionen vertreten würden und daß Teile des Lehrerbereichs aufgrund ihrer konkreten Praxis tendenziell und objektiv (also ohne eigenes Wollen) die Hetzkampagne der Reaktion gegen die Gesamtschule in der Vergangenheit unterstützt hätten. Das wurde ausgiebig an Fakten und Zitaten belegt.

Den inhaltlich recht scharfen Diskussionen - Einstieg des LG-Genossen nahmen die kritisierten Lehrer-Genossen zum Anlaß, nach der ersten Vollversammlung (22.4.79) mit insgesamt fünf Papieren sich über den Stil, die Methoden etc. pp. des LG-Genossen zu beschweren: dies Vorgehen verhindere eine inhaltliche Debatte um unsere Position zur Gesamtschule, wurde von dieser Seite behauptet. Tatsächlich mußte danach die Fortsetzung der Diskussion um die Gesamtschule gegen die Kritiker per Abstimmung durchgesetzt werden, die ihrerseits zuerst, bzw. statt dessen eine Debatte über Strukturen und Diskussionen - Methoden im KB anzetteln wollten.

Im jetzt vorliegenden „Struktur-Papier“ wird der LG-Genosse W. angegriffen, weil er sich angeblich eine Fraktionsbildung im Lehrerbereich zusammenphantasiert habe. Zweck dieser Übung ist nach Meinung der „Struktur“ - Kritiker der Versuch des LG-Genossen W., die Kritiker zu „diffamieren“, „um die in den Papieren angeschnittenen Fragen schlechthin überflüssig zu machen.“

An diesen Behauptungen ist alles falsch: Erstens haben sowohl der Genosse W. als auch andere mehrmals betont, daß sie geradezu darauf brennen, mit den Kritikern die in ihren Papieren angeschnittenen „Struktur - Fragen“ zu diskutieren, allerdings n a c h (und nicht in Ersatz) der Debatte um die politisch-inhaltlichen Differenzen. Dies ist letztlich von den Kritikern selbst unmöglich gemacht worden, weil sie das Fortschreiten der Debatte immer mehr durch Tricks und v.a. dadurch verzögerten, daß sie ihre Struktur-Kritiken s t i m m u n g s m ä ß i g und entgegen dem eindeutigen Mehrheitsbeschluß des Lehrerbereichs immer wieder in die Debatte um die Gesamtschule einbezogen. So ist ein Punkt erreicht worden, an dem nach der fünften Vollversammlung von allen Seiten erklärt wurde, daß eine weitere Auseinandersetzung im gemeinsamen Rahmen keinen aktuellen Sinn mehr hat (vergl. AK 155, S.55, „Zwei Fraktionen im KB - Lehrerbereich“).

Zweitens hat sich nicht der LG-Genosse W. den fraktionellen Zusammenhang der Kritiker ausgedacht, sondern dies ist so unmißverständlich von einem Mitglied der Fraktion auf der dritten VV (13.5.79) erklärt worden: Diese Genossin bestritt die (im übrigen gar nicht kritisierte) Mutmaßung, daß sich eine Fraktionsbil-

dung im Lehrerbereich aufgrund einer Ablehnung der Gesamtschule durch die betreffenden Mitglieder ergeben hätte, sondern erklärte dagegen sinngemäß: „Nicht wegen der Gesamtschul - Problematik, sondern entlang einer Ablehnung der Diskussionsmethoden des Genossen W. habe sich im Lehrerbereich gleich nach der ersten Vollversammlung eine Fraktion - eben der Kritiker - gebildet.“

Trotz direkter Aufforderung durch den Genossen W. ist diese eindeutige Aussage weder von der betreffenden Genossin selbst, noch von sonst einem anderen Mitglied der Fraktion bestritten, abgeschwächt, uminterpretiert oder sonstwie nachträglich „behandelt“ worden. Darum wurde beantragt, diese Aussage auch in dieser Eindeutigkeit ins Kurzprotokoll aufzunehmen. Hier heißt es: „Eine Fraktion hat sich an W.s Vorgehen gebildet, nicht an den Inhalten.“ (Protokoll der 3.VV). Auch diese unmißverständliche Protokoll-Notiz ist in den Wochen nach Erscheinen von keinem der Kritiker nachträglich bestritten oder uminterpretiert worden.

Die im sogenannten „Struktur - Kritik - Papier“ zitierten und angegriffenen Passagen des Genossen W. stammen aus dessen 2.Papier, das n a c h der 3.VV und wesentlich in Auswertung derselben geschrieben wurde. Es wurde auf der vierten VV an alle Lehrer-Genoss(innen) verteilt. Trotz allgemeiner Aufforderung zur Stellungnahme zu diesem Papier nahm kein Kritiker (auch in den Wochen nach der vierten VV) Anstoß an den Hinweisen einer vollzogenen Fraktionsbildung.

Erst auf der fünften Lehrer-VV am 1. Juni 1979 hat die betreffende Kritikerin ihre auf der 3.VV, 13.5.79 gemachten Aussagen widerrufen und

behauptet, daß sie nichts dergleichen gesagt habe. Dies wurde allerdings spontan von der Mehrheit als unwahr zurückgewiesen. Was auf der 5.VV allerdings nur wenigen (einigen „Struktur“ - Kritikern) bekannt war, war, daß das sog. „Struktur - Kritik - Papier“ schon auf dem Markt war und u.a. mit der oben entlarvten Lüge schon hausieren ging. Dieser verspätete Wiederruf hat objektiv dazu geführt, daß nachträglich den Verfassern des „Struktur - Kritik - Papiers“ Flankenschutz geliefert worden ist. Daß aufgrund dieser Selbstverstrickung der Kritiker in eigene Widersprüche dem Genossen W. unlauteres Vorgehen anzulasten versucht wird, kennzeichnet u.E. den Stil und die Methoden der Struktur - Fraktion.

Ganz besonders empörend finden wir es, trotz der Richtigkeit der Sachverhalte durch W. und andere Genossen auf der 5.VV, an der die Verfasser des „Struktur - Kritik - Papiers“ teilnahmen, nachträglich immer noch mit der entlarvten Lüge hausieren gegangen wurde.

(Dieses Papier wurde auf einer Versammlung der Mehrheitsfraktion am 18.6. diskutiert. 15 Genossinnen und Genossen stimmten dem Sachverhalt zu. Zehn weitere Genossen, die nicht an dieser Versammlung jedoch an den VVs teilgenommen haben, schlossen sich an. Weitere Genossen konnten in der kurzen Zeit noch nicht erreicht werden. Zwei weitere Genossen der obigen Versammlung schlossen sich den Tatsachendarstellungen an, mochten jedoch nicht den Wertungen über das Vorgehen der Minderheitsfraktion zustimmen. Demnach ergibt sich, daß eine große Mehrheit der an den VVs Beteiligten das Papier bestätigt und damit die Basis der Kritik im „Struktur-Papier“ als Tatsachenfälschung zurückgewiesen hat).

Leserbrief

Wer heute im KB sagen wir mal die These aufstellt, der Marxismus/Leninismus sei ein Dogmengebäude, das schleunigst dem Erdboden gleichgemacht werden müsse, wird bei der überwältigenden Mehrheit der Mitglieder nicht mehr als ein Achselzucken, allenfalls ein nachdenkliches Stirnrunzeln ernten. Demgegenüber schlagen die Wellen hoch, die Gemüter erhitzten sich, die Diskussionen wollen schier kein Ende nehmen, wenn Genossen irgendwelche Bedenken anmelden, für ein Frauenfest Salate anzufertigen, an deren Genuß sie deshalb nicht partizipieren können, weil Männer auf derlei Festivitäten nicht erwünscht sind. Das erste kann einen Kommunisten nicht erschüttern, aber das letztere! Während das Verhalten der Genossen in der Salatfrage „tief blicken läßt“, und feinfühlig ausgerechnet an solchen Sauerreien unseres progressiven Alltags die politischen Widersprüche im KB ausgelotet werden, wird ein Antrag – ein weiteres Beispiel – „den Begriff „Faschisierung von Staat und Gesellschaft“ aus der Antifa-Resolution zu streichen, seelenruhig zur Kenntnis genommen. Es ist ja auch weiter nichts geschehen.

Was ist geschehen?

Im Rahmen der Kongreßvorbereitung wurden Mitte Februar in Göttingen Arbeitsgruppen zu den verschiedenen vorliegenden Resolutionen eingerichtet, breit, intensiv und kontrovers sollte diskutiert werden. Eine von diesen AGs war die Faschismus-AG. Das Ergebnis dieser hier z.T. heftig geführten Diskussion war – ein ausführliches Protokoll der AG-Sitzungen, das ein Spektrum völlig unterschiedlicher Positionen dokumentierte;

- ein ausführliches Kritik-Papier an der Anti-Fa-Resolution;
- ein Gegenpapier eines anderen AG-Teilnehmers;
- ein Antrag für die Mitgliederversammlung, der auf die Ablehnung der Faschisierungsthese abzielte.

Auf der Faschismus-MV diskutierten dann insgesamt neun Genoss(inn)en von knapp 40 Anwesenden, was zunächst einmal kein Beinbruch ist, weil die 31*schweigenden Genoss(inn)en durchaus Impulse, Denkanstöße und Fragestellungen aus der Diskussion hätten ziehen können. Unsere Vorstellung: Meinungsbildungsprozesse können nur in Gang gesetzt werden, Klarheit und neue Erkenntnisse nur gewonnen werden, die Motivation, zu forschen, sich selbst Positionen zu erarbeiten, nur geschaffen werden, wenn der trügerische Konsens über zentrale Positionen der KB-Politik in der Organisation radikal aufgekündigt wird. Das hat nichts mit einer „Pädagogik der Provokation“ zu tun, weil diese Widersprüche tatsächlich existieren, sie

aber in der Regel heruntergeschluckt, statt zugespitzt ausgetragen werden. Nur über den offenen Meinungsstreit kann eine kommunistische Organisation sich weiterentwickeln, und die Krise des KB ist auch eine Krise der ideologischen Diskussion, Folge der ideologischen Fäulnis, von der er befallen ist.

Nun gut, nach der MV haben wir ein ausführliches Verlaufsprotokoll der Diskussion erstellt, in dem die einzelnen Redebeiträge fast wörtlich wiedergegeben wurden. Ein Inferno von Widersprüchen, eine wahre Fundgrube von offenen Fragen und unbelegten Behauptungen, jeder zweite Beitrag eine Provokation, die zum Widerspruch hätte herausfordern oder zumindest „eine neue Runde vertieften Nachdenkens“ (Helmut Schmidt) hätte einleiten müssen! Wir haben am Schluß des Protokolls vorgeschlagen, daß jeder Anmerkungen, Fragen etc. zu den einzelnen Positionen schriftlich bei uns einreicht, damit eine zweite MV vorbereitet und durchgeführt werden kann. Fehlzanzeige. Wir haben auf Leitungssitzungen die Genoss(inn)en aufgefordert, ihre Positionen zu der Kontroverse kurz und schriftlich zusammenzufassen, einige globale Einschätzungen konkret zu erläutern etc. Händeringend. – Fehlzanzeige.

Nachdem 14 Tage nach der MV die Antwort der Organisation immer noch eisiges Schweigen war, haben wir auf der AK-Schulung – mehr aus hoffnungsloser Routine als aus Überzeugung noch einmal die Anwesenden gebeten, – verrückt nicht wahr, aber wir waren schon in der Rolle von hündischen Bittstellern! – sich um Himmels willen doch zum Protokoll zu äußern. Wir haben Vorschläge gemacht, wie, haben noch einmal auf zentrale Widersprüche hingewiesen ... Fehlzanzeige.

Bis heute gibt es buchstäblich keine faßbare Reaktion auf die Faschismus-Diskussion. Aktives Interesse an der Klärung der Kontroversen existiert in der Organisation nicht. Brauchen wir überhaupt den „1. Kongreß“, Pfingsten, Weihnachten oder nächsten Ostern?

Ich habe dann im AK 153 den Leserbrief der Genossin aus NRW („Die Scham ist vorbei“) gelesen, und mir ist eigentlich zum ersten Mal der tiefere Sinn der Frage „Wie geht's weiter im KB?“ bewußt geworden. Gleichzeitig fiel mir die Überschrift des ersten umfassenden „Krisenartikels“ ein: „So weit ist es mit uns gekommen!“

Nach einem Jahr Krisenendebatte im KB scheint mir die Tendenz, die Ursachen für unsere politischen Schwierigkeiten verzweifelt in Beziehungen, persönlichen (Abhängigkeits-)Verhältnissen etc. zu suchen, stärker denn je zu sein. Die Genossin schreibt, daß „nach den Stammhet-

mer Ereignissen ... keine Arbeit mehr möglich war“. Ich weiß nicht, wie die Genoss(inn)en in NRW den „Deutschen Herbst“ politisch verarbeitet haben, – man erfährt im Leserbrief darüber nicht. Wohl aber über die Folgen die sich krebbsartig als „eklige Konkurrenz“, „Mißtrauen“, „Hilflosigkeit“, „Aggressionen“ wie Naturgewalten auf die persönlichen Beziehungen ausgebreitet und eine Ortsgruppe des KB in ein Tollhaus verwandelt haben. Wäre ich einer jener „Herren im Morgengrauen“, ich würde mir bei der Lektüre des Leserbriefes die Hände reiben. Ich würde mich nicht nur an den praktischen Resultaten meiner Arbeit ergötzen (immerhin hätte ich eine Gruppe von Kommunisten im Handstreich ohne direkte Gewaltanwendung kampfunfähig gemacht); meine Freude würde geradezu teuflische Ausmaße annehmen, wenn ich beobachten könnte, wie sich die von mir Gebeutelten gegenseitig zerfleischen, sich wechselseitig „die Schuld“ in die Schuhe schieben, nach Erklärungen für ihre Krise in Beziehungsstrukturen suchen und sich immer hoffnungsloser in den von mir ausgelegten Netzen verfangen. Ich würde mit der frohen Gewißheit mein Werk fortsetzen, daß jene sogenannten Kommunisten trotz aller Phrasen vom Klassenkampf und „Faschisierung“ aus dem gleichen, gut zu bearbeitenden Holz geschnitzt sind, wie jene, die gewöhnlich die Wut gegen ihre Gleichgesinnten, statt gegen ihre Unterdrücker kehren.

Die Geschichte der Ortsgruppe Bochum ist die Geschichte zweier Beziehungen. Bewegung, Stillstand oder Rückschritte erscheinen als direkte Folge eines mörderischen Kleinkriegs, den die Genoss(inn)en untereinander austragen. Schamlos werden die Details dieses Kampfes jeder gegen jeden ausgebreitet; schamhaft werden die objektiven Verhältnisse unter denen die Ortsgruppe Bochum kommunistische Politik machen wollte (will?) verschwiegen. Ja, in dem Leserbrief wird dieser Subjektivismus als Durchbruch, als endlich gefundene Ehrlichkeit sich selbst gegenüber gefeiert.

Geradeso wie der AKW-Gegner, der sich den Appell der Bourgeoisie, Energie zu sparen, oder der Kirche, sich einen bescheidenen Lebensstil anzueignen, zu Herzen nimmt, weil er glaubt, dadurch den weiteren Ausbau der Atomenergie verhindern zu können.

Die Konsequenzen, die die Genossin am Schluß ihres Leserbriefes formuliert, sind dementsprechend: „Wir sollten ein wenig ehrlicher uns selbst gegenüber werden und unsere Wachsamkeit schärfen, für jede Abhängigkeit, in der wir stecken oder in die wir neu geraten.“ Ist das nicht ein hilfloser Appell? Auf welcher Grundlage will man denn in Bochum versu-

chen, „tatsächlich zusammenzuhalten“? Die Genossin schreibt: „Eine gegenseitige Unterstützung, persönlich und politisch ist doch nur möglich, wenn wir es lernen, darüber offen miteinander zu reden.“ Worüber? Selbstverständlich über Beziehungen, Konkurrenz und Typen! Nach allem, was die Genossin geschrieben hat, kann ihr auch gar nicht mehr in den Sinn kommen, offen über politische Kontroversen, über die vorliegenden Resolutionen und Stellungnahmen zum Kongreß zu reden. Und schon gar nicht kann sie auf den Gedanken kommen, in dieser Diskussion eine (und zwar die erfolgversprechendste!) Möglichkeit zu sehen, aus dem Sumpf herauszukommen.

Die Frustrationen und Nervenreien, die eine organisierte revolutionäre Arbeit (gerade) im KB heute mit sich bringt, wirken sich natürlich nach und nach auf alle Lebensbereiche aus, vor allem auf persönliche (Zweiter-)Beziehungen. Sei es, daß man sich in eine Beziehung flüchtet, an einer privaten Idylle bastelt, wo man Geborgenheit, Perspektive und den Lebenssinn sucht, den man in der revolutionären Arbeit längst nicht mehr finden und erblicken kann. Diesen Rückzug ins „Privatleben“ gibt es, glaube ich, in der einen oder anderen Form bei allen KBlern. Oder daß die Unzufriedenheit mit der politischen Arbeit sich in Beziehungen entlädt: wenn man schon nicht mehr die politischen Schwierigkeiten in den Griff kriegen kann, dann wenigstens die Freundin (selten: den Freund). Was in der Politik als Ohnmacht schmerzlich empfunden wird, wird durch Machtsstreben gegenüber Personen kompensiert. Mackertum und Abhängigkeitsverhältnisse entwickeln sich schwinghaft. In beiden Fällen wird der ganze Wust von politischen Schwierigkeiten (die ja bei uns noch zu denen des Berufs/Studiums hinzukommen) und objektiven Krisenfaktoren „privatisiert“ und bewußtlos in den stickigen, beengenden Raum von Beziehungen gedrängt. Die Folge: Beziehungen werden unerträglich oder werden gesprengt. Da bei uns in aller Regel die politischen und persönlichen Beziehungen eng ineinander verzahnt sind, wirkt sich der Beziehungsnatsch direkt auf die politische Arbeit aus und verschärft die eh schon vorhandenen politischen Schwierigkeiten. Die Vorstellung, daß in den Beziehungen, den hier vorhandenen Abhängigkeitsverhältnissen die Ursachen für die „persönliche Krise“ und für die politische Stagnation des KB liegen, hat endlich ihre materielle Grundlage. Das Lösen der Beziehungsprobleme scheint zur Voraussetzung jeder weiteren vernünftigen politischen Arbeit zu werden.

Die direkte emotionale Betroffen-

heit solcher hautnah erfahrenen Konflikte trübt den Blick für die politischen und gesellschaftlichen Ursachen der Krise, die immer mehr aus dem Bewußtsein gedrängt oder nur noch als phrasenhafte Erkenntnisse, die keinerlei Einfluß auf das konkrete Handeln haben, mit sich rumgeschleppt werden.

Es wird nicht mehr der Anspruch an den KB und an sich selbst gestellt, die politischen Schwierigkeiten politisch zu beheben; umgekehrt: die politische Arbeit und der KB erscheinen als Schranken für die private Emanzipation. Folgerichtig wird vom KB verlangt, daß er gefälligst die Voraussetzungen für das Lösen der Beziehungsprobleme zu schaffen hat. Das Ansinnen, in einer kommunistischen Zeitung diese Fragen breit diskutieren zu wollen, ist ein Ausdruck dieser ganz und gar utopischen und objektiv auf die Zerstörung der Organisation abzielenden Ansprüche.

Der Leserbrief „Die Scham ist vorbei“ (das gleiche gilt für den Leserbrief in AK 150 „Zur psychischen Gewalt gegen Frauen“) drückt nur das positiv aus, was in Göttingen im Verlaufe der Faschismusdiskussion negativ als Desinteresse erschien: die Entpolitisierung in unseren Reihen, die mit dem Schlachtruf „Macht das Private öffentlich!“ vorangetrieben wird. Das aktive Interesse im KB (Diskussionen, Leserbrief) verlagert sich meiner Ansicht immer stärker auf Fragen, die in den unmittelbaren persönlichen Bereich fallen. „Die Probleme, die uns am meisten brennen, sind die der persönlichen Beziehungen, nicht die des politischen Kampfes“ (UW extra, „Wie geht's weiter ...“, S. 32).

Dieser schlimme Tatbestand wurde vor gut einem dreiviertel Jahr konstatiert. Seitdem hat sich nicht viel geändert; im Gegenteil: die Auseinandersetzung um grundlegende Fragen des Kommunismus scheint ein Anachronismus zu sein, an dem sich eine immer kleiner werdende Anzahl von KBlern sinnlos abstrampelt.

Anders ausgedrückt: Ist es die hohe Zeit der Sterilisationsdebatten? Oder der SM-Diskussionen? So lebhaft die Debatte über diese Fragen geführt wird, geht doch von ihr ein penetranter Leichengeruch aus.

Der AK-Redaktion muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie diese Entwicklung unterstützt und vorangetrieben hat (privilegierte und unkommunisierte Abdruck von Leserbriefen zu solch idiotischen Themen wie „Zu viert in einem Bett“, Forcierung der SM-Debatte etc.).

Der 1. KB-Kongreß soll nun Weihnachten stattfinden. Meiner Ansicht nach muß in der Organisation die schlichte Frage „Warum eigentlich der Kongreß“ (neu) geklärt werden.

kl, Göttingen

Vorsicht, Einbahnstraße!

1. Damals ...

Die russische Revolution von 1905 endete mit einer Niederlage. Unter den Schlägen der zaristischen Reaktion gerieten die Bolschewiki ins Wanken, viele von ihnen zogen sich von der politischen Arbeit zurück, einige verschlossen sich in sinnlosen Terroranschlägen, andere wiederum forderten, den Marxismus durch eine neue „Religion“ zu ergänzen. In Rußland selbst herrschte eine bedrückende Atmosphäre der Resignation und Einschüchterung. In diesem gesellschaftlichen Klima wurden zahlreiche Bücher geschrieben und veröffentlicht, deren Hauptinhalt darin bestand, von einem edelanarchistischen Standpunkt aus „dem Individuum“ wieder zu seinem Recht zu verhelfen. Vor allem die revolutionäre Intelligenz war es, die, nachdem die kollektive Befreiung gescheitert zu sein schien, die individuelle Befriedigung der „persönlichen Bedürfnisse“ zügig in Angriff nahm. So wurden die Jahre 1907 - 12 nicht nur zu einer Zeit der zügellosen Reaktion, sondern gingen auch in die Geschichte ein als eine Periode des Verfalls und der geistigen wie politischen Versumpfung eines großen Teils der revolutionären russischen Bewegung. Erst mit dem erneuten Aufblühen der Klassenkämpfe 1912 konnte dieser Prozeß zum Stillstand gebracht werden.

2. ... und heute

In Revolutionen und Situationen des angespannten Kampfes verändern sich die Menschen, entdecken sie bei sich neue Fähigkeiten, Wünsche und Bedürfnisse. Scheinbar menschliche Grundeigenschaften wie Eifersüchteleien, Konkurrenz-

denken treten zurück hinter dem Ziel, für das sich alle begeistern. Die 3. Brokdorf-Demonstration hat etwas von dieser Atmosphäre vermittelt und der Gefangene P.P. Zahl hat sie in seiner Brokdorf-Kantate wiedergegeben.

Wer ist heute von „Rock gegen Rechts“ begeistert?!

Die Jahre 1971 - 77 waren durch ein spontanes Interesse an kommunistischer Politik geprägt. Heute fragt kaum noch jemand nach der Stellungnahme von Kommunisten zum AKW-Unfall von Harrisburg.

Spontane Solidarität mit dem von China angegriffenen Vietnam hat es kaum gegeben. Auch die autonome Frauenbewegung ist an kommunistischen Positionen unmittelbar nicht interessiert. Insgesamt läßt es sich also sagen, daß die Attraktivität des Marxismus-Leninismus bei unseren realen und potentiellen Bündnispartnern erschreckend abgenommen hat. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß der Marxismus in unseren eigenen Reihen zunehmend als eine Ansammlung von Phrasen oder gar als ein Dogmengebäude begriffen wird, also als eine Theorie, die auf die drängenden Fragen und Probleme, die durch die politische Krise des KB aufgeworfen werden, keine konkrete Antwort parat hält. Meiner Ansicht nach läßt sich diese Erscheinung nur unzureichend mit dem Rechtsputsch in China oder dem Scheitern der portugiesischen Revolution erklären. Auch die Erklärung, daß wir in der Massenarbeit mit lupenreinen marxistischen Ableitungen „nicht landen können“ und sich aufgrund dieser negativen Erfahrungen auch unser Verhältnis zur kommunistischen Weltanschauung geändert habe, spricht nur einen bestimmten Aspekt der ganzen Angelegenheit an.

Die Krise des KB ist nicht nur aus der nationalen und internationalen Entwicklung zu erklären, die Krise des KB ist auch eine Folge überhöhter Erwartungen an die Rolle einer kommunistischen Organisation bei der persönlichen Emanzipation und der Lösung „privater“ Probleme und Schwierigkeiten. Dabei unterliegt es einer Gesetzmäßigkeit, daß die Einlösung dieser, oft utopischer, Erwartungen in Zeiten der politischen Stagnation und des allgemeinen Rückgangs revolutionärer Politik einen dermaßen großen Stellenwert annimmt, daß die oben genannten „drängenden Fragen“ nicht mehr vor dem Hintergrund der kapitalistischen Klassenwirklichkeit der BRD diskutiert werden, sondern ihres politisch-gesellschaftlichen Gehalts beraubt, als sofort lösbare private Probleme, die es „öffentlich“ zu diskutieren gilt, erscheinen.

Ich meine also, daß sich die Krise auch und gerade der KB-Frauenpolitik dadurch auszeichnet, daß politische Fragen „reprivatisiert“ werden, indem unterschiedslos private und politische Fragen miteinander vermengt werden, mehr noch, daß die allgemeine gesellschaftliche Erscheinung der doppelten Unterdrückung von Frauen umstandslos auf die konkreten Situationen der Frauen im KB übertragen wird, was zur Folge hat, daß der Unterschied zwischen Massenpolitik unter den Frauen und den innerorganisatorischen Auseinandersetzungen im KB in den Frauenreihen des AK kaum noch auszumachen ist.

Genauer gesagt: Es wird kaum noch darüber diskutiert, welchen spezifischen Beitrag die Frauen für die sozialistische Revolution leisten können und müssen, um welche politischen Positionen die Frauen im KB kämpfen müssen, sondern von vielen

Frauen wird sehr einseitig die Frage diskutiert, inwieweit der KB eine Schranke ihrer persönlichen Emanzipation darstellt. Aus dieser Sichtweise ergeben sich zwei Konsequenzen: Zum einen werden politische Probleme zunehmend durch die „private“ Brille gesehen, zum anderen werden „private“ Probleme völlig losgelöst von den Problemen einer kommunistischen Organisation hier und heute betrachtet. Die Folge: Private Fragen werden auf den Tisch geknallt, verbunden mit der hilflos-resignierenden Aufforderung nach „breiter Diskussion“.

3. Die grauen Zonen des Feminismus

Mehrere Göttinger KB-Genossinnen vertreten die Auffassung, daß sie sich, was ihre persönliche Emanzipation als Frau betrifft, als Feministinnen bezeichnen würden, ja daß die Grenzen an diesem Punkt zwischen Kommunismus und Feminismus gar nicht fließend genug sein können. Von einer Genossin wurde vertreten, daß der Marxismus allein nicht ausreichte, die Emanzipation der Frauen voranzutreiben und zu garantieren, dies hätten bisher alle Revolutionen gezeigt ...

Dabei war auffällig, daß die Frage der Frauenunterdrückung im KB ausschließlich auf das Problem der sexuellen Unterdrückung von Frauen „in Beziehungen“ reduziert wurde. Die m.E. wichtige Frage der politischen Benachteiligung von Frauen in einer kommunistischen Organisation wurde nicht mal angerissen. Die besondere Attraktivität des Feminismus scheint für diese Genossinnen darin zu liegen, daß er von der persönlichen Betroffenheit ausgehend

versucht, die traditionelle Frauenrolle radikal in Frage zu stellen. Die politischen Konsequenzen, die der Feminismus zieht und auf die ich später zu sprechen komme, werden von diesen Genossinnen (noch?) nicht gezogen. Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang, daß bereits die Frage der persönlichen Betroffenheit losgelöst von den politischen Erfahrungen, die Kommunistinnen im KB machen mußten, angegangen wird. Ich möchte dies an einem Beispiel verdeutlichen: Das Buch „Rubinroter Dschungel“ ist der literarisch minderwertige Versuch, den „american way of life“ im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, wo jede(r) auch als Homosexuelle(r), seinen (ihren) Weg gehen und aus dem Leben etwas machen kann, wenn er (sie) nur über genügend Selbstbewußtsein und Durchsetzungskraft verfügt, also die typisch us-amerikanische Aufsteigerideologie, an die (lesbische) Frau zu bringen.

Auch von KB-Genossinnen wurde das Buch überwiegend positiv aufgenommen; die Ideologie wurde zwar kritisiert, aber die ungezwungene Selbstverständlichkeit, mit der im Buch lesbische Beziehungen dargestellt werden, als beispielhaft gelobt.

Ähnliches gilt für „Die Scham ist vorbei“ von A. Meulenbelt. Der Schluß des Buches ist völlig resignativ gehalten und weist keine Perspektive auf. (Das muß ein Buch auch nicht; nur geht es in diesem konkreten Fall um die Frage, wie welche Bücher derzeit von unseren Genossinnen gelesen werden!) Obwohl an keiner Stelle klar wird, mit welchen Zielsetzungen die Autorin auch weiterhin politisch arbeiten will, ist das Buch auch im KB ein Hit – und zwar ausschließlich

Fortsetzung auf Seite 63

Fortsetzung von Seite 62

wegen der ausführlichen Darstellung der Problematik von Zweierbeziehungen in der linken Bewegung.

Den Auftakt bildeten natürlich die unsäglichen „Häutungen“ von Verena Stefan, deren Metamorphose in erster Linie unverständlich war, weil sie sich in sprachschänderischen Exzessen vollzog. Dennoch wurde auch dieses Buch „breit diskutiert“ – wegen der persönlichen Betroffenheit.

Soweit der kleine Exkurs zur Hitliste der Frauenliteratur. Ich bin deshalb auf diese Bücher eingegangen, weil sie offensichtlich einem verbreiteten Bedürfnis entgegen kommen, obwohl (oder weil?) sie denkbar ungeeignet sind, einen konkreten Ausweg aus der Sackgasse der Frauenpolitik zu weisen, ja noch nicht einmal Anstöße in diese Richtung enthalten. Dies ist insofern erstaunlich, weil es Bücher von **Kommunistinnen**, bzw. Linken gibt, die auch unter dem Aspekt der persönlichen Betroffenheit den oben genannten Werken haushoch überlegen sind: z.B. „Töchter der Erde“ von A. Smedley oder die Autobiographie der Pariser Kommunistenführerin Louise Michel. Oder auch die Briefe von Rosa Luxemburg, die Autobiographie der russischen Revolutionärin Vera Figner etc.

Es fällt auf, daß diese Bücher aktuell nicht in der Diskussion sind, obwohl viele Genossinnen sie gelesen haben dürften. Wahrscheinlich liegt es daran, daß sie von Frauen geschrieben worden sind, die im Kampf, in der Konfrontation mit den herrschenden Verhältnissen ihre Identität gefunden haben. Frauen wie die Anarchistin Emma Goldman („Gelebtes Leben“) haben ihre persönlichen Bedürfnisse nicht rigide den „Erfordernissen des Klassenkampfes“ untergeordnet, sondern versucht, eine **kämpferische Synthese** zwischen der Beteiligung am Klassenkampf und der Realisierung der Emanzipation als Frau zu finden.

Jede Krise, auch die politische Krise der westeuropäischen Linken, bringt ihre eigene Literatur hervor und unter diesem Gesichtspunkt gibt es durchaus Parallelen zur russischen Geschichte. Und wir stehen vor dem Phänomen, daß diese „Krisenliteratur“ unter den KB-Genossinnen einen festen Leserstamm hat. Mehr noch, daß sich Leserbriefe an den AK häufen, welche die schlechtesten Seiten dieser Literatur, nämlich die Reduzierung der Politik aufs Private, auf die Spitze treiben.

Die eingangs sinngemäß zitierten KB-Genossinnen gehen von dem Anspruch aus, den Feminismus „nur“ **Aufzierung der Politik aus dem Private, auf die Spitze treiben.**

Die eingangs sinngemäß zitierten KB-Genossinnen gehen von dem Anspruch aus, den Feminismus „nur“ für den Bereich der persönlichen Emanzipation gelten zu lassen. Polemisch gesagt: Im Bereich der Frauenemanzipation sind die Feministinnen, in allen anderen Bereichen sind sie Kommunistinnen. Vielleicht ist es gerade diese Inkonsistenz oder Halbherzigkeit, die Feministinnen veranlaßt, unsere Genossinnen „nicht für voll“ zu nehmen.

Denn wenn es ein Dogma des Feminismus gibt, dann ist es die autonome, von „Männerorganisationen“ unabhängige eigenständige Organisation von Frauen. Nahezu jede feministische Autorin beharrt auf diesem Grundsatz als der wesentlichen Voraussetzung der Befreiung der Frau. Ich glaube, daß Tendenzen bei den KB-Genossinnen für eine autonome Organisation von Frauen **außerhalb des KB** eher zu- als abnehmen. Ich glaube weiterhin, daß viele dieser Genossinnen den KB als „kleineres Übel“ betrachten und nur mangels einer realen Alternative an einer Organisation im KB festhalten.

Derartige Auffassungen sind schon nicht mehr in der Grauzone des Feminismus angesiedelt, sondern es sind genau feministische Positionen, weil sie ein lediglich taktisch motiviertes Verhältnis zum KB widerspiegeln. Eine Genossin war der Meinung, daß autonome Frauenorganisationen zur Stärkung der Linken insgesamt beitragen können. Wahrscheinlich glaubt sie, ihre Argumentation am Beispiel Italien belegen zu können. Dabei zeigt Italien das genaue Gegenteil: Die autonome Frauenbewegung ist ein **Zerfallsprodukt** der revolutionären Linken, oder anders herum ausgedrückt: Der Zerfall der organisierten revolutionären Linken hat die autonome Frauenbewegung kurzfristig entscheidend gestärkt.

Ich würde ganz im Gegenteil sagen, daß die Schwächung der organisierten kommunistischen Linken langfristig auch zur Schwächung der autonomen Frauenbewegung führen muß, weil es letztlich eine Frage des Klassenkampfes bzw. seiner Führung ist, ob sich die Frauenbewegung, auch die autonome linke, entfalten kann. Die relative Stärke der italienischen „Autonomen“ (Männlein wie Weiblein) mit ihrer z.T. idiotischen Politik resultiert aus der politischen Resignation des größten Teils der

ehemaligen revolutionären italienischen Linken. Aber wie dem auch sei: Wir haben die eindeutige Tendenz in eine ähnliche Richtung, nämlich daß Frauen im KB zunehmend resignieren und sich in Frauenzentren wesentlich wohler fühlen als im KB.

Zusammengefaßt: Es gibt im wesentlichen zwei Strömungen, die sehr unterschiedlich mit dem Feminismus sympathisieren. Die erste Strömung **will versuchen**, die „positiven Seiten“ des Feminismus, was den persönlichen Bereich anbelangt, für kommunistische Politik nutzbar zu machen. Die Organisation im KB scheint für diese Genossinnen (noch?) kein grundsätzliches Problem zu sein. Die zweite Strömung dagegen liebäugelt m.E. offen mit einer Trennung; sie versucht aktuell auszutesten, wie weit eine „autonome Organisation“ im KB gehen kann. Beiden Strömungen ist allerdings gemeinsam, daß sie die offene ideologische Flanke zum Feminismus, so wie sie ihn interpretieren, beibehalten wollen.

Zur Situation der Frauen im KB

Es ist offensichtlich, daß im Verlauf der Krisendebatte im KB das ideologische Vakuum bzw. Defizit größer geworden ist. Da die meisten der politischen Erwartungen nicht erfüllt worden sind, meinen viele von uns, jetzt zumindest ihre persönlichen Erwartungen und Hoffnungen im KB und durch den KB erfüllen zu können. Dabei wird übersehen, daß wenn einmal der politische Grundkonsens abhanden gekommen ist, gleichzeitig auch der politische Bezugsrahmen für die Diskussion persönlicher Probleme fehlt. Wir sind unter diesem Aspekt in Göttingen keine politische Organisation mehr, die auch die persönliche Emanzipation nach Kräften fördert, sondern eine Gruppe, die hier politisch und dort persönlich diskutiert. Ein Beispiel: Ich kann mir vorstellen, daß im Bewußtsein vieler Genossinnen der Dualismus AK-Schulung-Frauen-MV die Gestalt eines Gegensatzes angenommen hat: Die AK-Schulung als „politischer Termin“, die Frauen-MV als freimütige Diskussionsrunde, als Refugium für Frauen, die ungestört ihre Probleme besprechen wollen. Dieser Gegensatz hat dazu geführt, daß die Zahl der Genossinnen, die sich an der AK-Schulung beteiligen, kontinuierlich gesunken ist, sodaß man von einer „**männerbeherrschten**“ politischen Diskussion im KB/Göttingen sprechen kann. Die Frauen-MV, ursprünglich eingerichtet als Instrument für die politische Stärkung der Frauen, ist hauptseitig zum privaten, von der allgemeinen KB-Politik getrennten unverbindlichen Diskussionsforum für die Genossinnen geworden. Wir haben also die absurde Situation, daß autonome Strukturen zur politisch-ideologischen Dominanz der Männer beigetragen haben. Was ursprünglich als Privileg der Frauen gedacht war, ist objektiv zum Instrument der Schmälerung des Einflusses von Frauen entartet. Das Beispiel zeigt, vor welchem Scherbenhaufen wir stehen, zumindest die Genoss(inn)en, die den KB als politisch diskutierende und arbeitende Einheit erhalten wollen.

Und wo der politische Grundkonsenz flöten gegangen ist, gewinnen persönliche Probleme eine Dimension, die sie in „Nicht-Krisenzeiten“ niemals erreichen würden. Dabei ist die Zahl von Fällen, wo Frauen „offen“ diskriminiert werden, nicht zuletzt dank der neuen Sensibilität in der Frauenfrage, drastisch zurückgegangen. Dies ändert natürlich nichts an der Tatsache, daß Frauen im KB sich zu Recht oftmals als Frauen diskriminiert fühlen. Aber ich möchte trotzdem die Frage stellen: **Welches konkrete politische Ziel** haben die Genossinnen im Auge, welche politischen Schritte planen sie, um ihren Einfluß innerhalb der Organisation zu vergrößern? Wie gedenken Genossinnen, die der Auffassung sind, der Marxismus sei nicht ausreichend für die Lösung der Frauenfrage, mit dieser Auffassung in einer kommunistischen Organisation zu arbeiten? Wie stellen sie sich die kontroverse Diskussion mit interessierten Genossen vor? Für mich sind dies in der Tat drängende Fragen, die gelöst werden müssen, um die ideologische Krise im KB zu meistern und damit letztlich auch das Überleben der Organisation zu sichern. Die Klärung dieser Fragen sollte anhand der Kongreßvorbereitungen in Angriff genommen werden. Vielleicht werden wir im Verlauf dieser Debatte auch auf Probleme gestoßen, die wirklich fruchtbringend sind für kommunistische Frauenpolitik insgesamt, denn mit Artikeln wie „Die Scham ist vorbei“ (vgl. dazu das Papier von Kl.) oder „Zur psychischen Gewalt gegen Frauen“ dürften wir außerhalb unseres engeren Dunstkreises nur auf Unverständnis stoßen.

Ha., KB Göttingen

Bestellungen bei

Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/43 53 06 oder 43 53 20
Portokosten gehen zu Lasten des Empfängers;
pauschal sind bei Einzelbestellungen 0,40 DM mit zu überweisen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg – BLZ 200 800 00 – Kto. 451 83 78
Postcheckamt Hamburg – BLZ 200 100 20 – Kto. 2405 95-203 oder
Bei Abnahme größerer Mengen durch Bürgerinitiativen, Buchläden etc. Rabatt nach Absprache.

Kampf dem Faschismus

- Antifaschistische Russell-Reihe
- Buch 1: Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung, Mißachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945 - 1977
ISBN 3-88305-001-6
181 Seiten, DM 10,-
- Buch 3: „NSDAP“-Propagandisten unter der Lupe, Dokumentation von NS-Provokationen der Schönborn-Roeder-Christophersen-Bande und ihre Deckung seitens staatlicher Organe
ISBN 3-88305-003-1
204 Seiten, DM 13,50
- Buch 4: „Jeder kann der nächste sein“ – Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihrer Legitimation
ISBN 3-88305-004-0
316 Seiten, DM 19,-
- Buch 5: Nach Schleyer: „Sonderkommandos“ in der BRD, Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo
ISBN 3-88305-005-9
236 Seiten, DM 14,-
- Droht ein neuer Faschismus?
279 Seiten, DM 7,-
- Deutschland und seine Juden
23 Seiten DM 2,50,-
- Hamburg: Stadt mit Herz für Faschisten, 10 Jahre „NSDAP“-Umtriebe in Hamburg
64 Seiten, April 1978, DM 3,50
- Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden? Dokumentation einer Podiumsdiskussion
56 Seiten, Juli 1977, DM 4,-
- „Die Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht
Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord!
66 Seiten DM 4,-

Kampf den Atomkraftwerken

- Wer WAA sät, wird Widerstand ernten
36 Seiten DM 2,-
- Albrecht wir kommen
24 Seiten DM 1,50,-
Weiterhin Prospekt
- „Kalkar am 24.9.“
64 Seiten, A 4, Sept. 77, DM 3,50
- Brokdorf – Ein Exempel
Zur Strategie und Taktik des Polizeieinsatzes
87 Seiten, A 4, Febr. 77, DM 3,50
- Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?
46 Seiten, 2. Aufl., A 4, Nov. 76, DM 2,-
- Zum Erfolg verdammt – La Hague
78 Seiten, A 4, 1977, DM 4,20
* Hrsg.: Arbeitskreis gegen radioaktive Verseuchung e.V.

- WiederaufbereitungsgeTÜVtel I
– Was der TÜV verschweigt ...
Broschüre verschiedener Umweltschutzverbände, 37 Seiten, DM 3,-

Frauen

- Weg mit dem § 218! Abtreibung ja oder nein – das muß Sache der Frauen sein!
40 Seiten, A 5, Jan. 76, DM 1,50

Sozialismus

- Eins teilt sich in zwei
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Paperback, A 5, 3. Auflage, November 1975, DM 7,-
- Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten
134 Seiten, A 4, Febr. 74, DM 8,-
- Zur Außenpolitik der VR China
58 Seiten, A 4, 3. Aufl., Aug. 76, DM 3,-

Westdeutsche Linke

- KB Unser Weg: 1. Kongreß für 1979 beschlossen
Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1979
Teil 1
39 Seiten DM 3,-
- KB Unser Weg: Rechenschaftsbericht des Leitenden Gremiums und andere Dokumente für den 1. KB Kongreß,
Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1978
Teil 2
32 Seiten DM 3,-
- Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 1
Revisionismuskritik
48 Seiten, A4, DM 4,-
- Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 2
Zur Kritik des „Realen Sozialismus“
93 Seiten, A4, DM 5,50,-
- Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 3
Zur Kritik des „Eurokommunismus“
35 Seiten, A4, DM 3,-

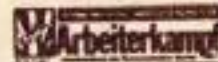
Aus Betrieb und Gewerkschaft

- Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen
ISBN 3-8805-011-3
645 Seiten, DM 22,-
- Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen
244 Seiten, A 5, Paperback, 2. Auflage, Juni 76, DM 7,-
- GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie
108 Seiten, Febr. 77, A 5, DM 3,50
- Betriebsräte-Veranstaltung 1975 in Hamburg, Reden der Teilnehmer
38 Seiten, Jan. 76, A 5, DM 2,50
- Ernst Thälmann
Über Gewerkschaften
120 Seiten, Paperback, DM 3,50

Anzeige



120 Seiten DM 14,-



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

....., den.....
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Texte zur Stalinfrage

irv

Nach Jahren des Tabus und Schweigens wird ein heißes Eisen wieder angepackt:

DIE ENTWICKLUNG DER UDSSR NACH DER OKTOBERREVOLUTION und die STALIN-FRAGE

Eine kritische Betrachtung und ein Diskussionsbeitrag...

168 Seiten Paperback

DM 12,50

zu beziehen bei: j. reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hiesigen herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

+ Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1.150.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich einen Tag nach Erscheinen in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

abonniert selbst

und

werbt weitere Abonnenten

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.

Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich — DM 27,50

O

jährlich — DM 55,—

O

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents, Postscheckamt Hamburg BLZ 20010020 Kt. Nr. 2405 95—203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

**AK
Abo
Karte**

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

„Enteignung der Köpfe! Was wird aus dem NDR?“

Unter diesem Motto führte die DJU/IG-Drupa Hamburg in Zusammenarbeit mit der Rundfunk-Film und Fernsehunion (RFFU) am 18.6. im Hamburger Audimax eine öffentliche Veranstaltung durch, die mit ca. 1500 Teilnehmern mäßig gut besucht war. Als Gäste saßen auf dem Podium Hamburgs Bürgermeister Kose, der Niedersächsische SPD-Führer Karl Ravens, der „Medienexperte“ der schleswig-holsteinischen SPD, Gerd Börsen, der 84-jährige Fritz Eberhard (als SPD-Mitglied an der Ausarbeitung des Grundgesetzes dabei), Axel Eggebrecht (Mitbegründer des NDR), der der Kulturpolitik des Hamburger Senats zum Opfer gefallene Intendant des Schauspielhauses, Ivan Nagel und der vor kurzem vom Intendanten des Hessischen Rundfunks (Hess, SPD!) gekündigte Journalist und Satiriker Henning Venske. In ihrer Funktion als Gewerkschafter traten auf: der NDR-Betriebsratsvorsitzende Wolfgang Bombosch, Udo Koelsch (RFFU im NDR), ein Mitglied des Hauptvorstandes der RFFU, Detlev Hensche vom DRUPA-Hauptvorstand und Eckart Spoo (Bundesvorsitzender der DJU), der die Diskussionsleitung übernahm.

Nachdem sowohl Vertreter der CDU als auch der Verleger einer Einladung nicht gefolgt waren, war auf dem Podium so massiv die SPD vertreten, daß sich Henning Venske genötigt sah, darauf hinzuweisen, daß er sich als „Opposition“ fühle „gegenüber der Übermacht einer Partei hier an diesem Tisch“. Es war auch ihm überlassen zu kritisieren, daß nicht eine einzige Frau auf dem Podium sei.

Entsprechend wenig Neues war dann da auch zu vernehmen, was nicht schon vorher als Position der SPD und der Gewerkschaften zu den Angriffen der CDU auf den NDR bekannt war:

Stoltenberg habe den Staatsvertrag des NDR gekündigt, weil ihm die Sendungen des NDR zu „unausgewogen“ seien. Er wolle Programmgrundsätze im neuen Vertrag festgeschrieben haben, die einen „ausgewogenen“ Sendebetrieb im Sinne der CDU gewährleisten. Albrecht glaube nicht an Programmgrundsätze, sondern wolle die „Ausgewogenheit“ dadurch herstellen, daß er dem öffentlich-rechtlich strukturierten NDR einige Frequenzbereiche entziehe und auf diesen Frequenzen im norddeutschen Sendebereich Privatsender errichten wolle.

Klose erklärte, daß er einen Vertrag nicht unterschreiben werde, der Rundfunk und Fernsehen privaten Trägern öffne. Eberhard betonte, daß nur das öffentlich-rechtliche System einen kritischen Journalismus gegenüber Ministern und Bürgermeistern ermögliche und somit auch Kontrollfunktion in der Demokratie habe. Deshalb müsse das öffentlich-rechtliche System verteidigt werden. Axel Eggebrecht richtete sich vor allem an die „Jüngeren“, als er daran erinnerte, daß vor 34 Jahren der unter britischer Kontrolle gegründete NWDR so frei war wie nie in der Geschichte der Meinungsfreiheit und wir heute uns immer weiter von der Freiheit entfernten, was ein schlechtes Zeichen für unsere Demokratie sei. Die damalige Freiheit sei importiert gewesen, „wir haben uns die Meinungsfreiheit nicht erkämpft. Wir müssen das nachholen.“ Dann bat Eggebrecht, all jenen den Rücken zu stärken, die es „teils schwer haben, teils es sich zu leicht machen im Rundfunk“ und damit vorsichtig auf die sozialdemokratische Medienpolitik anspielte.

Börsen und Ravens erläuterten dann noch einmal die Positionen der CDU und ihre jeweiligen Nuancen, wobei Ravens vor Albrecht warnte, dieser rechne „auf böse Gefühle“, wenn er fordere, die Bürger sollten zwischen einem Fußballspiel und einem Film über Homosexuelle wählen dürfen. Als Folge der Verwirklichung der Albrecht-Pläne sieht der NDR-Betriebsratsvorsitzende Bombosch den Verlust von Arbeitsplätzen und eine Verschlechterung des Programms. Er lehnte das Privatfernsehen ab, da nicht einzusehen sei, daß diejenigen, die für die Pressekonzentration verantwortlich seien, die Garanten für Meinungsvielfalt seien.

Detlev Hensche ging dann auch auf die ökonomische Seite ein. Da die Presse zu hohe Gewinne, die andere erarbeitet hätten, erzielt habe und diese nicht mehr dort selbst investieren könne, suche sie sich neue Märkte. Da sei eben der Bereich der elektronischen Medien naheliegend. Pri-

vatfunk würde aber aus Werbemitteln der Industrie finanziert werden müssen, die ihrerseits Funk- und Fernsehwerbung der Zeitungswerbung vorziehen, was vor allem auf Kosten mittlerer und kleiner Verleger ginge. Somit würde der Prozeß der Monopolisierung noch verschärft und es sei Geschwätz, wenn die Großverleger und die CDU von der zu erhaltenden Meinungsvielfalt redeten. Ihnen ginge es vor allem um wirtschaftliche Interessen.

Abschließend forderte Hensche zur Gegenoffensive auf für mehr Meinungsfreiheit, denn schließlich sei der Rundfunk nicht linkslastig, sondern die Probleme lägen da, wo z.B. Probleme der Arbeitswelt nicht zum Tragen kommen können, weil jederzeit die CDU ihre Mehrheiten in den Rundfunkhäusern in die Waagschale werfe.

Viel Beifall beim Publikum fanden aber auch jene Beiträge, die darauf

doch sehr forsch vorgetragenen Bekanntheits zur Rundfunk- und Meinungsfreiheit einiger auf dem Podium anwesender Herren. Zur Untermauerung verlas er ein vom NDR-Betriebsratsvorsitzenden Bombosch an ihn gerichtetes Schreiben, in dem dieser Venskens Satiren als „unqualifiziert“ verurteilte und das Vorgehen der Intendant gegen Venske quasi billigte, indem er erklärte, er werde als Betriebsrat in dieser Sache nichts unternehmen, da ihm das Argumentieren zugunsten Venskens eh schwer falle und er dies auch grundsätzlich nur dann tue, wenn davon ausgegangen werden könne, daß Unrecht geschehen sei.

Soweit die vorgetragenen Kritiken mit konkreten Fällen untermauert wurden, stießen sie auch im Saal auf lebhaftes Resonanz, wurde doch auch so wohlthuend an der drohenden Eintönigkeit einer Partei-Kundgebung ge-



NDR-Mitarbeiter demonstrierten am 1. Mai 79 für den Erhalt des 3-Länder-Senders

NDR-Mitarbeiter demonstrierten am 1. Mai 79 für den Erhalt des 3-Länder-Senders

hinwiesen, daß die SPD ein großes Maß Mitschuld an dem heute schon desolaten Zustand der Meinungsfreiheit in der BRD habe. Ivan Nagel sprach davon, daß — an demokratischen Maßstäben gemessen — Hamburg eine rechtsextreme Presse besäße. Die Schuld der SPD bestünde darin, daß sie mit ihrer Zeitung („Morgenpost“) einen Prozeß der Bewußtlosigkeit gegenüber der rechts-extremen Presse betriebe. Er selbst habe in den letzten drei Jahren zunehmend verspürt, wie die Bewegungsspielräume zusehends enger würden, deshalb sei er froh, die nächsten Jahre im Ausland verbringen zu können.

Henning Venske erhielt große Zustimmung, als er gegen Springer-Fernsehen und CDU, die sich nicht gescheut habe, eine antifaschistische Kundgebung des DGB in Frankfurt zu verbieten, ein klares Nein setzte. Empörung kam im Saal auf, als er enthüllte, daß die SPD-Verantwortlichen für die Intendant-Nachfolge beim Hessischen Rundfunk Conrad Ahlers in Erwägung ziehen.

Tatsächlich war C.Ahlers als Chefredakteur der von der Einstellung bedrohten „Morgenpost“ berüchtigt für sein Konzept, Springers rechter „Bild“ eine noch „bessere“ Boulevard-Zeitung nach „Bild“-Muster (und in SPD-Besitz) dazu zu gesellen.

Henning Venske bekundete auch offenes Mißtrauen gegenüber den

rüttelt. Weitaus schwieriger erwies sich der Versuch, plausibel darzustellen, daß die derzeit von den Parteien geführte Auseinandersetzung um den NDR auf strukturelle, machtpolitische Fragen beschränkt wird und deshalb für viele Betroffene auch abgehoben ist, wenn nicht auch die jetzigen Bedingungen in den Sendern einer kritischen Beleuchtung unterzogen werden. Denn die Strukturen haben die Redakteure bis heute nicht vor Zensur geschützt, und die wird dadurch nicht weniger bekämpfenswert, daß die CDU/CSU da noch einen Gang zulegen will.

Die Bereitschaft der überwiegenden Mehrheit des Podiums diese Debatte zu führen, war nicht gegeben, ja wurden die in diesem Sinne angelegten Beiträge sogar als störend empfunden.

Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang, daß von den 12 Podiumsteilnehmern nur drei überhaupt als Redakteure beim NDR beschäftigt sind. Davon sind Bombosch und Koelsch auch noch in leitenden Funktionen. Eine weitere — sicher notwendige — Veranstaltung zur Verteidigung der Rundfunkfreiheit sollte diesem Umstand Rechnung tragen und sich um ein Podium von Betroffenen aus den Rundfunkhäusern bemühen, was die Diskussion sicherlich beleben würde.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Kostproben des Herrn Albrecht

„Ich habe sehr schnell begriffen, daß es auch nicht angeht, daß man hinter jeden Journalisten einen Kontrolleur stellt, daß man eine Zensur einführt. Das wäre mit dem Wesen des freiheitlichen Journalismus, wie wir ihn wollen, unvereinbar ... Ich sage, gut, wenn ihr da nur die linke Welle reiten wollt, dann will ich da nicht ständig mit 'nem Kontrolleur hinter euch stehen. Aber dann will ich einen anderen Rundfunk ha-

ben, der andere politische Meinungen zum Ausdruck bringt...“
„Sie werden sehen, dies ist eine Sache, die ist fast so groß wie Gorbien. Wir werden über den NDR das ganze Rundfunkwesen in Deutschland neu gestalten. Dies ist wirklich eine Sache, die hochinteressant ist und mir persönlich viel Vergnügen macht.“
Ernst Albrecht in einer Rede auf einer CDU-Veranstaltung in Westerstede am 29.5.1979